C 21734 D

Wie weiter mit Rock gegen Rechts? S.45



Arbeiterkampf

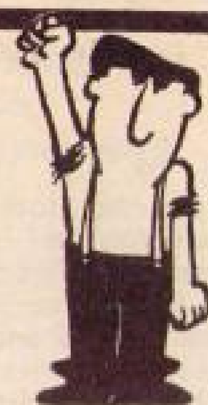
Jg. 9 Nr. 158 23.7.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-

Nicaragua: Sieg im Volkskrieg

Artikel S. 37



Arbeiter fordern Nachschlag



Immer lauter und energischer wird in den Betrieben und Büros von Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten ein Ausgleich für die gerade in den letzten Wochen rapide in die Höhe geschnellten Preise verlangt. Namentlich die in den Gewerkschaften organisierten Kolleg(inn)en verlangen von den Vorständen ihrer Organisationen zu Recht, nach den mageren Tarifabschlüssen der letzten Lohnrunde Verhandlungen mit den Kapitalistenverbänden in diesem Sinne aufzunehmen.

Während in nahezu allen Großbetrieben der metallverarbeitenden, der chemischen und Stahlindustrie sowie im Druckbereich Teuerungszulagen bis zu DM 1000 verlangt werden, haben Gewerkschaftsführer wie Eugen Loderer (IGM) die Stirn zu vertreten: „Auch wenn die Preissteigerungsraten vier und mehr Prozent erreichen, die IG Metall bleibt vertragstreu"! Diesem offiziellen Kurs der Gewerkschaftsoberen widerspricht auch nicht, wenn jetzt die IGM Baden-Württembergs mit großem Propagandawirbel den Tarifvertrag über betriebliche Sonderzahlungen (betrifft Weihnachtsgeld, Gratifikationen, Jahresprämien etc.) kündigt – die Kündigung dieses Vertrages war seit Dezember 78 (!) überfällig...

Die Gewerkschaftsführer brauchen Dampf aus den Betrieben, um in Sachen „Nachschlag" in die Socken zu kommen.

Wir dokumentieren auf Seite 12 dieses ARBEITERKAMPF, daß in den Betrieben was in Gang kommt. Das ist zwar noch kein heißer Sommer '69, aber es könnte ja auch einen heißen Herbst geben... Packen wir's an!

prämien etc.) kündigt – die Kündigung dieses Vertrages war seit Dezember 78 (!) überfällig...
Die Gewerkschaftsführer brauchen Dampf aus den Betrieben, um in Sachen „Nachschlag" in die Socken zu kommen.
Wir dokumentieren auf Seite 12 dieses ARBEITERKAMPF, daß in den Betrieben was in Gang kommt. Das ist zwar noch kein heißer Sommer '69, aber es könnte ja auch einen heißen Herbst geben... Packen wir's an!

China: Neuer Überfall auf Vietnam "nicht ausgeschlossen"

China: Neuer Überfall auf Vietnam "nicht ausgeschlossen"

Ein neuer Überfall auf Vietnam sei „nicht ausgeschlossen" erklärte Li Hsien-nien (Stellvertretender Ministerpräsident, Mitglied des Politbüros der KP Chinas) in einem Interview mit der US-Zeitschrift „Newsweek". Zur Begründung behauptete er, Vietnam beschiesse „immer noch" chinesische Gebiete an der Grenze. Dies könne einen *„weiteren Gegenschlag zur Selbstverteidigung"* gegen Vietnam erforderlich machen.

Besondere Beachtung verdient die eindeutige Drohung Li Hsien-niens: **„Wir wissen, daß unser Gegenangriff im vergangenen Februar den Vietnamesen noch nicht genug Lehre war, weil wir im voraus erklärt hatten, daß der Angriff sowohl im Umfang als auch in der Dauer begrenzt sein werde".** Im Klartext: China wird sich bei seinem nächsten Überfall solche Beschränkungen nicht mehr auferlegen! Ein neuer Überfall wird also wahrscheinlich mit mehr Truppen und langwieriger durchgeführt werden. Er wird sich demnach auch weitergehendere militärische Ziele setzen, also einen Vorstoß weit nach Vietnam hinein.

Die Drohungen der chinesischen Machthaber sollten ernst genommen werden. Ihr Überfall von Februar/März wird zwar von ihnen menschenverachtend als „ausgezeichnetes Manöver gelobt, war aber militärisch eher ein Fiasko. Der damalige Überfall erreichte keines seiner militärischen und politischen Ziele. Eine „Revanche" ist daher aus der Sicht der chinesischen Machthaber unvermeidlich. Die Kampagne um die Vietnam-Flüchtlinge könnte das geeignete außenpolitische Klima für eine neue chinesische Aggression abgeben. Am 11. Juli meldete Vietnam, daß chinesische Truppen nach einem mehrstündigen Beschuss von Gebieten in der Provinz Cao Bang etwa vier Kilometer weit nach Vietnam eingedrungen seien. Die Zeichen stehen wieder auf Alarm.

Bahro-Solidarität: Interview mit Lombardo Radice (PCI)

Das folgende Interview, das wir leicht gekürzt wiedergeben, entstand am Rande des Marburger Bahro-Kongresses mit Lombardo-Radice, Mitglied des ZK der italienischen KP. Lombardo-Radice machte dieses Interview gleichzeitig mit „TAZ", „Die Neue" und ARBEITERKAMPF.

Frage: Was waren die Gründe, daß Du Dich als Diskussionsteilnehmer für den Bahro-Kongreß zur Verfügung gestellt hast?

L.R.: Ich glaube, daß innerhalb der Linken immer freie Diskussionen stattfinden müssen. Ich kämpfe — wie auch meine Partei — für die breitestmögliche Einheit der Linken. Es ist wichtig, auch unterschiedliche Meinungen offen zu diskutieren. In diesem Fall war ich mit dem Appell (für die Generalamnestie der politischen Häftlinge in der DDR) nicht einverstanden. Ich bin natürlich für die Befreiung von Bahro, aber ich möchte, daß präziser herauskommt, daß das eine sozialistische Forderung ist, um die sozialistische Weiterentwicklung der DDR zu erreichen und weder eine konservative, noch eine antisozialistische Forderung ist.

Frage: Wenn Du betonst, daß Du nur Diskussionsteilnehmer bist, bedeutet das, daß Du bestimmte Vorbehalte gegenüber den Bahro-Komitees hast?

L.R.: Vorbehalte ist vielleicht zu stark, aber ich möchte möglichst deutlich machen, daß die italienischen Kommunisten für die Freiheit Bahros nicht gegen die Geschichte der DDR, nicht gegen die sozialistische Struktur kämpfen, sondern im Gegenteil um eine Weiterentwicklung der sozialistischen Basis kämpfen. Lenin hat gesagt, daß man von links und von rechts kritisieren kann, daß es verschiedene Kritiken gibt. Meine Kritik ist ganz klar eine kommunistische. In diesem Sinne gibt es in den Bahro-Komitees sehr viele Genossen, mit denen ich gerne zusammenarbeite, aber es sind vielleicht zu viele.

Frage: Wie siehst Du die Gefahr, daß auch entgegen der eigenen Absicht diese Kritik antikommunistisch ausgeschlachtet werden kann? Etwa die Bedenken, die auch Wolfgang Abendroth in seinem Aufsatz im „Argument" geäußert hat?

L.R.: Ich habe schon in der Diskussion gesagt, daß Abendrohts Argumente eine gewisse Basis haben. In dem Sinne, wie ich schon gesagt habe, daß es eine konservative und antisozialistische Kritik an der DDR und an der Sowjetunion gibt und man sich sicher von einer solchen Kritik scharf abgrenzen muß. Aber es ist ein alter Fehler, den ich nicht wiederholen will, zu glauben, daß man dem entgegentrete, wenn man auf Kritik verzichtet. Im Gegenteil, man muß kritisieren, aber — wie ich schon sagte — sehr klar als Sozialisten und Kommunisten, also von links. Es war und ist eine große Schuld, eine Mitschuld, als Revolutionäre, als Genossen, als Kommunisten zu schweigen.

Frage: Welche Möglichkeiten siehst Du, Deinen Wunsch Bahro zu besuchen, zu verwirklichen?

L.R.: Ich bin kein Prophet, aber im Falle des Hausarrestes von Havemann hatten wir Erfolg. Es war in Italien fast ausschließlich die „Unità", die

Fortsetzung auf S.

Rückschläge auf dem Weg zur grün/bunten Einheit

Die von allen alternativen Wahlbündnissen nach den Europaratswahlen gewonnene Erkenntnis, daß eine chancenreiche Kandidatur zu den Bundestagswahlen möglich ist, w e n n Bunte und Grüne g e m e i n s a m antreten, führt in der Praxis erwartungsgemäß zu größeren Schwierigkeiten als die verbalen Einheitsaufrufe vermuten lassen. Auf die Probe wird die Bereitschaft aller Beteiligten gegenwärtig bei den Vorbereitungen der Landtagswahl in Bremen und den Kommunalwahlen in NRW gestellt.

Trotz eines einstimmigen Aufrufs eines grün-bunten Einigungstreffens in Vlotho am 1.7. an die Bremer Grünen, eine gemeinsame Liste mit den Alternativen zu bilden, halten die Grünen an der Spaltung fest. Sie sind nicht bereit, ihren Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber kommunistischen Organisation (insbesondere den KB) fallenzulassen. Auch eine gemeinsame Schlichtungskommission aus Grünen, Bunten und Alternativen konnte hier keinen Erfolg erringen. In Münster und Köln wurden schon getroffene Vereinbarungen zwischen Grünen und Bunten auf Betreiben der GAZ wieder umgestoßen, wodurch die gemeinsame Kandidatur ernsthaft in Frage gestellt ist. Schamlos wird in diesen Fällen versucht, auszunutzen, daß die Bereitschaft zur Einigung bei den Bunten größer ist als bei den Grünen. Die bisher gezeigte Kompromißbereitschaft der Bunten wird derart strapaziert, daß von einem ehrlichen Willen zur Einheit kaum ausgegangen werden kann.

Es gibt jedoch auch positive Beispiele: So in Bonn, wo sich eine „Grüne und alternative Liste" gegründet hat. So der nochmalige Aufruf des Vorsitzenden der AUD, Hausleiter, an die Grünen, mit der Einheit Ernst zu machen. So die Ergebnisse der Landesdelegiertenkonferenz der GLU/Niedersachsen, auf der sich die Kräfte für die Einheit durchsetzten.

Konservative bis reaktionäre Kräfte innerhalb der grünen Verbände versuchen jedoch mit allen Mitteln, die mögliche und notwendige Einheit zu verhindern. Wir können vor diesem Weg und vor diesen Leuten nur warnen. Jeder, der eine chancenreiche Kandidatur zu den Bundestagswahlen anstrebt, und dem es um die S a c h e zu tun ist, weiß, daß dies nur über den Weg der Einigung möglich ist und dies auch von den Wählern a l l e r Gruppierungen verlangt wird. Wenn heute von den rechtesten Kräften innerhalb der Grünen systematisch die Spaltung zemetiert werden soll, so muß in aller Schärfe die Frage aufgeworfen werden, wem das nützen soll. Es ist klar, daß eine konservativ-grüne Kandidatur allein Strauß in die Hände arbeitet und dem Interesse der überwiegenden Mehrheit der Grünen widerspricht. Deshalb erwarten wir von denjenigen Grünen, die an einer wirklichen Alternative zu Strauß und Schmidt arbeiten wollen, i h r e Ansprüche auch gegen Quertreiber in den eigenen Reihen deutlicher und vernehmlicher zu artikulieren.

Interview mit dem AUD-Vorsitzenden A. Haußleiter S. 5



Blick in die Welt

Werner Hoppe endgültig frei!

Am 19. Juli 1979 wurde Werner Hoppe die noch ausstehende Reststrafe von drei Jahren Knast zur Bewährung erlassen. Damit steht fest, daß Werner, auch wenn er wieder gesund werden sollte nicht wieder in den Knast zurück muß!

Nach siebeneinhalb Jahren Isolationshaft war Werner zunächst aus gesundheitlichen Gründen am 8.2.79 vorübergehend aus der Haft entlassen worden („Haftunterbrechung"): Hätte der Strafvollzug damals darauf bestanden, daß Werner im Knast (bzw. zuletzt im Krankenhaus) bleibt, so hätte nach Überzeugung der Gutachter unmittelbare Lebensgefahr bestanden. Schon damals hatten die Ärzte aber klar gesagt, daß nur eine endgültige Freilassung Werner wieder gesund werden lassen kann.

In der Öffentlichkeit wird von der Senatskommission, die im Gnadenwege Werner die Reststrafe erlassen hat, diese Entscheidung damit begründet, Werner habe sich in den letzten fünf Monaten in der Freiheit tadellos geführt und alle Auflagen erfüllt (dazu gehörte auch, keinen „Kontakt zu Mitgliedern der RAF oder verwandter Organisationen" aufzunehmen). Diese Begründung versucht, die Gefangenen in zwei Gruppen einzuteilen und richtet sich damit direkt gegen diejenigen, die noch im Knast sind und dort noch einige Jahre gefangen bleiben werden: Werner Hoppe verhält sich ordentlich, hat sich bekehrt und kann deshalb auch begnadigt werden. Damit wird Werner zum Einzelfall gemacht, zum „verlorenen Sohn", bei dem man wieder versuchen kann, eine „Resozialisierung" zu erproben.

Die tatsächlichen Gründe für die damalige Haftunterbrechung und die jetzige Begnadigung liegen aber ganz woanders: der Vollzug muß durch die getroffenen Entscheidungen zugestehen, daß Werner eben kein Einzelfall ist; die allermeisten anderen politischen Gefangenen sind denselben Haftbedingungen ausgesetzt und es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann andere ebenso in Lebensgefahr schweben werden, wie Werner im September 1978.

Die Situation von Irmgard Möller während des letzten Hungerstreiks läßt ahnen, was da noch auf die Gefangenen – und uns! – zukommt.

Davon soll genau die öffentliche Kampagne ablenken, die als eigentlichen Grund für Werners Begnadigung dessen „Wohlverhalten" angibt.

Man kann davon ausgehen, daß auch dem Vollzug und der Justizbehörde in Hamburg bekannt ist, daß Werner nach einer erneuten Inhaftierung binnen kürzester Zeit wieder rapide krank werden würde. Die Gutachter haben dies unmißverständlich klargestellt.

In dieser Situation hätte eine andere Entscheidung als Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung nur den Beweis dafür erbringen können, daß die Haftbedingungen die Gefangenen unweigerlich kaputt machen. An diesem Nachweis dürfte der Justizbehörde nichts gelegen haben, zumal sich beim letzten Hungerstreik gezeigt hat, daß die Möglichkeiten einer Öffentlichkeitsarbeit doch größer sind oder zumindest geworden sind, als in den Jahren zuvor.

IKAH

Zweieinhalb Jahre Haft für italienischen Journalisten

Calogero Venezia wurde als Presseverantwortlicher (Direktor) der satirischen Wochenzeitschrift „Male" am 7. Juli zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Das Urteil lautete auf „Verunglimpfung der Staatsreligion", „Obszönität" und „Verbreitung pornographischen Materials". Nun hängen zwar Sex-Zeitschriften in Italien an jedem Kiosk aus, aber um diese Art „Pornographie" geht es im Fall von „Male" auch gar nicht. Anstoß erregt hatten vielmehr einige Karikaturen, mit denen „Male" den derzeitigen Papst und seinen kurzlebigen Vorgänger durch den Kakao gezogen hatte. Das Urteil gegen Calogero Venezia wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt.

Laut „il manifesto" handelt es sich um eines der härtesten Urteile, die jemals im republikanischen Italien wegen eines Presse-Deliktes ausgesprochen wurden.

Am 11. Juli wurde Giovanni Valentini, ehemals Chefredakteur der gutbürgerlichen Wochenzeitung „L'Europeo", zu vier Monaten Haft (mit Bewährung) verurteilt. Die Verurteilung erfolgte, weil „L'Europeo" Großaufnahmen von der Leiche des bei einer Entführung getöteten DC-Politikers Moro veröffentlich hatte.

So streng sind dort die Bräuche! Sehr passend der Kommentar der „Male"-Redaktion zur Verurteilung von C. Venezia: Wie kann man jemanden wegen „Obszönität" verurteilen in einem Land, wo die Christdemokraten frei herumlaufen!

Solidarität mit den iranischen Antifaschisten

Vor kurzem wurde eine Liste mit den Namen von 350 SAVAK-Spitzeln aus der BRD und Österreich veröffentlicht. Iranische Antifaschisten sind daraufhin natürlich in Tätigkeit getreten. So wurden z.B. am 15.7. in Frankfurt fünf Iraner einer Versammlung von 60 Leuten vorgeführt und verhört. Vier von ihnen gestanden, für die SAVAK gearbeitet zu haben. Ihre Pässe wurden eingezogen und an die iranische Botschaft geschickt. Es wurde keinerlei Gewalt angewendet. Als nach einigen Stunden die Polizei zur „Befreiung" anrückte, stellte sich heraus, daß das „Gefängnis" nicht abgeschlossen war.

Die Spitzel-Liste enthält offenbar nur „kleine Fische" aus linken Organisationen. Die rechten SAVAK-Aktivisten bleiben aus dem Schußfeld. Bezeichnend ist auch die Haltung der iranischen Botschaft, die jede Befassung mit den Spitzeln ablehnt und andererseits nichts unternimmt, um die jetzige Jagd der BRD-Behörden auf CISNU-Genossen zu verhindern. Hier sind offenbar die wahren SAVAK-Agenten nach wie vor im Amt. Es liegt in der Logik des Khomeini-Regimes, unter der Fahne des Kampfes gegen die SAVAK in Wirklichkeit gegen die Linke vorzugehen. Hieran beteiligen sich nun auch wieder die westdeutschen Behörden, nachdem der Sturm der iranischen Revolution abgeklungen ist. In Frankfurt, Bremen und Hamburg wurden die Spitzel-Verhöre zum Anlaß genommen, iranische Antifaschisten festzunehmen und wegen Freiheitsberaubung, Vorbereitung einer Entführung und Bildung einer kriminellen Vereinigung anzuklagen!

Es ist aber die SAVAK, die sich mit Unterstützung der BRD-Behörden jahrelang als kriminelle Vereinigung betätigt hat. Die Kampagne gegen die iranischen Antifaschisten führt dies bruchlos fort und soll uns nebenbei veranlassen, von unsreren iranischen Freunden abzurücken.

Unizelle KB/Gruppe Frankfurt und Nahostkommission

Interview mit Lombardo-Radice

Fortsetzung von Seite 1

sich mit dem Hausarrest befaßt hat. Die bürgerliche Presse hat geschwiegen. Das bestätigt, was ich vorhin gesagt habe: Wenn man eine ausdrücklich linke Kritik führt, kann diese nicht vom Klassengegner benutzt werden. Auch Havemanns Erklärungen sind sehr klar: Er ist keineswegs ein Feind der DDR; im Gegenteil hat er geschrieben, daß seines Erachtens die DDR der bessere Teil von Deutschland ist, weil es in seinen Augen viel leichter ist, den autoritären Sozialimus zu überwinden, liberalisierende Maßnahmen in der DDR durchzusetzen, als eine sozialistische Struktur in Westdeutschland zu erreichen. Die DDR ist insofern weiter als die BRD. Ich bin in dieser Einschätzung mit Havemann einer Meinung. (...).

Frage: Die Bahro-Komitees versuchen ja gerade, auch die DKP und hier in Marburg auch W. Abendroth und seine Mitarbeiter anzusprechen. Kannst Du Dir vorstellen, von der KPI aus einen gewissen Druck auf die DKP auszuüben, sich zu den Urteilen gegen Bahro, den Maßnahmen gegen Havemann und den anderen Schriftstellern zu äußern?

L.R.: Die DKP ist eine unabhängige Partei.

Nachfrage: Aber Ihr bezeichnet Euch doch immer noch als Bruderparteien...

L.R.: Nein, diese Bezeichnung benutzen wir nicht mehr, die 3. kommunistische Internationale ist — wie man so sagt — gestorben. Wir haben heute gleichberechtigte Verhältnisse mit allen Linksparteien, auch mit der DKP. Und was heißt Druck ausüben? Ich glaube nicht, daß es gut ist, die DKP einzuladen zu einem politischen Kongreß für die Befreiung Bahros. Aber eine wissenschaftliche Diskussion über Bahros Buch, eine inhaltliche Auseinandersetzung darüber, was an seinen Standpunkt richtig oder falsch ist, eine offene Diskussion darüber kann m.E. Druck ausüben.

Ich finde es wichtig, nicht zu vieles zu vermischen, d.h. z.B. hat die KPI auch rechtsstehende Oppositionelle verteidigt, weil die Meinungsfreiheit nicht nur für Marxisten gelten darf, sondern für alle gelten muß. So gibt es viele verschiedene Fragen und ich halte es für besser, sie sauber zu unterscheiden.

Frage: Du sagst, daß die DKP wahr-
scheiden.

Frage: Du sagst, daß die DKP wahrscheinlich an einer offenen Auseinandersetzung über Bahros Werk teilgenommen hätte. Heißt das, daß die Veranstalter dieses Kongresses Deiner Meinung nach keine offene Auseinandersetzung gesucht haben?

L.R.: Ich meine, daß es besser ist, zwischen einer theoretischen Diskussion über Bahros Buch und der Forderung nach seiner Freilassung zu unterscheiden. Ich weiß nicht, ob die DKP an einer solchen Diskussion teilgenommen hätte, aber z.B. ist es bei uns so, daß die KPI nie als solche zu theoretischen Fragen Stellung nimmt, es eine Freiheit von Meinungen über solche theoretische Fragen gibt, z.B. zu Bahros Buch haben wir durchaus unterschiedliche Meinungen. Ich rede nicht von der DKP als solche, aber ich glaube, daß DKP-Genossen, die den wissenschaftlichen Marxismus entwickeln wollen, weniger Schwierigkeiten hätten, sich an solcher Diskussion zu beteiligen.

Frage: Du hast gestern sinngemäß gesagt, daß eine Kritik an der Verurteilung Bahros nur von Menschen kommen darf, die eine Liebe zum Sozialismus haben. Kannst Du das erläutern? Wo siehst Du die Notwendigkeit, sich abzugrenzen?

L.R.: Die Liebe zum Sozialismus beweist man. Es ist nicht zu leugnen, daß z.B. die KPI diese Liebe zum Sozialismus hat. Ein Beweis besteht darin, daß man nicht mit den sozialistischen Staaten brechen will. Das ist z.B. der Unterschied zwischen den italienischen Kommunisten und manchen italienischen Sozialisten. Es gibt eine Gruppe von Sozialisten, auch unter denen, die den Appell unterschrieben haben, die einen totalen Bruch zwischen der westlichen Arbeiterbewegung und den östlichen Staaten wollen. Die KPI hält dies für völlig falsch. Wir haben Beziehungen zu den regierenden kommunistischen Parteien und kritisieren sie gleichzeitig. Man muß beides tun. Man muß Beziehungen haben, die Diskussion führen und Initiativen zur Verteidigung der Menschenrechte ergreifen.

Frage: Du hast es eben schon für die DKP gesagt, würdest Du das auch für die sozialistischen Staaten sagen, daß es falsch ist, irgendwie Druck ausüben zu wollen?

L.R.: Nein, jede Initiative übt Druck aus. Es gibt keine absolute Unabhängigkeit. Die Frage stellt sich nur, welche Art von Druck man ausübt. Z.B. ist die gesamte Strategie und Politik der KPI Druck gegenüber der DDR, der Sowjetunion oder auch der DKP und gegen alle sogenannten orthodoxen Marxisten und offiziellen Tendenzen der sozialistischen Staaten. Dies ist der stärkste Druck, weil er in dem Aufbau einer Alternative besteht. Das schließt aber nicht aus, daß man Diskussionen führt über die Lage in den sozialistischen Staaten, über die Maßnahmen gegenüber der Opposition usw.. Unser Fehler — auch mein persönlicher Fehler — vor ca. 25 Jahren bestand darin, daß wir, als wir unsere Strategie, den Sozialismus durch Demokratie zu entwickeln, klärten, zu gleichzeitig stattfindenden autoritären Maßnahmen in den sozialistischen Staaten schwiegen. (...) Man muß den Hausarrest für Robert Havemann und die Haft von Bahro angreifen als Schaden für den Sozialismus; aber andererseits gibt es eine starke Arbeiterbewegung in Westeuropa, die ein neues Modell des Sozialismus hervorbringt, und so entsteht ein Druck.

Frage: Wie beurteilst Du es, wenn eine bestimmte Stellungnahme zu Havemann, Bahro usw. zur Voraussetzung gemacht wird für eine weitere Zusammenarbeit, jetzt gerade bezogen auf die DKP, von der verlangt wird, daß sie die Verurteilung Bahros ebenfalls verurteilt, und wenn sie es nicht macht, herausfällt aus der Zusammenarbeit der Linken?

L.R.: Ich sehe die Schwierigkeit, aber ich verstehe nicht, warum z.B. DKP-Genossen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollen, weil sie z.B. die Verurteilung Bahros bejahen. Es besteht die Gefahr, daß die negative Haltung der DKP als Vorwand benutzt wird, um sie aus politischen Zusammenhängen auszuschließen, ihr das Recht zur Mitarbeit abzusprechen, und das auch in Gebieten, in denen es besonders wichtig ist, eine größtmögliche Einheit herzustellen. (...)

Frage: Du weißt, daß es den Vorschlag gibt, ein Russell-Tribunal zur DDR durchzuführen. Warum lehnst Du diesen Vorschlag ab?

schlag gibt, ein Russell-Tribunal zur DDR durchzuführen. Warum lehnst Du diesen Vorschlag ab?

L.R.: Ich lehne diesen Vorschlag aus mehreren Gründen ab. Erstens, ein solches Tribunal wäre zu zweideutig. Es würde einen Vorwand bilden für die Rechten, sich gegen den Sozialismus stark zu machen, das ist klar. Es wäre auch eine Art Rache für das Russell-Tribunal über die Verletzung von Menschenrechten in der BRD. Es wäre m.E. nahezu unmöglich, sich von einer solchen reaktionären Welle abzugrenzen. Zweitens, man muß das machen, was man für das Nützlichste hält. Ich glaube, daß ein Russell-Tribunal gegen die DDR eine gegenteilige Wirkung hätte. Man muß doch sehr aufmerksam die aktuelle Lage der sozialistischen Länder betrachten. Meiner Meinung nach gibt es dort doch Bewegung, es sind keine erstarrten Gesellschaften. Man hat z.B. gesehen, während des Papst-Besuches in Polen, daß es eine massenhafte Bewegung für die Gleichberechtigung und die Freiheit der Meinungen gibt, die nicht gegen den Sozialismus gerichtet ist. Der Papst-Besuch hat die Frage aufgeworfen, daß Christen und Marxisten gleichberechtigt innerhalb des sozialistischen Polen sein müssen, und hat so den Sozialismus in Polen gestärkt. Ich glaube, daß es eine stetig wachsende Bewegung in den sozialistischen Staaten für den Pluralismus von Ideen und Meinungen gibt, und nicht eine gegen den Sozialismus. Das ist besonders klar in der DDR. In der DDR sind die Andersdenkenden alle, oder fast alle links-oppositionell. Es gibt keinen Solschenizyn in der DDR. Es gibt Heym und Becker, also Leute, die vom Westen in die DDR als Kommunisten gekommen sind. Das ist doch etwas Spezifisches an der Situation in der DDR. Man muß die Möglichkeiten für eine möglichst friedliche Entwicklung einschätzen und dabei muß man z.B. berücksichtigen, daß Rudolf Bahro ein Funktionär gewesen ist. Ich muß gestehen, daß ich seinen Namen nicht kannte — ich kannte aber auch nicht den Namen von Dubcek... Wenn man gegen die Partei-Bürokratie spricht, muß man bedenken, daß Bahro auch dazu gehört hat, d.h., daß es eine sich sehr in Bewegung befindliche Lage dort ist. Ich glaube, man muß alles tun, um der liberalen Entwicklung zu helfen und sie nicht zu hemmen oder zu verhindern. Drittens möchte ich nicht päpstlicher als der Papst" sein. Wenn Wolf Biermann, Robert Havemann und andere Genossen selber sagen, daß sie kein Russell-Tribunal wünschen und daß sie große Hoffnungen haben, bin ich mit ihnen einverstanden. Ich habe einen Brief an Robert Havemann geschrieben, der unter dem Titel veröffentlicht wurde „Lieber Robert, ich hoffe". Das ist die heutige Lage, ohne daß ich weiß, wie es morgen aussehen wird.

Nachfrage: Du würdest diese Ablehnung auch auf andere europäische Länder beziehen, in denen der Antikommunismus nicht derartigen Boden hat wie in der BRD, also z.B. Frankreich oder Italien?

L.R.: Es gibt auch dort den Antikommunismus und es würde dasselbe geschehen, was ich vorhin für die BRD beschrieben habe. Wir hatten z.B. in Venedig eine internationale Versammlung von Dissidenten, ich fand das nicht richtig, weil dort alle möglichen Dissidenten versammelt waren. Ich verteidige das Recht jedes Menschen, seine Meinung frei zu äußern, ich verteidige das Recht von Amalrik oder von Rechts-Dissidenten, aber politisch zusammenarbeiten mit diesen Kräften ist unmöglich. In diesem Sinne vertreten wir italienischen Kommunisten und wir Eurokommunisten überhaupt das alte liberale Prinzip. Die Maxime, die die alten, echten Liberalen vertreten haben, zwar die Freiheit des Andersdenkenden zu verteidigen, aber nicht mit ihm zusammen zu arbeiten.

Frage: Welche Möglichkeiten hat die KPI, gegen die Repression in der DDR wirksam vorzugehen? Du bist hier als Einzelperson, wäre nicht die Wirkung für die Freilassung von Bahro um vieles stärker, wenn du als offizieller Repräsentant hier wärest?

L.R.: In dieser Periode — seit Havemanns Hausarrest und der verschiedenen Verfahren — hat die „L'Unità", d.h. die Partei, kontinuierlich Havemanns Erklärungen veröffentlicht und hat Stellung genommen, und das für die KPI, zwar nicht vom Sekretariat, aber für die Partei insgesamt. Die Stellung der KPI ist unbestritten. In der KPI ist es üblich, daß sehr selten Genossen als offizielle

Vertreter deleeiert werden. z.B. auf
stritten. In der KPI ist es üblich, daß sehr selten Genossen als offizielle

Vertreter delegiert werden, z.B. auf Parteitage anderer Parteien o.ä.. Nehmen Genossen an Veranstaltungen oder Kongressen teil, vertreten sie ihre persönliche Meinung — oft passiert es z.B., daß, wenn mehrere KPI-Genossen an einer solchen Veranstaltung teilnehmen, sie unterschiedliche Positionen vertreten. Prinzipiell sind die Aussagen der KPI sehr klar gegen die Beschränkungen.

Frage: Ich wollte nochmal auf das Russell-Tribunal zurückkommen. Du hast eine Position vertreten, aus der ich eine totale Ablehnung entnehme. Du erinnerst Dich, daß Ken Coates von der Russell Peace Foundation vertreten hat, daß gerade die Position der Oppositionellen in Osteuropa sehr wichtig sei. Havemann selbst hat eine totale Ausschließung nicht gemacht; er sprach — es war in der „Frankfurter Rundschau" veröffentlicht — davon, daß es die Möglichkeit gebe, den DDR-Friedensrat einzuschalten und z.T. auch mit Gesprächen hinter verschlossenen Türen konkrete Verbesserungen zu erzielen.

L.R.: Ich bin auch in diesen Punkten mit Havemann einverstanden, ich habe das gelesen. Aber das, was er vorschlägt, ist nicht die Frontstellung: hie DDR — dort alle andere Staaten Westeuropas, sondern es geht um das Friedenskomitee. In dem sind verschiedene Strömungen aus Ost und West zusammen; ich finde es richtig, daß in solchen Gremien, wo westliche und östliche Vertreter zusammenkommen, die westlichen Leute klar sprechen müssen. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch mit Einzelnen. Ich glaube, man sollte mehr Initiative zeigen, z.B. auch andere Möglichkeiten für offene Diskussionen oder Privatgespräche mit DDR-Intellektuellen nutzen. Aber ich finde, daß die Rebellion unter der Intelligenzia gegen die autoritären Maßnahmen in der DDR immer stärker wird. So z.B. der Philosoph Wolfgang Harich, der ein fast offizieller Vertreter der Regierung ist. D.h., daß die Behörde, die regierende Partei darüber nachdenken muß. Das war auch das erste Symptom für den Prager Frühling vor dem Januar, die Auseinandersetzung im Schriftstellerbund. (...).

Alternative Liste Bremen kandidiert zu den Bürgerschaftswahlen

In mehreren Mitgliederversammlungen hat die Alternative Liste Bremen (AL) Grundsatzerklärung und Statut, Kandidatur und Kandidatenliste verabschiedet. Bei der Kandidatenwahl am 13.7. wurde einmütig Anni Ahrens, Mitglied des BBU-Vorstandes und der Bürgeraktion Küste, als Spitzenkandidatin, gewählt. Auf den Plätzen drei und fünf folgen mit den jeweils nächsthöchsten Abstimmungsergebnissen zwei Kandidatinnen der Frauenwahlinitiative. Auf Platz zwei kandidiert ein aktives GEW-Mitglied, auf Platz sieben ein ehemaliges DKP-Mitglied und auf Platz acht ein als Mitglied des KB bekannter AL-Aktivist. Für die Plätze vier, sechs und zehn nominierte die Versammlung einen unorganisierten Arbeiter im Öffentlichen Dienst, ein Mitglied der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (Ex-KBW) und Professor Jens Scheer als „KPD“-Kandidaten. Die AL Bremen tritt an auf der Grundlage einer programmatischen Erklärung, deren Schwerpunkte sind der Protest gegen das Atomprogramm der Bundesregierung und die Zerstörung der Umwelt; der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, für die Gleichberechtigung der Frauen auf allen Ebenen; für die Forderungen der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung gegen Rationalisierung und Arbeitshetze in den Betrieben.

Die Bildung der AL war mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Spaltung der alternativen Wahlbewegung durch die „Bremer Grüne Liste“ (BGL) hatte bislang zur Folge, daß ein größerer Teil der Bremer Linken und Initiativen sich weithin passiv verhielten.

Diese Kräfte können aber, soweit sie ernsthaft an einer fortschrittlichen Wahlalternative in Bremen interessiert sind, durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit der AL wohl noch gewonnen werden. Auch von innen her hat es nicht an Angriffen auf die AL gefehlt. Die letzte Provokation startete ein Bündnis aus der „KPD“, einigen Mitgliedern der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ und zwei unorganisierten Mitarbeitern in der AL, während und nach der Kandidatenwahl: Unter dem Vorwand, der KB habe die Liste majorisiert, greifen sie jetzt die AL an, um die Kandidatenliste zum Platzen zu bringen und die Kandidatur der AL zu den Bürgerschaftswahlen zu verhindern.

Dieser Putsch scheint jedoch gescheitert. Mittlerweile zurückgetreten sind lediglich je ein Kandidat der „KPD“ und des „Komitees“, außerdem aus anderen Beweggründen der auf Platz vier gewählte Kandidat. An ihre Stelle werden Kandidaten aus anderen Bereichen treten. „KPD“ und „Komitees“ haben sich durch ihre Mißachtung demokratischer Beschlüsse aus der AL herauskatapultiert.

Die Spaltungsstrategie der „Bremer Grünen Liste“

Die Gründer der BGL haben die alternative Wahlbewegung an der Frage der aktiven Mitarbeit von Kommunisten gespalten. Ihr Argument war, daß Kommunisten die bürgerlichen Teile des erreichbaren Wählerpotentials abschrecken würden; auf diesen Teil der Bevölkerung komme es gerade an. Außerdem formulierten sie vier Prinzipien, deren offen eingestandener Zweck es ebenfalls ist, Kommunisten fernzuhalten: „Ökologie vor Ökonomie“ — „Dezentralisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen“ — „(Basis)demokratisierung“ und „Gewaltfreiheit“. Die Ausformulierung konkreter programmatischer Grundsätze — z.B. Unterstützung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche, Unterstützung der Forderungen der Frauenbewegung oder Forderung gegen die staatliche Repression — wird von der BGL ausdrücklich abgelehnt, offiziell mit der Begründung, man wolle nicht „vordenken“, denn „*Wir haben festgestellt, daß das, was dort* (in einem Programm, AK) *formuliert ist, in den Gruppen, die uns tragen, noch diskutiert werden muß, daß wir mit der Formulierung eines Programms, wie unvollkommen das auch immer sein mag, einen Schritt zu weit gegangen sind*“ (Peter Willers, Spre-
immer sein mag, einen Schritt zu weit gegangen sind“ (Peter Willers, Spre-
cher der BGL, in einem Interview mit der Zeitschrift „Beiträge“).

In Wirklichkeit hat diese scheinbar vornehm-bescheidene Zurückhaltung ganz handfeste Hintergründe: Die BGL arbeitet offen mit Vertretern rechter Positionen zusammen. Zu ihren Aktivisten gehören z.B. ein ehemaliges Mitglied der Bremer CSU-Freunde („Partei Freier Bürger“) und ein Mitglied der „Stillen Hilfe“, einer rechtsradikalen Organisation, die sich „humanitär“ um Nazi-Kriegsverbrecher kümmert. Die BGL will sich schwerpunktmäßig an „konservative“ und „mittelständische“ Wähler wenden. Andererseits weiß die BGL, daß sie allein mit Stimmen aus dem rechten Lager einen Wahlkampf niemals erfolgreich bestehen könnte, sondern auf die linke Szene Bremens angewiesen ist. Die BGL-Gründer hofften, daß die Linken nach der BGL-Gründung resignieren und nicht den Aufbau einer eigenen Liste betreiben würden. Gleichzeitig wurde eine mögliche linke Liste von vornherein als „kommunistisch unterwandert“ diffamiert. In diesem Sinne erklärte Peter Willers von der BGL: „*Die dogmatische Linke, sprich: der KB (und es ist nur der KB, der in Bremen ein Interesse an einer parlamentarischen Initiative hat) grollt uns natürlich ... Ich meine, wenn der KB eine bunte Liste in Bremen aufmachen möchte, dann soll er das mal tun, aber ich glaube nicht, daß er es schafft.*“

Diese Manöver der BGL-Gründer sind nicht ganz wirkungslos geblieben: Ein Teil der Linken — z.B. an der Wahl interessierte SB-Kreise — hat sich bislang, weitgehend aufgrund der Stimmungsmache, aus der AL herausgehalten.

BGL mißachtet Aufrufe

BGL mißachtet Aufrufe zur Einheit

Daß es den BGL-Gründern um die Spaltung der alternativen Wahlbewegung geht, selbst wenn sie damit ihre eigenen Chancen bei der Wahl verschlechtern, zeigt eine Stellungnahme des BGL- (und WSL-)Mitglieds Pfannkuche im „Weser-Kurier“: In Sachfragen gebe es „kaum Differenzen“ zur AL, aber antikommunistische Unvereinbarkeitsbeschlüsse müßten sein. Und weiter: „*Kommen wir mit der AL zu keiner Einigung, dann müssen wir im Wahlkampf deutlich machen, daß die Alternativen die R o t e n sind*“ (7./8.7.79).

Ihr Kurs auf Spaltung um jeden Preis hat den BGL-Gründern inzwischen auch Kritik aus den Reihen der „Grünen“ eingetragen. Diese Kräfte haben erkannt, daß der Bremer Wahl eine hervorragende Bedeutung für die Vorbereitung einer grün-bunten Kandidatur zur Bundestagswahl 1980 zukommt und daß in Bremen eine reale Chance bestünde, mit einer g e m e i n s a m e n Liste die 5 %-Hürde zu überspringen. (Das Euro-Wahlergebnis der „Grünen“ in Bremen lag bei 4,7 %!).

Dies ist auch Beweggrund für die Versammlung „Grüner, Bunter und Alternativer Listen“ in Vlotho am 30.6. gewesen, die beiden Bremer Listen zur Einigung aufzurufen. Insbesondere betonte die Versammlung: „*Die Bremer BGL wird hiermit aufgefordert, in der Einsicht der U n v e r a n t w o r t l i c h k e i t von einem den Wahlerfolg äußerst infrage stellendem Antritt von zwei Listen, die Einigungsgespräche unbedingt zu einem positiven Abschluß zu bringen*“. Die Resolution wurde in Vlotho einstimmig verabschiedet und ein vierköpfiger Vermittlungsausschuß für Bremen bestimmt.

Die BGL-Führer hatten zum Vlothoer Treffen nur einen ihrer unbedeutenderen Vertreter geschickt, um sich nicht dem Einigungsdruck auszusetzen; dafür kreuzte eine Woche später eine vierköpfige Spitzencrew der BGL auf dem niedersächsischen GLU-Parteitag in Bodenwerder auf, um sich die Unterstützung der dortigen „Grünen“ für ihren Wahlkampf zu sichern. Doch hier blitzten sie ab: Die GLU erklärte, sie würde nur eine g e m e i n s a m e Liste unterstützen und verabschiedete mit Zweidrittelmehrheit eine Resolution, in der es u.a. heißt, die GLU fordere „*beide Listen auf — vor allem aber die Bremer Grüne Liste — die Einigungsgespräche nicht von bloßer Taktik bestimmen zu lassen, sondern konstruktive Vorschläge für eine Verständigung einzubringen, um damit die Einigungsgespräche zu einem positiven Abschluß zu bringen*“.

Die provokatorische Antwort der BGL: Jede Einigung scheitere an den „*Kompromißunwilligen um den KB*“. Ehe die AL keinen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den KB akzeptiert, werde kein Gespräch laufen. Schützenhilfe hat die BGL ausgerechnet von einem Mitglied der AL selber bekommen. Eines der beiden anwesenden AL-Mitglieder machte auf dem GLU-Parteitag in Bodenwerder überraschend den Vorschlag, nicht die BGL solle endlich einlenken, sondern die AL müsse sich den Unvereinbarkeitsbeschlüssen beugen. Es sei ja allein der KB, der darauf bestehe, auf der Kandidatenliste präsent zu sein.
lein der KB, der darauf bestehe, auf der Kandidatenliste präsent zu sein.
Konsequenterweise findet sich dieses Mitglied der AL jetzt im Zweckbündnis mit der „KPD“ wieder, mit dem einzigen Ziel, die Kandidatur der AL zu verhindern.

Provokationen der „KPD“ gegen die AL

Die „KPD“ hat sich in Bremen als Hauptbremser beim Aufbau der AL erwiesen. Wie in anderen Städten trat die „KPD“ auch in der Bremer Wahldiskussion mit der Zielsetzung an, ihre „strategische Linie gegen den „Sozialimperialismus“ durchzusetzen. Nachdem sie damit total gescheitert war, behauptete sie, der KB habe die gesamte Liste unterwandert und die Verankerung der AL innerhalb der Arbeiterklasse und der Basisbewegung sei zu schmal. Von nun an verbündete sich die „KPD“ bedenkenlos mit allen Strömungen, wenn sich nur die Chance bot, den KB eventuell zu isolieren. Bei der Spaltung stimmte die „KPD“ dem Ultimatum der Rechten zu, keine „K-Gruppen-Mitglieder“ zu akzeptieren und befürwortete damit einen Unvereinbarkeitsbeschluß, der, wenn er von der Mehrheit angenommen worden wäre, zur freiwilligen Selbstaufgabe eines demokratischen Selbstverständnisses der Bremer Linken geführt hätte. Anschließend schrieb Jens Scheer einen Brief an den WSL-Vorsitzenden Haverbeck, in dem er den KB wegen seiner „halsstarrigen“ Haltung für die Spaltung verantwortlich macht.

Bei den Diskussionen über die Gründung und Kandidatur der AL argumentierte die „KPD“ stets gegen die jeweils nächsten Schritte zum Aufbau der Liste (u.a. stimmten sämtliche anwesende „KPD“-Mitglieder auf der Gründungsversammlung gegen die Listengründung). Als die AL trotzdem vorankam, tauchte die bereits verschwundene „KPD“ plötzlich wieder auf und versuchte, die Liste v o n i n n e n platzen zu lassen. Auf der Kandidatenwahlversammlung am 13.7. sprach sie zunächst der Versammlung von etwa 180 AL-Unterstützern das Recht ab, die Kandidatenwahl vorzunehmen, da weder die Versammlung, noch die Kandidaten „repräsentativ“ für die Bremer Linke seien. Als das nicht verfing, behauptete die „KPD“, daß die ganze Liste und die Mehrheit der Versammlung KB-Mitglieder oder KB-„infiziert“ seien. Dann verlangte sie, daß nur ein KB-Mitglied auf die Kandidatenliste dürfe. Aus Bereichen aufgestellte Kandidaten, die auch KB-Mitglieder sind, dürften nicht kandidieren. — Für sich selbst verlangte die „KPD“ ebenfalls einen Kandidaten, der das Recht haben sollte, seine „weitergehenden“ politischen Vorstellungen, insbesondere wohl die speziellen Vorstellungen vom „Kampf gegen den Sozialimperialismus“, öffentlich vertreten zu dürfen (als AL-Kandidat!).

Das provokatorische Auftreten der „KPD“ hat mit Sicherheit dazu beigetragen, daß ihr Kandidat, Professor Scheer, nur auf Platz 10 der Liste gewählt wurde. (Die Reihenfolge der Kandidaten wurde nach ihrer Stimmenzahl festgelegt). Natürlich schiebt jetzt die „KPD“ auch dafür die Schuld auf die „KB-Majorisierung“ und drückt auf die Tränendrüse: ein Mann wie Scheer, vom Staatsapparat verfolgt, schärfsten Angriffen ausge-
Mann wie Scheer, vom Staatsapparat verfolgt, schärfsten Angriffen ausge-
setzt etc. — und dann nur auf Platz zehn! Tatsächlich hätte Scheer wohl einen besseren Platz verdient gehabt, aber er ist der Provokationsstrategie seiner Parteifreunde zum Opfer gefallen.

Seit der Wahlversammlung vom 13.7. versucht die „KPD“ durch das Initiieren von nachträglichen Rücktritten von Kandidaten die Kandidatur der AL zu den Bürgerschaftswahlen zu torpedieren und damit der BGL das Feld für eine Alleinkandidatur zu ebnen. Auf der Vorstands- und Delegiertenversammlung am 17.7. ist Jens Scheer von der Kandidatenlisten zurückgetreten. Am 27.7. wird noch einmal eine Mitgliederversammlung stattfinden, auf der über einen Antrag auf Zurückziehung der Kandidatur der AL entschieden werden muß. Doch ist damit zu rechnen, daß die eindeutige Mehrheit der AL nicht daran denkt, sich von der „KPD“ erpressen zu lassen.

Die Schwierigkeiten der Ex-KBWler mit der Vergangenheitsbewältigung

Einige in der AL auftretenden Mitglieder des „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ stehen bei den letzten Versuchen, der AL zu schaden, in einer Front mit der „KPD“. Ihr Kandidat ist zusammen mit Jens Scheer zurückgetreten. — Auf der Versammlung am 13.7. stimmten führende Mitglieder der „Komitees“ mit in die von der „KPD“ angezettelte Hetze gegen die „KB-Unterwanderung“ der AL ein. Sie unterstützten den Versuch der „KPD“, die Kandidatenwahl zu verhindern oder die Liste entscheidend zu verändern. Nachdem dieser Versuch fehlgeschlagen war, zogen die anwesenden „Komitee“-Mitglieder noch vor der Kandidatenwahl demonstrativ aus.

Zwischen diesem Vorgehen und den Arbeitsprinzipien, die sich die „Komitees“ für ihre eigene politische Arbeit gegeben haben, nämlich sich solidarisch und offen auseinanderzusetzen und demokratische Prinzipien anzuerkennen, klafft ein offenbarer Widerspruch. Ihr Auftritt am 13.7. ließ starke Erinnerungen an ihre KBW-Vergangenheit wachwerden.

In einer Erklärung begründete der als Mitglied des „Komitees“ auftretende Kandidat seinen Rücktritt: „*Der Hauptfehler jedoch liegt nun einmal bei denen, die organisiert (also im wesentlichen der KB) die Wahldiskussion betreiben. Sie haben die Verantwortung für erreichte oder fehlgeschlagene Einheit, denn nur sie haben die praktischen Voraussetzungen, die Sache zu betreiben, gehabt*“. So einfach stellt sich die Situation also dar: Dadurch, daß der KB von Anfang an die Wahlaktivitäten unterstützt hat, trägt er auch die Schuld für die Nichtanwesenheit von noch nicht erreichten Initiativen oder Linken. Als Rückzugsbegründung aus der Wahlbewegung ist das doch reichlich dürftig.

Erst sehr spät, nämlich bei Gründung der AL, waren „Komitee“-Mitglieder in die Wahldiskussion eingetreten. Damals hatten sie sich zunächst gegen eine Gründung ausgesprochen, weil ihnen die bis dahin vorliegende Programmatik zu wenig ausformuliert und zu wenig „umfassend“ war. Nachdem dann doch einige „Komitee“-Genossen begonnen hatten, sich solidarisch in die Wahl-
diskussion einzuschalten, läuft das
hatten, sich solidarisch in die Wahl-
diskussion einzuschalten, läuft das „Komitee“ seit dem 13.7. Gefahr, sich erneut in das politische Abseits zu manövrieren, aus dem die meisten ihrer Mitglieder mit dem Austritt aus dem KBW herauszukommen versuchten.

Wahlausschuß
KB/ Gruppe Bremen

Kommunalwahlen in Gießen: Alternative Kandidatur in Vorbereitung

Auf Grund der Auflösung der Stadt Lahn zum 1. August finden am 7. Oktober in Gießen und Wetzlar Kommunal- und Kreistagswahlen statt. In Gießen hat die GLH-Gruppe seit April eine Wahldebatte in der örtlichen Alternativzeitung initiiert. Bisher haben sich neben der GLH-Gruppe verschiedene Einzelpersonen zusammengesetzt, die Schwerpunkte für den Wahlkampf ausarbeiten wollen. Dabei sollen die Bereiche Stadtentwicklung, Schulpolitik und Frauen eine große Rolle spielen. Anfang Juni haben „die Grünen“ ein Interesse an einer gemeinsamen Diskussion über eine Wahlbeteiligung geäußert. „Die Grünen“ sind in Gießen vertreten durch die GAZ, Aktion 3. Welt, GLU, die aber alle bisher nur wenige Mitglieder haben. Die „Grünen“ haben bisher erklärt, daß für sie die Frage der Wahl der Kandidaten von der Basis, die Frage der UVBs kein Streitpunkt sei. In der nächsten Woche soll über eine Gründung einer grünen/alternativen Liste zu den Kommunalwahlen entschieden werden.

GLU Niedersachsen: Für ein gemeinsames Bündnis von Grünen und Bunten/Alternativen zur Bundestagswahl 1980!

Dies ist das Hauptergebnis der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der GLU Niedersachsen vom 6./7.7.79 in Bodenwerder. Entgegen den Vorstellungen von Teilen der GAZ, der AUD und der GLU (um den ehemaligen Vorsitzenden Otto) soll neben dem Aufbau der „Grünen“ die Diskussion mit den Bunten und Alternativen verstärkt werden.

Eine große Mehrheit der LDK sprach sich demgegenüber für ein gleichberechtigtes Miteinander von ökologischer und radikaldemokratischer Bewegung aus.

Dabei soll keine überstürzte Parteigründung betrieben werden. Der Schwerpunkt liegt auf der programmatischen Diskussion. In einem Beschluß dazu heißt es: „*Ein Zusammenschluß aller Grünen, Bunten und Alternativen Listen zu einer gemeinsamen Liste mit individueller Mitgliedschaft für die Bundestagswahl im Oktober 1980 ist anzustreben auf der Grundlage der Prinzipien der Ökologie, der Basisdemokratie und der Gewaltfreiheit, in Anlehnung an das Europawahlprogramm unter Einbeziehung vorliegender Änderungsentwürfe s o w i e d e r n i e d e r s ä c h s i s c h e n Wahlplattform.*“

Im Oktober soll eine Landesdelegiertenversammlung die bis dahin an der Basis gelaufenen Diskussionen verarbeiten. „...*im November gemeinsamer Bundeskongreß aller beteiligten Gruppen ... anschließend wiederum Landesdelegiertenversammlung der GLU zur Diskussion der Ergebnisse des Bundeskongresses ... spätestens im Januar 1980 Konstituierung einer gemeinsamen Liste zur Bundestagswahl* (...)“

Dieser Beschluß wurde durch die Wahlen zum Vorstand und zur Programmkommission (die den oben genannten Diskussionsprozeß organisieren soll) auch personell abgesichert; eine überwältigende Mehrheit steht inhaltlich voll hinter obiger Grundsatzentscheidung. Nach einer Kampfabstimmung (47:28) löste Helmut Lippelt aus Hannover den ehemaligen Vorsitzenden Otto vom Amt des 1. Vorsitzenden der GLU ab.

Ganz im Sinne obiger Entscheidung forderte die LDK die Bremer Grüne Liste (BGL) auf, unverzüglich mit der Alternativen Liste Bremen (AL) zusammenzuarbeiten; ansonsten würde die BGL keinerlei Unterstützung von der GLU zur Bremer Bürgerschaftswahl erhalten. Bei der Diskussion um diesen Punkt ließ der ehemalige SPDler Dinné die Katze aus dem Sack. An einer gemeinsamen Liste mit der AL Bremen störe ihn zum einen, daß dort auch Kommunisten mitarbeiten; zum anderen würde es Stimmen kosten, wenn Homosexuelle z.B. in einer Zwischenüberschrift im Programm auftauchen würden. Trotz dieser auch in der GLU bestehenden Auffassungen, kamen die oben genannten Beschlüsse zustande, was eine gewisse Bereitschaft zum Umdenken anzeigt.

Im Verlauf der Diskussion zeigte sich, daß Unvereinbarkeitsbeschlüsse o f f e n nur noch von einer verschwindenden Minderheit gefordert wurden.

Auch Gruhl von der GAZ konnte sich mit seinen Positionen nicht durchsetzen. Sein Plädoyer für die Einheit der „Grünen“ auf der Basis des Europawahlprogrammes wurde dergestalt beantwortet, daß ein Brief des 2. Vorsitzenden der GAZ, Bueb, verlesen wurde (abgedruckt in AK 156), in dem er sich für ein gemeinsames Bündnis von Grünen und Bunten/Alternativen auf gleichberechtigter Grundlage aussprach.

Weitere Beschlüsse der LDK sind die Einführung des rotierenden Systems im GLU-Vorstand sowie die Einrichtung eines Öko-Fonds in der Höhe von bisher 100.000 DM. Dieses Geld, das aus der Wahlkampfkostenrückerstattung stammt, soll für Alternativprojekte sowie für die Unterstützung angeklagter AKW-Gegner verwandt werden.

Den Grünen steigt der „Ruhm" zu Kopf

Köln/Münster: Während in allen Teilen der alternativen Wahlbewegung nach den Europaparlamentswahlen heftige Diskussionen um die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens der Bunten, Grünen und Alternativen entbrannt sind, und auch große Teile der Grünen sich für eine gemeinsame Kandidatur zu den Bundestagswahlen einsetzen, haben die Einigungsbemühungen zu den Kommunalwahlen in NRW die großen Schwierigkeiten offenbart, die sich auf diesem Weg noch ergeben werden.

In **Münster** sah es noch vor zwei Wochen so aus, als sei eine gleichberechtigte Kandidatur von Grünen und Bunten möglich. Geeinigt wurde sich auf den Namen „Grüne und Bunte", ein paritätisch besetzter Koordinationsausschuß sollte eingesetzt werden. Dieser Einigung hatten die GLU und die AUD zugestimmt, die GAZ hatte nicht mitgezogen. Jetzt übernahmen alle Grünen jedoch die erpresserischen Forderungen der GAZ: Kandidatur nur unter dem Namen „Die Grünen" (einzige Kompromißlösung: „Die Grünen/Alternative Liste") und Einsetzung eines Koordinationsgremiums im Verhältnis 6:4 für die Grünen. Als Krönung schoben die Grünen einen Satzungsentwurf für die Wahlliste nach, in dem ein Unvereinbarkeitsbeschluß enthalten ist. Interessanterweise wird dieser gegen alle Mitglieder anderer Parteien ausgesprochen, wovon jedoch ausdrücklich Mitglieder der P a r t e i e n AUD, GAZ und GLU ausgenommen sind. Genauso interessant ist, daß sich die Grünen bemüßigt fühlen, ausdrücklich festzustellen, daß sich dieser UVB n i c h t gegen Mitglieder von Bürgerinitiativen richtet. Was jedoch hiervon in der Praxis zu halten ist, zeigt sich in dem Versuch, den Münsteraner Schwulengruppen ein eigenständiges Auftreten zur Wahl zu verbieten. Natürlich wissen auch die Grünen, daß die Schwulen einen erheblichen Faktor innerhalb der Initiative für eine Bunte Liste spielen. So ist dies nicht nur als Versuch zu werten, aus Opportunitätsgründen die Schwulen-Frage auszuklammern, sondern ein Frontalangriff auf den Gedanken einer alternativen Kandidatur a l l e r Unterdrückten und Diskriminierten. Es ist damit gleichzeitig der Versuch, den Bunten ihre Grundlage zu rauben und sie so dem g r ü n e n Gedanken unterzuordnen.

Noch krasser stellt sich diese Frage in

Noch krasser stellt sich diese Frage in Köln. Können sich die Grünen in Münster noch auf ein erzkatholisches Wählerpotential und auf ein leichtes Übergewicht im Kräfteverhältnis der Grünen und Bunten berufen, sind die Verhältnisse in Köln gerade umgekehrt. Angetreten werden muß unter Bedingungen einer Großstadt (vergleichbar den Stadtstaaten Hamburg und Westberlin). Dies drückt sich auch in der Basis der Grünen und Bunten aus. Während die Gründungsversammlung der Initiative für eine Bunte Liste 160 Personen zählte, darunter 16 gerade aus der SPD ausgetretene Mitglieder, brachten es die Grünen gerade auf 25.

Auch in Köln war es zwischen Grünen und Bunten zu weitgehenden Einigungen gekommen. Diese bestanden darin, eine gemeinsame Liste zu bilden, wobei die Programme beider Gruppen übernommen werden und eine gemeinsame Erklärung vorangestellt wird. Die Liste sollte weder die Bezeichnung „grün" noch „bunt" erhalten, sondern beides lediglich als Zusatz. Beide Gruppierungen sollten das Recht erhalten, einen eigenständigen Wahlkampf entsprechend ihrem Programm zu führen. Schließlich war sogar eine Vorvereinbarung getroffen worden, nach der als Spitzenkandidat ein ‚stadtbekanntes' Mitglied einer Bürgerinitiative, gleichzeitig Mitglied der Bunten und ehemaliges Mitglied der SPD, auftreten sollte. Die weitere Kandidatenliste sollte paritätisch besetzt werden.

Zwei Tage nach diesen Vorvereinbarungen kippten Vertreter der Grünen diese jedoch wieder um. Jetzt war für sie nur ein ‚Kompromiß' tragbar, der entweder einen Grünen als Spitzenkandidaten oder drei Grüne unter den ersten Fünf der Kandidatenliste akzeptiert (fünf Kandidaten haben bei Überspringen der 5%-Klausel Chancen, ins Stadtparlament zu kommen).

Es ist nicht die Forderung an sich, sondern die Art und Weise und der Zeitpunkt, der diese Forderung als Erpressungsmanöver erkennen läßt. Die Listen für die Kommunalwahlen müssen spätestens im August abgegeben werden. Dadurch geraten natürlich gerade diejenigen besonders unter Druck, die ehrlich eine Einigung anstreben. Diejenigen, die kein oder wenig Interesse an einer gemeinsamen Kandidatur haben, können es sich ‚leisten', den andern immer neue Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Dafür, daß es bestimmten Kreisen innerhalb der Grünen trotz aller verbalen Beteuerungen n i c h t um die Einigung geht, spricht auch, daß die Mitglieder der Kölner Grünen bisher von ihren Verhandlungsführern nicht über die Gespräche und Vereinbarungen mit den Bunten unterrichtet wurden. So kam es sogar dazu, daß eine Delegation der Bunten bei einer Versammlung der Grünen vor die Tür gesetzt wurde, obwohl bisher alle Mitgliederversammlungen der Bunten für die Grünen offen standen.

Es geht, wie gesagt, nicht in erster Linie um die Anzahl der Kandidaten oder um den Spitzenplatz. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, daß bestimmende Kräfte innerhalb der Grünen einerseits immer neuen Konfliktstoff suchen, um die mögliche Einheit zu verhindern, andererseits den Versuch starten, unter dem Druck der Zeit und des Einigungs-„zwangs" (um die 5%-Hürde tatsächlich zu überspringen) weitgehende

lich zu überspringen) weitgehende

Zugeständnisse zu erzwingen oder sogar die Bunten gänzlich unter ihr Konzept zu zwingen. Argumentiert wird hier vor allem mit dem Ergebnis bei den Europaparlamentswahlen, die wie selbstverständlich allein auf das Konto der Grünen gebucht werden. Nicht ganz klar ist, ob einige maßgeblichen Grünen tatsächlich so verblendet sind, zu meinen, dies sei allein ein g r ü n e s Wahlpotential, oder ob hier nicht machtpolitisch ein scheinbarer Vorteil ausgenutzt werden soll. Tatsache ist jedenfalls, daß auch in Köln die Grünen in den studentischen und intellektuell geprägten Bezirken die größten Wahlerfolge erzielten, also bei einem traditionell „bunten" Potential.

Es drängt sich die Vermutung auf, daß die Grünen in diesen Auseinandersetzungen einen Vorgeschmack auf die ‚Einigungsbemühungen' für die Bundestagswahlen liefern. Scheinbare Einigkeit wird auf programmatischer Ebene vorgespiegelt (oder es wird eingewilligt, mit getrennten Programmen aufzutreten), während die eigentlichen Auseinandersetzungen auf die o r g a n i s a t o r i s c h e Ebene verlagert werden. Der Streit um Kandidatenplätze, Besetzung der Vorstände oder Koordinationsgremien und Parteistrukturen wird zur bestimmenden Ebene erhoben. Sie können dabei sogar davon ausgehen, daß diese Auseinandersetzung innerhalb der bunten Bewegung weit verpönter ist als bei den Grünen. Dies veranlaßt einige Leute zu gewagten Manövern. Gewagt vor allem deshalb, weil unabhängig von dem Willen einzelner Führer der Grünen, die Wähler aller Protestlisten die E i n h e i t der bunten, grünen und alternativen Kräfte wünschen.

Diese Art von Erpressungsmanövern wird jedoch auf sehr rutschigem Parkett gestartet. Weit mehr als die Bunten brauchen die Grünen die parlamentarische Anerkennung. Können sich die Bunten in der Regel auf eine örtliche Basisbewegung stützen, die auch eine Wahlniederlage verkraften kann (im Sinne eines Nichtüberspringens der 5%-Hürde), sind die Grünen auf parlamentarische Erfolge angewiesen, da sie n u r hierdurch längerfristig ihre Existenz retten können, da sie bisher reine Wahlvereine geblieben sind. Sollte es also aufgrund des erpresserischen Vorgehens bestimmter Kräfte der Grünen zu keiner Einigung kommen, was für beide Teile ein Überspringen der 5 %-Hürde ausschließt, sind mit Sicherheit die Grünen längerfristig die Verlierer. Dies und die eindeutige Stimmung an der Basis der Grünen für die Einheit, sollte solch plumpen Manöver für die eigenen Vorteile in Zukunft ausschließen. Wenn die Grünen ein tatsächliches Interesse an einer Einheit zu den Bundestagswahlen haben, dann muß von ihnen auch verlangt werden können, daß im Vorfeld dieser Wahlen die Notwendigkeit der Einheit p r a k t i s c h demonstriert wird. Denn allen Beteiligten müßte klar sein, daß bei diesen Wahlen das einige Auftreten die entscheidende Trumpfkarte ist.

Sollte jedoch den Grünen der konkurrenzlose Wahlerfolg bei den Europaparlamentswahlen so zu Kopf gestiegen sein, daß sie einen unangefochtenen Führungsanspruch anmelden zu können meinen, haben sie sich mit Sicherheit nicht nur bei den Bunten, sondern auch bei den Wählern getäuscht!

Bonn: Grüne und Bunte gemeinsam!

Grüne und Bunte gemeinsam!

Am 20.7. gründeten in Bonn die Bunten und Grünen eine gemeinsame Liste. Die Chancen der „Grünen und Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz" sind damit für die kommenden Kommunalwahlen erheblich gestiegen.

Die Grünen in Bonn – vor allem Mitglieder der GLU und AUD – akzeptierten dort, trotz ihrer zahlenmäßigen Minderheit, daß Statut und Programm auf gemeinsamen Versammlungen abgestimmt wurden.

Neben einem Ökologie-Teil bzw. Forderungen zur Stadtsanierung einigte man sich auch auf Forderungen nach Streichung des § 218 und für ein Frauenhaus in Bonn.

Auch für die Rechte der Schwulen wird im Programm eingetreten, obwohl die Grünen dazu meinten, dies könne Bürger verschrecken.

Von den neun aufgestellten Kandidaten sind drei von den Grünen, aber auch die Mitgliedschaft in kommunistischen Gruppen war bei der Kandidatenwahl kein Hindernis für die Einigung.

Gegen Strauß und für eine alternative Kandidatur

Nach langer Zeit (wie lange?) haben sich in Eimsbüttel am 20.7. Mitglieder und Vertreter von „Grünen" und „Bunten", deren Freunde oder „einfach" Interessierte an einen Tisch gesetzt, um zu diskutieren, wie 1. die Kanzlerkandidatur von Strauß einzuschätzen ist und 2. was daraus für uns folgt: SPD als „kleineres Übel" wählen oder aber selbst als Alternative zu den Bundestagswahlen 1980 anzutreten.

In der sachlich und solidarisch geführten Diskussion der ca. 70 Anwesenden sprach sich Heinz Böhmecke (GLU) dagegen aus, in Strauß ein Feindbild besonderer Art aufzubauen, da Schmidt genau so einer sei. Die anderen Teilnehmer sahen jedoch in Strauß etwas besonders bedrohliches (das Spektrum reichte von ...„dann wandere ich aus", bis zu konkreten Beispielen aus dem Lehrerbereich und den Gewerkschaften; (siehe AK 157, Stoiber-Papier). Einigkeit wurde (wie sich in der Diskussion herausschälte) in 4 Punkten erzielt:

1. alle befürworten eine gemeinsame Kandidatur von „Grünen", „Bunten" und „Alternativen"
2. die Einschätzung, daß bei einer gemeinsamen Kandidatur die 5%-Hürde zu überwinden sei
3. daß ökologische Forderungen gleichberechtigt neben demokratischen Forderungen stehen sollten.

Abschließend wurde ein Resolutionsvorschlag eines AAE-Mitgliedes (Antifaschistische Aktion Eimsbüttel) beraten und verabschiedet, der sich gegen Strauß und seine Kumpanen richtet; der aufzeigt, daß Schmidt ihn hoffähig gemacht hat; sich gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse innerhalb eines Bündnissses wendet, Freiheit der Aktionsformen fordert und weitere Gespräche vorschlägt.

Diese Resolution wurde mit einer Enthaltung angenommen und soll dazu dienen, mehr Menschen anzusprechen und in den Initiativen damit zu arbeiten.

E./BO-Eimsbüttel, 21.7.79

„Grüne" gründen sich in Freiburg

Am 18.7. wurden in Freiburg im kleinen Kreis (eingeladen waren nur Mitglieder von GAZ, AUD und von den Euro-„Grünen") „die Grünen" gegründet. Der Verband will sich zu einem Kreisverband der „Grünen" umformieren, sobald diese sich auf Bundesebene konstituiert haben.

Aus den Reihen der knapp 60 Anwesenden kamen schon zu Anfang Proteste, wieso die Sitzung nicht öffentlich sei und die „Bunte Liste" nicht eingeladen wurde.

Bei der Debatte um einen Satzungsentwurf verwahrte sich die übergroße Mehrheit dagegen, einen Unvereinbarkeitsbeschluß mit einzubauen („*Extremisten schließen sich von unseren Zielen her aus*"). Als Zugeständnis an den konservativen Flügel wurde aber dann die Erklärung mitverabschiedet: „*Der Verein verfolgt keine extremistischen Ziele*". Auch hier gab es mit 20 Gegenstimmen eine starke Opposition.

Auch die Vorstandswahl war nicht frei von Überraschung: Müller, bisheriger GAZ-Vorsitzender, wurde weder in den geschäftsführenden, noch in den erweiterten Vorstand gewählt. Diese Schlappe dürfte er sich durch seine antikommunistischen Sprüche in der Presse selbst miteingebrockt haben (s. AK 157). Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender, sowie drei von vier Leuten im erweiterten Vorstand werden von einer „Fraktion" gestellt, die sich auf der Versammlung sehr dafür eingesetzt hatte, zukünftig mit der „Bunten Liste" intensiver ein einheitliches Vorgehen anzustreben.

. . . und die Bunten?

Die BL hat auf ihrer VV am 6.7. nochmal ihr Bündnisangebot an die „Grünen" bekräftigt. In der Zwischenzeit läuft die Arbeit auf vollen Touren weiter: Die Plattform ist erschienen, als 8. Arbeitskreis wird ein AK Schwule eingerichtet. Auf einer Aktionseinheitsveranstaltung zum Wyhl-Prozeß waren 150 Besucher.

Nach der Verschiebung des Wahltermins auf Mai 1979 haben sich die Chancen vergrößert, sowohl „die Grünen" als auch noch abwartende oder skeptische Initiativgruppen zur Zusammenarbeit oder gar Mitarbeit zu bewegen.

Ein Genosse aus Freiburg

Tübingen: Bürgerentscheid kippt 70-Millionen-DM-Projekt

In den letzten drei Jahren entwickelte sich in Tübingen ein Kampf um die Nordtangente, auch „Mordtangente" genannt, ein gigantomanisches Strassenbauprojekt, das den Verkehr in 6 Spuren am Rande der Altstadt, jedoch mitten durch das Wohngebiet der Nordstadt und durchs Klinikviertel führen sollte, mit großzügigen Zubringerästen und einem Verkehrsknoten – „Schmidtorknoten" – mit 36 (!) Spuren.

Der Nordtangente hätten „*fünfzehn stilvolle Häuser, zwei Schulen, vier Krankenhausflügel, ein Altersheim, eine Ausländerbegegnungsstätte, 175 Bäume und 80.000 Kubikmeter Erdreich*" („Badische Zeitung", 10.7.79) weichen müssen.

Im Laufe der drei Jahre magerte das Projekt zwar auf vier Spuren ab, 2 kostspielige Tunnels wurden geplant und 44 von 48 Gemeinderäten stimmten zu. (Die beiden DKP-Stadträte arbeiteten intensiv gegen das Projekt, wie die DKP überhaupt auch in der BI gute Arbeit leistete, neben anderen Personen und Gruppen). Aber auch das geschrumpfte Projekt war den Bürgern zuviel. Über ein Bürgerbegehren kam es zum Bürgerentscheid am 8.7.79 (Bei einem Bürgerentscheid müssen 30 % der Wahlberechtigten zur Wahl gehen und davon die Mehrheit dem Begehren zustimmen).

Der Ausgang des Entscheids hat selbst die kühnsten Optimisten umgeworfen: Bei einer Wahlbeteiligung von 50,5 % stimmten 84 % gegen das Riesenprojekt! Die Wahlbeteiligung war höher als bei der Oberbürgermeisterwahl 1974, was ein nicht geringes Mißtrauensvotum bedeutet. Die Bürger haben sich erfolgreich gegen die sture Technokraten- und Bürokratenargumentation und die Arroganz der Macht gewehrt.

Auch die im Wahlkampf zur Schau getragene „Bürgernähe" nützte nichts: „ *Wochenlang standen die Fraktionsvorsitzenden, der OB, der Bürgermeister, fünfzehn eigens angeheuerte Gutachter immer samstags auf die ganze Stadt verteilt an Informationsständen Rede und Antwort*" *(„BZ", 10.7.).*

Und jetzt zur Kommunalwahl!

Das Ergebnis, die hohe Wahlbeteiligung und die in Tübingen bei der Europaratswahl von den „Grünen" erreichten 12 % geben Hoffnung für die Kommunalpolitik. Am Mittwoch, 11.7. (Schlag auf Schlag) fand die Gründungsversammlung einer „Alternativen und grünen Liste" statt, die bereits zu den Gemeinderatswahlen am 28. Oktober kandidiert. Die Chancen sind ja mehr als günstig! Bis jetzt arbeiten Mitglieder der „BI Nordtangente", die „Grünen", Bund für Umweltschutz, Frauenakademie, SZ, „BI zur Verteidigung der Grundrechte" u.a. mit. Wir Frauen der KB-Sympathisantengruppe sind noch am überlegen, ob wir in einer autonomen Frauengruppe zusammen mit anderen Frauen und in lockerer Zusammenarbeit mit dem Frauenzentrum, bei der Liste mitmachen können/sollen (Überlegung in bezug auf unsere Möglichkeiten. Nicht, daß es nicht sinnvoll wäre!)

Die Liste ist in einem Trägerverein, dem „Bürgerforum e.V." zusammengeschlossen. Eine Programmkommission soll Themenbereiche wie Verkehr, Schulen, Kultur, Jugend, Freizeit, Gesundheits- und Sozialwesen, Energie- und Wasserversorgung, Wirtschaftsförderung und Bodenpolitik, Wohnen und Städtebau, Frauen etc. bearbeiten; bisherige Forderungen sind Vorschläge zur Verkehrsberuhigung (Ausbau des innerörtlichen Personennahverkehrs, vernünftige Einbahnregelungen, Parkplätze vor den Stadttoren, vermehrt Fuß- und Radwege...), ein mietfreies Bürgerhaus, ein separater Brachwasserkreislauf, selbstverwaltetes Frauenhaus, kommunale Wohnungsvermittlun und insgesamt: mehr Öffentlichkeit.

Soviel zum basisdemokratischen Tübingen.

H.F./ KB-Sympathisanten Tübingen

Grün-Bunte Einheit in Pinneberg?

Es gibt noch Schwierigkeiten

Am 11. Juli fand im Kreis Pinneberg (Schleswig-Holstein) eine Kreismitgliederversammlung der Grünen Liste statt. Auf der Tagesordnung stand die „*Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, Verbänden, Bürgerinitiativen usw., u.a. im Hinblick auf die Bundestagswahl.*"

Eine Arbeitsgruppe der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) Pinneberg hatte es in die Wege geleitet, daß auch Leute von der LDU (Liste für Demokratie und Umweltschutz) an der Sitzung teilnehmen konnten.

Die Gespräche fanden in einem angenehmen Klima statt, und die Bestrebungen zur Einheit wurden auf beiden Seiten deutlich.

Es wurde festgehalten, daß es sehr viele Berührungspunkte zwischen den Vorstellungen der Anwesenden gab. Diese und die Differenzen sollen nun genauer herausgearbeitet werden. Im kleineren Kreis sollen sich Vertreter der GL und der LDU zusammensetzen und die Punkte für eine erneute gemeinsame Sitzung diskutierbar machen.

Bei all diesen positiven Tendenzen kam aber auch zutage, daß es Unterschiede vor allem in der Frage des Parteiaufbaues und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVBs) gibt. Von der LDU wurde in diesen beiden Punkten eindeutig Stellung bezogen.

- Keine Parteigründung, sondern ein Wahlbündnis, eine Art „Koalition".
- Um überhaupt eine Basis für weitere Annäherungen zu finden, müssen die UVBs fallen.

Eine konsequente Position zu den UVBs wurde von den GLern nicht bezogen. Das soll intern noch diskutiert und verabschiedet werden. Ob dieses positiv verläuft, ist nicht sicher, da in Gesprächen doch starke Vorbehalte geäußert wurden.

Es zeigte sich außerdem, daß in der GL Pinneberg die Meinung vorherrscht, baldmöglichst eine bundesweite Partei zu gründen. In einem auf der Sitzung verteilten, aber nicht diskutierten Papier, werden die Positionen konkretisiert:

- In den Satzungs- und Programmausschuß der „Grünen", wie er zur Europawahl bestand, sollen Mitglieder anderer Gruppierungen aufgenommen werden, insoweit sie als Grundlage die Europa-Wahlplattform anerkennen.
- Keine korporative Aufnahme irgendwelcher Organisationen, was sich sowohl gegen Organisationen (z.B. KB) als auch Bürgerinitiativen richtet.
- Die Bezeichnung „bunt" nicht zu verwenden, weil sie eine andere Rangordnung der Zielsetzungen signalisiert. Auch „alternativ" ist zu verwaschen. Nur „Grüne Alternative" kommt als Kompromiß in Frage.
- Aufnahmeanträge der Einzelmitglieder sollen den folgenden zu unterschreibenden Text enthalten: „*Ich stimme dem Grundsatz zu, daß alle politischen Probleme zuvörderst nach ökologischen Gesichtspunkten angegangen werden.*"

Diese Vorschläge sehen doch sehr nach Vereinnahmungspolitik in die Grünen Listen aus, weniger nach einem Vorschlag zu einem gemeinsamen und gleichberechtigten Wahlbündnis! Sie decken sich mit den Vorstellungen der GAZ. Viel Gemeinsames haben wir auf dieser Sitzung gefunden, ein gemeinsames Vorgehen zur Bundestagswahl ist damit leider noch nicht gewährleistet.

Ein Genosse aus Pinneberg

Interview mit dem AUD-Vorsitzenden August Haußleiter

Anfang Juli hatte ein Genosse die Möglichkeit, mit dem Vorsitzenden der AUD, August Haußleiter, in München folgendes Interview zu machen.

Frage: Herr Haußleiter, Sie haben nach 1945 die CSU mitbegründet und gehörten bis 1949, als Sie die Partei verließen, mit zu ihren führenden Vertretern. Sie kennen F.J. Strauß aus diesen Jahren persönlich und haben auch seinen weiteren Werdegang verfolgt. Wie beurteilen Sie Strauß? Wie hat er sich in der CSU durchsetzen können?

A.H.: Strauß hat in der ersten Phase des Aufbaus der CSU kaum eine Rolle gespielt. Damals verstand sich die CSU als eine völlig neue Partei. Ein Teil ihrer Sprecher hat damals einen christlichen Sozialismus vertreten, und der Gewerkschaftsflügel unter Stegerwald spielte eine entscheidende Rolle. Es ging damals darum, ob man bereit war, den Versuch zu machen, alle Besatzungszonen Deutschlands in einer gemeinsamen Form zu entwickeln. Ein erheblicher Teil der CSU ging hier von der Überlegung aus, daß der Kapitalismus die eigentliche Ursache der Weltwirtschaftskrise und des Aufstiegs von Hitler gewesen war, so daß man zu kapitalistischen Strukturen nicht zurückkehren durfte.

Dieser Flügel wurde damals von dem berühmten Ochsensepp, wie Josef Müller genannt wurde, geführt. Ich selber galt als der Ideologe dieses linken, gesamtdeutschen Flügels der CSU. Strauß war damals ein junger Mann ohne politisches Profil. Beim Aufbau der CSU hat er von mir aus gesehen keine Rolle gespielt. Ich habe mit Vergnügen den Reprint des Spiegels von 1947 gelesen. Dort kommen alle wichtigen Sprecher der CSU vor. Strauß erscheint im Personenverzeichnis von 47 aber noch nicht. Der „Große Bruder", der nachträglich die Geschichte der CSU schreibt, führt ihn erst jetzt als die entscheidende Figur der Gründungszeit der CSU ein. Strauß hat erst 1949 eine entscheidende Rolle gespielt. Er hat auf dem CSU Parteitag in Straubing Dr. Josef Müller gestürzt. Er hatte ein Bündnis mit dem rechten Flügel der CSU, der alten bayerischen Volkspartei geschlossen und er der CSU, der alten bayerischen Volkspartei, geschlossen, und er hat den rechten Flügel erst institutionalisiert. Insoweit ist Strauß einer der Hauptverantwortlichen für die gesellschaftliche Restauration in der Bundesrepublik Deutschland. Er hat es geschafft, die alten Kräfte wieder salonfähig zu machen, die vorher kaum eine Rolle zu spielen in der Lage gewesen waren. In dieser Funktion stieg er rasch zum maßgeblichen Sprecher der CSU auf.

Dies war möglich, weil Josef Müller, der kein Organisator war, ihn in die Rolle des Generalsekretärs der CSU gebracht hatte. Müller hielt Strauß für seinen jungen Schüler. Er hat sich in der Beurteilung von Strauß völlig getäuscht. Strauß hat gegen Müller mit den alten Kräften der bayerischen Volkspartei zusammengearbeitet und beim Sturz von Müller die entscheidende Rolle gespielt.

Frage: Noch einmal zur Beurteilung von Strauß nun auch wie er heute vor uns steht. Für uns geht von Strauß und seinem Kurs eine große Gefahr aus. Wir meinen, daß Strauß eine verschärfte Rechtsentwicklung in der BRD durchsetzen will, die bis zu Krieg und Diktatur gehen kann. Wie sehen Sie diese Gefahr?

A.H.: Ich sehe bei Strauß zwei Gefahrenmomente. Er selbst empfindet sich als den einzigen Mann in der Bundesrepublik Deutschland, der in der Lage ist, eine Krise zu meistern. Er ist in seinen eigenen Augen ein Krisenkanzler. Das schließt ein, daß er sich in einer Krise zu demokratisch nicht legitimen Maßnahmen für fähig hält. Otto von Habsburg hat seine eigentlichen Gedanken in dieser Richtung weitergedacht, wenn er in einer Krise an Todesurteile und die Abschaffung der Demokratie denkt. Die „WELT" hat mit Recht geschrieben, daß v. Habsburg gelegentlich die geheimsten Gedanken von Strauß ausspricht. Ich sehe in dem Habsburg-Konzept nicht das volle Konzept von Strauß, aber innere Möglichkeiten, die Strauß auch in sich selber sieht.

Dann habe ich eine zweite Sorge. Die ganze Welt wartet, ob nicht in der Bundesrepublik Deutschland ein zweiter Hitler denkbar ist. Strauß ist kein zweiter Hitler, aber er ist der erste große Demagoge in der Bundesrepublik, und insoweit würde er vom Ausland als eine ähnliche Figur beurteilt wie Hitler und mit der gleichen Sorge angesehen. Deshalb würde er in eine militärische Entwicklung geradezu hineingezwungen. Dazu spielt sein pathetischer Antisowjetismus eine Rolle, sein Versuch, gestützt auf China die SU einzukreisen.

Strauß ist ein Mann, der Weltgegensätze verschärft. Strauß ist in der Lage, selbst gegen eigene Absicht, eine militärische Katastrophe auszulösen.

Frage: Wäre es unter diesen Gefahrenmomenten, wie Sie sagen, für kritische und oppositionelle Kräfte nicht klüger, sich nicht auf das schwierige Unternehmen einer Kanditatur einzulassen, das unter Umständen der SPD entscheidende Stimmen kostet und Strauß zum Sieg verhelfen kann?

A.H.: Ich bin in diesem Punkt genau entgegengesetzter Meinung. SPD und FDP werden aus dem gemäßigten Bereich der CDU so viele Stimmen gewinnen können, daß die sozialliberale Koalition durch Strauß eher gestärkt als gefährdet wird. Auf der anderen Seite haben die fortschrittlichen Kräfte in SPD und FDP in diesen Parteien ab sofort keine Chance mehr, sich hinreichend zur Geltung zu bringen. Der Donnerer aus München ermöglicht Schmidt die Disziplinierung beider Koalitionsparteien. Und aus eben diesem Grund muß eine neue alternative und grüne Partei jetzt die 5% Klausel überwinden. Die Chancen dazu sind da. Die Grundwoge der Grünen und Alternativen steht bei 3%. In Baden-Württemberg ist in einigen Städten schon die 10% Marke überschritten. Die politisch Heimatlosen in allen drei Bonner Parteien werden durch Strauß auf eine neue Plattform hin gezwungen. Eine politische Alternative kann mit Sicherheit über 5% kommen, wenn sie breit genug gebaut ist, und es versteht, ein offenes und alternatives Programm zu entwickeln.

Frage: Zweifellos wird die SPD aber trotzdem mit dem Argument der indirekten Strauß-Unterstützung un- trotzdem mit dem Argument der indirekten Strauß-Unterstützung un-ter den potentiellen Wählern einer alternativen Liste arbeiten. Wie soll man Ihrer Meinung nach dagegen angehen?

A.H.: Ich habe das Angebot Brandts im VORWÄRTS dreimal gelesen. Ich halte es für ebenso rührend wie unrealistisch. Es sieht so aus, als wolle ein alter Onkel einem jungen Neffen beibringen, daß er zu Gunsten des Onkels auf alle Positionen der jüngeren Generation verzichten sollte. Die SPD ist für die alternative und grüne Bewegung in der Bundesrepublik weder ein Regenschirm noch ein Dach. Brandt verwechselt die Grünen und Alternativen mit der APO. Diese hatte aber ganz andere Positionen. Die APO war ein Aufbruch der jungen Intelligenz an den Universitäten. Die APO hatte die Negation der gesellschaftlichen Zustände zwar glänzend herausgearbeitet, z.B. die Ablehnung der Konsumgesellschaft. Sie besaß aber keine neue Weltschau, die der Jugend auf Dauer eine neue Heimat bieten konnte. Hier hat die ökologische Bewegung völlig neue Positionen sichtbar gemacht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine neue Nationalökonomie sich mit den Grenzen des Wachstums auseinandersetzen muß. Auf diesem Gebiet fallen jetzt Entscheidungen, die Brandt nicht nachvollziehen kann. Die SPD-Führung hat noch gar nicht begriffen, was ökologische Positionen eigentlich sind. Sie vertritt unter dem Macher Schmidt einen naiven Wachstumsmythos, während wir eine Nationalökonomie und eine Gesellschaftsordnung entwickeln müssen, die auf einer kopernikanischen Wende unseres Denkens beruht, ein Prozeß der irreversibel ist und nicht mehr zurückgenommen werden kann.

Der einzige, der diese neuen Positionen wahrgenommen hat, ist E. Eppler. Dessen Stellung in der SPD ist aber zu schwach. Wir werden deshalb in Zukunft in Baden-Württemberg, wo Landtagswahlen bevorstehen, unter der Parole angetreten: Rettet Eppler – Wählt die Grünen!

Frage: Welches Konzept vertritt die AUD für eine grüne oder alternative Kandidatur? Welche Kräfte soll sie umfassen? Was wären die grundlegenden Forderungen und Programmpunkte?

A.H.: Die AUD hat schon zu den Europawahlen vier Grundelemente für die grüne Bewegung sichtbar zu machen versucht. Das erste Element ist ohne Zweifel die ökologische Position. Es muß endlich begriffen werden, daß die Rohstoffe der Erde knapp werden. Es muß begriffen werden, daß die Belastbarkeit der Erde erschöpft ist, Belastbarkeit mit Giften, Abfällen und Strahlung. Eine Nationalökonomie des Maßes, d.h. der Rückkehr zu einer natürlichen Kreislaufwirtschaft ist notwendig. Zweitens kann diese Änderung nur von unten her erfolgen. Hier liegt unsere unmittelbare Verbindung zu allen alternativen Gruppen. Die Menschen in unserem Lande beginnen schon anders zu leben. Sie realisieren andere gesellschaftliche Vorstellungen nicht dogmatisch, sondern sie institutionalisieren andere Lebensweisen. Hier haben wir alternative Lebensgemeinschaften, die sich den Vorstellungen der Wachstumsgesellschaft verweigern und eine andere Lebensform bereits durchzusetzen beginnen. Bartsch hat die interessante Unterscheidung zwischen revolutionären Veränderungen und subversiven Veränderungen getroffen. Er behauptet, daß sich in den Großstädten die Jugend im Stadium einer völligen Subversion des Lebensstils befindet. Diese Veränderungen beginnen von unten. Sie müssen basisdemokratisch realisiert werden. Sie können nicht mit den Techniken und Organisationsformen alter Parteien durchgesetzt werden. Die dritte grundlegende Position die wir einnehmen, ist unsere Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung stieg im 19. Jahrhundert auf, hat aber ihre Ziele nicht erreicht. Heute ist sie weitgehend in das kapitalistische System integriert. Sie hat aber keine neuen Positionen realisiert, die vom Arbeiter her gesehen notwendig sind.

Eine vierte Position, die mit der Veränderung der Arbeiterbewegung zusammenhängt, ist die, daß wir nicht der Meinung sind, Veränderungen könnten mit Gewalt durchgesetzt werden. Insofern bestehen wir auf der Position der Gewaltfreiheit im Innern und nach Außen im Zusammenleben der Völker. Gewaltanwendung der Alternativen würde nur die Gegengewalt der Faschisten institutionalisieren. Wir haben eine Gegenvorstellung: Wir glauben, daß eine Bewegung, die sich als basisdemokratisch empfindet, auf Gewalt verzichten kann und daß sie im Zusammenleben der Völker auf Gewalt verzichten muß. Wir sind der Meinung, daß auf dieser Erde eine konkrete Friedenspolitik endlich durchgesetzt werden muß. Wenn es uns nicht gelingt, durch eine Friedenspolitik das Wettrüsten zu überwinden, kann es zu einem Dritten Weltkrieg als einem Endkampf um die Rohstoffe dieser Erde kommen. Wir sind der Meinung, daß in der Tat die Deutschen, die an einer Trennungslinie und an einem Spannungsherd der Menschheit liegen, die ersten Schritte zu dieser Politik des gewaltfreien Zusammenlebens der Völker tun müssen. Wir lehnen die Strategie der Abschreckung ab. Die Menschheit muß endlich den Schrecken in sich selber überwinden und an die Stelle einer Ordnung der Gewalt eine Ordnung des Rechts auch zwischen den Staaten setzen.

Frage: Innerhalb der Wahlbewegung haben Abgrenzung und Unvereinbarkeitsbeschlüsse bisher eine große Rolle gespielt und zum erheblichen Teil Zusammenarbeit verhindert. Wie stehen sie zu Abgrenzungsbeschlüssen? Wie breit sollte die Wahlbewegung angelegt sein?

A.H.: Ich bin ein entschiedener Gegner jeder Art von Abgrenzungsbeschlüssen. Die grüne und alternative Bewegung soll so offen wie möglich sein, soweit nicht die Grenzen in der Sache selber liegen, die sich immer wieder von neuem herstellen. Hier ist besonders die basisdemokratische Position eine entscheidene. Sie schließt alle autoritären und alle faschistischen Elemente aus. Für genauso wichtig halte ich die gewaltfreie Position, die alle militaristischen Elemente von uns fernhält.

Ich bin also der Meinung, daß man sich in Bezug auf die Sache einigen muß, ohne Abgrenzungsbeschlüsse. Weiter bin ich der Meinung, im Rahmen einer solchen weitgespannten Zusammenfassung ist Raum für fortschrittliche und Raum auch für konservative Kräfte. Wir haben bei den Wahlstatistiken festgestellt, daß wir CDU/CSU und SPD in gleicher Weise Stimmen abgenommen haben. Das können wir nur, wenn wir auch in den Raum der CDU/CSU einbrechen, genauso wie wir der SPD die fortschrittlichen ökologischen Gruppierungen abnehmen werden. Ich bin der festen Überzeugung, daß im Jahre 1995 diese grüne und alternative Bewegung die absolute Mehrheit im Lande haben wird, und sich dann in einen linken sozialistischen, einen gemäßigten Mittelflügel und in einen konservativen Flügel aufspalten wird. Heute, in der Auseinandersetzung mit Strauß und dem Zwang, die 5% Hürde zu überwinden, ist eine breite Einheit der grünen und alternativen Bewegung zwingend notwendig.

Frage: Auf der letzten Landeskonferenz der GLU in Niedersachsen sind Beschlüsse gefaßt worden, die eine breite Zusammenarbeit grüner und alternativer Listen begrüßen. Es liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, den man als Fahrplan bezeichnen könnte, der nach einer ausführlichen und themenbezogenen Programmdiskussion zwischen allen Beteiligten vorschlägt, erst Anfang 1980 eine Wahlalternative zu den Bundestagswahlen zu gründen. Was halten Sie von solchen Vorschlägen?

A.H.: Ich stehe zunächst einmal der Vorstellung, daß man alle alternativen und grünen Gruppierungen zusammenführen muß, absolut positiv gegenüber. Einen Fahrplan können wir nicht vorschreiben, weil die Termine in den einzelnen Bundesländern verschieden liegen. Zuerst einmal gibt es in einigen Ländern im Herbst Kommunalwahlen, bei denen sich die Einigung unten bereits vollzieht. Ich habe im Vorstand der „Grünen" dafür plädiert, daß ein Gegeneinander von einzelnen Parteigruppierungen und alternativen Gruppen bei Kommunalwahlen unter allen Umständen verhindert werden muß. Wir haben zweitens die Wahlen in Baden-Württemberg am 16. März und im Mai die Landtagswahlen in NRW. Ich bin genau wie sie der Meinung, daß für die Programmdiskussion viel Zeit zur Verfügung stehen muß. Aber eben aus diesem Grund können wir der Basis schwer Fahrpläne vorschreiben. Die grüne Basis ist schon enttäuscht gewesen, weil nach den Europawahlen die Bundesversammlung noch nicht die nächsten notwendigen Beschlüsse gefaßt hat. Wir wollen also, daß sich die Entwicklung ohne Fahrplan und Hemmungen vollzieht.

Frage: Nun hört man aus Süddeutschland, daß sich dort grüne Parteiverbände auf Kreisebene gründen ohne die Beteiligung alternativer Gruppen. Würde das Spektrum einer künftigen Partei dadurch nicht von vornherein wieder eingeschränkt?

A.H.: Ich bin der Meinung, und meine Unterlagen zeigen dies, daß dort, wo alternative Gruppen bestehen, wie z. B. in Nürnberg, Heidelberg oder Freiburg, das Gespräch in vollem Gange ist und die Verständigung sich bereits vollzieht. Ich bin darüberhinaus der Meinung, daß man örtliche Gründungen im gegenwärtigen Augenblick einfach nicht stoppen kann, ohne eine gewisse Initiative der Bewegung wieder abzuwürgen. Wir müssen diese Entwicklung einfach laufen lassen, und wir müssen versuchen, vielleicht auch mehrere größere Zusammenkünfte zu veranstalten und zwar so schnell wie möglich. Eine Abkapselung der Gruppen gegeneinander halte ich nicht für gut. Genau diese Gefahr besteht vielleicht auch, wenn man einen zu weit gespannten Terminkalender zu erzwingen versucht.

– —

Jan Peters
(Herausgeber des Bandes „Alternativen zum Atomstaat — das bunte Bild der Grünen", Rotation 79)

Zu den Einigungsbemühungen der Grünen und Bunten

1. Die Wahlen in den hochindustrialisierten Ländern signalisieren einen klaren Trend zum Zweiparteiensystem mit jeweils sehr knappen Mehrheiten für die Regierungspartei. Die kleinen liberalen Parteien verlieren immer mehr an Bedeutung, da die sozialökonomischen Veraussetzungen für die Existenz einer grundlegend liberalen Tendenz der Mitte zunehmend entfallen. Es gibt nur noch zwei wichtige politisch relevante Strömungen – die rechtssozialdemokratische und die christlich–reaktionäre, die aufeinanderzu arbeiten und sich nur noch im Tempo in Richtung eines despotischen Industriefeudalismus mit eher ständischer Orientierung unterscheiden. Die ratlose und ewig zerstrittene Linke hat dieses Phänomen theoretisch nicht im Griff. Die traditionelle Terminologie erfaßt angesichts technologischer Veränderungen diese Realität nicht mehr.

2. Die Fraktionen der Linken haben außerhalb des „kommunistischen" Lagers kaum politisch tragfähige Alternativen hervorgebracht, wenn man von den sehr interessanten skandinavischen Volkssozialisten einmal absieht. Die neomarxistischen Diskussionen finden kaum noch statt. Die politische Analyse ist – sieht man vom „Arbeiterkampf" und den kleinen Theoriezeitschriften einmal ab – nicht mehr so sehr gefragt.

Die emotionale „Linke" stellt inzwischen ein beachtliches, aber inaktives Protestwählerpotential dar. Leider aber auch nicht mehr. Sie scheint mir an der Basis der Gesellschaft meistens genauso „richtungslos" wie die etablierten Parteien. Man ist zwar „dagegen", sagt aber kaum wirklich konkret, w o f ü r es Wählerstimmen zu mobilisieren gilt. Die einzelnen Programmpunkte der Bunten und Grünen widersprechen nicht selten einander.

3. Ich sehe die Gefahr, daß sich zu diffuse Kräfte politisch unter dem Dach der Grünen einigen, denen es primär um Macht und weniger um demokratische Veränderungen geht. In wenigen Monaten finden erfahrungsgemäß nicht so gravierende politische Lernprozesse statt.

Noch vor einiger Zeit berichtete der AK von der Zusammenarbeit der Grünen – konkret GLU, GAZ und AUD – mit den Neofaschisten am Beispiel des Koordinationstreffens des rheinland–pfälzischen Umwelttreffens. Laut Zeitschrift VOLK UND UMWELT kam es nicht nur zur engen Zusammenarbeit mit den Jungen Nationaldemokraten, Schönborns Vereinigung verfassungskonformer Kräfte, dem rechtsextremen 5 %–Block, der NPD–nahen „VVV" und anderen illustrer Gruppen. Diese Herrschaften entschieden sich auch zur Stimmabgabe für die grünbraune NPD. Nicht der taktierende KB, sondern Herr Willenberg von der AUD ist – zumindest indirekt – auf diesen Sachverhalt eingegangen. Gehören diese Rechten – auch Gruppen wie die Solidaristen! – inzwischen zum „demokratischen" Spektrum, das hier vereinigt werden soll? Da die Grünen doch über weite Strecken mit nationalrevolutionären Positionen konform gehen, müßte hier noch einiges abgeklärt werden.

4. Dennoch wäre ich für eine bundesweite Bunte Liste unter Ausschluß von Rechtsextremisten und Vaterlandsverteidigern, wenn es zu einem klar ausformulierten Bündnisprogramm von Linksliberalen und parteilosen „Linken" kommt. Der KB ist meines Wissens keine Partei! Die etablierten Parteien, die sowieso ihre Stammwähler haben, dürfte das kaum tangieren, denn eine solche Liste bekäme fast ausschließlich Stimmen von denkfähigen und kritischen jungen Leuten und schwer einschätzbaren Protestwählern. Allerdings wäre so ein Bündnis nur sinnvoll, wenn aus der Einigung eine radikal offene Diskussionzeitschrift für theoretische und andere Texte aus allen relevanten Teilnehmergruppen hervorgeht. Ohne politische Substanz geht es nun einmal nicht.

5. Diese Diskussion war voraussehbar. Ich rate daher alle ehrlich Interessierten, mein Buch „Alternativen zum Atomstaat – das bunte Bild der Grünen" aufmerksam zu lesen. Es ist im Berlin Verlag Rotation erschienen und kostet DM 14,80! Hier werden alle wichtigen ökologischen, liberalen, linken und rechten Standpunkte wichtiger Persönlichkeiten, Zusammenschlüsse von Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen sowie aller Listen ausführlichst dokumentiert. Man sollte diese Positionen kennen und nicht nur einfach wählen.

Das Buch ist zu beziehen über Josef Wintjes, 42 Bottrop, Bahnhofstraße 42, oder in progressiven Buchläden.

Diskussionsbeiträge zur Bundestagswahl

Mit einer Aussage in dem Artikel von La. und Rai. bin ich ganz und gar nicht einverstanden. Es heißt dort unter der Zwischenüberschrift „Ein Wahlsieg von CDU/CSU ist eine große Gefahr": *„Wir ziehen daraus* (aus der Gefahr eines CDU/CSU-Sieges, Anm d. Verf.) *zudem den Schluß, daß eine alternative Kandidatur, die nicht chancenreich ist, sich in die Gefahr begibt, zum indirekten Wahlhelfer für die CDU und CSU zu werden"*. Da die Verfasser diese Aussage selbst durch Fettdruck hervorgehoben haben, muß ihnen an dieser Stoßrichtung wohl viel liegen.

Wenn natürlich auch nicht beachsichtigt, deckt sie sich mit der demagogischen Parole der SPD *„Wer grün wählt, ärgert sich schwarz"*. Auch diese Parole knüpfte ja an der scheinbaren Chancenlosigkeit der grünen/bunten Listen und den Gefahren von CDU-Regierungen an. Was heißt für die Genossen denn „chancenreich"?

In Hessen hatte die GLH von vornherein keine Chance, die 5%-Hürde zu überspringen. Trotzdem halte ich die Kandidatur nach wie vor für richtig. Auch in Schleswig-Holstein hatte eine grüne/bunte Liste aufgrund des Kopf-anKopf-Rennens keine Chance (Selbst wenn es nicht zur Spaltung gekommen wäre). Trotzdem wäre auch hier eine Kandidatur richtig gewesen, wenn eine einheitliche Liste zustande gekommen wäre. Und selbst bei einem Zusammenschluß der grünen und bunten Bewegung bei den Bundestagswahlen gibt es keine Garantie, die 5%-Hürde zu überspringen, und nur hierauf kann sich die Einschränkung auf eine „chancenreiche" Kandidatur ja beziehen. Selbstverständlich müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, ob eine Kandidatur bei Nichtzustandekommen einer grün-bunten Einheit sinnvoll ist. Dies jedoch nicht im Sinne einer „Rettung" der SPD-Regierung, sondern weil dann mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die alternativen Listen bei weitem nicht das ganze Protestpotential ausschöpfen können, sich große Teile doch wieder der SPD zuwenden. Nur eine einheitliche Liste hat die Chance, das ganze Protestpotential zu erfassen. Und n u r in diesem Sinne würde ich auch eine Aussage über eine „chancenreiche Kandidatur" akzeptieren. Für gefährlich halte ich es

zeptieren. Für gefährlich halte ich es

jedoch, wenn die Frage der „Chancen" mit der Gafahr einer CDU/CSU-Regierung vermengt werden. Damit wird die alternative Wahlbewegung von der SPD noch früh genug bombardiert werden.

Darüber hinaus geht der Artikel von einer statistischen Sichtweise der Stärkeposition der CDU/CSU aus. Ich bin der Ansicht, daß mit der Strauß-Kandidatur durchaus die Chance besteht, den Stimmenanteil der CDU/CSU zu senken, wenn die Grün-Bunten einen klar antireaktionär ausgerichteten Wahlkampf führen und über diesen die SPD zu einem harten Konfrontationskurs gegenüber Strauß zwingen. Und dann noch eine letzte Überlegung: Je größer die Chancen einer grün-bunten Wahlliste sind, an die 5%-Hürde heranzukommen, sie aber noch nicht überspringt, desto größer ist die Gefahr einer CDU/CSU-Regierung. Sollte dies gegen eine Kandidatur sprechen?

he., KB Hamburg

★

La. und Rai. schreiben in ihrem Artikel in AK 156, S.13: „... **daß eine alternative Kandidatur, die nicht chancenreich ist, sich in die Gefahr begibt, zum indirekten Wahlhelfer für CDU und CSU zu werden"**. Diese Formulierung halte ich für falsch (und politisch gefährlich). Sie läuft in Richtung der SPD-Argumentation. Tatsächlich kann es eine garantierte Chance für eine Alternative Liste, die 5%-Schwelle zu schaffen, kaum je geben, geschweige denn bei den kommenden Bundestagswahlen. Eine Alternative Liste wird sich also mit Gewißheit dem Vorwurf ausgesetzt sehen, sie leiste (zumindest potentiell) der CDU/CSU Wahlhilfe. Dieser Vorwurf muß schon deshalb als verlogen zurückgewiesen werden, weil es die SPD selbst ist (gemeinsam mit den anderen etablierten Parteien), die dieses Hindernis (5%) ja gerade d e s h a l b aufgebaut hat, um keine Alternativen auf parlamentarischer Ebene hochkommen zu lassen. Die Wahlhilfe für die CDU/CSU bestünde also gerade in dieser 5%-Hürde nicht aber in einer Wahlbeteiligung von Grünen/Bunten. Nimmt man die obige Formulierung wörtlich (wie sie aber wohl gar nicht gemeint ist?), so ergibt sich, daß eine linke Liste bei einigermaßen offenem Wahlausgang sich nur dann (und erst dann) zur Wahl stellen kann, wenn sie echte „Chancen" hat. Wie soll das möglich sein? In der Realität müssen sich solche Listen e n t w i c k e l n, auch über Rückschläge hinweg.

Eine andere Sache – und dieser Gedanke lag vielleicht der Formulierung der Genossen zugrunde? – ist es, daß in der Tat der V o r w u r f der „Wahlhilfe" für die CDU/CSU erhoben werden wird, und daß dieser Vorwurf vor allem Gehör finden wird, falls – wills der Teufel – die CDU/CSU d o c h die Wahl gewinnt und die Bunten und Grünen vielleicht rein rechnerisch der SPD/FDP gerade d i e Prozente scheinbar „weggeschnappt" haben, die diese gebraucht hätte, um die CDU/CSU zu überrunden. Dieser Vorwurf ist zwar aus vielen Gründen ungerechtfertigt, was aber nicht ausschließt, daß er trotzdem gegen uns w i r k s a m sein könnte. Wir müssen diesen Vorwurf als falsch (bzw. z.T. offen demagogisch) zurückweisen. Das a l l e i n reicht aber m.E. nicht aus. Denn es kann für uns nicht genug sein, vor uns selbst ‚recht' zu behalten, wenn trotzdem durch eine solche Konstellation viele Linke in uns einen Sündenbock sehen würden, gerade aufgebaute Verbindungen zu linken Sozialdemokraten wieder erschwert würde usw. Das heißt, wir müssen uns über die mögliche W i r k u n g des „Wahlhilfe"-Vorwurfs klar sein und in jedem konkreten Fall genau abwägen, wie das Verhältnis von Vor- und Nachteilen einer alternativen, linken (oder vielleicht auch mal eigenen ?...) Wahlbeteiligung ist.

K., KB Hamburg

★

Wir halten die im AK 155 und AK 156 vertretenen Positionen zur Bundestagswahl (abgesehen von der Notwendigkeit eines alternativen Wahl-

wendigkeit eines alternativen Wahl-

bündnisses) für falsch, sowohl was die Vorstellung des „antireaktionären" Wahlkampfes, die Begründung desselben als auch, was die dem zugrundeliegende Einschätzung betrifft. Wir hoffen mit diesem Beitrag zu einer kontroversen Diskussion unserer Position zur Bundestagswahl beizutragen.

Ist ein Wahlerfolg der CDU/CSU wahrscheinlich? Wie im AK 156 richtig dargestellt wird, ist im Augenblick ein Wahlerfolg der Koalition wahrscheinlich. Dies zeigt sich, wenn man die Ergebnisse der letzten Wahlen betrachtet, die große Anzahl an Jungwählern berücksichtigt, ebenso wie die breite Zustimmung für die Politik der Koalition bis weit ins Lager der bürgerlichen Mitte. Und hat sich die SPD nicht als ebenbürtiger Interessensvertreter der Bourgeoisie erwiesen, für dessen Ablösung durch die CDU/CSU es aktuell keinen Grund gibt? Dennoch wird im AK 156 ein Wahlerfolg der CDU/CSU für möglich gehalten, aufgrund der Taktik des „Getrennt marschieren – vereint schlagen" und der Rolle der „Bürgerpartei". Diese Argumentation ist jedoch seit der Nominierung von Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten hinfällig geworden.

Wie haben wir die CDU/CSU einzuschätzen? Die Position des „antireaktionären" Wahlkampfes beruht vor allem auf der Einschätzung der CDU/CSU als einer Partei mit qualitativ anderem Charakter als die SPD. Nun meinen wir, daß CDU/CSU, SPD und FDP allesamt zuerst Herrschaftsintrumente der Bourgeoisie sind, die zwar verschiedene Strategien haben, jedoch das gleiche Ziel verfolgen. Das heißt nicht, daß es zwischen ihnen keine Unterschiede gibt, nur sind diese graduell und in der augenblicklichen Situation nicht der Hauptwiderspruch. Die SPD, seit sie an der Regierung ist, hat keine reaktionäre Maßnahme verhindert sondern s e l b s t diese durchgepeitscht.

„Antireaktionärer" Wahlkampf führt zur Politik des „kleineren Übels". Inhalt dieses Wahlkampfes soll *„die Frontstellung zu Strauß, CDU/CSU und ihren reaktionären Plänen"* sein, eben aufgrund der Einschätzung der CDU/CSU als offen reaktionär bzw. als *„Nährboden, auf dem die Pflanze der offenen faschistischen Reaktion ins Kraut schießen soll"*. (Soll das heißen, von der CDU/CSU gehe eine faschistische Gefahr aus, oder sogar, sie sei eine faschistische Massenpartei?). Logische Konsequenz dieser Einschätzung wäre doch, um Strauß zu verhindern, ein Aufruf zur Wahl der SPD. Mit einer solchen Politik landet man, falls die Kandidatur einer alternativen Liste scheitern sollte oder wenn diese nicht „chancenreich" ist, letztendlich doch beim Aufruf zur Wahl des „kleineren Übels". Es wird richtig gesehen, daß es eine Polarisierung zwischen SPD und CDU/CSU geben wird und damit die Chancen einer alternativen Kandidatur geringer sind. Aber der „antireaktionäre" Wahlkampf unterstützt doch gerade eine solche Polarisierung, ohne eine wirkliche Alternative darzustellen.

In der augenblicklichen Situation gibt es breite Bewegungen, die in partiellem Widerspruch zur Regierungspolitik und somit auch zur SPD stehen. Als Beispiel seien genannt die Streikbewegung der Stahlarbeiter, die Anti-AKW-Bewegung, die Bunten- und Grünen Listen, das Russell-Tribunal und die Bewegungen gegen die Berufsverbote, den Überwachungsstaat etc. In dieser Situation einen „antireaktionären Wahlkampf" zu führen, wäre opportunistisch und hieße am falschen Widerspruch ansetzen.

Offensiver Wahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien, anstatt opportunistischem „antireaktionären Wahlkampf"! Anstatt opportunistisch die Frontstellung gegen Strauß zum Schwerpunkt unserer Politik zu machen, müßten wir uns um die gemeinsame Kandidatur der verschiedenen Bewegungen bemühen und deren Forderungen offensiv gegen die bürgerlichen Parteien vertreten. Als Beispiel sei der Wahlkampf der Bunten Liste Hamburg genannt. Das Wahlbündnis hat nur dann Chancen, wenn es uns gelingt, die in einzelnen Bereichen, Bewegungen aufgetretenen Widersprüche zur SPD als Regierungspartei zusammenzufaßen. Die Stimmen für eine alternative Liste müssen gerade auch aus der SPD-Basis und von linken Sozialdemokraten kommen, und deshalb müssen wir die Kritik an der SPD zu einem unserer Schwerpunkte machen. Nur so können wir eine reale Alternative zu den bürgerlichen Parteien, besonders zur SPD, darstellen. Den „antireaktionären Wahlkampf" können wir dann getrost der SPD überlassen. Wir haben es nicht nötig, mit der Angst vorm **„schwarzen Mann" Politik zu betreiben!**



KB-Symphatisanten Heidelberg

★

„Antireaktionärer Wahlkampf", was heißt das?

„Die revolutionäre Linke wird dabei in erster Linie die CDU/CSU als Partei der offenen Reaktion zu bekämpfen haben. Zugleich ist aber Bilanz zu machen, wie 10 Jahre ‚sozialliberale' Koalition sich gewirkt haben" (AK 154, S.2). Diese Antwort gibt der Verfasser von „Strauß?Nein danke" (bevor in AK 155 diese Frage gestellt wurde). Ich meine, diese Antwort reicht nicht aus und enthält auch einen Fehler.

Über die „Bilanz" von Auswirkungen (also Erscheinungsformen) hinaus müssen wir das Spiel mit verteilten Rollen, das die bürgerlichen Parteien gespielt haben und weiter spielen werden, aufdecken. Insofern ist es nicht richtig, „in erster Linie" die Partei der offenen Reaktion, also die CDU/CSU anzugreifen. SPD und FDP müssen genauso aufs Korn genommen werden, gerade weil sie nicht „offen reaktionär" sind. Der offene Feind wird brutaler und rücksichtsloser vorgehen. Der verdeckte ist zum Taktieren und zu „vorsichtigerer" Gangart gezwungen, will er sich nicht selbst verraten. Das macht ihn aber nicht weniger gefährlich.

Es kommt verstärkt darauf an, darzustellen, zu welchem bösen Spiel die Wähler des „kleineren Übels" gute Miene machen. Die Rolle der SPD ist *„die Arbeiterschaft und andere demokratische Kräfte an den bürgerlichen Parlamentarismus zu binden, zugleich aber die Voraussetzungen zu schaffen, die einer Beseitigung der bürgerlichen Demokratie unter verschärften Bedingungen den Weg bereiten"* (Resolutionsentwurf der Antifa-Kommission, UW 27, S.5).

Ebenso ist es notwendig, die Theorie von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft stärker als in den letzten 2 – 3 Jahren zu propagieren. Diese Arbeit kann uns niemand abnehmen. Angesichts der in Göttingen aufgetauchten Tendenz zur Ablehnung dieser Theorie, halte ich es für nötig, in der gesamten Organisation Schulungen bzw. Diskussionen zu diesem Thema durchzuführen, die konkret auf den anstehenden Wahlkampf bezogen sind. So sollte die Grundlage für ein einheitliches Eingreifen in den Wahlkampf geschaffen werden. Darüberhinaus schlage ich die Herausgabe eines Schulungsheftes und eines AK-Extra dazu vor, die in einer Art Kampagne eingesetzt werden sollten.

FÜR EINEN ANTIREAKTIONÄREN WAHLKAMPF!

(Beitrag von der AK-Red. gekürzt).

uwe/Flensburg

Anmerkung der Redaktion

Wir erinnern noch einmal daran, daß Artikel-Manuskripte nicht über die volle Seite, sondern ‚auf Spalte' (ca. 34 Anschläge) geschrieben sein sollten (das erleichtert das Korrigieren und das Abtippen); daß die Manus gut lesbar sein sollten (möglichst keine Kopien, möglichst keine zu Tode gequälten Farbbänder); daß sie von den Verfassern vorkorrigert sein sollten (Tippfehler).

★

Am 6.7. zogen Redaktions-Mitglieder der satirischen Zeitschrift „pardon" in die Frankfurter Innenstadt. Sie demonstrierten, wie sie die Auswirkungen eines möglichen Bundeskanzlers Strauß sehen: „pardon"-Chef Nikel eröffnete am Hauptbahnhof symbolisch einen „CSU-Reiseexildienst", ein Reisebüro für Auswanderungswillige. 2 weitere Redakteure nahmen dann, als Polizisten verkleidet, Nikel als Betreiber des Reisebüros fest. Eigentlich eine ganz gelungene Aktion. Womit die „pardon"-Leute aber wohl nicht gerechnet hatten: Gegen ihre ordnungsgemäß angemeldete Aktion ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft! Den Verantwortlichen wird die „mißbräuchliche Benutzung von Polizeiuniformen" vorgeworfen. Die Polizei fühlt sich außerdem durch die fingierte Festnahme „verunglimpft".

Tja, so kann's einem hierzulande gehen: die Vision wird von der Wirklichkeit eingeholt.

KB/Gruppe Frankfurt

ps: mit einem Kanzler(-Kandidaten) Strauß wird „pardon" vielleicht wieder so gut, wie es in den 60er Jahren mal war?!

AK-Redaktion

(Hallo Senfverteiler in der Redaktion – auf jeden halben Schelmen müßt ihr wohl noch 1/10 zugeben – merke: guter Wille macht noch keine Satire; der Sätzer)



Viele linke Sozialdemokraten betrachten die Kandidatur von Strauß unter dem Gesichtspunkt, daß das u. U. gar nicht so schlecht ist; endlich wisse die Öffentlichkeit, was gespielt wird in der CDU/CSU. Im Hintergrund dieser Überlegungen steht unausgesprochen die Hoffnung/Annahme, daß Strauß, insbesondere nördlich der Main-Linie, nichts erben kann. (1)

Auf einer ähnlichen Ebene liegen die Argumente vieler Basisgenossen an der Uni oder in der BI: Jetzt macht die SPD klarer als jemals das Rennen.

I) Die zentrale Frage, der wir uns im Augenblick stellen müssen, ist also: Ist die Kandidatur von Strauß ein ernstgemeinter Versuch der Herrschenden, die SPD/FDP–Koalition abzuschießen, oder ist sie nur ein taktischer Kniff, um die Protestwähler unter dem Druck einer Horrorvision Strauß wieder an die SPD zu binden?

Im wesentlichen zwei Punkte sprechen dafür, daß die Herrschenden die SPD/FDP–Regierung ablösen wollen:

1.) Innerhalb der SPD gibt es einen starken Widerstand gegen den Regierungskurs. Exemplarisch seien die Forderungen der Jusos für die Stilllegung der AKW's und die Situation im LV Schleswig-Holstein genannt, wo die SPD–Spitze unter dem Druck der Basis Erklärungen abgab, der LV Schleswig-Holstein sei der einzig wählbare Teil der SPD. Der Wahlkampf enthielt hier auch eine breite Palette demokratischer und ökologischer Forderungen. Da diese Forde-

scher Forderungen. Da diese Forde-

rungen von der Regierungsmafia aus Gründen der Loyalität zur herrschenden Klasse nicht erfüllt werden k ö n n e n und aufgrund undemokratischer Strukturen auch auf Parteitagen immer untergebuttert werden, gibt es eine gewisse Abbröckelungstendenz bei der SPD. Wohl bekannt sind die spektakulären Austritte in Bremen und Köln, wo z.T. sogar Parteiprominenz zu den Grünen/Bunten überging. Diese Tendenz wird sich noch verstärken, wenn die SPD sich nicht bundesweit auf die Eppler/Steffen–Linie umstellt (bzw. sich annähert). Das kann sie aber nur in der Opposition, denn in der Regierungsverantwortung muß sie ja dafür sorgen, daß z.B. AKW's gebaut werden.

2.) *„Der Regierungswechsel ist für die Kapitalisten noch aus einem anderen Grund wichtig: Wenn der Kampf der Arbeiterklasse und eine demokratische Opposition in der Bevölkerung sich ausweiten, dann wird die SPD dazu gebraucht, sich zum Sprecher der Bewegung aufzuspielen und Illusionen über sich zu verbreiten. Und wenn es der SPD nicht gelingt, die ganze Bewegung an sich zu binden und somit an eine Politik im Interesse der Kapitalisten, so wird sie es bei Teilen schaffen und die Bewegung spalten"*. (2)

So schrieben wir bereits 1972. Seither hat die demokratische Opposition um ein vielfaches zugenommen, man betrachte sich nur die AKW–Demonstrationen in diesem Jahr (Höhepunkt: Bonn im Oktober) und „Rock gegen Rechts". Und auch in der Arbeiterbewegung hat mit dem streikstarken 1978 und den Erfolgen oppositioneller Listen eine ansteigende Konjunktur.

Klar ist natürlich, daß die SPD nur dann glaubhaft die Leute einfangen kann, wenn sie nicht für die Mißstände, gegen die die Leute protestieren, als Regierungspartei selbst verantwortlich ist. Gut beobachten kann man das in Baden-Württemberg bei Eppler, der gerade in der Umweltbewegung stark idealisiert wird. Seine Chancen stiegen noch, wenn die Partei insgesamt hinter ihm stünde.

II) Eine zweite Frage: Kann Strauß siegen?

Im letzten AK wurden dazu schon Überlegungen gemacht, die aber schwerpunktmäßig von einem ge-

Stimmen zur Wahl

KPD

Die „KPD" spricht sich für eine *„von der Regierungssozialdemokratie unabhängige fortschrittliche Alternative zur Bundestagswahl"* aus. Zugleich behauptet sie jetzt schon, daß eine solche Liste keine Chance habe, in den Bundestag zu kommen, wohl aber als *„Kristallisationspunkt für ein fortschrittliches Bündnis"* wichtig sei.

Vor den Aufgaben eines Wahlkampfs kapituliert die „KPD" also von vornherein. Ihre allergrößte Sorge gilt stattdessen derzeit dem Bestreben, Parolen gegen Strauß aus einem alternativen Wahlbündnis zu verbannen. Mit solchen Parolen könne es nicht einmal eine „Koexistenz" geben. Als „u n e r l ä ß l i c h" für eine „fortschrittliche Alternative" in ihrem Sinne erachtet es die „KPD" zudem, daß ein Wahlbündnis sich der antisowjetischen und proimperialistischen Ziele der „KPD" annehmen müsse: Ausdrückliche Ablehnung der „Entspannungspolitik"; gegen eine *„Opferung Osteuropas"* (!!!); Aufrüstung gegen die *„Gefahr für die Sicherheit und v o r a l l e m die Rohstoffversorgung Europas durch die sowjetische Expansion in der Dritten Welt"*; „nationale Frage"; Kampf gegen den „Sozialimperialismus".

Daß die „KPD" diese politische Ausrichtung in irgendeinem, geschweige denn einem fortschrittlichen Wahlbündnis durchsetzen könnte, wird sie wohl selbst nicht hoffen. Aber viel Lärm wird sie schlagen und vor allem eine Stoßrichtung gegen Strauß zu verhindern versuchen. Denn beim angestrebten „antihegemonistischen" Kreuzzug gegen Osten ist Strauß einer der wichtigsten Bündnispartner der „KPD" („Rote Fahne", 19.7.).

„MLD"

Konsequenter äußert sich die „MLD" Sie sagt ohne tarnendes „linkes" Lametta, daß jede Wahlkampfführung gegen Strauß nur dem „Sozialimperialismus" nutzt, also schärfstens zu bekämpfen ist. Die Chancen, in der alternativen Wahlbewegung eine Stoßrichtung gegen Strauß zu verhindern und dafür „antihegemonistische" Schweinereien ins Programm zu plazieren, schätzt die „MLD" weit pessimistischer (und wohl auch realistischer) als die „KPD" ein.

Daher fordert die „MLD" die „KPD" dazu auf, aus der alternativen Wahlbewegung auszusteigen und stattdessen zusammen mit „MLD" und KBW eine *„eigenständige Kandidatur der Kommunisten"* zu unternehmen. Die „MLD" schreibt dazu recht scharfsinnig: *„Die KPD wird von ihren bisherigen Verbündeten* (in der alternativen Wahlbewegung) *dazu gezwungen werden, aus diesem Zug auszusteigen oder ihr ideologisches Gepäck auf dem Bahnhof stehen zu lassen... Durch die Kandidatur von Strauß und mit einer Linie Hauptfeind Sozialimperialismus muß die KPD Farbe bekennen. Entweder sie wirft ihre Hauptfeindbestimmung über Bord, dann bleibt sie für die Alternativen bündnisfähig, oder sie hält daran fest, wovon wir ausgehen, dann ist ihre Bündnispolitik mit den Alternativen gescheitert"* („die achtziger Jahre", 17.7.79).

Arbeiterbund

Die „KAZ" vergleicht Strauß mit Hitler und das Verhalten der Sozialdemokratie vor 33 („abwirtschaften lassen", „Hitler garnicht beachten...") mit Schmidts Reaktion auf Strauß' Wahl zum Kanzlerkandidaten (man solle Strauß nicht „verteufeln"...).

Die „KAZ" sieht es so: *„Das Programm ist, kurz gesagt, die Ersetzung der Republik durch die offene Gewaltherrschaft, ist der Krieg." „Strauß an der Macht, das heißt für Strauß nicht unbedingt Sozialdemokraten auf den Oppositionsbänken, wenn es geraten erscheint, würde er sie sofort in Stammheim einquartieren!"* Für den Fall einer Wahlniederlage Strauß' bringt die „KAZ" die Möglichkeit eines putsches ins Gespräch.

Der Arbeiterbund ist am Tag nach Bekanntgabe des Kanzlerkandidaten in Regensburg an Sozialdemokraten und Gewerkschafter herangetreten, um eine sofortige Demonstration zu organisieren, wozu die Angesprochenen allerdings nicht bereit waren.

Nicht zu erfahren war aus der „KAZ" bisher, wie der „Arbeiterbund..." über Anti-Strauß-Komitees hinaus zu einer alternativen Wahlbeteiligung steht. Bis heute hat er alle solche Bemühungen als kleinbürgerlich-reaktionär angegriffen. Vielleicht wird er wieder zur Wahl der SPD oder DKP mobilisieren?!

KPD/ML

„Nun ist es soweit" schreibt der „Rote Morgen" (Nr. 28), die Bourgeoisie bringt ihren Mann ins Spiel um die Macht in Bonn. Die zentrale Parole der KPD/ML ist: *„Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg."*

Ernst Aust schreibt: *„Erst an die Macht gelangt, wird ein Mann wie Strauß sie nicht wieder hergeben, wird er, den Befehlen seiner kapitalistischen Auftraggeber folgend, je nach Lage der Dinge, die Skala der faschistischen Machtergreifung vom Anfang bis zum bitteren Ende durchzuspielen versuchen." „Zudem besitzt er die notwendige Skrupellosigkeit, es auf ein drittes Weltmorden ankommen zu lassen."*

Im „Roten Morgen" Nr. 28 beginnt eine Artikelserie über Strauß. Der erste Teil behandelt seine Nazivergangenheit und gibt in etwa den Inhalt des entsprechenden Kapitels im „Schwarzbuch Strauß, Kohl & Co" wieder. Zur Wahlbeteiligung äußerte sich die KPD/ML noch nicht.

KBW

Der KBW hielt es nicht für nötig, die Ernennung von Strauß zum Kanzlerkandidaten in der „KVZ" vom 9.7.79 auch nur zu erwähnen.

Jetzt geht es los: Die ersten Angriffe gegen Gegner von „Kanzler" Strauß!

Das Landgericht München hat eine einstweilige Verfügung gegen den Aufkleber „Kanzler-Strauß – pfui Deifi" der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) erlassen. Der SDAJ wurde verboten, künftig den Aufkleber zu verbreiten, zu verkaufen oder sonst in den Verkehr zu bringen. Dies teilte der CSU-Sprecher Godel Rosenberg mit; anderenfalls drohe ein Ordnungsgeld von 500000 DM („Nürnberger Nachrichten", 19.7.).

Gleichzeitig wurde bekannt, daß es im Schweinfurter Stadtrat zu einer heftigen Auseinandersetzung wegen eines Pfeilwurfspiels gekommen ist: auf einem Kinderfest der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken" war die Zielscheibe eines Pfeilwurfspiels mit einem Aufkleber mit der Karikatur von F.J.S. versehen mit der Unterschrift *„Wollt ihr den?"*

Die Schweinfurter CSU sah hierin einen *„Angriff auf die Menschenwürde"* Oberbürgermeister Petzold (SPD) wurde gefragt, ob er es billige, den bayerischen Ministerpräsidenten als „Schießbudenfigur" zu mißbrauchen.

Der Landesverband der „Falken" distanzierte sich leider von dieser guten Spielaktion; Walter Teichmann erklärte der Presse: *„Wenn ein kleiner Ortsverband der Falken in Unterfranken eine Spielaktion macht, bei der eine Zielscheibe, die zu treffen ist, ein Anti-Strauß-Aufkleber ziert, dann ist das sicher ein Jungenstreich, der in der politischen Auseinandersetzung keinen Platz hat"* („NN", 19.7.)



Von den bayerischen Strauß-Gegnern wird dies aber wohl nicht das letzte Wort zur Kandidatur „unseres" Ministerpräsidenten zum Kanzler dieser Republik sein!

KB/Gruppe Nürnberg

Diskussionsbeiträge zur Bundestagswahl

mischten Doppel (CDU/CSU bundesweit) ausgingen.

Die aktuellen Meldungen haben dies überholt.

Nun sieht es für mich so aus, daß die FDP mittels der Bürgerpartei ausgebootet werden soll (also kein Zangengriff CDU/BPa). Fredersdorf hat sich ja auch schon mit einem Koalitionsangebot an Strauß hoffähig gemacht. Und im Zentrum des Wahlkampfs steht die ‚Alternative' Strauß/Schmidt: *„... ist es Straußens einzige Chance, mithilfe der Industriemillionen eine populistische, klassenübergreifende Massenmobilisierung in einem Klima hochgepeitschter Wahlkampfauseinandersetzungen zustande zu bringen, damit er als messianischer Retter und Heilsbringer aus dem Chaos steigen kann. Dem pragmatischen Krisenmanger Schmidt gegenüber werden wir Strauß als Volksführer erleben".* (3)

Strauß an der Spitze einer reaktionär–faschistischen Massenmobilisierung, von rechtsaußen angeheizt mit Terror und Mord, eine „christlich–demokratische Volksarmee" (Biedenkopf) von CDU–Mitgliedern als solide braune Grundlage. Dies ist eine Fortsetzung des aggressiven Wahlkampfkonzeptes von 1972 (während 1976 mit Kohl an der Spitze v.a. gefühlsmäßig und waschmittelmäßig Wahlkampf gemacht wurde). Damals scheiterte der Angriff v.a. an der Massenmobilisierung der Arbeiter für die SPD. Das jedoch brauchen die CDU und Strauß heute nicht zu befürchten: Für die SPD d e m o n s t r i e r t heute kein Aas mehr (auch wenn es noch genug gibt, die sie mit der Faust in der Tasche w ä h l e n).

III) Unser Vorgehen

Daraus folgt auch für mich, daß unsere einzige Chance gegen Strauß darin besteht, seiner reaktionären eine antireaktionäre Kampagne entgegenzusetzen, zu der die SPD (s.o.) nicht in der Lage ist – oder könnt ihr euch Schmidt als antifaschistischen Massenredner gegen Strauß vorstellen?

Unser Schwerpunkt muß dabei der Angriff auf die CDU/CSU und Strauß sein.

Die SPD sollte so kritisiert werden, daß ihre Politik den Kräften um Strauß durch Liberalisierungen und Schmeicheleien („Einheit aller Demokraten") erst den Weg geebnet hat, während sie allen Kräften, die in eine andere Richtung als Strauß und Co. zogen, den Bewegungsspielraum Schritt für Schritt eingeschränkt hat. Vermieden werden sollte dabei, dies als Fehltritte hinzustellen. Also SPD als *„kleineres Übel, daß zu immer größeren Übeln führt".* (Die Karikatur der so betitelten Broschüre verdeutlicht das noch besser: ein Schmidt, der sich langsam zu Strauß verformt). Der Aufbau einer ernsthaften Alternativen Liste ist natürlich unser Hauptansatz. Dabei sehe ich neben der Aufgabe, Grüne und Bunte zu einen, auch noch die Schwierigkeiten, dies unter Vorzeichen zu Wege zu bringen, die die Einbeziehung linker SPDler und die Gewerkschaftler erlauben. Eine Aussage „Schmidt = Strauß", wie sie von vielen Linken derzeit vertreten wird, könnte das verdammt schwierig machen. Ein „antireaktionäres Wahlkampfkonzept" wäre neben dem inhaltlichen auch unter diesem taktischen Gesichtspunkt besser. Bei der Kompromißbereitschaft gegenüber den Grünen gibt es m.E. eine Wechselbeziehung zwischen programmatischen Inhalten und Basisdemokratie: Inhaltlich können durchaus Kompromisse gemacht werden, wenn diese nicht auf alle Zeit durch undemokratische, parteiartige Strukturen festgeschrieben werden. Dies trifft v.a. auf Fragen wie „Energiesparen" zu, wo man auch Zugeständnisse an die starke Fraktion kleinbürgerlicher Ökologen machen kann (BBU z.B.). So eine Liste wäre ja ein demokratischer Massenansatz, wo man längerfristig auch falsche Positionen (wie diese) korrigieren könnte.

Berufsverbote und Liberalisierung vom § 218 sollten allerdings Essentials sein.

Und wenn es nicht gelingt, eine Alternative Liste aufzubauen? *„... dann würden wir die Frage der Wahlempfehlung vor dem Hintergrund der Förderung der Einheit der Wahlbewegung zu diskutieren haben".* (4)

OK, das als Hauptziel. Aber wir sollten erstmal darauf hinwirken, daß dann zu einer (sehr) kritischen SPD–Wahl aufgerufen wird. Warum? Eine SPD/FDP–Regierung überläßt die Protestbewegung ideologisch dem linken und kommunistischen Einfluß, selbst wenn sich SPD/Jusos organisatorisch anhängen. Und eine SPD–Regierungspartei verliert weitere Mitglieder an linke/bunte Alternativlisten (auch wenn das Scheitern einer AL bei den Bundestagswahlen zu einem vorübergehenden Rückgang dieser Tendenz führen könnte).

Die Wahlempfehlung „Keine Stimme den bürgerlichen Parteien" (KB 1976) wäre in diesem Falle verfehlt. Als Ausdruck der oben skizzierten Linie könnte die Forderung:

„Stoppt Strauß! Wählt Alternative Liste!"

gelten, wobei bei einem Scheitern der AL im Vorfeld nur die erste Forderung stehen bleibt.

Anmerkungen:
(1) z.B. FDP–Matthäus in einem TAZ–Interview, 6.7.
(2) UW 16/17
(3) TAZ 4.7.
(4) AK 156

Ein Genosse aus Freiburg

Zur Nachahmung empfohlen: Gemeinsames Vorgehen gegen Strauß

Unter dem Motto „Bundestagswahl 1980: Stoppt Strauß!" fand am 12. Juli in Lübeck eine Podiumsdiskussion statt, zu der gemeinsam die Jusos und der LDU-Förderkreis aufgerufen hatten. Bemerkenswert ist, wer auf dem Podium vertreten war: Jungsozialisten, Jungdemokraten, Liste für Demokratie und Umweltschutz (LDU), Grüne Liste Schleswig-Holstein (ein Lübecker Kandidat bei den Landtags- und Europawahlen, der Fachhochschulprofessor Herbing) und die DKP!

Offensichtlich war die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß allen Vertretern so in die Knochen gefahren, daß auch während der Podiumsdiskussion die Notwendigkeit eines weiteren gemeinsamen Vorgehens von a l l e n mehrfach hervorgehoben wurde.

Unterschiedliche Positionen gab es naturgemäß bei der Haltung zur Bundestagswahl 1980. Vor allem der Jungdemokrat machte sich für eine Stärkung der linken Positionen in den etablierten Parteien stark und hielt eine alternative Kandidatur von vornherein für aussichtslos. Skeptisch über die Möglichkeit einer gemeinsamen Kandidatur von Grünen und Bunten äußerte sich jedoch auch L. Herbing von der Grünen Liste. Er hielt es für möglich, daß die Grünen 1980 gezwungen sein könnten, in Anbetracht der Kandidatur von Strauß zur Wahl des entschiedenen Atomkraftbefürworters Schmidt aufzurufen. Daß die DKP nur die Eigenkandidatur der „Partei der Arbeiterklasse" anbieten würde, war von vornherein nicht anders zu erwarten gewesen. Doch stimmte auch ihr Vertreter in einem Punkt der LDU-Auffassung zu: Trotz unterschiedlicher Wege und Wahlempfehlungen dürften unter allen auf dem Podium Vertretenen keine solche Gräben eingerissen werden, die die so notwendigen gemeinsamen Schritte gegen Franz Josef verhindern könnten. Dieser Wunsch wurde von allen auf dem Podium unterstrichen.

Am Schluß der Veranstaltung äusserten sich ausnahmslos alle positiv zu dem Vorschlag,

— aus Anlaß des 1. September (Antikriegstag) eine gemeinsame Sache am Ort unter gebührender Berücksichtigung von Strauß' Kandidatur zur versuchen;
— im Oktober zusammen zur Gorleben-Demonstration in Bonn zu mobilisieren.

KB / Gruppe Lübeck

Strauß – Ein Faschist?

Wer Franz Josef Strauß einen Faschisten oder Nazi nennt, wer ihn und Hitler in einer Karikatur miteinander vergleicht oder seinen Namen mit „SS" statt „ß" schreibt, darf sich mit ziemlicher Gewißheit als Anwärter auf eine Beleidigungsklage betrachten. Auf die Berechtigung derartiger Verdeutlichungen der durch Strauß signalisierten Gefahr für demokratische Freiheiten kommt es juristisch in diesem Land nicht an – politisch schon. Und immerhin, Strauß selbst weiß von sich die Einschätzung wiederzugeben: „Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam." (lt. „Spiegel", 30.11.70).

Das ist allerdings kaum etwas anderes, als zu sagen: „Ich bin ein Freund der Nazis" – ist doch die historische Nähe der Deutschnationalen zum Nationalsozialismus, ihr gemeinsames Paktieren in der „Harzburger Front" und ihr schließliches Aufgehen im Nazi-Regime unzweifelhaft und Strauß zudem höchst bewußt. Und auch seine im April 1959 in der HIAG-Zeitschrift „Der Freiwillige" (die HIAG ist der Veteranenverband der Waffen-SS) zitierte Äußerung liefert durchaus einen passenden selbstgewählten Begriff zu seiner politischen Einordnung: „Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzt gewesenen Verbände der Waffen-SS denke", sagt F.J.Strauß, „wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen." Ein Politiker mit erklärter „Hochachtung vor der Waffen-SS", der die Justiz in Bewegung setzt, wenn sein Name mit eben diesem von ihm „hochgeachteten" Kürzel einer Verbrecherorganisation geschrieben wird – ist bei ihm faschistisches Gedankengut aufzufinden?

Zur Vergangenheit von F.J.Strauß unter dem Nazi-Regime

Dem Schriftsteller Bernt Engelmann ist es zu verdanken, daß einiges mehr über die Vergangenheit von F.J.Strauß unter dem Nazi-Regime öffentlich bekannt geworden ist, als diesem selbst angenehm sein dürfte. In seinem 1976 erschienenen **„Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co."** zeichnet Engelmann die Portraits von acht führenden CDU/CSU-Politikern, darunter den bayerischen CSU-Chef und jetzigen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU. Auf Engelmanns Buch stützen sich die folgenden Informationen über die Vergangenheit von Strauß.

Mit 21 Jahren, am 1.5.1937, trat er dem **„Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps" (NSKK)** bei. Dieses war keineswegs ein schlichter Motorsport-Club, sondern bis zum Sommer 1934 Teil der SA und nach der Ermordung des SA-Chefs Röhm eine eigenständige Gliederung der NSDAP. Laut Korpsbefehl Nr. 12b vom 12.5.38 war das NSKK *„die motorisierte Kraft der Partei"*. Es hieß darin: *„Führer und Männer des Korps müssen Parteimitglieder sein oder, falls dies noch nicht der Fall ist, die Eignung für eine spätere Aufnahme in die Partei besitzen und die Verpflichtung hierzu eingehen"*. Allen NSKK-Angehörigen wurde *„dauernde Schulung"* und *„ein immer tieferes Eindringen in das nationalsozialistische Gedankengut"* zur Pflicht gemacht.

Strauß muß relativ tief in die Nazi-Ideologie „eingedrungen" sein, denn er wurde im NSKK bald **„weltanschaulicher Referent und Rottenführer beim Sturm 23/M86 in München"**, wie in seiner damaligen Ernennungsurkunde zum Studienrat vermerkt ist. Vermerkt ist dort weiter, daß Strauß die Gewähr biete, *„jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat"* einzutreten. Man darf getrost annehmen, daß derartige Zeugnisse nicht jedem x-

„jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat" einzutreten. Man darf getrost annehmen, daß derartige Zeugnisse nicht jedem x-

beliebigen Nazi-Anhänger ausgestellt wurden, sondern daß diese ihr *„rückhaltloses"* Eintreten für den Nazi-Staat eben mit besonderem Nachdruck unter Beweis gestellt haben mußten. Die „weltanschaulichen Referenten", die es für jede NSKK-Einheit gab, waren unabhängig von ihrem Dienstgrad *„Vorgesetzte aufgrund ihrer besonderen Dienststellung"* und mußten *„einwandfrei zuverlässige, weltanschaulich gefestigte Nationalsozialisten"* sein und zudem fähig, ihre Untergebenen *„für Führer und Bewegung zu begeistern"*, wie es in entsprechenden Richtlinien hieß.

Eine ähnliche Funktion übernahm Strauß später in der Wehrmacht des Nazi-Regimes. Nachdem er bis zum Leutnantsrang vorgedrungen war, wurde er als Waffenlehrer und **„Offizier für wehrgeistige Führung"** an der Heeres-Flakartillerie-Schule IV in Altenstadt bei Schongau eingesetzt. Als „Offizier für wehrgeistige Führung", später „Nationalsozialistischer Führungsoffizier" (NSFO) genannt, wurden laut damaligen Anweisungen nur *„bedingungslose, kämpferische, fanatische Nationalsozialisten"* zugelassen. Ihre Ernennung war von der direkten Zustimmung des NS-Reichsleiters Martin Bormann abhängig. In dessen Kanzlei wurden auch die Aufgaben des „Offiziers für wehrgeistige Führung" festgelegt: Er war *„Gehilfe und Berater bei der Durchführung der dem Truppenführer gestellten politischen Führungsaufgaben"*, hatte laufend Personalbeurteilungen abzugeben und Meldungen über die Ergebnisse seiner Arbeit zu erstatten, *„desgleichen monatlich schriftliche Tätigkeitsberichte, welche abschriftlich dem Offizier für wehrgeistige Führung bei der vorgesetzten Dienststelle und dem NS-Führungsstab seines Wehrmachtsteils vorgelegt"* wurden. Im Klartext, so Engelmann, hieß das: **„Der ‚Offizier für wehrgeistige Führung' und spätere NSFO hatte vornehmlich Überwachungsaufgaben, und zwar innerhalb des Offizierskorps seiner Einheit und im Auftrage der Partei; in zweiter Linie sollte er die Unteroffiziere und Mannschaften ‚aktivieren und fanatisieren'."**

Als NSKK-Referent und mehr noch als „Offizier für wehrgeistige Führung" mußte Strauß nicht nur alle möglichen NS-Schriften als Pflichtlektüre lesen, sondern er mußte darüber unzählige Referate halten, also aktiv helfen, die verblasene und kriegstreibende Rassen- und Herrenmenschen-Ideologie der Nazis zu verbreiten. Seine Aufgabe in diesen Funktionen war es u.a., zum Kreuzzug in den „Ostraum" aufzufordern, gegen Juden und Kommunisten zu hetzen usw. Leider gibt es keine Dokumente darüber (oder sie sind zumindest nicht öffentlich zugänglich), w i e Strauß seine Aufgaben als NS-Ideologe wahrgenommen hat. Aber wer könnte das anders erwarten? Bernt Engelmann schreibt in Einschätzung dieser Tatsachen, daß es Strauß *„bei seiner Intelligenz sicherlich schon damals klar geworden (ist), daß man einem unkritischen Publikum jedweden Unsinn, etwa die Gleichsetzung von Hochfinanz, Judentum, Freimaurerei und Weltkommunismus, schmackhaft machen kann, sofern man sich mit Schlagworten begnügt und sie den Leuten mit der nötigen Autorität – ‚Haben Sie überhaupt Abitur?' – in die Köpfe hämmert."* (a.a.O., S.119)

Seine politische Karriere nach 1945 beweist jedenfalls, daß Strauß dieses Geschäft gelernt hat und wie kein anderer Vertreter des reaktionärsten Flügels der westdeutschen Bourgeoisie zu handhaben versteht.

Nach 1945: Kontinuität der

Nach 1945: Kontinuität der rechtsextremistischen Ideologie

Die Kontinuität einer rechtsextremistischen Ideologie bei Strauß ist allenthalben in seinen Äußerungen abzulesen. Ein untrügerisches Indiz dabei ist seine Art, politische Gegner zu diffamieren, zu verunglimpfen und zum Objekt eines blind aufgestachelten Hasses zu machen. In ihren soziologischpsychologischen Studien über den „autoritären Charakter" beschrieben Th. Adorno, B.Bettelheim und E.Frenkel-Brunswik ein solches Verhalten folgendermaßen: *„Der Feind ist nicht nur ein Verbrecher, sondern auch ein minderwertig veranlagtes Subjekt. Seine Anomalität erfordert, daß er isoliert und in Gewahrsam gehalten werde. In seiner Beschreibung des Feindes entwirft der Agitator ein Bild, das aus Hysterie, Perversität und Zerstörungswut gemischt ist."* So verspricht er implizit *„seinen Zuhörern die Teilnahme an der Verfolgungsjagd und Racheaktion gegen die Feinde."* Aber *„trotz aller Gefährlichkeit bleiben Verbrecher und Psychopathen doch menschliche Wesen. Das Gesetz sieht bestimmte Maßnahmen vor, nach denen mit ihnen verfahren wird. Um aber auch das letzte Bindeglied zwischen dem Feind und der menschlichen Gesellschaft zu lösen, verwandelt der Agitator ihn in ein niederes Tier... Die Tiraden des Agitators gegen das Ungeziefer geben ihm Gelegenheit, die Befriedigung seiner sadistischen Triebe zu rationalisieren. Die Geste, mit der er das Ungeziefer ausrottet, und die Mischung von Angewidertsein und Lustgewinn, die er aus diesem Akt ableitet, stehen stellvertretend und vorbereitend zugleich für die Ausrottung handgreiflicher Feinde."*

Das Buch, in dem dies beschrieben ist, wurde 1950 in New York erstveröffentlicht, und die Autoren legten ihren Studien die Erfahrungen mit dem Faschismus zugrunde. Wenn man sich nun gewisse Äußerungen von F.J.Strauß ansieht, könnte man allerdings ohne weiteres meinen, daß auch er zu den unmittelbaren Objekten dieser Untersuchung gehörte. Denn welchem aufmerksamen politischen Beobachter würde beim Lesen dieser Zeilen nicht das einfallen; was Strauß am 19.7.1969 in dem von ihm herausgegebenen CSU-Organ „Bayernkurier" angesichts der damaligen Demonstrationen der außerparlamentarischen Opposition in Nürnberg schrieb: *„Im Vergleich zu den wirklichen Methoden und Zielen dieser organisierten Bande politischer Landstreicher ist der Name ‚Außerparlamentarische Opposition' noch eine erhabene Ehrenbezeichnung. Es ist der kalte berechnende Haß gegen Recht, Gesittung und Ordnung, es ist der Neid der Asozialen, die Zerstörungswut total negativer Elemente, die ihre kriminelle Einstellung zur Gesellschaft mit politischen Motiven tarnen."* Und wem würde nicht noch mehr das Telegramm in Erinnerung kommen, das Strauß einen Tag zuvor, am 18.7.1969, anläßlich einer Protestaktion von Jugendlichen beim Landratsamt in Bamberg an den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Goppel schickte, und in dem es u.a. hieß: *„Die Außergesetzlichen ... benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist..."*. Dieses Telegramm veranlaßte seinerzeit sogar den deutschen Richterbund zu der Feststellung, daß die darin enthaltenen Äußerungen an das Vokabular der Nazizeit erinnern. Strauß machte vor solcher Empörung jedoch nie Rückzieher; in dem genannten Fall kabelte er an den Deutschen Richterbund zurück, Angehörige der APO würden *„Verhaltensweisen zeigen, die sonst nur für Geisteskranke bezeichnend sind."* Er habe *„aber*

Richterbund zurück, Angehörige der APO würden *„Verhaltensweisen zeigen, die sonst nur für Geisteskranke bezeichnend sind."* Er habe *„aber*

nicht verlangt", telegrafierte Strauß weiter, *„daß Leute, die sich wie Tiere benehmen, auch wie Tiere behandelt werden sollen. Eine derartige Behauptung wäre eine böswillige Verdrehung. Ich habe lediglich festgestellt, daß die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich sei, weil diese Gesetze auch bei Rechtsbrechern noch mit Reaktionen rechnen, die der menschlichen Kreatur eigentümlich sind"* („Der Spiegel", 28.7.69). Ein Dementi ist das ja keineswegs. Was Strauß denn gegen die „Tiere", die keine „menschliche Kreatur" mehr sind, anwenden will, läßt er l e d i g l i c h u n a u s g e s p r o c h e n – noch!

Andere seiner politischen Mitstreiter, wie Dr. Emil Franzel, ehemaliges NSDAP-Mitglied, dann CSU, Mitarbeiter des „Bayernkurier" und Leitartikler des offiziellen „Bayerischen Staatsanzeigers", sprechen da gelegentlich die Gedanken ihres Meisters schon zu Ende aus (es geht ja auch nicht nur um Strauß als Person, sondern um das gesamte von ihm repräsentierte politische Lager). Im „Regensburger Tagesanzeiger" schrieb dieser Dr. Franzel über die gegen den Springer-Konzern demonstrierenden Studenten: *„Springer könnte sich die Wanzen bald vom Leibe schaffen, wenn er nicht so merkwürdige Hemmungen gegen die Anwendung der einzig dafür tauglichen Mittel hätte. Man kann Ungeziefer eben nur mit den geeigneten mechanischen und chemischen Mitteln vertilgen, nicht mit gutem Zureden"* (zit. nach „Frankfurter Rundschau" v. 1.5.68). Das ist eine Sprache und Gesinnung, die nach Zyklon 3 riecht. Der Marburger Politikwissenschaftler Dr. Reinhard Kühnl kommentierte diese Äußerungen 1972 in einem Gutachten zu einem Prozeß gegen ein SDAJ-Mitglied wegen Beleidigung von Strauß und Guttenberg durch Verwendung nationalsozialistischer Symbole zu Recht mit folgenden Worten: *„Jeder kann daraus ableiten, wie die von Strauß repräsentierten Kräfte mit den ‚Tieren', ‚Wanzen' und ‚Außergesetzlichen' verfahren würden, wenn sie die unbeschränkte Macht hätten. ... Zieht man in Betracht, daß es sich hier nicht um eine einmalige Fehlleistung aus momentaner Erregung handelt (die bei einem einflußreichen Politiker schon alarmierend genug wäre), sondern um eine vielfach artikulierte, offenbar also ein festes politisches Konzept repräsentierende Ideologie, so muß gefragt werden, wie denn der Staatsbürger hier noch einen Unterschied gegenüber faschistischen und neofaschistischen Gruppen erkennen soll. Deutlicher und brutaler hätte das weder von Goebbels noch von v. Thadden gesagt werden können"* (Kühnl, Die von F.J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus; Köln 1972, S. 22).

Es gibt nicht den geringsten Grund, Strauß nur als ein reaktionäres Großmaul zu bagatellisieren. Es gibt nicht den geringsten Grund, an seinem Willen zur Verwirklichung dessen zu zweifeln, was er am 18./19. November 1974 auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen ankündigte: daß er – einmal zur Macht gelangt – *„so aufräumen"* wolle, *„daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen."* Mit *„diesen Banditen"* meinte er die RAF und deren sogenannte „Sympathisanten", die für Strauß bis in die Reihen der Bundestagsfraktionen von SPD und FDP reichen. Wie seinerzeit in der Nazi-Propaganda verwenden auch Strauß und seine Mitstreiter die „einprägsame" Schablone, alles links von ihrem Lager stehende als ein einheitliches Geflecht des Linksradikalismus und Terrorismus, des Kommunismus und Sozialismus darzustellen, den Eindruck zu erwecken, als ob die Bundesrepublik bereits eine halbmarxistische Gesellschaftsordnung habe und mit Hilfe der SPD/FDP-Regierung schon zu mindestens fünfzig Prozent an die Interessen der Sowjetunion ausgeliefert sei. Für die Nazis war diese Schablone nicht nur ein Instrument der Mobilisierung dumpf reaktionärer Massenstimmungen, sondern darüber hinaus Ankündigung des später nachgelieferten Massenterrors, der Verfolgung jeglicher auch nur ansatzweise antifaschistischen Opposition, des Verbots sowohl der KPD als auch der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, der KZ-Internierung von Kommunisten. Sozial-Demokraten und Gewerkschaftern gleichermaßen wie Juden, Zigeunern und Homosexuellen.

Auf der Ebene der Propaganda for- Demokraten und Gewerkschaftern gleichermaßen wie Juden, Zigeunern und Homosexuellen.

Auf der Ebene der Propaganda formulierte Hitler sein demagogisches Rattenfänger-Rezept in „Mein Kampf" folgendermaßen: *„Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinanderliegende Gegensätze nur als eine Kategorie erscheinen zu lassen, weil die Erkenntnis verschiedener Feinde bei schwächlichen und unsicheren Charakteren nur zu leicht zum Anfang des Zweifels am eigenen Recht führt."* Ist nicht genau dieses Rezept wiederzufinden, wenn Strauß die „Frankfurter Rundschau" als das *„Sprachrohr bundesrepublikanischer Linksextremisten"* bezeichnet (zit. nach „FR" v. 1.12.70)? Wenn er losholzt: *„Die Redaktionen der Rundfunk- und Fernsehanstalten kann man bald schon Moskaus Außenposten in Deutschland nennen"* („Der Spiegel" 31/71)? Wenn er nach zwei Jahren SPD/FDP-Regierung in einem Interview einhämmert: *„Bei der heutigen Regierungskoalition handelt es sich nicht um eine normale Wachablösung, sondern um einen Wandel, ja um den Beginn eines Umsturzes unserer Gesellschaftsordnung"* („Bild", 20.9.71)? Wenn er die Politik der SPD als *„eine wachsende Volksfrontverbrüderung"* attackiert („Bayernkurier", 11.9.76)? Wenn er in Sonthofen wetterte: *„Die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern"* (zit. bei Engelmann, a.a.O., S. 140)? Oder wenn der CSU-Bundestagsabgeordnete und Todesstrafen-Befürworter Richard Jaeger gar unmittelbar vor der Bundestagswahl 1969 auf folgende Weise Panik zu schüren versuchte: *„Wenn Brandt Kanzler würde, dann müßten wir fragen, ob wir dann am Ende die Rote Armee über Nacht bei uns im Lande haben"* („Die Zeit", 19.6. 1969)?

Panikmache um jeden Preis, reaktionäre Massenmobilisierung mit jedwedem Unsinn, der in den Boden einer verbreiteten antikommunistischen Grundstimmung in der Bevölkerung eingepflügt werden kann, immer wiederkehrende Behauptung einer gigantischen Verschwörung, von der die Freiheit angeblich bedroht ist – das sind wesentliche Elemente, die in der Propaganda von Strauß wie in der der Nazis aufzufinden sind. Und wenn Strauß Zeitungen wie die „Frankfurter Rundschau" oder einige Rundfunkredaktionen als *„Sprachrohr bundesrepublikanischer Linksextremisten"* und als *„Moskaus Außenposten in Deutschland"* bezeichnet, dann zeigen seine nicht mehr zu zählenden Beleidigungsklagen gegen Antifaschisten, die eindringlich vor der von ihm ausgehenden Gefahr warnen, und auch sein Verhalten 1962 in der „Spiegel"-Affäre, welche Meinungs- und Pressefreiheit unter seinem Regierungsdiktat zu befürchten ist. Auf direkte Veranlassung von Strauß hin, damals Verteidigungsminister, wurden „Spiegel"-Redakteure vom „Militärischen Abschirmdienst" (MAD) bespitzelt, das „Spiegel"-Redaktionsbüro durchsucht, Haftbefehle gegen den „Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein und den seinerzeitigen Chefredakteur Conrad Ahlers erlassen sowie die spanische Polizei zur Festnahme des im Urlaub befindlichen Ahlers eingeschaltet, weil der „Spiegel" mit einem Informationsartikel über das Atomwaffen-Konzept von Strauß „Landesverrat" begangen hätte. Strauß belog anschließend obendrein noch den Bundestag über seine Rolle in dieser Affäre, und rechtfertigte sich nachträglich in einem am 2.6.63 veröffentlichten Interview mit der israelischen Zeitung „Ha'Aretz" in wirklich nachdenkenswerter Weise: *„Ich mußte handeln, wie ich es getan habe. Es geht um eine neue Definition der Pressefreiheit im Rahmen der nationalen Interessen. Ich hatte niemals mit der seriösen deutschen Presse* (leider bleibt hier ungenannt, ob Strauß damit n u r den von ihm herausgegebenen „Bayernkurier" meint, oder nicht auch Springers „Bild"-Zeitung - Anm. d. Red.) *irgendwelche Probleme. Nur mit dem ‚Spiegel'. Er ist die Gestapo des heutigen Deutschlands. Es gibt dort Tausende von Personalakten. Wenn man die Nazi-Vergangenheit Deutschlands* (darunter die von Strauß – Anm. d. Red.) *betrachtet, so hat fast jeder etwas zu verheimlichen. Das ermöglicht Erpressungen* (Strauß' Übersetzung für: Aufklärung über seine und andere Nazi-Vergangenheiten – Anm. d. Red.). *Ich war gezwungen, dagegen vorzugehen."* Die *„Pressefreiheit im Rahmen nationaler Interessen"*, die Strauß nicht ohne alte Vorbilder *„neu definieren"* möchte, müßte sich wohl auch folgendem Grundsatz des CSU-Chefs unterwerfen: *„Demokratie braucht*

alte Vorbilder *„neu definieren"* möchte, müßte sich wohl auch folgendem Grundsatz des CSU-Chefs unterwerfen: *„Demokratie braucht*

eine starke und zuverlässige Regierung und eine stabile Ordnung, ebenso wie eine tatkräftige Mitarbeit der Bürger. Alle Demokraten aber müssen lernen zu regieren und nicht nur zu opponieren. Der Kult zur Opposition darf in unserem Staat nicht weiter Schule machen" („Bayernkurier" v. 22.6.68).

Kein *„Kult zur Opposition"*, sondern *„Pressefreiheit im Rahmen nationaler Interessen"*: Die politische Luft, die F.J. Strauß um sich herum zulassen will, ist knapp. *„L'etat c'est moi"*, sagte mal der französische König Ludwig XIV., der Staat bin ich. Unter der Nazi-Herrschaft steckte die Parole *„Ein Volk, ein Reich, ein Führer"* den Rahmen der Meinungsfreiheit ab, in dem Opposition gegen Hitler und die NSDAP als „Staatsverbrechen" verfolgt wurden. Als Strauß Verteidigungsminister war, ließ er gegen ihn und die von ihm vertretene Politik gerichtete Kritiken, wie Alexander von Brünneck in seinem Buch „Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968" beschreibt, als „Verunglimpfung von Staatsorganen" (damals § 97, heute § 90b des Strafgesetzbuches) verfolgen. Die darin liegende Identifikation seiner Person und seiner Politik mit „dem Staat" hat eben auch ihre historischen Vorbilder.

* * *

Dieser Text ist eine um einige Aspekte gekürzte und überarbeitete Fassung der Erklärung, die im Prozeß gegen das „Russell-Buch 5" zur Beleidigungsklage von F.J. Strauß wegen der Schreibweise seines Namens mit „SS" abgegeben wurde.



Nachrichten vom Widerstand



War sehr lang, politisch und machte Spaß: Fahrraddemonstration in Göttingen

Alle Erwartungen übertroffen hat die Resonanz, auf die der Aufruf zur Göttinger Fahrraddemonstration am 7.7. gestoßen ist. Mindestens 2200 Radler folgten dem Ruf eines Bündnisses, das von der Mieterinitiative Kreuzbergring initiiert worden war und 26 Organisationen umfaßte, darunter mehrere SPD-Stadtbezirke, GLU, Freundeskreis Gorleben, eine Vikarsgruppe, Asten, Kindergruppen, DFG/VK und den KB.



Die Mobilisierung stand unter dem Motto "Vorfahrt für's Fahrrad" und bezog sich auf die überdurchschnittlich hohe Unfallgefährdung der Radfahrer, die auf den Autoverkehr ausgerichtete Verkehrsplanung, die Diskriminierung des billigen Verkehrsmittels Fahrrad sowie die Stadt- und Wohnraumzerstörungspolitik der Stadtverwaltung. Nach einer Sternfahrt aus verschiedenen Stadtteilen und Vororten fuhr die Demonstaration an etlichen Brennpunkten menschen- (v.a. mieter-) feindlicher Verkehrs- und Stadtplanung vorbei. Als der kilometerlange Zug den inneren Ring um die Innenstadt vollständig ausfüllte, war die Stimmung entsprechend und die Bullen konnten ihre Lenkungsversuche endgültig begraben.

Der Hauptgrund, warum wir diese Aktion als einen Erfolg einschätzen, liegt darin, daß es auf diesem neuen Terrain gelungen ist, den politischen Charakter der Aktion bis zum Ende aufrechtzuerhalten. Natürlich gibt es im Bündnis auch Kräfte, die sich durch ein vermehrtes Umsteigen aufs Fahrrad eine beträchtliche Stärkung des Umweltschutzes versprechen. Auch der Gedanke, daß wir schließlich alle Energie sparen müßten und schon deshalb das Fahrrad zu propagieren sei, wurden geäußert, aber konnte sich nicht durchsetzen. Militant autofahrerfeindliche Stimmung gab es im Bündnis nicht und wurden auf der Demonstration nur sehr selten gehört. Wiederbelebt wurde durch die Demo die Diskussion um Stadtplanung und -zerstörung in Göttingen, die nach heftigen Auseinandersetzungen vor einigen Jahren weitgehend eingeschlafen war und jetzt als Grundlage für neue Aktionen genutzt werden kann. Ziemlich einmalig dürfte die Breite des Bündnisses sein, das sich die ganze Zeit über sehr solidarisch zusammen- und auseinandergesetzt hat. Nach der Sommerpause wollen seine aktiveren Teile als eine Art verkehrs- (und später vielleicht kommunal-) politischer Arbeitskreis weiter zusammenarbeiten. Erstaunlich war, wie eifrig sich die SPDler beteiligten, auch da, wo es um ihre eigenen "Genossen" in der Stadtverwaltung ging. Der Krach zwischen dieser rechten SPD-Mafia und der teilweisen linken, wenn auch schlappen SPD-Basis ist längst überfällig und könnte durch die Demonstration hoffentlich beschleunigt werden.

Neu war ferner die Zusammensetzung der Demonstration, die weit über das übliche, in Göttingen stark studentisch geprägte, Spektrum hinausging. Für viele, natürlich besonders für die ganz jungen und älteren Radler war es die erste Demonstration, an der sie teilnahmen.

Kommunalkommission, KB/Gruppe Göttingen

Demo-Verbot durch die Hintertür

Obgleich gegen die Teilnehmer des Grohnder Anti-Atom-Dorfes im Sommer 1977 *„inzwischen sämtliche strafrechtlichen Ermittlungen eingestellt"* wurden, *„da ihnen keine Straftaten angelastet werden konnten"*, sollen sie jetzt noch verwaltungsrechtlich belangt werden. *„Ein Sprecher der Behörde teilte am Mittwoch mit, daß 199 Personen für die Kosten in Höhe von mehr als 212 000 Mark aufkommen sollten, die damals bei der polizeilichen Räumung des Geländes entstanden"* („FR", 5.7.79).

Neu ist hierbei auch, daß Kosten für die Anreise der Bullen geltend gemacht werden, *„obwohl vor dem Eintreffen der Polizei keine Aufforderung zur Räumung"* vorlag und somit *„kein Anlaß für den Polizeieinsatz gegeben gewesen"* ist (ebenda).

Der Politologe und Vorstandsmitglied der Humanistischen Union, Prof. Jürgen Seifert aus Hannover, kommentiert diesen Eingriff ins Demonstrationsrecht: *„Bei jeder Demonstration, die von Polizisten begleitet werde, entstünden Kosten, die als „Demokratiekosten" zu verstehen seien. Das Vorgehen der Bezirksregierung könne dazu führen, daß letztlich jeder, der sich darauf einlasse, von seinem Demonstrationsrecht Gebrauch zu machen, den finanziellen Ruin riskiere"* (ebenda)

AKW-Nein-Kommission

<u>**Brokdorf-Prozeß**</u>

Maoisten freigesprochen

Itzehoe. UZ — Die wegen Rädelsführerschaft bei gewalttätigen Auseinandersetzungen maoistischer Kräfte mit der Polizei am Kernkraftwerk Brokdorf angeklagten Funktionäre der maoistischen „KPD", Jens Scheer und Ulrich Lenze, wurden freigesprochen.

Der Vorsitzende des Landgerichts in Itzehoe meinte in der **Urteilsbegründung, die Aussagen der Belastungszeugen seien nicht tragfähig gewesen, um zu einer gesicherten Schuldfeststellung zu kommen.**

In der Vergangenheit wurden maoistische Aktionen gegen Kernkraftwerke immer wieder als Vorwand zur Einschränkung des Demonstrationsrechts herangezogen.

„Bild" oder „UZ"? — Ein Unterschied ist schwer festzustellen.

NWK pöbelt gegen Ärzte

„Die Ärzte sollten die Bevölkerung über andere große Risiken aufklären, anstatt leichtfertig Angst vor dem Strahlenrisiko zu erzeugen, das bei Kernkraftwerken ‚in Wirklichkeit äußerst gering' ist" („Kieler Nachrichten", 11.7.79).

Derart arrogant reagierten die Atombetreiber der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) auf den „Offenen Brief" von rund 420 Hamburger Ärzten an Bürgermeister Klose, er möge sich für die Einstellung des Betriebs der Atomkraftwerke in der Nähe Hamburgs einsetzen (siehe Bericht in AK 157).

Die *„Leichtfertigkeit dieser Medizinergruppe"* sei erschreckend; *„ . . . wenn Ärzte zehn Prozent der medizinischen Strahlendosis einsparten, würden jährlich gut doppelt soviel Strahlungsschäden vermieden, wie bei dem Unglück von Harrisburg insgesamt in der Umgebung entstanden seien"* heißt es zynisch!

Da kann man/frau diesen Zynikern doch mal empfehlen, ein Glas Milch zu trinken, das Strontium 90

Da kann man/frau diesen Zynikern doch mal empfehlen, ein Glas Milch zu trinken, das Strontium 90 bzw. Jod 131 enthält: Für den Rest ihres Lebens werden seine Atome sie dann begleiten, indem sie in ihren Knochen bzw. Schilddrüsen Radioaktivität in einer Intensität abgeben, wie es kein Röntgenapparat je könnte.

Entgegen dieser zynischen Akrobatik der NWK-Mafia bezeichnete Wolfgang Rayer, stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), es als *„erfreulich festzustellen, daß sich auch Ärzte in der letzten Zeit zunehmend in Diskussionen um Nutzen und Risiko der Kernenergie einschalten ..., das entspreche ihrer gesellschaftlichen Aufgabe und sei sehr zu begrüßen"* („Kieler Nachrichten", 13.7.). Die NWK-Stellungnahme sei nichts anderes *„als der untaugliche und hilflose Versuch, unbequeme Meinungen einzuschüchtern"* (ebenda).

KB/Gruppe Kiel



Lüchow. Am frühen Morgen des 9.7. blockierten rund 70 AKW-Gegner aus Göttingen rund 6 Stunden lang zunächst mit PKWs und anschließend durch eine Sitzblockade die Bohrfahrzeuge in ihrem Fahrzeugdepot. Nachdem die sich als ZDF ausgebenden Bullen von jedem mehrere Dutzend Portrait-Aufnahmen gemacht hatten und auch eine eingesetzte Feuerspritze nichts nutzte, wurden die Demonstranten schließlich vom BGS gewaltsam abgedrängt. — Trotzdem ein schöner Erfolg.

Die regionale „Elbe-Jeetzel-Zeitung" vom folgenden Tage berichtete zwar, daß erstmals der BGS so massiv eingesetzt wurde, allerdings nicht ohne anonyme Mitglieder der BI und Landwirte als „Kronzeugen" für die „weder gewünschte noch gewollte Eskalation" zu bemühen. Die BI hatte zu der Aktion aufgrund der bekannten Vorbehalte gegen Aktionen Auswärtiger bedauerlicherweise nur die Aktion beobachtet.

(nach einem Bericht der AKW-Nein-Kommission — KB/Gruppe Göttingen)

dauerlicherweise nur die Aktion beobachtet.
(nach einem Bericht der AKW-Nein-Kommission — KB/Gruppe Göttingen)



„Das ZDF" der Bullen rückt an!

Kiel: Ärzte organisieren sich!

Kiel: Ärzte organisieren sich!

Über 30 Ärzte, Krankenschwestern und Medizinstudenten entschlossen sich am 11. Juli im Anschluß an eine Veranstaltung in Kiel mit dem Heider Arzt und Atomkraft-Gegner Dr. Rüppell, jetzt eine Ärzte- und Mediziner-Initiative gegen AKWs in Kiel ins Leben zu rufen. Die Veranstaltung mit dem Motto „Gesundheitsgefahren durch Atomkraftwerke" ist von der ‚Liste für Demokratie und Umweltschutz' gemeinsam mit einigen Kieler Initiativen und Ärzten organisiert worden und war mit rund 250 Besuchern ein schöner Erfolg.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Vortrag Dr. Rüppells aus dem Heider Kreiskrankenhaus. Dr. Rüppell gehört zur „Gruppe der 30 Dithmarscher Ärzte", die sich seit längerem auch gegen die Wiederinbetriebnahme des Katastrophenreaktors Brunsbüttel wenden. Ende Mai war Dr. Rüppell wegen seines Engagements gegen Atomanlagen fristlos aus dem Heider Kreiskrankenhaus entlassen worden, mußte jedoch nicht zuletzt dank einer beispiellosen Solidaritätswelle wiedereingestellt werden (siehe Bericht in AK 155). Im Kreis Dithmarschen und Steinburg haben sie jüngst eine Fragebogenaktion gestartet, um Daten zu sammeln, ob die dort ansässigen Ärzte im Falle eines Atomunglücks in Brunsbüttel überhaupt ärztliche Hilfe leisten können bzw. in welchem Umfang. Auf die Antworten darf man gespannt sein.

Der Vortrag Rüppells endete mit folgenden Worten: *„Heilung gibt es nicht! Wir können nur vorbeugen. Wir appellieren deshalb an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, den weiteren Ausbau des Atomenergieprogramms zu stoppen. Wir dürfen die Gesundheit und Lebensmöglichkeiten kommender Generationen nicht in unverantwortlicher Weise auf's Spiel setzen. Für jeden Arzt gilt folgendes Gelöbnis:*

‚Bei meiner Aufnahme in den ärztlichen Berufsstand gelobe ich feierlich, mein Leben in den Dienst der Menschheit zu stellen.'

In der Berufsordnung für die Ärzte heißt es unter § 1:

‚Der Arzt dient der Gesundheit des einzelnen Menschen und des gesamten Volkes. Aufgabe des Arztes ist es, das Leben zu erhalten und die Gesundheit zu schützen. Er darf keine Grundsätze anerkennen und keine Vorschriften oder Anweisungen beachten, die mit seiner Aufgabe nicht vereinbar sind oder deren Befolgung er nicht verantworten kann.'

Aus diesem Grunde ist die Ärzteschaft verpflichtet, gesundheitsgefährdende Technologien abzulehnen. Für den verantwortlich arbeitenden Arzt gilt nur eine Konsequenz: Die Forderung nach der endgültigen Stillegung aller Atomanlagen der Welt."

KB/Gruppe Kiel

Ist die Bevölkerung überhaupt nicht geschützt?

Ärzte geben Atom-Alarm in Schleswig-Holstein!

Scheinangriff auf das AKW Ohu

Am Dienstag, den 17. Juli, flogen zwei Phantomjäger einen Scheinangriff auf das Atomkraftwerk Ohu bei Landshut. In nur 500 Meter Höhe durchbrachen beide die Schallmauer.

„Auf einer Strecke von 20 km zerbrachen tausende von Fensterscheiben. Dachziegel wurden auf den Boden geschleudert" („Abendzeitung", 18.7.79). Sogar aufgerissene Mauerdecken wurden gemeldet. Bei einem Werkstattgebäude des AKWs gingen zahlreiche Fensterscheiben zu Bruch.

„Wir dachten, alles fliegt in die Luft" — so einer der dort beschäftigten Schlosser (ebenda). Selbstredend, daß zwar der Objektschutzbeauftragte des AKWs in den beiden Flugzeugen Phantom-Düsenjäger erkannte, die Bundeswehr aber meinte, es seien Starfighter gewesen. Ebenso selbstredend, daß Umweltminister Dick schleunigst versicherte, daß es im radioaktiven Bereich nicht zu Sicherheitsstörungen gekommen sei. Und weil der bayerische Umweltminister schon mal beim „Versichern" war, versicherte er, daß der Absturz einer Phantom keinerlei verheerende Folgen haben könne. Zwar behauptete die Atomindustrie, die Betondecke der AKWs würde ausreichen, um einen aufprallenden Starfighter ohne großen Schaden zu überstehen, allerdings bestreitet sie nicht, daß der Absturz einer größeren Phantom verheerende Folgen haben könnte. Aber dann — so Umweltminister Dick — blieben ja immer noch *„zwischen 12 und 24 Stunden Zeit, um zu verhindern, daß Personen in der Umgebung des Reaktors zu Schaden kämen"* („Nürnberger Nachrichten", 18.7.).

Ein neues Harrisburg in Bayern wäre laut Umweltministerium gar nicht so schlimm, da kann die Bundeswehr ruhig weiter für den Ernstfall proben.

KB/Gruppe Nürnberg

„Entsorgung" — immer krimineller

Geradezu panisch, möchte man meinen, ließ Bundeskanzler Schmidt die Ministerpräsidenten der Länder per Fernschreiben auffordern, Zwischenlager für Atommüll zu bauen — einen Tag vor seinem Treffen mit den Länderchefs am 6. Juli. Und Schmidt hat allen Grund zur Eile:

Nachdem der Bau der WAA angeblich auf Eis gelegt wurde, in der Hoffnung, daß sich derweil der Widerstandswille der Bevölkerung abkühlt, müssen schleunigst neue Lagerkapazitäten für Atommüll her. Bereits im nächsten Jahr wird der Atommüllberg einen Umfang von 800 Tonnen haben; im Jahre 2000 werden es, rechnet man die zusätzlich geplanten AKWs nicht hinzu, bereits 7 bis 8000 Tonnen sein.

Nach Vorstellungen der Bundesregierung soll diese wahre Flut radioaktiver, brandheißer Brennelemente durch den Bau von mehreren Zwischenlagerkapazitäten eingedämmt werden. Die bisherige Konzeption sogenannter *„Naßlager, wie eines in Ahaus gebaut werden soll, wird zugunsten einer noch billigeren „und gefährlicheren „Trockenlagerung" aufgegeben. Bei der Trockenlagerung werden die Brennelemente einfach in Stahlbehälter eingeschweißt. Wiederum stehen die einzelnen Brennelemente so eng zueinander, daß sie jederzeit eine atomare Kettenreaktion auslösen könnten. Auch die eingebauten sog. „Neutronengifte"* (Neutronen lösen weitere radioaktive Spaltprozesse aus — Anm. AK) *werden das nicht mit absoluter Sicherheit verhindern können. Die Behälter können also jederzeit bei äußeren oder inneren Störungen explodieren, wie eine Bombe. Dabei hat jeder Behälter eine Radioaktivität, die der von 10 Hiroshimabomben entspricht. Zudem entwickeln die Brennelemente unvorstellbare Hitzemengen. Die Konstrukteure hoffen, diese durch unzählige Kupferrippen an die Umluft abgeben zu können. Dennoch wird die Außenhülle jedes Behälters eine Temperatur von 280° C erreichen. Ständig besteht die Gefahr, daß die Stahlbehälter in sich zusammenschmelzen"* (nach „Atommüll...", rororo, S. 57f). Laut Bundesinnenminister Baums Plan soll es in Zukunft drei Arten von Trockenlagern geben: Sogenannte „Kleinst-Trokkenlager" auf dem AKW-Gelände; dann „Zwischenlager für mittelfristige Entsorgung", die für einen Zeitraum von 30 Jahren gebaut sind; dann noch die „Großen Langzeitzwischenlager", die die Brennelemente für einen Zeitraum von 50 Jahren aufnehmen sollen (laut „FR" vom 4.7.79).

Die sogenannten „Lager" werden aus riesigen Lagerhallen bestehen, in denen bis zu 500 Tonnen hochradioaktiven Mülls in 150 bis 200 Stahlbehältern bewahrt werden. Man mag kaum daran denken, und es beschleicht einen eine wahre Horrorvision, die jeden Science-fiction-Horror-Autor vor Neid erblassen lassen würde: Verstreut über das ganze Bundesgebiet sechs bis sieben solche Langzeitzwischenlager, jedes angefüllt mit einer Radioaktivität, die der von 1500 bis 2000 Hiroshimabomben entspricht. Ständig die Gefahr, daß der kleinste Fehler, der geringste Brennelementschaden unvorstellbare Katastrophen heraufbeschwört. Jeden Tag werden mehrere Transporte dieser Wahnsinnsbehälter über bundesdeutsche Straßen oder Schienen stattfinden. Nicht auszudenken, was ein Verkehrsunfall, eine Zugentgleisung etc. für Konsequenzen hat.

KB/Gruppe Nürnberg

Hochgiftige Cyanide im Trinkwasser gefunden

In einem Brunnen des Karlsruher Wasserwerkes wurde am 10.7. bei einer Routineuntersuchung eine Cyanidverseuchung von 0,43 Milligramm Cyanid je Liter festgestellt (0,05 mg ist die obere Unbedenklichkeitsgrenze!). „Natürlich" wurde der Brunnen sofort abgestellt, „natürlich" besteht überhaupt keine Gefahr für das Karlsruher Trinkwasser!

Trotzdem mußte für den Stadtteil, in dem die Verseuchung festgestellt wurde, ein „Brauchwasserverbot" ausgesprochen werden. Danach darf Wasser, das nicht aus der städtischen Trinkwasserversorgung stammt, nicht mehr verwendet werden. Selbst das Beregnen von Obst- und Gemüseanbau ist verboten!

Um die Trinkwasserversorgung aufrecht zu halten, wird Wasser nur noch aus den beiden restlichen Brunnen entnommen. Um die Vergiftung abzubauen, soll das Wasser jetzt in die Kanalisation abgepumpt werden. Das Problem ist dabei: Für Abwässer ist zwar eine Cyanid-Verseuchung erlaubt, aber auch „nur" max. 0,2 mg/Liter . . . So muß man jetzt das verseuchte mit sauberem Wasser verdünnen, um das Zeug überhaupt wieder loszuwerden. Makabrer Gag: Die Giftquelle liegt vermutlich auf dem Gelände der Stadtgärtnerei. Dort soll um die Jahrhundertwende eine Chemiefabrik gestanden haben, die ihre Abfälle (Salze) unsachgemäß gelagert habe (vielleicht verbuddelt?). Die Firma existiert nicht mehr und es gibt auch keinen Rechtsnachfolger. Daher wird also der Steuerzahler für die Giftbeseitigung zahlen. — Wie praktisch!

Größte Ölpest der Geschichte im

Größte Ölpest der Geschichte im Golf von Mexiko

Seit dem 3. Juni fließen täglich fast 5 Mill. Liter Erdöl aus dem Bohrturm "IXTOC UNO" in den Golf. Die Länge des Erdölteppichs beträgt mittlerweile bereits über 500 km, bei einer Breite von ca. 40 - 50 km und einer Tiefe von mehreren Zentimetern.

Ausschlaggebend für diese Katastrophe war ein Bedienungsfehler, wodurch sich versehentlich ein Ventil öffnete. Dadurch strömte Gas aus und verursachte die Explosion, die dann eine Kontrolle des Ölaustritts auf der brennenden Bohrinsel unmöglich machte. Seit über 50 Tagen sprudelt das Öl schon in den Golf und dem Betreiber, die staatliche mexicanische PEMEX, ist es nicht gelungen, das Leck zu schließen. Das Verhalten der PEMEX zu der Ölpest ist alleine darauf gerichtet, die Ölquelle zu erhalten. Mit schönen Worten wie "Nichts ist passiert" oder " daß die Ölpest sich in eine Vielzahl von Ölflecken auflöse" versuchen sie, alles herunterzuspielen. Die Informationspolitik der PEMEX kommt einer Nachrichtensperre gleich. Durch Drohung und Bestechung sollen die rund 70 Arbeiter der Bohrinsel, die sich hier zum Zeitpunkt des Unglücks aufhielten, zum Schweigen gebracht worden sein. Nach einer Meldung der "dpa" räumte der Generaldirektor der PEMEX, Jorge Diaz Serrano, am 21. Juni nach einer Besichtigung der Unglücksstätte ein, daß ein Schließen des Lecks sehr schwierig ist. Anfang Juli meldete der Sprecher der PEMEX Gustavo Schmidt: *"Wir haben alle Hoffnung aufgegeben das Bohrloch zu schließen."*

Was die PEMEX nach unseren Informationen bisher nicht bekannt gab ist:

- die Unglücksursache
- die Möglichkeit mit einer Sprengung die Ölpest zu stoppen.

Die aussichtsreichste Möglichkeit, die Ölpest zu stoppen, ist der Einsatz von Sprengstoff unter Wasser, um das Bohrloch zu verschütten. Diesem Vorschlag von "Red" Adiar (dem sagenumwobenen Fachmann) wollte die PEMEX nicht zustimmen. Zwölf weitere Bohrinseln sind in den nächsten Monaten dazu noch in der Nachbarschaft der „IXTOC UNO" geplant. Eine Sprengung würde dieses Bauvorhaben, das Milliarden bringen soll, zunichte machen. Das Ausmaß der Detonation könnte auch noch einen Teil der umliegenden 200 Bohrlöcher versiegen lassen. Da sich in dem betroffenen Ölfeld über 800 Millionen Barrels (ca. 150 Milliarden Liter) Öl befinden, will die PEMEX diese Ölquelle weiterhin ausbeuten. Deshalb ist sie in der Zwischenzeit dazu übergegangen, zwei neue Bohrlöcher zu bohren, um den Ölfluß zu unterbrechnen und zu zwei wartenden Öltankern umzuleiten. *" Vor Ablauf von 60 Tagen seien diese Bohrarbeiten jedoch nicht beendet"* („FR", 4.7.79)

Dieser Versuch bedeutet aber noch nicht, daß es auch wirklich gelingt, das Ausströmen des Öl's in das Meer zu beenden. Hatten alle bisherigen Ölverpestungen bisher solche Ausmaße, daß die Natur dies unter größten Verlusten noch verkraften konnte und sich nach Jahren wieder erholte, scheint dem Golf von Mexico ein anderes Schicksal zu drohen. Von dem auslaufenden Erdöl verbrennt ungefähr die Hälfte und ca. 800.000 Liter verdunsten. Ein geringer Teil lößt sich dann im Wasser. Der Rest wird durch den Wind verteilt. Diese Rückstände sinken zum Teil auf den Meeresboden und nehmen den Lebewesen hier den Sauerstoffgehalt. *"Ein nur millimeterdicker Öl-Film verbraucht, während er allmählich durch Bakterien abgebaut wird, den Sauerstoffgehalt einer 400 Meter dicken Wasserschicht"* ("Spiegel" 19/77). Die Unmengen von Öl, die jetzt in den Golf von Mexico fließen, können dem Meer die Möglichkeit einer Regeneration nehmen. Mindestens 20 Jahre können die Fischer voraussichtlich an der betroffenen Küste ihrem Beruf nicht mehr nachgehen. *"Die Krabbenfischer von Campeche landeten im Juni nach dem Unglück 100.000 Tonnen weniger als im Vormonat an"* („FR", 16.7.79). Doch nicht nur die Fischer sind in ihrer Existenz bedroht. Die Ölpest weitet sich aus und wird voraussichtlich Ende Juli die Strände der mexikanischen Küste erreichen.

AKW-Nein-Kommission

Ölkatastrophe in Emden — Behörden nicht vorbereitet

Durch das auslaufende Öl aus dem griechischen Tanker "ASTORIA" im Hafen von Emden entstand eine besonders gefährliche Situation. Da der Tanker Öl geladen hatte, das sich schon bei 30 Grad entzünden kann, bestand die Gefahr einer Explosion. Ein Funke der elektrischen Schleusenanlage hätte dazu gereicht.

Der Leichtsinn der Behörden bei diesem Unfall lassen einem die Haare zu Berge stehen. Der Gefahr der Explosion bewußt, schlossen sie die Schleuse nach langen Beratungen und unter großer Gefahr. Die Schiffsbesatzung der "ASTORIA" und des sich in der Schleuse befindlichen Schleppers wurden während des Schließens nicht evakuiert. Dann war die Polizei nicht in der Lage, das gefährdete Gebiet großräumig abzuriegeln. Schaulustige konnten bis zur Schleuse vordringen. Eine Zigarettenkippe hätte genügt, das Gasgemisch zur Explosion zu bringen.

Die Feuerwehr versuchte das aus der Schleuse austretende Öl aufzuhalten, was ihnen jedoch nur teilweise gelang, weil sie auf so einen Unfall nicht vorbereitet war. Nach Aussagen der Wasserschutzpolizei existiert noch nicht einmal ein spezieller Ölkatastrophenplan für den Emdener Hafen. Durch nicht ausreichende Kaspazitäten konnten große Ölmengen,die sich noch im Binnenhafen befanden, nicht abgeschöpft werden. Trotzdem wurde der Schleusenbetrieb der Nesserlander Schleuse nicht eingestellt. So gelangten zusätzlich noch große Mengen Öl in die Ems.

Das hatte wiederum zur Folge, daß das Öl sich in einer Länge von über 25 km am Emsufer bis Nüttermoor festsetzte. Während der Flut wurde das Öl auf das Deichvorland geschwemmt. Da sich das Öl in erster Linie in den mit Schilf bewachsenen Uferregionen der Ems festsetzte, ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehemen, daß zahlreiche Brutvögel in das Öl hineingeraten sind. Das Gebiet zwischen Emden und Rorichum ist ein wichtiges Vogelbrutgebiet. Nach Angaben des niedersächsischen Landesverwaltungsamtes leben hier sehr seltene und in ihrem Bestand bedrohte Brutvögel. Da das Öl noch nicht beseitigt worden ist, sind die Auswirkungen noch nicht abzusehen.

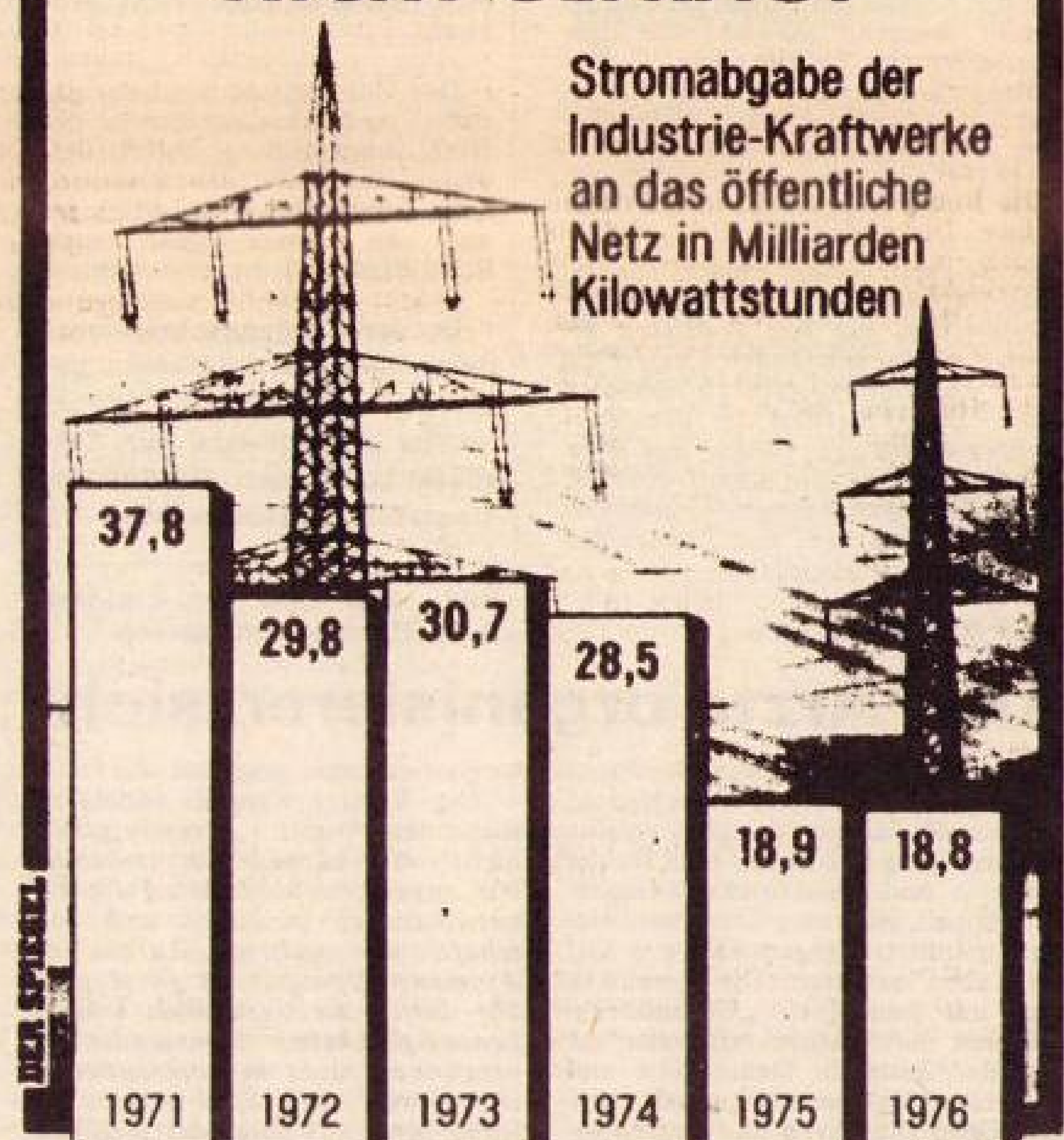
(Nach einer Pressemitteilung des "Projekts Umweltschutz" der Fachhochschule Ostfriesland)

Profitsucht verhindert effektive Energieausnutzung

Anfang des Monats konnte man/frau erstaunliches in der bürgerlichen Presse lesen. Dort wurde über eine Einigung zwischen Elektrizitätsunternehmen und der "Vereinigung industrielle Kraftwirtschaft" zur Umwandlung von überschüssiger Abwärme aus Industrieanlagen zur Stromgewinnung berichtet. *"Einigung mit der Versorgungswirtschaft führt zur Mobilisierung von Energiereserven"*, schrieb die „SZ" am 6.7. Bisher war es genau umgekehrt. In den letzten zehn Jahren wurde die Produktion von Industriestrom aus Prozeßwärme von den Elektrizitätsunternehmen systematisch bekämpft." *So rüde sind dabei die Sitten, daß Eigenstromversorger, die für ihren Spitzenbedarf auf EVU-strom* (EVU = Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Anm. AK) *angewiesen sind, häufig mit ungewöhnlich hohen Rechnungen bestraft werden. Am Liebsten sehen es die Strommacher, wenn die Industrie auf jegliche Eigenproduktion verzichtet und sich ihrem Monopol anvertraut"* ("Spiegel", 28.3.77).

Doch der größte Dorn im Auge der EVU's ist die Zulieferung von Industriestrom in das öffentliche Stromnetz. Der bayrische Papierkonzern PWA zum Beispiel wollte mit dem Dampf, der im üblichen Produktionsprozeß entsteht, eine Turbine antreiben. Der so erzeugte Strom hätte eine Stadt mit 12000 Einwohnern versorgen können. PWA gab den Plan auf, weil die Rheinisch-

gab den Plan auf, weil die Rheinisch-



Westfälischen Elektrizitätswerke diesen Strom nur zu einem lächerlich geringen Preis in sein Leitungsnetz nehmen wollten. („Spiegel", 28, 79).

Bei solchen Machenschaften kommt den EVU's ein Gesetz entgegen, wonach Firmenstrom nicht über eigene Leitungen weitertransportiert werden darf.

Als die Stadt Krefeld einen Vertrag mit der RWE lösen wollte, wurde sie prompt vom Konzern verklagt, weil Krefeld in Zukunft seinen Strombedarf durch die Nutzung industrieller Abwärme und eines eigenen Heizkraftwerks decken wollte.

Und solche Praktiken der Energiemonopole sollen nun zur Vergangenheit gehören?

Punkt 1 der Abmachung sieht vor, daß Industriefirmen, die sich selbst mit Strom versorgen, nicht mehr ständig dafür bezahlen müssen, daß das für die Region zuständige EVU eine Stromleitung bei Ausfall der Eigenversorgung bereithält.

Punkt 2 sieht vor, daß die bisher übliche Praxis fällt, wonach Abnehmer, die selbst Strom erzeugten, einen höheren Preis bezahlen mußten, als solche, die vom Strommonopol völlig abhängig sind.

Punkt 3 regelt, daß Industrieunternehmen, die sich selbst versorgen, bei Ausfall ihrer Generatoren nicht zu völlig überhöhten Preisen zukaufen müssen.

Punkt 4 ist der interessanteste, da er die Abgabe von Stromüberschüssen aus der Industrie in das öffentliche Netz regelt. Die Versorgungsunternehmen verpflichten sich, grundsätzlich solche Überschüsse zu kaufen, *„falls sie energiepolitisch sinnvoll erzeugt worden sind"* („SZ", 6.7.79).

Das heißt: Wenn die EVU's der Meinung sind, daß diese Bedingung nicht erfüllt ist — was immer auch darunter zu verstehen ist — brauchen sie den Strom nicht abnehmen. Nach Ansicht der „Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft" wird diese Abmachung *„in der Industrie erhebliche Reserven mobilisieren"* („SZ", 6.7.79).

Nach ihrer Rechnung soll hierdurch im Laufe der nächsten 10 Jahre eine Reserve von 8000 MW mobilisiert werden — immerhin schon 2/3 der bisherigen AKW-Leistung. Trotzdem, diese Zahl ist schlicht lachhaft. Denn wie aus einer geheimen BP-Studie hervorgeht, ist die nutzbare industrielle Abwärme wesentlich größer: *„Allein aus dem Wasserdampf, der zu allerlei industriellen Prozessen genutzt wird, ließen sich beiläufig über elektrische Generatoren geleitet, zusätzlich 21.000 MW gewinnen ....."* („Spiegel", 28.3.77).

(„Spiegel", 28.3.77).

Die restlichen 13.000 MW sollen weiterhin in die Luft geblasen werden, da ihre Umwandlung in Strom die Profite der EVU's ganz erheblich schmälern würde. Hier wird wieder einmal überdeutlich, wer die eigentlichen Energieverschwender sind und wer ein Interesse daran hat, daß dies auch weiter so bleibt. Denn letztendlich zielen die getroffenen Vereinbarungen nur auf gewisse Einsparungen ab, aber von einer „Mobilisierung" der verschwendeten Energiereserven kann keineswegs die Rede sein. Wird unter dem Motto „Energie sparen" die Bevölkerung mit horrenden Benzinpreisen konfrontiert, damit sie endlich ‚lernt' damit ‚sparsamer' umzugehen, pusten Industrieunternehmen Energie in Größenordnungen in die Luft, die sogar die kühnsten Pläne des Atomprogramms übertreffen. Doch eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Die Industrie wird sich immer mit den Elektrizitätskonzernen einigen können. „Freie Wirtschaft" nennt man das. Der Kapitalist darf Energie nutzlos durch den Schornstein jagen, die Bevölkerung „darf" dafür zahlen und soll die Risiken gefährlicher AKW's tragen.

Betrieb und Gewerkschaft



DGB auf Anpassungskurs gegenüber Strauß

Die Diskussion im Lager der Bourgeoisie um die Zerschlagung der Gewerkschaften geht weiter. Nach dem CSU - Stoiber - Papier („Rohmaterialien") siehe AK 157 hat sich jetzt der Marburger Professor Nachtigall in einem Vortrag vor den Unternehmern der Eisen - und Stahlindustrie hierzu geäußert. Nachtigall stellt fest, daß es für den Unternehmer nur einen Grundsatz gibt:„*Divide et impera*" (Teile und herrsche). Deshalb sollten die Unternehmer „*nicht-marxistische Konkurrenzgewerkschaften zum DGB unterstützen*" („FR", 17.7.), insbesondere denkt er dabei – wie die CSU – an den „Christlichen Gewerkschaftsbund" (CGB). Nachtigall empfiehlt weiter: „*notfalls auch die Unterstützung der Gründung von Betriebsgewerkschaften*". Nachtigalls Referat kursiert mittlerweile als Broschüre des Unternehmerverbands der Eisen - und Stahlindustrie.

Was ist an den Zerschlagungsplänen real?

Die Bourgeoisie macht in der derzeitigen Diskussion deutlich, daß sie auch vor der Zerschlagung der Gewerkschaften nicht zurückschreckt. Diese Drohung baut sie bewußt auf. Sie schafft darüberhinaus im eigenen Lager eine scharfe antigewerkschaftliche Stimmung, die ihren Kurs: keine Zugeständnisse an die Gewerkschaf- **Lager eine scharfe antigewerkschaftliche Stimmung, die ihren Kurs: keine Zugeständnisse an die Gewerkschaf-****ten , Verschärfung der Ausbeutung der werktägigen Bevölkerung signalisieren soll.**

Aktuell geht es der Bourgeoisie und ihren Propagandisten darum, durch Druck auf die Führungen des DGB den Kurs in den Gewerkschaften weiter nach rechts im Sinne eines Stillhaltens gegenüber den Unternehmerplänen zu drängen. Daneben wird heute bereits gezielt die Sekte „Christlicher Gewerkschaftsbund" gefördert, ohne daß sich damit CDU-Gewerkschafter aus dem DGB zurückziehen.

Akut steht eine Spaltung des DGB und ein forcierter Konkurrenzgewerkschafts-Aufbau nicht an. Viel mehr setzt diese Taktik darauf, den DGB zu einem quasi „Neutralitätspakt" gegenüber einem Kanzlerkandidaten Strauß zu zwingen und die CDU-Positionen in den DGB - Führungen auszubauen.

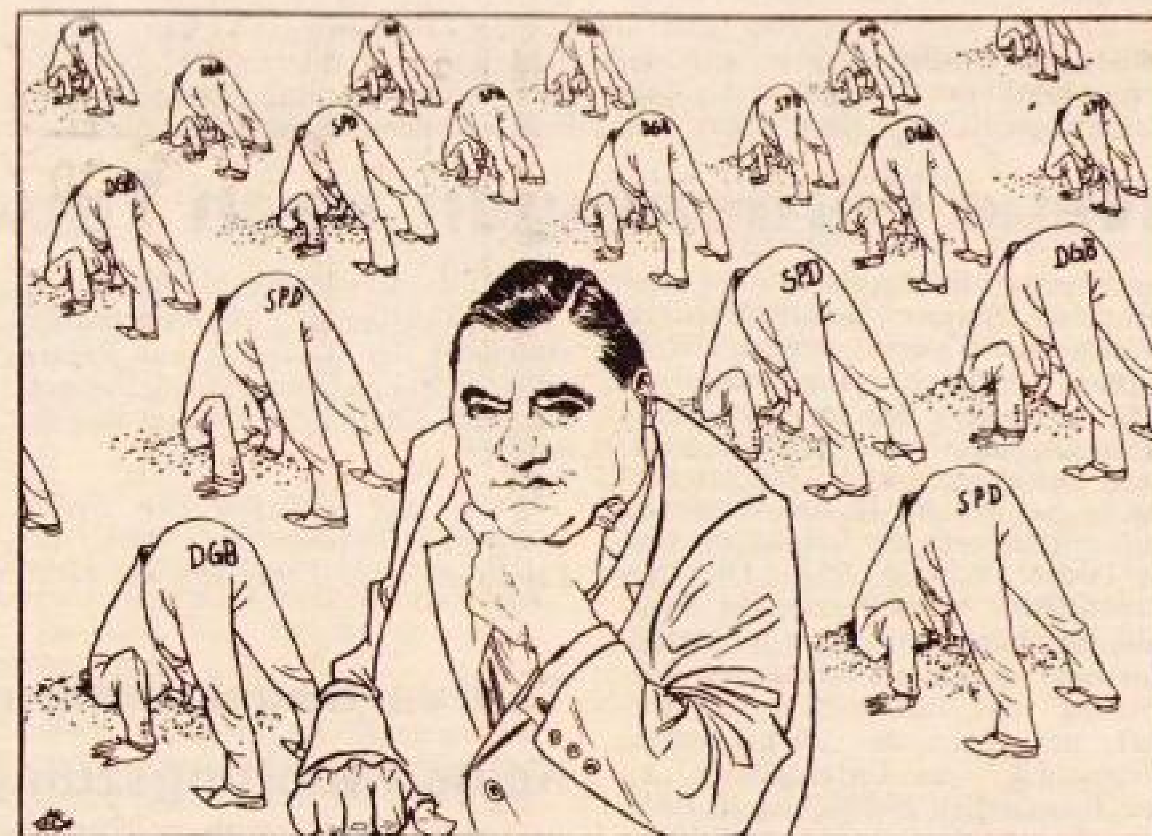
Unter der Überschrift „*Divide et stümpera*" (statt „impera") hat Hertz - Eichenrode in Springer's „Welt" (vom 18.7.) die derzeitige Taktik erläutert: „*Der CSU ist die zunehmende SPD - Lastigkeit der angeblich parteipolitisch neutralen Einheitsgewerkschaft ein solcher Dorn im Auge, daß sie eine Auseinandersetzung mit dem DGB vom Zaume brach. Aber sie verfolgt erklärtermaßen nicht das Ziel, die Einheitsgewerkschaft zu zerschlagen (Anm.: derzeit nicht). Ihr geht es um gewerkschaftliche Pluralität nicht außerhalb, sondern innerhalb der Einheitsgewerkschaft .... Sorgsam zwischen einer Zersplitterung der Gewerkschaften und innergewerkschaftlicher Pluralität zu unterscheiden, sollten sich vor allem die Unternehmer angelegen sein lassen*" verweist er mit Blick auf die Gewerkschaftssituation in Frankreich, Italien und Großbritannien. Ähnlich äußert sich der „Gewerkschaftsexperte" der FAZ, Ernst Günter Vetter, der von Strauß erwartet, „*den Sozialisten in einer Einheitsgewerkschaft zu zeigen, wo die Gemütlichkeit aufhört*" („FAZ", 16.7.).

Auch die „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA) erkärte am 17.7., daß sie am „Erhalt der Einheitsgewerkschaft" interessiert sei. Als Zeichen für die Erfolge der Stauß'schen Taktik werden gewertet: die Bereitschaft der DGB - Spitze zu Spitzengesprächen – so trifft am 20.7. DGB - Chef Vetter zum ersten Mal nach zwei Jahren (seit dem Austritt aus der „Konzertierten Aktion") wieder mit der BDA-Spitze zusammen. Gleichzeitig hat Vetter Gespäche mit Strauß und der CDU - Führungsspitze für September verabredet. „FAZ" - Vetter schließlich lobt besonders den IG-Metall - Führer Loderer als „*klugen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ... Loderers Angebot an Strauß zur Zusammenarbeit zeigt politisches Format*" („FAZ",16.7.).

Die Reaktion in den Gewerkschaften

Nachdem Vetter die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Strauß deutlich gemacht hat (siehe AK 157), ist jetzt Eugen Loderer von der IGM nachgezogen. In einem Interview mit der BILD - Zeitung erklärt Loderer auf die Frage, ob er mit einem Kanzler Strauß „loyal" zusammenarbeiten könne: „**Ja. Denn meine Loyalität zu Staat und Demokratie hängt nicht vom jeweiligen Regierungschef ab. Aber zu einem Kanzler Strauß würden wir kaum genauso gute Beziehungen haben, wie zu Schmidt**" („BILD", 12.7.). Lobt die BILD - Zeitung in einem Kommentar: „ *Bis zu den Gewerkschaften hat sich also schon herumgesprochen, daß Strauß kein kapitalistischer Finsterling ist. Bis zur SPD noch nicht*" (ebenda). Diese eindeutige Unterwerfungserklärung unter einen Kanzler Strauß, der als erklärtes langfristiges Ziel auch die Zerschlagung der Gewerkschaften im Programm hat (Stoiber-Papier), versuchte die IG-Metall in einer Presseerklärung später abzuschwächen, ohne daß allerdings die Substanz der Aussage verloren ging. Hier der Wortlaut:„*Die IG Metall respektiert jeden gewählten Regierungschef (!), weil die Loyalität zu Staat und Demokratie nicht von der Person des jeweiligen Regierungschefs abhängen kann. Sie entscheidet nicht darüber, wer Bundeskanzler wird.*

Die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Parteien und deren Kandidaten werden in erster Linie von den Parteien selbst bestimmt. Maßstab für die Beurteilung von Seiten der IG Metall ist die Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen – *Maßstab für die Beurteilung von Seiten der IG Metall ist die Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen –* *wie sie zum Beispiel im Aktionsprogramm des DGB festgelegt sind – in den Grundsatzprogrammen und Wahlaussagen der Parteien und ihrer Kandidaten*" (zitiert nach „Neue", 14.7.).



Als Erfolg können CDU und CSU auch verbuchen, daß ausgehend von der SPD in den Gewerkschaften jetzt eine Kampagne läuft, daß CDU - Mitglieder in Gewerkschaftsvorständen, Hoffmann (ÖTV), Koob (IGM) und Zemlin (Postgewerkschaft) wurden in ihren jeweiligen Gewerkschaftszeitungen und im DGB - Organ „Welt der Arbeit" von ihren sozialdemokratischen Kollegen bemüht, für den Erhalt der „Einheitsgewerkschaft" einzutreten. „FAZ" - Vetter bringt das ganze auf den Punkt: die CDU solle darauf verweisen, daß ein Drittel der Arbeitnehmer CDU wähle („FAZ", 1 6.7) und so dürften demnächst in den Vorständen der DGB - Gewerkschaften noch mehr CDU - Politiker einziehen – Parteienproporz im DGB als Ausdruck der Rechtsentwicklung einer solchen „Einheit" !? ....

Während hinter den Kulissen und auch in offener Diplomatie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fieberhaft um Abbiegen der reaktionären Strauß - Pläne bemüht sind und zu weitgehenden Zugeständnissen bereit sind, bemüht sich die Gewerkschaftspresse – parallel zur SPD-Presse – das Problem Strauß und seine Gewerkschaftspläne herunterzuspielen. Die „Welt der Arbeit" schreibt lapidar zu der Ankündigung eines CSU-Parteitags im Februar, auf dem Stoibers Vorschläge beraten werden sollen: „*Der DGB kann das sicher in Ruhe abwarten*" („WdA", 19.7.), schließlich gebe es ja Leute wie Norbert Blüm in der CDU/CSU.

Wohl mehr zur Beruhigung der eigenen Basis dienen kritische Kommentare, wie sie das IGM - Funktionärsorgan „Der Gewerkschafter" in seiner Juli - Ausgabe abgab: „*Mit der Nominierung von Strauß, Dregger, Wallmann - das ist die gleiche politische Couleur ... In diesem Zusammenhang kann das Kundgebungsverbot in Frankfurt gegen den DGB gesehen werden. Frankfurt und München (Stoibers Papier), zwei unterschiedliche Ereignisse. Doch beide haben das gleiche* *und München (Stoibers Papier), zwei unterschiedliche Ereignisse. Doch beide haben das gleiche* *Ziel: die Gewerkschaften ins politische Abseits zu drängen und die Einheitsgewerkschaft zu spalten. Durch die Nominierung von Strauß bekommen diese Bemühungen eine ganz andere Dimension*". Deutlich andere Töne also, wie die des Vorsitzenden Loderer und seines Burgfriedenangebots.

Die Gewerkschafter müssen sich darüber im Klaren sein, daß die sozialdemokratische Führungsspitze im DGB diesen Burgfrieden will, daß von ihr der Rechtsruck, der mit Strauß verbunden ist, nicht gestoppt werden soll und die SPD - Führung auch in den Gewerkschaften ein Hemmschuh beim Aufbau einer Gewerkschafter - Aktion gegen Strauß sein wird.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

CGB: „Strauß ist unser Mann"

Hintergrundinformationen zum „Christlichen Gewerkschaftsbund"

Der Ausbau des „Christlichen Gewerkschaftsbund" (CGB) durch die CSU/CDU wirft die Frage auf, wer sich hinter dieser „Gewerkschaft" verbirgt. Der CGB hat lediglich 245.000 Mitglieder (gegenüber 7,5 Millionen des DGB); eine Situation, aus der er seit seiner Gründung 1955 nicht herausgekommen ist. Mittlerweile hat sich CGB - Chef Schetter, CDU - Mitglied, eindeutig für Stauß als Kanzlerkandidaten ausgesprochen: „Strauß ist unser Mann" („FR", 12.7.).

CSU - Generalsekretär Stoiber erklärte zu den christlichen Gewerkschaften:

„*Sie sind Richtungsgewerkschaften*" („Rohmaterialien zur DGB - Diskussion", „FR", 30.6.79) und sie „*bekennen sich in ihrem Grundsatzprogramm zu dem gleichen gesellschaftlichen Gedankengut wie die christlichen Parteien.*"

22 Mitglieder der CSU/CDU - Bundstagsfraktion gehören dem CGB an, nur 21 dem DGB, wie die „Deutsche Gewerkschaftszeitung" (des CGB) Ende letzten Jahres groß herausposaunte.

Von dieser Galerie seien nur drei genannt:

Erich Mende (CDU) übergelaufener Ex - FDP - Vorstitzender, Ex - Vizekanzler, Hauptverantwortlicher in Sachen IOS - Betrug, Mitglied im „Deutsch- Chilenischen Freundeskreis" (AK 54).

Heinrich Aigner (CSU) – Vizepräsident der „Paneuropa - Union Deutschland e.V." des Otto Habsburg, Europa - Parlamentarier und Kuratoriumsmitglied des klerikal - reaktionären „Brüsewitz - Zentrums" (AK 131).

Hans Wissebach (CDU) - Freiwilliger der „Leibstandarte Adolf Hitler". Seiner Tradition blieb er als Schriftleiter des „HIAG" - Organs „Der Freiwillige" und Redner auf SS - Traditionstreffen" treu. Er trat bei der „Gesellschaft für freie Publizistik" auf schrieb für „Nation Europa" und ist schließlich Funktionär im Deutschtümlerverein „ VDA".

Im letzten AK verglichen wir die CGB - Zeitschrift mit der „Bild - Zeitung". Der Chefredakteur der „Deutschen Gewerkschaftszeitung" heißt **Werner - Joachim Siegerist** und war, bevor er den CGB - Job übernommen hat – „Bild" - Redakteur in Bremen.

Als Hauptaktivist und Propagandist für den CGB tritt sein Mitglied **Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin)** auf, der u.a. in den letzten Jahren in Bremen und Heidelberg am 1. Mai zum Thema „*Stoppt die Volksfrontfunktionäre*" redete.

Aber es sind nicht nur die guten Verbindungen dieser Mitglieder in der schwarz - braunen Szene, der CGB betreibt auch selbst ganz offiziell Kumpanei mit Neofaschisten:

Im Oktober 1978 fanden Verhandlungen zwischen dem CGB und CISNAL, der Gewerkschaft der neofaschistischen Partei Italiens, MSI, statt. Das wurde bestätigt von Bruno Zoratto, Mitglied des Parteivorstandes von MSI - DN , Leiter der Auslandsorganisation CTMI und Herausgeber und Chefredakteur der Zeitung „Oltreconfine". Es wurde ein Kooperationsvertrag geschlossen, mit dem Ziel, italienische Neofaschisten zum Eintritt in den CGB zu bewegen, um die „*christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu stärken*" („Oltreconfine" startete daraufhin eine Werbekampagne). Der CGB hat als Gegenleistung zugesagt, CISNAL - Mitglieder auf Listen zu den Betriebsratswahlen zu berücksichtigen (nach: „Extra Dienst" Okt. 78).

So wäscht eine Hand die andere. Für die neofaschistischen Freunde des CGB, von „Oltreconfine" ist „*der Mann, dem man folgen sollte*" Franz Josef Strauß („FR", 22.9.78).

Da der CGB lediglich 245.000 Mitglieder besitzt, stellt sich die Frage, wer der Finanzier dieser gelben Gewerkschaft ist. Anzeichen sprechen dafür, daß direkt aus Unternehmerkreisen die Gelder fließen. So ist das Vorstandsmitglied der Frankfurter „Metallgesellschaft", **Prinz zu Sayn - Wittgenstein**, vom CGB um Spenden angegangen worden („Spiegel", 9.7.79) Ebenfalls Spender ist Erich Mende, der gute Beziehungen zur Industrie unterhält („Spiegel", 9.7.79).

Außerdem wird der CGB auch bisher schon massiv von der CDU unterstützt. CGB - Bundeskongresse können z.B. im „Konrad - Adenauer-Haus", der CDU - Parteizentrale, stattfinden.

Antifa - Kommission und Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Tarifabschluß nach Streiks im Westberliner Einzelhandel

Nach 17stündiger Verhandlung in der vierten Tarifrunde konnten die Kaufhauskapitalisten ihre Linie in der Tarifauseinandersetzung im Einzelhandel im Tarifbezirk Westberlin mit 5,3 % Lohnerhöhung weitgehend durchsetzen. Dieser Lohnabschluß liegt zwar prozentmäßig etwas „über Durchschnitt" des Jahres, bedeutet aber auf eine gelernte Verkäuferin mit acht Jahren Berufserfahrung nur eine Anhebung um 80 DM auf 1640 DM monatliches Gehalt.

Das Ziel der Kolleg(inn)en des Einzelhandels, das „Schlußlicht in der Lohnskala auszublasen", ist mit diesem Abschluß leider nicht erreicht. Dennoch dürften die Erfahrungen, die die Verkäuferinnen und Verkäufer in dieser Tarifrunde gewonnen haben, auch für die Kaufhauskapitalisten nicht so einfach zu übersehen sein. Nach zahlreichen Warnstreiks — auch in anderen Regionen — fand auch am langen Samstag (7.7.) ein weiterer Warnstreik der Kolleg(inn)en der Westberliner Kaufhäuser statt. *„Die Streikposten der Verkäuferinnen vor Quelle und Karstadt wurden von Kollegen der IG Metall, der IG Bau-Steine-Erden und türkischen Arbeitern unterstützt"* („Die Neue", 10.7.79).

Der türkische Frauenverein solidarisierte sich mit den streikenden westdeutschen Verkäuferinnen. Die türkischen Frauen kamen mit Blumen und Transparent. *„Bemerkenswert war die Beteiligung der Verkäuferinnen und Verkäufer an diesen jeweils mehrstündigen Arbeitsniederlegungen. Sie betrug in der Regel rund 50 Prozent der Beschäftigten, obwohl die teilweise ungenierte Observierung und Registrierung der „Mitarbeiter" von Seiten der Geschäftsführung der Kaufhauskonzerne manchem demonstrierenden Gewerkschafter den Zusammenhang zwischen Wahrnehmung gewerkschaftlicher Interessen und Arbeitsplatzrisiko sehr platisch vor Augen geführt haben dürfte"*, kommentierte die „FR" vom 12.7.79 anerkennend.

Für viele Frauen war es ihr erster Streik, der z.T. mit sehr großem Selbstbewußtsein geführt wurde. Dies neue Selbstbewußtsein der Kolleginnen hat einen wesentlichen Grund ausgemacht, daß die massiven Einschüchterungsversuche der Kaufhauskapitalisten sich nicht durchsetzen konnten.



„So mußten beispielsweise die Abteilungsleiter von Karstadt einen Tag zuvor unterschreiben, daß sie sich nicht am Warnstreik beteiligen würden ... Der Geschäftsführer von Quelle, Lequlerc, fuhr mit seinem PKW in die Streikpostenkette hinein. Zum Glück wurde niemand verletzt. Es kam zu Tumulten. Zwei Polizei-Einsatzwagen rückten an. Leitende Angestellte von Karstadt und Quelle pöbelten die Streikposten an. Man versuchte, streikende Verkäuferinnen ins Haus zu ziehen.

Wenige Tage zuvor hatte das Kaufhaus Quelle einseitig Notdienstarbeiten angeordnet. Die Verkäuferinnen sollten weiter eingeschüchtert werden. Die Gewerkschaft HBV erreichte durch eine Einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht Berlin-West, daß die Quelle-Direktion die einseitigen Notdienstanweisungen sofort rückgängig machen müsse" („Die Neue", 10.7.79).

Wie auch schon in Niedersachsen beantworteten über 150 Verkäuferinnen in Westberlin diese Einschüchterungen mit einem Gewerkschaftseintritt. Für die zu erwartenden Preissteigerungen wird dieser Tarifabschluß nicht reichen. Vielleicht aber können die gewonnenen Kampferfahrungen im Kampf gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen der Kolleginnen dieser Branche weiter genutzt werden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Treffen Vetter/Esser: Kniefall der DGB-Führung?

Zum erstenmal seit zwei Jahren findet wieder ein offizielles Spitzengespräch zwischen DGB-Chef Vetter und dem Arbeitgeberpräsidenten Esser statt. Nach der Einreichung der Unternehmerklage gegen die Mitbestimmung hatten die DGB-Führer vor zwei Jahren die „Konzertierte Aktion" verlassen. Bereits im März dieses Jahres, als Reaktion auf das Verfassungsgerichtsurteil zur Mitbestimmung, hatte Vetter die Bereitschaft zum Spitzengespräch signalisiert. Von Unternehmerseite war dies ausdrücklich begrüßt worden. Das jetzige Gespräch in der zweiten Juli-Hälfte wird als möglicher Neubeginn der „Konzertierten Aktion" betrachtet.

Allerdings haben die Unternehmer deutlich erklärt, daß dieses Treffen für sie nicht dazu dient, über gewerkschaftliche Forderungen zu diskutieren. Esser gab an, daß weder über Teuerungszulagen, noch über das Verbot der Aussperrung, noch über paritätische Mitbestimmung verhandelt werden soll. Stattdessen will man - „freimütig" vermutlich - über die Massenarbeitslosigkeit, Rationalisierung sowie die Einführung neuer Technologien und die Folgen beraten. Was also soll dieses Gespräch? Außer, daß es dokumentiert, daß westdeutsche Gewerkschaftsführer nach wie vor partnerschaftlich mit westdeutschen Unternehmer-Führern verhandeln, hat es wohl kaum Bedeutung.

Teuerungszulagen ? „Wir sind vertragstreu" !

Gegenüber den zunehmend in Betrieben und Gewerkschaften aufgestellten Forderungen nach Teuerungszulagen verhalten sich die DGB-Gewerkschaften eindeutig ablehnend. Eugen Loderer, Chef der größten Gewerkschaft, wiederholte seine Ablehnung der Forderungen: **„Auch wenn die Preissteigerungsraten vier und mehr Prozent erreichen, die IG-Metall... bleibe vertragstreu"** („Hamburger Abendblatt", 9.7.). Zwei Tage später erhöhten die Öl-Multis mal wieder die Benzinpreise um 4 - 5 Pfennig. Daraufhin „handelte Vetter": er schrieb einen Brief an Kanzler Schmidt, in dem er seine *„Sorgen über einseitige soziale Belastungen durch Preissteigerungen"* („FAZ", 19.7.) ausdrückte. Eine Antwort möchte Vetter abwarten, bevor sich der DGB zu den Forderungen nach Teuerungszulagen äußert. Auf dem Unternehmergespräch ist Vetter bereit, dieses Thema auszuklammern. So viel ist sicher: in den Betrieben muß tatsächlich echter Druck gemacht werden, bevor sich in den Gewerkschaftszentralen etwas regt.

Neue Forderungen nach Teuerungszulagen

Einen ersten Erfolg haben die Kollegen der Bremer Zeitungsbetriebe „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten" erzielt (im Juni hatten sie dafür gestreikt): Sie erreichten eine Erhöhung ihrer außertariflichen Zulagen zwischen 25 und 5 DM pro Person in der Woche. In den Betrieben geht mittlerweile die Diskussion weiter (siehe auch AK 157). Die Vertrauensleute von Thyssen in **Duisburg-Hamborn** haben den IG Metall-Vorstand zu einer „vorzeitigen Entfristung" des Tarifvertrags aufgefordert, um gegen die „rücksichtslose Preispolitik" der Unternehmer „einen finanziellen Nachschlag in Höhe der Teuerungsrate zu erreichen". Konkrete Forderungen wurden in folgenden Betrieben aufgestellt:

- **Druckhaus Tempelhof, Westberlin:**
50 Pfennig mehr pro Stunde
- **Thyssen Hüller, Ludwigsburg:**
Der Betriebsrat fordert mit Unterstützung der Betriebsversammlung 1.000 DM mehr.
- **Werft Pohl und Jossiak, Hamburg:**
der Vertrauenskörper fordert 50 Pfennig mehr pro Stunde
- **Kolbenschmidt, Hamburg:**
Die VK-Leitung fordert von der bezirklichen Tarifkommission die Aufnahme von Verhandlungen für einen Nachschlag von DM 300 für das erste Halbjahr '79.
- **Nationalrejektor (NRI), Buxtehude:**
die VK-Leitung fordert 50 Pfennig mehr pro Stunde,
- **Ortmann & Herbst, Hamburg:**
der Vertrauensleutekörper fordert 80 Pfennig mehr für alle.

Teuerungszulagen fordern die Vertrauenskörper:
- VW Salzgitter
- Hoesch-Werk-Phönix, Dortmund
- Krupp-Hüttenwerke, Bochum
- Opel, Bochum
- und der Betriebsrat der BASF.

Die Stuttgarter Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier solidarisierte sich in einem Schreiben mit dem Kampf der Bremer Druckarbeiter:

„Wir, die Kollegen der Drupa Stuttgart, unterstützen euch im Kampf für eine Erhöhung der übertariflichen Zulage. Der abgeschlossene Tarifvertrag von nur 4,5% bedeutet einen Reallohnverlust gegenüber den enormen Preissteigerungen der Lebenshaltungskosten. Deshalb ist es notwendig, eine Anhebung der übertariflichen Zulage zu fordern. **Euer Weg, diese Forderung im Streik durchzusetzen, ist für uns ein Beispiel".**

Tarifvertragskündigung der IG Metall: Keine Teuerungszulage – Augenwischerei!

Am 18.7. hat die Große Tarifkommission der badenwürttembergischen IG Metall nach einer Sondersitzung beschlossen, den Tarifvertrag über betriebliche Sonderzahlungen zu kündigen. Dieser Tarifvertrag regelt das Weihnachtsgeld, betriebliche Gratifikationen, Jahresprämien.

In der Presse – gezielt gefördert von der Führung der IG Metall – wird diese Kündigung in großen Schlagzeilen als Forderung nach Lohnnachschlag ausgegeben. Vor dem Hintergrund zunehmender Forderungen nach Teuerungszulagen in den Betrieben ist dies tatsächlich das Motiv vieler IGM- Mitglieder für die Vertragskündigung gewesen. Auf der Tarifkommissionssitzung wurde von betrieblichen Vertretern 1000 DM Zulage gefordert, um die gestiegenen Preise auszugleichen.

Allerdings spricht alles dafür, daß es sich um ein Manöver des IGM-Vorstands handelt, der bis noch vor wenigen Tagen durch seinen Vorsitzenden Loderer vehement jede Teuerungszulagenforderung zurückwies. Auffällig ist auch die Reaktion der Unternehmer, die durch ihren Verband Gesamtmetall erklären ließen, bei der Kündigung handele es sich um einen *„ganz normalen Vorgang"* (FAZ, 20.7.). **In der Tat: Der gekündigte Tarifvertrag ist bereits seit dem 31. Dezember 1978 mit Einmonatsfrist kündbar. Die badenwürttembergische Tarifkommission hat nun Verhandlungen zum 31. August beantragt, d.h. – es wird nicht vor September verhandelt, wie üblich werden sich diese wieder hinziehen, so daß ein möglicher Abschluß bereits in die Vorbereitung der regulären Lohntarifrunde 1980 reinragt und dort mit Sicherheit als Argument herhalten muß, die Lohnforderungen zu senken. Das Geld schließlich wird voraussichtlich erst mit dem Weihnachtsgeld am Jahresende ausgezahlt werden!**

Das ist nicht die in den Betrieben geforderte Teuerungszulage – das ist reine Augenwischerei, oder wie IGM-Tarifexperte Hans Janssen zu formulieren beliebte: ein *„Warnschuß vor die Preisgestaltung der Unternehmer"* (Süddeutsche Zeitung, 20.7.). Ein solcher „Warnschuß" macht allerdings die heute immer dünner werdenden Portemonnaies auch nicht voller.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Bremer Verfassungsschutz schnüffelt in Betrieben!

Seit mindestens 10 Jahren sammelt das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz die Daten von Betriebskandidaten aus Bremer Betrieben! Dies deckte jetzt der STERN in seiner neuesten Ausgabe Nr. 30 vom 19.7.79 auf.

„Unter dem Vorwand Kampf gegen Linksextremismus werden ... alle Kandidaten der Wahlen überprüft, auch wenn sie etwa der CDU nahestehen. Kontaktmann zu den Sicherheitsbeauftragten und Personalchefs der großen Firmen ist Oberinspektor Steel. Er sammelt die Listen mit allen Kandidatennamen ein, wenn auf der Kruppwerft AG Weser, bei Siemens, bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken, bei der Vulkan-Werft, bei Radio Bremen, der Bremer Straßenbahn oder Tageszeitung „Weser-Kurier" der Betriebsrat gewählt wird. Die Namen werden dann zur Abteilung 5 „Registratur und Datenverarbeitung" gegeben. Hier steht ein Eingabegerät des Verfassungsschutz-Computers „Nadis". Hier sitzen Abteilungsleiter Hans Lohmann und sein Vertreter Rudi Stelljes – genannt „SS-Rudi", weil er früher bei der SS-Elite-Einheit „Leibstandarte Adolf Hitler" Dienst tat. Über jede Betriebsratswahl wird eine „S-Akte" (Sachakte) angelegt. Taucht der Name eines Kandidaten zum zweitenmal auf, so wird für diesen eine „P-Akte" (Personen-Akte) angelegt. Hier landen dann auch die Informationen, die dem Verfassungsschutz über V-Leute zugetragen werden. Liegen dem Amt über die Betriebsratskandidaten schon Erkenntnisse vor, so werden die Firmenleitungen darüber von Oberinspektor Steel vertraulich informiert" (Stern Nr. 30).

Darüberhinaus sollen in den Akten und im Computer des Bremer VS zahlreiche Daten von Personen gespeichert sein, die früher einer Straftat verdächtigt wurden, deren Unschuld sich aber inzwischen erwiesen hat. Fernschreiben des BKA mit Personendaten, die vernichtet werden sollten, würden vorher auf Mikrofilmen festgehalten und aufbewahrt. Ferner wurde vom STERN behauptet, daß der Bremer VS in Zusammenarbeit mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) Fotos von Maidemonstrationen auswerte, um festzustellen, ob Soldaten daran teilgenommen haben.

Der Bremer Innensenator Fröhlich (SPD) beeilte sich denn auch auf der überstürzt einberufenen Pressekonferenz am Mittwoch (einen Tag vor Erscheinen des STERN) die Behauptungen des STERN als unwahr hinzustellen und dabei auf die gesetzliche Pflicht des Landesamtes für Verfassungsschutz, „verfassungsfeindliche Organisationen" zu beobachten, hinzuweisen. *„Das gelte auch für ihr ‚Hineinwirken in demokratische Organisationen'. Aufgrund des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern würden dem Bundesamt für Verfassungsschutz aber nur diejenigen Mitglieder von Betriebsräten mitgeteilt, die verfassungsfeindlichen Organisationen – etwa kommunistischen oder rechtsextremistischen Gruppen – angehören."* Fröhlich weiter: **„Diese Meldungen dienen nicht dazu, gegen das gemeldete Mitglied des Betriebsrates Ermittlungen zu führen oder Auskunft zu erteilen, sondern allein dem statistischen Überblick über den Grad des extremistischen Einflusses auf lebens- und verteidigungwichtige Betriebe'. Dieses Verfahren sei bundeseinheitlich"** (Bremer Nachrichte, 19. 7.79).

Interessant ist, daß der Herr SPD-Innensenator bereits auf der Pressekonferenz am Mittwochmorgen genau wußte, daß alles, was der Bremer VS macht „legal" ist, obwohl die Vorwürfe erst Dienstagabend bekannt wurden. Er befand sich zu dieser Zeit noch im Urlaub im Bayrischen Wald. Dieses bedenkenlose Decken des VS steht erstmal im Widerspruch zu den zu eilig vorgetragenen Beteuerungen der Vertreter von CDU, SPD, FDP in der Bremer Bürgerschaft, die die Untersuchung und Aufklärung der Hintergründe des STERN-Artikels forderten. Dies muß man/frau wohl auch vor dem Hintergrund des Wahlkampfes in Bremen werten. Und selbst wenn alles angeblich so „legal" ist, was der Verfassungsschutz macht, warum wittert dann der Herr Senator „Geheimnisverrat" und läßt per einstweiliger Verfügung die Auslieferung des STERN verbieten? Es ist doch mehr als offensichtlich, daß damit die Praktiken des VS verschleiert werden sollen.

Die SPD- Regierung hält sich jedoch zurück und die verantwortlichen SPD- Mitglieder in der Bremer Bürgerschaft, der Innensenator Fröhlich und auch Bürgermeister Koschnik, übrigens laut STERN ein guter Freund des Amtschefs des VS, Peter Galle, (früher NSDAP, jetzt SPD), sind bemüht, die Vorwürfe als „Fehlinformationen" abzutun.



Herausgabe aller Akten! – Fröhlich muß gehen!

Mehr als lauwarm ist die Reaktion der Gewerkschaftsführer bisher auf die Tatsache, daß Gewerkschaftsmitglieder beschnüffelt und registriert werden. Bremens DGB-Chef Erwin Schmidt, SPD- Bürgerschaftsabgeordneter, ließ einige parlamentarische Phrasen vom Stapel: *„Es schadet unserer Demokratie, wenn jetzt schon Arbeitnehmervertreter Sorge haben müssen, daß sie sich für ein Engagement, das sie der Gesellschaft erbringen, der Speicherung ihrer Daten unterwerfen müssen, die dann für irgendwelche Zwekke mißbraucht werden können"* (Neue, 20.7.).

Die Verfilzung zwischen dem Bremer Landesamt für Verfassungsschutz, das nicht zum erstenmal wegen seiner Praktiken aufgefallen ist, und der regierenden SPD ist offensichtlich. Der Schnüffelstaat macht auch vor den Betrieben nicht halt. Bremen ist nach Hamburg (HSW- Skandal), ebenfalls SPD- regiert – ein weiteres Bundesland, in dem die Zusammenarbeit Unternehmer/ Verfassungsschutz mit Billigung der Landesregierung bekannt geworden ist. Dies werden sich die Gewerkschafter nicht bieten lassen. Sämtliche Akten des Verfassungsschutz müssen rausgerückt und vernichtet werden. Senator Fröhlich, der diese Praktiken deckt, muß seinen Hut nehmen, die SPD ist zu einer eindeutigen Stellungnahme aufgefordert!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Leserbrief und Kritik: Mit dem Mutterschaftsurlaub zurück an Heim und Herd?

Liebe Genoss(inn)en der Kommission Betrieb & Gewerkschaft!

Über den Artikel im AK 154 habe ich mich ein wenig geärgert. M.E. habt Ihr nicht ganz sauber recherchiert. Mir sind auf Anhieb 3 sachliche Fehler aufgefallen, die ich richtigstellen möchte. Mit der Tendenz des Artikels bin ich auch nicht ganz einverstanden — aber dazu später.

Ihr schreibt: *„Nach dem Mutterschaftsurlaub gibt es aber keinen besonderen Kündigungsschutz mehr, d.h. bereits unmittelbar mit Wiederaufnahme der Arbeit kann die Mutter unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfristen gefeuert werden."* Das ist schlichtweg falsch. Der § 9a des erweiterten Mutterschutzgesetzes sagt aus: *„Der Arbeitgeber darf das arbeitsverhältnis der Mutter während des Mutterschaftsurlaubs und bis zum Ablauf von 2 Monaten nach Beendigung des Mutterschaftsurlaubs nicht kündigen"* (Hervorhebungen von mir).

Weiter schreibt Ihr: *„Darüberhinaus sind sie"* (die Mütter) *„für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs nicht arbeitslosenversichert."* Das Gegenteil kann ich Euch z.Zt noch nicht anhand von Paragraphen beweisen, weil ich durch die Reichsversicherungsordnung noch nicht ganz durchgestiegen bin, aber nach „Sozialpolitische Informationen" vom 14.5.79 heißt es: *„Während des Mutterschaftsurlaubs bleibt die Mutter in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung versichert. Beiträge sind nicht zu entrichten."* So ist es Beschluß des Bundestages.

Der dritte Punkt ist Eure Bemerkung in Klammern: *„wobei bisher noch unklar geblieben ist, wie sich der Betrag errechnet..* (gemeint ist das Mutterschaftsgeld während des Mutterschaftsurlaubs). Bevor ich darauf im einzelnen eingehe, ein Tip für die Zukunft. Viele (hauptamtliche) Gewerkschaftsfunktionäre sitzen aufgrund von Sozialwahlen im Vorstand oder Beirat der örtlichen Krankenkassen. Wenn man als normaler Sterblicher nicht an Informationen herankommt, sollte man es über diese Kollegen versuchen, da sie in der Regel einen besseren Draht zu den oberen Etagen der AOK haben.

Aber nun zu der Zusammensetzung des Mutterschaftsgeldes. Das Geld errechnet sich nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 3 Monate. Genau ist dies nachzulesen in § 200 der Reichsversicherungsordnung. Dieser Paragraph ist so erweitert worden, daß er auch für den Mutterschaftsurlaub gültig ist. Wie bekannt, bekommt die Frau mindestens 3,50 DM und höchstens 25 DM pro Kalendertag gleich höchstens 750 DM im Monat. Die finanzielle Situation der Mutter während der Schutzfrist und des Urlaubs will ich an 2 Rechenbeispielen erläutern.

Der Durchschnittsverdienst ist 1140 DM im Monat. 1140 geteilt durch 30 Kalendertage ergibt 38 DM pro Kalendertag. Die Krankenkasse zahlt jedoch nur 25 DM pro Tag = 750 DM im Monat. Die Differenz von 390 DM im Monat zahlt während der Mutterschutzfrist der Arbeitgeber. Beim Mutterschaftsurlaub braucht der Arbeitgeber nicht zu zahlen. Unter dem Strich verbleiben somit 750 DM.

Bei z.B. einer Teilzeitbeschäftigten mit einem Durchschnittsverdienst von 600 DM im Monat sieht es folgendermaßen aus: 600 durch 30 Tage gleich 20 DM pro Kalendertag = wiederum 600 DM im Monat. Die Krankenkasse zahlt den vollen Betrag. Der Zuschuß vom Arbeitgeber während der Schutzfrist fällt weg, da sich Nettoverdienst und Mutterschaftsgeld decken. Während des Mutterschaftsurlaubs hätte die Frau keine finanzielle Einbuße, weil der Betrag weitergezahlt wird.

Außerdem bitte ich Euch, Eure Aussage bezüglich der Renten- und Sozialversicherung zu überprüfen. Ich ziehe mir diesen Schuh selbstverständlich auch an. Bisher habe ich noch nichts dergleichen gefunden, was aber nicht heißt, daß Eure Aussage falsch sein muß.

Wie schon eingangs erwähnt, bin ich mit der Ausrichtung des Artikels nicht ganz einverstanden. Er hört sich für mich so an, als ob dies Gesetz nur gemacht worden ist, um die Frauen an den häuslichen Herd zu schicken, es für die Frauen keine Verbesserung bedeutet und von daher logischerweise abzulehnen sei (ich weiß, daß es ganz so in dem Artikel nicht steht). Vielleicht bin ich auch schon zu „praxisblind". Ich meine schon, daß der Mutterschaftsurlaub eine kleine Verbesserung sein kann in Bezug auf Berufstätigkeit und Kinderwunsch. So weit ich das in „meinem" Betrieb verfolgen kann, ist es so, daß es die Regel ist, daß die Frauen nach der Geburt ihres ersten Kindes ausscheiden (ein Punkt ist sicherlich die Ideologie, daß das Kind in den ersten 3 Jahren die Mutter unbedingt braucht und es bis zu dem Alter kaum Möglichkeiten gibt, das Kind irgendwo unterzubringen). Erst wenn die Kinder größer sind, will die Frau wieder arbeiten. In Hochkonjunkturzeiten ist dies eben einfacher als jetzt. Mir sind nicht viele Fälle bekannt, wo die Frau weiterarbeitet, es sei denn, sie muß „mit"arbeiten aufgrund der finanziellen Situation (ich rede hier von Erna-Normalverbraucherin und nicht von Ärztinnen usw.). Wenn die Frau sowieso zu Hause bleiben will, finde ich es legitim, wenn sie die 750 DM (oder weniger) mitnimmt. Diese Frau hätte sicherlich auch gleich nach der Schutzfrist aufgehört. So hat sie noch ein paar Monate zusätzliches Geld. Außerdem könnte ich mir schon vorstellen, daß aufgrund der Erfahrung des Hausfrauendaseins, manche Frau sich entschließt weiterzuarbeiten. Wenn sie weiterarbeiten muß oder will hat sie die Möglichkeit, sich (zwar in der Regel mit finanziellen Einbußen) länger zu erholen.

Bei aller berechtigter Kritik und Bedenken bin ich schon der Auffassung, daß dieses Gesetz ein winziger Schritt zur Verbesserung der Situation der erwerbstätigen Frau ist.

Wie gesagt, sehe ich es etwas aus anderer Sicht, wobei ich nicht meine, daß verschwiegen werden soll, mit welchem Hintergrund solche Gesetze zustandekommen. Dies wird in Eurem Artikel ja gut aufgezeigt.

Eine Genossin aus Lübeck

* * *

Antwort der Kommission

Liebe Genossin!

Deiner Kritik können wir heute in weiten Teilen zustimmen, einige Dinge können wir hier noch nicht beantworten oder richtigstellen, da uns noch einige Kenntnisse fehlen. Richtig ist, daß die Mütter, die den Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen, 2 Monate mit Beginn ihrer Arbeit Kündigungsschutz haben, erst danach sind die normalen Kündigungsschutzfristen geltend. Wie Du selbst schreibtst, geht nicht aus dem Gesetzestext hervor, daß die Mütter während der 4 Monate nicht arbeitslosenversichert sind. In der neuen „Metall" heißt es dazu: *„. . . das neue Gesetz garantiert Kündigungsschutz für insgesamt 8 Monate, bietet eine beitragsfreie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung . . ."* („Metall", 13/27. Juni 79). Bislang wurde in der Presse immer nur von Renten- und Sozialversicherung gesprochen, so auch in der SPD-Zeitung „Politik" (Familienpolitik der SPD vom Januar 1979). Offen muß die Frage nach der Berechnung der Renten- und Sozialversicherung während des Mutterschaftsurlaubs von 4 Monaten bleiben. Zu Deiner Kritik an der Tendenz des Artikels: Richtig ist sicher der Aspekt, daß Frauen bzw. Mütter durch den enormen Streß während der ersten Monate nach der Geburt ihrer Kinder hier einen Vorteil mit dem Gesetz herausholen könne. Für wichtig halten wir Deinen Hinweis aus dem Betrieb, daß die Kolleginnen häufig sowieso aufhören und die Gelder „mitnehmen". Wir haben auch von anderen Genossinnen schon gehört, daß die meisten Kolleginnen das Gesetz in Anspruch nehmen wollen, bzw. froh sind, länger bei dem Kind zu hause bleiben zu können. Dies ist sicherlich bei unserer Einschätzung zu kurz gekommen, ebenso wie die gesamte Situation der berufstätigen Mütter.

Deine Kritik hat uns gerade auch deshalb erfreut, weil Du mit praktischen Erfahrungen argumentierst. Wir hoffen, daß auch andere Genossinnen uns ihre Erfahrungen mit dem neuen Mutterschaftsgesetz mitteilen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Protest gegen ISA bei Daimler-Benz

9.000 (von 14.000 betroffenen) Kollegen von Daimler-Benz/Untertürkheim haben in einer Unterschriftenliste ihren Widerstand gegen die Speicherung und Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im ISA-System erklärt: **„Hiermit untersage ich der Daimler-Benz AG die Speicherung und Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen von ISA so lange, bis in einer Vereinbarung zwischen Firmenleitung und Betriebsrat meine schutzwürdigen Belange gewahrt sind."**

Diese Unterschriften sind ein erster Erfolg gegen das „Informationssystem Arbeitseinsatz- und Arbeitsplanung" (ISA), das die Unternehmensleitung schrittweise zunächst im Werk Untertürkheim probelaufenlassen und einführen will. Unseres Wissens ist dieses das erste Mal, daß Kollegen sich in dieser Form gegen die Einführung eines Personal-Informationssystems und die Aneignung ihrer Daten wehren; auch wegen der in den nächsten Jahren zu erwartenden sukzessiven Einführung solcher Systeme in fast allen großen BRD-Unternehmen hat das Vorgehen der Kollegen Initialcharakter — die Rolle, die die Gewerkschaft, in diesem Fall die IG Metall, dabei spielt, ist besonders zu beachten.

Kernstück des ISA ist ein automatisierter Abgleich eines aus gespeicherten Daten jedes Kollegen gebildeten *„Eignungsprofils"* und eines aus den Anforderungen eines Arbeitsplatzes (Lärmbelastung, Stehvermögen, sensomotorische Merkmale, geistige Anforderungen, Forderungen an das Arbeits- und Gemeinschaftsverhalten u.a.) gebildeten *„Arbeitsplatzprofils"* zur *„optimalen Personaleinsatzplanung"*. Geschäftsleitung und der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg bezeichnen das ISA als „soziale Maßnahme" im Interesse der „leistungsgewandelten Arbeitnehmer" und als Mittel zur Humanisierung der Arbeit ... Eine Kostprobe ihrer Argumentation: *„Der Anteil der Beschäftigten, die Leistungseinschränkungen unterliegen, wird immer größer ... nicht zuletzt deswegen, weil der im Tarifbezirk Nordwürtemberg•Nordbaden geltende Lohnrahmentarifvertrag II u. a. einen Schutz für ältere Arbeitnehmer vorsieht"*. Die Suche nach *„ ... für solche Mitarbeiter geeigneten Arbeitsplätzen und die Planung solcher Arbeitsplätze ..."* aber ist *„in Großunternehmen ohne genaue Erfassung von Daten nicht möglich"*. Zur „optimalen Personaleinsatzplanung", sprich Rationalisierung, Hetze und weiteren Ausbeutung der Arbeitskraft werden pro Arbeiter 400 Daten in dem ISA-System gespeichert und verarbeitet; es handelt sich dabei sowohl um *„Daten des Arbeitsvertrages"* wie um *„gesundheitlich körperliche Daten"*, Beurteilungsdaten und *„tätigkeitsbezogene und einsatzrelevante Angaben"* wie *„Verhalten gegenüber Vorgesetzten"* und Daten zum Verhalten im Betrieb (und außerhalb).

Mit diesen zum Teil direkt vom Kollegen z. B. im Personalfragebogen oder bei der medizinischen Einstellungsuntersuchung erfragten Daten, zum Teil während des Arbeitsverhältnisses oder bei der Betriebsdatenerfassung (Leistungsdaten) entstehenden Daten und den durch die Möglichkeiten des Computers effektivierten Me-

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

thoden haben die Kapitalisten ein Instrument in der Hand, mit dem die im Betriebsverfassungsgesetz garantierten Rechte weiter ad absurdum geführt werden. So verhöhnend die o. a. „Argumentation" in sich ist, sie ist eine besondere Gemeinheit bei der gegenwärtigen Deutlichkeit der Verhältnisse bei Daimler (und anderswo): Durch die Auslagerung eines Teils der Produktion ins neue Werk Bremen sind „*umfassende Personalumstrukturierungen, die große Teile der Belegschaft betreffen, zu erwarten*".

Die IG Metall gibt sich verbal-radikal. Sie lehnt ISA „*in wesentlichen Teilen (als) sehr bedrohliche Angelegenheit*" ab, weil zu erwarten ist, daß das System in erheblichem Maße in „*die Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer eingreift; vom ISA-System werden*

- *das Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers (nach dem Bundesdatenschutzgesetz, dem Grundgesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz)*
- *die Mitbestimmungs-, Beratungs- und Informationsrechte des Betriebsrates und*
- *Rechte aus dem Tarifvertrag tangiert*".

Bisher ist nur zu sehen, daß sie sich tatsächlich mit der Forderung nach einem Kontrollsystem begnügt. Die Kollegen wollen mehr. Die IGM-Führung unterstützt zwar — mehr gezogen als aus Überzeugung — die Kampagne (bzw. hat alle Hilfen zugesagt); inhaltlich hat sie sich auf den Ausbau eines Kontrollsystems zurückgezogen, das „*den Mißbrauch von ISA verhindert*". Das soll in Form einer Betriebsvereinbarung geschehen. Die Mobilisierung hat neben dem generellen Unbehagen der Kollegen gegen die immer unkontrollierbarer werdende Speicherung und Verarbeitung ihrer Daten und dem unmittelbaren konkreten Erleben der Folgen eines so perfekten Personaleinsatzplanungsinstruments (Produktionsverlagerung nach Bremen) zusätzlich Zunder bekommen durch das übel-dreiste, an den Betriebsrat gerichtete „Angebot" des Personaldirektors Gentz, doch „*die Programmierarbeit am Bildschirm mit ein oder zwei Leuten zu beobachten*".

Bei Daimler ist die Situation inzwischen so, daß neben der Hoss-Mühleisen-Fraktion im Betriebsrat auch die IGM-Mehrheit zunächst einmal erreichen wollen, daß überhaupt umfassend überprüft werden kann, was da geplant ist — die Kollegen behalten sich weitere Schritte vor ...

Die Forderung nach Mitwirkung bei der Konzipierung des Systems ist eine Grundlage im Kampf gegen das ISA-Systems — Ziel ist sie nicht. Die Unterschriftenliste zeigt den Rückhalt auf dem Weg, das ISA vom Tisch, sprich aus dem Computer, zu bekommen. Viel Unterstützung von der IGM-Führung werden die Kollegen dabei nicht zu erwarten haben ... und auch ein sonst so engagierter Datenschützer wie Simities, Professor und Datenschutzbeauftragter in Hessen, soll die Vorgänge bei Daimler und den Widerstand der Kollegen als interessant, aber rechtlich nicht bedeutend einschätzen. Auf die Reaktionen anderer engagierter Datenschützer und -vereinigungen darf man/frau gespannt sein (wir werden im nächsten AK darüber berichten).

AG Daten

VW auf Expansionskurs — und ein Gewerkschaftsführer als Boß

Im Internationalen Congreß-Zentrum in Westberlin fand am 4. Juli die VW-Hauptversammlung statt. VW-Chef Schmücker gab Superprofite und Ausweitung des Expansionskurses bekannt. Und mit dem IG Metall-Vorsitzenden Loderer leitete zum ersten Mal ein Gewerkschaftsführer diese Aktionärskonferenz.

Nach der vom Vorstandsvorsitzenden Schmücker vorgestellten Erfolgsbilanz stieg der Umsatz des VW-Konzerns im Geschäftsjahr 1978 um 10,6 Prozent auf 26,7, Milliarden DM an. Fast 2,4 Mill. Autos liefen in allen VW-Werken vom Band — täglich 10 000. Die Belegschaftzahl erhöhte sich auf 207.000. Wobei 4000 Neueinstellungen in der Bundesrepublik 16.000 in den ausländischen Werken gegenüberstehen.

Mit 576 Millionen Mark Gewinn erreichte der Konzern ein Jahresergebnis,das 36,9, Prozent über dem des Vorjahres lag.

Schmücker berichtete weiter, daß die „*bemerkenswerte Dynamik des Auto-Booms für VW weiter anhalte*" („HB", 5.7.79).

Danach dürfte 1979 ein neues Rekordjahr werden. Das erste Halbjahr 1979 brachte bereits einen Produktionsanstieg um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Vor allem in den USA ist die Nachfrage nach Kleinwagen boomartig gestiegen. Bis Ende Juni erreichte das US-Werk einen Absatzzuwachs von 42 Prozent (auf rund 193.000 Fahrzeuge).

Bereits im ersten Quartal des laufenden Jahres erwirtschaftete der Konzern einen Überschuß von 175 (Vorjahr 164) Mill.DM.

Vor dem Hintergrund dieser Erfolgsbilanz beschloß der Aufsichtsrat eine erhebliche Steigerung des Expansionskurses. Zusätzlich zu den laufenden Investitionen von 3,2 Mrd DM wurde ein Investitionsprogramm für den Zeitraum 1979 bis 1981 mit dem Volumen von 5,7, Mrd. Mark genehmigt.

Investitionsschwerpunkte werden nach Schmücker die VW-Werke in den USA, Mexiko und Brasilien sein. Beschlossen wurde, die Kapazität der VW-Fabrik in Westmoreland von derzeit 700 Fahrzeugen auf täglich 1040 zu vergrößern. Der Aufbau einer Motorenfabrik in Mexiko in der Größenordnung von 1600 Stück pro Tag sei vorgesehen, und die Beteiligung an Chrysler do Brasil, die in mehreren Stufen erfolgen soll. Über die Einrichtung eines zweiten VW-Werkes in den USA machte Schmücker keine konkreten Angaben.

Als Grund für die steigenden Auslandsinvestitionen nannte Schmücker die sich „verschlechternden Bedingungen in der Bundesrepublik". Hiermit meinte er insbesondere die Lohnkosten. Zwar bescheinigte er den IG Metall-Führern „Augenmaß und Verantwortungsbewußtsein", was jedoch nichts daran änderte, daß die Lohnkosten zu hoch seien.

Die auf einer Konferenz des Inter- nichts daran änderte, daß die Lohnkosten zu hoch seien.

Die auf einer Konferenz des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes erhobenen Vorwürfe, daß westdeutsche Unternehmen in Brasilien zu denen gehören, die gewerkschaftliche Grundrechte verweigern und den Aufbau von gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern rigoros behindern, tat Schmücker mit der Bemerkung „kalter Kaffee" ab. Im gleichen Atemzug bestätigte er jedoch die Vorwürfe, indem er einräumte „*daß sich VW an die geltende Rechtsordnung in Brasilien und Südafrika halten müsse*" („Die Neue", 6.7.79).

„Eugen Loderer war sanft und cool wie ein Softeis" („Spiegel", 9.7.79)

Anstelle des erkrankten Aufsichtsratsvorsitzenden Birnbaum war der IGM-Vorsitzende Loderer zu Versammlungsleiter bestimmt worden. Schien es anfänglich so, zumindest für die Freunde der Mitbestimmung, als ob die „Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat" einen bedeutenden Sieg errungen hatten, wurden auch sie schnell eines Besseren belehrt.

Der IGM-Vorsitzende dirigierte die Aktionärskonferenz so, daß sich sogar die hartgesottensten Mitbestimmungsfans mit Schrecken und Abscheu abwandten. Das DKP-Organ „UZ" beispielsweise klammerte dieses „Ereignis" in der Berichterstattung völlig aus. „*So dankte er immerzu: für jede Wortmeldung, für alles überhaupt Gesagte, Unsinn inklusive. Und wo es gegen ihn und die IG Metall ging, da dankte er besonders warm*" („Spiegel", 9.7.79).

Mehrfach wurden seine früheren Äußerungen kritisiert, die Aussperrung durch die Unternehmer bedeute Ausplünderung der Gewerkschaftskassen. Loderer wurde aufgefordert, die Forderung nach Verbot der Aussperrung und Einführung der 35-Stunden-Woche zurückzunehmen. Ein Aktionär rief sogar nach einem Gesetz, das Streiks verbietet. Mehrfach wandten sich Aktionäre gegen Loderers Vorsitz: „*Typisch die Haßtirade von Frau Schröer-Osten: Es ist unglaublich, Herr Loderer erhält unser Geld und bestreikt gleichzeitig VW*" („Die Neue", 6.7.79). Zu all diesen Angriffen und Vorwürfen aber schwieg der Versammlungsleiter Loderer eisern.

Genauso schweigend verhielt er sich zu den Vorwürfen gegen die Politik des VW-Managements in Südafrika, Brasilien und Mexiko.

Als eine Kleinaktionärin schwor, sie möchte, falls VW sich „*die Hände in Südafrika und Brasilien so schmutzig*" gemacht hat, „*nicht mehr Aktionärin*" sein, nickte der Vorsitzende Loderer und sagte Dank „*für das Engagement, hier zu reden*" („Spiegel", 9.7.79).

Aber trotz aller „Neutralität und Enthaltsamkeit" des Versammlungsleiters, die vollständige Anerkennung blieb ihm versagt. Während allen anderen Aufsichtsräten mit der Mehrheit von 99,98 Prozent des Kapitals das Vertrauen ausgesprochen wurde, erhielt er weniger: 99,97%

heit von 99,98 Prozent des Kapitals das Vertrauen ausgesprochen wurde, erhielt er weniger: 99,97%

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Hauenschild verlor Prozeß gegen „Frankfurter Rundschau"

Nachdem die „Frankfurter Rundschau" (FR) im Februar 79 einen vor den Mitgliedern der IG Chemie geheimgehaltenen Plan einer wichtigen Satzungsänderung breit veröffentlicht hatte, sann die IG Chemie-Führung neben einer Diffamierungskampagne gegen die FR und andere Presseorgane, die davon berichteten, auch auf eine juristische Attacke. Sie strengte einen Prozeß gegen die FR an, den sie jetzt vor dem Frankfurter Landgericht verlor. Allem Anschein nach will die IG Chemie-Führung nicht in die nächste Instanz gehen.

Die FR berichtete am 20.2. erstmals davon, daß klammheimlich über den Beirat (höchstes beschlußfassendes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) eine Satzungsänderung durchgezogen werden soll, die es zukünftig freistellt, Vertrauensleute wählen oder sie von der Verwaltungsstelle berufen zu lassen. Also eine einschneidende Maßnahme gegen die Wahl durch die Mitglieder. In den folgenden Wochen berichtete die FR ebenfalls sehr ausführlich um den darum in der Gewerkschaft entstandenen Konflikt. Führungsmitglieder der IG Chemie versuchten mit allen Mitteln, die „Informanten" ausfindig zu machen und weitere Enthüllungen zu unterbinden. Hierbei wurde der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hann. Münden, F. Patschkowski fristlos gekündigt, die Verwaltungsstelle Nienburg/Weser durchsucht und Schriftproben von den dort stehenden Schreibmaschinen genommen und dem Mitglied des IG Chemie-Hauptvorstandes, K. Plumeyer, wurde es untersagt, einen Leserbrief in der hauseigenen „Gewerkschaftspost" zu schreiben, der sich kritisch mit der Satzungsänderung befaßte.

Nachdem die IG Chemie-Führung der FR trotz „Gegendarstellung" und Diffamierung nicht nachweisen konnte, daß diese nicht den Tatsachen gemäß berichtet hätte, beschloß der Hauptvorstand am 19.4. eine Klage gegen die FR einzureichen. Diese stützte sich im wesentlichen auf einen einzigen Punkt. Die FR sollte für die Bemerkung zur Rechenschaft gezogen werden, in der sie die IG Chemie-Führung des „*Kaderprinzips kommunistischer Parteien mit ... Durchgriffsmöglichkeiten von oben nach unten*" bezichtigte (FR vom 20.2.79).

Die IG Chemie-Führung befand diesen Vergleich als „*erheblich ehrverletzend*". Nicht nur, daß sie damit als „*totalitäre Gruppe*" dargestellt werde, sondern es den Anschein erwecken könnte, daß sie „*auch im übrigen das Gesellschaftssystem der BRD ablehne*".

Die IG Chemie-Führung verlor am 11.7. diesen Prozeß. „Kaderprinzip" sei ein „Werturteil" und durch das Grundgesetz (Artikel zur Meinungs- und Pressefreiheit) gedeckt.

Vorsitzender Hauenschild äußerte sich nach dem Prozeß zum Urteil erkennbar so, daß die IG Chemie-Führung wohl nicht in die Berufung gehen werde. Allerdings, „*in der damaligen Situation konnten wir, glaube ich, nicht anders, als uns auch juristisch zur Wehr zu setzen*".

Auch in der „damaligen Situation" ging es nicht darum, eine Äußerung, in der man sich „zu Unrecht angegriffen sah", zurückzuweisen, sondern man meinte wohl, daß man der FR zum Schluß noch mal einen juristischen Schuß vor den Bug verpassen könnte. Denn ohne Zweifel hatte die FR einen Anteil daran, daß sich die Proteste in der IG Chemie reichlich ausgeweitet haben.

Die „inkriminierte Äußerung" der FR tat diese nämlich am 20.2.79, danach folgte wochenlang eine Berichterstattung, und erst am 19.4.79 reichte die IG Chemie ihre Klageschrift ein.

Der 19.4.79 ist übrigens genau auch das Datum, an dem man in der FR lesen konnte, daß der gekündigte Kollege Patschkowski wieder in den Dienst der IG Chemie aufgenommen wird — ein Erfolg der großen Protestwelle und Solidarisierung mit diesem Kollegen — wovon sich die IG Chemie-Führung allerdings jetzt auch ein Abschwächen des Protestes und ein Verschwinden aus den Schlagzeilen versprach.

Zum weiteren juristischen Vorgehen gegen die FR äußerte sich Hauenschild noch: „*Und ich bin immer der Meinung, wenn über irgendetwas Gras gewachsen ist, dann sollte nicht irgend'n Kamel kommen und sollte das wieder abwachsen, zumal es hier eigentlich weder beim Vorstand in Hannover noch bei den Beteiligten im Lande Interesse daran geben kann, die ganze Chose noch einmal wieder aufzuwäremn*" („FR", 14.7.79).

Wir hoffen, es gibt in der IG Chemie viele, viele dieser „Kamele" mit Erinnerungsvermögen. Spätestens zum nächsten Gewerkschaftstag!

Chemiekommission

Kurzmeldungen



Die Rheinkabel-Kollegen blockieren am 13.7. eine Straßenkreuzung

Demonstration bei Bosch-Siemens

800 Kollegen demonstrierten gegen den Abbau von Arbeitsplätzen bei der Bosch-Siemens-Haushaltsgeräte GmbH in Gingen/Brenz (Kreis Heidenheim). Nachdem bereits in den vergangenen vier Jahren die Belegschaft um 1.650 auf 3.450 reduziert worden war, sollen jetzt in den kommenden 18 Monaten weitere 300 Kollegen auf die Straße gesetzt werden.

Erneuter Streik bei Rheinkabel

Als die Rheinkabel-Geschäftsleitung (SEL-Konzern) in Köln die endgültige Schließung des Werks bekanntgab, legten die 300 Beschäftigten der Frühschicht spontan die Arbeit nieder. Wiederum zogen sie vors Werkstor (siehe auch im AK 157) und blockierten mit einem Sitzstreik die Straßenkreuzung. Für die 700 Beschäftigten liegt jetzt ein Sozialplan von insgesamt 15,3 Millionen DM vor, der für die Kollegen nach Alter, Lohnhöhe und Betriebszugehörigkeit gestaffelt Abfindungen vorsieht. Besonders „sozial" geben sich die Unternehmer mit dem Angebot, daß 240 Beschäftigte nach Westberlin und Stuttgart umsiedeln können, um in den dortigen Rheinkabel-Werken zu arbeiten.

KB/Freiburg

Fristlose Kündigung eines Vertrauensmannes bei VFW-Bremen

Am 13.7. hat die Werkleitung von VFW einen aktiven Vertrauensmann fristlos entlassen. Die IGM hat Rechtsschutz gewährt und eine Kündigungsschutzklage erhoben. Zahlreich gingen Solidaritätsbekundungen von Vertrauenskörpern Bremer Betriebe ein.

Der gefeuerte Kollege ist Vertrauensmann in der Elektro-Werkstatt. Die Kolleginnen und Kollegen dieser Abteilung und die der Rohrbiegerei hatten am 9.7. vom Betriebsrat erfahren, „*daß die beiden Werkstätten, davon die Rohrbiegerei schon ab 23.7.79, zu Beginn des Betriebsurlaubes nach Lemwerder verlegt werden, ohne daß eine für die Arbeitnehmer verständliche Konzeption und eine klare Aussage über die betroffenen Arbeitsplätze im Werk Bremen vorlag. Aus dieser Situation heraus entstand eine spontane Gesprächsrunde, aus der heraus gefordert wurde, daß die Werkleitung zu den Vorgängen Stellung nehmen möge*" (Vertrauenskörperleitung VWF). Die Werkleitung war hierzu nicht bereit und provozierte dadurch zu einer Arbeitsniederlegung von 40 Kollegen, darunter der Vertrauensmann. Daraus leitet die Werkleitung nun den Kündigungsgrund „*Beharrliche Arbeitsverweigerung und Aufwiegelei*" ab.

Hintergrund der fristlosen Kündigung ist die Absicht von VFW, die bevorstehende Fusion mit MBB möglichst reibungslos, ohne die Interessen der Kollegen zu berücksichtigen, über die Bühne zu ziehen. Der Werkleitung ist da eine Belegschaft, die erst im Mai mit einem Streik bessere Arbeitsbedingungen erkämpfte, ein Dorn im Auge. Sie versucht nun, die Arbeit des Vertrauenskörpers zu unterbinden. Laut der SPD-Betriebsgruppe greift VFW neben der Entlassung des Vertrauensmannes zu weiteren Maßnahmen:

„- *Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen durch die Werkleitung bei ‚spontanen Arbeitsniederlegungen';*
- *Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Betätigung mit Androhung disziplinierender Maßnahmen (geschehen in einer Hauptabteilung des E-Bereichs);*
- *Druck auf den Betriebsrat, die Vorgänge nicht an die Öffentlichkeit zu bringen unter der Prämisse, das könne uns allen schaden;*
- *Versuch der Werkleitung, den Betriebsrat an seiner Informationspflicht den Arbeitnehmern gegenüber zu hindern.*"

Ein Bremer Genosse

Blockade gegen die Förde-Reederei: Kapitän und Steuermann gingen baden

Die dänischen Seeleute, die die Fähre Röm/Sylt boykottieren, weil sie mit dem neuen Besitzer, der Förde-Reederei, keine Einzelverträge abschliessen wollen (s. AK 156), haben ihre Aktionen ausgeweitet: am 22.Juni führten sie in mehreren Orten auf der dänischen Seite der Flensburger Förde Demonstrationen durch, an denen sich über 500 Menschen beteiligten. Am darauf folgenden Sonntag gelang den dänischen Gewerkschaftern ein Piratenstück. Sie besetzten auf der Insel Äro ein Fördeschiff und hißten statt der bundesdeutschen eine Totenkopfflagge. Kurze Zeit später wurden sie von dänischer Polizei und Besatzungsmitgliedern wieder von Bord gedrängt.

Am 8. Juli ließen sich die Matrosen etwas einfallen, was in der dänischen und schleswig-holsteinischen Presse hohe Wellen schlug: gegen Morgen besetzten sie die Autofähre „Vikingland", hißten eine Piratenflagge, holten Kapitän und Steuermann aus den Kojen und ließen sie „über die Planke gehen", was nach alter Seeräubermanier soviel heißt, wie ein unfreiwilliges Bad nehmen.

In die kriminelle Ecke gedrängt

Vier Gewerkschafter wurden festgenommen und für einen Tag in Einzelhaft gesteckt. Sie erhielten Anzeigen wegen *„mutwillig herbeigeführter Gefahr für Leben und Gesundheit anderer"* („Schleswiger Nachrichten" vom 10.7.79). Die örtliche dänische Polizei, durch eine mobile Einsatztruppe der Reichspolizei verstärkt, nahm – als handele es sich um eine Terroristenfahndung nach westdeutschem Vorbild – in Wohnungen mehrerer Pressefotografen Hausdurchsuchungen vor und beschlagnahmte Filme, angeblich um die Rädelsführer zu identifizieren. Um das Bild abzurunden, ging dann noch eine Bombendrohung auf der „Vikingland" ein, die sich alsbald als falsch erwies. Weil bei dieser Aktion die Landungsbrükke beschädigt wurde, fordert der dänische Agent der Förde-Reederei Schadensersatz in Höhe von 10-12000 DM. Ein fahrbares Gitter soll aufgestellt werden, das als Hafenabsperrung dienen soll – vergleichbar den Zugbrücken auf mittelalterlichen Burgen. Überhaupt fordert der Geschäftsführer der Förde-Reederei, Nissen, der die dänische Regierung wegen *„ihrer vornehmen Zurückhaltung"* kritisiert, die Entfernung der Blockadeposten „unter Wahrung rechtsstaatlicher Mittel". Wahrlich – in der BRD bräuchte ein Unternehmer die Regierung dazu wohl kaum öffentlich aufzufordern!

Hetze gegen die Seeleutegewerkschaft – und die DGB-Führer ziehen mit

Während der Vorsitzende der dänischen Seeleutegewerkschaft Preben Möller Hansen meinte, *„man solle so ein kleines Bad doch nicht überbewerten"*, hieß es in dänischen Zeitungen, *„diese Aktion sei ‚völlig undänisch' und verschärfe nur unnötig den Konflikt"* („Schleswiger Nachrichten" vom 10.7.79).

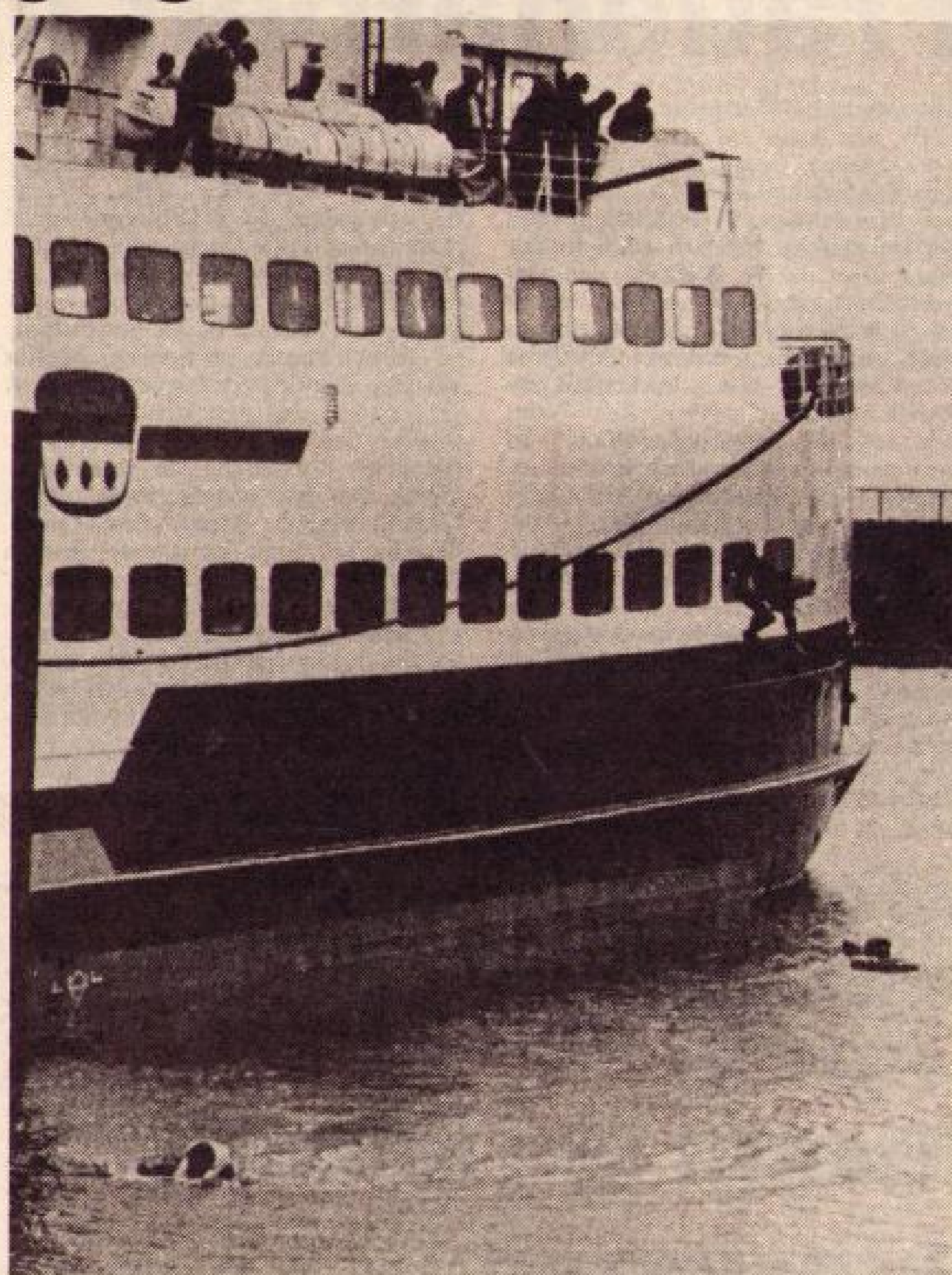
In einer Sondersitzung des dänischen Folketings (Parlament) forderte ein Abgeordneter der rechten „Fortschrittspartei", endlich *„auf Röm wieder gesetzliche Zustände herzustellen"* („Husumer Nachrichten" vom 27.6.79). Von Kommunisten, Unruhestiftern und Schülern der „Roten Hochschule" war da die Rede.

Mittlerweile hat ein Gespräch dänischer Gewerkschafter mit dem Kreisverband des DGB stattgefunden. Allerdings nicht mit der betroffenen Seeleutegewerkschaft – die ist nämlich wegen „kommunistischer Unterwanderung" unter dem Vorwand von rückständigen Beiträgen schon vor Jahren aus dem dänischen Gewerkschaftsbund ausgeschlossen worden, – sondern mit einer Delegation des dänischen Gewerkschaftsbundes. Hier wurde zwar die Förde-Reederei verurteilt und allgemein von Unterstützung gesprochen. Andererseits wurden die Späße der dänischen Matrosen genau wie in der Presse zu *„Gewaltaktionen"* hochstilisiert, die *„von außenstehenden radikalen Kräften vorgenommen wurden"* („Husumer Nachrichten" vom 12.7.79). Der Leiter der dänischen Delegation Willy W. Olsen verwies ausdrücklich darauf, daß die Seeleutegewerkschaft „kommunistisch dominiert" sei und daß man sich von jeder „kommunistischen Aktion" abgrenze. Zum Beifall des DGB-Kreisvorsitzenden Heinz Podschun, der eine Unterstützung von westdeutscher Seite davon abhängig machte, daß eine offizielle Aufforderung von den Dänen an den DGB gehe. Daß sie nicht bereit sind, einen Finger zu rühren, sondern Kollegen noch Steine in den Weg legen, bewiesen die Flensburger DGB-Führer erst kürzlich: Auf einer Vertrauensleute-Sitzung der Flensburger Schiffbaugesellschaft (FSG) war die VK-Leitung beauftragt worden, eine Solidaritätsresolution zu verfassen. Als es dann soweit war, wurde die Aktion ohne offizielle Begründung vom IGM-Ortsvereinsvorstand abgelehnt. Dabei käme es gerade auf die Solidarität hiesiger Gewerkschafter an, damit der Boykott der Förde-Reederei, was die Lieferung von Waren und Brennstoffen betrifft, überhaupt eine Wirkung hat.

Solidarität tut not!

Die dänischen Matrosen haben sich bisher nicht kleinkriegen lassen. Ihr Kampf dauert nun schon seit Anfang Mai. Im dänischen Fernsehen meinte ein Kollege *„ungefähr ein halbes Jahr werde es wohl dauern, bevor die Reederei klein beigeben müsse"* („Husumer Nachrichten" vom 27.6.79). Auf die Solidarität ehrlicher Gewerkschafter und der Linken sind die Kollegen nun umso mehr angewiesen. Und die läßt bisher noch sehr zu wünschen übrig, was wir auch als Selbstkritik verstehen. Deshalb geben wir noch einmal die Adresse des Streikkomitees bekannt:

Blokade ud valget
Römö-Sild-Linien
Krabvej 15
6792 Havneby



Der Kapitän und der Steuermann der Fähre wurden von den streikenden Seeleuten baden geschickt.

Eine Genossin aus Flensburg

Juso-Thesen zur Gewerkschaftsarbeit

In 9 Thesen hat der Juso-Bundesvorstand am 29. Juni seine *„Grundsätze zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Jungsozialisten"* vorgelegt. Darin wird als Hauptorientierung der Arbeit der Jusos für die nächste Zeit die Konzentration auf die Arbeiterjugend und ihre Probleme festgeschrieben (siehe auch AK 154 und 156).

Dieses Thesen-Papier der Juso-Führung kommt natürlich j e t z t nicht von ungefähr, sondern ist stark von der seit Monaten laufenden Auseinandersetzung um den Kurs der Gewerkschaftsjugend bestimmt. Dabei beziehen die Jusos eindeutig für das „Oberurseler Papier" zur „Strategie der DKP und der SDAJ im gewerkschaftlichen Jugendbereich" Stellung. Diese Unterstützung der Oberurseler wurde bereits in der Vorbereitung der Thesen am 22. - 24. Juni auf der Klausurtagung der Juso-Kommission für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit deutlich. Neben den Juso-Führern waren aus dem gewerkschaftlichen Jugendbereich noch der DGB-Bundesjugendsekretär Hawreliuk anwesend, sowie Hinrich Oetjen, Leiter der Bundesjugendschule Oberursel und ein Verfasser des „Oberurseler Papiers". Oetjen hatte darüberhinaus noch weitere Oberurseler mitgebracht sowie Vertreter der Abteilung Jugend bei der IG Bergbau und Energie, die zu den schärfsten Einpeitschern der Anti-DKP-Kampagne im DGB gehören. Wieweit allerdings die Jusos geeignet sind, innerhalb der Gewerkschaftsjugend Vertrauen zu gewinnen und für die SPD zu werben sowie den DKP-Einfluß zurückzudrängen, muß sich erst noch erweisen. In ihrer These 6 nehmen sie ausführlich zur DKP Stellung.

Dabei heißt es, daß die DKP *„die Orientierungsschwierigkeiten der Jugend durch vordergründige und leicht erlernbare Erklärungsmuster"* auffängt, *„im Unterschied zu Jungsozialisten, die versuchen differenziert zu argumentieren, bietet die DKP fertige Weltbilder"* (aus „FR", 10.7.). *„Demgegenüber stoßen viele Jungsozialisten immer wieder auf Schwierigkeiten, weil sie ihre Positionen nicht verstecken, sondern über Probleme offen diskutieren"*. Realistischer sind die Probleme der Jusos wohl mit folgender Passage beschrieben: *„Die Jungsozialisten werden als Teil der sozialdemokratischen Partei für die Regierungspolitik, die gewerkschaftlichen Interessen häufig entgegenläuft, mitverantwortlich gemacht"* („FR", ebenda). Juso-Gewerkschaftspolitik dürfte wohl kaum eine Alternative zur derzeitigen Situation in der Gewerkschaftsjugendarbeit sein, da sie immer in dem Widerspruch stehen wird, einerseits die Regierungspolitik und die Politik ihrer Mutterpartei vertreten zu müssen, andererseits die Interessen der Jugendlichen wahrnehmen zu wollen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Chemie-Kapitalisten in Sorge um „Unterwanderung" des DGB

In die Hetzkampagne der Gewerkschaftsführung gegen die Aktivitäten der DKP in den Gewerkschaften hat sich jetzt auch der „Arbeitgeberring der Chemischen Industrie" eingeschaltet. Mit 1/4- seitiger geballter roter Faust und dem Titel „Erfolgreiche Wühlarbeit", äußerte er sich in seiner Monatszeitschrift „Magazin für Mitarbeiter" (6/79) mit der Stoßrichtung dazu, daß dies für die Gewerkschaftsführung ein „selbstverschuldeter Zustand" sei:

„Die Möglichkeit des Agierens für Kommunisten Moskauer Prägung in den Gewerkschaften haben diese selbst geschaffen, indem sie sich ständig weigern, einen Unvereinbarkeitsbeschluß betreffend der Doppelmitgliedschaft in DKP und Gewerkschaften zu fassen".

Völlig irre ist, daß das „Magazin" ein neues Feld „Moskauer Wühlarbeit" entdeckt hat: *„Es rumort in den Gewerkschaften. Die Linke probt den Aufstand in der IG Chemie gegen den Vorsitzenden Hauenschild* (womit zweifelsohne die Auseinanderesetzung um die Satzungsänderung gemeint ist) ... *Verwunderlich ist nur, daß die Gewerkschaftsführung erst jetzt zu bemerken scheint, was an der Basis schon lange vor sich geht: Die erfolgreiche Wühlarbeit moskautreuer Pseudo-Gewerkschafter."*

Chemie-Kommission

Gerhard Beier hetzt weiter

Der Historiker Gerhard Beier versucht sich weiter als antikommunistischer Haushistoriker des DGB zu profilieren. Im Rahmen der Kampagne im DGB gegen das Buch von Deppe, Füllberth und Jarrer zur Gewerkschaftsgeschichte (siehe AK 157) hat Beier erneut zugeschlagen. In der Juli/August-Ausgabe der „Einigkeit", Zeitung der Gewerkschaft Nahrung und Genuß und der Gewerkschaft Textil Bekleidung, greift er das Buch nach dem gleichen Strickmuster wie auch vorher schon in anderen Gewerkschaftszeitungen an. Diesmal würzt Beier allerdings seine Vorwürfe *„parteikommunistischer Geschichtsschreibung"* und der *„besonderen Methode schleichender Indoktrination"* mit einigen zusätzlichen Dummheiten. Um sich bei den Lesern der NGG beliebt zu machen, wirft er dem Buch, das auf 475 Seiten über 100 Jahre deutscher Gewerkschaftsgeschichte beschreibt, vor, daß sich *„darin kaum etwas über die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten findet"... Friedrich Wilhelm Fritzsche, der große Gründer unter den Tabakarbeitern, wird nur zweimal flüchtig erwähnt ... weder Eduard Backert, noch Ferdinand Dahms z.B. werden aufgeführt. Dafür bietet das Buch um so mehr Parteipolitik, und zwar von einer Sorte, die sich nicht offen auszusprechen wagt"*.

Man muß sich diese anbiederische, kommunistische Hetze mal vor Augen halten: ich habe in allen mir bekannten Geschichtsbüchern, die im DGB gehandelt werden, nach diesen Namen gesucht, nur gefunden habe ich sie nicht! Beier disqualifiziert sich damit eindeutig als ernstzunehmender Historiker.

Leserbrief zur Diskussion um die Gewerkschaftspolitik

In dem Artikel zur Kampagne gegen die DKP in den DGB Gewerkschaften in ARBEITERKAMPF 157 schreibt der verantwortliche Genosse richtig, daß die DKP-nahen Autoren mit ihrem Buch *„Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung"* in eine Art Marktlücke gestoßen sind und auch deshalb das Buch auf vielen Gewerkschaftsseminaren als Arbeitsgrundlage benutzt wird.

Bekanntlich hat sich der DGB nie öffentlich selbstkritisch mit seiner eigenen Geschichte auseinandergesetzt. Allerdings hat es tatsächlich doch so ein Buch gegeben. Im Auftrag des DGB-Bundesvorstandes ist Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre ein Buch geschrieben worden (von einem ehemaligen KPD-Mitglied). Das Buch war allerdings so kritisch gegenüber den Gewerkschaftvorständen, daß der Bundesvorstand des DGB die wenigen Erstexemplare, die in den Vorständen der Einzelgewerkschaften diskutiert wurden, alle wieder e i n g e s a m m e l t hat. Selbst zu Studierzwecken gibt das DGB-Archiv in Düsseldorf kein Exemplar heraus.

In dem schon genannten Artikel taucht nun in der Auseinandersetzung ein Name auf, und zwar der von Gerhard Beier, heute so eine Art DGB-Haus-Historiker. Nun ist G. Beier vielen älteren Linken aus der IG Druck und Papier kein Unbekannter. Gerhard Beier, der in Kiel und Tübingen Geschichte studierte, war der Autor eines Standard-Buches der DruPa: *„Schwarze Kunst und Klassenkampf"*, das er im Auftrag der DruPa-Führung geschrieben hat. Daneben hat er bis vor ein paar Jahren mehrere sehr gute linke Bücher über die Gewerkschaftbewegung geschrieben, z.B. *„Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933"*. In der Zeit von 1966 bis 1967 war er sogar Schulungsleiter der DruPa in ihrer „linken" Kaderschmiede in Springen/Untertaunus.

G. Beier hat zwar als Schulungsleiter der DruPa selber gekündigt, um politischer Jugendreferent des Deutschen Volkshochschulverbandes zu werden. Allerdings ist er seiner Kündigung wohl nur dadurch entgangen. Denn über seine Arbeit hieß es, daß *„die Erwachsenenbildung in unseren Schulungsheimen ... überwiegend in einer politisch fragwürdigen Richtung* (läuft) ... *Ein Welt- und Wirtschaftsbild sozialistischer Diktatur mit marxistischen, z.T. sogar leninistischen Grundzügen aufzubauen, ist unseres Erachtens mit dem satzungsmäßigen Ziel ... unvereinbar..* (Jahresbericht Hamburg der DruPa 68/70)

Gerhard Beier hat meiner Ansicht nach den Aufstieg im DGB wie viele andere ehemals sehr fortschrittliche Gewerkschafter getan. Anfänglich mit guter linker Einsicht und Tatkraft in den Apparat des DGB eingestiegen und in der Arbeit aufgestiegen, hat er sich immer weiter politisch nach rechts begeben, genau so wie wir das an hunderten von Beispielen von den Jusos in der SPD kennengelernt haben.

Ra. Hamburg

GEW

Frauenarbeit in der Hamburger GEW

Seit März 1979 hat die Hamburger GEW eine Frau zur stellvertretenden Vorsitzenden. Gabi Treckentrup hatte ihre Kandidatur am 19.2.79 u.a. mit der Notwendigkeit begründet, daß die Frauenfrage endlich auch in der Hamburger GEW Aufgabe der Gewerkschaftsarbeit sein müsse. Obwohl ca. 60% aller GEW-Mitglieder Frauen sind, sind die speziellen Probleme dieser Mehrheit bisher bestenfalls am Rande behandelt worden. Kein Wunder, denn die Bastion der Männer in der sonst als fortschrittlich einzuschätzenden GEW war zumindest im Vorstand und geschäftsführenden Ausschuß unangefochten. Es hat den Anschein, als ob in einer Gewerkschaft, in der vornehmlich Intellektuelle organisiert sind, die Behandlung der Frauenprobleme stärker noch als in anderen Gewerkschaften als Makel oder als Randproblem empfunden wird und die Diskussion darum von den Frauen eher außerhalb der Gewerkschaft in Frauengruppen gesucht wird, da frau befürchtet, nicht ernst genommen zu werden.

Mit der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden ist nur ein kleiner Schritt getan. Es bleibt abzuwarten, wieweit sie sich gegen die Profilierungssucht männlicher Funktionäre durchsetzen kann und dabei die Unterstützung der Frauen erhält. Sie wird sich auch gegen den Versuch zu wehren haben, als Alibi benutzt zu werden. Bereits auf der Landesvertreterversammlung erwies sich, daß mit ihrer Wahl keineswegs das alte Denken abgelegt war. Bei ihrer Vorstellung als Kandidatin mußte sie sich unverschämte Fangfragen gefallen lassen, ihre Qualifikation als Frau für diesen Posten wurde in Frage gestellt, die Frauenprobleme als GEW-Aufgabenbereich wurden angezweifelt. Insgesamt eine Prozedur, die sich bisher kein Mann für ein ähnliches Amt gefallen lassen mußte. Als besonders groß erwies sich das Unverständnis gegenüber den Problemen der Frauen in der GEW, als festgestellt wurde, daß Lehrerinnen ja den gleichen Lohn wie ihre Kollegen erhalten. Selbst da stimmt die „Beweisführung" nicht einmal, denn der größte Teil der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen und die schlecht bezahlten Fachlehrerinnen (Kolleginnen 2. Klasse).

Politisch kamen die schärfsten Angriffe gegen die Frauenarbeit in der GEW aus der DKP-Ecke und dem Stamokap-Flügel der SPD. Aus dieser Richtung sind denn auch in der letzten Ausgaben der „Hamburger Lehrerzeitung" (Nr. 8/9, 1979) *„9 Thesen zur Diskussion"* formuliert worden. Unter der Behauptung, *„auf die Situation insbesondere in der GEW organisierter Frauen einzugehen"*, schreibt Christa Günter: *These 1:* **Wer ständig von der ‚Frauenfrage' redet, verfestigt tradierte Rollenvorstellungen . . .**
These 2: **Von Doppel- bzw. Dreifachleistung (Beruf, Haushalt, Kinder – Gewerkschaftsarbeit noch gar nicht erwähnt) sollte bei berufstätigen Männern mit Kindern genauso geredet werden wie bei berufstätigen Frauen . . .**
These 3: Wer die Unterbringung und Versorgung von Kindern als Frauenproblem betrachtet, macht es den Männern zu leicht . . .
These 4: Bei jedem Gewerkschaftsfunktionär mit Familie hat das Amt Auswirkungen auf das Privatleben — warum soll dies nur für Frauen ein Problem sein . . .

These 5: Frauen, die für Funktionen in der GEW kandidieren, müssen genauso ‚sattelfest' sein wie Männer.
These 6: Wer den ‚Zugang zu gewerkschaftlicher Arbeit' sucht, braucht nicht in allen Fragen sattelfest zu sein. Wer aber für eine wichtige Funktion kandidiert, von dem muß die Kenntnis aller gewerkschaftlichen Probleme erwartet werden, auch — oder gerade — von einer Frau . . .
These 7: Qualifizierte Kolleginnen sollten häufiger für Funktionen in der GEW kandidieren . . .
These 8: **Es gibt keine frauenspezifischen Interessen und Probleme . . .**
These 9: Die Lösung der Probleme der Doppelbelastung muß immer auch eine private sein."

Diese sich „links" gebenden Thesen zu den Problemen der Frauen sind schlicht reaktionär und zeugen von tiefem Unverständnis gegenüber der Frauenfrage sowohl als gesellschaftliches Problem, als auch gegenüber den konkreten Problemen jeder einzelnen Frau. Ziel der Verfasserin und ihrer Anhänger ist es wohl, das Rad der GEW-Geschichte ein Stück zurückzudrehen. Das dürfte allerdings schwer fallen. Inzwischen wird in zahlreichen Kollegien und Schulkreisen über die Probleme der Lehrerinnen diskutiert. Die Schulkreissprecherinnen haben sich zu diesem Thema gegen den heftigen Widerstand der männlichen Schulkreissprecher getroffen und beschlossen, diese Diskussion an weiteren Treffen fortzusetzen.

Eine Genossin aus der GEW-Hamburg



Kampf um kürzere Arbeitszeit: Auf dem Rücken der Kinder?

Der Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 5.7., die Pflichtstundenzahl der Lehrer nicht zu senken und damit faktisch weiterhin die Lehrer von der 40-Stunden-Woche im Öffentlichen Dienst auszuschließen, ist bei den Lehrerverbänden auf herbe Kritik gestoßen.

Die GEW-Bund bekräftigte ihre Absicht, gegen diese „Mißachtung und Verhöhnung der Lehrer" regional zweistündige Arbeitsniederlegungen durchzuführen; der „Deutsche Lehrerverband" sprach von einem möglichen „Dienst nach Vorschrift", ja selbst der rechte Verband „Bildung und Erziehung" reagierte auf den Beschluß der Ministerpräsidenten mit „Empörung und Bitternis".

Besonders die Streikankündigungen der GEW haben zu Angriffen in der bürgerlichen Presse geführt, als deren Haupttenor sich immer mehr herausschält, eine gewisse Berechtigung der Forderungen der Lehrer anzuerkennen, aber voll gegen etwaige Lehrerstreiks zu hetzen. Scheinheilig werden dabei die Interessen der Schüler gegen die der Lehrer ausgespielt: *„Den Kampf um Arbeitszeitverkürzung auf dem Rücken von Kindern auszutragen, ist jedenfalls keine Lösung"*, heißt es in einem Kommentar der sozialdemokratischen „Hamburger Morgenpost".

Wann hat es in der Presse schon mal ein derartiges Lamentieren über einen Unterrichtsausfall gegeben? Da fällt täglich Unterricht aus (nach offiziellen Zahlen der Kultusministerien zwischen 3 und 8 Prozent — „FR", 12.7.79), da werden Klassen zusammengelegt oder der Lehrer pendelt für eine Stunde zwischen zwei Klassen hin und her, da geht der Sportlehrer in die Mathematikstunde — das alles ist der bürgerlichen Presse kaum noch eine Zeile wert. Das Interesse an den Kindern beginnt für die Skandalpresse erst da, wo sie sie als Vorwand nehmen kann, um den Kampf der Lehrer, dessen Forderungen nicht zuletzt auch den Schülern zugute kämen, zu diffamieren. Doch damit nicht genug. Mit dicken Überschriften wie *„Schul-Chaos! Lehrer streiken"* („Mopo", 10.7.) ist beabsichtigt, daß die Eltern ihre Empörung über das tägliche Chaos an den Schulen gegen streikende oder streikwillige Lehrer wenden. Hatte eine derartige Politik bei der Hetze gegen bummelstreikende Fluglotsen oder kämpfende Müllwerker immerhin noch eine gewisse materielle Basis, so ist es bei der jetzigen Kampagne recht einfach, ihre Verlogenheit zu entlarven.

So wird dann auch für Intellektuelle eine etwas geschicktere Version der Hetze nachgereicht. Die sozialdemokratische Bildungsexpertin der „Frankfurter Rundschau", Jutta Roitsch, hat sie in der „FR" vom 11.7. exemplarisch entwickelt: *„Bei aller formaler Berechtigung geht die Kampagne am Kern der heutigen Schul- und Lehrermisere vorbei ... Was den Lehrer vor allem belastet, sind weniger die 45 Minuten Unterricht, als die realen Arbeitsbedingungen, die Unmassen von Vorschriften und die schwerfälligen bürokratischen Dienstwege, das politische Mißtrauen, aber auch die ungeheuren Erwartungen, die die Gesellschaft dem Lehrer aufgebürdet hat, ohne gleichzeitig nachhaltige Hilfestellungen durch Aus- und Weiterbildung zu geben ... Die Arbeitszeit-Kampagne lenkt von diesen zentralen Lehrerproblemen ab".*

Und da die Lehrer ja schlecht gegen die „ungeheuren Erwartungen der Gesellschaft" streiken können, kann man hier nur zu dem Schluß kommen, daß das ganze Problem zu komplex sei, um es durch einen Sreik lösen zu können.

Im Kern treffen sich beide Argumentationen darin, daß den Lehrern das Recht abgesprochen wird , sich zu verhalten wie andere Lohnabhängige auch. Dabei ist es doch gerade wegen der besonderen Stellung der Lehrer in der Gesellschaft so, daß es im unmittelbaren Interesse der Eltern liegt, wenn die Lehrer erträglichere Arbeitsbedingungen durchsetzen, denn überlastete und genervte Lehrer schaden auch den Kindern.

Die Kultusminister vertrauen denn auch weniger der Argumente, um die Lehrer vom Streik abzuhalten, sondern greifen auf die bewährte Methode der Einschüchterung zurück: Streiks oder streikähnliche Maßnahmen seien rechtswidrig, unzulässig und unvereinbar mit dem Beamtengesetz. Disziplinarmaßnahmen und Gehaltskürzungen gegen kämpfende Lehrer sind angekündigt. Indem die bürgerliche Presse auch dies breit auswalzt, garniert mit hämischen Sprüchen über den „fehlenden Mut gegenüber der Obrigkeit" und der *„außerordentlich geringen Bereitschaft zur Aufmüpfigkeit gegenüber dem staatlichen Arbeitgeber"* (Jutta Roitsch in der „FR" vom 11.7.), wodurch ein Lehrerstreik erschwert würde, leistet sie den Politikern bei der Einschüchterung der Lehrer Schützenhilfe. Spätestens hier erweist sich das bekundete Interesse am geordneten Schulunterricht als heuchlerisch, denn schließlich sind es ja jene Politiker, die den Lehrern drohen, die das tägliche Schul-Chaos zu verantworten haben.

Ein Hamburger Lehrergenosse

Streikenden Lehrern das Gehalt gekürzt



Wenige Tage vor Beginn der Semesterferien erhielten 350 Bremer Lehrer, die sich an der Demonstration während der Unterrichtszeit am 31.6. beteiligt hatten, einen Brief von der Behörde, in dem ihnen ein disziplinarischer Verweis angekündigt wird. Die Lehrer hatten gemeinsam mit 2000 weiteren Kollegen mit der Demonstration ihre Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche auch für Lehrer bekräftigt. Einige wenige Schulleiter, die sich geweigert hatten, demonstrierende Lehrer zu melden, müssen mit Disziplinarstrafen rechnen, die bis zu ihrer Absetzung gehen können.

Einige Kollegien haben inzwischen alle am Streik beteiligten Lehrer (also auch jene, die zu der Zeit keinen Unterricht hatten) der Behörde gemeldet, um der selektiven Auswahl von Disziplinierungen entgegenzuwirken. Die GEW hat Musterprozesse gegen die disziplinarischen Maßnahmen angekündigt.

Für die weitere Mobilisierung der Lehrer für Kampfmaßnahmen in anderen Bundesländern ist es sehr wichtig, daß hier breite Solidarität geübt wird, um einer Einschüchterung entgegenzuwirken. Und die Bremer Lehrer sollten dieses obrigkeitsstaatliche Gebahren des SPD-Senats im Wahlkampf entsprechend würdigen.

Ein Hamburger Lehrergenosse

Muß ein Arbeitskampf der Pädagogen pädagogisch geführt werden?

Bei der Diskussion auf einem Seminar des Landesvorstandes der Hamburger GEW am 22/23.6. brach eine schon seit längerem geführte Kontroverse über aufzustellende Forderungen bei möglichen Kampfmaßnahmen der Lehrer wieder auf. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob man sich bei der Formulierung des Streikziels auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung beschränkt, oder ob diese mit Forderungen nach pädagogischen Verbesserungen verbunden werden m u ß . Lassen wir die Vertreter beider Positionen selbst zu Wort kommen:

- *„Da Arbeitszeitverkürzung zur Arbeitsintensivierung führen kann, muß eine Verbesserung der Arbeitsbedingung gefordert werden. Diese Forderung verknüpft mit der Frage nach pädagogischen Verbesserungen [kleinere Klassen, mehr Teilungs- und Entlastungsstunden] und mehr Planstellen muß ein bildungspolitischer Schwerpunkt sein, um Unterstützung bei [z.B. nicht gewerkschaftlich organisierten] Kollegen, Eltern und Schülern zu erreichen"* („HLZ", 8-9/79, S.9).
- *„Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist eine Forderung nach mehr Zeit für jeden einzelnen Kollegen, die ihm persönlich zur Verfügung steht. Sie ist eine gewerkschaftliche Forderung, die Lehrer am sozialen Fortschritt gerecht beteiligen soll ... Wir sollten gegenüber den anderen DGB-Gewerkschaften, den Eltern und der Öffentlichkeit ehrlich argumentieren, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in erster Linie den berechtigten Interessen der Lehrer dient"* („HLZ", 6/79, S.12).

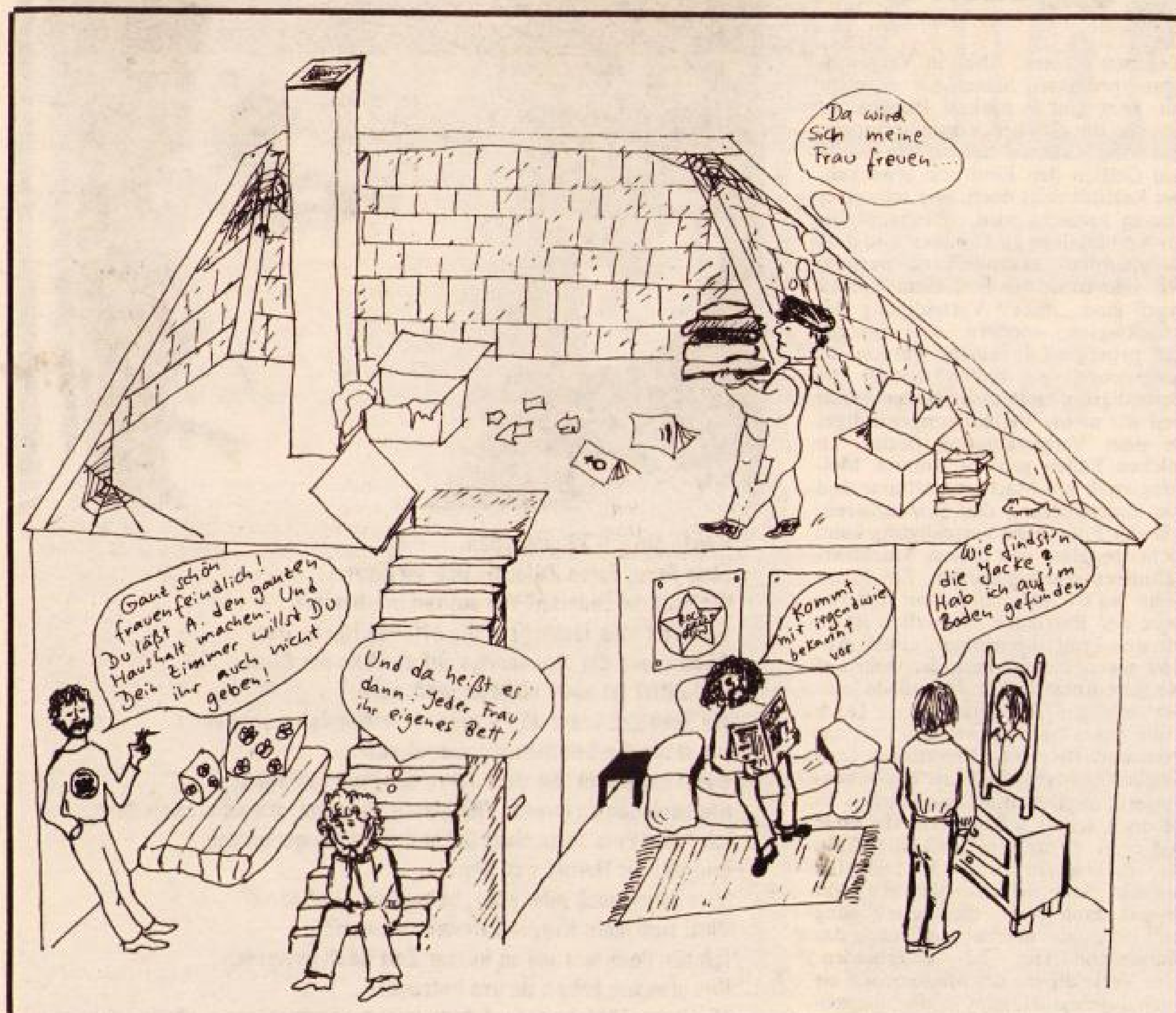
So notwendig es für eine Lehrergewerkschaft ist, sich nicht auf eine standespolitische Interessenvertretung zu beschränken, sondern sich intensiv um bildungspolitische Fragen und um die Interessen der Schüler zu kümmern, so notwendig ist es auch, daß die Lehrer nicht eigene berechtigte Interessen pädagogisch verbrämen. Und fortschrittliche Eltern werden sicherlich jenen Lehrern mehr Engagement auch für die Schüler zutrauen, die sich gegenüber dem Arbeitgeber für ihre Forderungen kämpferisch zur Wehr setzen.

Hier pädagogisch ranzugehen und zu meinen, das Streikziel für sich müsse unbedingt noch mit einem Streikziel für die Schüler verknüpft werden, damit die Eltern Verständnis aufbringen, bedeutet letztlich, den Reaktionären auf den Leim zu kriechen, die da behaupten: *„Lehrer haben als Erzieher die Pflicht, Vorbilder zu sein"* (Lenz, Vorsitzender der Hamburger Elternkammer) oder *„Lehrer, die streiken, sind als Erzieher unglaubwürdig"* (Kelber, CDU). Gemeinsamkeiten mit der Arbeiterbewegung können die Lehrer nicht durch ‚verknüpfende Forderungen', sondern nur durch den gemeinsamen Kampf gegen den Arbeitgeber zur Durchsetzung von Verbesserungen im Bildungswesen herstellen. E i n e solche Verbesserung wäre eine geringere Pflichtstundenzahl der Lehrer. Auch für dieses Ziel allein lohnt ein Kampf, was natürlich einschließt, daß die Lehrer ihre Öffentlichkeitsarbeit über die pädagogische Misere an den Schulen verstärken müssen.

Es ist noch nachzutragen, daß die erste ‚verknüpfte' Position heute im wesentlichen von DKP-orientierten Kräften in die GEW hineingetragen wird, wobei sicherlich das Kalkül dahintersteckt, bei der Ablehnung dieser Forderungen über die Sinnlosigkeit eines Streiks zu lamentieren und so einer Konfrontation mit der GEW-Bund, die einem Streik noch reichlich Knüppel in den Weg werfen wird, aus dem Weg zu gehen.

Die zweite Position wird von den sozialdemokratischen Teilen des Landesvorstands vertreten, die dabei wohl auch die Richtlinien der GEW für Arbeitskämpfe, die die Beschränkung auf ein präzise formuliertes zu erreichendes Streikziel fordern, im Auge haben mögen. Ebenso wird hierbei der Versuch des GEW-Bundesvorstandes eine Rolle spielen, die GEW mehr und mehr den Industriegewerkschaften anzugleichen, d.h. weg von einem Verband mit bildungspolitischen Zielen und hin zu einem Vertretungsverband der Lehrer.

Ein Hamburger Lehrergenosse



Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen

Nachdem ich längere Zeit gezwungenermaßen „übergangsweise" bei meinem Freund mit im Zimmer gewohnt hatte, dieser Zustand aber langsam nicht mehr haltbar war, zog ich im April 78 in eine Wohngemeinschaft in der ...straße. In der Wohnung wohnten damals fast nur Genoss(inn)en, unter anderem A., Genossin der AG Frauen, und B., Kandidat der Bunten Liste (Die Initialen sind verändert). Persönlichen Kontakt zu den Genoss(inn)en hatte ich nicht; das änderte sich auch kaum, bis auf die recht gute freundschaftliche Beziehung zu einer unorganisierten Frau in der WG.

Ohne eigenes Zimmer und Bett

Als meine Freundin die WG verließ, verschlechterte sich meine Situation in der Wohnung mehr und mehr. Ich fühlte mich allein; zudem gab es Probleme mit Abwaschen, Saubermachen etc. A. machte den Hauptteil der Arbeit, was von den Männern der WG gegen m i c h ausgespielt wurde, obwohl ich von allen Bewohnern am seltensten zuhause war. Anmachereien um diesen Punkt veranlaßten mich, mich immer mehr zurückzuziehen, mehr und mehr Zeit bei meinem Freund zu verbringen. Schließlich ging ich fast nur noch zum Blumengiessen in die Wohnung. A., die mit B. befreundet ist und nur ein Durchgangszimmer vor seinem Zimmer hatte, war verständlicherweise mit ihrer Situation unzufrieden und machte schließlich den Vorschlag, mein Zimmer mit ihrem zu tauschen, da ich ja doch kaum da sei. Diesen Vorschlag lehnte ich ab, da die Vorstellung, ein Zimmer mit einem im Grunde fremden Mann halbwegs teilen zu müssen, mich erschreckte. Vielleicht hätte ich mich später von meinem Freund trennen wollen, eine andere Beziehung gehabt oder aus sonstwelchen Gründen einmal in meinem eigenen Zimmer allein sein wollen. Die Möglichkeit und Freiheit, mich zurückziehen zu können, von meinem Freund nicht abhängig zu sein, wollte ich nicht aufgeben. Von den Männern in der WG wurde mir daraufhin Frauenfeindlichkeit vorgeworfen, ich würde auf A. gar keine Rücksicht nehmen. Natürlich kam von den Frauenfreunden keiner auf den Gedanken, s e l b s t sein Zimmer mit A. zu tauschen.

Kurz vor Weihnachten 78 machte mir A. dann den Vorschlag, auszuziehen. Meine Möbel könne ich, bis ich ein neues Zimmer hätte, bei ihnen auf den Boden stellen, meine Blumen würde sie giessen und beim ‚Umzug' würde mir geholfen. Ich hätte also nur Vorteile, bräuchte dann auch keine Miete mehr für ein Zimmer zu zahlen, das ich sowieso kaum bewohnte. Meine Bedenken, die Möbel einfach auf dem (für alle Bewohner zugänglichen) Boden abzustellen, ließ A. nicht gelten. Im Haus gebe es nur WG's, die Bewohner seien Genossen oder zumindest Linke, da würde schon nichts von meinen Sachen wegkommen. Ausserdem würde sie im Haus herumgehen und Bescheid sagen, auch dem Hausmeister.

Aufgrund der ganzen Nervereien willigte ich schließlich ein. Es lief allerdings fast nichts wie versprochen. Einpacken mußte ich alleine, und ehe ich mich versah, hatten meine Nachmieter meinen gesamten Besitz recht brutal und ohne viel Rücksicht auf Verluste auf den Boden gedonnert. Meine Blumen klemmten z.T. unter irgendwelchen Kisten; selbstgemachte Bilder (ich bin Graphikerin und diese Sachen sind für mich außer dem Erinnerungswert auch bei Vorstellungen wichtig) waren z.T. verschwunden, z.T. nur durch glückliche Fügung noch unbeschädigt. Mein Berufsschulzeugnis konnte ich gerade noch rechtzeitig aus dem Müll fischen. Dem Zusammenbruch schon ziemlich nahe, hörte ich dann am gleichen Abend auf dem KB-Vorkongress ein Referat der AG Frauen mit der Forderung **„Jeder Frau ihr eigenes Bett"**. Ich hatte jetzt weder ein eigenes Zimmer, noch ein eigenes Bett. Und das alles mitveranlaßt von einer Genossin der AG Frauen. Dieser offensichtliche Widerspruch veranlaßte mich, einen Brief an die AG-Frauen zu schreiben. Nach einigen unangenehmen Querelen am Anfang waren die Frauen (bis auf A.) sehr lieb und solidarisch bereit, mich in meiner Kritik und auch sonst zu unterstützen. Eine Genossin bot mir sogar ihren Wohungsschlüssel an, für den Fall, daß ich mal nicht bei meinem Freund schlafen oder allein sein wollte. Die Reaktion von Buli-Kandidat B.: **„Ich hätte keinen Grund und auch kein Recht, mich zu beschweren. Ein eigenes Zimmer würde ich gar nicht brauchen, denn ich sei ja doch meistens bei meinem Freund gewesen."** Auch A. zeigte sich, wohl wesentlich unter Druck von B., wenig einsichtig.

Immerhin wurde durchgesetzt, daß mein Fernseher, der in der WG benutzt worden und kaputtgegangen war, repariert werden sollte und meine hellen Sitzpolster, die im Bodendreck ihre Farbe ziemlich verändert hatten, gereinigt werden sollen. - Übrigens hatte A. immer noch ihr Durchgangszimmer...

Total ausgeplündert!

Leider endet die Geschichte hier noch keineswegs. Als ich vor einiger Zeit nach meinen Sachen auf dem Boden sehen und auch einige Sachen (z.B. Schuhe) für den Sommer holen wollte, stand ich buchstäblich vor dem N I C H T S . Der ganze Boden stand zwar ziemlich voll, jedoch von meinen Möbeln und sonstigem Besitz waren nur noch ein Spiegel und zwei Matrazen vorhanden. Ich fühlte mich wie in einem üblem Alptraum, jedoch ohne die geringste Möglichkeit aufzuwachen. A. fiel es jetzt plötzlich ein, daß ja der Hausmeister kürzlich zu ihr gesagt hatte, er habe ein paar Sachen vom Boden in den Keller gestellt; vielleicht wären meine Sachen auch dabei gewesen -mal nachfragen. Kurze Zeit später meldete sich A. telefonisch: Entwarnung, Hausmeister gefragt, im Keller nachgesehen, deine Sachen stehen dort! -

Ich war wahnsinnig erleichtert. Leider zu früh!

Bei einem Besuch im Keller stellte es sich heraus, daß dort gerade noch zwei Regale, ein total in seine Einzelteile „zerlegter" (und schwerlich wiederherzustellender) Schreibtisch sowie ein paar Bücher von mir herum lagen. Meine wertvollen Kunstbände, meine Schulbücher, Möbel, Kleidung, Geschirr, unersätzliche Geschenke und „Mitbringsel" von Freunden und Verwandten - a l l e s w e g ! ! ! Einen Beutel mit Kleidung (in der WG hatten sie meine Klamotten Kurzerhand aus dem Schrank genommen und in einem Plastik-Sack auf den Boden geschafft) hatte der Hausmeister im Haus großzügig verteilt. Ein paar Sachen habe ich inzwischen wieder, nachdem A. und B. im Haus herumgegangen sind. Einen Lehrergenossen z.B. (2.500 Mark netto?) erwischte B. in meiner Lederjacke. Die meisten Sachen jedoch fanden sich gar nicht mehr (meine Kaninchenjacke ist einer Genossin, die sie sich hatte „schenken" lassen, inzwischen geklaut worden) oder unvollständig wieder (von 7 großen indischen Decken fand sich eine zerschnitten bei einer Genossin an, 3 sind wieder da, der Rest immer noch verschwunden). Doch vor allem ist meine g e s a m t e sonstige Einrichtung (bis auf ein paar Sachen, die bei meinem Freund im Zimmer waren) zum Teufel ! Vom Globus über die Stühle bis zum großen Vogelkäfig - alles weg. Drei große Umzugskartons von mir standen l e e r im Keller. Der Inhalt, vom Radio über Lampen, Geschirr, Porzellan, bis hin zu persönlichen Andenken - wertvollen und weniger wertvollen -, allerlei ‚Krimskrams', der sich bei einem Menschen so im Lauf von 21 Jahren Leben angesammelt hat und den frau liebhat - alles ist „verschwunden"!

„Genossen-Solidarität"- NEIN DANKE !

Nachdem ich einige Zeit völlig unfähig war, überhaupt weiter zu denken, wurde mir klar, daß ich etwas ‚unternehmen' mußte. Da der Boden ein Sicherheitsschloß hat und zum Keller nur der Hausmeister einen Schlüssel besitzt, konnten die Diebe eigentlich nur im Haus oder beim Hausmeister zu finden sein. Da die Bewohner im Haus anscheinend bereitwillig Sachen von mir als „Geschenk" sich angeeignet hatten, erschien mir der Verdacht nicht mehr abwegig, daß auch andere Sachen in den WG's des Hauses zu finden sein könnten. Ich wandte mich wieder an die AG Frauen und gemeinsam trafen wir uns zu einer ‚Hausdurchsuchung'. In der ersten Wohnung (keine KB-Genoss-inn-en) war mir die Sache dann doch sehr unangenehm. Doch die Leute waren sehr verständnisvoll und freundlich, zeigten mir jedes Zimmer, öffneten ihre Schränke und sagten sogar, daß sie es sehr gut fänden, daß die Frauen mich unterstützen und wir gemeinsam etwas unternehmen. Sie gaben mir auch bereitwillig die Adressen der inzwischen ausgezogenen WG-Mitglieder, zur Nachfrage.

Ganz anders war es allerdings bei den lieben Genossen einen Stock tiefer, wo ja immerhin Pelzjacke, Lederjacke und indische Decken ihre Abnehmer gefunden hatten. Als der Lehrer-'Genosse' W. hörte, wer ich bin, war sein erster fröhlicher Kommentar: „Was, d i r hat die Lederjacke gepaßt, die ich hatte?". Von soviel Chauvi-Kram fast umgeworfen, traute ich mich kaum noch in die Wohnung rein. Wären die Frauen von der ‚AG' nicht dabei gewesen, hätte man(n) mich wahrscheinlich schnell wieder aus der Wohnung geworfen. Nach einigem mißmutigen Hin- und Her gaben uns die beiden Anwesenden (W. und seine Freundin) schließlich die Adresse der ausgezogenen WG'ler und gestatteten uns gnädig und fröhlich scherzend den Rundgang durch die Wohnung.

Verzweifelt versuchte ich, in dem Lehrer ein bißchen Menschlichkeit wachzurütteln, indem ich ihm sagte, wie wenig ich (damals 980,- netto, nachdem ich die Monate vorher als Lehrling „fürn Ei und n' Butterbrot" gearbeitet hatte) im Gegensatz zu ihm verdiene, und ob er es denn richtig fände, daß ich mir jetzt u.a. durch das Verhalten von Leuten wie ihm a l l e s neu kaufen müßte. Daraufhin meinte er nur, daß ich die Lederjacke schließlich von ihm zurückbekommen hätte. Ein dritter ‚Genosse' der WG, der noch dazukam, gab sich erst sehr erstaunt über die Sache (obwohl er sich ausdrücklich einen Sessel von mir geliehen hatte, der auf dem Boden stand, also wußte, daß m e i n e Möbel dort sind), wurde dann sehr unfreundlich und gab schließlich unumwunden zu, daß ihm der Verbleib meiner Sachen nicht im mindestens interessiert. Trotzdem sei er bereit, mich zu unterstützen; **das zeige sich doch daran, daß er uns nicht gleich rausgeschmissen habe !!**

Die Genossin in der WG zeigte sich nach einigem Nachdenken doch noch recht freundlich, schien ehrlich betroffen und machte den Vorschlag einer Geldsammlung im ganzen Haus. Auch in dieser Wohnung habe ich nichts gefunden. Es stellte sich im Übrigen dabei heraus, daß die Hausbewohner sowie der Hausmeister keineswegs von A. und B. informiert worden waren, wie A. mir versprochen hatte. Der Hausmeister zeigte sich bei der ersten Begegnung als reaktionärer Arsch, der es für sein Recht hält, Sachen, die auf dem Boden stehen, auf den Sperrmüll zu schaffen, zu „verschenken" (z.B. auch an die Alsterdorfer Anstalten) oder vielleicht sich selbst einiges anzueignen. Hatten A. und B. das gar nicht gewußt, als sie mir versicherten, ich könne unbesorgt meine Sachen auf den Boden stellen?

Wer ersetzt mir jetzt den Schaden? Die verheulten Tage, den ideellen Verlust von Sachen, an denen ich gehangen habe, kann mir ohnehin keiner ersetzen. Zurück bleibt eine Erfahrung und die vielleicht sehr wichtige Gewißheit, **daß wir mit s o l c h e n Verhaltensweisen garantiert keine positiven gesellschaftlichen Veränderungen erreichen werden.**

PS. Vielleicht gibt es ein paar Genossen, die diese Geschichte für „unpolitisch" oder „idiotisch" halten, jedenfalls ihre Existenzberechtigung im AK bestreiten, solange ich den Verlust fast meines gesamten Besitzes nicht „politisch" als Folge der Krise und der Klassenwidersprüche „analysiere". Ihnen allen schlage ich vor, probehalber ihren gesamten Besitz mal für 2-3 Monate auf den Boden der ...Straße Nr.... zu schaffen!

E. Hamburg-Altona

Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen

Nachdem ich längere Zeit gezwungenermaßen „übergangsweise" bei meinem Freund mit im Zimmer gewohnt hatte, dieser Zustand aber langsam nicht mehr haltbar war, zog ich im April 78 in eine Wohngemeinschaft in der ...straße. In der Wohnung wohnten damals fast nur Genoss(inn)en, unter anderem A., Genossin der AG Frauen, und B., Kandidat der Bunten Liste (Die Initialen sind verändert). Persönlichen Kontakt zu den Genoss(inn)en

mer zu zahlen, das ich sowieso kaum bewohnte. Meine Bedenken, die Möbel einfach auf dem (für alle Bewohner zugänglichen) Boden abzustellen, ließ A. nicht gelten. Im Haus gebe es nur WG's, die Bewohner seien Genossen oder zumindest Linke, da würde schon nichts von meinen Sachen wegkommen. Ausserdem würde sie im Haus herumgehen und Bescheid sagen, auch dem Hausmeister.
Aufgrund der ganzen Nervereien willigte ich schließlich ein. Es lief

Zeit nach meinen Sachen auf dem Boden sehen und auch einige Sachen (z.B. Schuhe) für den Sommer holen wollte, stand ich buchstäblich vor dem N I C H T S . Der ganze Boden stand zwar ziemlich voll, jedoch von meinen Möbeln und sonstigem Besitz waren nur noch ein Spiegel und zwei Matrazen vorhanden. Ich fühlte mich wie in einem üblem Alptraum, jedoch ohne die geringste Möglichkeit aufzuwachen. A. fiel es jetzt plötzlich ein, daß ja der Hausmeister

traute ich mich kaum noch in die Wohnung rein. Wären die Frauen von der ‚AG' nicht dabei gewesen, hätte man(n) mich wahrscheinlich schnell wieder aus der Wohnung geworfen. Nach einigem mißmutigen Hin- und Her gaben uns die beiden Anwesenden (W. und seine Freundin) schließlich die Adresse der ausgezogenen WG'ler und gestatteten uns gnädig und fröhlich scherzend den Rundgang durch die Wohnung.

Verzweifelt versuchte ich, in dem Lehrer ein bißchen Menschlichkeit wachzurütteln, indem ich ihm sagte, wie wenig ich (damals 980,- netto, nachdem ich die Monate vorher als Lehrling „fürn Ei und n' Butterbrot" gearbeitet hatte) im Gegensatz zu ihm verdiene, und ob er es denn richtig fände, daß ich mir jetzt u.a. durch das Verhalten von Leuten

hin keiner ersetzen. Zurück bleibt eine Erfahrung und die vielleicht sehr wichtige Gewißheit, daß wir mit s o l c h e n Verhaltensweisen garantiert keine positiven gesellschaftlichen Veränderungen erreichen werden.

PS. Vielleicht gibt es ein paar Genossen, die diese Geschichte für „unpolitisch" oder „idiotisch" halten, jedenfalls ihre Existenzberechtigung im AK bestreiten, solange ich den Verlust fast meines gesamten Besitzes nicht „politisch" als Folge der Krise und der Klassenwidersprüche „analysiere". Ihnen allen schlage ich vor, probehalber ihren gesamten Besitz mal für 2-3 Monate auf den Boden der ...Straße Nr.... zu schaffen!

E. Hamburg-Altona



Für Vergewaltigung kann es keine Verteidigung geben!

Am 12. Juni „besuchten" Frauen aus der Westberliner Frauenbewegung den bisher als fortschrittlich geltenden Rechtsanwalt Becker und fotografierten ihn im Laufe ihrer Aktion mit zwei Schildern: „Besuch bei Zuhälteranwalt Becker!" und „RA Becker — Befangener der Bewegung 12. Juni". Die Frauen wollten mit ihrer Aktion dagegen protestieren, daß Becker einen Mann aus Zuhälterkreisen verteidigte, der wegen Vergewaltigung und Körperverletzung angeklagt war. Die Frauen erklärten dazu: *„Die vergewaltigte Frau war zwei Tage festgehalten worden, schwer mißhandelt und vergewaltigt worden, wie Zeugenaussagen und Atteste bestätigen. In seiner Verteidigung stellte RA Becker die Glaubwürdigkeit der vergewaltigten Frau in Frage: Er erhob gegen die Frau den in Vergewaltigungsprozessen üblichen Prostitutionsvorwurf.* (...) *Am zweiten Verhandlungtag zog die vergewaltigte Frau ihre Klage wegen Vergewaltigung zurück — für alle Prozeßbeobachter geschah dies aufgrund massiver Bedrohung durch den Vergewaltiger und seine Freunde"* („TAZ", 15.6.79).

Dieser Fall rief aber leider nicht nur breite Empörung hervor, sondern machte deutlich, mit wieviel Verständnis Vergewaltigung in linken Kreisen *behandelt wird: Die Frauen wollten einen Artikel zu ihrer Aktion zusammen mit dem Foto in der „TAZ" abdrucken, was auf heftige Proteste in*nerhalb der „TAZ"-Redaktion stieß. Erst nach langen Debatten konnte eine „TAZ"-Redakteurin mit Unterstützung anderer Frauen der Redak-

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

tion und an der Aktion beteiligten Frauen durchsetzen, daß der Artikel zusammen mit dem Foto erscheint. Daß mit diesem Artikel und der Aktion ein Stich ins Wespennest gelungen ist, wurde in den nächsten Tagen deutlich. Viele Leserbriefe erschienen auf der Diskussionsseite. Darunter auch solche, die die Aktion in die *faschistische Ecke drängen wollten: „Solche Methoden erinnern an Gestapo-Manier"* heißt es da, oder: *„Der Text unter dem Foto ... ist bester ‚Stürmer'-Stil"*.

Auch die Rechtsanwälte Becker, Schily und Geulen reagierten empört. Die Erklärung von Becker in der „TAZ" besteht nur aus formaljuristischen Ausführungen. Er setzt sich nicht damit auseinander, w a r u m er überhaupt einen Vergewaltiger verteidigt, wie er das als fortschrittlicher Anwalt vertreten kann, ohne die Frau dabei als Lügnerin, Prostituierte oder aber als „selbst schuld" darzustellen, was er auch tut. Seine formaljuristische Argumentationsweise läßt nicht gerade darauf schließen, daß er irgendwelche Gewissenskonflikte bei der Verteidigung eines Vergewaltigers hat. Eine Kostprobe: *„In dem Artikel wird behauptet, die Zeugin habe ihre Aussage unter Druck zurückgenommen. Selbstverständlich muß ein solcher Vorwurf gegen einen Angeklagten zur Strafverfolgung wegen Nötigung und Anstiftung führen. Eben so selbstverständlich könnte in einem solchen Fall nicht weiter verteidigt werden. Nur: die Zeugin ist in der Hauptverhandlung vom Vorsitzenden gefragt worden, ob sie unter Druck stehe, was sie verneinte"*.

So einfach ist das also. Die Zeugin verneint und so ist es auch. Tut Bekker nur so naiv oder ist er es wirklich? Als fortschrittlicher Anwalt sollte er wissen, welchen Demütigungen Frauen ausgesetzt sind, wenn sie schon den Mut gefunden haben, ihren Vergewaltiger anzuzeigen. So ist es auch verständlich, daß viele Frauen ihre Anzeige zurückziehen. Entweder, weil sie den Demütigungen nicht mehr gewachsen sind oder weil sie massiv durch den Vergewaltiger (66 % aller Frauen kennen ihren Vergewaltiger) eingeschüchtert werden. Hier und heute existiert ein Bild von Frauen als Objekt, das man(n) sich nehmen kann, wenn er es will. Diese Auffassung besteht auch bei den Gerichten, denn anders ist es wohl kaum zu erklären, daß viele Anzeigen gar nicht erst zur Verhandlung führen, sondern mit der Begründung, es bestehe kein öffentliches Interesse, abgelehnt werden.

Kommt es dann aber tatsächlich einmal zu einer Verhandlung, wie in diesem Fall, so müssen die Frauen sich Ungeheuerliches anhören und letztlich beweisen, daß sie nicht die Schuldigen sind. Haben Frauen nicht geschrien oder sich gewehrt, so wird davon ausgegangen, daß sie ja gar nichts gegen die Vergewaltigung gehabt hätten. So auch in diesem Fall. (Auch Rechtsanwalt Becker kennt die *„normalen Verhaltensweisen von vergewaltigten Frauen, die panisch reagieren"*).

Ein „TAZ"-Leser kennzeichnet dies so: *„Ergebnis des Prozesses ist nun, daß die Klägerin/Zeugin, wahrscheinlich aus reiner Bösartigkeit, willkürlich diesem Mann eins reinwürgen wollte, wo er ihr doch ‚nur zwei Ohrfeigen gegeben' hat, ‚in deren Folge sie gestürzt' ist. Mein lieber Mann, kannst du dir vorstellen, daß sie fast eineinhalb Jahre Verhöre, Aussagen, Untersuchungen, Unterstellungen, Vorladungen, Beleidigungen, persönlichste Fragen über sich hat ergehen lassen aus lauter Jux und Dollerei? Ich nicht"*. Wir auch nicht!

Die Kompagnons von Becker, Schily und Geulen, schrieben zu dem Fall in der „TAZ": *„Seht ihr keinen Unterschied zwischen Verteidigung von Vergewaltigung und Verteidigung eines Angeklagten, der verdächtigt wird, eine Vergewaltigung begangen zu haben?"* Und: *„Die Auffassung, ein politisch bewußter Rechtsanwalt dürfe auf keinen Fall in einem Verfahren mit dem Vorwurf der Vergewaltigung verteidigen, ist falsch und gefährlich"*.

Schily und Geulen ist recht zu geben, wenn sie sagen, daß wir vom Grundsatz der Unschuldsvermutung ausgehen müssen. Aber in Vergewaltigungsprozessen haben wir es nicht mit zwei gleich starken Pareien zu tun, die die gleichen Voraussetzungen und Möglichkeiten haben, wie Schily und Geulen den Eindruck erwecken. Die Realität zeigt doch, wie schwer es Frauen gemacht wird, überhaupt bis zur Verhandlung zu kommen und dort als glaubhaft akzeptiert zu werden. Wir sind nicht nur in diesem Prozeß gegen eine „linke" Verteidigung des Angeklagten, sondern wir meinen, daß prinzipiell in einem Vergewaltigungsprozeß ein linker Anwalt die Verteidigung nicht übernehmen kann, weil wir nichts Verteidigungswürdiges an einer Vergewaltigung finden. In solchen Fällen geht es unserer Meinung nach um Machtverhältnisse und um Unterstützung des Schwächeren, d.h. der Frau. Eine Verteidigung kann nicht losgelöst von diesen Machtverhältnissen gesehen werden. Ein Mann steht h i e r erstmal auf der anderen Seite der Barrikade. Sicherlich ist es für eine Frau angenehmer, einem Anwalt gegenüberzustehen, der mehr auf die gesellschaftlichen Umstände eingeht als auf ihr Privatleben. Doch sollte dabei bedacht werden, daß das Rumschnüffeln im Privatleben nur möglich ist, weil die Frau als Nebenklägerin die Beweislast tragen muß. Es ist doch schon bezeichnend für diese Art von Prozessen, daß die Frau als Anklägerin eine Verteidigung braucht! Sehr viel sinnvoller erscheint es uns dann doch, die Verteidigung der Frau zu übernehmen und das Herumschnüffeln zu unterbinden. Eine Verteidigung des Mannes, wie sie auch angelegt ist, geht in der momentanen Situation immer auf Kosten der Frauen, und es muß schon als Fortschritt für die Frauen angesehen werden, wenn Vergewaltigung härter bestraft wird. Nicht etwa, weil wir meinen, daß die Männer durch härtere Strafen lernen oder aus Rachegefühlen, sondern weil wir damit eine Vorstellung in unserer Gesellschaft angreifen wollen, die Gewalt gegen Frauen als Kavaliersdelikt betrachtet und folglich auch kaum verfolgt.

Il. und Co.,
SSB Westberlin



**Heute bin ich 39 geworden.
Eine Frau, deren Zukunft sich verkürzt.
Wo seid Ihr anderen? Wir sollten uns beraten.
Rührend oder lächerlich: die offenen Haare, das
Abstimmen der Haarspange auf das Lila der Bluse.
Zellulitis? Ist noch nicht so wild, aber
die Schatten unter den Augen verschwinden erst abends.
Ich stelle die Beleuchtung darauf ein.
Es ist ungerecht. So viele Jahre habe ich gebraucht,
um genießen zu lernen. Was glaubt Ihr denn: ich sehe Euch noch,
ich fühle Eure zarte Haut unter meinen Fingerspitzen
und denke: Harold und Maude.
Vier Jahre noch oder acht, höchstens. Und dann?
Wird sich mein Körper kaltstellen lassen?
Ich bin doch erst vor so kurzer Zeit wach geworden.
Wie grausam haben sie uns betrogen!
Das junge Mädchen, das ich war, ist nie fortgegangen, aber
es hat keine Chance mehr.
Meine Brüste, mein Bauch sollen sterben so lange vor meinem Tod.**

**Männer
warten ab, bis ihr Verlangen erlischt.
Bei uns
treffen sich Wollust und Zärtlichkeit
erst kurz vor dem Absturz.**

A., KB Hamburg

Sterilisation! — Sterilisation? Sterilisation: Alles klar? Oder was?

Es ist jetzt fast ein halbes Jahr her, seit ich (22, männlich) mich zum ersten Mal mit der Sterilisation beschäftigt habe. Ich hatte eine Freundin kennengelernt, die sämtliche Empfängnisverhütungsmittel für die Frau wegen der bekannten gesundheitlichen Gefahren ablehnte. Ich beschloß, mich genauer über die Vasektomie zu informieren. Ich diskutierte das Thema in meinem Freundeskreis, hauptsächlich mit Frauen. Eine Mitbewohnerin meiner WG gab mir auch das ausgezeichnete Buch von Norbert Ney. Parallel dazu tauchten die ersten Artikel zu diesem Thema im AK auf. Je genauer ich mich informierte, desto weniger Gegenargumente fielen mir ein, desto fester stand mein Entschluß, den Eingriff machen zu lassen, und desto mehr Bestätigung bekam ich von vielen Genossinnen. Das einzige Gegenargument, das mir immer wieder einfiel und das ich auch wiederholt bei Diskussionen mit Genossen hörte, war: „Was ist, wenn Du mal in eine Situation kommst, wo Du ein Kind zeugen willst, vielleicht auch nur, weil es Deine Freundin unbedingt mit Dir machen will? (Du bist doch noch ziemlich jung, das kannst Du doch jetzt noch nicht wissen!" Dem entgegnete ich: „Das Problem des Kinderzeugens stellt sich mir nur ein bis zweimal im Leben, das Problem des Kinderverhütens dagegen andauernd. Außerdem ist mein Beitrag ziemlich gering, die Kinder kriegen nun mal die Frauen. Mein hauptsächlicher Beitrag besteht darin, später das Kind mit großzuziehen".

Die Sache war also eindeutig klar, dachte ich jedenfalls. Vor einem Monat konnte ich sogar die letzte Hürde nehmen. Ich erfuhr die Adresse eines Hamburger Arztes, der den Eingriff auch bei kinderlosen, unverheirateten, 22 Jahre alten Männern macht. Ich fuhr vor drei Wochen mit einem Freund zu dem Arzt (die Krankenkasse zahlt nur, wenn man vorher mit dem Onkel Doktor geredet hat), wir ließen uns für den 11. und 18. Juli eintragen. Der Count-Down lief! Nur noch vier Wochen zeugungsfähig! Vorletztes Wochenende rang ich mich schließlich dazu durch, meinen Entschluß mit meinen Eltern zu bereden. Daß sie in Sexualfragen total bürgerliche, antiquierte Vorstellungen haben, wußte ich, daß sie aber so total ausflippen würden, hätte ich nicht gedacht. Man hätte den Eindruck haben können, ich würde einen Selbstmord planen: Meine Mutter fing heftig an zu weinen, klammerte sich an mich und flehte mich an: „Tu das nicht, mein Junge! Es gibt doch auch andere Möglichkeiten. Du hast das Leben doch noch vor Dir! Du weißt doch nicht, was noch kommen wird. Ich schätze Deinen Einsatz für die Frauen sehr, aber Du opferst zu viel...". Mein Vater packte die Sache mehr von der „vernünftigen" Seite an. Er meinte, ich sei einseitig informiert, die Pille sei gar nicht so gefährlich, ich sei da einer verhängnisvollen Ideologie aufgesessen usw.. Am nächsten Tag wurde mein Bruder angerufen, er solle sich mal um mich kümmern. Außerdem fand ich einen Brief meines Vaters im Briefkasten, worin er mich massiv moralisch unter Druck setzte („Wir können nicht mehr ruhig schlafen!")

Obwohl ich schnell einsah, daß es ein Fehler war, die Sache mit meinen Eltern bereden zu wollen, da sie es von ihrem Weltbild aus nicht akzeptieren k ö n n e n und es sie nur unglücklich macht, wurde ich total unsicher und besprach alles nochmal mit meiner Schwester und einer Freundin. Außerdem wurde ich von dem Lesekreis meines Bruders eingeladen, das Thema „Sterilisation" mit ihnen zu diskutieren. Dort hatte ich auch endlich Gelegenheit, mit einem jungen, zukünftigen Vater darüber zu reden, was es für ihn bedeutet, ein Kind gezeugt zu haben. Ergebnis der letzten Gespräche:

1. Ich sah ein, daß der Vorwurf meines Vaters, ich sei einseitig beeinflußt, teilweise richtig war, da ich tatsächlich bis dahin nur Stimmen gehört hatte, die sich entschieden für die Sterilisation aussprachen und mich in meinem Entschluß bestärkten. Das Thema wurde ja auch im AK bisher nur einseitig behandelt. Wann endlich melden sich denn die Männer, die mal Vater werden wollen, oder die Frauen, die ein Kind nur mit dem Mann machen wollen, den sie am liebsten haben?
2. Ich bin noch ziemlich jung, hab' mich noch überhaupt nicht mit dem Kinderkriegen beschäftigt und wurde damit auch noch nie unmittelbar konfrontiert. Woher soll ich denn wissen, ob ich nicht in zwei Jahren ganz anders denke oder ob ich nicht eine Freundin treffe, die unbedingt mit m i r ein Kind machen will? Ich halte es für ziemlich gefährlich, schon in so jungen Jahren solche endgültigen Entscheidungen zu treffen, ohne daß alle Seiten gehört wurden und ohne daß die Entscheidung Resultat unmittelbarer persönlicher Erfahrungen ist.
3. Der Beitrag des Mannes beim Kinderkriegen besteht offenbar nicht nur aus ein paar Samen. Der Typ aus dem Lesekreis berichtete mir, daß das „Vater werden" bei ihm große Emotionen freisetze und ein unheimliches Erlebnis bedeute. Das hänge ganz damit zusammen, wie sehr mann sich engagiere und sei nicht auf irgendeinem bürgerlichen Mist (Erziehung) gewachsen. Im Gegenteil: Seine Mutter habe ihn sogar aktiv von seinem Kinderwunsch abbringen wollen.
4. Hauptsächlich bekommen natürlich die Frauen das Kind. Viele Frauen möchten auch dieses Erlebnis auf keinen Fall missen; für viele Frauen ist es dabei auch nicht entscheidend, wer der Erzeuger ist. Ich habe aber inzwischen auch schon mit ein paar Genossinnen geredet, die sich nur vorstellen können, einen möglichen Kinderwunsch mit ihrem Freund zu verwirklichen, und zwar nicht erst von der Geburt, sondern vom Zeugungsakt an.

Ich hab' mich jetzt beim Arzt wieder abgemeldet und werde die Auseinandersetzung verstärkt um diese vier Punkte suchen. Es wäre erfreulich, wenn im AK dazu mehr zu lesen wäre, und zwar von b e i d e n Seiten. Übrigens ist mein Freund weiterhin entschlossen, sich am 11. Juli sterilisieren zu lassen. Er bekommt dabei meine vollste Unterstützung. Ich spreche mich auch nicht gegen die Sterilisation aus, vor allen Dingen bei Vätern älteren Jahrgangs. Letztendlich muß das aber jeder selber entscheiden und sollte sich da auch nicht 'reinreden' lassen. Von Eltern nicht, von Genoss(inn)en nicht und auch von mir nicht!

Roli, Hamburg

Gute Verdauung!

Ich war im Urlaub
da saß ich über dem blauen Meer
auf einer Steinterasse

ich schrieb an einer Geschichte
einem Teil von mir
meiner Geschichte als Mädchen
und Tochter und Frau

Und wie ich so Seite für Seite fülle
werde ich leichter und munter und frei
und merke
ich habe gar nicht so wenig bis heute geschafft
Und bekam Hoffnung für morgen
auf ein besseres Leben mit euch
im Durchstehen, Entdecken und Weitergehn
Ich wollte euch wiedersehen und
für einen Neubeginn alles Alte klären
Vernageltes, giftiges Gegeneinander

Da las ich auf der Steinterasse
die Stahlharte Klarheit aus Göttingen
Ich mußte lachen, die Schwalben mit mir
Verschluckt nur noch mehr eurer Prügelstöcke
Aber verzeiht
uns schluckt ihr nicht

Ruth

Verhütung: Immer noch ein Problem für viele Frauen

Die Medizinische Hochschule Hannover erstellte im Auftrag des Bundesfamilienministeriums eine Studie zur Verhütungspraxis von 1.200 Frauen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern im Alter von 20 - 40 Jahren. Ergebnis: *„Viele Frauen wissen zu wenig."* Knapp 50 % der befragten Frauen wenden unsichere Methoden wie „periodische Enthaltsamkeit" und „unterbrochenen Geschlechtsverkehr" an. Ungewisse Verhütungsmethoden sind desto häufiger *„je höher das Alter, je niedriger der Schulabschluß, je stärker die Bindung an die Kirche und je kleiner die Wohngemeinden der Betroffenen ist.'* Aus der *„Tatsache, daß die Kinderzahl und vorhergegangene Erfahrungen mit unerwünschten oder ungeplanten Schwangerschaften keinen Einfluß auf die Sicherheit der Verhütungsmethode hatte"*, folgert der Staatssekretär Wolters, daß *„die derzeitige Beratung nach Geburten und Schwangerschaftsabbrüchen entweder nicht erfolge oder auf die soziale und psychische Situation der Frauen so wenig eingehe, daß sie praktisch unwirksam bleibe."* Das ist insoweit richtig, als bei ungefähr der Hälfte der befragten Frauen, die von ihrem Arzt eine Pillenpause anempfohlen bekommen, *„nur 27 Prozent dieser Ärzte ... ihren Patientinnen ... gleichzeitig ein anderes Verhütungsmittel (empfehlen)"*.

Demagogisch ist diese Einschätzung auf dem Hintergrund, daß

- die Beratungsstellen zunehmend zugrunde gerichtet werden, indem man die Mittel streicht (z.B. Hessen, Rheinland-Pfalz).
- *„die Scheu, sich empfängnisverhütende Mittel zu beschaffen und damit die Tatsache sexueller Kontakte überhaupt zuzugeben,"* immer noch weit verbreitet ist und gerade in ländlichen Gebieten durch reaktionäre Kampagnen der Kirche und Presse massiv forciert wird.
- daß die Frauen *„mehr an ihre Gesundheit"* denken. *„Unsichere Methoden wurden durchweg relativ günstig beurteilt, während Methoden mit hoher Sicherheit wie die Pille und das Intra-Uterin-Pessar dabei als recht bedenklich eingeschätzt und deshalb gemieden werden."*
- daß immer noch keine unschädlichen Verhütungsmittel für Männer und Frauen entwickelt sind.

Bezeichnend ist wieder einmal, daß mit der Untersuchung nur die Frauen erfaßt wurden (alle Zitate aus: „Neue Hannoversche Presse", 20.06.79).

AG Frauen/Hannover

Kinder

Diskussion über fortschrittliche Kindererziehung

Der folgende Beitrag „Ist die Kinderpolitik des KB abgehoben?" wurde bereits im vergangenen Herbst eingeschickt. Er bezieht sich auf eine damals im AK geführte Auseinandersetzung um fortschrittliche Pädagogik/kollektive Kindererziehung. Der Artikel wurde damals nicht gedruckt. Das wurde inzwischen von den Verfassern kritisiert. Da diese zudem der sog. „Kritik-Fraktion" nahestehen (vgl. AK 156), hat der Artikel für diese Auseinandersetzung eine neue Relevanz. Anschließend an diesen Artikel drucken wir die Erwiderung eines Genossen der Kinder-Kommission.

AK-Redaktion

1. In der gegenwärtigen Auseinandersetzung um kollektive Kindererziehung wird von Interessengegensätzen zwischen Kindern und Erwachsenen ausgegangen: *„Wir möchten problematisieren, daß die Kinder in dieser Gesellschaft von den Erwachsenen abhängig sind, sowohl finanziell wie auch rechtlich, wenn nicht gar auch oft moralisch".* (Kinderkommission in AK 141)

Aus unserer täglichen Arbeit mit proletarischen Kindern können wir dies nur bestätigen: Die meisten Kinder müssen sich jede Mark erbetteln, vielen Kindern wird die einfachste Selbstbestimmung, wieviel sie essen wollen, was sie anziehen, welche Freunde sie einladen können, verweigert, und oft müssen sie es sich gefallen lassen, angeschrien oder geschlagen zu werden.

Konsequenter noch richtet sich der Schulalltag nach den Lehrplänen und Strukturen, die sich „Erwachsene" ausgedacht haben.

Erwachsene? Wir sind allerdings der Meinung, daß sich den Kindern „die Erwachsenen" nicht als unterschiedslose Masse darstellen. Sicher, konkret erleben sie, daß d i e E l t e r n sie einengen, strafen oder beschimpfen, aber sie sind durchaus in der Lage, „dahinter" zu sehen. Das ist auch eine unserer wichtigsten Aufgaben als fortschrittliche Erzieher und Eltern, die Kinder beim notwendigen Einblick zu unterstützen, in das, was dahinter steckt – daß die Arbeitereltern den Kindern die mei-

das, was dahinter steckt – daß die Arbeitereltern den Kindern die mei-
sten Wünsche nicht erfüllen können und daß sie oft kaputt sind, letztlich die Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten und ihren Staat.

Wir müssen den Kindern helfen, die Ursachen ihrer Unterdrückung in der Familie, Schule und auf der Straße zu erkennen und ihnen helfen, d a g e g e n sich zusammenzuschließen. (Das heißt nicht, daß Kinder nicht in bestimmten Situationen auch gegen ihre Eltern kämpfen müssen, aber das ist insgesamt ein untergeordneter Aspekt.)

Diese Aufgabe (die Kinder zu unterstützen, sich zusammenzuschließen) ist in den Familien (und seien dort auch noch so fortschrittliche Menschen versammelt) nicht möglich. Dort sind die Kinder in erster Linie „überflüssige Esser"; die Arbeit und die Kosten der Eltern werden von der Gesellschaft nicht zurückerstattet. Um es klar zu sagen: Das heißt nicht, daß sich nicht viele Arbeitereltern bis zur völligen Erschöpfung für ihre Familien einsetzen und ihre Kinder aufopfernd lieben; es ist dies eine *„objektive gesellschaftliche Tendenz, zu deren Eigentümlichkeiten es gerade gehört, daß sie sich hinter dem Rücken der Betroffenen durchsetzt."* (L.v. Werder, Was kommt nach den Kinderläden, 1977.)

2. Die Kinder haben in den meisten Familien nicht viel zu sagen. Worauf können sie sich berufen, wenn sie mehr Rechte für sich fordern? Auf Appelle an die Erwachsenen? Die Kinder der „Red flowers" in Eritrea haben da anderes vorzuweisen (AK 137): Sie bewirtschaften eine Gemüseplantage in Decamhare, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung und nehmen damit teil am Kampf ihrer Klasse in der Produktion und der Revolution. Diese Kinder haben ein kollektives Selbstbewußtsein und genießen die Anerkennung der Erwachsenen.

Denn hier ist die Grundlage der Abhängigkeit der Kinder angegangen: sie sind nicht mehr kindlich, unmündig, sondern setzen ihre Kräfte in den gemeinsamen Kampf ein.

Die Kinderkommission (AK 141) stellt die Frage: *„Wie wollen zwei ungleich berechtigte Partner ihre Interessen gleichberechtigt formulieren?"*, und beantwortet sie selbst mit der Aufforderung, den Kindern mehr Rechte einzuräumen.

Das ist für Kommunisten eine sehr unbefriedigende Antwort. Auch die Arbeiterklasse insgesamt kann sich nicht dadurch von ihrer Unterdrükkung befreien, daß sie einen Appell für mehr Rechte startet, sondern wir müssen dafür kämpfen, die materielle Grundlage für die Befreiung zu schaffen.

Die materielle Grundlage für die Befreiung der Kinder ist die Teilnahme am Kampf ihrer Klasse.

Unter den Arbeiterkindern, die wir kennen, sind nicht diejenigen am selbstbewußtesten und mutigsten, sind nicht diejenigen am besten zu solidarischen Beziehungen fähig, die die meisten Freiräume genießen, sondern diejenigen, die von ihren Eltern einbezogen werden in ihre Kämpfe, z.B. in den Kampf um die materielle Existenz. Oft sind z.B. gerade die Kinder aus sog. zerrütteten Familien am wenigsten „verkindlicht", weil hier die Mütter häufig auf die Hilfe ihrer Kinder angewiesen sind. Je mehr die Kinder bewußt in diese Kämpfe einbezogen sind, umso mehr werden die Kinder gleichberechtigt.

3. Es ist unbestreitbar, daß die Familien mit diesem Anspruch überfordert sind. Die Einrichtung von Kinderkollektiven ist bitter nötig, vor allem für die Kinder, aber auch die Eltern. Wir wehren uns aber dagegen, die Kinder a u s s c h l i e ß l i c h in Kinderkollektiven erziehen zu wollen und die Kräfte für den Kampf um „Kinderhäuser rund um die Uhr" zu verschleißen (vgl. AK 136: *„Revolutionär fände ich es, wenn Kinder überhaupt nur in Kinderkollektiven aufwachsen und leben".*)

Unterstreichen möchten wir die Gedanken Hoernles (KPD, 1929) zu dieser Frage: „*Kommunistische Kin-*

Gedanken Hoernles (KPD, 1929) zu dieser Frage: „Kommunistische Kin-
derheime! Auch dieses Wort klingt manchen Genossen berückend ins Ohr. Auch hier ein Stück falscher Romantik. Es ist eine Illusion zu glauben, die kommunistische Partei oder Jugend könnte revolutionäre Heimerziehung leisten, ohne vorher die politische Macht zu besitzen. Kinderheime im großen, als Basis der revolutionären proletarischen Erziehung, sind ein Problem der proletarischen Diktatur. Innerhalb des bürgerlichen Klassenstaats, und vor allem in einer Periode verschärfter Klassenkämpfe, ist kommunistische Kinderheimerziehung im großen unmöglich. Nicht nur, weil der Partei die Mittel selbst dort fehlen, wo sie bereits die führende Partei des Proletariats ist, sondern auch, weil die herrschende Bourgeoisie mit legalen (Lehrbefähigungsnachweis, Ausnahmegesetze) und illegalen Mitteln (Faschismus) die proletarischen Kinderheime, sobald sie revolutionären Geist atmen, unmöglich macht. Aber abgesehen von äußeren Hindernissen – auch dort, wo vor Ergreifung der Macht infolge labiler Machtverhältnisse die Schaffung einzelner kommunistischer Kinderheime möglich ist, bergen sie große Gefahren. Sie lenken zu leicht die Kräfte und die Aufmerksamkeit der revolutionären Erzieher von ihrer Hauptaufgabe ab, der Arbeit unter den proletarischen Kindermassen, sie verleiten dazu, die Kraft in pädagogischen Experimenten zu vergeuden, während draußen Millionen Arbeiterkinder ohne jede pädagogische Führung überhaupt sind. Nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen werden kommunistische Kinderheime schon vor Ergreifung der Macht möglich sein: a) bei labilen Machtverhältnissen zwischen Proletariat und Bourgeoisie, b) wenn die Partei bereits die Führung der Massen des Proletariats hat, c) wenn genügend geschulte und als revolutionäre Kämpfer bewährte Erzieher vorhanden sind, d) wenn es gelingt, die Heimerziehung mit der gesellschaftlichen Produktion und den kämpfenden Massen in engster Verbindung zu erhalten. Immer muß der Leitstern sein: Erfassung breiter Kindermassen innerhalb ihres gegebenen proletarischen Milieus mit dem Zweck, sie in den Kampf um die Veränderung dieses Milieus handelnd einzuführen. Sie müssen ihr Milieu als Teil der proletarischen Klassenlage begreifen." (Hoernle, Grundfragen proletarischer Erziehung, 1929, Ausgabe Fischer 1973, S. 161/162.)



Natürlich sind „rote" Kinderhäuser richtig. Sie sind richtig, wenn wir sie nutzen für den Kampf um die Massen:

Wenn die Kinder dadurch gestärkt werden, in die Kämpfe in ihrer Schule und in ihrer Straße aktiv einzugreifen und vor allem versuchen, an die Stelle der Vereinzelung die Solidarität der Kinder untereinander zu setzen.

Wenn die Erwachsenen dadurch gestärkt werden, vor allem die Frauen fähig werden, an der gesellschaftlichen und politischen Arbeit teilzunehmen. Wenn die Arbeit der Initiative zu einem Kampfinstrument wird, um zu demonstrieren, daß kollektive Erziehung möglich ist und diese Erziehung zu einer Forderung wird, auf die auch die Masse einen Anspruch hat und die sie braucht.

Falsch ist es, „rote Inseln" zu schaffen, die ausschließlich den Kindern der bewußtesten Menschen (und damit einer privilegierten Minderheit) zugutekommen.

Einige Betreuer einer Hamburger Kinderinitiative

Linke Kindererziehung – ein Lernprozeß

Mit dem vorstehenden Beitrag sind wir in einer Auseinandersetzung, die sich zumindest durch die letzten 10 Jahre linker Erziehung in der BRD hindurchzieht.

1. Der erste Streitpunkt ist der Stellenwert von Auseinandersetzungen und Widersprüchen zwischen Eltern und Kindern. Der „*Kampf gegen die Eltern*" ist für die Betreuer ein „*untergeordneter Aspekt*". Hauptseite fortschrittlicher Kindererziehung ist für sie, Kindern zu helfen, *„ihre Unterdrückung in der Familie, Schule und auf der Straße zu erkennen"* und *„dagegen sich zusammenzuschließen"*. Abgeleitet wird diese kämpferische Aussage aus der Tatsache, daß insbesondere Arbeitereltern für viele ungerechte Sachen, die sie sich gegen Kinder leisten, nicht verantwortlich zu machen sind, sondern *„letztlich die Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten und ihren Staat"* dahintersteht.

Dabei wird übersehen, daß Kinder in der Regel erst einmal mit ihren Eltern konfrontiert sind, sich mit deren Verhalten einrichten, abfinden oder dagegen wehren müssen. Entsprechend scheint mir das Einwirken auf das Bewußtsein von Erwachsenen, nämlich ihre Vorstellungen über den Umgang mit Kindern, eine wesentliche Seite fortschrittlicher Erziehung zu sein.

Dabei kann man wohl davon ausgehen, daß das Interesse, über Verhalten gegenüber Kindern selbstkritisch nachzudenken und zu diskutieren, durchaus vorhanden ist.

So ist z.B. festzustellen, daß der Anteil derjenigen Eltern, die Schläge für ein „Erziehungsmittel" halten, in den letzten 15 Jahren deutlich abgenommen hat (von über 80 % auf unter 50 % – auch wenn das natürlich noch viel zu viel ist).

Ich habe insgesamt den Eindruck, daß, nachdem uns der KBW 1975 in der Frauenpolitik damit kam, man/frau dürfe durch das Austragen von „Widersprüchen im Volk" keine Spaltung in die Arbeiterklasse tragen, heute die Verfasser der obigen Stellungnahme Ähnliches vorschlagen: Rührt nicht an das Verhältnis der Arbeiterkinder zu ihren Eltern. Fragt sich nur: Was nützt das den Kindern?!

2. Es scheint konsequent, wenn die Betreuer vor dem Hintergrund ihrer Geringschätzung der Konflikte zwischen Kindern und Eltern den Appell für mehr Rechte der Kinder als *„eine sehr unbefriedigende Antwort"* empfinden. Sie haben eine, die sie mehr befriedigt: **„Die materielle Grundlage für die Befreiung der Kinder ist die Teilnahme am Kampf ihrer Klasse".**

Um in diesem Punkt Handfestes vorweisen zu können, schweifen sie in die Ferne, zu den Kindern der „Red flowers" in Eritrea. Es ist für agrarische, vorindustrielle Gesellschaften nichts ungewöhnliches, daß Kinder an der Produktion teilnehmen und einen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung leisten. Es wird kaum einer auf die Idee kommen, daraus ein höheres Maß von Gleichberechtigung oder Befreiung der Kinder abzuleiten. (Fragt mal eure Großeltern, falls sie auf dem Lande aufgewachsen sind!!) Das Besondere an den „Red flowers" ist, daß die Erwachsenen den Kindern zugestanden haben, teilweise selbstverantwortlich an der Produktion teilzunehmen. Kurzum: Daß Erwachsene ihnen mehr Rechte eingeräumt haben.

Teilnahme am Klassenkampf vermittelt sich eben über Erwachsene. Wie das in der BRD für die „Kindermassen" aussehen soll, schreiben die Verfasser denn auch lieber nicht. Die Möglichkeiten zur „Teilnahme am Klassenkampf" scheinen mir zumindest sehr, sehr eingeschränkt zu sein. Genauso der *„Zusammenschluß"* gegen die *„Unterdrückung in der Schule"*. Die am weitesten verbreitete Gegenwehr von Kindern dagegen sind heute leider Bauchschmerzen und Übelkeit.

3. Ideologische Quelle der Konstruktionen der Verfasser ist Edwin Hörnle, dessen Vorstellungen anscheinend unkritisch übernommen und auf die heutige Situation übertragen werden.

Hörnle leitete die Kinderarbeit der KPD in der Weimarer Republik, also in einer Klassenkampfsituation, die der heutigen nicht vergleichbar ist. Die KPD besaß einen Masseneinfluß in der Arbeiterklasse, die Zahl der Kinder organisierter Kommunisten zählte in zehntausenden. Entsprechend waren diese Kinder mit ganz anderen ideologischen Einflüssen und mit der t a t s ä c h l i c h e n Teilnahme ihrer Eltern am Klassenkampf konfrontiert.

In dieser Situation entwickelte Hörnle das Konzept proletarischer Kindergruppen, deren Ziel ein Einwirken auf die Masse der Arbeiterkinder war. In der Praxis ist dieses Konzept den Beweis seiner Richtigkeit schuldig geblieben bzw. konnte ihn nach der Machtergreifung des Faschismus nicht mehr erbringen. Lutz von Werder, der bestimmt nicht verdächtigt werden kann, Hörnle in die Pfanne hauen zu wollen (immerhin hat er 1969 zusammen mit Reinhart Wolff Hörnles „Grundfragen proletarischer Erziehung" herausgegeben), schreibt zur Situation 1929 (dem Jahr des von den Verfassern ange-

führten Hörnle-Zitats): *„Die Krise der Kinderarbeit zeigte, daß der JSB (Jungspartakusbund) die Arbeit der Erwachsenen noch oberflächlich kopierte, die neu entwickelten Arbeitsformen und -methoden noch zuwenig dem kindlichen Wesen anpaßte. Die bloße Beteiligung der Kinder an Parteiaktionen, die Verwendung der Parteisprache im Kinderverband und die Übernahme von Parteilosungen erfüllten nicht die Forderung nach kindgemäßer Verbindung von Unterhaltung und Bildungsarbeit mit dem Klassenkampf".* („Sozialistische Erziehung in Deutschland 1848-1973", Fischer-Taschenbuch 1974.)

Trotz gewandelter gesellschaftlicher Verhältnisse und offener Fragen zur Richtigkeit der Vorstellungen Hörnles hat die unkritische Übernahme der „Grundfragen ..." Traditionen in der BRD-Linken. Hörnles Buch erschien 1969 neu in der BRD, gezielt auf die Umorientierungsdebatte der antiautoritären Kinderläden. Werder und Wolff, die Herausgeber, schrieben allerdings im Vorwort: ***„Hörnle kann für die heutige Situation keine unmittelbaren Handlungsanweisungen geben. Er kann aber einer sozialistischen Erziehungsbewegung Erfahrungen vermitteln, die den heutigen Kampf konkretisieren und antizipatorische pädagogische Experimente fördern".***

Hörnle wurde dann aber doch als „Handlungsanweisung" benutzt. Teile der APO orientierten sich von ihrer bisherigen Basis und ihren Protestformen um auf die Betriebsarbeit, später den Parteiaufbau. Das schlug sich auf die bestehenden Kinderladenprojekte nieder; beispielhaft sei hier der Kinderladen Berlin-Kreuzberg genannt (in dem u.a. der Hörnle-Mitherausgeber R. Wolff arbeitete): *„1. Es gilt, Stützpunkte in den Arbeitervierteln zu gründen, am besten durch die Verlegung der schon bestehenden Kinderläden in Arbeiterbezirke.*
2. Diese Stützpunkte müssen ... politische Arbeit unter den Kindermassen beginnen.
3. Die Form der Organisation der Arbeiterkinder sind: freie Kindergruppen, Kinderclubs, proletarische Kindergärten, proletarische Schulzellen.
4. Unser Ziel ist die Politisierung der Arbeiterfamilie und die Entfaltung des Volksschulkampfes." ("Erziehung zum Ungehorsam", Frankfurt 1970, S.65).

Wenig später mußte dieser Kinderladen feststellen, daß diese Vorstel-

Wenig später mußte dieser Kinderladen feststellen, daß diese Vorstellungen unrealistisch waren: *"Wir überschätzten die Macht des Bewußtseins der Kinder und negierten zu sehr die Macht der Verhältnisse, die der Produktionsprozeß vermittels Schule und Familie für das proletarische Kind ständig reproduziert."* Die Konsequenzen waren weitgehend: **„Proletarische Erziehungsarbeit kann sich als Erziehung zum Klassenkampf nur im Zusammenhang revolutionärer Organisationen des Proletariats selbst entfalten. Alles andere ist linkslerische Projektmacherei".**

Und in diese Schublade "linkslerische Projektmacherei" ist nach dem Ende der Kinderladenbewegung vieles gesteckt worden, was sich an alternativer Erziehung in der BRD noch getan hat. Es ist noch nicht allzu lange her, daß KB-Genossen argumentiert haben, ihre Kinder sollten nicht in alternative Kinderinitiativen gehen, sondern lieber „unter den Arbeiterkindern" im städtischen Kindergarten „Klassenkampf führen" (obwohl natürlich keiner wußte, wie das nun aussehen sollte). Der KBW holzte gegen eine der Initiativen. *"Triebfeder für dieses Projekt ist die soziale Lage des Kleinbürgertums, dem es unerträglich ist, seine Kinder in einfachen Kindergärten unterzubringen, und das deshalb Sondereinrichtungen fordert"* (1977).

4. Was für praktische Konsequenzen ziehen die Nachfahren Hörnles denn nun für die heutige Situation? Sicherlich können sie nicht davon ausgehen, daß in den staatlichen Kindergärten, in denen die Masse von Arbeiterkindern untergebracht sind, "proletarische Kindererziehung" betrieben wird. Genauso wenig davon, daß die dort untergebrachten Kinder den Klassenkampf führen. Also bleibt auch nur "Projektmacherei" oder Abwarten. Und in der Tat gibt es ja hier und da Kindergruppen, in denen a la Hörnle "Klassenkampf" gelehrt wird (Wobei die Leute, die das machen, allerdings nicht auf die Idee kommen, daß das auch nur Inseln sind).

Mir scheint es sinnvoller, sich mit den tatsächlichen Verhältnissen zu beschäftigen. Vielerorts haben – zum großen Teil ohne Mitarbeit von Kommunisten – Eltern, Erzieher u.a. es in die Hand genommen, fortschrittliche Erziehungsprojekte zu betreiben. Hier mitzuarbeiten, unsere Vorstellungen über Kindererziehung zur Diskussion zu stellen, das wird verstärkt unsere Aufgabe sein.

In diesen Initiativen geht es allerdings nicht nur darum, die Kinder zu stärken, in der Schule oder „ihrer Straße" aktiv mitzukämpfen. Es geht um so banale und antiautortäre Sachen wie Bedürfnisbefriedigung u.a. in der Sexualität, Kampf gegen Rollenerziehung von Mädchen und Jungen, Lernen von Solidarität, von Formen, sich gegenseitig auseinanderzusetzen – um Fragen, in denen man mit Hörnle glatt Schiffbruch erleiden wird (vgl. Hörnles Ausführungen zur Sexualerziehung, in "Grundfragen", S.191 ff.).

In diesen Initiativen geht es nicht nur darum, den Massen zu demonstrieren, daß kollektive Erziehung möglich ist und die Massen dafür zu agitieren. Diese Projekte gehen davon aus, daß Linke in Sachen Kindererziehung nicht die Weisheit mit Löffeln gefressen haben sondern lernen müssen und Erfahrungen sammeln, wie es ein Westberliner Projekt schon 1969 formulierte: *"Der Kinderladen ist auch ein Projekt zur Erziehung der Erzieher. Er stellt den Eltern und den mithelfenden Genossen die Aufgabe, sich selbst in Frage zu stellen und ständig zu verändern."*

Ein Genosse der Kinderkommission Hamburg



Kurzmeldungen

Na immerhin: Prügelpädagogik im Abwind

Als die letzte Repräsentativbefragung über Schläge als Erziehungsmittel durchgeführt wurde, sprachen sich noch ca. 80 % der BRD-Bevölkerung für Prügel aus. Das war Mitte der 60er Jahre.

Jetzt hat das Institut in Allensbach wieder eine Befragung durchgeführt: Für „körperliche Züchtigung" sprachen sich nur noch 48 % der Befragten aus, dagegen waren 31 % – der Rest war sich nicht sicher („Hamburger Abendblatt", 28.6.79). Diese Zahlen sind bestimmt noch unbefriedigend, sie liegen aber erstaunlicherweise unter Vergleichswerten aus anderen westeuropäischen Ländern wie Frankreich und Großbritannien. Wo doch die BRD sonst in Sachen Kinderfeindlichkeit fast immer Spitzenreiter ist.

„Bild", der Zeitung mit dem „Herz für Kinder", paßte das Umfrageergenis wohl gar nicht. Wenigstens läßt das Blatt sechs Eltern auf die Frage antworten: *Geben sie ihrem Kind manchmal auch 'nen Klaps?".* Mit ja antworteten vier, einer meinte, der letzte Klaps für's Kind sei schon lange her und nur einer lehnte Schläge grundsätzlich ab. In Prozent: 67 % dafür, 16,5 % dagegen, 16,5 % unentschlossen. Springer hat eben seine eigene „Repräsentativität". Spitzenreiter im „Volksempfinden": **Inga Geller, 37, „Pädagogin"**: *„Für Unfolgsamkeit bekommt Lars (2 1/2) schon mal einen Klaps auf den Po. Auch kräftiger, die Windeln dämpfen ja sehr..."* („Bild", 29.6.79).
Die Frau hat zumindest ihren Beruf verfehlt.

* * *

Sexualkunde in Baden-Württemberg kein Pflichtfach

Das Stuttgarter Verwaltungsgericht
berg kein Pflichtfach

Das Stuttgarter Verwaltungsgericht hat eine Einstweilige Anordnung erlassen, derzufolge Sexualkunde in Baden-Württemberg nur auf freiwilliger Basis an den Schulen unterrichtet werden darf. Es gab damit dem Antrag eines Elternpaars, das einer religiösen Sekte angehört, statt.

Begründet wurde die Anordnung damit, daß es noch keine landesgesetzliche Grundlage für den Sexualkundeunterricht gebe. Ähnlich hatte vor Jahren auch das Verwaltungsgericht in Hamburg eine entsprechende Entscheidung auf den Antrag eines CDU-Mitgliedes hin begründet. Erwähnenswert an der Begründung ist die Ansicht des Gerichts, der Versuch, das Thema ohne *„jede Äußerung zur ethischen Seite der Thematik"* zu behandeln, müsse bei den Schülern *„den Eindruck erwecken als handele es sich um etwas Selbstverständliches".* Das würde ja nun auch wirklich zu weit gehen!

* * *

Freispruch mit Pferdefuß

In Hamburg kam eine Mutter eines 15jährigen Jugendlichen vor Gericht, weil sie das Kind am Schulbesuch gehindert haben soll. Der Jugendliche war seit einem guten Jahr nicht mehr in die Schule gegangen, und hatte es seit seinem achten Lebensjahr vorgezogen, lieber 100 Fehltage im Jahr zu haben, als regelmäßig zur Schule zu gehen.

Vor Gericht wurde der Mutter vom Amtsrichter angelastet, daß sie ihren Sohn bereits als Achtjährigen nicht mehr lenken konnte, wohl weil sie während der mehrtägigen Verhandlungen erklärt hatte, daß ihr Sohn schon damals eine fertige Persönlichkeit gewesen sei. Daß achtjährige Kinder eine Persönlichkeit sind, hören ja bekanntlich weder Richter noch Pädagogen gern.

Daß die Mutter nicht verurteilt wurde, „verdankt" sie wohl auch der Schulbehörde, die trotz Antrags keinen Hauslehrer für das Kind stellen wollte und die Mutter auch sonst nicht unterstützt hat. Nun soll aber das Vormundschaftsgericht prüfen, ob man der Mutter nicht das Sorgerecht für das Kind entziehen kann. – Konkret: Es soll geprüft werden, ob das Kind nicht in ein Heim eingewiesen werden kann!

Kinder- Kommission

Frankfurt: Seit neun Jahren bestehender Kinderladen soll abgewürgt werden

Mitte Juni erhielt der „Verein Kinderkollektiv Röderbergweg e.V." in Frankfurt die Kündigung seiner Räume durch das städtische Liegenschaftsamt. Begründet wird die Kündigung mit „Brandschutzmängeln". Tatsächlich ergab eine „Brandverhütungsschau" im Januar dieses Jahres Mängel, die dem Kollektiv mitgeteilt und fristgerecht beseitigt wurden.

In persönlichen Gesprächen mit Vertretern der Brandschutzbehörde und des Liegenschaftsamtes erfuhren die Eltern und Erzieher dann immer wieder Neues: „Es fehlt ein zweiter Fluchtweg". „Aber selbst wenn der da wäre, bekäme der Kinderladen die Kündigung". Oder „Das Haus soll sowieso abgerissen werden." Das ganze Haus sei „brandtechnisch in einem katastrophalen Zustand".

Bis heute sagt die Stadt nicht offen, was sie eigentlich vorhat und verweigert das brandpolizeiliche Gutachten, auf das sie sich bei der Kündigung beruft.

Der Kinderladen Röderbergweg ist einer der ältesten Kinderläden Frankfurts. Er besteht seit ca. neun Jahren. Die Räume des Kinderladens sind — obwohl das Haus in einem sehr schlechten Zustand ist — ideal für die Kinder, nämlich sehr groß und hell. Im Preis wiederum sind sie ideal für die Eltern: die ca. 250 qm kosten 360 DM Kaltmiete.

Der Kinderladen besteht aus zwei Kindergruppen mit insgesamt 26 Kindern. Sie werden von vier Bezugspersonen und zwei Eltern (es existiert ein Elterndienst) betreut. Allein schon an diesen großzügigen Räumlichkeiten und an dem Erzieher-Kind-Verhältnis wird klar, daß sich der Kinderladen von den herkömmlichen städtischen Einrichtungen unterscheidet.

Bei der Kündigung fallen einige Merkwürdigkeiten auf, z.B.:

- Nach fast zehn Jahren und mehreren Brandschutzprüfungen fällt der Stadt bzw. dem Brandschutz auf, daß der Kinderladenbetrieb nicht mehr zu verantworten sei.
- Wenn das ganze Haus brandtechnisch in einem schlechten Zustand ist, warum wird nur dem Kinderladen gekündigt? (Im Haus gibt es auch einige Privatwohnungen).
- Während das Liegenschaftsamt sich auf eigene Faust beim Stadtschulamt nach freien Kindergartenplätzen erkundigt, vermietet das Stadtschulamt die seit Monaten leerstehenden Räume einer Kindertagesstätte „zweckentfremdet" an den Arbeitersamariterbund.

Das Vorgehen der Stadt läßt die Vermutung aufkommen, daß es hier nicht vorrangig um die Sicherheit der Kinder geht, sondern daß eine günstige Gelegenheit ergriffen wurde, um nach den KITAS ein weiteres unliebsames Kinderprojekt kaputt zu machen. Dazu paßt auch das bisher unkooperative Verhalten des Liegenschaftsamtes, das auf die Forderung der Eltern nach Ersatzräumen zwar beteuert, man würde sich bemühen, aber gleichzeitig die Aussichtslosigkeit einer Suche betont und die Eltern vor „Illusionen" warnt.

Was eine Schließung des Kinderladens für die Kinder und Erwachsenen bedeuten würde, schreiben sie in einem Flugblatt: *„Wir haben die feste Absicht, unseren Kinderladen weiterzuführen und nehmen dabei auch eine Äußerung von Oberbürgermeister Wallmann sehr ernst, der anläßlich des KITA-Konflikts vor anderthalb Jahren seine Bereitschaft erklärte, Initiativen freier Träger unterstützen zu wollen. Ein Ende unseres Kinderladens würde bedeuten, daß 26 Kinder auseinandergerissen würden und das enge Verhältnis vieler Kinder zu ihren Betreuern zerstört würde. Es würde bedeuten, daß der sehr hilfreiche Kontakt der Eltern untereinander verloren ginge. Und es wäre sicher nicht nur für uns völlig unverständlich, wieso einer Initiative, die seit neun Jahren erfolgreich besteht und die z. B. während dieser ganzen Zeit durch Zuschüsse der Stadt mitfinanziert worden ist, nun die Unterstützung versagt bliebe".*

KB-Frauengruppe Frankfurt



Schwule

Hunderttausende demonstrierten für sexuelle Rechte



„Stonewall heißt: SICH WEHREN!
Rathaus heißt: SICH WEHREN!
Dan White heißt: SICH WEHREN!
Peg's Place heißt: SICH WEHREN!"

Diese Parolen wurden immer wieder von Teilnehmer/innen der bisher größten "Gay-Freedom-Day-Demo" gerufen, die jemals stattgefunden hat. 300.000 Schwule, Lesben, Transsexuelle, Transvestiten und viele andere Unnormale machten diesen 10.Jahrestag von Stonewall zu einem Tag der Gay Power. Alles was in Kalifornien und Umgebung Beine und etwas gegen die Diktatur der Normalität hatte, war auf den Straßen, und wer keine Beine hatte, wie etwa schwule Vietnam-Veteranen, wurde im Rollstuhl gefahren. Über 80 Gruppen hatten diesen Tag lange vorbereitet

det, die Unterdrückung homosexueller Frauen und Männer ein für alle mal zu beenden." („Workers World", 29.6.79).
Während der Demonstration zeigte sich die Polizei nur spärlich und wurde *„mit höhnischem Beifall bedacht. Im Hintergrund hielt sie allerdings für den Fall eines (erneuten) Aufruhrs eine Eingreifreserve in Bürgerkriegsausrüstung bereit.*" („TAZ", 6.7.79).

New York

Angeführt von einem großen und militanten Block lesbischer Frauen bewegte sich der Zug, an dem Schwarze und Weiße, Junge und Alte, Latinos und Asiaten teilnahmen, vom traditionellen Sheridan-Place über die 5th Avenue zum Central-Park. Das gesamte Spektrum der Gay Community war auf dieser über 100.000 Menschen umfassenden Demonstration



Zehn Jahre nach Stonewall demonstrierten 100 000 in New York

und demonstrierten in z.T. malerischer Aufmachung durch die Straßen der Stadt. Darunter: Asian Gays of the East Bay and San Franzisco, Gay American Latino Association, Third World Gay Caucus, Gay American Indians, Gay Fathers, Lesbian Mothers, Gays gegen Atomkraft, Grey Panthers, Lesben gegen Polizei-Brutalität, Lesben im Schuldienst, Eltern von Lesben und Schwulen, Kinder homosexueller Eltern und viele andere.
hers, Lesben gegen Polizei-Brutalität, Lesben im Schuldienst, Eltern von Lesben und Schwulen, Kinder homosexueller Eltern und viele andere.
Wesentlichen Mobilisierungseffekt für diese Demo hatte auch das milde Urteil gegen den Mörder Dan White, der den ersten offen schwulen Stadtrat von S.F., Harvey Milk, Ende 1978 ermordet hatte. Dieses Urteil hatte in der gesamten „Gay Community" einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und dazu geführt, daß am 21.5.79 mehr als 5.000 aufgebrachte Lesben und Schwule das Rathaus von S.F. gestürmt hatten und die beiden ersten Etagen demolierten. (Wir berichten demnächst ausführlicher über dieses militante "Zweite Stonewall".)
Die Parolen dazu: *„Dan White kommt davon – Schwarze sitzen lebenslang im Knast!"* rief die Gruppe "Lesben gegen Polizei-Brutalität", *„Dan White – Schlägertyp der Neuen Rechten"* war aus dem Block der Gruppe "Lesben im Schuldienst" zu hören.
Die Abschlußkundgebung fand auf dem Rathausplatz statt, wo knapp fünf Wochen vorher die Schlacht mit den Bullen stattgefunden hatte. Unter Hinweis auf dieses militante Ereignis sagte Cleve Jones, ein führendes Mitglied der Gay Lib: *„In jener Nacht nahm die Wut der Schwulen und Lesben Form an und dampfte wie eine Lokomotive die Marketstreet herunter!"* Harry Britt erinnerte daran, daß der ermordete Harvey Milk auf der Kundgebung des letzten Jahres an dieser Stelle sagte: *„Die Geschichte gehört jenen Menschen, die Ungerechtigkeit erleiden und was dagegen t u n."*
„In den letzten 10 Jahren haben wir versucht, diese Botschaft überall hin zu verbreiten. Aber in der Nacht des 21.5.79 passierte hier etwas, was den Gedanken von Stonewall wieder belebte, den Gedanken der Herausforderung, der in der Forderung mün-

vertreten, darunter viele Organisationen, in denen sich Lesben und Schwule aus Ländern der 3. Welt zusammengeschlossen haben, sowie Lesben und Schwule gegen Atomkraft und Kontigente linker Parteien und Organisationen. (Auch eine Gruppe aus West-Berlin überbrachte „Love from Berlin"). Der Gesamtzug, der sich über 30 Straßenblöcke erstreckte, stand
Berlin überbrachte „Love from Berlin"). Der Gesamtzug, der sich über 30 Straßenblöcke erstreckte, stand
unter der Parole „10 Jahre Kampf". Die Sprecher/innen auf der Abschlußkundgebung wiesen anhand konkreter Beispiele auf die fortbestehende Unterdrückung Homosexueller hin und betonten, daß der Kampf noch lange nicht zu Ende sei, sondern verstärkt weiter geführt werden müsse, denn die Antischwul/lesbische Reaktion nehme zu. Alle Sprecher/innen mobilisierten für den im Oktober 79 stattfindenden "Nationalen Marsch auf Washington" und forderten die gesamte nationale „Gay Community" auf, diesen Tag zu einer machtvollen Präsentation der Gay Power im Lande zu machen. Kathi Dennis, Sprecherin der "Youth against War and Fashism" und lesbische Mutter – ihr Sohn stand während ihrer Rede neben ihr auf der Tribüne – führte aus: *„Es sind die gleichen Unterdrücker, die die Preise hochschrauben, die uns Jobs verweigern, weil die Arbeitslosigkeit zu hoch ist, die uns die medizinische Versorgung verweigern, weil Krankenhäuser geschlossen werden. es sind dieselben Unterdrücker, die auch uns unsere Rechte verweigern. Wir müssen uns zusammenschließen, um gemeinsam gegen diese Unterdrücker vorzugehen und den Rassismus, Sexismus und die antischwule und antilesbische Hetze zu zerschlagen."* („Workers World", 29.6.79).

Kopenhagen

„Raus aus der Isolation, rein in die Bewegung" forderten Flugblätter, die auf der Kopenhagener Demonstration verteilt wurden. Die Demo, zu der 1.000 Schwule und Lesben kamen, war vom „Forbundet af 1948" und der „Boessernes Befrielses Front" organisiert worden.

Turin/Italien

6.000 kamen auf ein Open-Airfestival, das Mitglieder der italienischen Schwulenbefreiungsorganisation FUORI in dem größten Park der Stadt veranstaltet hatten, um das 10-jährige bestehen der Weltschwulenbewegung zu feiern.

London

An der bisher größten Schwulen- und Lesbendemonstration in Europa nahmen am 30. Juni in London zwischen 7.000 (Gay Switchboard) und 10.000 (Guardian) Menschen teil. Die Demo bewegte sich durch Londons Innenstadt zum Hyde-Park, wo zum Abschluß ein Kulturprogramm stattfand. Die Demonstration bildete den Höhepunkt einer „Gay Pride Week", zu deren Durchführung sich bereits Ende 1978 fast alle englischen Schwulen- und Lesbengruppen zusammenschlossen. Unterstützt wurden die Aktivitäten der „Gay Pride Week" auch von der „Anti-Nazi-League", von „Rock Against Racism", der Greater London Art Association und einzelnen Prominenten wie Elton John und Tom Robinson, die auf mehreren Veranstaltungen auftraten.
Hauptsächliches Ziel der Veranstaltungen war es, soviel Lesben und Schwule wie möglich aus der Anonymität in die Öffentlichkeit zu ziehen und ihr homosexuelles Selbstbewußtsein zu stärken. Diesem Zweck vor allem diente das breite Angebot von Konzerten, Theateraufführungen, Filmen, Workshops, Lesungen usw. Zwei schwule AK-Leser schreiben darüber aus London: *„Die meist sehr kleinen Veranstaltungsorte waren über die ganze Stadt verstreut. Die große Anzahl kleinerer Veranstaltungen ermöglichte viele persönliche Kontakte, mehr als es bei den Großveranstaltungen möglich ist. Auf dem Weg von einer Veranstaltung zu anderen traf man überall auf Jung und Alt mit „Gay Pride Week Badges". So wurden Schwule und Lesben auf einmal überall sichtbar.*

Außer einigen Veranstaltungen , Lesben auf einmal überall sichtbar.

Außer einigen Veranstaltungen , deren einzige Qualität ihre Zugehörigkeit zur Schwulenbewegung war, gab es anspruchsvolle, kämpferische und künstlerisch qualitätsvolle Aufführungen, wie z.B. Mark Bunyan, der erste ausgesprochen schwule Liedermacher Englands, der in dem ersten Londoner Schwulen Buchladen „Gay's the World" auftrat. Er zog im kabarestischen Stil eine Show mit Liedern über schwule Probleme, Freuden usw. ab, die ihre Komik nicht nur aus den Texten, sondern auch aus musikalischen Anspielungen auf sehr bekannte Personen des Show-Geschäftes zogen. Die Spannung zwischen Tragik und Komik hielt die Zuschauer über eine Stunde in Bann. Das starke Engagement der lesbischen Gruppen hat uns besonders gefreut. Ein sehr großer Teil des Programms wurde von ihnen gestaltet. Eine der wenigen Veranstaltungen von Lesben, die auch für Schwule zugänglich waren, war „Hormone Imbalance" (zu deutsch etwa: „Hormon Durcheinander"), gespielt von fünf professionellen lesbischen Schauspielerinnen, die aus dem bekannten „Gay Sweatshop" hervorgegangen sind. Sie spielten eine satirischen Revue, geschrieben und inszeniert von Melissa Murray, die von den Schwierigkeiten einer engagierten lesbischen Theatergruppe, über Rollenverhalten und das feindliche Verhalten der Gesellschaft handelt, alles mit ungeheuer Vitalität und Agressivität vorgetragen, sodaß das Publikum vor Begeisterung auf die Barrikaden gebracht wurde."
Zu einem guten Besuch aller dieser Veranstaltungen hatte wesentlich eine gelüngene Öffentlichkeitsarbeit des Vorbereitungskomitees beigetragen. So hatte z.B. die große, wöchentlich erscheinende Londoner Programmzeitschrift „Time out" dem 10. Jahrestag von Stonewall die Titelseite gewidmet, nebst vierseitigem Artikel, der über die Entwicklung der Bewegung berichtete.
Von der bürgerlichen Presse wurden sowohl die „Gay Pride Week" als auch die Demo fast ausnahmslos totgeschwiegen oder – wie im Falle des „Guardian„ – zum Anlaß von Hetzartikeln genommen!
(Zum Vorgehen gegen den „Guardian" vgl. Artikel in diesem AK).

Amsterdam

Etwa 3000 demonstrierten am 30.6 in Amsterdam. Organisiert hatte diese Demonstration die „Rosa Front" , eine Koalition aus folgenden Gruppen: Niederländische Vereinigung zur Integration der Homosexualität (COC), Rooie flikkers, Frauenabteilung des COC/Amsterdam, Stichting Vrije Relatierechten (eine Gruppe, die sich zur Unterstützung der US-Schwulen im Kampf gegen Anita Bryant bildete), Werkgroep Homostudies (AG's für das Studium der Homosexualität an verschiedenen Universitäten der Niederlande), sowie den Schwulengruppen der Pazifistischen Sozialistischen Partei (PSP), der Radikalen Politischen Partei (PPR), der Kommunistischen Partei (CPN) und der sozialdemokratischen PvDA. Gleichzeitig maschierten auch mit eigenen Transparenten Mitglieder der ABOP (eine der größten Lehrergewerkschaften, die bereits auf der letzten Tagung der „World Federation of Teachers" im Dezember 1978 in Manila gegen die Briggs-Initiative in Kalifornien protestiert hatte).
Obwohl der Umzug vorwiegend den Charakter eines schwulen/lesbischen Karnevals hatte, wurden in Flugblättern, Broschüren und Reden u.a. folgende politische Forderungen zum Ausdruck gebracht:
– Ein Antidiskriminierungsgesetz soll die Menschenrechte Homosexueller garantieren. (Ein entsprechener Entwurf liegt dem Parlament vor).
– Die niederländische Regierung soll verpflichtet werden, sich auch für die Menschenrechte Homosexueller in anderen Ländern einzusetzen.
– Anerkennung Homosexueller, die wegen ihrer Sexualität in einem anderen Land verfolgt werden, als politische Flüchtlinge.
– Abschaffung sämtlicher Rosa Karteien.
Auf mitgeführten Transparenten wurden vor allem der holländische Bischof Giysen aus Roermond (vgl. Bericht in Ak 153) und Khomeiny wegen ihrer Haltung gegenüber Schwulen angegriffen.
Die Demonstration selbst hatte in den Niederländischen Medien eine weite Verbreitung, fast alle größeren Zeitungen berichteten darüber und

Fortsetzung auf Seite 23



London: Schwule und Lesben besetzten Redaktion des „Guardian"

Einen üblen heterochauvinistischen Artikel brachte die Londoner Zeitung „The Guardian" über die Gay-Demo und das anschließende Fest im Hyde-Park. Grundtenor: Man(n) habe jetzt allmählich genug vom Thema Homosexualität und selbst *„viele, die überhaupt keine Vorurteile haben* (!!), *werden allmählich gelangweilt, wenn sie was über Homosexualität lesen."* Der gesamte Artikel strotzte nur so von süffisanten, schleimigen Bemerkungen, dümmlichen Anspielungen und blöder Ignoranz. Die Reaktion auf diesen Heterochauvinismus ließ nicht lange auf sich warten! Prompt bildete sich ein Komitee „Gays against the Guardian", in dem sich ein breites Spektrum der Gay Lib zusammenschloß: Lesbian Line, Gay Activists Alliance, Sappho, Hormone Imbalance, Ova, Campaign for Homosexual Equality, Deviant Wreckords, South London Gay Liberation, Lesbian Movement of Holland, London Friend, Icebreakers, Gay Switchboard, Gay Pride Week Committee, Gay Left, Lesbian Left!
Kurzerhand besetzten am Dienstag, einen Tag nach Erscheinen des Hetzartikels, 60 Schwule und Lesben die Redaktionsräume des „Guardian", protestierten gegen die chauvinistische Berichterstattung und präsentierten *„eine Liste mit Forderungen und Stellungnahmen, den (Hetz-)Artikel betreffend"* („Guardian", 4.7.79). Nach einer zweistündigen Diskussion mit den Herausgebern der Zeitung wurde erreicht, daß am Montag, den 9.7. 79 ein Artikel des Komitees „Gays Against the Guardian" veröffentlicht wird, ungekürzt und unzensiert sowie eine weitere Auswahl von Leserbriefen, die sich zur verhetzenden Darstellung vom Vortag äußern. Am darauffolgenden Montag erschien denn auch prompt besagter Artikel, der fast eine halbe Seite einnahm, und in dem viele Formen der Homosexuellen-Diskriminierung aufgezeigt werden sowie alle Lesben und Schwulen dazu aufgerufen werden, aus ihrer Anonymität herauszukommen und für ihre Rechte zu kämpfen.
Freilich konnte sich die „Guardian"-Redaktion nicht verkneifen, dem Artikel und den Leserbriefen ein verlogenes Vorwort voranzustellen: *„Wir stellen den Platz nicht deswegen zur Verfügung, weil wir Zweifel an unserem ursprünglichen Artikel haben und auch nicht wegen lautstarker Demonstration, sondern weil eine große Anzahl unserer Leser eine andere Sicht hat und wir ihre Argumente dargestellt sehen wollen"* (9.7.79).
Wir gratulieren unseren Londoner Brüdern und Schwestern zu dieser Aktion, waren es doch gerade ihre „lautstarken Demonstrationen", die jenen Heterochauvinisten Dampf machten!

AG Schwule im KB



Leserinnenbrief: Kritik am Bericht über das KB-Lesben-Treffen

Obwohl ich mich zunächst ziemlich auf das Treffen gefreut hab, hatte ich kurz vorher eigentlich gar keine Lust mehr hinzufahren, weil ich u.a. genau das befürchtete, was in dem Bericht über das Treffen auch passiert ist: daß nämlich mal wieder die Probleme der BI-Frauen und der Frauen "im Umbruch" überwiegen (vor allem die Probleme, die sie noch in Bezug auf Männer haben) und die Lesben mehr oder weniger rausfallen oder zu kurz kommen. Auf dem Treffen selbst haben wir uns allerdings nicht einfach rausfallen lassen!

Ich kann mich in dem Bericht kaum wiederfinden und auch nicht die Widersprüche, die es gab. Statt dessen Friede, Freude, Eierkuchen – schöne Harmonie, nicht zutreffende Verallgemeinerungen etc. Dabei war für mich gerade mit eins der wichtigsten Ergebnisse dieses Treffens, die Widersprüche z w i s c h e n uns auch zu sehen, sie auf den Tisch zu packen und Lösungsmöglichkeiten bzw. Möglichkeiten, sie auszutragen, zu finden.

Mich ärgert an dem Artikel auch der breite Raum, den – mal wieder – die M ä n n e r einnehmen. Müssen wir bei einem L e s b e n t r e f f e n wirklich noch betonen, daß es auch o h n e Männer geht? Also, mein Problem ist das jedenfalls nicht. Ebenso trifft für mich (und bestimmt noch einige andere) die Verallgemeinerung nicht zu, daß Männer in unseren Köpfen immer noch mehr Wert sind. Ganz im Gegenteil!

Zu den Widersprüchen, der sog. Abgrenzungsfrage: **Abgrenzung** bedeutet in diesem Fall nicht etwa Abgrenzung von den "Autonomen", sondern Abgrenzung gegenüber den Männern sowieso, gegenüber Hetero-Frauen, ja sogar gegenüber Bi-Frauen und Frauen "im Umbruch". Schon am ersten Tag traten diese Widersprüche auch unter uns auf (wir waren ungefähr zur Hälfte Lesben und zur anderen Hälfte Bi- und Umbruchfrauen). Daraufhin beschlossen wir, am nächsten Tag verschiedene AG's zu bilden (AG Bisexualität und Abgrenzungs-AG), um uns erst danach wieder zusammenzusetzen und gemeinsam zu diskutieren. Unsere Abgrenzung wird von den anderen Frauen meist als Ablehnung bzw. als Angriff verstanden oder zumindest als "im Stich lassen". Oft wird uns auch Überheblichkeit vorgeworfen. Davon fühlen wir uns wiederum nun ganz schön angemacht, z.T. haben wir auch Schuldgefühle. Außerdem haben wir auch Angst, uns immer mehr zu isolieren (...) Dabei haben wir zunächst einmal festgestellt, daß wir ein R e c h t auf Abgrenzung haben und daß die anderen das auch akzeptieren müssen, daß wir nicht ständig auch noch erklären müssen, warum es jetzt für uns notwendig ist, uns zurückzuziehen. Wenn wir selbst einen größeren Rückhalt haben, wenn wir Raum für uns schaffen (z.B. dadurch, daß wir mit anderen Lesben zusammen leben und arbeiten, uns schwerpunktmäßig mit Lesben auseinandersetzen), werden wir wahrscheinlich auch wieder eine größere Offenheit gegenüber anderen Frauen haben und wieder eine stärkere Bereitschaft, uns mit ihren Erfahrungen, Problemen, Konflikten usw. auseinanderzusetzen. Dann haben wir auch die S t ä r k e, uns a l s L e s b e n mit anderen Frauen auseinanderzusetzen, sie damit zu konfrontieren, unser Lesbisch-Sein nicht selbst immer als unwichtiger hintenanzustellen. D.h. auch, daß wir für uns besondere Bedingungen fordern müssen, z.B., daß Hetero-Freundinnen sich zunächst mal mehr mit uns und unseren Belangen – die ja auch nicht nur unsere, sondern auch ihre sind – auseinandersetzen müssen als umgekehrt. Das Hauptthema ist dann nicht mehr wie üblich Männer, sondern Frauen!

Wir haben in unserer Arbeitsgruppe auch noch diskutiert, was Abgrenzung von Männern für uns in Bezug auf eine Zusammenarbeit mit Schwulen bedeutet.

Während eine Frau die Schwulen sozusagen als ihre nächsten Verbündeten ansah, war dies für die meisten von uns die Frauenbewegung.

Bei der Mitarbeit in Schwulengruppen gehen die Lesbenfragen zumeist auch wieder unter. Von daher ist es zwar sinnvoll, an bestimmten Punkten (allgemeine Diskriminierung von Homosexuellen usw.) und an übergeordneter Stelle zusammenzuarbeiten, aber eine direkte Zusammenarbeit in einer Gruppe ist eher eine "Notlösung", d.h. solange wie es in einem bestimmten Bereich (z.B. Arbeitsbereich, Uni) noch zu wenig Lesben gibt, um eine eigene Lesbengruppe zu machen.

Die Frage, was Abgrenzung von Männern für uns in Bezug auf unsere Mit- bzw. Zusammenarbeit im/mit dem KB bedeutet, wurde angeschnitten, konnte aber aufgrund der wenigen Zeit nicht mehr ausführlich diskutiert werden.

Was mich an dem Bericht über das Lesbentreffen auch ziemlich geärgert hat, ist die Abgrenzung gegenüber den Autonomen. Zum einen erfolgt daraus, daß wir uns anscheinend nur in "Lesben, die dem KB nahestehen" verlieben können (herrliche Inzucht!), was größtenteils auch heißen würde, uns gar nicht verlieben zu können. Ganz schön traurig! Darüber hinaus steckt dahinter aber auch eine unglaubliche Arroganz! (Sind KB-Menschen grundsätzlich bessere Menschen?)

In dem Zusammenhang werden mal wieder – wie üblich – die autonomen Lesbengruppen angepißt: *"Ein anderer Punkt, der damit zusammenhängt, ist das Verhältnis zur autonomen Frauenbewegung. In den dort bestehenden Lesbengruppen wird die Mitarbeit von Frauen aus K-Gruppen nicht gerne gesehen, so daß es für uns nahezu unmöglich ist, dort Kontakte anzuknüpfen."* Sagt mal, wo seid ihr denn in der letzten Zeit gewesen? Woher nehmt ihr diese Behauptung? Für mich trifft sie jedenfalls schon seit über einem Jahr nicht mehr zu, nämlich seit ich mich selbst getraut hab, überhaupt wieder in Lesbengruppen zu gehen (und festgestellt habe, daß die Lesben gar nicht so borniert waren, wie ich es mir vorher immer gedacht hatte!). Zwar war es für die meisten autonomen Lesben schon ziemlich unverständlich, wie ich als Lesbe noch in einer "Mackerorganisation" mitarbeiten konnte (was für mich selbst allerdings mit der Zeit auch zu einem immer größeren Widerspruch wird) – sie haben mich aber deswegen nicht abgelehnt und sich trotzdem mit mir auseinandergesetzt. Und ich weiß nicht, wo ich heute wäre, wenn ich die autonomen Lesben nicht gehabt hätte! Sie haben mir Stärke und Rückhalt gegeben als Lesbe und als Frau. Es mag sein, daß die eine oder andere von uns da tatsächlich auch schlechte Erfahrungen gemacht hat (hab ich auch mal) – allerdings sollten wir uns da auch endlich mal fragen, was wir durch unser eigenes Verhalten dazu beigetragen haben. Bei der Arroganz, die wir z.T. den Autonomen gegenüber an den Tag legen, brauchen wir uns in gewisser Weise nicht zu wundern, wenn sie nun ihrerseits ebenso mit Arroganz reagieren bzw. nichts mit uns zu tun haben wollen!

Wenn wir nun z.B. mit erhobenem Zeigefinger den Frauen, die schon jahrelang Lesben- oder Frauenpolitik gemacht haben, mal wieder zeigen wollen, wo's langgeht, wo die "richtige Linie" ist; wenn wir nicht bereit sind, mal ganz schön still zu sein, erst mal zuzuhören, uns mit ihren Positionen auseinanderzusetzen, ehe wir gleich wieder zu unserem Stempel greifen. Ich finde es irgendwo einen ganz schönen Verrat, die Autonomen einfach so abzutun, schließlich profitieren wir von ihrer Arbeit, die sie in Frauen gesteckt haben, von ihren Gedanken und Auseinandersetzungen, die sie sich um Lesben und deren Situation gemacht haben, von den Projekten, die sie aufgebaut haben (z.B. auch Frauenkneipen, auf die wir gerade als Leben auch ganz schön angewiesen sind)! Und das konnten sie teilweise auch nur leisten, w e i l sie sich von anderen Sachen abgegrenzt haben, weil sie sich u.a. auch von "K-Frauen" nicht immer die "richtige", die "große Politik" haben vorschreiben lassen!

B. aus Westberlin

Antwort der AG Lesben

Liebe B.,

zu Deinem Hauptanliegen, der „Abgrenzung" haben wird ein paar Bemerkungen auf Lager: So weit wir Dich verstehen, grenzt Du Dich erstmal gegen Männer, wobei Du Schwule einbeziehst, gegen Hetero- und gegen Bi-Frauen ab. Das finden wir völlig legitim, wenn es um die Findung Deiner ganz persönlichen Identität als lesbische Frau geht. Wir haben ein Recht darauf, für uns adäquate, zum herkömmlichen Lebensstil alternative, Lebensformen zu finden, in denen wir uns selbst bestätigt und n o r m a l finden können. Du machst aber einen ganz gefährlichen Fehler bei Deiner Abgrenzung. Und der offenbart sich, wenn Du den KB als Macker-Organisation bezeichnest, in dem lesbische Frauen keinen Platz haben. Auf welcher Grundlage willst Du eigentlich die Diskriminierung der lesbischen Frauen in dieser Gesellschaft bekämpfen. Wenn Du die Front hier einfach nur zwischen Männern und Frauen siehst, verkennst Du die gesellschaftliche Realität. Die Bourgeoisie diktiert uns unsere Lebensverhältnisse – wie wir zu arbeiten haben und damit besser auszubeuten sind, wie wir zu leben und zu lieben haben, damit der Fortbestand des Ausbeutungsverhältnisses gesichert bleibt. Wir als lesbische Frauen, die wir durch das Raster der diktierten Normalität durchfallen – immerhin verweigern wir die Fortpflanzung, die Reproduktion des Arbeiters für bessere Ausbeutung usw. – brauchen uns kein bißchen einzubilden, daß wir uns in dieser Gesellschaft jemals häuslich werden einrichten können. Wenn wir uns heute in einem noch etwas liberaleren Klima ein paar Alternativen erkämpft haben, so heißt das nicht, daß das Bestand hat. Das ist eine gefährliche, trügerische Illusion. Ganz aktuell – wenn Strauß Kanzler wird, d.h. seine politische Richtung eine Mehrheit findet – dann sind unsere Gräber schon ausgehoben, dann werden Frauenhäuser geschlossen, offene Selbsterfahrungsgruppen zerschlagen, das deutsche Volk für den nächsten Krieg wieder auf die Produktion von Nachkommen ausgerichtet, die deutsche Frau wieder an Heim und Herd gejagt. Du wirdst Dich im KZ neben den KB-Mackern, neben den Homosexuellen, neben den körperlich und geistig Behinderten, neben allen, die nicht n o r m a l sind, wiederfinden.

Der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft ist für uns Grundlage des Kampfes für unsere Rechte als lesbische Frauen. Und da ist für uns bis jetzt der KB immer noch die Organisation, die wir vor allen anderen linken Organisationen für am fähigsten halten, in allen Sparten der Gesellschaft den Kampf zu organisieren. Wir sehen also die Hauptfront woanders. Jedenfalls heutzutage. Unbenommen bekämpfen wir deshalb natürlich die Macker, die Lesben- und Schwulenfeinde in der Organisation. Denn die Versuche, uns aus dem Kampf auszugrenzen, mit dem Argument „Ihr arbeitet ja gar nicht am Hauptwiderspruch", halten wir für genauso gefährlich wie Deinen Versuch, Dich in ein lesbisches Ghetto zurückzuziehen und Dich eben nicht mehr mit anderen Männern und Frauen, die eigentlich auch diese Gesellschaft bekämpfen, auseinanderzusetzen. Deine Abgrenzung landet dann auch auf einem sehr niedrigen Niveau, wo Du uns vorwirfst, die Abgrenzung gegenüber den „autonomen" bestehe darin, daß wir uns nur in Lesben verlieben dürfen, die dem KB nahestehen. Idiotisch, kann ich da nur sagen.

Unsere Abgrenzung zu den sogenannten Autonomen, soweit es die Initiatorinnen von Alternativprojekten sind, liegt nicht darin, daß wir ihnen vorschreiben wollen oder können, wie diese Projekte zu führen sind. Wir bilden uns auch nicht ein, in der Erforschung der lesbischen Sexualität und der Problematik unter uns Lesben und in Auseinandersetzung mit nichthomosexuellen Frauen und Männern die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben.

Unserer Arbeit legen wir u.a. folgende Erkenntnisse und sich daraus ergebende Richtlinien zugrunde:

1. sind wir kommunistischen Lesben der Meinung, daß ein Sicheinrichten in Alternativen verkennt, daß jederzeit die Möglichkeit besteht, und die Gefahr auch immer aktueller wird, daß diese Alternativen vom Tisch gewischt werden können. Wir sind nicht dafür, uns einzurichten, sondern dafür, eine alternative Gesellschaft zu erkämpfen.

2. sind wir kommunistischen Lesben der Meinung, daß wir deshalb für alle Alternativen zu dieser Gesellschaft kämpfen müssen, daß z.B. auch Kinderprojekte, therapeutische Wohngemeinschaften usw. usw. unsere Unterstützung haben müssen. D.h. wir schließen uns mit anderen Diskriminierten zusammen.

3. sind wir der Meinung, daß wir unseren Teil Arbeit zu leisten haben, und zwar als Betroffene, an der Untersuchung des Herrschaftsmittels Sexualität.

4. ist für uns der gemeinsame Kampf mit den homosexuellen Männern gegen homosexuelle Diskriminierung (was nicht heißt, keine spezielle Untersuchung und Arbeit zur Lesbenunterdrückung zu machen) wichtig. Objektiv sprengen sie das diktierte Rollenverhalten dieser Gesellschaft genauso wie wir. Darüber sind wir gerne bereit, weiter zu diskutieren. Wir sind nicht bereit, uns in autonome Lesbenprojekte zu setzen und still zuzuhören und uns letztendlich davon überzeugen zu lassen, daß wir in einer Macker-Organisation (was übrigens noch dahingestellt bleibt, ob das wirklich so ist) uns nicht selbst verwirklichen können, sondern wir haben sehr wohl ein eigenes Bewußtsein als kommunistische Lesben, das uns zur offenen und lauten Auseinandersetzung zwingt.

Lesbentreffen in Münster – Da kommt was in Gang

Vorbemerkung: Der Anlaß dieses Artikels, ein Lesbentreffen zu Pfingsten, liegt schon einige Zeit zurück. Durch Überarbeitung ist der Artikel erst jetzt fertig geworden. Da er grundsätzliche Problematiken aus der Lesbenbewegung darstellt, scheint er uns trotzdem noch aktuell.

AG Frauen Hamburg



Seit 1972 finden zu Pfingsten bundesweite Treffen der Lesbenbewegung statt – so auch dieses Jahr, und zwar in Münster mit ca. 250 Frauen. Am Anfang teilten wir uns in Arbeitsgruppen auf – außer traditionellen Themen wie „lesbische Projekte", „Sexualitätsgruppe", Sport, Musik und Theater wurde auch eine „Öffentlichkeits-AG" sowie „Dogmatismus in der Lesbenbewegung" vorgeschlagen. Ich will hier von der letztgenannten AG näher berichten.

Dogmatismus-Kritik

Als Einstieg in die Diskussion erzählten wir reihum, was uns an diesem Thema interessiere: knapp die Hälfte nannte als wesentliche Motivation, endlich mal gewisse Dogmen innerhalb der Lesbenbewegung zu kritisieren – demgegenüber betonte ein kleinerer Teil (gut ein Viertel der Teilnehmerinnen) die Notwendigkeit gewisser „dogmatischer" Verhaltensweisen; die restlichen Frauen wollten einfach mal erfahren, was unter diesem Begriff zu verstehen sei.

Für die weitere Debatte bildeten wir kleinere Gruppen. Zunächst wurde hier an einigen Beispielen verdeutlicht, wie sich Dogmatismus unter Lesben äußert: genannt wurden der verbindliche Latzhosen-Look und die Kurzhaarfrisur, die obligaten Umarmungen innerhalb der Lesbengruppe, der „Unvereinbarkeitsbeschluß" gegenüber Heterofrauen und Männern u.ä.. Zu welch menschenfeindlicher Haltung – direkt gegen Lesben! – sich solche „Normen" steigern können, wurde an zwei Müttern deutlich: beiden hatten irgendwelche „Super-Lesben" klarmachen wollen, daß die Erziehung von männlichen Kindern ein „Verrat" sei – diese seien wegzugeben oder – als kleineres Übel – zum Schwulsein zu erziehen (?!) ...

So führte diese Aufzählung sehr schnell zu der Frage, wie solch „kaputte" Dogmen entstehen konnten. Bei dieser Diskussion machte es sich natürlich bemerkbar, daß wir uns untereinander kaum kannten, weshalb öfters Mißverständnisse auftauchten oder sehr weit ausgeholt werden mußte, um spezifische Erfahrungen zu vermitteln; trotzdem scheinen mir einige Probleme recht typisch zu sein: Meistens erwarten wir von einer Lesbengruppe unheimlich viel – Rückhalt für all die großen und „kleinen" Konflikte, die wir tagtäglich aufgrund unseres Lesbischseins haben – doch in den wirklichen „Gruppen" gibt's häufig nur den Minimal-Konsens, daß sich alle Beteiligten als lesbisch verstehen, und das allein ist eben nicht „abendfüllend"! So erklärte eine Frau, daß sie in keiner anderen Gruppe zu so großen Kompromissen bereit sei und die Umarmungs-Zeremonien unter den Lesben nur den Schein der Solidarität aufrechterhalten – doch es gäbe eben keine Alternative in ihrer Stadt, deshalb könne sie sich auch von diesen Lesben nicht trennen.

Andere Frauen betonten mehr den äußeren Druck: In einer typisch deutschen Kleinstadt lebend – wo eben jeder über jeden tratscht und sich einmischt – ständen sie unter

Fortsetzung auf Seite 23

Fortsetzung von Seite 21

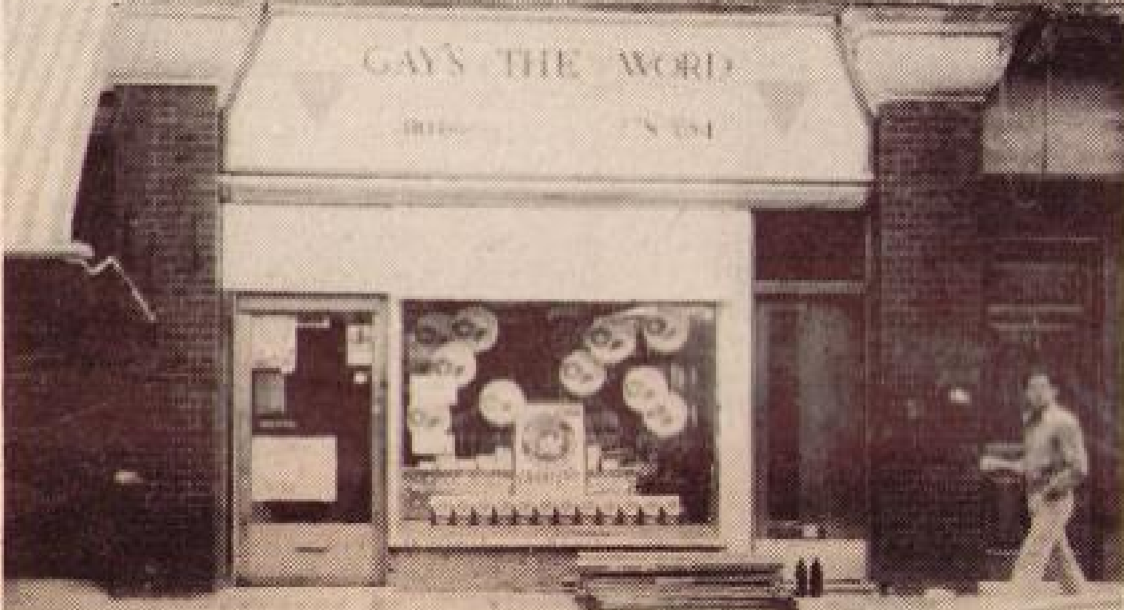
Hunderttausende demonstrierten für sexuelle Rechte



auch das Fernsehen brachte Bilder von der Demo.

Am Abend nahmen ca. 2500 Menschen an einem Fest teil, wo es neben vielen kulturellen Aktivitäten auch den neuen Praunheim -Film „Aufstand der Perversen" sowie den Film Hocquenghem's, "La Naissance de la Homosexualite" zu sehen gab.

Ungefähr 30 Mitglieder der Schwulengruppe der Sozialdemokratischen Partei (PvDA) hielten in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend (29./30.679) eine Wache vor der iranischen Botschaft. Sie protestierten damit gegen die Behandlung und Hinrichtung von Schwulen im Iran. Nach Angaben der Demonstranten sind im Iran seit Anfang März dieses



Jahres 20 Menschen wegen ihrer Homosexualität exekutiert worden. Ein Bild dieser Demonstration wurde in allen größeren Zeitungen des Landes veröffentlicht.

Schweiz

Schweiz

Bern: Rund 300 Schwule und Lesben beteiligten sich am Christopher - Street-Day, der in der Schweiz zum ersten Mal mit einer Demonstration gefeiert wurde. Mit Transparenten „Schwulsein heißt sich wehren!", „Wir wollen uns nicht mehr verstecken müssen!", „Diskremination geht alle an!" zogen Mitglieder und Sympathisanten der Schweizerischen Organisation der Homophilen (SOH) und der Homosexuellen Arbeitsgruppe Bern (HAB) durch die Landeshauptstadt. Ihre Forderungen: Gleiche Rechte für Homosexuelle am Arbeitsplatz, Abschaffung der Rosa Karteien, Homosexualität darf von Psychiatern nicht mehr als Krankheit behandelt werden. Die lesbischen Frauen forderten, den Zwang zur Heterosexualität abzuschaffen. (Presseladen Zürich)

Spanien

Bilbao: 2.000 Lesben und Schwule forderten sexuelle Freiheit und Amnestie für alle homosexuellen Gefangenen („TAZ", 25.6.79).

Valencia: 5.000 demonstrierten für die Abschaffung des faschistischen Gesetzes gegen die „sozial Abartigen" (so werden Homosexuelle in Spanien von staatswegen bezeichnet) und sexuelle Freiheit sowie Amnestie für alle inhaftierten Schwulen.

Madrid: Während hier im vergangenen Jahr 10.000 demonstrierten, wurde die diesjährige Demonstration verboten, so daß lediglich eine Veranstaltung im Saal stattfinden konnte.

Barcelona: 5.000 folgten dem Aufruf der illegalen FAGC, forderten deren Legalisierung, die Auflösung faschistischer Banden und sexuelle Freiheit. An mehreren Orten wurde die Veranstaltung zum Gay Freedom Day von Faschisten überfallen. Mehrere Schwule und Lesben wurden verletzt (Ausführlicher Bericht vergl. AK 157, S. 36).

AG Schwule

AG Schwule

Westberlin: Schafft ein, zwei, drei, viele Stonewalls!

Auf Initiative einiger Schwuler, denen der Anfahrtsweg nach Bremen zu weit war (ansonsten mobilisierten die AHA und die Schwulenzentren-Schwestern nach Bremen) fand nun doch eine Demonstration anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr der Ereignisse von Stonewall statt. Stoßrichtung: siehe oben!

Auch hier kann von einem Erfolg gesprochen werden, kamen doch immerhin ca. 500. Genau wie in Bremen ging es auch dort bunt, heiter und nicht unkämpferisch zu. Ausklang fand dieser 30. Juni für die Westberliner „Unnormalen" in einem Fest im Schwulenzentrum.

De strijd van homoseksuele vrouwen en mannen gaat door...

VANMIDDAG 14.30 UUR, MUSEUMPLEIN AMSTERDAM: HOMOSEKSUELE MANNEN EN VROUWEN DEMONSTREREN TEGEN POLITIEREGISTRATIE, TEGEN MISBRUIK VAN APV'S, VOOR TOEKENNING ASYLRECHT AAN HOMOSEKSUELEN, VOOR INTERNATIONALE HOMOSOLIDARITEIT.

En wat doet u?

Steun het COC: giro 2077864 tnv COC steunfonds
of word lid: Frederiksplein 14, 1017 XM Amsterdam, 020-234596

„Der Kampf der homosexuellen Frauen und Männer geht weiter..." — diese Anzeige, mit der zur internationalen Schwulendemonstration aufgerufen wurde, veröffentlichte die sozialdemokratische Tageszeitung „de Volkskrant" am 30.6. auf ihrer ersten (!) Seite

Schwuler Befreiungstag in Köln

Auch in Köln feierte man/frau den zehnjährigen Geburtstag der Ereignisse von Stonewall. Am Vormittag des 30. Juni wurde von den Schwulengruppen SAK, GIF, AHEW und einzelnen Mitgliedern der AG „Homosexuelle und Kirche" eine Straßenaktion veranstaltet, mit Flugblättern, in denen auf die abendliche Veranstaltung hingewiesen wurde, einem Büchertisch und natürlich vielen Schwestern, die bereit waren, Fragen von Passanten zu beantworten.

Am Abend schließlich fand bis 3 Uhr nachts in der Kölner Stollwerckhalle eine Veranstaltung statt, die zusammen von der Bunten Liste Köln, der SAK und der GIF getragen wurde. Erfolg: Immerhin 800 Menschen besuchten diese Veranstaltung. Nach Aussagen einiger Mitglieder der SAK wurde sie auch von den Schwulen und Lesben besucht, die ansonsten nur in der homosexuellen Subkultur zu finden sind.

Fortsetzung von Seite 22

einem ständigen Rechtfertigungszwang; so bliebe ihnen nur die Möglichkeit, sich von dieser Umwelt so weit wie möglich abzugrenzen, also Auseinandersetzungen zu verweigern und ihr Anders-Sein auch durch bestimmte Kleidung und Verhaltensweisen zu unterstreichen. Deshalb fänden sie es auch falsch, wenn dieser „Dogmatismus" hier so pauschal verurteilt werden sollte. Hier lag natürlich ein Mißverständnis vor: Es ging in den Diskussionen gar nicht darum, bestimmte Entscheidungen, die einzelne Lesben oder Gruppen für sich getroffen haben, zu kritisieren — alle stimmten zu, daß es in einer extremen Schwächeposition zeitweilig durchaus notwendig sein kann, sich erstmal „nur" mit sich selbst zu beschäftigen. „Dogmatisch" wird so ein Verhalten erst dann, wenn es zur Norm für andere erhoben wird, zum Maßstab für „die Super-Lesbe".

Genau dies ist in den letzten Jahren sehr häufig gemacht worden — mehrere Frauen bestätigten, daß ihnen diese Rigidität lange ganz „normal" erschienen sei. Erst kürzlich sei ihnen klar geworden, daß die ganze „Abgrenzerei" zwar schön radikal klingt, in Wirklichkeit aber unsere momentane Schwäche festschreibt. Zum einen haben die meisten Lesben nicht mal theoretisch die Möglichkeit, „konsequent mit der Hetero-Welt zu brechen" — wieviele können sich denn durch „autonome Projekte" finanzieren ?! Wenn trotzdem solch ein Anspruch erhoben wird, schafft die Lesbenbewegung neue Konflikte, statt die vorhandenen zu bewältigen. Außerdem wurde da-

neue Konflikte,statt die vorhandenen
zu bewältigen. Außerdem wurde da-

rauf hingewiesen, daß solche „Prinzipien" auf der Annahme beruhen, gesellschaftliche Zustände seien eben unveränderbar — das wäre wirklich traurig! Diese Dogmatismus-Kritik wurde am nächsten Tag für den „Beziehungs-Komplex" konkretisiert — dabei wurde sehr ausführlich eingegangen auf die Verurteilung jeglicher „Zweier-Kisten" als „eheähnlich" sowie die Reduzierung von Sexualität auf Zärtlichkeit.

... nicht nur in Worten !

Da ich leider nicht weiß, was parallel hierzu in den anderen Arbeitsgruppen diskutiert wurde, will ich nur noch kurz auf das allgemeine Programm eingehen: Am Samstagabend führte die Bonner Theatergruppe ihr erstes Stück auf — leider vergaßen sie dabei anzukündigen, daß dies zur Agitation von Heteros geschrieben wurde. So tauchten also recht häufig „Männer" auf der Bühne auf. Und obwohl dies absolut komische Gestalten waren, lösten sie bei vielen Zuschauerinnen erheblichen Unmut aus: das Pfeifkonzert wurde immer lauter, so daß die Vorstellung kaum zuende geführt werden konnte. Aufgrund dieses Vorfalls wurde am Sonntagmorgen ein Extra-Plenum einberufen: Nur ganz wenig Frauen vertraten, daß die bloße Darstellung von „Männern" lesben-feindlich sei und deshalb hier prinzipiell zu unterbleiben habe. Die überwiegende Mehrheit stimmte dagegen der „undogmatischen" Position zu: Daß es jeder Frau selbst zu überlassen sei, ob sie an solch einem Stück Interesse habe — bei Nichtgefallen sollte frau den Raum verlassen, statt anderen ihre Meinung aufzuwingen. Nach dieser Klärung wurde auch die abendliche Fete zu einem vollen Erfolg. Besonders toll fand ich, daß auf dem Abschluß-Plenum zur Beteiligung am „schwulen Jahrmarkt" in Bremen aufgerufen wurde, in einem eigenen Lesben-Block. Das hat sicher einiges zum Gelingen des „Gay Pride Day" beigetragen!

Eine lesbische Genossin aus Aachen

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47597
Di-Fr. 13.30 - 18.30
Sa. 9.30 - 14.00

Sa. 9.30 - 14.00

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J.Reents Vertriebsbüro
Buddestr.9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 2o UHR

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Samstag von 11-13 Uhr
AK-Verkauf ferner in den Buchläden 'Heinrich Heine' (Viehofer Pl. 8) und 'Bundschuh' (Tiegelstr. 39)

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch — Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J.Reents-Vertriebsbüro
S.Lissner
Rödelheimer Str. 13
6ooo Frankfurt 90

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/

AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/

Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12-14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen"
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A.Fierlbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Westberlin

J. Reents-Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36



Aus der Nazi-Szene

Neues von Nazi-Lehrer Deckert

NPD-Lehrer Deckert läßt nicht locker. Sein neuestes Stück war die Veranstaltung eines **„Volkslauf national"** am 15.7.79 in Weinheim.

Deckert, der mit seinen „JN-Motorradrallyes" schon die Schulgebäude Weinheims unbeanstandet. nutzen durfte, trat diesmal in Form eines Vereins **„Bürger für aktive Freizeit Rhein-Neckar"** auf. Unterstützt wurde Deckerts „Volkslauf" vom Roten Kreuz, von der Weinheimer Schulbehörde, (die wieder Umkleideräume der Wald-Schule zur Verfügung stellte) und von der Stadtverwaltung Weinheim.

* * *

Nazis vor Gericht

Mit 300 DM Geldstrafe traf einen 32jährigen Neonazi die „ganze Milde des Gesetzes", wie die „Westfälische Rundschau" berichtete. Der Nazi hatte „Juden raus" an eine Hauswand geschmiert. Vor Gericht bekräftigte er seine nazistische Gesinnung.

* * *

Westberlin: „NSDAP"-Prozeß hat begonnen

Gegen zehn Mitglieder der West-

Gegen zehn Mitglieder der Westberliner „NSDAP" hat am 10.7.79 der Prozeß begonnen. Der Hauptanklagepunkt lautet auf „Wiederauflebenlassen der NSDAP", also Fortführung einer verbotenen Partei.

Die Anklage ist bisher einmalig. In der gesamten BRD ist ein derartiger Prozeß noch nie gelaufen; in Westberlin wurde die Anklage nur unter Rückgriff auf das alliierte Besatzungsrecht erhoben.

Immerhin hat die Staatsanwaltschaft seit September 76 „ermittelt", bevor es nun nach knapp drei Jahren zum Prozeß kam.

Wir kommen auf diesen Prozeß zurück.

Niemand zuständig für das Verbot der Hoffmann-Bande?

Seit Jahren agiert in und um Nürnberg und zunehmend bundesweit die neonazistische „Wehrsportgruppe Hoffmann" - meist unbehelligt von Behörden und Polizei. Erst vor kurzem äußerte der bayerische Innenminister Tandler (CSU), er habe keine Anhaltspunkte, die ein Verbot der „WSG" begründen könnten.

Und überhaupt - so überlegte Tandler laut - müsse man sich überlegen, ob nicht sogar die DDR den Hoffmann finanziere ...(nach PDI).

Das Hickhack um ein Verbot der „WSG" geht weiter: Schon im März 78 hat Bundesinnenminister Baum zugestanden, daß nicht der Freistaat Bayern, sondern Bonn für die „WSG" zuständig sei. Damals wollte Baum sich allerdings nicht dazu äussern, ob die „gravierenden Maßnahmen des Vereinsgesetzes angezeigt erscheinen" (eine hübsche Umschreibung für ein Verbot!).

Wie jetzt eine Anfrage des SPD-MdB Rudolf Schöfberger (München) ergab, „prüft" das Bundesinnenministerium zur Zeit immer noch seine Zuständigkeit!

„Genug geprüft" - so Schöfberger **„nach der Sommerpause muß gehandelt werden"**. („FR", 14.7.79) Schön wäre es!

* * *

Prozeß gegen Paul Otte in

Prozeß gegen Paul Otte in Braunschweig

Paul Otte, führender „NSDAP"-Funktionär aus Braunschweig, steht zur Zeit als Angeklagter vor dem Landgericht Braunschweig. Seine Begründung für bei ihm gefundene Hakenkreuz-Plakate: „Ich konnte mich nicht dagegen wehren, wenn mir solche Klamotten zugeschickt wurden". Er habe die Plakate „zum Schutz der Kinder" im Kinderwagen versteckt, bis im Müllkübel Platz gewesen wäre. Aufrufe einer „Stabsführung der SA" hätten Anhalter in seinem Auto liegengelassen. („Vorwärts", 19.7.79).

Anschlag auf Klarsfelds



Keine vier Wochen, nachdem in Köln 50 Franzosen vor dem Landgericht für die beschleunigte Verurteilung von Kurt Lischka protestiert hatten, unter ihnen auch Beate Klarsfeld, wurde auf sie und ihren Mann Serge ein Sprengstoffanschlag in Paris verübt. Der Sprengsatz zerstörte das Auto der beiden in einer Tiefgarage. Die „Organisation Odessa" bekannte sich wenig später zu dem Anschlag. Es handelt sich um eine Organisation von ehemaligen SS-Mitgliedern, die Kriegs- und NS-Verbrechern die Flucht bzw. das Untertauchen ermöglich(t)en. In einem Brief erklärte die „Odessa": *„Wir wollen, daß die Juden die Verfolgung unserer Kameraden einstellen. Wenn nötig und die Umstände es verlangen, erwägen wir die extreme Lösung"* (SZ, 7. und 10.7.79).

NPD-Harting läßt antifaschistisches Plakat verbieten

Bochum. Am 21. Juni wurde vor der 1. Zivilkammer des Bochumer Landgerichtes ein Verfahren verhandelt, das der Kamener NPD-Funktionär Karl-Heinz Harting (Chef des Nazi-Hofes „Gut Barenbräucker") gegen ein von der nordrhein-westfälischen „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise" herausgegebenes Plakat angestrengt hatte. Das Plakat (Titel: „Faschisten in NRW – Die ‚Harting-Bande' ") stellt die wesentlichen Personen und Umtriebe der um Harting und seinen Nazi-Hof organisierten Nazi-Gruppe dar.

Über seinen Recklinghausener Nazi-Anwalt **Wilhelm Schöttler** hatte Harting eine **„einstweilige Verfügung"** gegen den presserechtlich Verantwortlichen des besagten Plakates, gegen die „Landeskonferenz" sowie gegen einen weiteren Antifaschisten beantragt. Im Einzelnen hatten Harting/Schöttler gefordert:

- Verbot jeglicher weiteren Verbreitung bzw. Herstellung des Plakates, Einziehung und Vernichtung sämtlicher noch vorhandener Exemplare.
- Den Antragsgegnern solle untersagt werden, folgende Tatsachen auf Plakaten weiterhin zu behaupten: Es existiere eine „Harting-Bande"; Harting sei „sozusagen der Ziehvater der Bande", er sei ein Schläger, habe in Kamen Nazis angeführt, Lehrer einer Kamener Schule beim Flugblattverteilen mit „Rotfront verrecke" bedroht; „Gut Barenbräucker" sei ein paramilitärisches Schulungszentrum und von dem Nazi-Hof gingen Provokationen aus.
- Für jegliche „Zuwiderhandlung" seien 50.000 DM zu zahlen, ersatzweise einen Tag Ordnungshaft für je 300 DM (also ca. 6 Monate Knast).

Zur Entkräftung der von der „Landeskonferenz" aufgestellten Behauptungen hatten Harting/Schöttler freilich trotz ebenso dickleibiger wie geschwätziger Antragsschriften ihrerseits in der Sache nichts anzubieten. Beispielsweise diente als „Beweis" dafür, daß Harting kein Neonazi, Faschist o.ä. sei, eine „eidesstattliche Versicherung" von ihm selbst, in der er sich bescheinigte, kein Nazi zu sein. Ebenso lachhaft war eine weitere „eidesstattliche Versicherung", in der ausgerechnet der erst unlängst wegen Falscheides verknackte JN-Landesvorsitzende und NPD-Funktionär **Heinrich Gerlach** die Aussagen seines Gesinnungsgenossen als wahr bestätigte.

Das Bochumer Gericht hatte zur mündlichen Verhandlung der von Harting/Schöttler bereits am 11.5. eingereichten „einstweiligen Verfügung" deshalb geladen, weil es den Anträgen nicht in vollem Umfang entsprechen wollte. Wir ersparen uns an dieser Stelle eine genauere Beschreibung des Verfahrensablaufes und wollen uns darauf beschränken, das Ergebnis darzustellen und zu erläutern:

1) Die Entscheidung des Gerichtes erging nur gegen den presserechtlich Verantwortlichen des Plakates. Das Verfahren gegen die „Landeskonferenz" wurde, da es sich bei ihr nicht um einen rechtsfähigen Zusammenschluß handele, zurückgenommen. Ebenso zurückgenommen wurde das Verfahren gegen den 3. Antragsgegner, den Harting/Schöttler über nicht zur Sache gehörende Behauptungen, wie, der Betreffende sei eine der „treibenden Kräfte" innerhalb des KB, in den Prozeß mit hineingezogen hatten.

2) Dem verbleibenden Antragsgegner wurde gerichtlich bei *„Meidung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 50.000 DM bzw. Ordnungshaft bis zu 6 Monaten"* untersagt, *„auf Plakaten"* zu behaupten:
a) es existiere eine „Harting-Bande";
b) Harting sei Ziehvater der Bande;
c) Harting sei ein Schläger.

In der mündlichen Verhandlung hatte das Gericht dazu ausgeführt, Harting müsse es sich nicht gefallen lassen, „persönlich" und in „ehrverletzender" Weise angegriffen zu werden. Mit dem Begriff „Harting-Bande" bzw. „Ziehvater der Bande" sei dieser Tatbestand allerdings gegeben, da das Wort Bande in der Öffentlichkeit spätestens seit „Baader-Meinhof" einen kriminellen Beigeschmack erhalten habe. Ebenso sei die Bezeichnung „Schläger" nicht gerechtfertigt. Die von der „Landeskonferenz" zu diesen Punkten beigebrachten Beweise lehnte das Gericht pauschal ab: Obwohl eine Reihe von eidesstattlichen Versicherungen, Presseberichten, Gerichtsurteilen usw. vorgelegt wurden, die eindeutig untermauerten, daß die um Harting organisierten Nazis (einschließlich er selbst) sich wiederholt in strafwürdiger Weise betätigt haben (Überfälle, Schlägereien usw.), verstieg sich der vorsitzende Richter zu der Feststellung, es handele sich dabei nur um *„die üblichen Rangeleien im Zuge einer politischen Auseinandersetzung"!* Auch dem Einwand, daß Harting erst kürzlich bei dem Überfall auf ein tschechisches Kamerateam (siehe AK 154) nochmals in eindeutiger Weise hervorgetreten sei, maß das Gericht keinerlei Bedeutung bei: Er habe da in Ausübung seines Hausrechtes gehandelt. (Die überfallenen Journalisten hatten sich tatsächlich auf das Gelände des Nazi-Hofes begeben, um dort um ein Interview nachzusuchen. Sie wurden von Harting und weiteren Nazis allerdings ohne Vorwarnung überfallen, was – „Hausrecht" hin oder her – auch im juristischen Sinne ein kriminelles Delikt ist!).

So weit, so schlecht. Die übrigen Anträge Hartings wurden abgewiesen. Und das ist auf dem Hintergrund der sonst üblichen „Rechtssprechung" (man ist ja so bescheiden geworden) zumindest ein kleiner Erfolg für die Antifaschisten. So muß sich Harting weiterhin als Nazi, Neonazi, Faschist usw. bezeichnen lassen. Der vorsitzende Richter führte dazu aus, daß es juristisch abgesichert und somit legitim sei, NPD-Mitglieder entsprechend zu titulieren. Als ebenso üblich und legitim könnten auch Äusserungen gelten, die der NPD unterstellen, sie sei eine Nachfolgepartei der NSDAP. Harting könne es auch niemandem untersagen (und das ist angesichts der Entscheidung, die Begriffe „Bande" und „Schläger" zu verbieten, nun wirklich ein Hammer!), sein „Gut Barenbräucker" als **„paramilitärisches Schulungszentrum"** zu bezeichnen.

Antifa-Kommission NRW

Schulungszentrum" zu bezeichnen.

Antifa-Kommission NRW



Gericht bestätigt: Nazi-Hof „Gut Barenbräucker" darf „paramilitärisches Schulungszentrum" genannt werden

Gericht bestätigt: Nazi-Hof „Gut Barenbräucker" darf „paramilitärisches Schulungszentrum" genannt werden

„Hansa"-Banden-Prozeß schleppt sich weiter dahin

Auch der zweite Monat im Prozeß gegen die „terroristische Vereinigung" von Lutz Wegener, Lothar Schulte, Uwe Rohwer, Klaus-Dieter Puls, Manfred Börm und „Hansa"-Chef Michael Kühnen brachte nicht die große Wende. Nachdem Schulte und Wegener ihre früheren belastenden Aussagen über die Beteiligung der anderen Angeklagten an den diversen Überfällen widerrufen hatten, ist die Bundesanwaltschaft angeblich in arge Beweisnot geraten. Besonders habe sie Mühe, die „Rädelsführerschaft" von Michael Kühnen nachzuweisen. Die Nazi-Zeugen erklären allesamt, daß Kühnen immer gegen Gewalt gewesen sei. Börm, Rohwer und Puls leugnen jegliche Beteiligung an den Überfällen.

Allerdings verwickeln sich Wegener und Schulte immer wieder in Widersprüche. So heißt es abwechselnd, das geraubte Geld sei allein für Privatzwecke bestimmt gewesen oder, das Geld sei verwendet worden, um Ausrüstungsgegenstände zu kaufen. Ein Hamburger Händler für Armee-Artikel sagte aus, die beiden hätten bei ihm gleich 10-paar-weise Tarnjacken und -hosen, Gasmasken und Tarnnetze gekauft. Dabei hatten sie erklärend bemerkt: Die Bundeswehr sei „zu lasch", sie wollten jetzt selber strammere Übungen machen.

Ernsthaft erschüttert wurden die Unschuldsbeteuerungen von Kühnen & Co. erst am letzten Verhandlungstag vor der Sommerpause.

Andreas Kirchmann, vorbestrafter „Hansa"-Aktivist aus Hannover, packte als Zeuge aus: Bei einem „Kameradschaftsabend" in Peine, in der Wohnung des „NSDAP/AO"-„Abwehrchefs" Hans-Dieter Lepzien, zog Paul Otte aus Braunschweig zwei Rohrbomben aus der Tasche. (Weil er mit solch einer Bombe ein Attentat auf Stoltenberg geplant haben soll, sitzt Otte derzeit in U-Haft.) Otte erklärte den Anwesenden die Funktionsweise solcher Sprengkörper; danach wurde gemeinsam diskutiert, wie sie verwendet werden sollten. Die Rede war von der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" und der gewerkschaftseigenen „Bank für Gemeinwirtschaft" in Hamburg (wo damals Michael Buchmann von der „Hansa-Bande" arbeitete!). Schließlich wurden die Bomben verteilt: Eine bekam ein Nazi aus Schleswig-Holstein; nach Ansicht der Bundesanwaltschaft ging sie einige Wochen später im Amtsgericht Hannover hoch. Die andere nahm Kühnen. Kühnen habe dabei vertreten, daß Anschläge das Ziel hätten, das Sicherheitsgefühl der Bürger zu erschüttern, „damit sie nach mehr Härte verlangen". Allerdings habe Kühnen die Zeit noch nicht für „reif" gehalten.

Otte gab in seiner Aussage zu, den Sprengstoff in der Schweiz besorgt zu haben. Empfänger war der Peiner Schießplatzverwalter Wolfgang Sachs, der daraus die fertigen Bomben bastelte. Ansonsten widerrief Otto alle früheren Aussagen. Auch daß eine dritte Bombe an Heinirch Eisermann aus Flensburg gegangen sei, die dann beim Flensburger Amtsgericht in die Luft ging. Eisermann ist Mitglied der Husumer Bande, gegen die wegen „terroristischer Vereinigung", eines Anschlags, des Diebstahls von NATO-Dokumenten (um Heß freizupressen) und anderer geplanter Anschläge ermittelt wird.

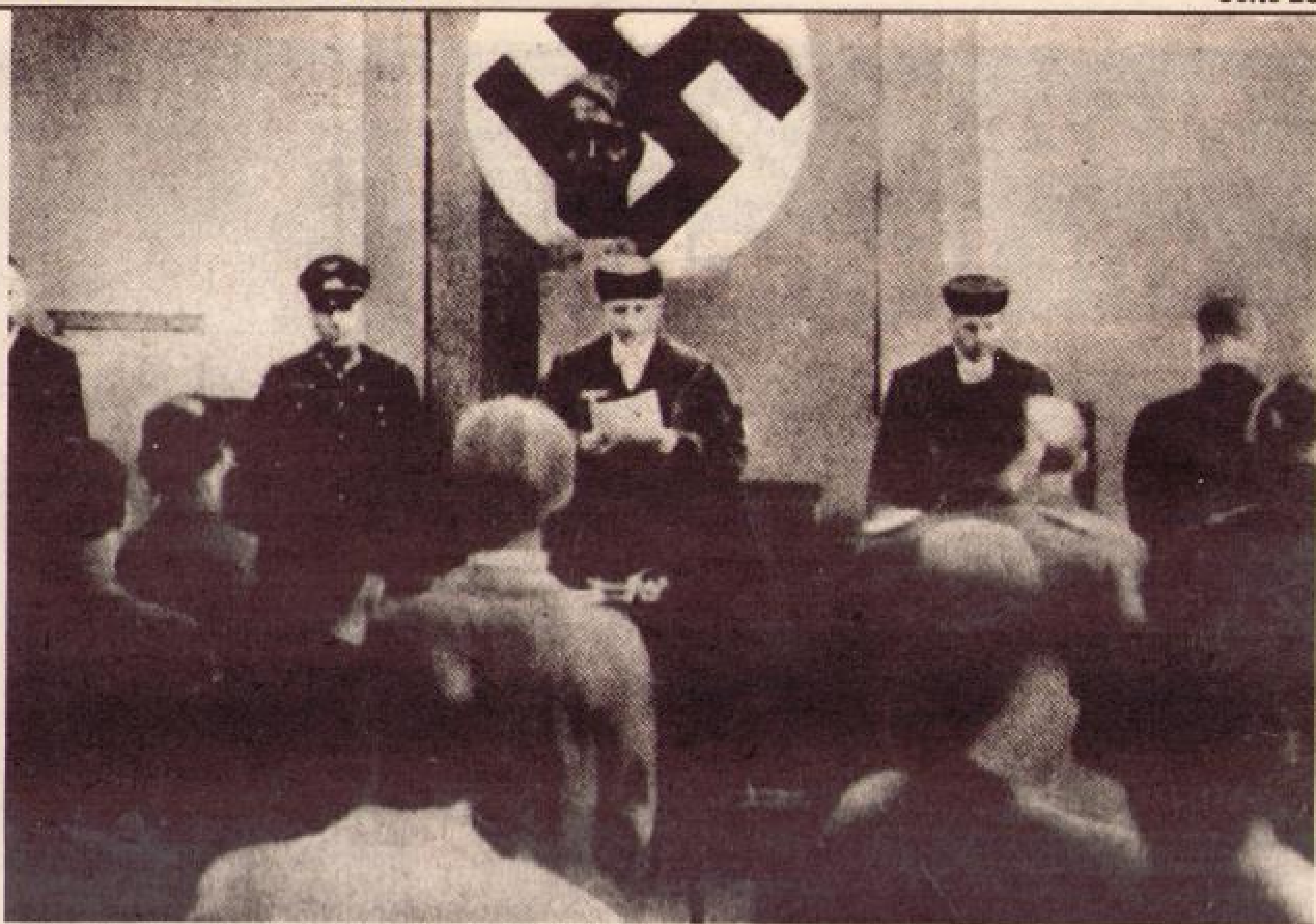
Der durch diese Aussage Kirchmanns offensichtlich überraschte Kühnen brauchte nach diesen Anschuldigungen erst mal eine Pause, um sich eine neue Version zurechtzulegen: Es sei ein Fehler von ihm gewesen, damals die Bombe angenommen zu haben, da er ja gegen solche Attentate sei. Er habe aber nicht als feige dastehen wollen. Die Bombe will er an einem ungefährlichen Ort gezündet haben. Die Bundesanwaltschaft allerdings ist der Meinung, daß er sie an ein Mitglied der Hamburger Bande weitergegeben hat, bei dem sie später gefunden wurde.

Der Prozeß wird nach der Sommerpause am 15.8.79 fortgesetzt.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

20. Juli 1944

Antifaschistischer Widerstand oder Verteidigung des Imperialismus?



„Diesmal wird nur so abgerechnet, wie wir das als Nationalsozialisten gewohnt sind", erklärte Hitler nach dem Attentat („Völkischer Beobachter" vom 22.7.1944). Der „Volksgerichtshof" unter Vorsitz von Blutrichter Freisler (unser Bild) fällte Todesurteile am laufenden Band. 4980 Opfer wurden nach dem 20. Juli hingerichtet oder zur Selbsttötung gezwungen.

Die Jahrestage des 20. Juli 1944 (gescheiterter Putsch-Versuch gegen die Hitler-Diktatur) sind den bürgerlichen Politikern und Publizisten Anlaß, in Zeitungsartikeln, Festreden und -publikationen diesen vorgeblichen „Höhepunkt des deutschen Widerstands gegen Hitler" zu würdigen. So pries z.B. Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits vor fünf Jahren in einer Rundfunk- und Fernsehansprache den 20. Juli als „Tag des Stolzes", weil die Widerstandskämpfer „ein Vorbild gegeben hätten" („FR", 22.7.74). Selbst Filbinger präsentierte sich 1974 noch als Festredner zum 20. Juli.

Am 20. Juli 1944 verübte Oberst von Stauffenberg im „Führerhauptquartier" einen Sprengstoffanschlag auf Hitler — dieser wurde jedoch nur leicht verletzt. Ein gleichzeitig in Berlin versuchter Militärputsch brach leicht verletzt. Ein gleichzeitig in Berlin versuchter Militärputsch brach nach wenigen Stunden zusammen. Stauffenberg wurde noch am selben Abend gemeinsam mit drei weiteren Offizieren hingerichtet; mehrere tausend Personen, die im Zusammenhang mit dem 20. Juli standen, wurden in den folgenden Tagen ermordert. Wenn man Stauffenberg auch gern etwas mehr Glück gewünscht hätte, so steht andererseits fest, daß die politischen Köpfe der Verschwörung des 20. Juli um Carl Goerdeler alles andere als konsequente Demokraten gewesen sind. Neben Goerdeler gehörten zu diesem Kreis z.B. Leute wie Dr. Johannes Popitz, vormaliger preußischer Finanzminister und Träger des goldenen Parteiabzeichens der NSDAP; Ulrich von Hassell, ehemaliger deutscher Botschafter in Rom; Generaloberst Ludwig Beck, ehemaliger Chef des Generalstabs des Heeres (Stauffenberg und der Kreis seiner engeren Freunde unterschieden sich zwar in ihren politischen Vorstellungen von der Mehrheit der Verschwörer des 20. Juli, konnten aber zu keinem Zeitpunkt entscheidenden Einfluß gewinnen).

Goerdeler zeigte sich bereits 1932 als Hindenburgs Berater nicht abgeneigt, die parlamentarische Basis des Kabinetts unter Umständen ganz zu beseitigen und jahrelang ohne den Reichstag zu regieren. Folgerichtig erwies er sich ab 1933 als loyaler Mitstreiter der faschistischen Barbarei. 1934 konzipierte er das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit", das die Entrechtung der Arbeiter juristisch festschrieb.

Weitere Sporen verdiente er sich als Mitschöpfer und Kommentator der faschistischen Gemeindeordnung von 1935, die das „Führerprinzip" verankerte. Doch bereits 1934 zeigte er sich „kritisch" gegenüber Hitler, dessen „Friedenspolitik" gegenüber Polen er mißbilligte: *„Das von seiner Ostmark getrennte Deutschland kann überhaupt unter vernünftigen Bedingungen nicht leben, der Korridor ist ein Pfahl im Fleische seiner Wirtschaft und seiner Ehre". „Daran ist kein Zweifel, daß die deutsche Armee in allen Teilen schlagkräftiger gemacht werden muß, weil gewisse Fragen der deutschen Zukunft nur mit dem Einsatz der Armee gelöst werden können."* (zitiert nach Lutz Winckler, „Zur Verfahrensweise bürgerlicher Legendenbildung am Beispiel der Geschichtsschreibung über den Widerstand", „Argument" 70, S. 42).

1938 trat er hervor mit der Forderung nach Abtretung der Sudeten, Westpolens und Südtirols.

Bezeichnend für die Zielsetzung der Verschwörer ist auch der Zeitpunkt, an dem die Attentats- und Putschpläne akut wurden, nämlich nach der vernichtenden Niederlage der deutschen Armee bei Stalingrad, der weitere Niederlagen folgten, und als die Lage für den deutschen Faschismus — nach der Eröffnung der „2. Front" in Westeuropa — immer bedrohlicher wurde. Zu diesem Zeitpunkt zeigten sich auch Teile der Bourgeoisie, die Hitler in ihrem Klasseninteresse gerufen hatte, bereit, ihn fallenzulassen und durch ihre bereits seit längerem als taktische Reserve warmgehaltene Vertrauensleute um Goerdeler und Co. zu ersetzen. Direkt wurde der Goerdeler-Kreis unterstützt von dem Großindustriellen Bosch („Bosch-Kreis"), vom Krupp-Konzern, von dem ehemaligen Generaldirektor der GHH Paul Reusch (Reusch-Kreis). Enge Verbindungen bestanden zu Hermann Reusch, Hjalmar Schacht (langjähriger Finanz-Fachmann der Nazis), Albert Vögler, Carl Friedrich von Siemens, zum Krupp-Generaldirektor Ewald Loeser und zu zahlreichen anderen Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzern und Generälen der faschistischen Wehrmacht.

Geradezu maßgeschneidert auf deren Klasseninteresse war Goerdelers Geradezu maßgeschneidert auf deren Klasseninteresse war Goerdelers Programm. Leitmotivisch formulierte Goerdeler in seiner Denkschrift vom März 1943: *„All diese Maßnahmen sollen plastisch den Willen verkörpern, daß wir kein 1918* (gemeint ist die Novemberrevolution), *sondern Deutschland und unser Volk zu nationaler Behauptung stärken wollen. Wir müssen uns klar sein, daß die Wiederholung von 1918 eben nur vermeidbar ist, wenn rechtzeitig so, wie hier vorgeschlagen, gehandelt wird"* („Geschichte der dt. Arbeiterbewegung", Bd. 5, Dokument 93, S. 572).

Angestrebt wurde eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die von Monopolherren, Militaristen, der hohen Beamtenschaft und reaktionären Kirchenführern gemeinsam getragen werden sollte — entweder als parlamentarische Monarchie oder als autoritärer Ständestaat. Der faschistische Ständestaat sollte dabei weitestgehend unangetastet bleiben. Die Bildung eines Parlaments war zumindest für absehbare Zeit nicht vorgesehen; ebensowenig war daran gedacht, das Wahlrecht und das Recht auf freie Parteienbildung wieder herzustellen — die KPD sollte auf alle Fälle verboten bleiben. Ein Streikrecht sah das Programm nicht vor, Gewerkschaften sollten nur in Form staatlicher Zwangsgewerkschaften zugelassen werden.

Die außenpolitischen Vorstellungen waren dem Grundsatz verpflichtet: „Retten, was noch zu retten ist!". Durch einen sofortigen Separatfrieden mit den Westmächten und die Räumung aller besetzten Westgebiete sollte eine Regelung getroffen werden, *„die es ermöglicht, alle Kriegskräfte des deutschen Volkes auf den Osten zu konzentrieren"* (Zitat nach „Deutschland 1939 — 45", Berlin 1970, S. 360 ff).

Noch im Januar 1944 schlug Goerdeler vor, die „Wehrmacht" zum Kern einer europäischen Armee gegen die Sowjetunion zu machen.

In einem „Vereinigten Europa", in einer zu schaffenden „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" sollte das „Deutsche Volk" die Führung haben — als „Verteidiger der europäischen Zivilisation" gegen die „bolschewistischen Horden".

Die CDU/CSU realisierte nach dem Zusammenbruch des Faschismus dieses Programm! Die SPD/FDP-Regierung setzt derzeit das Werk fort.

Die Legende der bürgerlichen Geschichtsschreibung

Trotz dieser offen zutage liegenden Fakten verteidigt die bürgerliche Geschichtsschreibung — egal, ob „konservativer" oder „Sozialdemokratischer" Prägung — stur die Legende vom 20. Juli als „Höhepunkt des deutschen Widerstands".

Folgerichtig wird die Hauptkraft des antifaschistischen Widerstandskampfes — die Arbeiterklasse, insbesondere die KPD und sozialistische Gruppen — bewußt ausgeklammert. Hervorgehoben wird stattdessen der bürgerliche „Widerstand". So behauptet der Historiker Wilhelm Treue, der „Widerstand" der Industriebosse im 2. Weltkrieg habe bestimmenden Charakter getragen, während für seinen Kollegen Otto Kopp die Kapitalisten gar die einzigen Träger der „Freiheits- und Erneuerungsbewegung gegen Hitler" gewesen sind. Hans Buchheim sieht das geschichtliche und politische Verdienst des bürgerlichen „Widerstands" darin, daß *„Repräsentanten der führenden Schichten angesichts einiger Irrtümer umzudenken vermochten, ... daß ...* (sie) *überzeugte Anhänger der demokratischen Staatsform wurden"* (G. Lozek, Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, S. 429).

So ist es auch bezeichnend, daß gerade der 20. Juli, und kein würdigeres Datum des d e m o k r a t i s c h e n Widerstands, zum Gedenktag erhoben wurde.

Ein Westberliner Genosse

Frankfurt: Holocaust heißt auch die Ermordung einer halben Million Zigeuner



Köln 1976: Zigeuner-Frauen protestieren gegen die drohende Ausweisung aus der BRD.

Das war die Überschrift eines Plakates zu einer Veranstaltung, die am 30.6. in Frankfurt stattfand. Eingeladen von der „Gesellschaft für bedrohte Völker" kamen ca. 200 Menschen, um sich über das weitgehend unbekannte und totgeschwiegene Schicksal der Cinti (wie die deutschen Zigeuner sich selber nennen und auch lieber genannt werden, da die geläufige Bezeichnung Zigeuner aufgrund ihres Ursprungs: Zieh-Gauner diskriminierend ist) zu informieren.

In ihren Beiträgen schilderten die Cinti die erschütternde Geschichte ihres Volkes vom 11. Jahrhundert bis in die Gegenwart, die geprägt ist von Verfolgung, Vernichtung und Mißachtung ihrer Kultur und Mentalität (siehe dazu auch AK 151: Die Roma-Zigeuner in Europa).

So berichtete einer der Podiumsteilnehmer, daß er als zwölfjähriger während des „Dritten Reiches" von einer normalen Polizeistreife (nicht SS) eingefangen wurde und zu einer Zwangssterilisation ins Krankenhaus gebracht wurde. Seine Eltern erfuhren erst zwei Tage später von seinem Aufenthalt; was mit ihm geschehen war, merkte er selber erst Jahre später. Folge dieser Operation ist außerdem extreme Platzangst (Umkippen bei geschlossen Türen). Dieses erschütternde Beispiel veranschaulichte die NS-Strategie zur „prophylaktischen Vernichtung" des Volkes der Cinti (s.a. AK 151), die in der Massenhinrichtung von ca. 500.000 Roma (Bezeichnung für das gesamte Volk einschließlich der Cinti) gipfelte.

In weiteren Beiträgen wurden Beispiele für die heute noch geläufige Praxis der Behörden und des Staates gegenüber den Cinti dargestellt, wie etwa:

– Die Verfolgung und Vernichtung des Volkes der Roma in der NS-Zeit wird offiziell totgeschwiegen;
– *„Der Bundesgerichtshof erklärte 1956 (!), die Deportation der deutschen Zigeuner nach Polen sei aus „kriminalpräventiven" (!), nicht aus rassenpolitischen Gesichtspunkten verfügt worden, und lehnte entsprechende Wiedergutmachung gegenüber Zigeunern ab. Bei der Wiedergutmachung ging ein Teil der teilweise analphabetischen, unterprivilegierten und durch NS-Zeit und bundesdeutsche Polizei verängstigten Zigeuner leer aus, weil sie oft nicht einmal Anfrage zu stellen wagten"* (aus einem Flugblatt der „GfbV" zu der Veranstaltung).
– Cinti, die die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft beantragen, müssen einen Ariernachweis erbringen, d.h. nachweisen, daß ihre Eltern und Großeltern Deutsche waren, obwohl bekannt ist, daß allen Cinti im „Dritten Reich" die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wurde!
– Außerdem die vielleicht noch bekannteste Unterdrückung der Zigeuner durch Vertreibung von Campingplätzen (sowohl durch städtische Behörden als auch durch Verbotsschilder a la „Camping für Landfahrer verboten" etc. und nicht zuletzt auch die aufgrund von Vorurteilen („Zigeuner sind dreckig, laut und klauen alles, sogar Kinder" etc.) bestehende Diskriminierung und Isolation; so auch der Fall der Familie Weiß, denen die Wohnung gekündigt wurde, als der Vermieter von ihrer Cinti-Zugehörigkeit erfuhr (siehe auch AK 151).

Insgesamt hat die Veranstaltung dazu beigetragen, das tatsächliche Ausmaß der Unterdrückung der Roma (speziell der in der BRD=Cinti) an die Öffentlichkeit zu bringen. Was mich als Zuhöherin „störte", bzw. eigentlich noch am deutlichsten die erfahrene Unterdrückung und Diskriminierung und deren vollzogene Verinnerlichung durch die Redner zeigte, waren die immer wiederkehrenden Rechtfertigungen und Entschuldigungen wie etwa: *„Wir wollen hier niemanden anklagen"* (etwa bei der Schilderung der Behördenwillkür!), sondern *„nur als Menschen behandelt und respektiert werden"*; oder als über die niemals gewährte Wiedergutmachung gegenüber den Cinti berichtet wurde, schob der Redner gleich hinterher: *„Es geht uns ja heute gar nicht mehr um finanzielle Wiedergutmachung, sondern nur noch um die moralische!"*

Für Herbst und Winter '79 sind weitere Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet geplant.

Im Folgenden ein Dokument mit dem Forderungskatalog des Verbandes deutscher Cinti e.V.:

10-Punkte-Programm des Verband deutscher Cinti e.V.

Wir fordern:

1. Anerkennung aller Cinti als deutsche Staatsbürger, mit allen Rechten nach dem Grundgesetz (Artikel 3, Absatz 1 und 3).
2. Cinti, die vor 1939 in Deutschland waren und deren Kinder sollen die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen.
3. Aufhebung aller Gesetze gegen die Cinti. Aufhebung der Zigeunerzentralen und Erfassungsstellen bei der Kriminalpolizei.
4. Reisen und Campieren auf allen Gemeindeplätzen und Campingplätzen.
5. Anerkennung unserer Mentalität, Religionsfreiheit und Versammlungsfreiheit.
6. Neue Wiedergutmachungsnovelle für Cinti.
7. Stop der Diskriminierung von Seiten der Behörden gegenüber den Cinti.
8. Versorgung der Arbeitslosen, der Alten und Kranken durch die Sozialbehörden.
9. Wohnungen mit Rücksicht auf unsere Mentalität.
10. Eigene Rechtsberater bei Gericht und Behörden.

Eine Genossin des KB/Unigruppe Frankfurt

Nazi-Mörder vor Gericht

KZ-Kommandant Knop zu neun Jahren Haft verurteilt

Einen Tag vor der Sondersitzung des Bundestages zur Frage der Verjährung von NS-Verbrechen fällte die bundesdeutsche Justiz ein ungewöhnlich hohes Urteil gegen einen Nazi-Mörder: Walter Knop (66) wurde wegen Beihilfe zum Mord zu n e u n Jahren Haft verurteilt. Knop war Kommandant des KZ Gassen bei Cottbus gewesen.

Ihm war von der Anklage vorgeworfen worden, 159 Menschen ermordet zu haben, z.T. eigenhändig. Der Prozeß begann nach dreijähriger Ermittlungsdauer am 11.9.78. In seinem Verlauf wurden 82 Zeugen zur Sache vernommen. Wie zu erwarten, war es nicht möglich, genauestens festzustellen, welchen der Gefangenen Knop zu welcher Zeit und auf welche Art und Weise ermordet hatte. Da aber in KZ-Prozessen Beweise genau dieser Art gefordert werden, war es kein Wunder, daß schließlich der Verteidiger von Knop, der Kölner Rechtsanwalt Karl-Heinz Mundorf, der auch im Majdanek-Prozeß verteidigt, Freispruch für seinen Mandanten forderte. Für den Staatsanwalt jedoch blieb „eine Vielzahl von Morden, mindestens aber dreiunddreißig" übrig. Das Gericht allerdings verurteilte Knop nur wegen B e i h i l f e zum Mord, denn: Es seien zwar 26 Morde, davon acht an namentlich bekannten Opfern, nachgewiesen; aber in keinem Fall sei Knop beweisbar persönlich beteiligt gewesen. Vielmehr habe seine Tat darin bestanden, den „Höheren Orts" erteilten Befehl zur Erschießung marschunfähiger Gefangener an die SS-Wachmannschaften weitergegeben zu haben.

Antifa-Kommission NRW

teten Aktion waren in den Ortschaften Falcade in Canale d'Agordo außerdem 250 Häuser niedergebrannt worden.

Schintlholzer lebt heute in Innsbruck. Erwin ist in G ö t t i n g e n weiterhin auf freiem Fuß. Denn: das westdeutsche Ermittlungsverfahren gegen Erwin, das vor vier Jahren eingeleitet wurde, ist noch lange nicht abgeschlossen!

Nazi-Mörder auf Bewährung frei

Das Schwurgericht München I verurteilte Friedrich Schwend (72) zu zwei Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung wegen Beihilfe zum Totschlag.

Die Kammer hielt es für erwiesen, daß der ehemalige Hauptagent des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) im August 44 in Südtirol auf Befehl des RSHA-Chefs Dr. Kaltenbrunner einen Mann „auf der Flucht" erschossen hat bzw. an dessen Erschießung beteiligt war.

Schwend wurde wegen Beihilfe zum Totschlag wegen der näheren Umstände der Tat verurteilt: Sie war „befohlen" worden und außerdem sei — so das Gericht — dieser Mord deshalb kein Mord, weil der Ermordete auf dem Transport zu einem Standgericht erschossen wurde, bei dem er als „Verräter", mutmaßlicher „Partisan" und „räuberischer Erpresser" mit Sicherheit ebenfalls zum Tode verurteilt worden wäre. Die geringe Strafe gegen Schwend wurde zur Bewährung ausgesetzt, weil nach so langer Zeit „weder das Sühnebedürfnis noch die Verteidigung der Rechtsordnung eine Verbüßung verlangen". In Italien wurde Schwend wegen derselben Tat schon 1964 zu 21 Jahren Haft verurteilt. Bereits 1955 wurde Schwend außerdem wegen Beihilfe bei der Ermordung von Italienern zu 24 Jahren Haft verurteilt.

Kapo aus KZ Majdanek zu sieben Jahren Haft verurteilt

Wegen Mordes in einem Fall und versuchten Mordes in drei Fällen wurde vom Hannoveraner Landgericht der 56jährige Kraftfahrer Karl Galka zu sieben Jahren Jugendstrafe verurteilt. 14 weitere Fälle von Mord bzw. versuchten Mordes konnten nicht mehr nachgewiesen werden. Der Verurteilte bestritt die Taten und behauptete eine Personenverwechslung. Das Gericht sah es als erwiesen an,

bzw. versuchten Mordes konnten nicht mehr nachgewiesen werden. Der Verurteilte bestritt die Taten und behauptete eine Personenverwechslung. Das Gericht sah es als erwiesen an,



daß der damals 20jährige Hilfsaufseher der SS in Majdanek in den Jahren 1943/44 einen Häftling mit dem Spatenstiel erschlagen und an der Ermordung von drei anderen Häftlingen mitgewirkt hat.

Brasilien liefert Wagner nicht aus

Der Oberste Brasilianische Gerichtshof hat die vom Rechtsanwalt der Bonner Botschaft in Brasilien eingelegte Revision im Fall Wagner zurückgewiesen. Der Gerichtshof hatte entschieden, den ehemaligen KZ-Leiter Wagner (67) nicht auszuliefern, da die ihm zur Last gelegten Straftaten nach brasilianischer Rechtsauffassung verjährt seien. Der Revisionsantrag wurde nun zurückgewiesen.

Wagner (67) nicht auszuliefern, da die ihm zur Last gelegten Straftaten nach brasilianischer Rechtsauffassung verjährt seien. Der Revisionsantrag wurde nun zurückgewiesen.

Der Anwalt des seit 1950 in Brasilien lebenden Wagner hat angekündigt, daß er für die einjährige Haft Wagners in Brasilien von der BRD Schadensersatz fordern wird!

Wagner ist verantwortlich für den Tod von 250.000 Menschen in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor (Polen). Im Prozeß um das KZ Sobibor 1965/66 in Hagen wurde Wagner für den Tod von 152.000 Menschen allein in Sobibor für schuldig befunden.

In polnischen Zeitungen wurde die Ablehnung der Auslieferungsanträge (auch Polen hatte einen Antrag gestellt) als eine „empörende Entscheidung" bezeichnet, denn *„sie widerspricht einem der wichtigsten Grundsätze der UNO-Konvention von 1948 über die Verfolgung und Bestrafung von Völkermord, die auch von Brasilien ratifiziert wurde"* (nach „AJW", 29.6.79).

Zwei deutsche Kriegsverbrecher in Italien verurteilt

Zwei frühere deutsche Offiziere sind von einem Gericht in Bologna unter dem Vorwurf, im zweiten Weltkrieg Kriegsverbrechen verübt zu haben, zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der frühere SA-Hauptsturmführer Alois Schintlholzer und der ehemalige Zugführer des Polizeiregiments Bozen, Fritz Erwin, im August 1944 an der Ermordung von 38 Zivilisten in der italienischen Alpenprovinz Belluno mitgewirkt hatten. Bei der gegen Partisanen gerich-

BULLENTERROR



Von Glück reden kann ein arbeitsloser Ingenieur aus Frankfurt, daß unsere Freunde und Helfer auf dem Bild diesmal nicht losballerten (Die Herren in Zivil sind MEKler). Gegen den Frankfurter, der ein Hinterhaus im Stadtteil Eckenheim bewohnt, war ein Räumungsbefehl ergangen, weil der Hausbesitzer das Gebäude abreißen lassen wollte. Der Mann trat dem morgens anrückenden Gerichtsvollzieher mit einer Waffe in der Hand entgegen, offenbar mehr aus Verzweiflung als aus Aggressivität. So kündigte er auch an, er wolle sich eher selber erschießen als freiwillig aus dem Haus rausgehen.
Daraufhin wurde das Gebäude von bewaffneter Polizei -- einschließlich Scharfschützen -- umstellt. Nach stundenlangen Verhandlungen wurde ein „Kompromiß" erzielt: Der Mann gab seine Waffe ab und erhielt dafür die Zusage, mindestens noch eine Woche dort wohnen zu dürfen (wegen Beschaffung von Ersatzwohnraum), außerdem würde nicht strafrechtlich gegen ihn vorgegangen werden.
Bereits drei Tage später schmiß man ihn dann raus und noch am selben Tag kam der Bagger. Eine andere Wohnung hat er nicht! (Foto: Moskito)

Verfassungsschützer in der Schule

Pinneberg: Am 10.7. hielt ein Herr Jensen (42), Mitglied der SPD und Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Schleswig-Holstein, auf Einladung eines Lehrers der Theodor-Heuß-Schule (THS) in Pinneberg vor den Schülern der 10. Klassen und der Studienstufe einen Vortrag. Zwischendurch konnten die Schüler Fragen stellen.

Verfassungsschützer Jensen trat sehr ‚demokratisch' auf: es ginge dem Verfassungsschutz (VS) darum, „einen neuen Hitler zu verhindern". Daher müsse er *„Nationalfaschisten und Sozialfaschisten Leninscher Prägung"* beobachten.

Auf die Frage, warum der VS die Vereinigung der verfolgten des Naziregimes (VVN) bespitzeln würde Daher müsse er *„Nationalfaschisten und Sozialfaschisten Leninscher Prägung"* beobachten.

Auf die Frage, warum der VS die Vereinigung der verfolgten des Naziregimes (VVN) bespitzeln würde, entgegnete der VSler, in der VVN seien zwar Leute, die im KZ gesessen haben, das seien aber nur „nützliche Idioten" der DKP. Der Verfassungsschützer gab sich große Mühe, die Spitzelarbeit seiner Organisation zu verharmlosen: *„Jemand, der mit der KVZ oder dem Roten Morgen irgendwo steht, der interessiert uns nicht, uns interessiert nur, wer z.B. eine Zellensitzung vom KBW leitet".* Weiter behauptete er, Bürgerinitiativen würden nicht beobachtet. Als ein Schüler dies anzweifelte, rief Jensen ziemlich heftig: *„Nur die KB-Mitglieder, die in Bürgerinitiativen sind, werden beobachtet".* Über den KB meinte der Verfassungsschützer außerdem, er sei in der Krise der Linken „sehr flexibel" (Danke schön, Herr Jensen!).

Die Tatsache, daß beim Aufbau des VS führende SS-Leute maßgeblich beteiligt waren (siehe Russell- Buch 5), spielte er herunter und ergänzte: *„Bei uns gibt es heute sehr viele junge Leute, auch eine ganze Reihe von ehemaligen Juso-Führern".*

VS-Jensen stritt auch ab, daß der VS an Schulen arbeite. Daraufhin schilderte ein Schüler den Fall von Tamara T. aus Flensburg. Über sie hatte der VS einen Bericht angefertigt, in dem es u.a. heißt: *„Tamara Tschikowani geriet 1969/70 im Alter von 16 Jahren in den Einflußbereich der ‚Außerparlamentarischen Opposition' (APO) und beeinflußte laufend Mitschülerinnen der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg..."* Dem VS-Bericht sind ein schriftlicher Tadel sowie ein Verweis, den Tamara als 16/17-jährige Schülerin erhalten hat, beigefügt! Verfassungsschützer Jensen meinte dazu, diese Angaben stammten von der Ausländerbehörde (?!), Tamara sei als Schülerin nie bespitzelt worden. (Tamara ist staatenlos, ihr wird die Einbürgerung auf Grund des erwähnten VS-Berichtes verweigert).

Zu der Äußerung des VS-Chefs von Schleswig-Holstein, Alfred Kuhn, der VS werde *„auf Hinweis an Schulen tätig"* („Flensborg Avis", 24.8.1978), sagte Jensen, diese Zeitung der dänischen Minderheit bringe *„öfters Sachen, die nicht so ganz stimmen".*

Jensen gab zu, daß der VS Flugblätter, die vor Schulen verteilt werden, ausgewertet. Er habe auch schon mal einen Packen Flugblätter von einem „besorgten Vater" zugeschickt bekommen. Jensen versicherte jedoch, daß den VS Namen von verteilenden oder presserechtlich verantwortlichen Schülern nicht interessiere. – Wer's glaubt, wird selig.

Die Broschüre mit dem vollständigen VS-Bericht über Tamara T. gibt's für 2 DM in Briefmarken bei:
Tamara Tschikowani
Kirchberg 3
2391 Handewitt

KB/Gruppe Pinneberg

REIHE

Erschießung Elisabeth v. Dycks:

Wir glauben immer noch nicht an Notwehr!

Die am 9. Juli abgeschlossenen Untersuchungen der Staatsanwaltschaft in Nürnberg haben genau das bestätigt, was für die verantwortlichen Politiker und den Polizeipräsidenten schon längst feststand: Die Polizisten, die am 5. Mai Elisabeth van Dyck in einer Nürnberger Wohnung erschossen haben, handelten in Notwehr!

In der jetzt veröffentlichten Erklärung der Nürnberger Staatsanwaltschaft heißt es: „*Der Schußwaffengebrauch sei erforderlich und geboten gewesen, um die Frau angriffsunfähig zu machen. Ein waffenloser Einsatz wäre nicht zu verantworten und den betroffenen Beamten nicht zuzumuten gewesen. Es hätte die unausräumbare Gefahr bestanden, die dem harten Kern der Terroristen zugerechnete Frau würde von ihrer Schußwaffe Gebrauch machen oder auch bereits mit gezogener Pistole erscheinen. Dieses Risiko sei noch dadurch erhöht worden, daß die Beamten mit der Ankunft weiterer Terroristen hätten rechnen müssen*“ („Süddeutsche Zeitung“ und „Passauer Neue Presse“, 10.7.). Die Begründung für diese letzte Rechtfertigung veröffentlichte die „Nürnberger Zeitung“ (10.7.): „*...denn während des Zusammentreffens mit Elisabeth van Dyck mit den Polizeibeamten sei der Funkkontakt mit der Außenwelt für einige Minuten unterbrochen gewesen. Wie aus den Erfahrungen früherer Festnahmen bekannt war, hatten die Terroristen öfter schon eine Erkundungsperson in konspirative Wohnungen geschickt, bevor weitere Mitglieder nachkamen, wenn die Luft rein war. Außerdem sei nicht zu klären gewesen, ob die Terroristin nicht Sprengstoff bei sich hatte und diesen zünden würde.*“

Nicht nur die Praxis des gezielten Todesschusses wird in letzter Zeit immer „üblicher“, es ist inzwischen schon fast genauso „normal“, daß die Staatsanwaltschaft bereits in ihren Vorermittlungen die „Unschuld“ der polizeilichen Todesschützen feststellt, und damit eine gerichtliche Prüfung verhindert wird. Gerade angesichts der Umstände der Erschießung Elisabeth van Dyck's ist dies ein besonderer Skandal.

Ausschaltung der Öffentlichkeit

Wundern braucht man sich nicht darüber, daß der jetzt veröffentlichte Bericht bis in kleinste Details mit den ersten Veröffentlichungen in der Presse übereinstimmt: Die Polizei hatte von vornherein dafür gesorgt, daß es bei der Erschießung keinerlei Zeugen geben würde. Der gesamte Stadtteil war abgeriegelt worden, auch Pressevertreter hatten keine Möglichkeit, „vor Ort“ sich selbst über die Ereignisse zu unterrichten. Darüber hinaus hatte der Generalbundesanwalt Nachrichtensperre verhängt („Nürnberger Nachrichten“, 7.5.79). Alles, was danach an die Öffentlichkeit kam, beruhte ausschließlich auf den Darstellungen der anwesenden Beamten und war mit dem Polizeipräsidium und dem BKA abgestimmt. Die Verschleierungstaktik wurde sogar gegenüber den Eltern von Elisabeth angewandt: Wie sie in ihrer Erklärung schreiben, haben sie erst aus den 7-Uhr-Nachrichten am Samstagmorgen vom Tod ihrer Tochter erfahren, eine offizielle Benachrichtigung erfolgte erst um 17 Uhr auf Betreiben ihres Anwalts. Die Obduktion wurde Samstagvormittag vorgenommen, ohne die Einwilligung der Eltern einzuholen, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, hieran teilzunehmen, ja sogar ohne sie überhaupt davon zu benachrichtigen.

Polizeipräsident Kraus: „Es war ein Bombenerfolg für uns“

Ganz andere Aspekte ergeben sich allerdings, wenn man das jetzt offizielle Untersuchungsergebnis konfrontiert mit den Aussagen, die vom Nürnberger Polizeipräsidenten Kraus in einem Interview mit dem „Spiegel“ gemacht wurden. Kraus beschreibt in diesem Interview zunächst mit dankenswerter Offenheit, aus welchen Überlegungen heraus die Entscheidung für einen bewaffneten Einsatz getroffen worden ist, und widerlegt hiermit die Notwehrthese des Untersuchungsberichts. Auf die Frage des „Spiegels“, wieso es trotz großer taktischer Vorteile der Beamten nicht möglich gewesen wäre, Elisabeth van Dyck festzunehmen, antwortet er: „*In dieser Situation mußten sich die Beamten, die jede eintretende Person grundsätzlich festnehmen sollten, entscheiden, ob sie es riskieren wollten, diese Person ohne Waffe hinter der Tür zu stellen. Dabei mußten sie einkalkulieren, daß die betreffende Person schon vor dem Öffnen der Tür die Pistole zieht — was sie aber nicht feststellen können. Würde man sich mit bloßen Händen auf einen Menschen stürzen, der eine Pistole im Anschlag hat, so hätte dies mit absoluter Sicherheit mindestens eine schwere Verletzung, wenn nicht den Tod des betreffenden Beamten zur Folge.*“

Er erläutert dann weiter, daß die Beamten kugelsichere Westen getragen haben: „*Wenn man sich auf einen waffenlosen Kampf vorbereitet, kann man keine Schutzwesten tragen, denn dafür müßte der Beamte doch beweglich bleiben, da kann er nicht wie ein gepanzerter Mann herumstehen.*“ Und auf die Frage des „Spiegels“, ob bereits das Tragen von kugelsicheren Westen den Verzicht auf das Überwältigen mit Körperkraft, d.h. eine Entscheidung gegen einen waffenlosen Einsatz impliziere, antwortet Kraus: „*Für den Beamten muß gewährleistet sein, daß er sofort schießen kann, wenn der Verdächtige mit der Waffe in der Hand kommt und sich nicht ergibt. Er kann nicht mit der Waffe in der Hand überfallartig auf diese Person einwirken und sie überwältigen. Denn er muß ja auf die Waffe aufpassen.*“ Noch deutlicher wird das, was Kraus unter „Notwehr“ versteht, als er auf die Frage des „Spiegels“ nach dem tödlichen Schuß in den Rücken folgendes erwidert: „*Ein Schuß ging von vorn in den Oberschenkel, der andere drang von der Seite rückwärts in den Körper ein. Frau van Dyck hat sich bei dem Anruf ‚Hände hoch, Polizei!‘ und beim Ziehen des Holsters offenbar zu demjenigen Beamten hingedreht, der sie angerufen hatte. In dieser Drehung liegt wohl auch der Grund, weshalb der Schuß in diese durch die Drehung abgewandte Seite eindrang. Wenn Sie heute in einer solchen Situation nur die Wahl des Schußwaffengebrauchs haben, dann können Sie nicht in den rechten Zeh schießen. Wenn Sie heute beim Combatschießen den Körper eines Menschen treffen, müssen Sie in Kauf nehmen, daß diese Verletzungen unter Umständen so schwer sind, daß auch der Notarzt das Leben nicht mehr retten kann.*“

Dies alles widerspricht für Kraus überhaupt nicht der These, die Beamten hätten in Notwehr gehandelt; auf die Frage des „Spiegels“, ob die Reduzierung der polizeilichen Eingriffsmittel auf das Schießen nicht einen Verstoß gegen Strafgesetz und Polizeirecht darstelle, antwortet er: „*Nein. Diese Schußabgabe hat mit Polizeirecht überhaupt nichts zu tun. Sie ist Ausfluß des Notwehrrechts, sonst gar nichts. Notwehr ist im Grunde genommen ein Naturrecht. In dem Moment, wo der andere zur Waffe greift, weiß er, daß es eigentlich nur noch um die Frage geht: Wer schießt schneller?*“ („Spiegel“, 28.5.). Die hier von Kraus umschriebene Definition von „Notwehr“ ist der Freifahrschein für die Legitimation jedes gezielten Todesschusses: Die Notwehrsituation wird von ihm gar nicht mehr konkret nachgewiesen.

Es ist bezeichnend, daß Kraus noch nicht einmal weiß, ob es neue Fingerabdrücke auf der Pistole von Elisabeth van Dyck gegeben hat, die einzig und allein beweisen könnten, daß sie tatsächlich versucht hat, die Pistole zu ziehen!

Die Praxis des gezielten Todesschusses wird von allen Verantwortlichen verteidigt und gut geheißen; und dies wird nicht nur durch das Untersuchungsergebnis der Staatsanwaltschaft und die Aussagen von Polizeipräsident Kraus deutlich, sondern zeigte sich auch bei der Debatte über den ‚Nürnberger Todesschuß‘ im bayerischen Landtag: auf Initiative der SPD- und FDP-Fraktion war eine gemeinsame Sitzung von Rechts- und Sicherheitsausschuß des Landtags zustande gekommen. Hier konnte Staatssekretär Neubauer (vom bayerischen Innenministerium) angeblich ‚schlüssig den Vorwurf widerlegen‘, daß es sich in Nürnberg um einen ‚schlampigen Polizeieinsatz gehandelt habe‘. Und dies war nicht nur die Meinung des Innenministerums, sondern auch die ‚oppositionellen‘ Mitglieder des Ausschusses waren nach dem Vortrag des 13-seitigen Berichts hiervon überzeugt. Ohne das Ergebnis der Untersuchungen der Staatsanwaltschaft zu kennen (es lag zum damaligen Zeitpunkt noch nicht vor), behauptete Neubauer, „*daß es praktisch aussichtslos war, die Terroristin in der kleinen Wohnung in der Stefanstr. ohne Waffeneinsatz zu überwältigen. ‚eine Festnahme hätte ein Risiko für die Beamten bedeutet, das nicht zumutbar war.‘ Ohne dem Untersuchungsergebnis der Staatsanwaltschaft vorgreifen zu wollen, meinte Neubauer, es sei den Beamten kein Vorwurf zu machen. Man habe auch damit rechnen müssen, daß die Terroristen in Kauf nehmen, sich selbst und das Leben der Polizisten mit einer Handgranate zu vernichten. Die Beamten, so folgerte er, schossen zu Recht in Notwehr. Es sei kein finaler Todesschuß gewesen ...*“ („Nürnberger Nachrichten“, 24.5.)

Diese Erklärung stimmt fast wörtlich mit dem jetzt veröffentlichten ‚Untersuchungsbericht‘ der Staatsanwaltschaft überein ...

Es ist bezeichnend für die Meinungs- und Pressefreiheit in der BRD, das jetzt, nach der Veröffentlichung des Untersuchungsberichts und dem offiziellen Abschluß der Untersuchungen unseres Wissens nur eine einzige Zeitung kritisch Stellung genommen hat. Die „Zeit“ schreibt in einem Kommentar auf der ersten Seite (13.7.): „*Die beiden Polizeibeamten ... werden sich nicht vor Gericht verantworten müssen. Ihre Unschuld gilt der Staatsanwaltschaft schon als erwiesen: sie töteten, so heißt es, in Notwehr, also rechtmäßig.*

Ein lapidarer Bescheid, der alle Fragen offen läßt: Warum haben die Beamten nicht einmal versucht, die ahnungslos eintretende, völlig überraschte Frau zu überwältigen und zu entwaffnen? Waren sie von vornherein darauf eingestellt, etwaigen Widerstand nur mit der Schußwaffe zu brechen? Und wie ist zu erklären, daß der tödliche Schuß Frau van Dyck in den Rücken traf? Gewiß sind Terroristen gefährliche Leute ... Und niemand wird von einem Polizeibeamten verlangen, daß er sich eher abknallen läßt, als selbst zur Pistole zu greifen. Dennoch müssen dem polizeilichen Notwehrrecht Grenzen gesetzt bleiben. Der bequemen Maxime: ‚Erst schießen, dann festnehmen‘ darf es keinen Vorschub leisten!“

Angesichts der vielen offenen Fragen fordern wir:

Vollständige Veröffentlichung des Untersuchungsberichts der Staatsanwaltschaft!

Gerichtliche Untersuchung der Erschießung Elisabeth van Dyck's!

Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission für die Aufklärung der wirklichen Umstände der Erschießung Elisabeth van Dyck's!

KB/Nürnberg

Neue Stimmen gegen die Todesschußpraxis

Die Erklärung gegen die Erschiessung des Herrn Deffner durch die Bochumer Polizei (siehe AK 157) wurde inzwischen von folgenden von Polizeischüssen Betroffenen, darunter mehreren Angehörigen von Erschossenen, und Gruppen unterzeichnet:

Gerhard Send
Martha Schlichting
Christa Schlichting
Martha Milewsky, geb. Schlichting
Familie Pollaczek
Uwe Neumann
Dr. Böwering
Frau Behrends
Familie Deffner

Antifaschistischer Arbeitskreis in der ESG
Antifaschistisches Komitee Bochum
ASTA der Ruhr-Universität Bochum
Basisgruppen an der Ruhr-Universität
Bochumer Volksblatt
Cafe Treibsand
Evangelische Studentengemeinde Bochum
Initiative gegen Pressezensur u. Abbau d. Meinungsfreiheit
Initiative „Weg mit der NPD-Zentrale in Wattenscheid“
Initiative „Weg mit dem Kinderknast“
Jungdemokraten Bochum
Jungsozialisten in der SPD, UB Bochum
Komitee Innere Sicherheit
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
Politische Buchhandlung
Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken, UB Bochum
Tageszeitung, Regionalredaktion Ruhr
Wittener Antifaschistische Initiative
Kommunistischer Bund, Gruppe Bochum

Die Studentenvollversammlung der Marburger Universität verabschiedete am 26.6.79 eine Resolution, in der sie das Vorgehen der Polizei verurteilt und sich gegen den gezielten Todesschuß wendet. Weiter heißt es in der Resolution: „*Dies ist innerhalb weniger Wochen der 2. Versuch des BKA mit einem gezielten Todesschuß die Fahndung nach sogenannten ‚Terroristen‘ zu beenden und setzt die Tradition der systematischen Vernichtung politischer Gegner fort, der zuletzt Willi Peter Stoll und Elisabeth van Dyck zum Opfer fielen.*“

Die Reihe der Unterzeichner der Protesterklärung gegen die Erschießung Elisabeth van Dycks (vgl. AK 154, 155 u. 156) hat sich um folgende Namen verlängert:
Prof. Dr. Peter Schafmeister, Bremen
‚Podium‘, Alternativzeitung, Augsburg

Regionaltagung gegen Jugendpolizei in Reutlingen

Am 23./24.6. trafen sich in Reutlingen Vertreter der baden-württembergischen Anti-Jupo-Initiativen aus Stuttgart, Reutlingen, Freiburg und aus dem Ermstal zu einem Erfahrungsaustausch.

Es wurde festgestellt, daß die Mobilisierung gegen die Jupos nach dem ersten Schwung wieder etwas abgeschlafft ist, wozu sicher auch der taktische Rückzug der Landesregierung beigetragen hat, die Jupos vorerst nicht mehr in die Jugendhäuser zu schicken. So werden im Augenblick die Initiativen mehr von Sozialarbeitern als von den betroffenen Jugendlichen getragen. Für die weiteren Aktivitäten wurde das Schwergewicht deshalb auf kleinere Aufkärungsveranstaltungen, Theaterstücke etc. gelegt. Im Herbst sollen am 12./13.10. landesweite Aktionstage (dezentral) stattfinden; für Dezember ist eine landesweite Demo in Stuttgart im Gespräch.

Vom Landesarbeitskreis wurde eine neue Materialdokumentation erstellt. Sie ist erhältlich bei:

Landesarbeitskreis der Initiativen „Keine Jugendpolizei in Baden-Württemberg und auch nicht anderswo!“
c/o Helga Wagenleiter-Hennig
Reinsburgstr. 160
7000 Stuttgart 1

Neue Anti-Jupo-Aufkleber gibt es dort übrigens auch.

Antifa-Kommission Baden-Württemberg



Die Polizei — dein Freund und Helfer?

Schlechte Erfahrung mit den angeblich so freundlichen und hilfsbereiten Herren in den grünen Uniformen machte die Familie B. aus Süderbrarup bei Flensburg. Der Sohn, zur Zeit Bundeswehrsoldat, verunglückte nachts auf dem Heimweg mit seinem Auto. Ein Bürger aus dem Nachbardorf brachte ihn nach Hause. Die Eltern riefen sofort den Notarzt an, da ihr Sohn verletzt war. Der Arzt empfahl, nach einer „Diagnose“ per Telefon, lediglich Schmerztabletten. Die Mutter fuhr daraufhin mit ihrem Sohn zur Kaserne in Süderbrarup, um den Unfall zu melden. Nach der Rückkehr erlebten sie eine böse Überraschung: „*Drei Polizisten durchsuchten meine Wohnung. Sie hatten... so lange geklingelt, bis meine Tochter öffnete. Nachdem das Mädchen beiseite gestoßen war, durchsuchten sie die Zimmer. Mein Sohn und ich, gerade zurückgekommen, konnten nicht begreifen, was hier geschah. Mein Mann forderte die Polizisten mehrmals auf, die Wohnung zu verlassen, worauf sie nur mit hämischem Gelächter und Gespött reagierten*“.

Der Sohn mußte „pusten“, was wegen seiner Verletzungen sehr schmerzhaft war. Obwohl sich keine Verfärbung zeigte, mußte er mit zur Wache, wo eine Blutprobe gemacht wurde. Ergebnis: Keinerlei Anzeichen von Alkohol. Für die Bullen war der Fall damit erledigt. Einen Unfallwagen zu rufen oder den Mann ins Krankenhaus zu fahren, dafür hatten die überlasteten „Ordnungshüter“ natürlich keine Zeit mehr.

Frühmorgens brachte die Mutter ihren Sohn ins Krankenhaus. Dort wurden eine Gehirnerschütterung, schwerer Schock, Prellungen und Rippenbrüche festgestellt.

Die Mutter meint dazu in einem Leserbrief in den „Schleswiger Nachrichten“: „*Mir stellt sich nun die Frage: Drei Polizisten beschäftigen sich üer eine Stunde mit einem Verletzten in der Hoffnung, ihm Alkohol am Steuer nachweisen zu können. Aber sie haben nicht zehn Minuten Zeit, einen Unfallwagen zu rufen. Kann man solchen Beschützern des Staates noch vertrauen? Die Polizei, dein Freund und Helfer? Oder, dein Feind und Gegner?*“.

(Nach einem Leserbrief in SN, 10.7.79)

KB Flensburg

Aufkleber und Plaketten „Antifaschistische Aktion“



Aufkleber 10 cm Ø, schwarz/rot 1,–
Plaketten 5 cm Ø, schwarz - rot 1,–
Aufkleber 31 cm Ø, schwarz - rot 5,–

Bei Abnahme von 10 Ex. 10% Rabatt
Bei Abnahme von 30 Ex. 20% Rabatt
Bei Abnahme von 50 Ex. 30% Rabatt

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung oder Nachnahme.

Zu beziehen über J. Reents-Verlag, 2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75



Hungerstreik im Frauengefängnis Preungesheim

Vom 8.6. bis 21.6. befanden sich 23 Gefangene des Frankfurter Frauengefängnisses Preungesheim im Hungerstreik. Die Frauen haben eine gemeinsame Erklärung verfaßt, in der sie erstens die Entlassung des neu eingesetzten Anstaltsleiter Kulenkampff und des Sicherheitsbeauftragten Nolte fordern, zweitens sich gegen ein von eben diesem Anstaltsleiter geplantes Konzept, die gesamte Haftanstalt umzustrukturieren, wehren.

Die Umstrukturierung soll im wesentlichen darin bestehen, die inhaftierten Frauen nach Art ihrer „Delikte" zusammenzufassen und entsprechend von den anderen Frauen zu isolieren.

Darüberhinaus soll für die Gruppe der Drogenabhängigen eine Zwangstherapie eingeführt werden.

In ihrer Hungerstreikerklärung haben die Frauen außerdem ein Programm aufgestellt, um das sie sich in Zukunft weiter organisieren wollen. Sie kämpfen für die SELBSTORGANISATION DER GEFANGENEN! Zu dem Programm gehören unter anderem

- Informations- und Versammlungsfreiheit;
- Abschaffung der Rollkommandos, Hausstrafen und Isolation;
- ausreichender Hofgang und offene Zellen;
- keine Trennung der Gefangenen nach Alter, Delikten oder Straflänge
- gleiche Behandlung der ausländischen Gefangenen;
- statt Zwangstherapie Selbsthilfegruppen der drogenabhängigen Gefangenen;
- freie Arztwahl, Kranken- und Rentenversicherung
- Verbesserung der hygienischen Zustände (in Preungesheim gibt es noch Kübel);
- Tariflohn und Streikrecht;
- freie Sexualität.

In ihrer Erklärung haben sie sich mit den über 70 politischen Gefangenen solidarisiert, die sich seit 6 Wochen im Hungerstreik befanden, um eine Zusammenlegung in kleinen Gruppen zu fordern und gegen ihre Isolation zu kämpfen.

In Preungesheim wurden die 23 Frauen sofort zu Beginn ihres Hungerstreiks in die Zellen eingeschlossen. Ihre Arbeitsplätze wurden an andere Gefangene weitergegeben, Hofgang und Arztbesuch wurden ihnen untersagt. Jede Gefangene, die mit den hungerstreikenden Frauen Kontakt aufnahm, wurde sofort mit ähnlichen Repressionen bestraft.

Von den Bediensteten des Gefängnisses wurde eine Unterschriftenliste in Umlauf gebracht, mit der sich die anderen Gefangenen gegen den Hungerstreik erklären und die Verlegung der „Rädelsführerinnen" verlangen sollten. Daß sich 63 Gefangene auf diese Unterschriftenliste setzen liessen, ist sicher zum großen Teil der sogenannten „Sicherheitsstrategie" zu verdanken:

Nachdem die ehemalige Anstaltsleiterin Eva Pilgrim, die noch eine verwaschene Art von Reformpolitik vertrat, vom Justizministerium auf üble Art abgeschoben worden war, wurde Kulenkampff vorübergehend (wahrscheinlich aber langfristig) als Anstaltsleiter eingesetzt. Seit seinem Dienstantritt wird die Atmosphäre in Preungesheim zunehmend von offener Repression bestimmt:

- obwohl der Isolationstrakt offiziell abgeschafft ist, haben schon höhere Aufsichtsbeamte Befugnis, „aufrührerische" oder auch nur „nervöse" Gefangene in einen besonderen Trakt einzuschließen;
- an der Knastzeitung „Durchblick" dürfen laut neuester, von der Anstaltsleitung eingeführter Satzung nur Frauen mitarbeiten, die nicht gegen die Hausordnung verstoßen;
- männliche Schließer werden gegen die Frauen eingesetzt.

Der Hungerstreik wurde abgebrochen, nachdem die Vertretung der Anstaltsleitung zugesichert hat, daß das „Drogenkonzept" vorerst nicht durchgeführt werden soll und die gefangenen Frauen eine Zeitung nach ihren Vorstellungen machen können.

Ermittlungsverfahren wegen Roth-Artikel im ARBEITERKAMPF?

Eine Fotokopie des Artikels von Karl-Heinz Roth im ARBEITERKAMPF Nr. 151 ist Klaus Croissant in Stuttgart-Stammheim nicht ausgehändigt worden. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft beantragte außerdem beim Landgericht, den Artikel „zuständigkeitshalber dem Herrn Generalbundesanwalt zuzuleiten", um eine Strafverfolgung nach § 129a „gegen Verfasser und Herausgeber" zu prüfen. Das Schreiben der Staatsanwaltschaft hat folgenden Wortlaut:

STAATSANWALTSCHAFT STUTTGART

An das Landgericht XII. Strafkammer 7000 Stuttgart — *Eilt sehr!*

Suttgart, den 9. Mai 1979
Fernsprecher: ...
Aktenzeichen: 10 Js 4730/74

zu XII KLs 97/76

Betreff: *Strafsache gegen Dr. Klaus Croissant wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung hier: Briefkontrolle*

Bezuglage: *Fotokopie eines Artikels aus „Arbeiterkampf" 151 vom 2. April 1979, Karl-Heinz Roth, Moral, Gehirnwäsche und Verrat*

Der vorläufig angehaltene Artikel ist schon deshalb nicht an den Angeklagten auszufolgen, da er nach seinem Inhalt geeignet ist, die bei dem Angeklagten vorhandenen Aggressionen und seine rechtsfeindliche Einstellung zu stärken und dadurch die Ordnung in der Vollzugsanstalt zu gefährden.

Im übrigen spricht sich dieser Artikel unverhüllt für eine gewaltsame Lösung sozialer Konflikte aus; es müßte geprüft werden, ob sein Inhalt den § 129 a StGB erfüllt. Darauf weisen bereits die vier dem Artikel vorangestellten RAF-Zitate hin, auf die der Verfasser Bezug nimmt. Darüber hinaus werden die Verbrechen der sog. RAF verherrlicht; zum Beispiel werden die Mordanschläge der Baader-Meinhof-Bande im Frühjahr 1972 als „heroischer Mai 1972" gefeiert. Trotz seiner – eher zurückhaltenden – Kritik erklärt sich der Verfasser mit den Zielen und Taten der RAF solidarisch und stellt sie als exemplarisch hin.

Im Hinblick auf die etwaige Straftat gemäß § 129 a StGB – für deren Verfolgung die Staatsanwaltschaft Stuttgart nicht zuständig ist – bitte ich den Artikel gemäß § 180 (analog) StPO zu beschlagnahmen und ihn zuständigkeitshalber dem Herrn Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof zuzuleiten. Da möglicherweise gegen Verfasser und Herausgeber auch eine Strafverfolgung wegen eines Presseinhaltsdeliktes in Betracht kommt, sollte im Hinblick auf die kurze presserechtliche Verjährung der Vorgang umgehend dem Herrn Generalbundesanwalt zugeleitet werden.

gez.: Dr. Heissler
Staatsanwalt

Hungerstreik und Knast-Veranstaltung in Lübeck

Die drei Lübecker Hochschul-ASten und die ESG haben am 3. Juli eine mit rund 150 Teilnehmern sehr gut besuchte Veranstaltung durchgeführt, um auf den Bau eines „Hochsicherheitstraktes" im Lauerhof-Knast und die derzeitige Situation der dort einsitzenden Häftlinge Heidrun Sturm und Frank Riefenstahl aufmerksam zu machen. Frank ist einer der drei im März in Lübeck Verhafteten, die als sogenannte „Terroristen" unter lächerlichen Vorwänden nach §129a StGB in Untersuchungshaft gebracht wurden und von denen später einer gegen eine Kaution von 100.000,– DM wieder auf freien Fuß kam. Seit dem 27. Juni befindet er sich im Hungerstreik. Seine aus diesem Anlaß verfaßte Erklärung wurde auf der Veranstaltung verlesen. Wegen der Isolationshaftbedingungen hat sich inzwischen – wie auf der Veranstaltung bekannt gegeben wurde – der Lübecker Ortsgruppenvorsitzende von amnesty-international an die Londoner Zentrale dieser Gefangenen-Hilfsorganisation gewendet, damit ausländische Gruppen die Betreuung der Lübecker Häftlinge in Isolationshaft übernehmen. Es wurde aber gleich darauf hingewiesen, daß die Beurteilung der „weißen Folter" vor allem auch bei westdeutschen amnesty-Gruppen noch heftig umstritten ist.

Nach einer lebhaften Auseinandersetzung über die Beurteilung des Hungerstreiks von politischen Gefangenen in der BRD stand gegen Ende der Veranstaltung die Frage, was w i r für die Gefangenen tun können. Mehrere Leute erklärten sich spontan bereit, einen Hungerstreik – diesmal außerhalb des Knastes – vorzubereiten und durchzuführen. Diese Aktion und weitere Schritte zur Solidarität werden auf einem besonderen Treffen vorbereitet.

KB/Gruppe Lübeck

Astrid Proll in Preungesheim

Seit dem 23.6. befindet sich Astrid Proll nach ihrer Auslieferung aus England im Frankfurter Frauengefängnis Preungesheim. Dort bereitet sie sich auf ihre Verhandlung Ende September vor, die als Anklagepunkte Bankraub bzw. Beteiligung daran, Autodiebstahl, Waffenbesitz, zweifacher Mordversuch und Urkundenfälschung zum Gegenstand hat. Nicht aufgenommen werden konnte die Anklage „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", weil dieser Punkt gemäß dem Abkommen zwischen England und der BRD keinen Auslieferungsgrund darstellt.

Astrid Proll wird versuchen, bis Ende September Haftverschonung zu bekommen. Darin wird sie unterstützt von 10 Frauen des öffentlichen Lebens (Helga Einsele, Luc Jochimsen, Margarethe Mitscherlich, Susanne von Paczensky, Uta Ranke-Heinemann, Alice Schwarzer, Carola Stern, Mararethe von Trotta und Dorethee Vorbeck), die sich bereit erklärt haben, die „soziale Bürgschaft" für sie zu übernehmen: „ ... *Wir geben öffentlich unserer Überzeugung Ausdruck und bürgen dafür, daß Astrid Proll sich ihrem Prozeß hier in Deutschland nicht entziehen wird. Wir tun das nach Rücksprache mit Astrid Proll – einige von uns aus persönlicher Kenntnis (so z.B. Helga Einsele, die in der Zeit von Astrid Prolls Untersuchungshaft in Frankfurt-Preungesheim dort Gefängnisleiterin war), andere aufgrund Astrid Prolls Leben in den letzten Jahren und aus grundsätzlichen politischen und moralischen Erwägungen. Wir werden ermutigt bei der „sozialen Bürgschaft" durch Frauengruppen in Frankfurt und Neu-Isenburg, die bereit sind, Astrid Proll Lebensbedingungen zu schaffen, die es ihr ermöglichen, sich in Freiheit allem Bevorstehenden zu stellen ...*"

Zwei Frauengruppen aus Frankfurt und Neu-Isenburg veranstalteten am Montag nach Astrid Prolls Einweisung in Preungesheim einen Autokorso, an dem sich etwa 50 Frauen beteiligten. Mit viel Gehupe fuhren die Frauen einige Male um das Frauengefängnis, um Astrid und den anderen inhaftierten Frauen, von denen einige gerade einen Hungerstreik beendet hatten, ihre Solidarität zu bekunden.

Am 7./8. Juli trafen sich alle zu Astrid Proll arbeitenden Frauengruppen (Hamburg, Bremen, Westberlin, Münster, Frankfurt, Neu-Isenburg) in Münster, um die weitere Unterstützungsarbeit zu diskutieren und koordinieren.

KB-Frauengruppe Frankfurt

Urteil im Schmücker-Prozeß am 27. Juli

Nachdem die Beweisaufnahme im Westberliner Schmücker-Prozeß wegen neuer Informationen über den Verfassungsschutzagenten und Kronzeugen Jürgen Bodeux am 9.7. zum zweiten Mal wieder eröffnet werden mußte, ist nun die Urteilsverkündung für den 27.7. angesetzt worden.

Zwei Tage vorher wird das Verwaltungsgericht noch über die Rechtmäßigkeit verschiedener Aussageverweigerungen von Verfassungsschutz-Zeugen entscheiden. Zum Verbot der uneingeschränkten Wahrheitsfindung im Schmücker-Prozeß gaben die Anwälte Faensen, Häusler und Heinisch eine Presseerklärung heraus („TAZ", 10.7.79):

„*Bevor die 9. Strafkammer noch in diesem Monat nach 1 1/4 Jahren Prozeßdauer ein Urteil verkündet, scheint es angebracht, die Öffentlichkeit auf den bemerkenswerten Charakter dieses G e h e i m d i e n s t-Prozesses hinzuweisen. Denn was in anderen politischen Prozessen mehr am Rande geschieht, hat diesen Prozeß in entscheidender Weise geprägt: Das Verbot uneingeschränkter Wahrheitsfindung durch außergerichtliche Institutionen, sprich: Machtworte des Senators für Inneres und Justiz sowie der Bundesregierung.*

– Der Senator für Inneres: Verweigerte Aussagegenehmigung zur Abklärung alternativer Täter, Schmückers Informationen an den Verfassungsschutz vor seinem Tod. Vorenthaltung von Akten Schmückers betreffend.

– Der Senator für Justiz: Verweigerung einer vollständigen Akte der Staatsanwaltschaft über den Kronzeugen Bodeux.

– Die Bundesregierung: Verweigerte Aussagegenehmigung für den Chef der V-Leute beim Verfassungsschutz zur Aufklärung, ob der Kronzeuge V-Mann war oder nicht.

Derart massiv haben sich Behörden bis dahin noch nie in einen Strafprozeß eingemischt, weshalb wir es hier tatsächlich mit einer neuen Qualität eines politischen Prozesses zu tun haben. Das hat uns insbesondere der Senator für Inneres wissen lassen, als er dem Gericht eine Erklärung abgab, in der er behauptete, das Wohl des Landes und die Belange der Angeklagten gegeneinander abgewogen zu haben und sicherlich d a n n die beantragten Aussagegenehmigungen erteilt hätte, wenn die Gefahr bestände, daß U n s c h u l d i g e verurteilt würden – was umgekehrt heißt: Die Angeklagten sind schuldig, weswegen eine Aussagegenehmigung nicht erteilt wird. Soweit sind wir also wieder (...)".

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Noch einmal: Zensur im Knast

Stammheim-Broschüre des KB von Beförderung ausgeschlossen

Rechtsanwalt Hans-Joachim Weider schickte einem Mandanten im Rahmen seiner Verteidigerpost die Broschüre und die Arbeitsmaterialien zum (eingestellten) Prozeß wegen der Stammheim-Berichterstattung im ARBEITERKAMPF zu. Das Amtsgericht Diez schloß die Beförderung dieser Publikationen mit folgender Begründung aus:

„*Dieses Schreiben nebst Anlagen beinhalten Informationen über Strafverfahren Dritter, nämlich den Drukker Kai Hermann Ehlers, und ist insbesondere wegen der beigefügten Berichte über die angeblichen Morde an Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert geeignet, einen geordneten Strafvollzug bei dem Verurteilten in empfindlicher Weise zu stören.*

Das Institut der Verteidigerkorrespondenz wird hier mißbraucht, um einen illegalen Informationsaustausch inhaftierter Angehöriger einer terroristischen Vereinigung untereinander zu fördern. Hierdurch würde das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen dem Verurteilten und anderen terroristischen Gewalttätern gestärkt und eventuell neue Unternehmungen terroristischer Art ausgelöst. Das beanstandete Schreiben nebst Anlagen war daher von der Beförderung auszuschließen."

Unzumutbare Verzögerungen der Zeitungsauslieferung an P.P. Zahl

In einer Dienstaufsichtsbeschwerde beanstandete der in der JVA Werl gefangen gehaltene Schriftsteller Peter Paul Zahl, daß ihn bestimmte Zeitungen nur mit größter Verzögerung erreichen. Erst am 28. Juni erhielt er z. B. einen Stapel von neun Ausgaben der „tageszeitung" (zurückreichend bis zum 12. Juni), den ARBEITERKAMPF Nr. 151 (vom 2. April!) und Nr. 155 (vom 11. Juni) sowie den „informationsdienst" vom 15. und 28. Juni, obwohl diese Zeitungen regelmäßig bei Erscheinen an ihn abgeschickt werden. „*Was hier vorliegt, ist Willkür und Schikane*", schreibt P.P. Zahl: „*Es ist nicht weiter hinzunehmen, daß ein Beamter, der eine ‚kann-Bestimmung' (§ 68 Abs. 2 Satz 2 StVollzG) exzessiv auslegt und zur ‚unverzüglichen Weiterleitung' (analog zu § 30 Abs. 2 StVollzG) verpflichtet ist, die Lektüre meiner TAGESZEITUNG auf Tage, ja nun gar W o c h e n ausdehnt.*"

Der Deal mit dem Kronzeugen

„Wir sind uns doch wohl darüber einig, daß es im deutschen Strafprozeß keinen Kronzeugen gibt, obwohl dieser Ausdruck jeden Tag in der Zeitung steht". Dies meinte der Vorsitzende Richter Geus im Lorenz-Drenkmann-Prozeß klarstellen zu müssen. Tatsache ist aber, daß in fast jedem sog. „Terroristen-Prozeß" sich die Anklagen ganz wesentlich auf erpreßte und mit Strafrabatt erkaufte Aussagen von Ex-Genossen stützen: Ruhland, Schmücker, Bodeux, Hoff, Müller, Hochstein, Speitel, H.J. Dellwo — dies sind die bekanntesten Kronzeugen der letzten acht Jahre.

Wegen der großen Beweisschwierigkeiten und des „Ermittlungsnotstands" in „Terroristen-Prozessen" wurde 1975/76 in den Bundestagsfraktionen im Rahmen der „Anti-Terror-Gesetzgebung" über die Einführung einer gesetzlichen Kronzeugenregelung diskutiert. Danach sollte ein Kronzeuge zwar nicht wie im anglo-amerikanischen Recht von einer eigenen Anklage verschont bleiben, ihm aber doch *„Strafmilderung oder gar Straffreiheit zustehen, wenn seine Aussage die Mittäter überführt — sogar dann, wenn er selbst gemordet hat"* („Spiegel", 10/76).

Letztlich aber meinte man dann doch, auf die gesetzliche Kronzeugenregelung verzichten zu sollen. Sogar der damalige Generalbundesanwalt Buback beteuerte, er sei *„ein entschiedener Gegner der Kronzeugenregelung, weil ich sie für eine ganz unnötige Kapitulation des Rechtsstaates halte. Dafür gibt es überhaupt keinen Anlaß."* Außerdem: *„Wenn Sie eine gesetzliche Regelung haben und sie mal strapazieren müssen, funktioniert sie ja meistens nicht"* („Spiegel", 8/76).

In der Tat gab es für die gesetzliche Kronzeugenregelung überhaupt keinen Anlaß, denn auch ohne diese war der Kronzeugen-Deal seit den Aussagen Karl-Heinz Ruhlands 1972 gegen die RAF gängige Staatsschutzpraxis. Vier Jahre später stellte Buback denn auch wie selbstverständ-

gegen die RAF gängige Staatsschutzpraxis. Vier Jahre später stellte Buback denn auch wie selbstverständ-

lich fest, *„daß ein geständiger Täter natürlich auf die Milde des Gerichts bauen kann"* („Spiegel", ebenda). Weil der Westberliner Jugendricher Poelchau in einem „Spiegel"-Leserbrief (11/76) sich gegen diese widerrechtliche Zusicherung des Generalbundesanwalts verwahrte, wurde er im Schmücker-Prozeß auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen Befangenheit gegenüber dem Kronzeugen Bodeux abgelehnt (s. AK 156). Die Richter sollen also die illegale Kronzeugenpraxis sozusagen als Gewohnheitsrecht anerkennen und den Deal mitmachen, wenn sie nicht abgelehnt werden wollen.

Der Staatsschutz versucht in Ausnutzung von Labilität und mangelndem politischen Bewußtsein Gefangene zum „Singen" zu zwingen. So wurde der Alkoholiker Rainer Hochstein, Kronzeuge im Lorenz-Drenkmann-Prozeß, 1972 erstmals vernommen, als er 1,8 Promille Alkohol im Blut hatte. Als Belohnung für erwünschte Aussagen wurde ihm die Zurückgabe einer Flasche Schnaps versprochen (s. AK 145). 1977 wurde er zu elf Jahren Knast verurteilt, darüberhinaus wurde gegen ihn eine Sicherheitsverwahrung wegen verschiedener Vorstrafen angeordnet, die zur Vollstreckung allerdings noch der gutachterlichen Bestätigung bedarf. Diese Sicherungsverwahrung ist also nur eine ständige Drohung für Hochstein; wenn er an seinen (insbesondere im Lorenz-Drenkmann-Prozeß gemachten) belastenden Aussagen festhält, wird er 1980 mit seiner Freilassung rechnen können. Hochstein war nie Mitglied der „Bewegung 2. Juni" oder der RAF; nach allem, was über ihn bekannt ist, war er eher als Provokateur in der Scene tätig denn als politisch bewußter Mensch. Nicht mehr zu bezweifeln ist, daß der Kronzeuge Bodeux bereits vor seiner Verhaftung als agent provocateur für den Verfassungsschutz gearbeitet hat.

Regelmäßig gibt es für Kronzeugen erheblichen Strafnachlaß. Daß z. B. Gerhard Müller vom Vorwurf, einen Polizisten ermordet zu haben, freigesprochen wurde, *„ist das Resultat einer beispiellosen Manipulation des Rechts. Wohl vor jedem deutschen Schwurgericht wäre Gerhard Müller unter normalen Umständen die lebenslange Freiheitsstrafe wegen mehrfachen Mordes sicher gewesen — aufgrund seiner eigenen Aussagen. Doch es ging nicht mit rechten Dingen zu. Das Lebenslang wurde ihm geschenkt: Es war der Kaufpreis, um seine Zunge zu lösen"* („Spiegel", 20/79).

Wer aussagt und andere belastet, wird von der Isolationshaft verschont. Hochstein zum Beispiel ist von der Iso-Haft in Hamburg nach seinen Aussagen in die Westberliner Jugendstrafanstalt Plötzensee gekommen. Wer die unterschiedlichen Haftbedingungen kennt, weiß, was das für einen Häftling bedeutet.

Keinem Kronzeugen ist es bisher gelungen, glaubwürdige Aussagen ohne wesentliche Widersprüche zu machen. Karl-Heinz Ruhland brachte mit seinem „Geständnis" (insbesondere im Mahler-Meinhof-Prozeß 1974) mindestens zwölf Angeklagte für insgesamt 115 Jahre in den Knast. Er verwickelte sich dabei in zahllose Widersprüche, so daß Leute wie Heinrich Albertz oder Ingeborg Drewitz gemeinsam eine Strafanzeige gegen ihn wegen Meineids und Falschaussage unterschrieben („Tagesspiegel", 27.5.76), die nach endloser Verschleppung schließlich von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurde.

Die Lügen vom Kronzeugen Müller waren so unübersehbar, daß die Mordanklage gegen Wolfgang Grundmann, die sich auf Aussagen Müllers stützte, 1976 zusammenbrach: *„Je häufiger er seine Bekenntnisse wiederholen muß, desto mehr Widersprüche werden offenbar."* („Spiegel", 43/76).

Im Februar dieses Jahres wurde der ebenfalls von Müller belastete Chemiestudent Werner Ivens vom Vorwurf der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung freigesprochen, *„denn auf einen solchen Zeugen, der vom Gelegenheitsdieb zum Strichjungen geworden, vom Rauschgiftmilieu zur Terrorszene gekommen sei und heute mit Perücke, dunkler Brille und falschem Bart als fliegender Zeu-*

milieu zur Terrorszene gekommen sei und heute mit Perücke, dunkler Brille und falschem Bart als fliegender Zeu-

ge umherreise, habe die Strafkammer eine Verurteilung nicht stützen wollen" („Spiegel", 20/79).

Weil Müller inzwischen „untergetaucht" (!) ist, wurden vor kurzem auch ein Frankfurter Kunstprofessor und eine Buchhändlerin freigesprochen. *„In allen Fällen ging es um RAF-Unterstützung, irgendwann früher mal als Nachtquartier für Baader & Co, — zu läppisch, um dabei den 'Kronzeugen' zu verschleißen? Stuttgarter Justizinsider wollen wetten, der plötzlich verschollene Müller werde ebenso plötzlich wieder herbeigezaubert, wenn mal wieder Hochkarätiges ansteht."* („Spiegel", ebenda). Nicht nötig: Wenig später wurde Irmgard Möller aufgrund Müllers Aussagen zu lebenslanger Haft verurteilt wegen angeblicher Beteiligung an den Sprengstoffanschlägen auf das Heidelberger US-Hauptquartier 1972. Bernhard Braun bekam dafür 12 Jahre. Auch in diesem Prozeß war Müller nicht erschienen und konnte zu offenkundigen Widersprüchen seiner Aussagen nicht mehr befragt werden. Das Gericht aber war diesmal gläubiger als der Papst.

Es ist Aufgabe von Kronzeugen, angeklagte „Terroristen" nicht nur zu belasten, sondern sie auch als brutale Unmenschen zu denunzieren. So behauptete Dirk Hoff, der als aussagewilliger „Bombenbastler" im Stuttgarter Prozeß gegen Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe auftrat, Holger Meins habe ihn zum Herstellen von Bomben mit Morddrohungen gezwungen („Tsp", 29.1.76), und er habe gelitten unter Andreas Baader, der „Chef-Allüren" gehabt hätte und der „die Puppen tanzen läßt".

Auch die Kronzeugenaussagen der Stammheimer „Meistersinger" Speitel und H.J. Dellwo dienen nicht allein der Verurteilung der Anwälte Müller und Newerla: die beiden beten heute die ganze Rebmann-Storie von 1977 über das Stuttgarter Anwaltsbüro Croissant als „Terror-Zentrale" und über den angeblichen Waffenschmuggel in den Stammheimer Knast herunter. Sie sind praktisch die Kronzeugen der Stammheimer „Selbstmorde".

Wer glaubt, Kronzeugen würden nach ihrer Freilassung in Saus und Braus auf Staatskosten leben können, der irrt: wenn der Deal vorbei ist, kümmert der Staatsschutz sich *„einen Dreck"* um sie (Ruhland im „Spiegel", 10/76). Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann jetzt gehen. Ruhland heute: *„Ich würde mich auf nichts mehr einlassen. Ich rate jedem davon ab, Aussagen zu machen"* („Spiegel", ebenda).

Westberliner Anti-Repressionskommission des KB

Meldungen aus dem Staatsschutz-Bereich

§ 90a - VERFAHREN

Verfahren gegen über 200 Personen wegen Karikatur eingestellt:

Die Ermittlungen gegen über 200 Personen wegen Abbildung einer Karikatur „Arsch mit Ohren" in einer Solidaritätsbroschüre für den ASTA-Vorsitzenden der PH Westberlin, gegen den ein Verfahren nach § 90a eingeleitet worden war, wurden jetzt eingestellt. Auf der Karikatur war der Bundesadler als „Arsch mit Ohren" abgebildet worden. Für die Broschüre hatten über 200 Personen presserechtlich verantwortlich gezeichnet, um so den ASTA-Vorsitzenden solidarisch zu unterstützen. Daraufhin waren gegen Alle Ermittlungen nach § 90a eingeleitet worden. Dieser Vorgang hatte in der Westberliner Presse ziemliches Aufsehen erregt, weil sich die Staatsanwaltschaft zur Adressenermittlung der Amtshilfe durch die Einwohnermeldekartei bedient hatte. Für die Einstellung des Verfahrens wurde jetzt keine Begründung gegeben. Die Betroffenen erhielten lediglich ein vorgedrucktes Formular mit der Einstellungsverfügung („Tsp" vom 27.6.79).

Ermittlungen wegen „Zungenkuß"

Im „Rebell", der Jugendzeitung des KABD, war die Karikatur „Zungenkuß" abgebildet worden (darauf gezeigt wird ein Bundesadler, der sich mit dem NS-Adler küßt). Deshalb wurde jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung der Symbole der BRD (§90a) gegen den „Rebell" eingeleitet („RF" d. KABD 14/79 vom 14. 7.79 Seite 7).

„Zungenkuß" beschlagnahmt

vom 14. 7.79 Seite 7).

„Zungenkuß" beschlagnahmt

Nach einer Presseerklärung der Alternativzeitung „Regenbogen" wurde bei einer Durchsuchung ihrer Verkaufsstellen und der Druckerei die noch vorhandenen Exemplare von Nr. 9 des „Regenbogen" wegen Verdachts einer Straftat nach § 90a beschlagnahmt. Der „Regenbogen" hatte es gewagt, das Plakat „Zungenkuß" abzubilden und darüber die Querschrift zu setzen: *„Bonn: Altnazi Carstens ist neuer Bundespräsident".* Die Zeitung betont in ihrer Erklärung, daß mit solchen Maßnahmen eine kritische Öffentlichkeit zum Schweigen gebracht werden soll, während Nazi-Vergangene wie Carstens und Filbinger es zu hohen Ämtern bringen (nach „Pflasterstrand" 14, 7.7.79, Seite 4).

Spenden für den erwarteten § 90a-Prozeß an:
Raiffeisenbank Huglfing, Nr. 3127

„Podium" wegen Erklärung gegen Carstens beschlagnahmt

Am 21.Juni 79 beschlagnahmte die Polizei auf Beschluß des AG Augsburg die Alternativzeitung „Podium". Die Wohnung des presserechtlich Verantwortlichen wurde untersucht, ebenso 24 „Podium"-Verkaufsstellen. Anlaß war der Abdruck der Presseerklärung des „Blatt" anläßlich der Durchsuchung ihres Verlages wegen eines offenen Briefes des Schriftstellers Heinz Jacoby an Bundespräsident Carstens. Dieser Brief wurde nach § 90a für strafbar erklärt. Allein in dem Abdruck und polemisierenden Äußerungen gegen Carstens sah nun der Amtsrichter auch beim „Podium" den Tatbestand einer „verunglimpfenden Äußerung" (§ 90a) für erfüllt an („Pflasterstrand" 14, 7.7. 79, Seite 5).

Verurteilung im Buback-Prozeß zu erwarten

Nachdem das AG Gießen die presserechtlich Verantwortliche der Zeitung der Fachschaft Biologie wegen des Nachdrucks des Buback-Nachrufs im Juli 77 freigesprochen hatte, wurde durch die Sprungrevision der StA zum OLG Frankfurt das Verfahren zur endgültigen Aburteilung an das AG zurückverwiesen. Die Begründung des OLG: Die Angeklagte habe durch Vorwort und Überschrift in den „Tenor des Artikels eingestimmt" und damit den Tatbestand des §90a erfüllt. Die Überschrift hieß: *„Bubackakak...".* Im Vorwort wurde auf die Polizeiaktion gegen den Göttinger AStA hingewiesen. Dadurch habe sie *„die Reaktionen der Strafverfolgungsbehörden auf den Artikel zu neuen Angriffen gegen sie benutzt".* Das Untergericht wird jetzt im Urteil nur noch in der Frage der Strafhöhe unabhängig sein („ID" Nr. 290, S. 23).

VERFAHREN WEGEN VOLKSVERHETZUNG

Das Verfahren gegen Renate Bichel, presserechtlich Verantwortliche für ein Flugblatt der „KPD/ML" mit dem Titel „Morgen bist du ein Terrorist" wurde in Bochum eingestellt. Angeklagt war sie wegen „Volksverhetzung" (§130). In dem Flugblatt war der Ausbau des Sicherheitsapparates als Bedrohung für die arbeitende Bevölkerung dargestellt worden („RM" Nr. 27 vom 6.7.79, S. 7).

Beleidigung der Polizei

Die Mühlheimer Polizei stellte Anzeige wegen „übler Nachrede" (§186) gegen die „Freie Presse", Stadtzeitung für Mühlheim an der Ruhr. Gegenstand des Verfahrens ist ein Artikel in der Januar-Ausgabe der „Freien Presse" über den Polizeieinsatz auf dem Mühlheimer Weihnachtsmarkt gegen Fritz Hofstadt (gegen diesen läuft inzwischen ein gesondertes Anklageverfahren). In diesem Fall hatte sich die AUD Mühlheim an den Landesinnenminister Hirsch gewandt, mit der Bitte um Überprüfung des Polizeiübergriffs („Freie Presse" Nr. 6/7 Juni/Juli 79, S.1).

IKAH



Veranstaltung zur Knastsituation

Hannover: Anläßlich des Hungerstreiks Mai/Juni 79 hatte sich eine Aktionseinheit gebildet (s. AK 15C), die sich u.a. für die Freilassung von Irmgard Möller einsetzte. Von dieser Aktionseinheit ging am 12.7. eine Veranstaltung gegen die umenschlichen Haftbedingungen aus, die mit ca. 250 Menschen recht gut besucht war.

Diese Veranstaltung hatte — entgegen der ursprünglichen Konzeption — weitgehend Informationscharakter, die Diskussion über die weitere Perspektive in der Knastarbeit fehlte. Drei Rechtsanwälte berichteten über die Schikanen speziell gegen ausländische Gefangene, über den Hochsicherheitstrakt in Celle und über den Zustand von Irmgard Möller und ihre Forderungen im Hungerstreik. Birgit Soffel berichtete über die erneute Festnahme ihres Bruders Herbert aus dem Krankenhaus heraus, trotz Herberts Haftunfähigkeit.

Ein weiterer Punkt war die juristische Verfolgung von Kritikern am Beispiel des „Stammheim-Prozesses" gegen Kai Ehlers, wo schon Zweifel an der offiziellen Selbstmord-Version bestraft werden sollten. An diesem Beispiel wurde die Notwendigkeit exakter Untersuchungen der Haftsituation betont, die bei diesem Prozeß entscheidend zur Einstellung beigetragen haben.

Eine Genossin aus Hamburg

Freispruch für F.C. Delius

Angeklagt waren drei Zeilen aus dem Gedicht „Moritat auf Helmut Hortens Angst und Ende" aus dem 1971 erschienenen Buch „Ein Bankier auf der Flucht". Nach sieben Jahren Veröffentlichung kam auch Herr Horten mal zum Lesen. Er habe „Angst vor Konkurrenz, vor seinesgleichen, vorm Schuft", und es „schwitzen die von ihm bezahlten Politiker über Gesetzen, die ihm genehm sind und seine Gegner zerfetzen".

Das gefiel Herrn Horten nicht und mit 200.000 Mark Streitwert wollte er nun F.C. Delius vor Gericht zerfetzen. Dies mißfiel der Richterin Frau Dr. Johannsen und sie sprach: „Zwar könnten die Zeilen die Ehre des Klägers beeinträchtigen, doch müßten bei der rechtlichen Bewertung kunstspezifische Maßstäbe angelegt werden. Die negative Charakterisierung müsse Horten hinnehmen." Bravo!

Forderung nach Haftentlassung für Irmgard Möller

Das Studentenparlament der Universität Marburg verabschiedete am 28.6. einen Brief an Justizminister Vogel, in dem die Haftentlassung von Irmgard Möller gefordert wird. Es heißt dort: *„Wir wollen nicht, daß Irmgard Möller stirbt. Daß keine andere Gefangene oder kein anderer Gefangener stirbt. Gefangene in mehreren Bundesländern sind seit Wochen im Hungerstreik, einige haben einen Durststreik begonnen. Die Gefangenen kämpfen (für Haftbedingungen), die ihren Kopf und ihren Körper nicht zerstören. Sie kämpfen für die Aufhebung der Isolation.*

Irmgard Möller ist lebensgefährlich erkrankt. Wir fordern die sofortige Haftentlassung von Irmgard Möller, weil nur so ihr Leben gerettet werden kann. Wir fordern für alle Gefangenen Haftbedingungen, die ein Überleben möglich machen".



Nachrichten aus Schule und Hochschule



SP-Wahlen Sommer 1979

Uni Hamburg

Vom Ergebnis her bieten die SP-Wahlen das gewohnte Bild: An der Dominanz der „gewerkschaftlich-orientierten" Kräfte (MSB, SHB, Jusos) konnte nicht gerüttelt werden. 38 SP-Mitglieder wurden gewählt, 19 nach dem Verhältniswahlrecht, 19 über Direktkandidaten. Durch Blockbildung der GO-Kräfte haben diese allein 18 der 19 Direktkandidaten gewonnen, so daß sie mit weniger als 50% der Wählerstimmen wiederum über 70% der zu vergebenen Sitze verfügen. Bei nur geringfügig gesunkener Wahlbeteiligung gelang es der Linken Liste (ein Zusammenschluß von Linken, in dem auch der SSB mitarbeitet) 1316 Stimmen auf der Gesamtliste zu erhalten (im WS 78/79 1200). Für einen weiteren Sitz reichte das Ergebnis nicht, die LiLi erhielt 3 Sitze (und hat nun insgesamt 6). Mit diesem Ergebnis wurde die LiLi nach Jusos (2055 Stimmen) und MSB (1491 Stimmen) zur drittstärksten Gruppierung.

Nach der erfolgreichen Durchführung eines Uni-Frauentages kandidierte auf der Linken Liste auch eine Frau aus der SSB-Frauengruppe, die – jetzt gewählt – im SP die Interessen der Frauen auch gegenüber den „Herren Parlamentariern" stärker ausdrücken will.

Innerhalb der GO-Kräfte konnten die Jusos leichte Gewinne verbuchen und damit einen Sitz dazu gewinnen. Erfreulich ist das relativ schlechte Abschneiden des RCDS, dem es nicht gelang, seine Kandidaten bei den Juristen und den WiWis durchzubringen.

„Großer" Verlierer dieser Wahl ist der MSB, der 200 Stimmen verloren hat. Davon allein 100 Stimmen am Fachbereich Germanistik, wo der MSB zu Beginn des Semesters einen Streik zur Verteidigung eines von ihm mit den Professoren ausgehandelten Studienplans anzetteln wollte. Dieser Studienplan enthält zwar die Forderung nach einer 10- semestrigen Mindeststudienzeit, gleichzeitig schreibt er jedoch eine Verdoppelung der Hauptseminare vor. Zur Verteidigung dieses Studienplanes konnte der MSB keinen Streik am Fachbereich durchsetzen. Für diese Art der „Interessenvertretung" bekam er jetzt die Quittung.

„Interessenvertretung" bekam er jetzt die Quittung.

Betrachtet man die Verluste des MSB innerhalb des GO-Bündnisses stellt sich einmal mehr die Frage, woher sich immer noch die politische Dominanz des MSB gegenüber Jusos und SHB begründet. So ist es dem MSB bisher stets gelungen, ihm mißliebige Beschlüsse des SP vor der Öffentlichkeit zu verschweigen oder in der Versenkung verschwinden zu lassen. So in jüngster Zeit die Unterstützung der Unterschriftensammlung zur Stillegung aller Atomanlagen, Rock gegen Rechts in Frankfurt und Solidaritätserklärung für R. Bahro.

Ob sich nach dem jetzigen Wahlergebnis im SP und in der AStA-Politik etwas ändern wird, bleibt abzuwarten. Interessant in diesem Zusammenhang sind Beschlüsse, die auf der 1. SP-Sitzung nach der Wahl gefaßt wurden zur Solidarität mit den niedersächsischen ASten, die wegen einer Protestresolution gegen die Beinahe-Erschießung von Rolf Heissler angegriffen wurden (s. AK 157) und eine Solidaritätserklärung für R. Bahro, die veröffentlicht werden soll.

Die Linke Liste verfügt mit ihren sechs Vertreter/innen im SP mittlerweile über eine Fraktion, die soweit arbeitsfähig ist, daß sie die schwelenden Widersprüche zwischen den AStA-Gruppen anpusten kann.

Braunschweig: Basisgruppen weiterhin stärkste Fraktion

Erstmals fanden in Braunschweig die Wahlen zu den Organen der Verfaßten Studentenschaft nach dem neuen niedersächsischen Hochschulgesetz statt. Die Studentenschaft hatte in einer Urabstimmung eine Wahlordnung beschlossen, die vom Rektor zwar genehmigt worden war, auf Veranlassung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst jedoch nachträglich mit Änderungen versehen wurde, die die Studentenschaft nicht akzeptieren will.

So sollten die aufgelöste Pädagogische Hochschule und die Technische Universität einen gemeinsamen Studentischen Rat und AStA wählen. Die Studenten der ehemaligen PH haben sich zwar an der Wahl zum Studentenrat beteiligt, werden jedoch die für ihre Vertreter vorgesehenen Sitze im Studentischen Rat nicht besetzten, sondern einen eigenen AStA bilden.

Die ‚Fachschaftsliste' konnte im Studentenparlament der PH mit 12 Vertretern die absolute Mehrheit gewinnen, die Jusos erhielten 5 Sitze. die ‚Initiativgruppe PH' 2 und die ‚Gewerkschaftliche Orientierung' einen.

Im Studentischen Rat der TU stellen die Basisgruppen wie bisher mit 19 Sitzen die stärkste Fraktion, Unorganisierte erhielten 14, die ‚Gewerkschaftliche Orientierung' 10, der Kommunistische Studentenbund 4 und die Jusos 2 Sitze.

Wahlbeteiligung insgesamt: 30,8 %.

Uni Gießen

Eine Steigerung der Wahlbeteiligung von 27,5 auf 40,6% kam vor allem dem RCDS zugute, dem es gelang, sein Wählerpotential durch die Möglichkeit der Briefwahl zu mobilisieren. Der RCDS konnte mit 1536 Stimmen (gegenüber 899 im letzten Jahr) 9 Sitze besetzen. Die Basisgruppen erhielten trotz 963 Stimmen (1978: 806) 2 Sitze weniger und stellen damit 5 Vertreter/innen. Es zeigte sich, daß der Modus der Briefwahl unter den Linken kaum zusätzliche Wähler motivierte, während der RCDS einen Teil der „schweigenden Mehrheit" mobilisieren konnte. Die Jusos kamen auf 1498 Stimmen (1978 1109) und mußten ebenfalls aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung einen Sitz abgeben. Je einen Sitz dazu erhielten neben dem RCDS LHV und KSB.

Der AStA wird wieder von einem Bündnis von Jusos und Basisgruppen gebildet.

Uni Freiburg

gruppen gebildet.

Uni Freiburg

Der RCDS wurde bei den Wahlen zum „Großen Senat" (der kastrierte AStA nach der Liquidierung der verfaßten Studentenschaft) mit 4748 Stimmen stärkste Gruppierung vor der GEW-Hochschulgruppe, die 4280 Stimmen erhielt. Insbesondere an den Hochburgen des RCDS, den Fachbereichen Jura und Theologie, schlug eine Wahlbeteiligung von 22 bzw. 33% für den RCDS zu Buche, während an den linkeren Phil.-Fachbereichen die Wahlbeteiligung nur bei etwa 10% lag. Insgesamt betrug die Wahlbeteiligung 15,3%.

Der Erfolg des RCDS reicht allerdings nicht aus, den von GEW-Hochschulgruppe, LHV und SHB gemeinsam gestellten unabhängigen AStA (U-AStA) zu kippen. An der bisherigen Sitzverteilung im Kastra hat die Wahl nichts verändert. (nach „U-AStA info" Nr. 59).

Uni Tübingen:

Die Kastra-Wahlen in Tübingen brachten bei einer Wahlbeteiligung von 19% der linken Fachschaftsliste 51% der Stimmen und mit 4 Sitzen die Mehrheit im „Großen Senat". Die weiteren drei Sitze gingen an die Rechten: RCDS 1 Sitz mit 16,5%, SLH und FIT (Fachschaftsinitiative) 2 Sitze mit 22%.

Die Fachschaftsliste, deren Plattform von der VV der – seit 1977 illegalisierten – Fachschaftsräte bestimmt wurde, wurde von allen Linken mit Ausnahme des MSB unterstützt. Dieser stellte eine eigene „Liste für die Verfaßte Studentenschaft" auf, die 10% der Stimmen erhielt, allerdings keinen Sitz erhielt. Durch die Eigen-Kandidatur des MSB ging der Fachschaftsliste ein fünfter Sitz an die Rechten verloren. (nach „Tageszeitung", 9.7.79).

PH Westberlin

Bei leicht gesunkener Wahlbeteiligung von 28,6 % (gegenüber 31 %) verbesserte sich das Ergebnis für die linke Liste LAUS um 5,3 % auf 69 % und 36 Sitze. Die ADS (SEW-orientiert) verloren 1,8 % und kamen auf 13,5 % und 7 Sitze. Die Jusos hielten mit 14,5 % ihre 7 Sitze. Die KHG verlor 2,3 % und erhielt mit 1,8 % keinen Sitz. Der LAUS stellt nun mit einer Zweidrittel-Mehrheit weiterhin den AStA.

Technische Fachhochschule Westberlin

Technische Fachhochschule Westberlin

Hier wurden erstmals AStA-Wahlen durchgeführt. Die linke Basisgruppen-Liste „AStA-AG", in der auch der SSB-Westberlin mitarbeitet, erreichte 68,5 % und damit 22 Sitze. Demgegenüber entfielen auf die ADS 14,1 % (= 4 Sitze) und auf eine „Gruppe bürgerliche Studenten" 10,4% (= 3 Sitze). Die KHG erhielt für 4,1% einen Sitz.

Technische Universität Westberlin

Auch an der TU wurde, mit einer Wahlbeteiligung von 38 %, erstmals eine Wahl zum AStA durchgeführt. Hier kandidierten 19 verschiedene Listen. Das höchste Einzelergebnis erreichte die Bunte Basisgruppen-Liste — BuBaG mit 16,4 % und 11 Sitzen. Auf drei weitere Basisgruppenlisten entfielen zusammen 5 Sitze. 4,7 % und 3 Sitze erhielt eine Boykottliste („Morast"), die gegen die Beteiligung der Studenten an den wiedereingeführten ASten aufgetreten ist.

Ein Direktmandat entfiel auf die „Autonome FSR-Liste", zwei auf „Unabhängige" Kandidaten.

Knapp hinter der BuBaG-Liste rangieren die Jusos mit 16,2% und 11 Sitzen. Hinzu kommen vier Sitze, die auf Listen entfielen, die den Juso-Strömungen zurechenbar sind.

Die ADS erreichte 9,7 % und 6 Sitze, mit ihnen sympathisierende Ausländer 2 Sitze.

Der LHV erhielt mit nur einem Sitz eine Quittung für die Listenverbindung, die er mit der „Liberalen Fachbereichsgruppe" eingegangen war, auf deren Liste Kandidaten der früheren RCDS-Liste „Laus" aufgestellt wurden. Diese „Liberalen" kamen auf 7,6 % und 6 Sitze. Der RCDS selbst erhielt mit 11,8 % 8 Sitze. Ein Ergebnis, das verschiedene Möglichkeiten der AStA-Bildung offenhält.

Bremen

Bei einer von 32,3 auf 24,7 % gesunkenen Wahlbeteiligung erhielten der MSB 606 Stimmen (11 Sitze), der SHB 210 (4), die Jusos 343 (7), der LHV 53 (1) und die Liste „Aktionseinheit der Studenten für ihre Rechte" (KBW) 121 (2). Alle Gruppierungen haben gegenüber dem Sommersemester 78 Stimmen gewonnen. Dies und die gesunkene Wahlbeteiligung ist darauf zurückzuführen, daß diesmal weder eine Basisgruppenliste noch der KB und die marxistische Gruppe (MG) kandidiert hatten (bei den letzten Wahlen zusammen über 700 Stimmen).

und die marxistische Gruppe (MG) kandidiert hatten (bei den letzten Wahlen zusammen über 700 Stimmen).

Kassel

An der Gesamthochschule Kassel erreichte die Basisgruppen-Liste mit 728 Stimmen (47,4 %) 13 der insgesamt 25 Sitze und wird damit weiter den AStA stellen. Die weiteren Ergebnisse: MSB 115 (7,5 %, 2 Sitze), Jusos 305 (19,6 %, 5), SHB 86 (5,6 %, 1), KSB 89 (5,8 %, 1). 3 Sitze gingen an eine uns unbekannte Gruppe SIT.

Frankfurt: Spontis gewinnen – Jusos pokern

Erstmals wurden die Wahlen zwangsweise nach dem Briefwahlsystem durchgeführt, wovon sich das Kultusministerium die Schwächung der Linken verspricht. Aber wie so oft kam es anders als man denkt. Stärkste Gruppierung bleibt mit 3834 Stimmen (40 %) und 10 Sitzen weiterhin ein Bündnis der ‚Undogmatischen Linken'.

Weiter erhielten:
Jusos: 1214 Stimmen (12,7 %) und 3 Sitze
LHV: 817 Stimmen (8,5 %), 2 Sitze
MSB: 426 Stimmen (4,4 %), 1 Sitz (womit sich der Anteil des MSB halbierte)
KBW: 230 Stimmen (2,4 %), kein Sitz
RCDS: 1748 Stimmen (18,4 %), 4 Sitze
Und eine rechte Fachbereichsgruppe: 1113 Stimmen (11,6 %), 2 Sitze.

Leider haben damit die Rechten erhebliche Stimmengewinne verbuchen können.

Während bisher die Jusos jeweils einen Sponti-Minderheiten-AStA unterstützt haben, wollen sie diesmal selbst ins Geschäft steigen. Mit ihrem eher bescheidenen Stimmenanteil verlangen sie jedoch gleich den stellvertretenden AStA-Posten und weitere Referenten. Die Spontis dagegen wollen als absolut stärkste Fraktion den AStA allein weiterführen. Auf der konstituierenden Sitzung bildeten daraufhin die Jusos einen Block mit anderen vom VS gesponserten Gruppen (RCDS, LHV), um einen Sponti-AStA zu verhindern. Sie verweigerten sogar ihre Zustimmung für die Wahl von Brigitte Heinrich (bekannt durch die immer wiederkehrenden Hetztiraden gegen sie als „Terror"-Sympathisantin) zur SP-Präsidentin. Dieser Posten steht nach altem Brauch jeweils der stärksten Fraktion zu. Wie der „FR" (offiziöses Organ der Jusos) zu entnehmen war, spekulieren die Jusos nun auf Neuwahlen. Damit können sie sich jedoch arg verrechnen.

sos) zu entnehmen war, spekulieren die Jusos nun auf Neuwahlen. Damit können sie sich jedoch arg verrechnen.

Bereits vor eineinhalb Jahren versuchten sie das gleiche Manöver, das mit einer empfindlichen Schlappe für die Jusos und einer Stärkung der Spontis endete.

Zwangsexmatrikulation soll abgeschafft werden — Kurswechsel in der Hochschulpolitik?

Seit der Verabschiedung des HRG im Herbst 1975 wird die darin enthaltene Verpflichtung für die Hochschulen, Regelstudienzeiten in allen Studienordnungen festzulegen, von der demokratischen Studentenbewegung bekämpft. Am deutlichsten wird der Zwangscharakter dieser Regelstudienzeiten an der damit verbundenen Zwangsexmatrikulation, d.h. des Hinauswurfes aus der Uni für den Fall, daß der/die Student(in) die Regelstudienzeit plus der zu gewährenden Nachfrist überschreitet. Je mehr sich die geplante Studienreform als ständig wachsende Reglementierung und Leistungsverschärfung entpuppte, desto mehr wurde die Zwangsexmatrikulation zum Symbol dieser Entwicklung, oder – aus der Sicht eines der Verantwortlichen für diese Entwicklung – *„zu einem Fetisch der Angst und zu einem Objekt heftigster Aggressionen"* (Glotz, SPD-Wissenschaftssenator in Westberlin).



100 und mehr Studenten füllen heute Seminare, die für höchsten 50 geplant sind.

Nachdem der Hamburger Hochschulsenator, Sinn, noch im April dieses Jahres von der Kultusministerkonferenz abgeschmettert worden war, als er dort die Abschaffung der Zwangsexmatrikulation forderte, bahnt sich nun eine überraschende Wende an: In Absprache mit Bundesbildungsminister Schmude (SPD) planen die SPD/FDP-Länder eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, die §§ 17 und 72 des HRG d.h. die Zwangsexmatrikulation als Folge der Überschreitung der Regelstudienzeit abzuschaffen. Bei der Ankündigung dieser Aktion wird mit großen Worten nicht gespart: Von einem *„Tag ungewöhnlicher Freude"* sprach Sinn, *„Versprochen-Gehalten"* brüstet sich die Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion (Flugblatt vom 9.7.79) und Glotz gar will die Aktion als Signal an die Studenten verstanden wissen, das zeigen soll: *„Dialoge können Ergebnisse haben. Wir sind bereit, einmal getroffene Entscheidungen zu revidieren, wenn wir davon überzeugt werden, daß sie falsch waren. Argumente können Gesetze ändern; Farbeier nicht"* (lt. „Spiegel", 28/79).

Wer hätte das gedacht! Haben wir uns so getäuscht in den Parteien, hat uns nur die Geduld gefehlt? Sogar Stoltenberg ist überzeugt worden; in seiner Regierungserklärung tritt er für eine Änderung der entsprechenden Vorschriften ein („Hamb. Abendblatt", 6.7.) und ähnliches weiß der RCDS von Vogel (CDU-Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz) zu berichten („FR", 5.7.). Allen Ernstes begrüßen auch Zeitungen wie „FAZ" und Springers „Hamburger Abendblatt" diese SPD-Inititative denn: *„viele Studenten (müssen) nur deshalb Semester anhängen, ... weil sie aus finanziellen Gründen, neben ihrem Stu-*

Fortsetzung auf Seite 31

Fortsetzung von Seite 30

dium 'jobben' müssen" (Hamburger Abendblatt, 6.7.) und „*Dauerstudenten belasten die Universitäten weniger als man denkt, nehmen sie doch selten an den universitären Veranstaltungen teil"* („*FAZ*", *9.7.)* Diese wahrlich nicht neuen Argumante wurden von denselben Politikern und Zeitungen oft genug vom Tisch gewischt, die heute verdächtig einhellig „Einsicht zeigen"; woher also dieser plötzliche Umschwung?

„Eine Leiche soll erschlagen werden"

Diesen Satz stellt die „FAZ" an den Anfang ihres Kommentars. Er trifft insoweit, als endgültige Zwangsexmatrikulationen offenbar nur in geringer Zahl ausgesprochen und in noch weniger Fällen konsequent durchgesetzt worden sind. Die grösste Anzahl dürfte wohl in Bayern und Baden-Württemberg angedroht worden sein, wo die Zwangsexmatrikulation bereits sehr früh in den Landeshochschulgesetzen verankert wurde; Aufsehen erregte z.B. zu Beginn des Sommersemesters '78 die Tatsache, daß in Baden-Württemberg an ca. 3.000 Student(inn)en „Blaue Briefe" verschickt wurden.

Außer den „Blauen Briefen" gehören auch die Meldefristen für Prüfungen mit in den Zusammenhang der Regelstudienzeit; auch sie dienen dazu, bei Überschreitung der festgelegten Semesterzahl die betroffenen Studenten nachdrücklich daran zu erinnern, daß sie sich zur Prüfung zu melden hätten.

All dies wird natürlich mit einer neuen Regelung nicht fallen, ebenso wie es weiterhin Prüfungsordnungen mit der Möglichkeit der Zwangsexmatrikulation geben wird, auch wenn diese im HRG nicht mehr vorgeschrieben ist. Die Zwangsexmatrikulation selbst ist auch insofern eine „Leiche", als ein konsequentes Hinaussäubern derjenigen, die die Regelstudienzeit überschritten haben, schon aus ökonomischen Gründen unübersehbare Folgen nach sich zöge. Eine einfache Rechnung soll dies belegen: Geht man von einer Gesamtstudentenzahl von 900.000 aus (wurde bereits im WS 77/78 überschritten) und davon nur 3,5 %, die die Regel- bereits im WS 77/78 überschritten) und davon nur 3,5 %, die die Regel-studienzeit überschritten haben, was sicherlich zu niedrig gegriffen ist, so würden bei konsequenter „Säuberung" ca. 32.000 Abbrecher ohne Berufsabschluß den „Arbeitsmarkt belasten". Das entspricht etwa noch einmal der Gesamtzahl arbeitsloser Akademiker (35.000 lt. „FAZ", 13.7.79)! Mit anderen Worten: die vielbeklagte hohe Studiendauer bewirkt immerhin, daß die Zahl der arbeitslosen Akademiker halbiert wird. Schon dies zeigt, daß gegenwärtig massenhafte Zwangsexmatrikulationen nicht durchführbar sind, zumal heute über 50 % aller Studenten nicht mit der vorgegebenen Studienzeit auskommen. Wenn also Senator Glotz die Zwangsexmatrikulation zum „untauglichen Instrument" erklärt, zugleich aber am Konzept festhält, die „*überlangen Studienzeiten an deutschen Hochschulen zu kürzen*"(„Spiegel", 28/79), so ist dies kein echtes Zugeständnis, sondern die Anerkennung einer Realität.

Wird jetzt alles besser?

Allenthalben ist die Hoffnung zu hören, mit der Abschaffung der Zwangsexmatrikulation könne „*dem Hochschulgesetz jener Stachel genommen werden, der die Studenten verunsichert und aufbegehren läßt*" („Hamb. Abendb.", 6.7.79).

Unbestreitbar ist, daß Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation besonders große Teile der Studenten empört und viele auch verunsichert und entmutigt haben. Hinzu kommt noch, daß große Teile des Lehrkörpers die Regelstudienzeit wegen der damit verbundenen Einschränkung akademischer Freiheiten und der Verschulung ablehnen. Insofern kann es sein, daß jetzt Hoffnungen auf eine Verbesserung der Situation entstehen. Aber es spricht alles dafür, daß sich diese Hoffnungen nicht lange halten werden, denn die Ursachen für die Unzufriedenheit bleiben: Weiterhin wird die Regelstudienzeit für BAFöG-Empfänger (d.h. für Stipendien-Abhängige) verbindlich sein, wird sie Grundlage für Kapazitätsberechnungen sein, und damit das Verhältnis von Hochschullehrern zu Studenten immer ungünstiger werden lassen. Daß sich an all diesem nichts ändern soll, hat vor allem Minister Schmude deutlich gemacht, der betonte, jede weitere Forderung über die Abschaffung der Zwangsexmatrikulation hinaus würde „*das Scheitern der Initiative programmieren*" („HA", 6.7.).

Bildungskommission
SSB/Hamburg

Für die Gesamtschule eintreten!

Wir haben die Gesamtschuldiskussion auf mehreren Terminen geführt und möchten dazu die folgenden (vorläufigen) Ergebnisse vorlegen. Die Hauptaspekte waren die Frage, ob in den jetzigen GS noch Ansätze vorhanden sind, die einen fortschrittlichen Unterricht im Interesse der Schüler ermöglichen und welche Rolle die Gesamtschule im Bremer Wahlkampf spielen wird bzw. spielen könnte.

Ausgeklammert wurde von uns die Frage, w i e die GS-Diskussion bisher geführt wurde (im Hamburger Lehrerbereich) und wie sie weitergeführt werden sollte, da uns eine Aufarbeitung der Hamburger Fraktionierung wegen Unübersichtlichkeit (trotz mehrerer AK-Artikel dazu) bisher noch nicht gelungen ist.

1. Eine Einschätzung der Situation an den GS heute ist u.E. nur möglich unter Einbeziehung der Entstehungsgeschichte. Gerade die Geschichte wird bemüht, wenn Vertreter der These, GS seien eine Scheinreform im



Sinne des Kapitals, den Beweis dafür antreten wollen. So etwa die Behauptung, daß GS in der Zeit entstanden seien (Mitte bis Ende der 60er Jahre), also einige Kapitalvertreter noch immer einen stärkeren Bedarf an höher- und andersqualifizierten Arbeitskräftung, die Einrichtung von GS seien Rationalisierungs- und Zentralisierungsmaßnahmen, die zu einer Absenkung der Bildungsausgaben führe. Es ist müßig nachzugehen, ob diese Gedankengänge eine reale Basis hatten und jemals diskutiert worden sind, denn heute ist längst Konsens bei Bildungspolitikern aller bürgerlichen Schattierungen, daß von einem stärkeren Bedarf an höherqualifizierten Kräften nicht gesprochen werden kann, daß die Einrichtung von GS durch die noch immer bessere Ausstattung und durch die Tendenz, die Schulzeit über die Schulpflichtgrenze zu stimulieren, auch in punkto Kostenminderung nichts einbringt, eher das Gegenteil.

Wenn schon Geschichte, dann Fakten, die auch heute in der Auseinandersetzung um die GS eine Rolle spielen. So die Tatsache, daß in den 60er Jahren eine Protestbewegung vorhanden war, die sich für das Bildungswesen allgemein in der Forderung nach einem gerechteren und besseren Schulsystem manifestierte. Diese Eltern- und Pädagogenbewegung besteht nach wie vor (allerdings mit Abstrichen und anderen Gewichtungen), wobei von Elternseite immer noch Forderungen nach mehr Gesamtschulen aufgestellt werden (Beispiel Hamburg); von Lehrern und Erziehern mehr und mehr Alternativmodelle ins Spiel gebracht werden. Die Antwort der SPD damals war das Einrichten von Gesamtschulen als Modellschulen; Kennzeichen der damaligen SPD-Politik war dabei nicht etwa die Sorge um ein besseres Schulsystem, sondern der Versuch der Integration eines Protestpotentials: Schulreform als Erzeugung bzw. Wiedergewinnung von Massenloyalität. Dies ist aber nicht nur negativ zu sehen, da dadurch etliche GS auf Elterninitiative eingerichtet wurden und in ihnen fortschrittliche Ansätze zum Programm erhoben werden konnten. So wurden von den drei Bremer GS nachweislich zwei auf Initiative und Vorarbeit von fortschrittlichen Eltern und Lehrern eingerichtet.

Fazit und These:
Aus der Entstehungsgeschichte läßt sich ableiten, daß GS kein bewußtes „Werkzeug des Kapitals" sind, daß sie insgesamt auch keinen Ansatz für eine sozialistische Einheitsschule darstellen (aber wo soll der auch so ohne weiteres mitten in diesem Kapitalismus herkommen), daß sie aber in sich immer noch bessere Ansätze und Möglichkeiten für einen fortschrittlichen Unterricht im Interesse der Schüler bergen als die herkömmliche Klassenschule und die gilt es zu verteidigen.

2. Bei der Bewertung von GS wird von linksliberalen Theoretikern immer wieder dargestellt, daß Schüler von GS in dreierlei Hinsicht profitieren (so etwa von H. Fend u.a. in einer schon etwas älteren Vergleichsuntersuchung aus dem Jahre 1975, H. Fend, u.a.: „Zwischenbilanz eines Schulversuchs", in Gesamtschule 3/75):
— durch mehr Durchlässigkeit und Förderungsmöglichkeiten aufgrund des Kurssystems
— durch mehr qualifizierte Abschlüsse speziell für Arbeiterkinder und Mädchen gegenüber der Hauptschule
— durch Verminderung der Schulangst.

Die Problematik und der Ideologiegehalt solcher Untersuchungen (z. B. durch Weglassen der Elemente, die im herkömmlichen Schulsystem und in GS gleichermaßen auftreten) darf nicht verkannt werden. Doch kann nach unseren Erfahrungen und Informationen von Bremer Gesamtschulen o.a. zumindest in der Tendenz bestätigt werden.

Ein Beispiel: Wenn wir wirklich die Zensuren als eines der wirksamsten schulischen Repressionsmittel und als ein Instrument zur Zerstörung der natürlichen Lernlust auffassen, kann es uns nicht gleichgültig sein, wenn es an einigen GS immer noch Bedingungen gibt, die diese Zensurenpeitsche entschärfen. So an zwei Bremer GS, an denen es bis einschließlich Klasse 8 kein herkömmliches Notensystem gibt. Dieses wird ersetzt durch eine Bewertung zur Erreichung von Lernzielen bei einzelnen Unterrichtseinheiten, bei denen soziale Gesichtspunkte (kollektive Zusammenarbeit) nach wie vor eine wichtige Rolle spielen sollen. Die Formulierung der möglichen Bewertungen („Lernziel erfüllt, übertroffen, noch nicht erfüllt") und ihre differenzierte Beschreibung im Lernentwicklungsbericht gibt in der Tat bessere Möglichkeiten, soziale Diskriminierungen durch Noten zu mildern und die Schulangst abzusenken.

Daß schon diese kleinen Fortschritte der in Bremen regierenden SPD ein Dorn im Auge sind, kann man aus zwei Tatsachen ersehen: Zum einen daran, daß schon bei der zweiten in Bremen eingerichteten GS (Lesum) das Notensystem verschleiert wieder durch ein Punktesystem (von 1 bis 10) eingeführt worden ist; zum anderen daran, daß seit 1977 den Bremer GS eine Orientierungsstufe vorgeschaltet ist, als Versuch, die fortschrittlichen Ansätze innerhalb der GS einzuschränken.

Zu berücksichtigen ist auch, daß die GS den Schülern gegenüber dem dreigliedrigen Schulwesen Vorteile bietet. So sind mit den GS Freizeitangebote verbunden (AGs, Disco, gebundene Freizeitstunden) und das in Stadtteilen, die den Schülern sonst außer Beton nichts zu bieten haben. So entfallen die lästigen Hausaufgaben, was die Benachteiligung der Eltern, die nicht mit ihren Kindern pauken können, aufhebt. Und schließlich bietet der Ganztagsunterricht mit Mensabetrieb Vorteile für jene Kinder, deren Eltern arbeiten müssen.

3. All diese noch vorhandenen fortschrittlichen Ansätze innerhalb der GS stehen aber zunehmend unter Beschuß, und gerade aus diesem Grunde ist es notwendig, sie zu verteidigen. Die Speerspitze der Reaktion dabei ist sicherlich die CDU und die von ihr gesteuerten Elternverbände, die auch in Bremen in typisch sozialdemagogischer Manier die angeblichen Nöte der Schüler in den Mammut-Gesamtschulen und die „Ausschaltung des Elternwillen" beklagen. Elternwille, das heißt bei der CDU, die Eltern sollen „frei" wählen können zwischen Haupt-, Realschule und Gymnasium. Statt für mehr GS setzt sich die CDU für „eine gut ausgebaute Hauptschule ein, will allerdings die drei vorhandenen Bremer GS weiterhin als Modellschule akzeptieren.

Anmerkung zur FDP, die ja anderswo und manchmal sehr liberal auftreten kann: In ihrem neuen Programm bis 1983 heißt es lapidar: „*Die Weiterentwicklung des Schulwesens zu einem einheitlichen Gesamtschulsystem wird abgelehnt.*"

Die CDU hat in Bremen in ihrem bereits eröffneten Wahlkampf die Schulpolitik in vorderste Front gerückt; daß dabei die GS-Thematik nur unter anderem eine Rolle spielt, ist leicht zu erklären. Gerade Bremen ist ein hervorragendes Beispiel dafür, daß die SPD eben nicht eine Verteidigerin der GS oder gar ein vorantreibendes Element ist. Nur wo die SPD sich gegenüber der CDU profilieren muß oder unter einem Druck von Eltern steht, wird sie die Einrichtung neuer GS thematisieren. In Bremen hat sie bisher viel dafür getan, daß die lächerliche Anzahl von drei GS nicht vergrößert wird (lediglich 5,5 % aller Bremer Schüler an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen finden auf den drei GS einen Platz!) In dem Bremer-Plan der SPD für die nächste Legislaturperiode (bis 1983) kommt das Wort GS überhaupt nicht mehr vor. Keinerlei Druck von Eltern- oder Pädagogenseite ausgesetzt, kann der SPD-Vorsitzende von Bremen es sich erlauben, in einem GEW-Interview zu plaudern, daß die SPD natürlich die Partei der GS sei, daß zur Zeit leider erlauben, in einem GEW-Interview zu plaudern, daß die SPD natürlich die Partei der GS sei, daß zur Zeit leider aber „finanzpolitische Schwierigkeiten" bestehen würden: „*Wir werden in den nächsten vier Jahren nicht die finanziellen Ressourcen zur Verfügung haben, um das tun zu können, was wir gern täten.*" Nichts wäre der CDU zwecks Erleichterung ihres Wahlkampfes lieber, wenn die SPD sich wenigstens dazu bekennen würde, in ferner Zukunft, vielleicht nach 1983, die GS in Bremen als Regelschule einzuführen. Doch M. Thape, der Bremer Bildungssenator, meinte dazu in einer der letzten Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft treu und brav, er „*könne sich auch weiterhin ein Nebeneinander von GS* (damit meint er die bisherigen drei Modellschulen) *und den herkömmlichen drei Schularten vorstellen.*" Kein Wunder, daß das Thema GS im Wahlkampf für alle drei bürgerlichen Parteien nicht viel hergibt.

Um so mehr Zeit wird es für uns, dieses Thema aufzugreifen und zusammen mit betroffenen Eltern (z. B. im Rahmen der Alternativen Liste) die Einrichtung von mehr GS zu fordern!

4. Noch ein Wort zu unserer zentralen These (verteidigungswerte fortschrittliche Ansätze innerhalb der GS). Eben weil diese Ansätze mehr und mehr unter Beschuß stehen (z. B. durch die einfache Methode der Etatkürzungen für GS), ist uns auch bewußt, daß viele dieser Ansätze in der Praxis nur aufrechterhalten werden können durch die Mehr- und Knochenarbeit der Kollegen. Uns ist auch bewußt, daß gerade dieSPD-Politiker mit einer zynischen Erwartungshaltung an GS-Lehrer herangehen („Wenn ihr schon Reformen wollt, dann tut auch was dafür!"). Daraus kann aber nicht der Schluß gezogen werden, daß es deshalb zwei Muster von Politik im Lehrerbereich geben kann (so P. v. Lehrerkomitee in AK 157). Einen Ansatz, der sich an den Interessen der Schüler und Eltern orientiert, auf „Altruismus bzw. Idealismus" der Lehrer hinauslaufe und abzulehnen ist, da er sich nicht an den Interessen der Lehrer orientiere (denn „die sind nicht auf Mehrarbeit an den neuen GS aus", so P.). Muster Nr. 2 stellt insofern die Interessen der Lehrer in den Mittelpunkt. U.E. ist diese Zweiteilung und der daraus resultierende Widerspruch unsinnig, da dies nicht dem Bewußtseinsstand der fortschrittlichen Lehrer an GS entspricht. Nach unseren Erfahrungen sind diese Lehrer (wohlgemerkt nicht alle, etliche sind in der Tat kurz vor der Resignation!) nach wie vor bereit, zusammen mit Schülern und Eltern die fortschrittlichen Inhalte an ihren Schulen (Durchlöcherung des Notensystems, Projekte, bessere Förderungsmöglichkeiten etc.) zu verteidigen, aber gerade weil sie den Zynismus der Kultusbürokraten durchschaut haben, nicht durch eine idealistische Aufopferungshaltung, sondern dadurch, daß sie z. B. den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit auch als einen Beitrag zur Erhaltung von Arbeits- und Lernbedingungen ansehen, die Schüler, Eltern und Lehrer gleichermaßen betreffen. Gerade viele GS-Kollegen sind doch aufgrund ihrer desillusionierenden Erfahrungen an den GS und mit der SPD zum Motor für den demokratischen Kampf und für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen geworden, gerade weil sie nicht eine Aufspaltung in Eltern-Schüler-Interessen und Lehrerinteressen vornehmen wollen.

Wir halten es deshalb für prinzipiell richtig, daß aus Agitations- und Mobilisierungsgründen ein Eintreten für die integrierte GS erst einmal richtig ist. Je nach Situation und Ansprechpartner muß das natürlich ergänzt werden, durch ein Benennen der fortschrittlichen Ansätze in den GS, die wir noch erkennen können, und durch die Verdeutlichung, daß der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen nicht ein lehrerspezifischer ist, sondern auch zur Verteidigung der genannten Ansätze dient.

In einer Zeit der Roll-back-Strategie auch im Bildungswesen wäre es Selbstaufgabe, wenn wir in der GS-Diskussion die Kritik an ihr in den Mittelpunkt stellen würden (etwa ihre Entlarvung als sozialdemokratische „Verarschung und Augenwischerei, so P. v. Lehrerkomitee); die Kritik an GS kann zur Zeit nur Nebenaspekt sein.

Lehrergruppe
KB/ Gruppe Bremen

Strauß betreibt Zerschlagung der Gesamtschulen

Der nun seit fast einem Jahrzehnt andauernde Streit zwischen den Unionsparteien und der SPD/FDP in der Frage der Gesamtschule gewinnt eine neue Qualität: Die CSU und namentlich F.J. Strauß betreiben die Liquidierung der bestehenden und die Verhinderung neuer Gesamtschulen in einem Tempo, bei dem selbst der niedersächsische Kultusminister Remmers, alles andere als ein Symphatisant von Gesamtschulen, nicht mehr mitkam.

Am 20.6. faßte die bayerische Regierung einen Beschluß, in dem es heißt:

„Die Staatsregierung hat nicht die Absicht, der Einführung der Gesamtschule als Regelschule weder in Bayern noch anderswo zuzustimmen. Das gegliederte Schulwesen hat sich bewährt. Es ist auch nach den Ergebnissen der bisherigen Schulversuche das pädagogisch wirksamere und menschlichere Schulsystem" („FR", 22.6.).

Daß es sich hierbei nicht nur um die Ablehnung der Gesamtschule als Regelschule, sondern auch um die Liquidierung der bestehenden Schul v e r s u c h e geht, legte Strauß dann in der „Strategiekommission" klar, in der er *„sehr ausführlich darauf hinwies, daß es für die Union nach dem Ende der Schulversuche 1981 keine Gesamtschule mehr gebe"* („Welt", 30.6.). Setzt sich diese Linie in der Union durch, so bedeutet sie zumindest das Ende der ca. 30 integrierten Gesamtschulen in CDU-regierten Bundesländern.

Anlaß der Strauß-Äußerungen war die Zustimmung von Unions-Politikern zum neuen Bildungs-Gesamtplan, in dem Aussagen zur Gesamtschule enthalten sind. Bei dem dort erzielten ‚Kompromiß' hat die SPD Zugeständnisse gemacht, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wären. Strauß war dies dennoch nicht genug:

– Im ‚Kompromiß' hat die SPD auf den Begriff *„integrierte Gesamtschule"* völlig verzichtet. Wenn von Gesamtschulen die Rede ist, so könnten darunter auch kooperative oder additive Modelle verstanden werden, d.h. die einfache Zusammenlegung der verschiedenen Schultypen in einem Gebäudekomplex ohne Aufhebung des dreigliedrigen Klassensystems.

– Von einer Ablösung des dreigliedrigen Schulsystems durch die integrierte Gesamtschule, wie es die Bundesregierung noch im Bildungsbericht 1970 gefordert hatte, ist nicht mehr die Rede. Die Gesamtschule soll lediglich als e i n e Regelschule parallel zum dreigliedrigen Schulwesen aufgebaut werden.

– Die Möglichkeit der Gesamtschule als eine Regelschule ist in dem Papier lediglich für die SPD-regierten Länder benannt, für die CDU-regierten Länder wurde ausdrücklich das Regelschulwesen als „leistungsfähigere" Schulform festgeschrieben. Gesamtschulen sollen dort höchstens in Versuchsform weitergeführt werden.

– Auf Antrag Bayerns wurde ein Passus aufgenommen, der einheitliche Anforderungen für den Sekundarabschluß I festlegt. Das bedeutet, daß die SPD-regierten Länder bei ihrer Gesamtschulplanung Zahl und Auswahl der Fächer, Dauer und Breite ihrer Behandlung, die Höhe der Leistungsanforderungen, Versetzungsregelungen, Stundenzahl, Zielsetzung der Fächer und Lernbereiche etc. mit den CDU-Ländern abstimmen müssen, damit die Abschlüsse in den CDU-Ländern anerkannt werden.

Schon jetzt erklärte der bayerische Kultusminister Maier, *„daß Bayern strengste Maßstäbe bei der Anerkennung von Gesamtschulzeugnissen anlegen werde."* Und er ergänzte: *„Wir werden nicht zulassen, daß klar umschriebene Schulleistungen durch sozialintegrative Ersatzleistungen kompensiert werden"* („FAZ", 28.6.).

Besonders mit der Zustimmung zu diesem Passus hat die SPD die Gesamtschulentwicklung in die Hände der CDU gelegt. Konnte der damalige Bildungsminister Dohnanyi noch 1973 erklären: *„Für die Bundesregierung und die Parteien der sozialliberalen Koalition genügen die Argumente der Chancengleichheit für die Entscheidung zugunsten der Gesamtschule"* (nach: Die Gesamtschule als Schlüssel zur Bildungsreform, 1973), so fällt dieser entscheidende Vorteil der Gesamtschule gegenüber dem Regelschulwesen jetzt völlig unter den Tisch.

Es ist kennzeichnend für das gegenwärtige Klima in der BRD, daß ein derartiger ‚Kompromiß' bei der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans von der GEW als „erster Schritt zur Einführung der Gesamtschule als Regelschule " begrüßt und die daran beteiligten CDU-Politiker von ihrer Bundestagsfraktion offen kritisiert wurden.

Der bayerische Kultusminister Maier, der dem ‚Kompromiß' zugestimmt hatte, mußte sich von seiner Fraktion *„voreiliges Handeln"* bescheinigen lassen, denn mit seiner Zustimmung habe er die Gesamtschule akzeptiert - wenn auch nicht im eigenen Land. Maier beeilte sich daraufhin zu versichern, es sei unwahrscheinlich, daß die bis 1981 noch laufenden Schulversuche Ergebnisse bringen würden, die ihre Weiterführung rechtfertigen könnten. Bei solchen Voraussetzungen wäre das kaum verwunderlich!

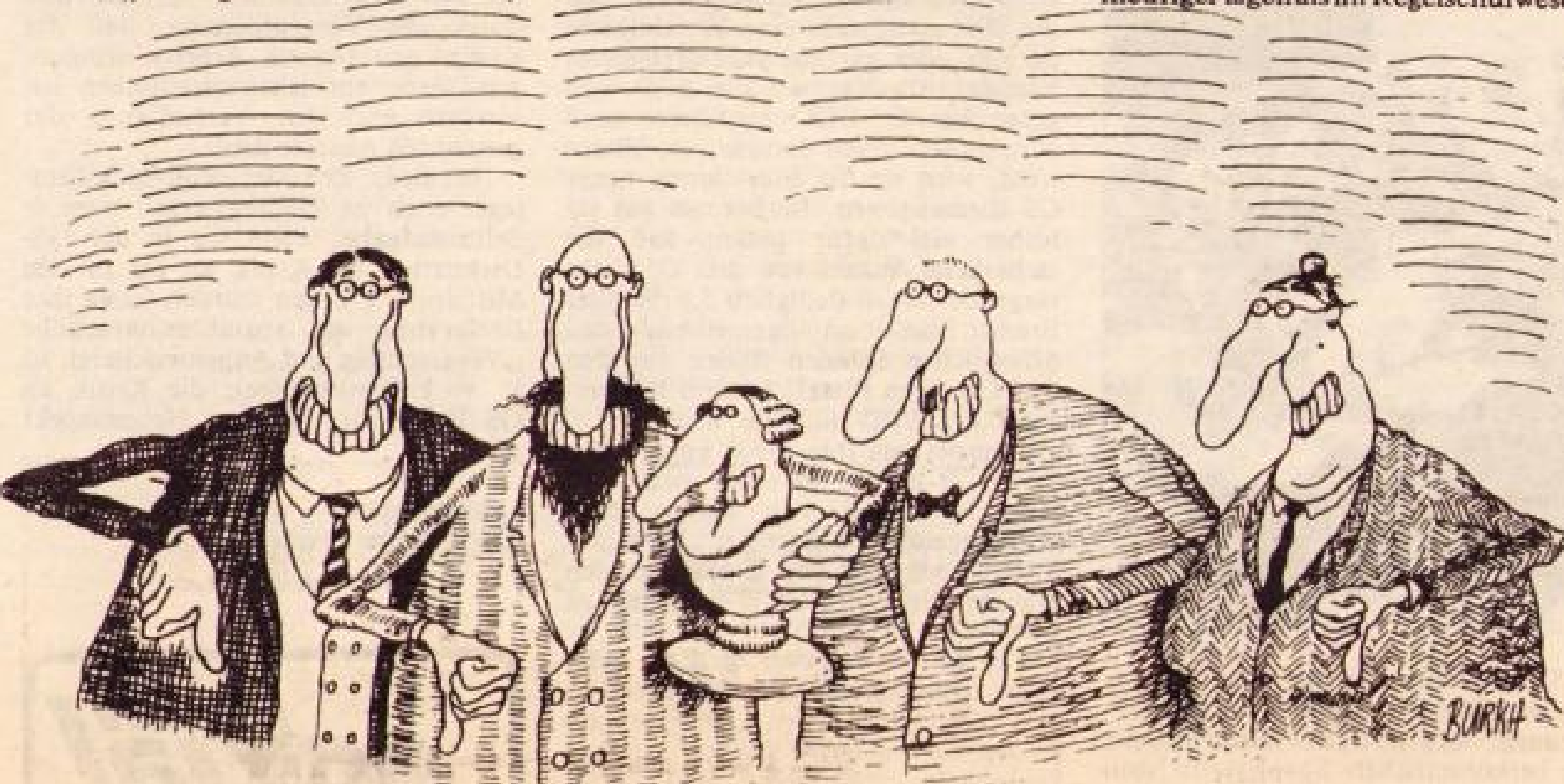
Unter Beschuß geriet auch der niedersächsische Kultusminister Remmers, der eine Beendigung der Gesamtschulversuche bis 1981 ablehnt. Hintergrund ist hier sicherlich, daß die baldige Beendigung der 13 niedersächsischen Gesamtschulversuche (darunter pädagogisch so anerkannte Projekte wie die GS Göttingen-Geismar) erhebliche Unruhe auslösen würde. Remmers warnte denn auch in einem Papier davor, daß eine derartige Politik Einbußen bei den Wählerstimmen mit sich bringen würde. Hieraus nun allerdings zu folgern, daß Remmers für Gesamtschulen eintrete, wie es in der Presse gemacht wurde (z.B. „FR", 28.6.), ist jedoch verfehlt. Zum einen hat die niedersächsische Regierung soeben ein neues Schulgesetz verabschiedet, nach dem vor 1983 keine neuen Gesamtschulen eingerichtet werden dürfen, zum anderen hat Remmers erklärt, *„es werde den Gesamtschulen guttun, wenn sie nicht mehr den Status von Versuchsschulen hätten, sondern unter ganz normalen Bedingungen arbeiten könnten"* („FR", 28.6.). Im Klartext heißt dies, daß die bessere Zuweisung von Lehrerstellen und Finanzmitteln bei den Versuchsschulen aufgegeben werden soll, was mit einzelnen Maßnahmen an den niedersächsischen Gesamtschulen auch schon angegangen wurde.

Eine solche allmähliche Auspowerung der Gesamtschulen ist aber nicht das Konzept von Strauß. Er will den Gesamtschulstreit nicht zu einem „Streit um Inhalte" machen, bei dem unter dem Vorwand, die Schulformen vergleichbar zu machen, nach und nach die Vorzüge der Gesamtschulen gegenüber dem dreigliedrigen Schulwesen abgebaut werden. Von Strauß wird die offene Liquidierung aller bestehenden Gesamtschulversuche vertreten, was die niedersächsische CDU, in deren Bundesland sich noch aus SPD-Zeiten ca. die Hälfte aller integrierten Gesamtschulen der CDU-Länder befindet, erheblich unter Druck setzt.

Mit welcher unglaublichen Demagogie die Kampagne gegen Gesamtschulen betrieben wird, belegt ein Vorgang aus Nordrhein-Westfalen. Kaum hatte der dortige Kultusminister Girgensohn (SPD) angekündigt, er werde zurücktreten, wenn die Gesamtschule nicht flächendeckend (parallel zum dreigliedrigen Schulwesen) eingeführt würde, veröffentlichte die „Neue Ruhr-Zeitung" in großer Aufmachung, daß die Leistungen der Schüler an den Gesamtschulen Nordrhein-Westfalens um 50% niedriger lägen als im Regelschulwesen. Sie stützt sich dabei auf eine Untersuchung des Bildungsforschers Fend. Nun hat Helmut Fend seit Jahren Forschungsergebnisse veröffentlicht, die die Überlegenheit der Gesamtschule gegenüber dem Regelschulwesen nachweisen. Fend selbst hat inzwischen die Veröffentlichung als falsch bezeichnet und noch einmal einige Vorteile der Gesamtschule betont: *„Die Schulangst bei Gesamtschülern ist geringer und ihre Schulzufriedenheit größer; mehr Schüler erreichen höhere Schulabschlüsse; Arbeiterkinder sind an den Gesamtschulen erfolgreicher"* („FR", 29.6.79).

Es ist wohl nur ein Zufall, daß diese Auseinandersetzung am Anfang der Strauß-Kandidatur steht. Typisch ist sie aber allemal!

Ein Lehrergenosse
KB/Gruppe Hamburg



Im niedersächsischen Kultusministerium meint man, daß unvoreingenommene Schulrätekommissionen noch am ehesten ein fachliches Urteil über Gesamtschulversuche erstellen können!!

Karikatur: Burkhard Fritsche

Gesamtschule: Bei Arbeitereltern beliebt

Freiburg: Seit neun Jahren gibt es im Freiburger Arbeiterstadtteil Haslach die Staudinger-Schule, eine integrierte Gesamtschule. Ihre zunehmende Beliebtheit im Stadtteil spiegelt sich in den Anmeldezahlen wider: 361 Eltern — so viel wie noch nie seit Gründung der Schule — meldeten ihre Kinder für das kommende Schuljahr an, obwohl in diesem Stadtteil die Zahl der Schüler der vierten Grundschulklassen geringer geworden ist.

Eine Ursache dieser großen Attraktivität ist sicherlich die Tatsache, daß dort mehr Schüler bessere Abschlüsse erreichen. So schafften in Haslach vor Gründung der integrierten Gesamtschule noch nicht einmal 30 % der Schüler Realschulabschluß oder Abitur. Vom ersten an der Staudinger-Schule ausgebildeten Schülerjahrgang erreichten jetzt 27 % das Abitur, 34 % hatten die Schule mit dem Realschulabschluß und 10 % mit der Fachhochschulreife verlassen.

An den Vorteilen der Gesamtschule können aber nicht alle interessierten Schüler teilhaben. So wurden von 361 Anmeldungen 90 Schüler abgewiesen. Die betroffenen Eltern *„reagierten nach Auskunft der Schulleitung sehr heftig. Manche sprachen von einer Mißachtung des Elternrechts auf freie Wahl der Schulart für ihr Kind"* („Badische Zeitung", 6.6.79).

Ein Hamburger Lehrergenosse

Neuformierte Oberstufe funktioniert Durchfallquote steigt!

Die Delmenhorster Gymnasien geniessen in Niedersachsen schon seit langem hohes Ansehen. Schulbehörden und Stadtrat konnten stolz sein. Oft genug dokumentierten beim Abitur solide Druchfallquoten das hohe Niveau. Nun fielen in diesem Jahr an einem Gymnasium gleich 20 % der angetretenen Schüler durch und gar 25 % am anderen. Das erregte denn doch kritische Kommentare in der Presse und besorgte Nachfrage der Elternvertreter.

Die Schulleitungen versuchten die Besorgnis mit dem Hinweis auf das sog. „Wanderloch" abzutun. (Das „Wanderloch" ist die Veränderung der Versetzung von Ostern auf den Sommer, wodurch bei einer Versetzung keine Neueinschulungen vorgenommen wurden. So entstanden Klassen, die nur aus Wiederholern bestehen.)

Die Eltern und Schüler gaben sich damit jedoch nicht zufrieden.

Ein „Hearing" wurde veranstaltet. Vertreter von Schulleitung, Elternrat, GEW und Schülerschaft wurden eingeladen und 250 Besucher kamen. Die Schulleitungen kniffen. Auf diesem Hearing kamen die wahren Ursachen ans Tageslicht.

Das diesjährige Abitur war in Delmenhorst das zweite im Rahmen des Kurssystems der neuformierten Oberstufe. Jenes System, das den Schülern wegen seiner Wahlmöglichkeiten zwischen Fächern und Lehrern angepriesen wurde. Der erste Abschluß vor einem Jahr war noch ganz gut ausgefallen. Durch das „Wanderloch" hatte der diesjährige Abschlußjahrgang aber auch nur halb so viele Schüler. Das hat sich so ausgewirkt, daß viel weniger Kurse angeboten wurden, weniger Mittel und Lehrer zur Verfügung standen als im ersten Jahr. Von Wahlmöglichkeit konnte kaum noch die Rede sein.

An diesem Vergleich wird deutlich, daß die neuformierte Oberstufe, soll sie wenigstens ansatzweise halten, was versprochen wurde, eine hervorragende Versorgung mit Geld, Lehrern und Verwaltungsaufwand voraussetzt.

Das Kultusministerium hat jedoch lange deutlich gemacht, daß es mit den angepriesenen Zielen gar nichts im Sinn hat. Mit einer endlosen Kette von Erlassen wurden in den letzten Jahren die Kinderkrankheiten des neuen Systems behoben. Haupttendenz waren dabei ständig neue Auflagen, Reglementierungen, Einschränkungen der Wahlfreiheit. So war beispielsweise ursprünglich vorgesehen, daß man eine thematisch freigestellte Facharbeit ins Abitur einbringen konnte. An deren Stelle steht heute die Auflage eines weiteren Leistungskursus. Von den versprochenen Vorteilen des neuen Systems ist kaum mehr was zu merken. Stattdessen steht ein verfeinertes Instrumentarium zur verschärften Auslese bereit. Seinen Probelauf hat es in diesem Jahr ‚glänzend' bestanden. Der weitere Ausbau ist bereits geplant.

KB-Sympathisanten
Gruppe Delmenhorst

Darüber reden die rechten Eltern nicht

1. Klassenstärke:
   Die Zahl der Schüler in einer Klasse darf höchstens betragen: in der Hauptschule 50, im Gymnasium 35 Schüler.
2. Lehrmittelfreiheit:
   In einem Schuljahr dürfen für einen Schüler Bücher gekauft werden: in der Hauptschule im Wert von 12 DM, im Gymnasium im Wert von 22 DM.
3. Ausgaben für den Schulbau:
   Die Lehrerbibliothek darf in der Hauptschule 20 m², im Gymnasium 60 m² groß sein.
   Das Sekretariat darf in der Hauptschule 15 m², im Gymnasium 30 m² groß sein.
4. Gesamtausgaben:[1]
   In einem Schuljahr kostet in der Bundesrepublik ein Schüler den Staat im Durchschnitt an der Hauptschule 1190 DM / am Gymnasium 2170 DM
   usw.

aus: Lutz van Dick: Alternativschulen, rororo, S.78

Rechte Eltern wollen Gesamtschule kaputtklagen

In Bergedorf, einem der vornehmeren Vororte Hamburgs, soll das Gymnasium Sander Tannen in eine Gesamtschule verwandelt werden. Für die Fünften Klassen haben ca. 180 Eltern ihre Kinder bereits angemeldet, so daß sechs paralelle Gesamtschulklassen ab September '79 eingerichtet werden können. Schon bevor dieser Standort endgültig feststand, gab es ein heftiges Tauziehen darum, ob an dieser Schule nicht gleichzeitig Gymnasialklassen eingeschult werden. Das hätte bedeutet, daß der neu eingerichtete Gesamtschulzweig in gnadenloser Konkurrenz mit den Anforderungen des Gymnasiums steht. Damit wären die Ziele und Arbeitsmethoden der integrierten Gesamtschule in Frage gestellt, wenn nicht gar verunmöglicht. Daher hat die GEW von Anfang an darum gekämpft, daß ein solcher Fall nicht eintritt. So hat denn auch die Behörde entschieden. Da es in Bergedorf mehrere Gymnasien gibt, wurden die Eltern aufgefordert, ihre Kinder dorthin zu schicken. Das Gymnasium Sander Tannen sollte als Gesamtschule aufgebaut werden.

Nachdem dieser Beschluß feststand, hat der Schulleiter dennoch illegal 59 Anmeldungen für die 5.Klasse des Gymnasiums angenommen.

Diese 59 Eltern haben die Behörde am 15.6. auf die Einrichtung zweier Gymnasialklassen verklagt und in erster Instanz vor dem Hamburger Verwaltungsgericht — das als superreaktionär im ganzen Bundesgebiet gilt — Recht bekommen.

Dagegen hat die Behörde Widerspruch eingelegt, über den Mitte Juli das Oberverwaltungsgericht entscheidet.

Vorläufig haben also die rechten Eltern kräftigen Aufwind bekommen und die von der CDU gesteuerte Gemeinschaft „Rettet die Schule" frohlockte: *„wir hoffen, der Senat erkennt, daß die Rechte der Eltern auch in Hamburg notfalls einklagbar sind. Für viele Schulen stellt sich nun die Frage, ob sie den gleichen Weg gehen wollen!"* („Welt", 21.6.79)

Prompt wurde das auch von Gesamtschulfeinden für das Gymnasium Neualtona versucht, was aber mißlang. Das Verwaltungsgericht hat ca. eine Woche später eine dementsprechende Klage der Gymnasialmafia abgewiesen.

Es ist aber mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die CDU und ihre rechten „Initiativen" weiterhin auf juristischem Wege den Bankrott der neuen Gesamtschulen herbeiführen will.

Eine Hamburger Lehrergenossin



Kinder in der Psychiatrie haben seit Jahren keine Sonne mehr gesehen

Schleswig-Holstein: Zunächst einmal drängt sich die ungläubige Frage auf, ob so etwas in der Bundesrepublik überhaupt noch möglich ist! Und doch ist damit nur ein Teilaspekt der erschreckenden Situation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Landeskrankenhauses Schleswig beschrieben. Wegen eklatantem Mangel an Pflegepersonal haben viele der fast 600 dort untergebrachten Kinder *„seit Jahren keine Sonne mehr gesehen"*. Aus demselben Grund steht ein Neubau mit 90 Betten zur Hälfte leer. Das geht aus einem aufsehenerregenden Bericht der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DPSG) hervor. In Schleswig kommen auf je 30 Kinder und Jugendliche nur zwei Betreuer. **Aufgrund dieser Überlastung werden die Kinder mit Fesseln und Medikamenten „fixiert".** Nach Aussage eines DPSG-Mitgliedes herrschen im Langzeitbereich, wo es kaum Stationshilfen und therapeutisches Fachpersonal gibt, *„menschenunwürdige Bedingungen"*.

Die Kinder- und Jugendpsychiatrie wird in Schleswig-Holstein bisher nur in zwei stationären Einrichtungen praktiziert (in Schleswig mit 650 und in Kiel mit 16 Betten). Dabei teilen sich beide Einrichtungen die Patienten nach Krankheitsbildern auf. Das bedeutet, für den ganzen Flächenstaat mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern gibt es nur eine zentrale Institution dieser Art. Die logische Folge: Die Kinder werden ihren Familien entrissen und haben während ihres stationären Aufenthalts keinen Kontakt zur Famile.

Kinder mit „akuten Psychosen" sowie Drogen- und Selbstmordgefährdete werden in der Erwachsenen-Psychiatrie „verwahrt".

Die Mängel sind der CDU-Landesregierung *„durchaus bekannt"*, wie ein Sprecher des Sozialministeriums zugeben mußte. In Schleswig sollen in den nächsten Jahren zwar Investitionen in Höhe von 30 Millionen DM folgen, doch am Personalmangel im Pflegebereich wird sich zumindest in nächster Zeit kaum etwas ändern: Von den 15(!) neuen Stellen, die im Haushaltsplan 1980 für die Landeskrankenhäuser eingeplant sind, ist nur eine einzige für Schleswig vorgesehen.

Für den 90-Betten-Neubau soll das Pflegepersonal bis zum Herbst aus anderen Abteilungen zusammengezogen werden. Dafür müssen ältere Patienten nach Heiligenhafen, Neustadt und Glückstadt verlegt werden. Hier wird offensichtlich nach dem alten Motto verfahren: Ein Loch stopfen, indem andere aufgerissen werden – auf Kosten der Menschen.

Gesundheits-Kommission

des Landeskrankenhauses Schleswig beschrieben. Wegen eklatantem Mangel an Pflegepersonal haben viele der fast 600 dort untergebrachten Kinder „seit Jahren keine Sonne mehr gesehen". Aus demselben Grund steht ein Neubau mit 90 Betten zur Hälfte leer. Das geht aus einem aufsehenerregenden Bericht der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DPSG) hervor. In Schleswig kommen auf je 30 Kinder und Jugendliche nur zwei Betreuer. Aufgrund dieser Überlastung werden die Kinder mit Fesseln und Medikamenten „fixiert". Nach Aussage eines DPSG-Mitgliedes herrschen im Langzeitbereich, wo es kaum Sta

gen praktiziert (in Schleswig mit 650 und in Kiel mit 16 Betten). Dabei teilen sich beide Einrichtungen die Patienten nach Krankheitsbildern auf. Das bedeutet, für den ganzen Flächenstaat mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern gibt es nur eine zentrale Institution dieser Art. Die logische Folge: Die Kinder werden ihren Familien entrissen und haben während ihres stationären Aufenthalts keinen Kontakt zur Famile.

Kinder mit „akuten Psychosen" sowie Drogen- und Selbstmordgefährdete werden in der Erwachsenen-Psychiatrie „verwahrt".

Die Mängel sind der CDU-Landesregierung „durchaus bekannt", wie

was ändern: Von den 15(!) neuen Stellen, die im Haushaltsplan 1980 für die Landeskrankenhäuser eingeplant sind, ist nur eine einzige für Schleswig vorgesehen.

Für den 90-Betten-Neubau soll das Pflegepersonal bis zum Herbst aus anderen Abteilungen zusammengezogen werden. Dafür müssen ältere Patienten nach Heiligenhafen, Neustadt und Glückstadt verlegt werden. Hier wird offensichtlich nach dem alten Motto verfahren: Ein Loch stopfen, indem andere aufgerissen werden – auf Kosten der Menschen.

Gesundheits-Kommission

Aktionseinheit gegen Mieterhöhung



Westberlin: Am 7.7. demonstrierten in Westberlin ca. 1.000 Mieter gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung und gegen Mieterhöhungen für Alt- und Neubauten.

19 Mieterorganisationen hatten zu der Demonstration aufgerufen; unterstützt wurde die Protestaktion von der Alternativen Liste, der Landesdelegiertenversammlung der Jungsozialisten, von der SEW sowie von DGB-Einzelgewerkschaften. Auf der Abschlußkundgebung wurden Solidaritätsadressen von zahlreichen Gewerkschaftsgruppen vorgetragen.

In Westberlin droht eine wesentliche Verschlechterung der Wohnsituation. In trauter Eintracht der drei im Westberliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien SPD, FDP und CDU wird derzeit der Abbau des letzten „Schwarzen Kreises" betrieben, also die restlose Abschaffung der Mietpreisbindung in der BRD und Westberlin. So ist im Einzelnen vorgesehen:

- **Eine Erhöhung der Altbau-Grundmieten zum 1.8. oder 1.9. um bis zu 10 % (neuerdings ist von 5 % die Rede).**
- **Für alle vor 1970 gebauten Sozialbauwohnungen sollen die Pauschalen für Instandhaltung und Verwaltung um bis zu 22 % erhöht werden.**
- 1981 und 1982 **soll es weitere** Mieterhöhungen im Altbau um bis zu 5 % geben.
- 1983 und 1984 **soll eine** „Übergangsregelung" **gelten, wonach bei** Mieterwechsel der Hausbesitzer die Miete „frei vereinbaren" kann, die **übrigen Wohnungen werden um bis zu 10 % teurer.**
- **1985 ist dann die Mietpreisbindung restlos aufgehoben!**

Bereits am 21.6. fand eine mit 1.200 Teilnehmern recht gut besuchte Protestveranstaltung einer Aktionseinheit von 17 Mieterinitiativen und -organisationen statt. Auf dieser von der politischen Bandbreite der Unterstützer einmaligen Veranstaltung (sowohl der KBW als auch die SEW und zeitweise der SPD-nahe Berliner Mieterverein gehörten dazu) wurde einhellig eine Resolution beschlossen, mit der zu der Demonstration aufgerufen wurde: *„Die Teilnehmer an der Protestveranstaltung am 21.6.1979 in der Neuen Welt protestieren gegen die geplanten Mieterhöhungen im Alt- und Neubau und gegen alle Pläne und Maßnahmen, in unserer Stadt den ‚Weißen Kreis' einzuführen. Sie fordern Senat und Bundesregierung auf, alle Pläne für die Abschaffung der Mietpreisbindung fallen zu lassen. Sie fordern Senat und Abgeordnetenhaus auf, sich stattdessen dafür einzusetzen, daß die Mietpreisbindung als Dauerrecht verankert wird..."*

Aufruf

An alle AK-Leser, die in Chemie- oder Pharmabetrieben arbeiten!

Wir wollen eine weitere Enthüllungsarbeit machen über hexachlorophenhaltige Kosmetika und Drogerieartikel. Doch dazu brauchen wir Eure Hilfe, um herauszubekommen, in welchen Kosmetika dies Gift enthalten ist, denn offiziell kommt man an diese Informationen nicht heran.

Wenn Ihr solche Informationen habt, schickt sie bitte über den Verlag an die Gesundheitskommission.

Richtigstellung

Betr.: „Hexachlorophen – oder „Seveso" in unseren Krankenhäusern" AK 157, S. 36

Durch ein Mißverständnis der Gesundheitskommission mußte der Eindruck entstehen, hexachlorophenhaltige Desinfektionsmittel würden in großem Umfang in der Marburger Uni-Klinik angewandt. Richtig ist dagegen, daß zumeist Kodan-Tinktur angewandt wird, die kein Hexachlorophen enthält. Dagegen wird der hexachlorophenhaltige Kodan-Spray eigentlich nur in der Blutbank verwendet. Ob er auch noch auf anderen Stationen angewandt wird, konnte die Initiativgruppe Medizin (noch) nicht sicher nachweisen. Der kurze Bericht sollte zeigen, daß schon eine Briefaktion auf einen relativ fruchtbaren Boden fallen kann.

Gesundheitskommission

Spritzenstreik im Westberliner KKH

Zwei Wochen lang streikten die Schwestern der chirurgischen Abteilung in einem Kinderkrankenhaus in Neukölln (Westberlin) bei einer Tätigkeit, die sie ständig — wie in allen Krankenhäusern — ausüben und die normalerweise eine ärztliche Aufgabe ist: beim Spritzengeben.

Nachdem sogar Schwesternschülerinnen Spritzen verabreichen mußten, untersuchten die Krankenschwestern etwas genauer die rechtliche Situation, falls Patienten aufgrund von Fehlern gesundheitlichen Schaden erleiden und die Klinik haftbar machen. Für diese Tätigkeit waren sie weder haftpflichtversichert noch war klar, ob die Klinik Regreßansprüche tragen würde.

Nach vierzehntägigem Spritzenstreik gab die Klinikleitung dann eine Erklärung ab: *„Die Krankenhausleitung erklärt in Übereinstimmung mit dem Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Pflegepersonal für Schadensfälle, die in Ausführung übertragener ärztlicher* (!) *Tätigkeiten auftreten, von der Haftung freizustellen"* („taz", 26.6.69).

Gegen einige Ärzte der Chirurgie sind Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil sie sich geweigert hatten, noch weitere Patienten für Operationen in die Klinik aufzunehmen!

Gesundheitskommission

Ölkonzerne und Hausbesitzer: Geschäft mit Heizkosten

Zum Ende der Heizperiode bekommen dieses Jahr fast alle Mieter eine satte Heizkostennachzahlung: Durch den kalten Winter und die Ölpreiserhöhungen müssen viele Mieter mehrere hundert Mark, oft sogar über

Ölkonzerne und Hausbesitzer: Geschäft mit Heizkosten

Zum Ende der Heizperiode bekommen dieses Jahr fast alle Mieter eine satte Heizkostennachzahlung: Durch den kalten Winter und die Ölpreiserhöhungen müssen viele Mieter mehrere hundert Mark, oft sogar über 1.000 Mark nachzahlen. Mit fehlerhaften Abrechnungen versuchen zudem viele Hausbesitzer sich zusätzliche Profite zu verschaffen.

Kostete zu Beginn der Heizperiode der Liter Öl noch 30 Pfennig, so müssen heute rund 50 Pfennig bezahlt werden.

Entsprechend drastisch erhöht werden die Heizkostenvorauszahlungen: Galt bisher die Faustregel, daß pro Quadratmeter Wohnfläche 1 DM pro Monat zu zahlen ist, wollen die Vermieter jetzt bis zu 2,70 DM verlangen („Spiegel", 26/79). Der Deutsche Mieterbund rechnet, daß die Heizkosten in vielen Fällen bereits ein Drittel der Gesamtmiete ausmachen.

Die Neue Heimat hat in Hamburg die Vorauszahlungen um 30 % erhöht, in Köln verlangen Hausbesitzer ab Juli um bis zu 150 % erhöhte Pauschalsätze. Für eine 70-Quadratmeter-Wohnung müssen hier statt bislang knapp 80 DM jetzt 200 DM monatlich nur für Heizung bezahlt werden.

Für die Mieter gilt es wachsam zu sein, und sich die Abrechnungen genau anzusehen: Nach einer Untersuchung der Stiftung Warentest (veröffentlicht im Juli-Heft der Zeitschrift „test") sind dieAbrechnungen durchweg unvollständig und entsprechen häufig nicht den von den Gerichten festgesetzten Anforderungen nach einer genau aufgeschlüsselten Abrechnung.

Mieter sollten auch von ihrem Recht Gebrauch machen, sich die Originalbelege von den Hausbesitzern zeigen zu lassen. Nicht selten wird nach den heutigen (hohen) Heizölpreisen abgerechnet und nicht nach den tatsächlich bezahlten Preisen vom letzten Jahr. Der Hausbesitzer darf auch nicht Öl zu jedem Preis einkaufen, sondern muß „wirtschaftlich" vorgehen, da er treuhänderisch für die Mieter tätig wird.

Nach den Erfahrungen der Stiftung Warentest führten zwei Drittel der Reklamationen von Mietern ganz oder zumindest teilweise zum Erfolg.

Wohnungskommission

Miethaie

Die Vermieter verfallen auf immer neue Tricks, um die Mieter zu schröpfen:

In Rottweil (Schwaben) erhob ein Hausbesitzer von einer Mieterin einen Zuschlag von drei Mark, wenn sie nächtlichen Besuch von ihrem Freund hatte. „Argument": Er habe dadurch ja schließlich die Hotelkosten gespart und auch Strom, Wasser etc. mitbenutzt. Die Mieterin wehrt sich inzwischen dagegen und hat den örtlichen Mieterverein eingeschaltet.

Eher konventionell versuchte ein Frankfurter Vermieter zu Geld zu kommen. Er hatte die Räume seines Wohnheimes zu 140 % überbelegt – mit Indern und Pakistanis. In Räumen, die teilweise nur 12 qm groß waren, hatte er fünf Menschen „einquartiert", die jeder 150 DM Miete zahlen mußten! Der Vermieter wurde nun zu Bußgeldern von insgesamt 40.000 DM vom Frankfurter Amtsgericht verknackt. Ob das die Schweinerei und die damit erzielten Verdienste aufwiegt?

Wohnungskommission

England

Beerdigung von Blair Peach, Antifaschist, Sozialist, ermordet von britischen Polizisten

„Blair Peach wird von 5.000 Menschen – überwiegend Farbige – zu Grabe getragen".

Zur Beerdigung von Blair Peach, der am 23. April während einer Demonstration gegen die britischen Nazis von britischen Bullen durch einen Schlag auf den Kopf mit einem Totschläger (!) ermordet worden war, erreichte uns der folgende Brief aus London:

„Die schweigende Menge auf dem Plaistow-Friedhof in East-London – durchfroren vom naßkalten Wetter bewegt sich stockend vorwärts. Mehr als 5.000 sind gekommen. Junge und Alte, Weiße und Schwarze, Inder, Bengali, Afrikaner, und Briten. Mitglieder der Lehrergewerkschaft, der ‚Anti-Nazi-League', der ‚Sozialist Workers Party', einige linke Labour-Abgeordnete und viele andere. Die meisten mit der gelben Plakette der ANL. Fast jeder trägt eine rote Nelke, um sie jetzt am Grab von Blair Peach niederzulegen.

Blair Peach ist tot, ermordet von der ‚Special Patrol Group' dem britischen ‚Mobilen Einsatzkommando' (MEK). Blair ist 33 Jahre alt geworden. Blair wurde nach der Demonstration der ANL gegen eine Veranstaltung der faschistischen ‚National Front' im Londoner Asienviertel Southhall von der SPG herausgegriffen und totgeschlagen. Blair war dem Staatsapparat bekannt, bekannt als aktiver Lehrergewerkschafter, Antifaschist und Mitglied der ‚Socialist Workers Party'.

Als die Trauernden die ‚Internationale' sangen, spürte man die Wut und Betroffenheit der Demonstranten gegenüber diesem Verbrechen. Für die Menschen hier auf dem Friedhof ist Blair Peach zum Symbol des antifaschistischen Kampfes geworden und sein Tod bewirkte ein engeres Zusammenrücken der verschiedensten linken und demokratischen Gruppen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Menschen der unterschiedlichsten Hautfarben und Rassen.

So führten 5 Tage nach dem Tod Blairs über 15.000 Menschen, vorwiegend Asiaten in Southhall eine Demonstration gegen Rassismus und Faschismus im Andenken an Blair durch. Es war einer der größten antifaschistischen Demonstrationen, die diese Stadt in letzter Zeit erlebt hat.

Der 23. April hat die Schwarzen und Asiaten in den Stadtteilen Southhall, East-End, Brixton, Brix Lane aufgerüttelt. Immer mehr – vor allem Jugendliche – schließen sich der militanten ‚Southhall Youth Movement' an, um den lokalen Widerstand gegen die Faschisten zu organisieren. Die älteren, zumeist moslemischen Führer der Asiaten und Schwarzen verlieren zunehmend an Glaubwürdigkeit und Einfluß, weil sie zu oft Kompromisse mit der Regierung und der Polizei geschlossen haben. Diese Verhandlungsbereitschaft änderte nämlich überhaupt nichts an der Lage der Farbigen (80 % der Jugendlichen in Southhall sind arbeitslos), an der elenden Wohnungssituation und an den faschistischen Überfällen (30 registrierte seit 76). Im Gegenteil, die Polizei machte keinerlei Anstrengungen, die Überfälle aufzuklären und schikanierte ihrerseits die farbige Bevölkerung. (...)

Der Tod von Blair signalisiert einen Wendepunkt. Auf der einen Seite der Beginn einer noch härteren und brutaleren Vorgehensweise der Faschisten und der sie schützenden Polizei, auf der anderen die zunehmende Zusammenarbeit unter den Farbigen und den Linken, um der drohenden Gefahr etwas entgegenzusetzen. Ihr Hauptaugenmerk gilt im Moment der Forderung nach der Verurteilung des Mörders und der Auflösung der SPG."

Ein Genosse aus London

Anzumerken bleibt, daß die britische Justiz der Polizei jede Gelegenheit gibt, den Mörder frei ausgehen zu lassen: das erste öffentliche Hearing fand erst vier Wochen (!) nach dem Tod Blairs statt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es noch keine Gegenüberstellung von in Frage kommenden Polizisten und den Augenzeugen gegeben! Und zu allem Überfluß beschloß das Gericht, die Verhandlung um zwei Monate zu verschieben, um der Polizei Zeit für „weitere Ermittlungen" zu geben. Seitens der Polizei war sogar eine Verschiebung um drei Monate gefordert worden! Es ist zu erwarten, daß die Ermittlungen der Justiz im Sande verlaufen, wenn man diese dem Staatsapparat überläßt.

Großbritannien-Kommission

Besser spät als nie: Namensänderung

Obwohl die folgende Begründung für die Umbenennung der „England-Kommission" in „Großbritannien-Kommission" eigentlich schon vor einigen Nummern erscheinen sollte, zunächst aber aus Platzgründen nicht abgedruckt wurde und dann auf dem Weg zurück und bei der Kommission „versackte", und obwohl schon einige Artikel unter „Großbritannien-Kommission" erschienen sind, halten wir es immer noch für ganz sinnvoll, unsere Überlegungen hierzu darzustellen:

Die England-Kommission hat im 8. Jahr (!) ihres Bestehens beschlossen, sich in "Großbritannien-Kommission" umzubenennen. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, daß wir immer wieder von Freunden aus Großbritannien darauf hingewiesen worden sind, daß England nur ein Teil (und gerade der bei den Schotten und Walisern unbeliebtere) von Großbritannien ist, in dem sich im Verlauf der Geschichte die Macht und der Reichtum konzentriert hat. In Schottland und Wales gibt es z.T. recht starke und von der Tendenz her antiimperialistische Unabhängigkeitsbewegungen gegen Westminster als Verkörperung der Macht und Bürokratie in England (s. AK-Berichterstattung). Uns ist klar, daß der Begriff "Großbritannien" auch nicht ganz glücklich ist, da er durch das "Groß-" den imperialistischen Charakter dieses Staates und seiner Vergangenheit widerspiegelt. Die englischen Linken benennen ihr Land deshalb auch in Abweichung vom offiziellen "Great Britain" einfach nur "Britain". Wir hatten daran gedacht, unsere Kommission deshalb "Britannien-Kommission" zu nennen, was wir aber wieder verworfen haben, um bei unseren Lesern nicht den Irrtum aufkommen zu lassen, daß wir in Zukunft über die Bretagne berichten und uns damit in die inneren Angelegenheiten der Frankreich-Kommission einmischen wollen.....

Großbritannien-Kommission

Portugal

Ein General löst sein Parlament auf

Nach beinahe einjähriger permanenter Regierungskrise, die mit dem Rücktritt der PS-Minderheitsregierung unter Soares ausgelöst worden war, und die durch die Unfähigkeit der beiden von Staatspräsident General Eanes eingesetzten Regierungen Nobre da Costa und Mota Pinto, parlamentarische Mehrheiten zu finden, hingeschleppt wurde, schickte Eanes am 12. Juli das Parlament nach Hause und verkündete Neuwahlen für den Oktober dieses Jahres.

Das portugiesische Parlament, das 1976 zwar nach dem Rechtsputsch, aber immer noch unter dem Einfluß des „heißen Herbstes" 1975 gewählt wurde, hatte eine klare linke Mehrheit: knapp 40 % PS, ca. 13 % PC, ca. 4 % diverse revolutionäre Linke, der Rest rechte „Sozialdemokraten" der PPD und Christdemokraten des CDS.

Da die PS derartig kurz an der Leine der Bonner SPD liegt, daß sie keine Koalition mit der PC bilden darf, ging der Traum der PC von der Regierung der „linken Mehrheit" nie in Erfüllung, und die PS war mit ihrer Minderheitsregierung immer den Erpressungen des Rechtsblocks ausgeliefert, solange sie nicht eine Politik machte, die ihr unter rigoroser Ausnutzung des PC-Opportunismus wenigstens die stillschweigende Tolerierung durch die PC garantierte. Als die PS-Regierung jedoch seitens der nationalen Bourgeoisie wie auch des europäischen und amerikanischen Imperialismus immer stärker unter Druck gesetzt wurde. stärker unter Druck gesetzt wurde, das Tempo der Reprivatisierung von enteigneten Ländereien und Betrieben zu beschleunigen, konnte die PC beim allerbesten Willen nicht mehr mithalten, da sie den Einfluß auf die eigene Basis zu verlieren drohte. Ein wesentlicher Punkt in diesem Prozeß war die rücksichtslose Zerschlagung der Agrarreform.

Im Letzten Jahr ging diese Entwicklung so weit, daß die Rechte nicht nur erheblichen Druck auf die Regierung ausüben konnte, sondern sich darauf orientierte, zusammen mit dem Staatspräsidenten, der sehr weitreichende Befugnisse hat, das parlamentarische Kräfteverhältnis zu verändern. Indem Eanes den Umstand ausnutzte, daß die PS aufgrund ihrer mehr als zweijährigen Regierungstätigkeit bei Neuwahlen Verluste fürchten mußte, setzte er sogenannte überparteiliche Regierungen ein, von denen von vornherein feststand, daß sie keinerlei parlamentarische Mehrheiten erringen konnten. Ihre Nominierung durch Eanes hatten eher den Zweck, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu schüren, die Parteien seien unfähig, das Land zu regieren.

Begleitet wurden diese Manöver in der Rechtspresse regelmäßig mit Kommentaren, aus denen deutlich die nostalgische Erinnerung an die „gute alte Zeit" (des Faschismus) ohne Parteien und ähnlichen Unfug herauszuhören war.

Die jetzt erfolgte Auflösung des Parlaments ist eine Weiterführung der Taktik, die die Rechte zwei Jahre lang verfolgt hat.

Der Rechtsblock wird bei dieser Neuwahl sehr einheitlich auftreten, sich allenfalls noch einen faschistischen Ausleger schaffen, und hat bereits jetzt gefordert, daß die Wahl mit einem Referendum zur Abschaffung verschiedener fortschrittlicher Teile der Verfassung verbunden werden soll.

Der Hintergedanke dabei ist zweifellos, daß die Rechte, selbst wenn sie die Wahl gewinnen sollte, niemals die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichen würde. Sie setzt offenbar auf den Trick, die mögliche einfache Mehrheit in einer allgemeinen Wahl in diesem Sinne für einen ganz großen Coup zu nutzen.

Der kommende Wahlkampf wurde vor allem im Mediensektor von der Rechten gezielt vorbereitet: Von der Regierung Mota Pinto wurden etliche Chefredakteure und Verlagsleiter der verstaatlichten Presse sowie in Rundfunk und Fernsehen gegen Rechte ausgetauscht, zahlreiche fortschrittliche Journalisten entlassen, andere eingeschüchtert.

Die von einem gewissen PC-Einfluß geprägte Tageszeitung „O Seculo" wurde von der Regierung eingestellt, da sie nicht rentabel sei. Schwer ist die PS betroffen, die Einfluß auf zwei der verstaatlichten Tageszeitungen hatte, weil sie sowohl beim „Diario de Noticias" als auch bei „A Capital" ursprünglich die Direktoren stellten. Nur sind die beiden Herrn „völlig überraschend und unerwartet" zur rechten PSD (früher PPD) übergelaufen und betreiben heute eine wüste rechte Hetze.

Die Ausgangsposition der Rechten bei den Neuwahlen ist also viel günstiger als 1976.

Die Frage, inwieweit für die Linke der kurzfristige Aufbau einer breiten Wahlfront, die tatsächlich als Alternative auftreten kann, möglich ist, kann im Augenblick kaum beantwortet werden. Wir wollen die Berichterstattung darüber zu einem Schwerpunkt der nächsten Monate machen.

Übrigens wird Portugal gewissermaßen jetzt 18 Monate lang Wahlkampf haben: Mitte Oktober Parlamentswahlen, Ende des Jahres Kommunalwahlen und 1981 Präsidentenwahlen. Inzwischen muß noch ein Verfassungsproblem gelöst werden: Die Verfassung schreibt zwingend vor, daß die erste Legislaturperiode des Parlaments 1980 endet und daß 1980 Wahlen stattfinden, egal ob vorher schon einmal gewählt worden ist. Möglicherweise läßt Eanes im Oktober erst mal zur Probe wählen, gefällt ihm das Ergebnis nicht, läßt er vielleicht 1980 nachsitzen.

Die rabiate Zielstrebigkeit, mit der er seine Taktik vorträgt, läßt sicher noch einiges im Umgang mit Parteien, Parlamenten und Wählern erwarten.

Portugal-Kommission

Otelo aus der Armee ausgeschlossen

Major Otelo Saraiva de Carvalho, degradierter Brigadegeneral, militärischer Führer des 25. April und populärster Vertreter der Poder-Popular-Bewegung, erhielt Ende Juni die Mitteilung vom Generalstab des Heeres, daß er zwangsweise in die Reserve versetzt sei.

Der Generalstab (und damit Staatspräsident Eanes als oberster Generalstabschef) bestätigte damit das Urteil des militärischen Disziplinargerichts vom 31. Mai.

Otelo war zuvor schon „dringend empfohlen" worden, „freiwillig" seine Versetzung in die Reserve zu beantragen, was er abgelehnt hatte.

Seit dem 25. November 1975 wurde er, wie viele linke Offiziere, mit Anklagen und Disziplinarverfahren verfolgt. Nun gaben sieben Anklagepunkte den Ausschlag, von denen die wichtigsten die Herausgabe seines Buches über den 25. April, „Portugal em Alvorada", die Teilnahme am OUT-Kongreß im vergangenen Jahr und das Telegramm an das Russell-Tribunal in Frankfurt sind. Speziell dieses Telegramm, in dem Otelo darlegte, daß ihm der Generalstab die Teilnahme an der Sitzung der Jury, deren Mitglied er war, untersagt hatte,

Fortsetzung auf Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

und in dem er unter anderem die Stammheimer Haftbedingungen, die Berufsverbote und die Gewerkschaftsausschlüsse kritisiert hatte, war ihm übel angekreidet worden. Dieses Disziplinarverfahren wurde auf die direkte Intervention des BRD-Militärattaches in Lissabon hin eingeleitet!

Sicherlich hat sich Eanes mit dieser Entfernung aus dem Militärdienst einen wichtigen Opponenten vom Halse schaffen wollen, und sicherlich ist die Maßnahme als eine Kampfansage an die gesamte linke und demokratische Bewegung im Militär aufzufassen, die zwar geschwächt ist, aber immer noch existiert.

Dennoch fragen sich auch die bürgerlichen Kreise in Portugal ernsthaft, ob der Zeitpunkt so günstig war. Schließlich wird Otelo durch diese Maßnahme die politische Handlungsfreiheit zurückgegeben, so daß er die Aufgaben innerhalb der revolutionäewn Bewegung, die er bisher nur verdeckt und durch die Disziplinarvorschriften eingeengt erfüllen konnte, nun ohne äußere Beschränkungen wahrnehmen kann. Gerade in der jetzigen Situation unmittelbar vor Neuwahlen, könnte sich der Coup der militärischen Rechten leicht als Bumerang erweisen, da Otelo ganz eindeutig die einzige Person in Portugal ist, die über genügend Vertrauen bei den Werktätigen wie bei der revolutionären Linken verfügt, um ein Basisbündnis aufzubauen. Bei der Präsidentschaftswahl 1976 bekam Otelo 17 % der Stimmen.

Die PC hat dies bereits als reale Gefahr erkannt; sie verzichtete nicht nur auf jeglichen Protest gegen die Willkürmaßnahme des Generalstabs, sondern hetzt bereits bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen den „linksradikalen Abenteurer".

Daß diese Angst berechtigt ist, zeigen nicht zuletzt auch die zahlreichen Solidaritätsresolutionen, die in vielen Betriebsversammlungen verabschiedet wurden sowie viele Briefe aus dem ganzen Land, auch aus dem Militär, die Otelo täglich erreichen.

Gleichzeitig finden bereits auf verschiedenen Ebenen politische Gespräche zur Vorbereitung einer gemeinsamen Wahlkampagne der Linken statt, an denen Otelo nunmehr unbehindert teilnehmen kann.

Portugal-Kommission

2.850 Mark für Kooperativen

LISBON, 11th JULY 79

TO ANNA AND GUNTHER

ONCE MORE, I'M VERY GRATEFUL

ONCE MORE, I'M VERY GRATEFUL

TO YOU (KB) FOR YOUR SOLIDARITY AND FRIENSHIP WITH OUR REVOLUTION. MANY, MANY THANKS FOR YOUR LAST HELP OF 2.850 DM, WHICH WILL EMPLOYED THE BEST WAY, IN THE SUPPORT OF LAND REFORM COOPERATIVES.

THE SAME THANKS FOR THE HELP CAMILO, OUR COMRADE, BROUGHT THE LAST TIME HE WENT TO GERMANY IN THE VALUE OF 1000 DM.

FOR EVERYTHING, THANK'S A LOT, COMRADES AND FRIENDS AND REVOLUTIONARY GREETINGS OF

Otelo

2.850 Mark wurden von Genossen des KB kürzlich an Otelo Carvalho zur Weiterleitung an die Kooperativen-Bewegung übergeben. Nebenstehend seine Bestätigung. Der Text: „ ... *Erneut bin ich euch (KB) sehr dankbar für eure Solidarität und Freundschaft mit unserer Revolution. Vielen, vielen Dank für eure letzte Hilfe von 2.850 Mark, die bestens eingesetzt werden wird, zur Unterstützung der Landreform-Kooperativen.*

Ebenso Dank für die Hilfe von 1.000 Mark, die unser Genosse Camilo letztes Mal aus Deutschland mitbrachte.

Vielen Dank für alles, Genossen und Freunde, und revolutionäre Grüße von Otelo."

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,– im Abruf, sonst PSchA Hamburg, 240595–203; Einzelpreis DM 2,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: **10.000**

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

afrika



OAU-Gipfeltreffen eröffnet in Monrovia

In Liberia wurde am 17.7. das 16. OAU-Gipfeltreffen eröffnet, nachdem die Außenminister 12 Tage zuvor die zur Sprache kommenden Probleme vordiskutiert hatten. Die Regierung des Tschad ist nicht auf dem Gipfeltreffen zugegen: die gegenwärtige Regierung wird nicht als legitim anerkannt, weil in ihr nicht alle politischen Gruppierungen des Landes vertreten sind (vergl. AK 157).

Auf der Tagesordnung stehen u.a. verstärkte Boykottmaßnahmen gegen Südafrika, die Überprüfung der Haltung zu Zimbabwe/Rhodesien, die Schaffung einer panafrikanischen Eingreiftruppe und Fragen einer afrikanischen Entwicklungsstrategie.

In seinem Rechenschaftsbericht übte der scheidende Vorsitzende der OAU, der sudanesische Reaktionär Numeiri, scharfe Kritik an dem Einmarsch Tansanias nach Uganda. Tansania hätte sich in die inneren Angelegenheiten Ugandas eingemischt, obwohl Amin angeblich verhandlungswillig gewesen sein soll. Nyerere widersprach dieser Darstellung, ohne sich allerdings auf eine inhaltliche Debatte einzulassen.

Zu Zimbabwe/Rhodesien und für Namibia sprach sich der gegenwärtige OAU-Präsident für die Einberufung von „Allparteienkonferenzen" aus, so als wären diese Manöver des Imperialismus nicht längst durch den Verlauf der Ereignisse in Zimbabwe bloßgestellt worden. Zu Recht wies Nkomo als Führungsmitlgied der Patriotischen Front darauf hin, daß die Front nicht zu solchen Gesprächen eingeladen werden wolle, weil sie allein das Volk von Zimbabwe vertreten würde. Er rief die Staaten Afrikas auf, ihre Unterstützung nicht länger nur durch Resolutionen zu bekunden, sondern durch Aktionen gegen „*Rassismus, Faschismus, Apartheid und Minderheitenregimes im südlichen Afrika*" („SZ", 19.7.79).

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde den vertretenen Staatschefs empfohlen, die Patriotische Front „*zum einzigen und legitimen Vertreter des Volkes von Zimbabwe*" zu erklären.

Vom Verteidigungsausschuß der OAU wurde der Plan einer panafrikanischen Verteidigungsstreitmacht vorgelegt. Dabei ist nicht an ein stehendes Heer gedacht, sondern an die Möglichkeit, Truppenkontingente aus afrikanischen Staaten im Konfliktfall zu mobilisieren. Genannt wurden hier die Abwehr von Aggressionen von außen, beim Befreiungskampf im südlichen Afrika und Schlichtung innerafrikanischer Konflikte. Aufgrund der politisch stark differierender Positionen der OAU-Mitgliedsländer hat dieser konservative Vorschlag vermutlich wenig Chancen auf Verwirklichung. Das konterrevolutionäre Eingreifen einer Zahl von afrikanischen proimperialistischen Staaten zugunsten Mobutus und gegen den Volksaufstand in Shaba ist den Antiimperialisten noch in bester Erinnerung.

Zu einem Eklat kam es bei der Rede des ägyptischen Präsidenten Sadat. Als Sadat den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag energisch verteidigte, verließen mehrere Delegationen den Saal, darunter Algerien, Angola und Libyen. Andere Staaten blieben nur mit untergeordneten Vertretern im Sitzungssaal anwesend. Ein Vertreter der PLO erklärte zum Auftreten Sadats, daß dieser nicht besser sei als Muzorewa — einer unterstütze den Zionismus, der andere die Herrschaft der weißen Minderheit.

Von erheblicher Tragweite wird sein, ob die OAU-Konferenz sich zu einer klaren Verurteilung der Regierung Muzorewa entschließen kann, oder ob hier durch „Kompromißformeln" die schleichende Anerkennung des Marionettenregimes vorbereitet wird.

Afrika-Kommission

Ghana wehrt sich gegen ausländische Einmischung



Hilla Limann

Bei den Präsidentschaftswahlen in Ghana ist Hilla Limann von der „Nationalen Volkspartei" (PNP) mit ca. 60 % der Stimmen als Sieger hervorgegangen. Sein Gegenkandidat Owusu von der „Volksfrontpartei" (PFP) erzielte 40 % („FAZ", 12.7.). Die PNP beruft sich auf die Ideen des fortschrittlichen Nationalisten Nkrumah und ist eindeutig als die fortschrittlichere der beiden Parteien anzusehen. Falls die herrschende Militärjunta ihr Versprechen wahrmacht, im Oktober die Regierungsgeschäfte abzugeben, wird die PNP zeigen können, inwieweit sie ihr fortschrittliches Programm auch in der Praxis realisiert.

Nach der Präsidentenwahl setzten die Militärs die vorübergehend eingestellten Prozesse zum Zwecke der „Säuberung des Landes" von Korruption und Unterschlagung fort. Nachdem sie im Juni zu insgesamt zehn Hinrichtungen hoher Offiziere führten, wird jetzt, dem Vorsitzenden des „Revolutionsrats" Rawlings zufolge, nur noch mit Arbeitslager und Gefängnis bestraft („MD", 3.7.).

Gegen diese Prozesse und Hinrichtungen hatte es ähnlich scheinheilige Proteste wie zu den Verfahren im Iran gegeben: von UNO-Waldheim, Nigeria, Senegal, Lesotho und allen EG-Staaten, natürlich auch der BRD (ebenda).

Am meisten tat sich hierbei die nigerianische Militärregierung hervor. Sie beeilte sich nicht nur, die „*Besorgnis, Unzufriedenheit und den Abscheu der nigerianischen Bevölkerung hinsichtlich der Lage in Ghana zum Ausdruck*" zu bringen („MD", 25.6.) sondern stoppte auch die Öllieferungen, die 90 % der ghanaischen Öleinfuhren ausmachten (LM, 2.7.). Obwohl die Sowjetunion und Libyen Ersatzlieferungen anboten, sind strikte Rationierungen eingeführt worden (IHT, 4.7.).

Gegen solche Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Ghanas haben neben der Erstürmung der US-Botschaft (s. AK 157) Demonstrationen vor der nigerianischen und der britischen Botschaft stattgefunden. Auf Transparenten war zu lesen: „*Nigeria, horte dein Öl, wir säubern unser Haus!*" und „*Eine halbe Revolution ist keine Revolution*" (MD, 3.7.).

Die Militärs nehmen in diesem Prozeß eine recht widersprüchliche Haltung ein. So verkündet Rawlings gern, „*er verfolge keinerlei politische Ziele*" (LM, 28.6.), „*allerdings sehe er sich gezwungen, bei den gegenwärtigen Säuberungsarbeiten im Lande revolutionäre Methoden anzuwenden*" („MD", 12.6.). In der Tat sind die Preise für viele Waren des täglichen Gebrauchs drastisch, z.T. auf ein Drittel gesenkt worden („Africa", Juli 79).

Für die Zukunft fordert Rawlings, „*Ghana brauche jetzt einen starken Mann, nicht einen gütigen Diktator*" („MD", 7.6.). Von der Bevölkerung verlangte er „*es müsse das gesamte Volk Ghanas bereit sein, etwas zu leisten, um die Nation auf eine glückliche Zukunft vorzubereiten*". Was genau geleistet werden soll, das verrät er nicht, sondern warnt lediglich, „*daß die Nation harten Zeiten entgegen gehe*" (ebenda).

Ein Lohnstopp für alle Staatsangestellten und -arbeiter sowie Beamten wurde verhängt. Um die Auszahlung der Löhne und Gehälter zu gewährleisten, mußte die Regierung Kredite aufnehmen, weil sie bei ihrer Machtübernahme Anfang Juni eine praktisch leere Staatskasse vorfand („taz", 9.7.).

Ob angesichts dieser Situation und der ausländischen Einmischungsversuche die Militärregierung (und eventuell später die PNP) in der Lage sein werden, eine fortschrittliche Entwicklung des Landes in die Wege zu leiten und einen reaktionären Putsch bzw. eine Intervention zu verhindern, bleibt abzuwarten. In Ghana stehen ruhige Zeiten jedenfalls nicht auf der Tagesordnung.

Afrika-Kommission

Polisario: Waffenstillstand mit Mauretanien aufgekündigt

Die Frente Polisario hat den vor einem Jahr einseitig proklamierten Waffenstillstand gegenüber Mauretanien aufgehoben und die Kampfhandlungen wieder aufgenommen. Kurz darauf starteten die Polisario-Truppen einen Angriff auf die Stadt Techla an der Grenze zu Mauretanien und griffen Abelith in Südmarokko an, wobei die marokkanische Armee hohe Verluste erlitt.

Durch die Erklärung des Waffenstillstands hatte die Polisario gehofft, das mauretanische Regime unter Zugzwang zu setzen und eine Entscheidung zugunsten der sahaurischen Bevölkerung beschleunigen zu können.

Dies ist offenbar nicht gelungen; die mauretanischen Militärs haben erst vor kurzem durch demonstrativen Boykott einer zuvor vereinbarten Verhandlungsrunde mit der Polisario gezeigt, daß sie an einer Verhandlungslösung kein Interesse haben.

Parallel zur Aufkündigung des Waffenstillstands mit Mauretanien hat die Frente zusammen mit Algerien eine großangelegte diplomatische Offensive anläßlich des OAU-Gipfeltreffens Mitte Juli gestartet.

Afrika-Kommission

Zentralafrikanisches Kaiserreich: Oppositionsbewegung formiert sich

Im Zusammenhang mit den Protestdemonstrationen Anfang des Jahres gegen die Einführung von Schuluniformen und als Reaktion auf die Massaker des Bokassa-Regimes an zentralafrikanischen Kindern im Mai hat sich die Oppositionsbewegung zum Sturz des Diktators erheblich verbreitert und gefestigt.

Wie ,,Le Monde" vom 12.7.79 berichtet, hat vom 7.-9.7. in Cotonou (Benin) ein Treffen von vier zentralafrikanischen Oppositionsgruppen stattgefunden, die die Gründung eines Koordinationskomitees beschlossen haben.

Es handelt sich um die Nationale Vereinigung Zentralafrikanischer Studenten (ANECA), um die Patriotische Front Ubanguis (FPO), die Front zur Befreiung Ubanguis (FLO) sowie die Volksbefreiungsbewegung Zentral-Afrikas (MLPC).

In einem gemeinsamen Kommunique erklären die Organisationen, alle ihre Aktivitäten zu koordinieren, das ,,*mörderische Regime Bokassas zu stürzen*", die ,,*Republik wieder zu errichten*" und die ,,*demokratischen Freiheiten herzustellen*".

Bereits am 21. Juni war von allen Gruppierungen in Paris die Ausarbeitung einer gemeinsamen programmatischen Plattform zum Sturz Bokassas vereinbart worden.

Inzwischen verstärken sich die Hinweise auf eine beschleunigte politische und wirtschaftliche Destabilisierung der Bokassa-Diktatur; der Sturz des korrupten Regimes scheint nur noch eine Frage der Zeit.

Auch der französische Imperialismus, bislang engster Verbündeter und Haupthandelspartner der ZAK, hat erkannt, daß sich das Bokassa-Regime nach über 13jähriger blutiger Diktatur verschlissen hat und langfristig nicht mehr zu halten ist.

Für die französischen Kapitalisten ist das ZAK vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht (Uranvorkommen) und als strategischer Stützpunkt mit direkter Grenze zur benachbarten Volksrepublik Kongo von Bedeutung. Es besteht daher von Seiten des französischen Imperialismus ein elementares Interesse an einer kontrollierten, d.h. von ihnen unmittelbar beeinflußten Ablösung Bokassas durch eine gemässigte kooperationsbereite Opposition.

DIE FRANZÖSISCHE KARTE

Bis auf wenige Ausnahmen weist die zentralafrikanische Oppositionsbewegung vor allem zwei Merkmale auf: Die Mehrzahl der Organisationen ist erst Anfang dieses Jahres entstanden und sehr stark mit ehemaligen bzw. noch im Amt befindlichen Politikern und Ministern des Bokassa-Regimes durchsetzt.

Die FLO (Ubangui Befreiungsfront) wurde beispielsweise von Slyvester Bangui, dem Botschafter des ZAK in Paris und engem Vertrauten Bokassas, gegründet. Bangui war aus Protest gegen die jüngsten Massaker an zentralafrikanischen Kindern von seinem Posten zurückgetreten und hatte in Frankreich um Asyl gebeten. Nach Informationen der ,,Africa" (Juli 79) zählt Bangui zu den Geheimkandidaten der französischen Bourgeoisie zusammen mit dem Ex-Premier-Minister und langjährigen Bokassa-Freund Ange Patasse. Bangui strebt nach eigenen Aussagen als zukünftige Regierungsform eine aufgeklärte, parlamentarische Monarchie nach marokkanischem Vorbild an.

Die von ihm gegründete FLO hat kürzlich ein überwiegend liberal-demokratisches Programm veröffentlicht, das u.a. folgende Forderungen beinhaltet:

— Wiederherstellung demokratischer Freiheiten, Freilassung aller politischen Gefangenen, Pressefreiheit, gewerkschaftliche Organisierung, freie Wahlen.

Ange Patasse

Patasse ist seit über 10 Jahren Mitglied der Bokassa-Regierung, von Dezember 1977 bis Juli 1978 war er Premier-Minister.

In dieser Funktion hat er nicht unerheblich zur Unterdrückung und ökonomischen Auspressung der Bevölkerung beigetragen; sein plötzlicher Sinneswandel ist daher wohl weniger auf späte Reue als auf politische Opportunität zurückzuführen.

Patasse hatte Anfang Juni in Paris die Gründung eines Komitees der Nationalen Einheit, dem auch noch amtierende Minister des ZAK angehören sollen, bekannt gegeben.

Der fortschrittliche Flügel

Über die Verankerung, zahlenmäßige Stärke und politische Orientierung fortschrittlicher Oppositionsgruppen liegen uns bislang nur wenige, z.T. widersprüchliche Angaben vor. Zu nennen wäre einmal die Partei den Zentralafrikanischen Volkes (PPC), die sich 1976 als marxistische Untergrundpartei gegründet hat und sich als Sammelbecken fortschrittlicher Kräfte versteht. Die PPC hat ihre Anhänger vor allem unter den Studenten und Teilen der Beamtenschaft (Politisches Lexikon Schwarzafrika, Beck-Verlag, 1978).

Die Zentralafrikanische Volksbefreiungsfront FLPC ist ebenfalls erst seit Anfang des Jahres durch ihre Beteiligung an den Januar-Demonstrationen und den Streiks der Arbeiter in Bangui bekannt geworden.

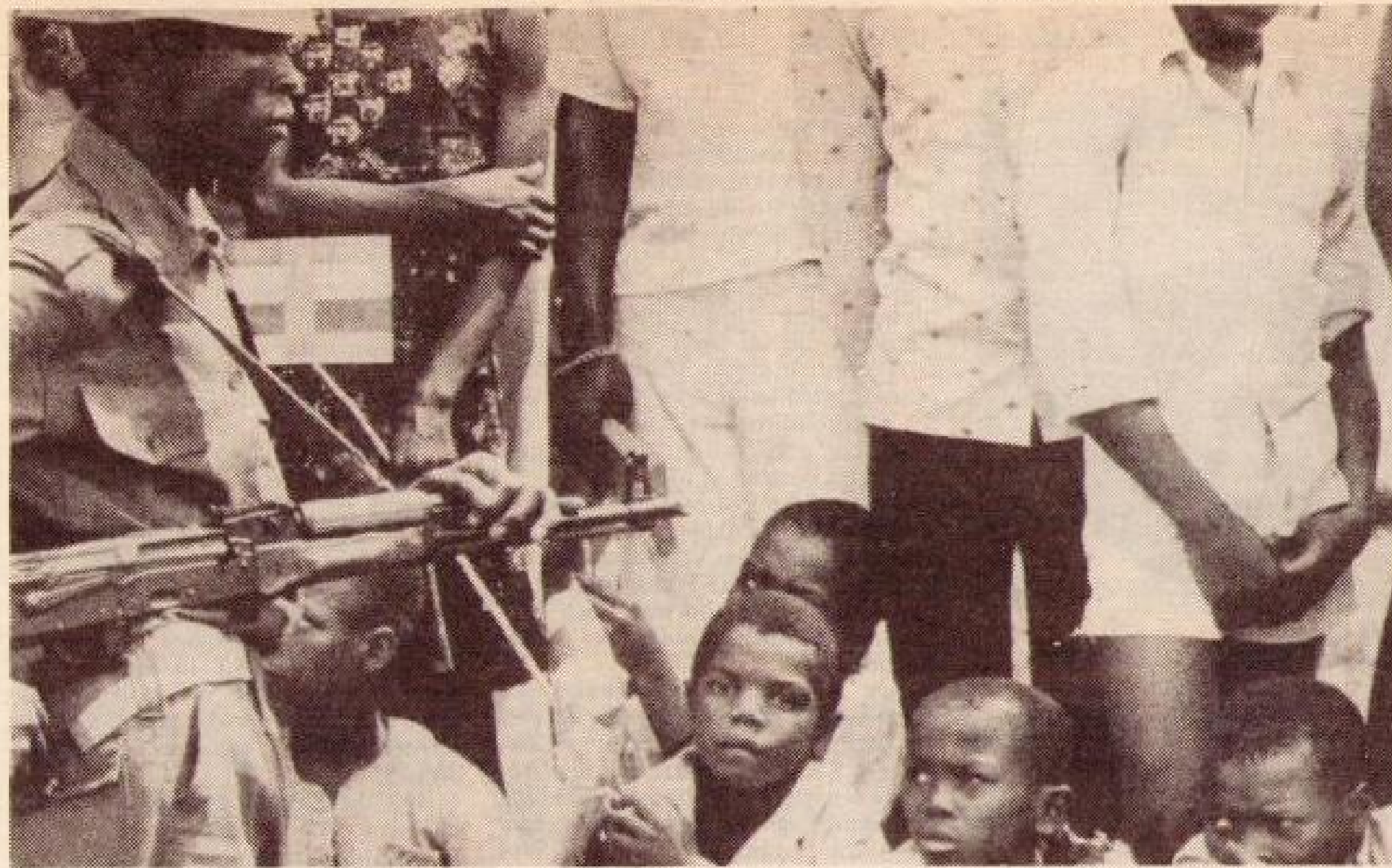
Sie gilt als die bestorganisierte Gruppierung mit direkten Verbindungen zur VR-Kongo, wo die FLPC-Kader in Lagern ein militärisches Training erhalten, und wo die FLPC auch ein eigenes Büro unterhalten soll. Als einer der Führer gilt B. Yangongo, früherer Staatsminister zu Zeiten der Republik und 1975 ebenfalls in die Regierung Bokassa eingetreten.

Als aussichtsreichsten Kandidat für eine Nachfolge Bokassas schätzt sowohl die westdeutsche bürgerliche als auch die französische Presse Abel Goumba ein, der 1959 Präsident der Zentralafrikanischen Republik war und seit 1962 im Exil lebt; zur Zeit als Funktionär der Weltgesundheitsorganisation in Cotonou (VR Benin).

Laut ,,Le Monde" (16.6.) gilt Goumba als ,,gemäßigter" Politiker, scheint aber innerhalb der Oppositionsbewegung über mehr Einfluß als Bangui und Patasse zu verfügen, da er in keiner Form mit dem Bokassa-Regime kollaboriert hat und nicht in dem Ruf steht, ein Freund und Verbündeter des französischen Imperialismus zu sein. Goumba soll auch wesentlichen Anteil an der Gründung der Patriotischen Front von Ubangui 1976 in Brazzaville gehabt haben, die auch der jetzt in Paris gegründeten gemeinsamen Front angehört (LM, 10.6.).

Afrika- Kommission

Ablösung Bokassas durch eine gemässigte kooperationsbereite Opposition.
amtierende Minister des ZAK angehören sollen, bekannt gegeben.
samen Front angehört (LM, 10.6.).
Afrika- Kommission



Erste Stellungnahme Chinas zum Westsahara-Krieg

Erstmals hat China öffentlich zum Westsahara-Krieg Stellung genommen (siehe ,,Peking-Rundschau" vom 3.7.79). China spricht zwar richtig von einem ,,*Unabhängigkeitskampf*" der POLISARIO, ordnet das ganze Problem aber unter das bekannte Stichwort ,,Zusammenschluß der dritten Welt" ein: Die Westsahara sei wegen ihrer strategischen Position ,,*für die Supermächte attraktiv*".

,,*Die Einmischung der Supermächte kompliziert die Situation in Westsahara*", wobei allerdings nicht näher benannt wird, worin diese ,,Einmischung" jeweils bestehen soll. Der Westsahara-Krieg zwischen POLISARIO einerseits, Marokko und Mauretanien andererseits, habe ,,*üble Konsequenzen für alle betreffenden Seiten*" gebracht; er habe ,,*den Frieden und die Stabilität*" in der Region und in ganz Afrika gefährdet. Dies habe ,,*Besorgnis erregt*".

China plädiert dafür: ,,*die Westsahara-Frage durch friedliche Konsultationen vernünftig zu lösen*". ,,*mit Hilfe befreundeter Länder und durch gleichberechtigte Konsultation*" solle eine ,,*friedliche Lösung*" erreicht werden. Eine solche Lösung sei möglich, ,,*wenn die betroffenen Parteien sich einigen, respektieren und gegenseitig verstehen*".

Positiv ist an dieser Stellungnahme immerhin, daß China die POLISARIO darin nicht als ,,Kuba Westafrikas", ,,Agentur des Sozialimperialismus" o.ä. angreift, was nach der bisherigen chinesischen Argumentationslinie zu ähnlichen Konflikten denkbar gewesen wäre.

Allerdings machen die chinesichen Machthaber keinerlei Unterschied zwischen den Aggressoren und dem Opfer der Aggression, sondern verkleistern die Frage durch den Hinweis auf die ,,üblen Konsequenzen" des Krieges für a l l e Beteiligten. Ihre Appelle zum gegenseitigen Respekt und Verständnis zwischen den Aggressoren und der POLISARIO lassen die Frage nach dem I n h a l t einer politischen Lösung völlig offen.

Bezeichnend ist zudem, daß die chinesischen Machthaber jahrelang zum Befreiungskampf der POLISARIO hartnäckig geschwiegen haben und erst jetzt auf den Plan treten, wo die Aggressoren schwere Niederlagen erlitten haben (vor allem Mauretanien), um eine ,,friedliche Lösung" zu befürworten.

Kurzmeldungen Südliches Afrika

Muzorewa in USA und England: In drei Monaten Anerkennung?

Während rhodesische Truppen wie gehabt ihre brutalen militärischen Angriffe auf Flüchtlingslager in den Nachbarstaaten fortsetzten (,,FR", 3.7.), hatte sich der frischgebackene ,,Premierminister" Muzorewa auf eine Goodwill-Tournee durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien aufgemacht. Bei den dort geführten Gesprächen wurde ihm alle staatsmännische Ehre zuteil.

Extra wegen Muzorewas Besuch unterbrach US-Präsident Carter seine ,,historischen" Denkübungen von Camp David; Muzorewa wurde von Außenminister Vance ,,*mit Entzükken*" (nach eigenen Worten, IHT, 9.7.) empfangen; Pressekonferenzen reihten sich an Gespräche mit Senatoren, Kongreßabgeordneten, Gewerkschaftsführern, Journalisten usw.

Ähnlich in Großbritannien, wo schon in den Tagen vor seiner Ankunft die freundlichsten Töne über den angeblich ,,*fundamentalen Wandel in Rhodesien*" (FR, 12.7.) zu hören waren. Selbstredend wurde Muzorewa auch hier vom britischen Außenminister und der Premierministerin Thatcher empfangen, die angekündigt hat, daß die ,,Wirtschaftssanktionen" gegenüber Rhodesien im November — bei der turnusmäßigen Parlamentsdebatte dieses Themas — endgültig aufgehoben würden (IHT, 12.7.). Grund genug für Muzorewa, Optimismus zur Schau zu tragen. Auf einer Pressekonferenz in London vor der Rückkehr nach Salisbury erklärte er, er wäre nicht überrascht, wenn seine Regierung in drei Monaten ,,oder sogar noch früher" diplomatisch anerkannt sei (SZ, 16.7.). War anfänglich — vor seiner Ankunft — noch von angeblichen Versuchen seitens USA und Englands die Rede, Muzorewa zu Verfassungsänderungen in Rhodesien zu bewegen, wies Muzorewa diesbezügliche Fragen nach seinen Gesprächen kategorisch als ,,*nicht ernst gemeint*" zurück und betonte, daß ,,*seine Regierung keine Kompromisse mehr eingehen*" werde (FR, 12.7.).

Namibia: Rassisten terrorisieren Swapo-Mitglieder

Namibia: Rassisten terrorisieren Swapo-Mitglieder

In den letzten Wochen haben die RSA-Besatzer Namibias ihren Druck auf SWAPO-Mitglieder und -Führer ständig erhöht. Am 12.7. wurde ein weiteres führendes Mitglied der namibischen Befreiungsorganisation, M. Tlhabanello, auf dem Flughafen Windhuk von der Sicherheitspolizei verhaftet (FR, 13.7.).

Auf einer Pressekonferenz in Windhuk erklärte der Generalbevollmächtigte Südafrikas für Namibia, M.Steyn, gegenüber dpa, daß sämtliche seit dem 27.4.79 inhaftierten Mitglieder der SWAPO weiter in Vorbeugehaft bleiben. Er begründete die Inhaftierungen damit, er könne die betreffenden Personen ,,*nicht auf die friedlich lebende Bevölkerung loslassen*". Mit dieser Begründung werden bis heute insgesamt mindestens 64 SWAPO-Mitglieder in Gefängnissen festgehalten, obwohl die SWAPO offiziell zugelassen ist. Steyn leitet seine Befugnis von der Verordnung ,,AG26" vom April 78 ab, die besagt, daß Inhaftierungen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren vorgenommen werden dürfen, um ,,*politische Gewalt und Einschüchterung zu vermeiden*". Eine Freilassung erfolgt erst, wenn dies ,,*dem öffentlichen Interesse entspricht*"!

Gleichzeitig führen die Rassisten ihre militärischen Überfälle auf angebliche SWAPO-Lager in den Nachbarländern beständig fort, so zuletzt am 4.7. erneut in Angola (IHT, 6.7.).

RSA: Kirchlicher Entwicklungsdienst subventioniert Rassismus

,,*Einen Beitrag zur Subventionierung des Rassismus*", so der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA), hat der bundesdeutsche Krichliche Entwicklungsdienst (KED) geleistet, indem er der stark verschuldeten ,,deutschen Friedensgemeinde" in Johannesburg 2 Millionen Mark spendierte. Unterstützt wird mit diesem Betrag ein repräsentativer Neubau komplex jener ,,deutschen Friedensgemeinde" in Hillbrow, dem Geschäftsviertel Johannesburgs. Die ,,Gemeinde", die für dieses Monumental-Gemeindehaus ca. 5 bis 6 Millionen Mark investiert hat, zählt die einflußreichsten Geschäftsleute und Firmenvertreter Johannesburgs zu ihren Mitgliedern. Der MAKSA, der aus ehemaligen kirchlichen Mitarbeitern besteht, kritisiert den KED aufgrund intensiver Kenntnis der kirchlichen Szene in der RSA. Angesichts der Tatsache, daß sich im Gemeindehaus Hillbrow nur einmal wöchentlich Schwarze zum Gebet und zum Chorsingen aufhalten dürfen, das Gebäude ansonsten nur für die weiße Bourgeoisie reserviert ist, drängt sich dann schon der Verdacht auf, ,,*daß die behauptete ökumenische Stärkung und Öffnung des Gemeindezentrums für Schwarze nur zum Zweck der Durchsetzbarkeit des Antrags in Deutschland eingeführt wurden*", so der MAKSA. Nach seiner Meinung gibt es ,,*gewiß überzeugendere Möglichkeiten, Geld in die Überwindung des Rassismus zu investieren, als mit der Finanzierung der Projekte der Reichen, um angeblich neue Möglichkeiten für die Benachteiligten aufzuschließen.*" (,,FR", 10.7.)

RSA: Immer mehr Kriegsdienstverweigerer

Tausende von südafrikanischen Wehrpflichtigen entziehen sich jedes Jahr dem Dienst in der Rassistenarmee, zum Teil durch Flucht ins Ausland. Nach Angaben von im Ausland aufgebauten südafrikanischen Kriegsdienstverweigerungs-Verbänden (SAMRAF/USA, COSAWR/Großbritannien) wird sich auch in diesem Jahr der Trend zur ,,offenen Kriegsdienstverweigerung" in der RSA verstärken. Nach amtlichen Angaben beantragten 1976 rund 60 % der 63104 Einberufenen Rückstellung oder Erlaß der Einberufung wegen weiterer Ausbildung.In den letzten Jahren haben mehr und mehr Militärpflichtige den ,,Dienst" einfach nicht mehr angetreten. Nach offiziellen Angaben waren es 3314 im Jahr 1975, 3566 im Jahr 1976 und 1977 bereits 3814 (FAZ, 5.6.79).

Am 20. Dezember 1978 hat die UN-Vollversammlung eine Resolution verabschiedet, in der alle Mitgliedsländer aufgefordert werden, ,,*Asyl oder sichere Durchreise in einen anderen Staat für alle diejenigen zu gewähren, die Südafrika verlassen müssen, weil sie aus Gewissensgründen sich weigern, der Durchführung der Apartheid durch Dienst in der Armee oder der Polizei zu dienen*". Das scheinen einige Mitgliedsländer allerdings nicht so ernst zu nehmen: der britische Journalist D.Martin berichtete, daß Kriegsdienstverweigerer im benachbarten Botswana kaum Unterstützung von den dortigen Botschaften Großbritanniens und Schwedens — ,,*g e s c h w e i g e d e n n der USA und der Bundesrepublik Deutschland — erhalten*" (FAZ, s.o.). Für Kriegsdienstverweigerer der RSA-Armee und -Polizei, die täglich schwarze Oppositionelle foltern und abschlachten, wird die Deutschland-Stiftung Strauß-scher Prägung denn wohl auch kaum einen ,,Konrad-Adenauer-Freiheitspreis" vorgesehen haben, wie kürzlich im Fall des DDR-Bürgers Niko Hübner geschehen (s. letzten AK): wenn's um die Verteidigung ,,deutscher Interessen" am Kap geht, hört der scheinheilige Pazifismus auf.

sen, weil sie aus Gewissensgründen sich weigern, der Durchführung der Apartheid durch Dienst in der Armee

Waffenschmuggel

Der Antwerpener Hafen ist ein Dreh- und Angelpunkt für den Waffenhandel für Rhodesien. Die Firma, die dem Smith-Regime zu seinen Waffen verholfen hat, ist die NV Casalee Belgium in Antwerpen, die von dem Rhodesier John Bredenkampf — offiziell Tabakhändler — geleitet wird. Mit den Einkünften des illegalen Tabakhandels finanziert das Regime seine Waffenkäufe.

Ein belgisches Fernseh-Team recherchierte, daß unlängst 17 italienische Gefechtsflugzeuge vom Typ Marchetti SF 260 Warrior mit Hilfe dieser Firma nach Salisbury verschoben wurden. Die Flugzeuge waren unter belgischer Lizenz angekauft und von Mailand auf einen Privatflugplatz in Belgien überführt worden. Von dort gingen sie demontiert als ,,Flugzeugteile für Mauritius" nach Antwerpen, um schließlich von einem portugiesischen Schiff zum südafrikanischen Hafen Durban verfrachtet zu werden.

Die belgische Regierung wußte nach Aufdeckung des Skandals natürlich von nichts, obwohl kaum vorstellbar ist, daß ein Export dieser Größenordnung ohne Wissen der Zollbehörden durchgeführt werden konnte (nach ,,Amada", 20.6.79).

Belgien-Kommission



lateinamerika

Somoza gestürzt

Das Volk von Nicaragua und die Sandinistische Befreiungsfront haben den Diktator Somoza gestürzt und seine Nationalgarde vernichtend geschlagen. Der Versuch des von Somoza und den USA eingesetzten Interimspräsidenten Urcuyo, die Macht an sich zu reißen und bis 1981 im Amt zu bleiben, ist kläglich gescheitert. Die Nationalgarde, die einzige Kraft, auf die er sich noch stützen konnte, kapitulierte vor den Truppen der FSLN. Die Imperialisten hinterlassen ein völlig zerstörtes und ausgeblutetes Land. Schon jetzt wird von den gleichen Imperialisten überlegt, wie die materielle Notlage zu den verschiedensten Erpressungsmanövern genutzt werden kann.

Der „Rücktritt" Somozas wurde absehbar, nachdem die FSLN praktisch ganz Nicaragua – abgesehen von der Hauptstadt Managua und einzelnen Garnisonen – kontrollierte und die internationale Isolation des Regimes immer mehr zugenommen hatte. Zuletzt hatte Somoza die Militärs in El Savador, Guatemala und Honduras aufgefordert, zu seinen Gunsten zu intervenieren. Doch die lehnten ab, um nicht selbst in die Revolutionsereignisse verwickelt zu werden. Auch Israel und Argentinien, die dem Diktator bis zuletzt die Stange gehalten hatten, wurde die Sache zu heiß. Sie stellten ihre Waffenhilfe ein („FR", 16.7.79). Die Sandinisten waren bis auf ca. 20 km an Managua vorgerückt und kontrollierten sämtliche Zufahrtsstraßen. Am 17. Juli entließ Somoza daraufhin das Offizierschor der Nationalgarde, um den größten Verbrechern noch die Möglichkeit zu geben, sich rechtzeitig zu verpissen, wie Somoza selbst es auch in Richtung Florida tat. Riesige Ländereien und einige seiner Freundinnen erwarteten ihn schon dort. Die neue Regierung hat inzwischen die Auslieferung von Somoza gefordert, um ihn seiner gerechten Strafe zuführen zu können.

Für eine gewisse Überraschung sorgte dann noch der Nachfolger Somozas, Urcuyo. Zwischen den USA, Somoza und Urcuyo war offiziellen Angaben zufolge vereinbart worden, daß Urcuyo lediglich als Zwischenpräsident fungiert, bis zu dem Augenblick, wo die Provisorische Regierung in Managua eintrifft. Urcuyo gehört der Liberalen Partei Somozas an und war zuletzt Parlamentspräsident gewesen, nachdem er vorher verschiedene Posten in den Somoza-Regierungen innegehabt hatte. Als die neue Regierung, in Begleitung von den Außenministern von neun lateinamerikanischen Ländern nach Managua fliegen wollte, um die Regierungsgeschäfte aufzunehmen, stellte sich heraus, daß Urcuyo keineswegs die Absicht hatte, die eben erlangte Macht gleich wieder aus den Händen zu geben. Bis zum Ende der Legislaturperiode 1981 wolle er im Amt bleiben, um dann angeblich freie Wahlen abzuhalten. Aber die Nationalgarde war bereits zu sehr angeschlagen und die Flucht Somozas und hoher Offiziere wirkte zusätzlich demoralisierend. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juli setzten sich Urcuyo und weitere Teile der Nationalgarde nach Guatemala ab. Andere flüchteten in die Botschaft Kolumbiens. Am Donnerstag wurde auch die Hauptstadt von den Aufständischen kontrolliert und die Volksregierung konnte ihre Geschäfte aufnehmen.

Das Ausmaß der Zerstörungen ist kaum zu beschreiben. Insgesamt

Das Ausmaß der Zerstörungen ist kaum zu beschreiben. Insgesamt 40.000 Menschen wurden getötet (zwei Prozent der nicaraguanischen Bevölkerung); über 100.000 flohen ins Ausland (fünf Prozent der Bevölkerung). Die materiellen Schäden werden für größer gehalten als bei dem verheerenden Erdbeben 1972; damals kostete die Beseitigung der Schäden rund 800 Millionen Dollar. Allein die Reparatur der zerstörten und beschädigten Fabriken dürfte rund 200.000 Dollar kosten (alle Zahlen nach „NZZ", 19.7.). In diesen Zahlen ist allerdings eine Soforthilfe für die Bevölkerung noch gar nicht enthalten. Hinzu kommt ferner, daß Nicaragua sehr hoch verschuldet ist, mit über eine Milliarde US-Dollar.

Angesichts dieser gigantischen Probleme wird es die neue Regierung nicht leicht haben, eine unabhängige Politik durchzuhalten. Schon jetzt sind die Erpressungsmanöver vor allem der USA nicht zu übersehen. Die USA versuchten über ihren Sonderbotschafter Bowdler noch eine Änderung der Provisorischen Regierung zu erzwingen. Die Provisorische Regierung setzt sich bekanntlich aus zwei der FSLN zugerechneten Mitgliedern, einem Mitglied der „Gruppe der Zwölf" sowie zwei bürgerlichen Politikern zusammen. Die USA wollten die Regierungsjunta um zwei bürgerliche Politiker erweitert wissen. Zwar haben die USA sich an diesem Punkt nicht durchsetzen können, aber auf anderer Ebene sind ihr Zugeständnisse gemacht worden: Offizieren und Truppen der Nationalgarde soll nicht nur körperliche Unversehrtheit garantiert, sondern darüber hinaus die Möglichkeit eingeräumt werden, in der neuen Armee mitzuarbeiten. Laut Programm der provisorischen Regierung sollten demgegenüber nur die Soldaten übernommen werden, die rechtzeitig zu den Sandinisten übergelaufen sind.

Auch die Nominierung des ehemaligen Oberst Bernanardino Larios zum künftigen Verteidigungsminister dürfte ein „Verhandlungsergebnis" des US-Sonderbotschafters sein. Larios hatte 26 Jahre in der Nationalgarde gedient und war dann zur FSLN übergelaufen und hier beratend tätig. Auch die sonstige Zusammensetzung der Regierung hat kaum etwas mit dem an die Wand gemalten „zweiten Cuba" zu tun. Das Außen-, Finanz-, Landwirtschafts- und Erziehungsministerium sowie die Funktion des Generalstaatsanwaltes wird von Mitgliedern der „Gruppe der Zwölf" ausgeübt, Ernesto Cardinal wird Kulturminister. Die anderen Minister sind konservative Politiker und Unternehmer – mit einer Ausnahme: Neuer Innenminister ist Thomas Borge, Mitglied der Leitung der FSLN und Vertreter des marxistisch-leninistischen Flügels der FSLN.

Lateinamerika-Kommission



Mit großem Jubel wurden am Donnerstag die Guerilleros der sandinistischen Befreiungsfront in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua von der Bevölkerung begrüßt.

Chronologie des Bürgerkrieges bis zum Sturz Somozas

Die seit 1933 in Nicaragua herrschende „Dynastie" Somoza ist am Ende. Ihr Schicksal wurde besiegelt von der Sandinistischen Einheitsfront, die — vor rund zehn Jahren gegründet — seit 1977 den bewaffneten Widerstand gegen den Diktator Somoza organisiert. Hier eine Übersicht über den zeitlichen Ablauf des Bürgerkrieges:

13. Oktober 1977: Schlacht um San Carlos, eine Stadt an der Grenze zu Costa Rica. Mehrere Garnisonen der Nationalgarde werden angegriffen.

10. Januar 1978: Der Führer der Opposition und Herausgeber der bedeutendsten Zeitung Nicaraguas „La Prensa", Pedro Joquin Chamorro, wird in Managua ermordet. In der Hauptstadt kommt es zu Massendemonstrationen.

24. Januar: Generalstreik in Managua. Auch in der Provinz komt es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Nationalgarde. Die Bischöfe des Landes stellen sich auf die Seite der Sandinistas.

8. März: Der Generalstabschef der Nationalgarde, Reinaldo Perez Vega, wird in Managua ermordet.

4. August: Der Primas der Nicaraguanischen Kirche, Erzbischof Miguel Obando y Bravo fordert Präsident Somoza zum Rücktritt auf.

22. August: Ein sandinistisches Kommando besetzt das Parlamentsgebäude in Managua.

24. August: Präsident Somoza erfüllt die Forderungen des Sandinisten-Kommandos. 25 Sandinisten und 59 politische Häftlinge werden freigelassen, und nach Venezuela ausgeflogen.

13. September: Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) befaßt sich mit dem Problem Nicaragua. Washington suspendiert seine Wirtschaftshilfe für das Somoza-Regime.

29. September: Die erweiterte Oppositionsfront tritt in Verhandlungen mit Somoza ein.

7. Dezember: Der Belagerungszustand und das Kriegsrecht werden aufgehoben.

Februar 1979: Sandinisten nehmen ihre Offensive wieder auf.

April 1979: Die Städte Esteli und León werden von den Guerilleros belagert und von der Luftwaffe Somozas fast völlig zerstört.

29. Mai: Generaloffensive der Sandinisten.

4.Juni: Ein Generalstreik lähmt die Wirtschaft des Landes.

6. Juni: Somoza ruft erneut den Belagerungszustand aus.

9./12. Juni: Sandinisten greifen Managua an.

3. Juli: Matapalga fällt in die Hände der Sandinisten.

4. Juli: In Rivas (100 Kilometer südlich der Hauptstadt) wird gekämpft. Die Sandinisten wollen hier den Sitz der Provisorischen Regierung etablieren.

5. Juli: Die Sandinisten nehmen Jinotepe ein. Die Nationalgarde belagert Masaya. Die ersten Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt Somozas zirkulieren.

11. Juli: Somoza erklärt, er werde „den Kampf fortsetzen".

12. Juli: Ausländische Korrespondenten werden der Zensur unterworfen.

16. Juli: Somoza verläßt den Bunker mit unbestimmtem Ziel.

17. Juli: Esteli (150 Kilometer nördlich von Managua) wird von den Sandinisten erobert. Somoza tritt offiziell zurück.

(aus: „Die Neue", 18.7.79)

Wahlen in Mexiko

Die Wahl der 400 Abgeordneten der „Camara de Diputados" (Parlament) am 1. Juli wurde von der Regierungspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) als ein weiterer Höhepunkt der „Politischen Reform" hochgejubelt, weil zum ersten Mal drei oppositionelle Parteien zu den Wahlen zugelassen worden waren. Da aber schon vorher festgelegt war, daß die Opposition 100 der 400 Sitze zugesprochen bekommen sollte, war die Wahl lediglich Tünche für das demokratische Image Mexikos, die an den realen Machtverhältnissen nichts änderte. Die mexikanische Bevölkerung antwortete mit einer Wahlenthaltung von über 50 %.

Die „Politische Reform"

Präsident Lopez Portillo verkündete 1977 sein wichtigstes Reformprojekt, die „Politische Reform", um gegen die wachsenden sozialen Spannungen und Proteste auch weiterhin die seit 50 Jahren bewährte Integrationsstrategie der PRI fortzusetzen.

Der erste „Höhepunkt" war die Verkündigung des Amnestiegesetzes für politische Gefangene und Verfolgte im letzten Jahr, das, obwohl es eine völlige Farce war, trotzdem teilweise den gewünschten politischen Erfolg hatte (siehe dazu „Kampf für Amnestiegesetz" in AK 144).

Der zweite Hauptbestandteil der „Politischen Reform" ist die Legalisierung oppositioneller Parteien und ihre Zulassung zu den Wahlen.

Die Legalisierung von PCM, PDM und PST

Im letzten Jahr durften sich die PCM (Kommunistische Partei Mexikos), die PDM (Demokratische Partei Mexikos) und die PST (Sozialistische Arbeiterpartei) registrieren lassen. Bedingung für diese Legalisierung war jedoch die Registrierung von mindestens 75.000 Parteimitgliedern, d.h. eine perfekte Kontrollmöglichkeit des Staates. Alle drei Parteien akzeptierten dies, die PCM legte sogar 103.000 Unterschriften vor, um ihre Stärke zu beweisen. Ein Teil der PCM-Mitglieder spaltete sich daraufhin von der Partei ab, da

Ein Teil der PCM-Mitglieder spaltete sich daraufhin von der Partei ab, da ihnen dieser Schritt nach jahrelanger illegaler Arbeit als zu halsbrecherisch erschien. Die PCM, deren erklärtes Hauptziel seit Jahren die Legalisierung war, feierte sie dagegen als großen Sieg.

Aus der Sicht der PRI war dieser Schritt auch besonders deswegen wichtig, da es ihr gerade in letzter Zeit immer schwerer gefallen ist, die Kämpfe der Bauern und Arbeiter nach altbewährter Methode über die CNC (zentrale Bauerngewerkschaft) und die CTM (Dachverband der Arbeitergewerkschaften) zu kontrollieren und zu kanalisieren; denn die Proteste richten sich durch Anwachsen der innergewerkschaftlichen Opposition („Tendencia Democratica") und durch Bildung von unabhängigen Gewerkschaften zunehmend genau gegen diese Hauptsäulen der Herrschaft der PRI.

Die Legalisierung von oppositionellen Parteien ist einerseits ein Zugeständnis der Regierung, das mehr Spielraum eröffnet für die legale Arbeit dieser Parteien, die bis dahin zum Teil starker Repression ausgesetzt waren. Andererseits aber ist sie ein Versuch, die Herrschaftsbasis und die Kontrolle der PRI durch diese neue „demokratische Öffnung" auszuweiten, um so gefürchtete Verluste in ihren Haupteinflußbereichen auszugleichen.

Die „Opposition"

Bisher waren im Parlament neben der PRI die rechte PAN (Partei der nationalen Aktion), die PPS (Sozialistische Volkspartei) und die PARM (Authentische Partei der mexikanischen Revolution) mit einigen Abgeordneten vertreten, die aber durch engste Kollaboration mit der PRI nicht mehr als deren Vehikel sind und von ihr auch finanziert werden.

Aber auch die „neue" Opposition scheint keinen grundsätzlich anderen Weg einzuschlagen. Alle drei Parteien haben sich in der vergangenen Zeit wegen ihrer Kooperationsbereitschaft mit Kräften der PRI bei vielen Linken in Mißkredit gebracht. Am ehesten noch als Opposition zu bezeichnen ist die eurorevisionistische PCM, die sich aber durch einen recht gemäßigten Wahlkampf wohl der Legalisierung als würdig erweisen wollte. Schon ihre völlige Zustimmung zum Amnestiegesetz hatte gezeigt, daß sie keine konsequente Kritik an der PRI übt.

Die PST ist eine von Ex-Präsident Echeverria (!) betriebene Abspaltung der „Mexikanischen Arbeiterpartei" (PIM), und die PDM ist eine rechtsextreme, profaschistische Partei, die aus einer 1949 als verfassungsfeindlich verbotenen klerikal-faschistischen Organisation hervorgegangen ist. Mit dieser Partei bekommt die PRI eine neue Möglichkeit, sich als linke Kraft zu profilieren.

Und damit die Wahlfarce zumindest einen Anschein von Wahlkampf bekam, finanzierte der Staat auch weitgehend die Wahlkampfkosten der „Oppositions"-Parteien. Sie bekamen Wahlplakate, Fahrzeuge und Sendeverfügung gestellt („Süddeutsche Zeitung", 30.6.79). Große Verbreitung in der Presse fand das zwei Wochen vor der Wahl in „unerwarteter Offenheit" vom Vorsitzenden der PRI gemachte „Eingeständnis", daß die PRI 30 Sitze verlieren könnte („Latin America Political Report", 22.6.79).

Der Wahlkampf der PRI war weitgehend unpolitisch, mehr ein Wahlkauf: Essen für die Slumbewohner, Land für einige Siedler, Unterhaltung für die Mittelschicht („Guardian", 25.5.79). Pro Kandidat kostete der Wahlkampf 150.000 bis 500.000 DM („Proceso" 121)!

Es bleibt alles beim Alten

Nach dem neuen Wahlgesetz von 1978 wurde die Anzahl der Sitze im Abgeordnetenhaus von 237 auf 400 erhöht und festgelegt, daß die Opposition davon 100 Sitze bekommen sollte, d.h. unabhängig vom Wahlergebnis! Und daß es bei der Wahl der 300 Direktmandate zu keinen größeren Verschiebungen zuungunsten der PRI kam, dafür sorgte im Zweifelsfall die absolute Kontrolle, die die PRI über alle Ebenen der Wahlkampfgesetzgebung, -durchführung und -aufsicht hatte, mit der sie alle bisherigen Wahlergebnisse immer exakt nach ihren Wünschen ausrichten konnte. Tausende von Stimmzetteln verschwanden, die Wahl war oft nicht geheim, die Bevölkerung wurde durch Polizei und Militär unter Druck gesetzt, Wähler

Wahl war oft nicht geheim, die Bevölkerung wurde durch Polizei und Militär unter Druck gesetzt, Wähler und Kandidaten bestochen und unbequeme Ergebnisse wurden einfach annulliert und gewählte Kandidaten abgesetzt. Eine besondere Variante war diesmal, daß man eine große Anzahl von Polizisten und Soldaten in die für die PRI unsicheren Wahlkreise abkommandierte und sie dort wählen ließ („LaPR", 13.7.79).

Die zentrale Wahlkommission gab bekannt, daß die PRI 68 bis 70 % der Stimmen gewann (die endgültigen Ergebnisse liegen erst in einigen Wochen vor) und 296 der 300 Direktmandate. Vier gingen an die PAN, die auf 13 % kam. Die PCM erreichte 5 %, nach eigener Schätzung 5,7 %. Alle anderen Parteien erhielten nur minimale Stimmenprozente. PCM, PDM und PST sind aber nun endgültig legalisiert, da sie die dafür vorgeschriebenen 1,5 % erreicht haben. PRI und PAN blieben ziemlich genau auf dem gleichen Stand wie seit Jahren. Das Ergebnis der PCM ist sicher, besonders vor dem Hintergrund der mexikanischen Wahlbedingungen, als Erfolg zu werten und Ausdruck davon, daß sie in einigen ländlichen Gebieten und in den Slums der Großstädte eine gewisse Basis hat. Die PAN wird 42 Sitze, die PCN 18 der 100 für die Opposition vorbehaltenen Sitze bekommen. Die PRI behält weiterhin die absolute Mehrheit, die sie auch im Senat innehat (63 von 64 Sitzen), der letzten Endes ohnehin die wichtigen Entscheidungen fällt.

Das Volk zieht nicht mit

Angesichts der politischen Bedeutungslosigkeit der Wahl und der schon im voraus feststehenden konstanten Ergebnisse hat in den letzten Jahren in Mexiko eine Entwicklung zugenommen, die der PRI wachsende Sorge bereitet: der „abstencionismo", die Wahlenthaltung. Besonders bei lokalen Wahlen hat es in der letzten Zeit immer wieder spektakuläre Enthaltungsergebnisse gegeben und bei den Parlamentswahlen hatte die Quote ständig bis auf über 40 % 1976 zugenommen. Diesmal nun stieg die Wahlenthaltung auf über 50 % an! D.h., die PRI bekam nur 34 bis 35 % der registrierten Wähler.

Eines ihrer wichtigsten Ziele, durch die „Politische Reform" diese Tendenz zu stoppen und das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen anzuregen, hat die PRI nicht erreicht. Ihre Legimitationsbasis ist ein weiteres Stück geschrumpft, und schon tönt der PRI-Vorsitzende von der „völligen Reorganisierung der Partei" und der Innenminister verspricht gar endlich einen „wirklichen demokratischen Kampf" („LAPR", 13.7.79).

Neben den wachsenden Widerständen gegen die PRI signalisiert auch diese Wahl, daß das alte Integrationsinstrumentarium, – wenn auch die Herrschaft der PRI noch nicht ins Wanken geraten ist – weniger gut brauchbar geworden ist.

Lateinamerikakommission



nahost

Irak und Syrien

Hintergründe der Vereinigungsbestrebungen

Ende Juni wurde bei einem Besuch des syrischen Präsidenten Assad in Bagdad die Bildung einer gemeinsamen irakisch-syrischen politischen Führung beschlossen, die die Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik der beiden Länder zukünftig bestimmen soll. Der irakische Vizepräsident Saddam Hussein erklärte, man habe sich in den Verhandlungen über die grundlegenden Prinzipien des einheitlichen Staates geeinigt, der von einem dreiköpfigen Präsidialrat regiert werden soll, dem der irakische Präsident Bakr, Vizepräsident Saddam Hussein und an der Spitze der syrische Präsident Assad angehören sollen („Süddeutsche Zeitung", 29.5., 20.6., 21.6., „Monitor-Dienst", 20.6.79). Die ersten Schritte für die Vereinigung waren kurz nach Abschluß der Camp-David-Abkommen (September 1978) mit der Unterzeichnung eines irakisch-syrischen Aktionsprogramms im Oktober 78 gemacht worden. Die libanesische revisionistische KP, die der fortschrittlichen nationalen Front im Libanon angehört, begrüßte diesen Schritt: *„Die Unterzeichnung dieses Programms ist ein bedeutender Schritt bei der Organisierung des Widerstandes gegen die Machenschaften imperialistischer, zionistischer und reaktionärer arabischer Kräfte im Nahen Osten."* („Neues Deutschland", 31.10.78). Sowohl das irakische als auch das syrische Regime versuchten, die nach mehr als zehn Jahren Feindschaft rasch erfolgte Annäherung als Bildung einer ge-

Annäherung als Bildung einer ge-

meinsamen politischen und vor allem militärischen Front gegen die zionistische, imperialistische und ägyptische Verschwörung zu verkaufen, also als die Folge einer möglichen Bedrohung von außen gegen Staaten, die die imperialistisch-zionistische Lösung ablehnen. Darüber hinaus haben sich beide Staaten in den letzten Jahren als fortschrittliche Länder, die den „dritten" Weg des „arabischen Sozialismus" gehen, ausgegeben, wobei insbesondere der Irak immer als der konsequenteste Unterstürzter der palästinensischen Ablehnungsfront aufgetreten ist. Bedeutet nun der Zusammenschluß der beiden „fortschrittlichen" Staaten eine Stärkung der Front gegen den Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten, wie es nicht nur das syrische und das irakische Regime selbst, sondern neben den libanesischen Revisionisten andere fortschrittliche Kräfte im arabischen Raum und selbstverständlich die revisionistischen Staaten glauben machen wollen?

Warum Vereinigung?

Einen neuen Höhepunkt erreichten die Feindseligkeiten zwischen dem irakischen und syrischen Regime während des Bürgerkrieges im Libanon. Die in beiden Ländern regierende Baath-Partei war seit 1966 getrennte Wege gegangen. 1966 kam in Syrien ein linker Baath-Flügel an die Macht, gegen den der jetzige Staatschef Assad 1970 putschte. Die Regierung Bakr steht seit 1968 an der Spitze Iraks.

Mit dem Einmarsch im Libanon 1976 verhinderte die syrische Armee den Sieg der fortschrittlichen Kräfte im libanesischen Bürgerkrieg. Damit konnte das syrische Regime seine Machtposition in diesem Raum für kurze Zeit stärken, die arabischen Gipfelkonferenzen in Riad und Kairo billigten u.a. gegen die Stimme Iraks – den Einmarsch und unterstützten Syrien finanziell (besonders Saudi-Arabien). Irak profilierte sich in dieser Zeit mit Kriegsdrohungen gegen Syrien, die allerdings nicht in die Tat umgesetzt wurden, die fortschrittlichen Kräfte im Libanon erhielten mit der Entschuldigung, Syrien lasse Transporte nicht durch, keinerlei irakische Unterstützung. Verbal auf der Seite der Ablehnungsfront stehend, pflegte Irak noch bis kurz vor der Aussöhnung mit Syrien Kontakte mit dem libanesischen Faschistenführer Camille Chamoun.

Auch nach der Jerusalem-Reise des ägyptischen Präsidenten Sadats, die der Auftakt zum jetzt geschlossenen israelisch-ägyptischen Friedensvertrag war, ging der Propagandakrieg zwischen Irak und Syrien weiter. Auf der ersten Konferenz der Staaten der Standhaftigkeit und Konfrontation in Tripolis (November 1977) zog die irakische Delegation mit der Begründung, das ebenfalls teilnehmende Syrien wolle die Kapitulation, aus der Versammlung aus.

Mit einer ähnlichen Begründung nahm das irakische Regime an der Konferenz der Staaten der Standhaftigkeit und Konfrontation, die nach den Camp-David-Abkommen in Damaskus stattfand, gar nicht erst teil. Unter dem Deckmantel dieser radikalen Kritik an Syrien machte der Irak nur ein paar Tage später den Vorschlag der Bagdad-Konferenz (arabische Gipfelkonferenz, an der Ägypten – obwohl ausdrücklich eingeladen – allerdings nicht teilnahm). Auf der Konferenz wurde beschlossen, Sadat mit dem Angebot jährlicher Milliardenzuwendungen wieder in die Front gegen Israel einzureihen. Andererseits wurden Ägypten im Falle eines Friedensschlusses mit Israel wirtschaftliche Boykottmaßnahmen angedroht. Diesen Beschlüssen stimmte auch das proimperialistische Saudi-Arabien zu, bisher Hauptfinancier Ägyptens. Angeblich soll der Boykott nach Unterzeichnung des Friedensvertrages nun auch durch-

Friedensvertrages nun auch durch-

geführt werden, bisher hat er allerdings keinerlei Wirkung gezeigt.

Mit der Bagdad-Konferenz ist die Front der Staaten der Standhaftigkeit und Konfrontation (Irak, Syrien, Libyen, Algerien, Südjemen, PLO) praktisch aufgelöst worden, bzw. in den Schoß der arabischen Reaktion zurückgeholt worden. Dieses Manöver der irakischen Regierung ist ein gutes Beispiel für die tatsächliche Außenpolitik Iraks: Unter dem Mantel verbaler Radikalität spielt der Irak eine mäßigende Rolle.

Unmittelbar vor der Bagdad-Konferenz kam die irakische Regierung auch wieder mit dem syrischen Assad-Regime ins Geschäft. Diese Zusammenarbeit hat allerdings ganz handfeste innen- und außenpolitische Gründe. In beiden Ländern ist auch mit den brutalsten Unterdrückungsmethoden die innenpolitische Opposition nicht mehr zu unterdrücken. Nach dem Sturz des Schah-Regimes im Iran – mit dem seit dem Abkommen von Algier 1975 bestes Einvernehmen bestand und das vom Irak auch bis zuletzt unterstützt wurde (der im Irak im Exil lebende Khomeiny erhielt im Oktober letzten Jahres Hausarrest und wurde schließlich ausgewiesen, während der irakische Vizepräsident Saddam Hussein die persische Kaiserin Farah noch bei einer Propaganda-Pilgerreise zu den schiitischen Heiligtümern im Irak begleitete), muß sich das irakische Regime außerdem mit einer massiven Opposition der irakischen Schiiten auseinandersetzen, sowie mit einem Aufschwung der Kämpfe im irakischen Kurdistan. Hinzu kommt die wachsende innenpolitische Opposition demokratischer Kräfte.

Ähnliches gilt für Syrien, wobei das syrische Regime fast noch in einer schwierigeren Lage ist. Die syrischen Truppen im Libanon werden nicht nur von faschistischen Milizen unter Druck gesetzt und fortlaufend in Kämpfe verwickelt, die Luftkämpfe zwischen Syrern und Israelis in den letzten Wochen haben gezeigt, daß die Zionisten den Libanon, besonders den Süden, faktsich als ihren Einflußbereich ansehen, in dem sie bei der Vernichtung der fortschrittlichen Kräfte schalten und walten wie sie wollen. Wollen die Syrer ihre Positionen im Libanon gegen die Zionisten und Faschisten behaupten, so laufen sie Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation mit Israel. Auch Syrien ist mit einer wachsenden innenpolitischen Opposition konfrontiert. Einerseits wächst die demokratische Opposition, andererseits verstärken die faschistischen Moslem-Bruderschaften laufend ihren Terror gegen Assadtreue Militärs usw. Offensichtlich bestehen gute Verbindungen zu den libanesischen Faschisten, die immer bestens über die Aktionen der Moslem-Brüder informiert sind. Die neue Freundschaft zwischen den verfeindeten Regimes ist für beide zu einer Überlebensfrage geworden.

Im folgenden wollen wir auf die innenpolitische Situation im Irak und in Syrien eingehen sowie auf die Beziehungen dieser Länder zu imperialistischen bzw. proimperialistischen und revisionistischen Ländern. Zur Politik der beiden Staaten im Libanon und der Politik Iraks gegenüber den neuen Machthabern im Iran verweisen wir auf die Artikel „Krieg gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon" (AK 152) und „Iran, Irak und das Minderheitenproblem" (AK 156).

Es soll hier nur noch einmal betont werden, daß die aggressive Politik der Zionisten und der mit ihnen verbündeten Faschisten, die die Vernichtung des palästinensischen Widerstandes und der fortschrittlichen Kräfte (durchaus im physischen Sinne), die Vertreibung der syrischen Armee aus dem Libanon und die Errichtung eines reaktionären Libanon unter zionistischer Kontrolle zum Ziel hat, bisher nicht eine wachsende Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte durch die

wachsende Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte durch die

irakische bzw. syrische Regierung zur Foge gehabt hat. Im Gegenteil, Syrien hat den Nachschub an die fortschrittlichen Kräfte gestoppt, Irak hat die finanzielle Unterstützung für den palästinensischen Widerstand gekürzt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß eine mögliche Konfrontation mit Israel vermieden werden muß und dazu handfeste Zugeständnisse von seiten der Palästinenser nötig sind (vgl. AK 152).

Vor diesem Hintergrund sollte auch der neueste Plan der irakischen Regierung beurteilt werden, der ausgerechnet dem marokkanischen König Hassan vorschlug, gemeinsame arabische Streitkräfte aus verschiedenen Armeen aufzustellen, *„um jeder eventuellen israelischen Aggression zu begegnen, die sich gegen irgendeinen arabischen Staat richtet. Außerdem sieht er* (der Plan) *jede Form der Unterstützung der PLO vor, auch die militärische, damit diese ihre Aktivitäten in den besetzten arabischen Gebieten verschärfen kann und in der Lage ist, einen Beitrag im Kampf der arabischen Staaten zur Befreiung der besetzten Gebiete zu leisten"* („Monitor-Dienst". 29.5.79). Nach irakischer Einschätzung führen also die arabischen Staaten den Hauptkampf für die Befreiung des besetzten Palästinas!

Syrien

Mit dem ihm eigenen Zynismus äußerte sich der israelische Ministerpräsident Begin zur Situation in Syrien: *„Unserer Meinung nach ist die Lage in Syrien sehr kompliziert. Ich möchte keine Prognosen aufstellen, aber die Lage des Regimes ist nicht gut. Wenn in einem Land 20 Sunniten getötet werden, und später die Sunniten – alle Anzeichen weisen darauf hin – 40 Kadetten umbringen, so weist das auf ein Erdbeben hin, das dort stattfindet. Um seiner selbst willen soll Al-Assad die syrische Armee lieber rasch aus dem Libanon abziehen. Die syrische Armee hat in Beirut nichts zu suchen. Sie täte besser daran, über Syrien zu wachen. Al-Assad hat nahezu 40.000 Soldaten im Libanon mit Hunderten von Panzern und Hunderten von Artillerieausrüstungen. Ich glaube, selbst von Al-Assads Standpunkt aus wäre es besser, wenn die Armee in Syrien stünde"* („Monitor-Dienst", 27.6.79).

Begin spielt mit seiner Bemerkung auf das Massaker in der Militärschule von Aleppo am 16.6.79 an. Bei diesem Überfall kamen insgesamt mehr als 60 Kadetten ums Leben. Verantwortlich gemacht wurde diesmal von der syrischen Regierung – bei früheren Attentaten wurden durchweg Agenten des irakischen Regimes beschuldigt – die Moslem-Bruderschaft („SZ", 25.6.). Kurze Zeit später wurden 18 Mitglieder der Moslem-Bruderschaft zum Tode verurteilt, 14 wurden erhängt, einer erschossen, drei zu lebenslänglich begnadigt („SZ", 29.6.). Die meisten der getöteten Kadetten sollen der Alawiten-Sekte angehört haben, die bis zu 15 % der Bevölkerung stellen und die besten Posten im Staat und in der Armee besetzen. Zu ihnen gehört auch der syrische Präsident Assad. Die Mehrheit der Bevölkerung sind Sunniten. Angeblich sollen vor dem Massaker 20 Sunniten von Alawiten umgebracht worden sein („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ". 26.6.).

Die Moslembrüder werden für eine Reihe weiterer Anschläge in den letzten Wochen in Aleppo, Homs und Damaskus verantwortlich gemacht.

Anfang Juni wurden in Hama drei Sicherheitsbeamte erschossen („Le Monde", 13.6., 24./25.6.79). Nach Radio-Meldungen der libanesischen Faschisten sollen in der Nähe von Lattakia (alle Orte im Nordwesten Syriens) zwei Militärlastwagen überfallen worden sein („Le Monde", 29.6.79). Dieser aktuell verschärfte Kampf der reaktionären Moslembrüder gegen das Assad-Regime

brüder gegen das Assad-Regime

(1963 war schon einmal in Hama ein Aufstand der Moslembürder niedergeschlagen worden, unmittelbar nachdem die Baath-Partei an die Macht gekommen war) soll auf einen Beschluß der Moslemischen Bruderschaft zurückgehen, den sie auf einem geheimen Strategietreffen im Mai in der Bundesrepublik gefaßt haben sollen („Frankfurter Rundschau", 25.6.79). **Angehörige der Moslembrüder aus Syrien, Ägypten, Jordanien und Libyen leben in der BRD als politische Flüchtlinge.**

Bislang hat das syrische Assad-Regime allerdings den Machenschaften der reaktionären Moslembrüder eher zugesehen, Repressionen, politische Verfolgungen, Verhaftungen usw. richteten sich ausschließlich gegen die Linke.

Für eine wachsende linke und demokratische Opposition gibt es viele Anhaltspunkte.

Seit Juli letzten Jahres hat es Umbesetzungen in der Armeeführung gegeben, die Reihen der Baath-Partei wurden gesäubert. Im Mai und Ende letzten Jahres hat es neue Verhaftungswellen gegen linke und demokratische oppositionelle Kräfte gegeben. Betroffen sind die nicht in der fortschrittlichen nationalen Front vertretenen Gruppen und Parteien (marxistische Gruppen, syrische KP (Tendenz Riyad Turk) unabhängige Nasseristen, Sozialistische Arabische Union).

Im Juli protestierte die Generalversammlung der Rechtsanwälte in Damaskus gegen Unterdrückung und Folter und sprach sich für die Freilassung der politischen Gefangenen oder einen ordentlichen Gerichtsprozeß aus. Die Schriftsteller und Journalisten protestierten gegen die Zensur.

Die Arbeiter setzten Gewerkschaftswahlen durch, deren Ergebnis für die Baath-Partei und ihre Verbündeten in der nationalen Front (Arab. Soz. Union, Sozialistische Union, KP) verheerend ausfiel, trotz vieler Repressionsmaßnahmen, u.a. wurden viele mögliche Kandidaten vorher verhaftet. Praktisch in allen Betrieben mit mehr als 300 Arbeitern siegten die Kommunisten (die nicht in der regierenden Nationalen Front vertreten sind) und die Nasseristen („Le Monde", 27.12.78).

Assad hatte nach seinem Putsch 1970 eine sog. „liberale" Wirtschaftspolitik mit verstärkter Öffnung nach Westen eingeleitet. Trotz erheblicher wirtschaftlicher Unterstützung durch die revisionistischen Länder gerade in den sechziger Jahren (nachdem das syrische Baath-Regime zur Entwicklung der Wirtschaft umfangreiche Verstaatlichungen durchgeführt hatte) waren die imperialistischen Staaten immer die Hauptlieferländer Syriens gewesen. 1969 machten die Importe aus dem gesamten RGW-Block, China und Jugoslawien 20 % aus, während der Anteil der EG-Länder 40 % betrug.

Schon im ersten Jahr nach Assads Machtantritt wurden Investitionsschutzgesetze für das westliche Kapital erlassen. Die Folgen dieser Politik für die syrische Bevölkerung: Seit 1971 sind die Preise um 300 % gestiegen, was einer jährlichen Inflationsrate von weit mehr als 30 % im Durchschnitt entspricht, die Löhne und Gehälter sind dagegen im gleichen Zeitraum nur um 75 bis 100 % gewachsen. Seit der syrischen Intervention im Libanon muß das Regime allein täglich 3 Mio. Dollar für die Stationierung der Truppen aufbringen, was längst nicht durch die Finanzhilfen der übrigen arabischen Länder ausgeglichen wird. In diesem Jahr will Syrien die Militärausgaben verdoppeln, sie sollen dann etwa 40 % des gesamten Haushaltes betragen. Die jetzt von der Sowjetunion geforderten Waffenlieferungen werden außerdem vom Irak bezahlt („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23.1.79, „Le Monde", 20.4.79).

Irak

Eine ähnliche Entwicklung wie in Syrien ist auch im Irak zu verzeichnen. Auch der Irak hat sich vorübergehend an die Länder des RGW-Blocks angelehnt. Abgesehen jedoch von Waffengeschäften sind die RGW-Staaten längst an die letzte Stelle der irakischen Außenhandelsstatistik gerutscht. 1975 wurden 46 % aller Waren aus Westeuropa bezogen, 10 % aus Nordamerika, 27 % aus Asien und nur 8 % aus dem RGW-Block („Neue Zürcher Zeitung", 30./31.10.77). Besonders die BRD- Imperialisten pflegen seit Jahren die besten wirtschaftlichen Beziehungen zum irakischen Regime, auch wenn ihnen dieser Rang inzwischen von den französischen Imperialisten streitig gemacht wird. 1975 gingen ein Viertel der westdeutschen Exporte im Nahen und Mittleren Osten an den Irak, 1974 investierten die BRD-Imperialisten im Irak halb soviel wie im Iran.

Aus Frankreich sollen jetzt vor allem umfangreiche Waffensysteme gekauft werden („Süddeutsche Zeitung", 8.5.79), außerdem hat Frankreich den Auftrag zum Bau eines neuen Flughafens in Bagdad erhalten.

Trotz der immer stärkeren Hinwendung zu den imperialistischen Staaten oder proimperialistischen Ländern (wie z.B. dem gestürzten Schah-Regime und Saudi-Arabien) unterhält Irak noch gute Beziehungen zur Sowjetunion. Der 1972 geschlossene Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag besteht nach wie vor, anläßlich der Camp-David-Abkommen *„bekundeten beide Seiten wiederum ihre feste Solidarität mit Völkern, die gegen Imperialismus, Neokolonialismus, Zionismus und Rassendiskriminierung kämpfen..."* („Neues Deutschland", 15.12.78).

Kurze Zeit später war allerdings ein Abkommen zwischen dem sich so fortschrittlich gebenden Irak und dem arabischen Erzreaktionär Saudi-Arabien unter Dach und Fach gebracht, das als wesentlichsten Punkt die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der „inneren Sicherheit" beinhaltet („The Guardian", 28.2.79, „MD", 7.2.79). Fast zur gleichen Zeit betonte der stellvertretende Präsident Saddam Hussein, daß der

Fortsetzung auf Seite 39

Fortsetzung von Seite 38

Irak zur Aufnahme der 1967 abgebrochenen Beziehungen zu den USA ohne Zögern und ohne Vermittlung bereit sei, wenn sie auf „Gleichheit" und „Berücksichtigung der Interessen der arabischen Nation beruht" („NZZ", 16.2.79).

Diese scheinbar widersprüchliche Politik nach außen wurde bisher vom irakischen Regime optimal ausgenutzt: Das fortschrittliche Image verbunden mit der Demagogie vom „dritten" sozialistischen arabischen Weg (4/5 der irakischen Betriebe befinden sich in Staatshand) erleichterte in gewissem Sinn die Repression nach innen. Nicht nur die irakischen Kurden sind seit Jahren den schlimmsten Unterdrükkungsmaßnahmen ausgesetzt, zu der die zwangsweise Umsiedlung einer Viertelmillion Kurden in den Süden Iraks und die Schaffung eines entvölkerten „Sicherheitsstreifens" an der Grenze zu Iran gehörten. Laut Angaben der im Ausland befindlichen Opposition und – in letzter Zeit – auch der bislang die regierende Baath-Partei in allen Fragen unterstützenden irakischen KP, verstärkt sich die Repression gegen Oppositionelle seit etwa drei Jahren.

Offensichtlich wurde die Verschärfung der Repression durch die Hinrichtung von 31 Mitgliedern und Sympathisanten der irakischen revisionistischen KP, im Mai 1978 (die KP ist im Irak ebenso wie in Syrien in zwei Flügel gespalten. Ein Flügel hat bislang die Baath-Partei bedingungslos unterstützt und war auch mit zwei Ministern an der Regierung beteiligt. Dieser Teil ist jetzt von den Repressionsmaßnahmen betroffen). Vorausgegangen waren politische und zum Teil öffentlich ausgetragene Differenzen zwischen dem Baath-Regime und der revisionistischen KP. Kritikpunkte der moskautreuen KPI waren:

– Eritrea-Frage (das irakische Regime unterstützt die ELF, die Sowjetunion das äthiopische Regime),
– die Repressionsmaßnahmen gegen die Kurden,
– zunehmende Wirtschaftsbeziehungen zum Westen,
– repressive Innenpolitik („NZZ", 6.1.79).

Verurteilt und hingerichtet wurden die Kommunisten wegen parteipo-
die Kommunisten wegen parteipo-
litischer Betätigung innerhalb der Armee. Im November 78 klagte die KP in ihrer Zeitung das irakische Regime an, *„sich Grausamkeiten gegen die Partei, ihre Mitglieder und deren Aktivitäten seit mehr als einem Jahr zuschulden kommen zu lassen"* („Le Monde", 14.12.78).

Ende Dezember, also unmittelbar nach dem Besuch Saddam Husseins in Moskau, veröffentlichten zehn arabische revisionistische Parteien ein Manifest, in dem sie – außer dem Nachbeten der offiziellen sowjetischen Politik – massiv das irakische Regime und seine *„unterdrückerischen politischen Methoden"* kritisierten. Beteiligt waren die revisionistischen Parteien aus Jordanien, Bahrain, Tunesien, Algerien, Marokko, Sudan, Syrien, Libanon und Irak.

Selbstverständlich durfte selbst bei diesem Punkt der revisionistische Schmus nicht fehlen. Die *„unterdrückerischen Maßnahmen gegen die brüderliche Irakische Kommunistische Partei"* seien eine *„Kampagne von der Art, die, wenn sie fortgesetzt wird, ein wirkliches Hindernis für die Vereinigung der nationalen fortschrittlichen Kräfte .... in dem Augenblick ist, in dem eine allgemeine fortschrittliche arabische Front unumgänglich ist, die Kommunisten, Baathisten, Nasseristen, Sozialisten, Nationalisten und andere fortschrittliche Kräfte bei Achtung der politisch-ideologischen und organisatorischen Unabhängigkeit aller Parteien umfaßt."* („Le Monde", 8.1.79).

Obwohl die Kritikpunkte der revisionistischen KP und die vereinzelnden kritischen Meldungen in der revisionistischen Presse darauf schließen lassen, daß die Kritik gegen das irakische Regime mit Billigung der Sowjetunion geführt wird, ist die Kampagne gegen die revisionistische KP nur ein Höhepunkt der Verfolgungswelle gegen alle oppositionellen Kräfte. Seit Mai 1978 sollen über 10.000 Menschen verhaftet und gefoltert worden sein („SZ", 24./25.3.79), 1930 gelten als vermißt.

Verbunden sind diese Maßnahmen mit einer Gesetzgebung, die drakonische Strafen bei „Vergehen" gegen den absoluten Herrschaftsanspruch der Baath-Partei vorsieht, die praktisch die Tätigkeit jeder anderen Partei unmöglich macht.

Nahost-Kommission

„Du sollst keinen Vertrag mit ihnen schließen und sie nicht verschonen" (5. Mose 7,2)

Zionistische Politik in besetzten Gebieten

Die Zionisten kennen ihre Bibel und handeln danach: „Wenn der Herr, dein Gott, dich in das Land bringt, dahin du nun ziehst, es zu besetzen, (...), und du sie schlägst, so sollst du an ihnen den Bann vollstrecken: du sollst keinen Vertrag mit ihnen schließen und sie nicht verschonen" (5. Mose 7, 1-2).

Wenn Israel gegenwärtig über die „Autonomie" der Palästinenser in Westjordanland und Gaza verhandelt, so bedeutet dies keineswegs ein Abweichen von der Aggressionsideologie der Bibel. Nicht mit den Palästinensern, sondern zusammen mit Ägypten und den USA wird über sie verhandelt. Was nach dem Willen Begins bei den Autonomieverhandlungen, die Anfang August in die 5. Runde gehen, herauskommen soll, ist sattsam bekannt: *„Die Autonomie für die Araber Judäas, Samarias und des Gaza-Streifens wird nur administrativ sein. Erez Israel wird nie wieder geteilt werden. Israel wird die Quelle der Autorität der Selbstverwaltung sein. Israel wird die Kontrolle über staatliche Ländereien ausüben, um die Fortführung der Siedlungsaktivitäten und den Bau von Militärbasen zu ermöglichen und um Land für die Rehabilitierung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Israel wird für die Sicherheit im autonomen Gebiet verantwortlich sein, um weiter gegen den Terrorismus kämpfen zu können"* (Zusammenfassung des Autonomieplans von Begin im israelischen Rundfunk nach „Die Neue", 10.5.79). Den Umfang der geplanten Siedlungsaktivitäten für die nächsten 5 Jahre bezifferte der Leiter der Siedlungsabteilung der Jewish Agency, M. Drobles, auf 150.000 neu anzusiedelnde Personen (7.000 Familien pro Jahr) im Westjordanland („Israelischer Rundfunk" 26.4.79 nach „Monitor-Dienst", 3.5.79). Einer anderen Quelle zufolge sind 50 neue „Wehrdörfer" für die kommenden fünf Jahre geplant („Neues Deutschland", 21.5.). Die Antwort der Palästinenser ist klar. Ihre Protestparolen lauten: *„Nein zur Autonomie", „Nein zu den Siedlungen", „Nicht Autonomie, sondern Selbstbestimmung".*

Baustopp für die Siedlung Elon Moreh

In diesen Tagen läuft die einmonatige Frist ab, die das Oberste Gericht in Tel Aviv Begin und seinen zionistischen Siedlern von der Gush Emunin-Bewegung eingeräumt hat, um „nachzuweisen", daß die jüdische Siedlung Elon Moreh nahe Nablus, der bedeutendsten palästinensischen Stadt im besetzten Westjordanland, aus „Sicherheitsgründen" notwendig ist. Dieses Siedlungsprojekt, das seinen Namen „Eiche von Moreh" nach dem „historischen" Ort in der Nähe erhielt, wo Abraham Land für seine Nachkommen von Gott verheißen wurde, ist von Anfang an eine so offene Provokation gewesen, daß selbst Kriegsminister Weizmann es im Hinblick auf die bevorstehenden „Autonomieverhandlungen" für opportun hielt, gegen den Bau d i e s e r Siedlung auf arabischem Boden zu votieren. Doch seine Regierungskollegen, allen voran der rechtsradikale Landwirtschaftsminister Scharon, der für Siedlungsprojekte zuständig ist, überstimmten Weizmann und ein paar Mitstreiter. Sie stimmten am 4. Juni dem Projekt zu und genehmigten zugleich die Enteignung der arabischen Grundeigentümer. Noch bevor die Bodenbesitzer die Enteignungsdokumente zugestellt bekamen, begann die israelische Armee mit den Vorbereitungen für den Bau der Siedlungen. Sie transportierten mehrere hundert jüdische Siedler mit Militärfahrzeugen und Hubschraubern zum Siedlungsgelände, Traktoren zogen Straßen durch bebaute arabische Felder, in aller Eile wurden Fertighäuser aufgestellt („Palästina Bulletin", 22.6., „Neue Zürcher Zeitung", 13.6.). Als das Gericht am 20. Juni den vorläufigen Baustopp verfügte, standen auf 200 Hektar Land 22 Fertighäuser mit 27 Familien und 12 Einzelpersonen. Vor Gericht gegangen waren die 17 betroffenen arabischen Bodenbesitzer. Zur Verhandlung stand nicht die Widerrechtlichkeit der zionistischen Siedlungspolitik insgesamt, sondern lediglich die Frage, ob im konkreten Einzelfall Elon Moreh die angefangene Siedlung der Sicherheit Israels dient. Dem Gericht lagen Gutachten von zwei israelischen Militärexperten vor, die die Siedlung im dicht besiedelten arabischen Gebiet sogar als Sicherheitsrisiko einstuften; ganz im Gegensatz zu dem von Begin (gegen den Willen von Weizman) in Auftrag gegebenen Gutachten des Generalstabschefs Eytan. Dennoch entschied das Gericht nicht für die arabischen Kläger, sondern verhängte nur einen vorläufigen Stopp der Siedlungsarbeiten. Die Elon-Moreh-Befürworter haben einen Monat Zeit, sich neue Argumente auszudenken, und wie immer das Gericht danach entschieden wird, es ist kaum zu erwarten, daß das Projekt zu Fall gebracht werden wird: *„Im Anschluß an die Anordnung des Gerichts erklärte ein Elon-Moreh-Mitglied (...), daß die einstweilige Verfügung die Entwicklung von Elon Moreh langfristig nicht verhindern würde. Er führte aus, daß die Verpflichtungen des jüdischen Volkes, das Land Israel zu besiedeln, jede Entscheidung von drei Richtern nichtig mache, die sich auf türkische und Mußvorschriften berufen"* („Israelischer Rundfunk" 20.6. nach „Monitor-Dienst" 21.6.79). Wenn der Sprecher hier vom „Land Israel" redet, meint er natürlich nicht den heutigen Staat Israel, sondern Israel in den biblischen Grenzen von anno dazumal. Von dem Gerichtsurteil im Fall Elon Moreh sind die übrigen Siedlungsaktivitäten im übrigen in keinster Weise berührt. So sind am 18. Juni im Westjordanland die Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung einer neuen Siedlung Karnei Shomrom Bet (rund 17 km westlich von Nablus) angelaufen. Da nur zwei Kilometer entfernt bereits eine Siedlung, Karnei Shomrom, besteht, gibt das Landwirtschaftsministerium die neue Siedlung frech als „Erweiterung" der bestehenden aus („Neue Zürcher Zeitung", 20.6.). Weiter wurde bekannt, daß die israelische Regierung eine neue Siedlung in der Nähe Jerusalems vorbereitet. Ein Militärsprecher teilte dazu mit, daß die arabischen Landeigentümer in diesem Gebiet auf ihren Grundstücken nicht mehr bauen dürfen („Frankfurter Rundschau", 27.6.). Weiter wurde in der Nähe des Dorfes Ni'lin im Westjordanland aus „Sicherheitsgründen" eine Fläche von 60 Hektar beschlagnahmt und den palästinensischen Eigentümern das Betreten ihres Bodens strengstens untersagt. Diese Flächen sollen nach Angaben des palästinensisch-israelischen „Komitees zur Verteidigung des Bodens" für einen Ring paramilitärischer Stützpunkte rund um die Stadt Ramallah genutzt werden („Neues Deutschland", 23./24. Juni 1979).

Massenproteste und Besatzerterror

Obwohl die israelische Regierung alles daran setzt, jeglichen Widerspruch und jegliche Demonstration im Keime zu ersticken, gelang es den Palästinensern im besetzten Westjordanland und demokratischen Kräften in Israel, einige Protestaktionen gegen den Begin'schen „Autonomie"-Plan, die Siedlungspolitik und insbesondere das Elon-Moreh-Projekt zu organisieren. So folgten etwa 30.000 Menschen einem Aufruf der „Frieden-Jetzt-Bewegung" zu einer Protestdemonstration gegen die Errichtung von Elon Moreh in Tel Aviv am 16. Juni („Neue Zürcher Zeitung" 19.6., „Frankfurter Rundschau" 18.6.). Die arabischen Geschäftsleute von Nablus protestierten einen Tag später mit der Schließung ihrer Geschäfte, wurden aber zum Teil durch israelische Soldaten, von denen es in Nablus wimmelte, zur Öffnung gezwungen. Gleichzeitig fand eine verbotene Demonstation in Nablus statt, an der rund 5.000 Menschen teilnahmen, trotz der Gewaltanwendung durch die „Sicherheitskräfte". Den „Hauptverantwortlichen" für die Proteste – hierzu rechnen die Zionisten u.a. den Bürgermeister von Nablus (Bassan Shakaa) – wurde eine strafrechtliche Verfolgung angekündigt („Die Neue", 28.6.); israelischen Presseberichten zufolge aber soll Kriegsminister Weizman diese Maßnahme gegen Shakaa und andere führende Repräsentanten der Palästinenser im Westjordanland zurückgenommen haben („Frankfurter Rundschau" 3.7.), offensichtlich wieder einmal mit Blick auf die parallel laufenden „Autonomie"-Verhandlungen.

Immer häufiger machen die zionistischen Besatzer von „kollektiven Bestrafungen" Gebrauch. So wurde z.B. in der Stadt Halhoul (Nähe Hebron) eine Ausgangssperre von zwei Wochen verhängt, weil Schüler Steine auf israelische Autos geworfen haben sollen („Die Welt", 20.6.). Einen Monat zuvor wurde den Einwohnern von Bir Zeit die Ausreise nach Jordanien und der Empfang von Verwandtenbesuch aus dem Ausland verboten; die Geschäfte an einer Straße, die zur zionistischen Siedlung Neve Tsuf liegen, wurden zwangsweise geschlossen. Die „kollektive Strafmaßnahme" war die Reaktion auf eine von Palästinensern organisierte Straßensperre zu dieser Siedlung, in deren Zusammenhang „unbekannte" Siedler auf vier arabische Arbeiter geschossen haben („Frankfurter Rundschau", 17.5.). Zu diesen Maßnahmen gehört auch die Verfügung der israelischen Behörden, nach der die Schüler der 12. Klasse der Oberschule von Bethlehem nicht versetzt werden dürfen, eine ähnliche Maßnahme betrifft die Studenten der beiden pädagogischen Institute in Ramallah und die Oberschüler von Ramallah. Begründung: Sie sollen an Demonstrationen teilgenommen haben („Filistin al-thaura" 19.6. nach „Palästina Bulletin", 2.6.79).

Die letztgenannten Strafmaßnahmen ordnen sich zugleich in die Angriffe auf das palästinensiche Erziehungswesen ein. In einem Fall, nämlich der Schließung der palästinensischen Universität von Bir Zeit konnte – nicht zuletzt wegen der breiten nationalen und internationalen Empörung – ein kleiner Erfolg gegen die Zionisten erzielt werden: Obwohl die Universität bis Oktober geschlossen bleiben sollte, beschloß die israelische Militärregierung, sie nach „nur" zweimonatiger Schließung Anfang Juli wieder zu eröffnen („Frankfurter Rundschau", 3.7.). Die Schließung am 2. Mai war als „Straf- und Vorsichtsmaßnahme" erfolgt. Unmittelbarer Anlaß war eine friedliche (!) Demonstration der Studenten gegen die Besatzungspolitik gewesen, bei der ein – wieder „unbekannter" – jüdischer Siedler auf die Demonstranten schoß und einen schwer verletzte („International Herald Tribune", 3.5.). Der Täter entkam und die Opfer wurden mit der Schließung ihrer Universität „bestraft"; am selben Tag wurde auch die Universität von Bethlehem geschlossen und schon zwei Monate vorher (am 12. März) das Lehrerinnen-Seminar in Ramallah.

Selbst die wahrhaftig nicht israelfeindliche Zeitung „Die Welt" kommt zu dem nüchternen Schluß: *„Als Folge dieser Ereignisse unterstützt kein Palästinenser von Rang und Namen heute die Selbstverwaltungsvorschläge, die wie in einem Vakuum zwischen Ägypten und Israel erörtert werden"* (20.6.). Und Palästinenser ohne „Rang und Namen" schon gar nicht!

asien



„Flüchtlingskonferenz"
Ein Tribunal gegen Vietnam

Während die bürgerliche Presse in der BRD und den anderen kapitalistischen Staaten eine seit Wochen anhaltende Kampagne um die Frage der Indochina-Flüchtlinge führt, scheinen diejenigen, die damals gegen die US-Aggression in Indochina protestierten, wie gelähmt oder haben sich von dieser Kampagne vereinnahmen lassen – bis auf wenige Ausnahmen.

Am 14. Juli veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" auf Seite 1 einen Appell von *„früheren Vietnam-Korrespondenten bundesdeutscher Medien an die Regierungen der Bundesländer"*. Der Appell ist rein „humanitär" gehalten und verzichtet auf jeden Angriff gegen Vietnam. Daher hat sich auch ein breites Spektrum von Journalisten, die nicht pauschal als antikommunistisch gelten können, hinter diesen Appell gestellt. Allerdings befindet sich auch Ex-Fremdenlegionär und Vietnam-Kämpfer Scholl-Latour unter den Unterzeichnern. Interessant ist, daß beispielsweise Karl Grobe („FR") und Tiziano Terzani („Spiegel"), die sehr engagierte Gegner des US-Kriegs in Vietnam waren und auch nach der Befreiung teilweise sehr positive Berichte veröffentlicht hatten, auf der Liste fehlen.

Was den „rein humanitären" Charakter des Aufrufs angeht, so darf man natürlich nicht vergessen, daß in denselben Medien, denen die Unterzeichner angehören, die antivietnamesische Kampagne unvermindert anhält, ja sich im Zusammenhang mit der für den 20./21.7. angesetzten Genfer Konferenz zur Frage der Indochina-Flüchtlinge noch drastisch verschärft hat.

Nur auf der Basis, daß es um die Lösung der humanitären Probleme geht, hat sich Vietnam bereit erklärt, an dieser Konferenz teilzunehmen. Den Initiatoren dieser Veranstaltung geht es natürlich um etwas ganz anderes: *„Doch über die humanitäre Tat sollte nicht vergessen werden, wer Exodus und Chaos auslöste:*

Tat sollte nicht vergessen werden, wer Exodus und Chaos auslöste:

Hanoi ist der Schuldige. Die Welt muß den Mut haben, auf der Genfer Flüchtlingskonferenz der Regierung Nord(!)vietnams zu bedeuten, daß man sie nicht aus dieser Verantwortung freilassen will" („FAZ", 16.7.79). In einem Satz zusammengefaßt heißt das dann: **„Ein ganzes System steht unter Anklage"** (ebenda).

An diesem Ziel der Imperialisten müssen sich auch diejenigen messen lassen, die meinen, man könne Humanität im luftleeren Raum praktizieren und mit der reaktionären Stoßrichtung der Kampagne nichts zu tun haben wollen.

Insbesondere gilt dies für Leute mit einem linken Anspruch.

So liest man in den Publikationen der diversen Unterstützer von „Ein Schiff für Vietnam" kaum etwas kritisches zur Hetze gegen Vietnam.

So wird beispielsweise in der „undogmatischen" „Tageszeitung" („taz") neben kritischen Darstellungen häufig die Sichtweise der bürgerlichen Presse und der chinesischen Führung übernommen. So kommt Peter Tautfest in der Ausgabe vom 12.7.79 zu dem Schluß, bei der Flüchtlingsfrage *„darf mit vollem Recht von einem asiatischen*



Holocaust gesprochen werden". Der Verfasser scheint überhaupt kräftig aus der „Roten Fahne" abgeschrieben zu haben.

Immerhin hat die „taz" z.B. auch einen Artikel des Vietnamkriegsgegners Noam Chomsky abgedruckt, der *„Ein Boot für Vietnam"* als *„reaktionäre Kiste"* bezeichnet (11.7.).

„In Europa und den USA schreien sich alle die Hälse aus nach den vietnamesischen Flüchtlingen, aber keiner hat eine Lösung des Problems zu bieten. In Vietnam herrscht Hunger und er herrscht dort aufgrund des westlichen Angriffs. Die Verantwortlichen für diese Situation sind vor allem die USA, die sich weigern, die im Pariser Vertrag ausgehandelten Entschädigungen für die von ihnen verursachten Kriegsschäden zu zahlen."

Solche Stimmen sind in der bürgerlichen Presse nicht zu finden. Stattdessen stürzt man sich besonders gerne auf prominente Vietnamkriegsgegner, die heute den Kreuzzug gegen Vietnam wissentlich oder unwissentlich unterstützen. Wie Jean-Paul Sartre und Claudie Broyelle in Frankreich, die *„Ein Boot für Vietnam"* inszeniert haben, so ist es in den USA Joan Baez, die *„ihre Verbundenheit mit den Flüchtlingen aus Vietnam bekundete"* („SZ", 9.7.).

Dies hat in Vietnam besondere Bestürzung hervorgerufen. War es doch dieselbe Joan Baez, die 1972 während der schweren Luftangriffe gegen Nordvietnam Hanoi besucht und engagiert gegen die amerikanische Aggression Stellung bezogen hatte. Allerdings weiß man auch in Vietnam zwischen den Urhebern und den (unwissentlichen?) Unterstützern der antivietnamesischen Kampagne zu unterscheiden.

In einem Kommentar von Radio Hanoi mit dem Titel *„Wer führte Regie bei der Show für Joan Baez?"* heißt es: *„Am 30. Mai widmeten vier führende US-Zeitungen, darunter ‚Washington Post' und ‚New York Times', eine ganze Seite dem Abdruck eines Briefes, der von Joan Baez und 80 anderen unterzeichnet an die Regierung der SRV gerichtet war. Der Brief begann mit der Betonung, daß die schmerzvolle US-Präsenz in Vietnam vor vier Jahren geendet hatte. Er zitierte dann einige Zeugenaussagen und schloß, daß die SRV unverschämt Menschenrechte verletzt habe und rief dazu auf, daß eine internationale Gruppe entsandt werden und die Verletzungen beobachten sollte. In einem freundlicheren Ton endete der Brief mit den Worten: ‚Wir rufen unsere Freunde dringend auf, ihr Versprechen, Grundfreiheiten und Menschenrechte zu respektieren, einzuhalten, um so wahren Frieden in Vietnam zu errichten"*. In dem Kommentar wird darauf hingewiesen, daß u.a. Jane Fonda und Daniel Ellsberg (der die Pentagon-Papiere veröffentlichte) es abgelehnt hätten, den Brief zu unterschreiben.

Der Kommentar schließt mit der Hoffnung, daß Joan Baez eines Tages die Wahrheit sehen wird, *„wie sie mit eigenen Augen vor sieben Jahren sah, als die US-Machthaber zehntausende von Bomben auf Hanoi regnen ließen, wobei Tausende unschuldiger Menschen getötet wurden"*.

Zu den Auseinandersetzungen in Frankreich

Gerade die französischen Imperialisten, als ehemalige Kolonialmacht in Indochina, versuchen sich ihrer Verantwortung zu entziehen und unterstützen eine antivietnamesische Politik, die unter anderem in der Einstellung der EG-Hilfe an Vietnam besteht.

Während viele Linke die Kampagne „Ein Schiff für Vietnam" mittragen, unterstützt die PCF Vietnam in seiner Haltung zum Flüchtlingsproblem und kritisiert insbesondere die PS Mitterands, die sich

Flüchtlingsproblem und kritisiert insbesondere die PS Mitterands, die sich

mit einer Erklärung, gemeinsam mit der PSU, der MRG, der CFDT geäußert hat.

In den Vorgesprächen zu dieser Erklärung, an denen auch die PCF teilnahm, gab es vor allem Auseinandersetzungen um die Präambel, in der es heißen sollte: *„Die Unterzeichnerorganisationen waren alle solidarisch mit dem Kampf der Völker Indochinas, und insbesondere mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes"*, was von der PCF in Bezug auf die PS und deren Vorgängerin SFIO als *„historische Lüge"* bezeichnet wurde, da sowohl die „sozialistische" Regierung Leon Blum 1946 für die Bombardierung Haiphongs mit 6.000 Toten verantwortlich war, als auch die PS *„durch die Person ihres Generalsekretärs Francois Mitterand sich innig in die Kriegspolitik, die gegen das vietnamesische Volk gemacht worden war, verwickelt findet"* (ebenda). Die Gemeinden mit PCF-Bürgermeistern wehren sich gegen eine Ansiedlung vietnamesischer Flüchtlinge, u.a. unter Hinweis auf die Absicht der französischen Regierung, *„in den nächsten fünf Jahren eine Million ausländischer Arbeiter auszuweisen. (...) Welchen Zynismus muß man besitzen, gleichzeitig eine Kampagne der Aufnahme von Vietnamesen und die Politik der Vertreibung ausländischer Arbeiter durchzuführen"* (nach „Le Monde", 27.6.79).

Außerdem soll nach den Vorstellungen der PCF sichergestellt werden, daß das Asylrecht, *„das ein unantastbares Prinzip ist – nicht als Deckmantel dient für ehemalige Folterer, Kriegsverbrecher und Faschisten, die das Thieu-Regime unterstützt haben"* (nach „Le Monde", 30.6.79).

Eine Reihe französischer oder in Frankreich lebender Intellektueller hat in einem Aufruf davor gewarnt, daß die humanitären Gefühle des französischen Volkes zu politischen Zwecken ausgenutzt werden, darunter auch Wilfred Burchett und Juliette Greco.

Die Vietnam-Solidarität verstärken!

In der BRD, deren Regierung mit zu den Vorreitern eines schärferen Vorgehens gegen Vietnam gehört, ist von einer Solidarität mit dem vietnamesischen Volk herzlich wenig zu spüren. Diejenigen, die meinen, hier auf „rein humanitärem" Gebiet tätig werden zu müssen, sollten sich einmal fragen lassen, wie es denn mit ihrem Verständnis von Humanität zu vereinbaren ist, wenn die BRD-Regierung in der EG darauf hinarbeitet, die Nahrungsmittelhilfe für Vietnam einzustellen.

Wenn Genscher frech behauptet, *„es gibt für mich keinen Zweifel,*

Wenn Genscher frech behauptet, *„es gibt für mich keinen Zweifel,*

daß Mittel, die für Vietnam in Frage kommen könnten, besser für die Not der Flüchtlinge eingesetzt werden" (nach „UZ", 27.6.79), dann muß man dem entgegenhalten, daß die BRD-Regierung ebenso wie die US-Imperialisten bisher überhaupt keine Mittel nach Vietnam geschickt haben! *„Nicht für die Hunderttausende von Waisenkindern, nicht für die Kriegskrüppel, nicht für die Witwen. Nicht einmal bei der Hochwasserkatastrophe des vergangenen Jahres, die Millionen von Menschen obdachlos machte, zeigte Bonn auch nur eine Geste humanitärer Hilfsbereitschaft"* (ebenda).

Asien-Kommission

Noam Chomsky
»Ein Boot für Vietnam« ist eine reaktionäre Kiste

Das folgende Interview, das Guido Moltedo mit dem amerikanischen Linguisten und Vietnamkriegsgegner führte, entnehmen wir „L'Espresso" vom 1. Juli 1979.

Viele, auch italienische, Intellektuelle greifen wieder in aller Schärfe das Regime in Vietnam an. Sie nicht. In einer italienischen Zeitung war zu lesen, „Herr Chomsky" sei „ein Tauber, der nicht hören will".

Das ist gelogen. Ich habe diesen Artikel von Goffredo Parise gelesen. Er hat Äußerungen von mir erfunden, die ich in einem Gespräch mit ihm in Hanoi gemacht haben soll. Das ist alles nicht wahr, aber ich wundere mich überhaupt nicht. Als ich ihn das erste Mal 1969 in Laos und dann in Vietnam traf, dachte er schon genau wie heute. Er war damals schon ein Gegner der Vietnamesen. Zur Zeit gibt es eine merkwürdige Mode in Europa: Es gibt viele, die behaupten, sie hätten die revolutionären Bewegungen der Dritten Welt unterstützt, seien dann aber von ihnen enttäuscht worden, als sie deren autoritäres Gehabe entdeckten. Und darum bekämpfen sie sie jetzt. In Wahrheit waren sie niemals ernsthafte Befürworter der Kämpfe der Dritten Welt.

Der Chefkolumnist des „Corriere della Sera", Alberto Ronchey, der gewiß nicht zur Linken gehört, hat geschrieben: „Die Legende vom 'guten Vietnam' zog es vor, die Repression der 50er Jahre gegen Trotzkisten, Kleinbauern und Katholiken im Norden zu vergessen, wie sie auch den Terrorismus gegen die Dorfverwaltung im Süden lieber vergaß". Was meinen Sie dazu?

Die Repression gegen die Trotzkisten fand nicht in den 50ern, sondern Anfang der 40er Jahre statt. Bei der Unterdrückung der Bauern handelte es sich um die Landreform von 1954-56. Im Lauf dieser Landreform wurden Tausende umgebracht. Das aber nicht auf Befehl der Regierung, sondern durch die Initiative der Kader oder auch der Bauern selber. Es gab viel Gewalt, wenn aber Brutalität und Grausamkeit bekannt wurde, intervenierte die Regierung.

Und die Stalinisten? Jean Lacouture hat gesagt: „das Regime von Hanoi trug von Anfang an stalinistische und totalitäre Züge." Walt W. Rostow hat die Rolle, die Stalin in der indochinesischen Guerilla seit 1946 spielte, genau untersucht.

Was heißt „Stalinismus"? Es gibt einen Mißbrauch dieses Begriffes und Leute wie Lacotoure und Rostow greifen schnell auf ihn zurück, wie viele Linksradikale alles reaktionäre gleich „faschistisch" nennen. In Wahrheit ist der Stalinismus etwas sehr Spezifisches. Gibt es etwas von diesem Spezifischen in der vietnamesischen Revolution? Ich sage nein. Es gab viel Negatives: ohne Zweifel handelte es sich um eine extrem autoritäre Bewegung, die von Parteiavantgarden geführt wurde. Wenn man der Sache aber schon ein Etikett ankleben will, sollte man von Leninismus, von leninistischer Revolution, nicht von Stalin sprechen. In Vietnam gab es keine Prozesse, keine Säuberungen, keine Gulags und auch kein aufgezwungenes Industrialisierungsprogramm wie in der Sowjetunion unter Stalin.

Dann gibt es keine Möglichkeit der Kritik an Vietnam...

Es gibt an der vietnamesischen Revolution viel zu kritisieren. Und das von Anfang an. Gerade von einem libertären Standpunkt, wie dem meinen, aus.

Die „Kampagne" zur Kritik an Vietnam begann vor allem nach der Invasion in Kambodscha und mit der Verschärfung des Flüchtlingsproblems. Andre Glucksmann schrieb: „Die vietnamesischen Flüchtlinge zwingen uns, den zerstörerischen Aspekt der großen Ideologien, die den Kalten Krieg und die blutigen Konflikte der letzten 30 Jahre genährt haben, aufzudecken."

Fortsetzung Seite 41

Fortsetzung von Seite 40

Nein, die Kampagne hat schon lange vor Ende des Krieges begonnen, wenn sie auch nach der Befreiung immer weitere Kreise zog. Aus offensichtlichen Gründen. Das Flüchtlingsproblem spricht da eine deutliche Sprache. In Europa und den USA schreien sich alle die Hälse aus nach den vietnamesischen Flüchtlingen, aber keine hat eine Lösung des Problems zu bieten. In Vietnam herrscht Hunger, und er herrscht dort aufgrund des westlichen Angriffs. Die Verantwortlichen für diese Situation sind vor allem die USA, die sich weigern, die im Pariser Vertrag ausgehandelten Entschädigungen für die von ihnen verursachten Kriegsschäden zu zahlen. Ein anderes Ergebnis dieser Zahlungsverweigerung ist, daß Vietnam auf seine Politik der Bündnisfreiheit hat verzichten müssen und jetzt von Moskau umarmt wird. Es ist das gleiche, was in Kuba nach dem Angriff auf die Insel passiert war.

Unter den Gründen, die Washington für die Nichteinhaltung der Verträge angibt, stimmt zumindest einer: Hanoi hat die Dritte Kraft, all die nichtkommunistischen Kräfte, die für die Unabhängigkeit gekämpft hatten, zerstört.

Nichts als Ausflüchte. Die wahren Gründe sind wohl die gleichen, die die USA in den Krieg geführt haben. Hauptziel ist es zu verhindern, daß ein Land, das nicht zum imperialistischen System gehört, wirtschaftliche Erfolge hat. Nachdem ihnen das mit dem Krieg nicht geglückt ist, versuchen sie es jetzt wirtschaftlich. Auf diesem Gebiet haben die USA dann ihren Krieg doch noch gewonnen.

Das Problem der Flüchtlinge bleibt aber bestehen.

Sicher, es ist ein reales Problem. Aber man sollte sich seine geopolitischen Wurzeln ansehen. China könnte niemals vor seiner Haustür ein starkes unabhängiges Land dulden, ebenso wie die UdSSR kein starkes Jugoslawien oder wie die USA kein starkes Mexiko. Und die Allianz mit der
wien oder wie die USA kein starkes Mexiko. Und die Allianz mit der
UdSSR (ich wiederhole: Vietnam ist gegen seinen Willen dazu gezwungen worden) hat die Feindschaft Chinas noch wachsen lassen. Außerdem muß man festhalten, daß die Hoa chinesischen Ursprungs in Südvietnam den gesamten Handel beherrschten: und es ist klar, daß dieser große Sektor unproduktiver Wirtschaft irgendwie beseitigt werden mußte.

Aber es ist doch die Art und Weise, wie gegen diesen Sektor von Seiten eines sozialistischen Landes vorgegangen wurde, die völlig unakzeptabel ist.

Sozialismus oder nicht Sozialismus, Vietnam stand nach dem Krieg vor folgender Alternative. Entweder: Ein Land wie Indonesien zu werden, sich der Ausbeutung der Westmächte zu öffnen und mit allen Idealen eines sozialen Wiederaufbaus zu brechen. Oder: Eine unabhängige Entwicklung, basierend auf den eigenen Kräften, zu versuchen und so eine sozialistische Politik (sozialistisch natürlich nicht im westlichen Sinne) zu betreiben. In jedem der beiden Fälle war eine Rückkehr zur Landwirtschaft nötig. Der gesamte Agrarbereich war im Krieg zerstört worden, die Städte waren aufgebläht mit Slums und Elendsquartieren und hingen ganz von den Amerikanern ab. Heute verlangen alle Organisationen, einschließlich der reaktionärsten, sogar die Weltbank, von den Vietnamesen eine Politik der Entstädterung. Es muß ein Weg gefunden werden, die Bauern aus den Städten wieder aufs Land zu bringen, auch wenn das weh tut und zum Beispiel die Chinesen, die den tertiären Sektor beherrschten, jetzt Arbeiter werden wie die anderen auch. Ich sage all das nicht, um die vietnamesische Führung zu verteidigen. Es gibt genügend Gründe, sie zu kritisieren, wenn man aber versucht, den Eindruck zu erwecken, alles läge an der schlechten Führung in Hanoi, gerade so als wäre die völlig frei, das zu tun, was sie will, dann ist das idiotisch.

Aber es haben doch auch Leute wie Joan Baez gegen Vietnam protestiert.

Tatsache ist, daß in der pazifistischen Bewegung der USA viele waren, die eine ganz verrückte Vorstellung von den Vietnamesen hatten: Sie glaubten, es handele sich um „Blumenkinder". Für Joan Baez war es sicher ein schwerer Schlag, zu erkennen, daß das vietnamesische Volk ein Volk ist wie alle anderen auch. Mich nennen jetzt viele, weil ich mich diesem Reigen nicht anschließe, einen Stalinisten. Ich ziehe es aber vor, ein Stalinist genannt zu werden, statt der reaktionären Kampagne gegen die Völker Indochinas Nahrung zu geben.

(aus: „TAZ", 11.7.79)

Die „Indochina-Solidarität" der Vaterlandsverteidiger

In der Kampagne um die Flüchtlinge aus Vietnam zeigt die vaterländische "KPD" einen besonderen Eifer. Die unbestreitbare Not dieser Menschen soll maximal ausgeschlachtet werden, um zum einen direkt Hetze gegen Vietnam zu betreiben (und damit zur Stimmungsmache für den Fall einer neuerlichen chinesischen Aggression gegen Vietnam beizutragen) und um indirekt auch die Sowjetunion ("Sozialimperialismus") zu treffen. Daß dabei in der Presse der "KPD" auch wieder gelogen wird, daß sich die Balken biegen, versteht sich von selbst.

Warum gibt es Flüchtlinge?

Nach Angaben der UNO waren bis Mitte 1979 rund 550.000 Flüchtlinge aus Indochina registriert (seit 1975). 200.000 davon hatten Aufnahme in imperialistischen Industrieländern gefunden, während über 300.000 in Lagern etc. in Ländern Südostasiens lebten bzw. vegetierten. Hinzuzurechnen sind (nach chinesischen Angaben) mehr als 230.000 Vietnamesen chinesischer Abstammung (‚Hoas'), die in China aufgenommen wurden.

In der Sprachregelung der "KPD" (ebenso wie der bürgerlichen Politiker und Medien) handelt es sich nicht einfach um Flüchtlinge, sondern um V e r t r i e b e n e. Es handele sich um eine *"Massenvertreibung"*, deren U r s a c h e *"der aggressive Regionalhegemonismus Hanois und die sowjetische Vorherrschaftspolitik"* sei ("Rote Fahne", 5.7.79). Geht man allerdings die Interviews in den verschiedensten bürgerlichen Zeitungen durch,
die Interviews in den verschiedensten bürgerlichen Zeitungen durch,
die mit Vietnam-Flüchtlingen gemacht wurden, so finden sich gar keine Hinweise auf eine reale Vertreibung. Die Interviewten (meist Angehörige der Mittelschicht) geben in der Regel an, daß sie aus Unzufriedenheit mit der Politik der vietnamesischen Regierung das Land verlassen haben.

Nach offiziellen Angaben schickten die Behörden von Hongkong allein 1978 rund 44.000 chinesische Flüchtlinge zurück in die VR China, was auf eine Gesamtzahl der Flüchtlinge aus der VR China von gewiß über 100.000 in 1978 hinweist ("Zeit", 6.7.79). Waren das also auch Opfer einer "Massenvertreibung"?!...

Der Begriff "Vertreibung" wird zielbewußt eingesetzt, um Vietnam die Alleinschuld für das weitere Schicksal der Flüchtlingsmassen anlasten zu können. Die "Rote Fahne" zieht widerlich schamlose Vergleiche mit der Vertreibung der Juden aus Deutschland (5.7.79) – verschweigt aber, das es zur Massenflucht aus Vietnam eine weitaus passendere Parallele gibt: Rund 900.000 Menschen verließen nach der Spaltung Vietnams Mitte der 50er Jahre den sozialistischen Norden und "flüchteten" in den Süden. Damals handelte es sich vor allem um Katholiken, die von ihren Pfaffen entsprechend bearbeitet worden waren. Nachzulesen ist das beispielsweise in dem Buch "Vietnam – Genesis eines Konflikts" Suhrkamp 1966. Verfasser sind Jürgen Horlemann und Peter Gäng. Horlemann ist derzeit Spitzenfunktionär der „KPD"! Das ist auch eine Art von Vergangenheitsbewältigung.

Daß Menschen ein Land verlassen, wenn dieses sein Gesellschaftssystem radikal verändert, wird kein Revolutionär als Skandal ansehen. Der Propaganda Vietnams und mehr noch der Revisionisten ist allerdings vorzuwerfen, daß sie oft in sehr versimpelnder Weise die Flüchtlinge als ehemalige Kapitalisten, Schmarotzer, Prasser, Kriminelle oder Faultiere abqualifizieren. Ganz sicher befinden sich unter den Flüchtlingen viele "kleine Leute" sowie werktätige Intellektuelle. Man sollte auch daran denken, daß die Imperialisten auf dem Höhepunkt ihres Völkermordes über eine halbe Million Leute in Vietnam stationiert hatten – und daß diese halbe Million eine gigantische Zahl von Vietnamesen "unterhielt" (Dienstleistungen jedweder Art). Diese Menschen lebten, gemessen am Lebensstandard der übrigen Bevölkerung, nicht schlecht. Von ihren Einnahmen zehrten häufig auch noch zahlreiche Familienmitglieder mit. Diese Menschen zu integrieren, mußte für die Regierung Vietnams nach dem Abzug der Besatzer eine ungeheure Aufgabe sein. Nimmt man noch die Tatsache hinzu, daß die chinesische Führung unter den Hoas systematisch Fluchtstimmung geschürt hat, so ergibt sich, daß die Zahlen der bisherigen Flüchtlinge aus Vietnam sogar erstaunlich n i e d r i g sind.

Zumindest müßte die "KPD" ehrlicherweise ihr Geschichtsbild total revidieren und auch die Flüchtlingsbewegung Mitte der 50er Jahre (die breiter war als die gegenwärtige!) unter den Stichworten *"aggressive Hegemonialpolitik Hanois"* und *"sowjetische Vorherrschaftspolitik"* einordnen.

Die Geschichte mit den Kopfgeldern

Die "Rote Fahne" ist sich mit "Peking Rundschau" und bürgerlicher Presse darin einig, daß die vietnamesischen Behörden sich an den "Vertriebenen" ganz unverschämt bereichern. Die Flüchtlinge müßten hohe Kopfgelder zahlen, um ausreisen zu dürfen.

Daß solche Kopfgelder z.T. tatsächlich gezahlt werden, zwar nicht gerade an die Behörden (wofür denn?!) aber doch an Schmuggel-Unternehmer etc., ist naheliegend. Zu denken geben allerdings die märchenhaften Summen, die dabei häufig in der bürgerlichen und vaterländischen Presse genannt werden. Den Baron-von-Münchhausen-Orden verdient in diesem Zusammenhang die Behauptung, daß *"allein im Monat April 240 Millionen Dollar Lösegeld aus den ‚Flüchtlingen' herausgepreßt"* worden seien („Rote Fahne", 5.7.79). Diese Meldung wurde aus der „Peking Rundschau" 23/79, S. 26 abgeschrieben. Laut „Roter Fahne" vom 28.6.79 sind im April 34.000 Menschen aus Vietnam geflüchtet. Das ergäbe pro Kopf mehr als 7000 Dollar im Durchschnitt, Kleinkinder eingerechnet. Das das dummes Zeug ist, ist offensichtlich. Die "Zeit" behauptet immerhin, daß den Flüchtlingen *"1000 bis 3000 Dollar pro Person"* vom "Hanoi-Regime" abgeknüpft würden (6.7.79). Woher die Leute soviel Geld haben (in einem Land, wo das durchschnittliche Jahreseinkommen vielleicht großzügig geschätzt 3-400 Dollar beträgt), bleibt ein Rätsel. Münchhausenberichte dieser Machart fordern natürlich die Antwort der DKP u.ä. geradezu heraus, daß es dann ja wirklich nur die reiche Oberschicht sein könne, die sich eine Flucht erlauben kann.

Die "KPD", soviel ist sicher, serviert uns hier denselben ungenießbaren Zahlen-Salat, den wir schon von ihren Erzählungen über die militärische Stärke des Warschauer Pakts kennen. Da ist Skrupellosigkeit Trumpf.

Wer ist Schuld am Flüchtlingselend?

Die Not der Flüchtlinge aus Vietnam ist tatsächlich groß, und es werden wohl nicht gerade die Kriegsgewinnler, Rauschgift-Kings, ehemalige Regierungspolitiker, Generäle etc. sein, die jetzt in den KZ-artigen Lagern in Malaysia, Thailand, Indonesien etc. dahinvegetieren oder mit ihren Booten auf See herumirren.

Für die "KPD" ist selbstverständlich klar, daß die alleinige Schuld am Elend der Flüchtlinge bei der Regierung Vietnams liegt. Die "KPD" spricht von **"Hanois Holocaust"** und bahauptet, Vietnam habe **"250.000 Flüchtlinge in den sicheren Tod geschickt"** (Schlagzeilen der RF vom 5.7.79).

Das Wort "Holocaust" in diesem Zusammenhang wurde erstmals von der Springerpresse hierzulande in die Debatte gebracht. Die "KPD" hat es natürlich sofort gierig aufgegriffen. Nun ist an sich schon jeder Versuch von deutscher (!) Seite schamlos, die organisierte Vernichtung des jüdischen Volkes leichthin durch den Vergleich mit der Politik anderer Staaten zu relativieren. Darüber hinaus dient dieser Begriff hier auch dazu, vom realen Völkermord des US-Imperialismus, begangen vor gerade einer Handvoll Jahre, abzulenken. Die USA als Schuldige für die Lage in Indochina überhaupt zu erwähnen, bezeichnet die "Rote Fahne" schon als *"h e u c h l e r i s c h"* (5.7.79). Ihr Anliegen besteht gerade darin, von den damaligen Verbrechen der US-Imperialisten, sowie von deren Unterstützung durch die BRD a b z u l e n k e n. **Für die Not der Flüchtlinge ist aber keineswegs Vietnam verantwortlich, sondern diese Not wird systematisch von den mit dem Imperialismus verbündeten Staaten Südostasiens produziert:**

– die die Flüchtlinge nicht an Land lassen, sondern sie aufs offene Meer hinaustreiben;
– die die ‚aufgenommenen' Flüchtlinge in KZ's einpferchen und militärisch bewachen;
– die Verbrechen gegen die Flüchtlinge durch Behörden, Polizisten und Bewacher dulden (Raub, Vergewaltigung usw.).

Diese Situation ist b e w u ß t herbeigeführt worden, um in zynischer, menschenverachtender Weise Material für eine Hetzkampagne gegen Vietnam zu produzieren.

300.000 oder auch 500.000 Menschen ausreichend zu versorgen, wäre für die imperialistischen Staaten selbstverständlich ohne Umstände möglich. Gemessen z.B. an den Kosten des Vietnam-Kriegs wären das geringfügige Ausgaben. Hinzu kommt, daß wohl viele der Flüchtlinge Fachkenntnisse haben (Ärzte, Lehrer usw.) und relativ gut integriert werden könnten. **Als hungernde und womöglich herumirrende „Vertriebene" sind sie dem Imperialismus und den reaktionären Staaten Südostasiens aber erheblich nützlicher.**

Eine besondere Schuld und Verantwortung trifft dabei die chinesische Regierung. Ein großer Teil der Flüchtlinge aus Vietnam (z.T. wird von 80 % gesprochen) ist chinesischer Abstammung. China behauptet, schon über 230.000 Flüchtlinge aus Vietnam aufgenommen zu haben... und hat seit Mitte 1978 seine Grenzen für diese Menschen geschlossen! China wäre ohne weiteres in der Lage, einige hunderttausend Menschen zu integrieren. Chinas Bevölkerung wächst jährlich um ca. 1,2 Millionen („Tagesspiegel", 30.6.79). Warum also sollten dort nicht auch, sagen wir 500.000 Flüchtlinge aus Vietnam einen Platz finden?! Ein besonderer Zynismus liegt darin, daß die chinesische Regierung gleichzeitig in den USA, Taiwan u.a. um einwanderungswillige Auslandschinesen wirbt (die in der VR China vielfältige Privilegien zu erwarten haben!).

Während die chinesische Regierung Vietnam für das Elend der Flüchtlinge verantwortlich macht, sympathisiert sie unverhohlen mit den **„harten Maßnahmen"**, die von den reaktionären südostasiatischen Staaten gegen die Vietnam-Flüchtlinge eingesetzt werden und deren ungeheures Elend überhaupt erst produzieren. Die Flüchtlinge seien nämlich für diese Staaten eine „Bedrohung". Vietnam wolle durch die Flüchtlinge *„seinen Einfluß ausdehnen"*. Unter den Flüchtlingen seien *„von den vietnamesischen Behörden entsandte Spezialagenten"*, die Flüchtlinge seien „Vietnams 5. Kolonne". Und tiefernst wird sogar die Frage aufgeworfen: *„Sind die vietnamesischen Flüchtlinge wirklich Flüchtlinge?"* (Zitate aus „Peking Rundschau" vom 26.6.79, s. 24-25).

Vietnam soll „isoliert" werden

Als Zweck ihrer Beteiligung an der Flüchtlings-Kampagne gibt die „KPD" selbst an, daß Vietnam **„international mehr und mehr isoliert"** werden müsse. („Rote Fahne", 12.7.79). Daher hetzt sie von „Holocaust" und „Völkermord", und verbrüdert sich mit denjenigen, die noch vor ein paar Jahren den r e a l e n Völkermord in Vietnam höchst erfreulich fanden – Springerpresse, „FAZ", SPD-Rechte, Löwenthal, CDU/CSU etc. pp.

Ihre chinesischen Vorbeter tun sich noch weniger Zwang an: Sie plädieren ganz offen für **„Maßnahmen"** gegen Vietnam! Die chinesische Regierung fordert, daß *„alle für Gerechtigkeit eintretenden Staaten* (dazu zählen bekanntlich vor allem die USA und die anderen imperialistischen Staaten! – Anm. AK) *A k t i o n e n ergreifen müßten, um die vietnamesischen Behörden zu z w i n g e n, sofort ihre barbarische Politik zur Schaffung und zum Export von Flüchtlingen zu stoppen". „Entschlossene Maßnahmen"* sollten von *„a l l e n Regierungen und Völkern"* gegen Vietnam angewendet werden. (Erklärung des chinesischen Außenministeriums, zit. nach „Peking Rundschau" vom 25.6.79).

Nun hat das Wort „Maßnahmen" in der Sprachregelung der chinesischen Machthaber spätestens seit ihrem Überfall vom Februar/März eine klare Bedeutung. Streichung aller „Hilfen" und wirtschaftlicher Boykott sind das allermindeste, was die chinesischen Machthaber sich wünschen. Imperialistische Politiker wie Helmut Schmidt, von denen nie ein Wort der Kritik am Völkermord der USA in Vietnam zu hören war, schlüpfen jetzt ins Kostüm des

Fortsetzung auf Seite 42

China fordert „Strafe" für Vietnam

Unter der Überschrift **„Wirksame Sanktionen gegen Hanoi ergreifen!"** schrieb die chinesische „Volkszeitung" am 7. Juli: *„Die Tatsachen bewiesen und werden beweisen, daß das Vorhaben, die vietnamesischen Behörden, die von einer Vorherrschaft in Südostasien träumen, zu überreden, ihre Politik der Aggression, Expansion und Flüchtlingsvertreibung aufzugeben, bereits gescheitert ist bzw. scheitern wird. Nur wenn sich die g a n z e Welt zusammenschließt und wirksame S a n k t i o n e n auf a l l e n Gebieten gegen Vietnam ergreift, kann es gezwungen werden, sich ein wenig zurückzuhalten. Hanoi soll merken, daß es eine gebührende S t r a f e verdient, wenn es sein Unwesen weiter treibt..."* (Nach „Peking Rundschau", 17.7.79).

Eine internationale „Strafexpedition" gegen Vietnam wäre den Pekinger Kriegshetzern wahrscheinlich am liebsten.



Hetze nach dem Geschmack der „KPD": Karikatur aus der chinesichen „Volkszeitung". Die Zeitung schreibt dazu: „Nur Hitlers faschistischer Rassenmord kann sich mit dieser großangelegten, planmäßigen und gesteuerten Vertreibung und Massakrierung von Flüchtlingen messen". (Nach „Peking Rundschau", 17.7.79).

Fortsetzung von Seite 41

Moralisten und ordnen entsprechende wirtschaftliche „Maßnahmen" gegen Vietnam an. Daß diese „Maßnahmen" die Situation selbstverständlich noch verschärfen, ist dabei gerade die Absicht.

Die „KPD" indessen hat bisher einen einzigen Satz darüber verloren, daß *„die westlichen Länder ... das Problem der Flüchtlinge vor allem für antikommunistische Propagandazwecke ausnutzen"*. („Rote Fahne", 5.7.79). Die übrigen 99 % der „KPD"-Äußerungen zum Thema sind ausschließlich darauf gerichtet, Vietnam anzuklagen und den Imperialismus von jeder Mitverantwortung an dem Flüchtlings-Elend reinzuwaschen.

Um „humanitäre Hilfe" geht es dabei der „KPD" absolut nicht. Ihr geht es allein darum, das Flüchtlings-Elend auszuschlachten, um unter Linken und Demokraten eine moralische Verurteilung Vietnams zu erreichen. Daß die „KPD" damit zu einem Klima beizutragen versucht, in dem nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische „Maßnahmen" gegen Vietnam denkbar werden, liegt nach der Begeisterung der „KPD" über die chinesische Aggression vom Februar/März auf der Hand.

Zu Recht beklagt sich die „KPD" über die Schwierigkeiten, die sie und ihresgleichen heute haben, wenn sie Linke und Demokraten für ihre „antihegemonistische Einheitsfront" gegen die Sowjetunion, DDR, Vietnam usw. zu gewinnen versuchen. Der militante Konfrontationskurs, den die chinesischen Machthaber dem Imperialismus vorgeschlagen haben (**„Weltweit dem Sozialimperialismus entgegentreten", „Kuba in Afrika eine Lektion erteilen"** usw.) ist bei Linken und Demokraten bisher nicht gut angekommen. Das Elend der Vietnam-Flüchtlinge oder beispielsweise auch die „Kampuchea- Solidarität" (gemeint ist die Solidarität mit dem alten Regime!) erscheinen der „KPD" als geeignetere Wege des „Herankommens" an das langfristige Ziel der „antihegemonistischen Einheitsfront". Daß diese Taktik überall durchschaut und zurückgewiesen wird, kann man bisher nicht behaupten. Als bisherige Bestleistung vaterländischer Bündnispolitik kann wohl eine gemeinsam von der „KPD" und vom örtlichen „Komitee für Demokratie und Sozialismus" (Ex-KBW) Darmstadt arrangierte Veranstaltung am 8. Juni '79 („Solidarität mit dem Kampucheanischen Volk") gelten. An der Aktionseinheit zur Veranstaltung beteiligten sich (laut Aufrufflugblatt) auch: „MLD" („maoistische" Provokateurstruppe im Vorfeld der CSU); AStA der FH; Basisgruppen der TH; Mitglieder des SB.

Die Internationale der Vaterlandsverteidiger plant nunmehr für den Herbst eine „Internationale Kampuchea-Solidaritäts-Konferenz", die in Stockholm stattfinden soll. Die „KPD" wird (siehe „Rote Fahne" vom 12.7.79) nun versuchen, in der BRD Unterschriften für den Konferenz-Aufruf zu sammeln. *„Kommunistische, demokratische, antifaschistische, christiliche und andere Organisationen"* sollen aufgefordert werden, die Konferenz zu unterstützen (eventuell daran teilzunehmen) und Geld zur Unterstützung der **„legitimen Regierung"** Kambodschas (d.h. des gestürzten Pol-Pot-Regimes) zu spenden. Zur Konferenz-Vorbereitung in der BRD plant die „KPD" eine *„zentrale öffentliche Versammlung"*, in der alle zu Wort kommen sollen, die bereit sind, sich an einer entsprechenden Aktionseinheit zu beteiligen. Aufgabe dieser „zentralen Versammlung" soll es sein, *„für die Stockholmer Konferenz zu mobilisieren"* und die *„Anstrengungen der materiellen Hilfe zu koordinieren"*. (Laut „KVZ" vom 9.7. soll bereits am 4./5. August in Frankfurt ein solches Treffen stattfinden).

Es bleibt abzuwarten, wer sich in eine solche Aktionseinheit mit Leuten begeben wird, deren „strategisches Hauptziel" die Ankurbelung eines militärischen Kreuzzugs gegen die Länder Osteuropas und deren internationale Verbündete ist.

Meldungen aus China

„Kein Rassismus in China"

Studenten aus der 3. Welt wurden, nach einem Bericht der französischen Nachrichtenagentur AFP, in China bedroht und verprügelt. Seit Anfang 1979 seien sie rassistischen Pöbeleien und Drohungen ausgesetzt, erklärten ausländische Studenten der AFP. Am 3. Juli soll eine Schlägerei entstanden sein, als afrikanische Studenten angeblich zu laute Musik spielten. Am nächsten Tag wurden in der Universität afrikanische Studenten mit Steinen beworfen, als sie eine Wandzeitung abreißen wollten, in der sie als „Verbrecher" tituliert wurden. Das Gebäude, in dem die ausländischen Studenten untergebracht waren, wurde von Scharen chinesischer Studenten angegriffen, die mit Steinen warfen. Die Polizei erschien erst nach Stunden und griff auch dann nicht ein. Die Behörden ordneten später an, daß die ausländischen Studenten mit ihren Sachen das Haus verlassen sollten. Beim Verlassen wurden sie von Chinesen mit Eisenstangen, Knüppeln und Steinen angegriffen. Viele wurden zusammengeschlagen und ihre Habe (Radios, Tonbandgeräte, Kameras u.ä.) zerstört. Die Polizei sah tatenlos zu. Später wurden die ausländischen Studenten in ein Hotel gebracht. Die meisten wollen China verlassen. (Kommentar chinesischer Behörden: In China gebe es keinen Rassismus!) („AFP", 8.7.79).

Repression geht weiter

Die Verfolgung der politischen Opposition, insbesondere von Aktivisten der Kulturrevolution, hält an.

• In der Provinz Anhwei wurde der Bezirksfunktionär Dschan Schao-bai verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, daß er während der Kulturrevolution „aktiv Lin Biao und der Viererbande gefolgt" sei und „das Banner der ‚Rebellion' erhoben" habe. Konkret heißt es, daß er an einem Waffenraub (wie sie damals vielfach zum Selbstschutz der Roten Garden gegen reaktionäre Armee-Einheiten organisiert wurden) beteiligt gewesen sei.

Aktuell zum Verhängnis wurde ihm jetzt allerdings, daß er die von den neuen Machthabern verkündete „Liberalisierung" dazu benutzt hatte, kritische Texte zu verfassen und zu verbreiten (Prov. Radio Anhwei, 8.6.79, nach „SWB", 14.6.79).

• Zu zwei Jahren Zwangsarbeit („Reform durch Arbeit") wurde in der Provinz Tschekiang der frühere Parteifunktionär Dschen Yan-hsiu verurteilt. Dschen war früher Parteisekretär einer Eisenbahn-Einheit. Ihm wird vorgeworfen, während der Kulturrevolution *„ernste Verbrechen des Schlagens, Zerstörens und Plünderns"* (das ist eine Standardformel, keine konkrete Anschuldigung) begangen zu haben. Nach dem Rechtsputsch 1976 war er „unter Untersuchung gestellt" worden, d.h. unter Hausarrest und ideologische Dauerberieselung. Dschen hatte sich trotzdem „geweigert, seine Fehler zuzugeben". Daher nun die Verurteilung (Prov. Radio Tschekiang, 28.5.79, nach „SWB", 14.6.79).

• In Hangtschau, Hauptstadt der Provinz Tschekiang, meldet die Polizei Erfolge bei „Schlägen gegen eine Handvoll Konterrevolutionäre und Verbrecher". Der Erfolgsbericht nennt neben „Schwerverbrechern, Mördern und Betrügern" in einem Atemzug auch „Leute, die konterrevolutionäre Flugblätter verteilten und auslegten". „Alle Verbrecher" seien ins Gefängnis geschafft worden (Prov. Radio Tschekiang, 31.5.79, nach „SWB", 14.6.79).

Öffnung fürs ausländische Kapital

Am 8. Juli trat in China ein Gesetz über „Joint Ventures", d.h. Betriebe mit ausländischer Kapitalbeteiligung in Kraft. Das heißt, daß künftig ausländisches Kapital direkt in China investiert werden kann. Die ausländische Beteiligung an solchen „gemischten Betrieben" soll mindestens 25 % betragen; eine Grenze nach oben nennt das Gesetz nicht. Profite und Verluste der „Joint Ventures" werden entsprechend den Kapitaleinlagen zwischen chinesischen und ausländischen Teilhabern aufgeteilt. Die ausländischen Teilhaber können ihren Profit (abzüglich einer Einkommenssteuer) ins Ausland schaffen. Unternehmen mit modernsten Maschinen können in den ersten zwei bis drei profitmachenden Jahren von dieser Einkommenssteuer ganz oder teilweise befreit werden. Investiert der ausländische Teilhaber seinen Profit (oder Teile davon) wieder in China, so kann er eine Ermäßigung der Einkommenssteuer beantragen.

Unklar scheint im Gesetz die Geschäftsführung der „Joint Ventures" geregelt. Die Leitung liegt bei einem Direktorium, dessen Vorsitzender unabhängig von der Verteilung der Kapitalanteile von der chinesischen Seite gestellt wird. Ferner benennt jede Seite einen oder zwei Vize-Vorsitzende. Das Direktorium entscheidet alle Angelegenheiten der Geschäftsführung (Arbeitskräfteplanung, Lohnskala, Geschäftsbedingungen, Bestellung von Managern etc.). Dies soll „durch Beratung nach dem Grundsatz von Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens" geschehen. Für den Fall, daß in einer Frage keine Einigkeit im Direktorium zustande kommt, besagt das neue Gesetz: *„Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien einer joint venture, die das Direktorium durch Beratung nicht zu lösen vermag, sollen durch Schlichtung oder Schiedsspruch einer chinesischen Schiedsstelle oder durch Schiedsspruch einer von beiden Parteien akzeptierten Schiedsstelle beigelegt werden"*.

Diese Bestimmungen entsprechen schwerlich dem kapitalistischen Geschäftsleben. Es ist zu vermuten, daß Chinas kapitalistische Partner nach einiger Zeit auf klarer verbriefte Rechte bei der Geschäftsführung drängen werden (Text des Gesetzes nach „hsinhua", 8.7.79).

Wie China sein Flüchtlings-Problem „löst"

es, daß er an einem Waffenraub (wie sie damals vielfach zum Selbstschutz der Roten Garden gegen reaktionäre

investiert werden kann. Die ausländische Beteiligung an solchen „gemischten Betrieben" soll mindestens 25 %

te bei der Geschäftsführung drängen werden (Text des Gesetzes nach „hsinhua", 8.7.79).

Wie China sein Flüchtlings-Problem „löst"

Während Chinas Machthaber sich zynisch an die Spitze einer Hetzkampagne gegen Vietnam gesetzt haben und in immer schrilleren Tönen internationale „Maßnahmen" gegen Vietnam fordern, haben sie selbst mit ernsten Flüchtlingsproblemen zu tun.

In der chinesischen Provinz Kwantung (Grenze zu Hongkong und Macao) wurde gegen das „Phänomen der illegalen Auswanderung" im Juni eine Kampagne eingeleitet. Dabei wude darauf hingewiesen, daß dieses „Phänomen" *„kürzlich noch ernster geworden"* sei.

Ein Erlaß der Provinzregierung vom 27. Juni ordnet deswegen u.a. an: Für die Grenzregionen gelten spezielle Ausweispapiere; Fischer in den Grenzregionen brauchen besondere Genehmigungen der Polizeibehörden und unterliegen scharfen Kontrollen; der Grenzhandel wird auf bestimmte Plätze beschränkt; wer beim versuchten illegalen Grenzübertritt gefaßt wird, wird zurückgeschickt; wer dies mehrfach versucht, soll „streng behandelt" werden; streng bestraft werden sollen „Schwerverbrecher", die zur Flucht aus China „anstiften" bzw. Fluchtunternehmen planen oder organisieren; die politische „Erziehungsarbeit" soll verstärkt werden, um „Gerüchte" einzudämmen, die Menschen zum Verlassen Chinas „anstiften"; „Gerüchtemacher", die zur Flucht „anstiften", sollen „entschieden verfolgt und streng behandelt" werden; die Bevölkerung soll zur Mithilfe gegen Fluchtversuche mobilisiert werden; „Aktivisten in diesem Kampf" (Denunzianten, freiwillige Helfer der Polizei u.ä.) sollen prämiert und belohnt werden, ebenso wie Polizisten, die sich bei der Ergreifung von Flüchtlingen „auszeichnen". (Prov. Radio Kwantung, 27.6.79 – nach SWB, 30.6.79).

Das besonders Perverse liegt darin, daß Chinas Machthaber einerseits ihre Bevölkerung mit Polizeistaats-Methoden im Lande zu halten versuchen, zugleich aber behaupten, sie seien nicht in der Lage, aus Vietnam flüchtende Angehörige der chinesischen Minderheit aufzunehmen.

„KPD" und „MLD": Bald ein Paar?

Da bahnt sich etwas an. Die „KPD" ist endlich bereit, ihre strikt ablehnende Haltung gegenüber der „MLD" („Marxisten-Leninisten-Deutschland") aufzugeben und sich auf deren Angebote zur „Einheit der Marxisten-Leninisten" einzulassen. In einer „Diskussionsvorlage des ZK der „KPD" („Theorie und Praxis" 2/79) wird behauptet, daß die „MLD" 1978 ihre „Bündnispolitik korrigiert" habe und sich seither „wieder um solidarische Auseinandersetzungen" bemühe. Daher solle sie **„in die strategische Diskussion der Marxisten-Leninisten wieder einbezogen werden."** Nun besteht zwar diese „Linienkorrektur" wesentlich nur in der Phantasie des „KPD"-ZK's (Erst kürzlich präsentierte die „MLD" Otto Habsburg als ihren Bündnidpartner!), aber was macht das schon.

Die „MLD" reagierte auf den Hinweis auf ihre angebliche „Linienkorrektur" einigermaßen verschnupft („die achtziger Jahre", 17.7.79, S.11). Trotzdem wird es nun demnächst wohl losgehn können mit der „Einheit". Gute Gelegenheit dazu bietet die gemeinsame „Kambodscha-Solidarität" d.h. die Solidarität mit dem gestürzten Pol-Pot-Regime. In Darmstadt bestritt man, mit anderen, bereits erstmals eine gemeinsame Veranstaltung zu diesem Thema. In Paris trafen sich kürzlich H.Hügel („MLD") und J.Horlemann („KPD") auf einer internationalen Konferenz zum selben Thema.

Wir haben es seit langem vorausgesagt, daß die „KPD" sich – u.a. auch aufgrund des Drucks der internationalen „ML"-scene – dem beharrlichen Werben der „MLD" auf die Dauer nicht würde entziehen können. Das Geschwätz von der „Linienkorrektur" der „MLD" soll lediglich bemänteln, daß die „KPD" total mit ihrem Versuch gescheitert ist, die „MLD" als nicht bündnisfähig zu ignorieren.

Nach der Niederlage dieser Taktik wird die „KPD" verstärkt unter dem ideologischen Druck der „MLD" stehen, die in der Tat hierzulande die konsequenteste Umsetzerin der chinesischen „Theorie der drei Welten" ist. Zwar hat die „KPD" immer wieder programmatisch und abstrakt von der „antihegemonistischen Einheitsfront" mit „allen" Teilen des „Volkes", einschließlich „Teilen" des Monopolkapitals geschwätzt. Vor der praktischen Umsetzung dieser Linie ist sie aber, im Gegensatz zur „MLD" bisher zurückgeschreckt. Die „MLD" wirkt insofern wie ein Spiegel, der schonungslos alle Halbheiten und Inkonsequenzen in der vaterländischen Politik der „KPD" zeigt. Dieser Effekt wird voll zum Tragen kommen, wenn sich die „KPD" jetzt auf eine offene Diskussion mit der „MLD" einläßt.

Nägel mit Köpfen

Was lange vorhergesagt wurde, ist eingetreten-nämlich, daß sich die völlige Übernahme der chinesischen Positionen auswirken muß auf die "Innenpolitik" der KP Thailands. Wir haben in AK 156 bereits dokumentiert, daß die KP Thailands den chinesischen Kriegskurs gegen Vietnam völlig unterstützt, daß die faschistische Junta Thailands wegen ihres mangelnden Kampfes gegen die vietnamesischen "Aggressoren" kritisiert wird.

Inzwischen hat die KP Thailands ihren Radiosender "Voice of the People of Thailand" eingestellt – ab 11. Juli wird nicht mehr gesendet ("SWB", 12.7.79). Die letzte Radiosendung beinhaltete zudem einen Aufruf zur Verteidigung der thailändischen Nation gegen *"die neuen Aggressoren"*. In diesem Aufruf wird ausgehend von der These einer unmittelbaren Bedrohung Thailands durch *"die neuen Aggressoren"* (gemeint ist Vietnam) der Kampf gegen diese als zentrale Aufgabe propagiert. *"Es ist besser als Thai anstatt als Sklave zu sterben. Das thailändische Volk ist bereit, der Verteidigung unseres geliebten Vaterlandes sein Blut zu opfern, nationalen Stolz zu verteidigen und den Bestand der thailändischen Nation zu sichern."* („SWB", 12.7.).

Das faschistische Regime in Thailand (seine Regierung, Kapitalisten, Großgrundbesitzer etc.) wird nur noch der "Beobachtung" für wert gehalten, weil sie die *"Macht des Volkspatriotismus für ihre eigenen Interessen ausnutzen"* wollen ("SWB", 12.7.).

Beides, die Einstellung des Radiosenders und die Orientierung auf die Abwehr einer nicht existenten vietnamesischen Bedrohung als Hauptaufgabe ist praktisch die Einstellung des bisherigen antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes der KP Thailands.

Derzeit ist noch unbekannt, welche Auswirkungen dieser Kurswechsel sowohl auf die KP selbst als auch auf die antifaschistische Widerstandsfront hat. Außer Gerüchten über eine Spaltung der KP liegt hier leider noch nichts vor.

Es bleibt anzumerken, daß die faschistische Junta Thailands absolut nicht bereit ist, die wohlmeinenden Angebote der KP aufzugreifen. Die militärischen Vernichtungsaktionen gegen die befreiten Gebiete finden nach wie vor statt ("SWB", 12.7.).

Asien-Australien-Kommission

Nochmals zur KPD/ML

Wie bereits im AK 157 berichtet, hat die KPD/ML ihre vor einigen Monaten verkündete Abkehr vom Sektierertum kürzlich wieder „korrigiert". Im „Roten Morgen" vom 13.7.79 finden sich dazu weitere Ausführungen des ML-Vorsitzenden Ernst Aust:

1. Aust bekräftigt, daß die KPD/ML die Bunten/Grünen Listen nicht unterstützen dürfe. Eine Beteiligung der KPD/ML an solchen Listen könne überhaupt nur die Bedeutung haben, *„die Führung zu übernehmen und den kleinbürgerlichen Einfluß zurückzudrängen"*. – *„In einer Reihe von Städten könnte das durchaus Aussicht auf Erfolg haben"*, behauptet Aust. Jedoch würde das die KPD/ML *„bei ihrer gegenwärtigen relativen Schwäche"* zu sehr belasten und komme deshalb nicht in Frage. Relevant ist diese Kurswende für Bremen, wo die KPD/ML in der Vergangenheit eine – wenn auch zweifelhafte – Unterstützung für die Alternative Liste angekündigt (angedroht?) hatte.

2. Aust fordert seine Anhänger dazu auf, von der Arbeit in „kleinbürgerlichen Bewegungen" generell abzulassen und sich stattdessen *„auf den nächsten Bündnispartner des Proletariats zu konzentrieren"*. Das sei nämlich nicht das Kleinbürgertum, sondern die Bauern. In Brokdorf und Umgebung habe die KPD/ML schon *„gute Beziehungen zu den Bauern"* gehabt, die dann jedoch *„durch das Auftreten der Spontis, Anarchos, Provos usw. kaputtgemacht wurden"*.

3. Die KPD/ML soll wieder stärker gegen „kleinbürgerliche" Einflüsse abgeschottet werden. *„Um uns weiter (?) im Proletariat zu verankern, ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse in uns eine Arbeiterpartei sieht. Deshalb müssen wir alles unterlassen, was die Partei in den Augen der Arbeiter in die Nähe des kleinbürgerlichen, subkulturellen, chaotischen Milieus rücken könnte"*. Also wieder albanischer Haar- und Hosenschnitt, damit die MLer wieder so aussehen, wie sie sich die „richtigen" Arbeiter vorstellen. Zugleich soll die Hetze gegen linke Gruppen und Organisationen, Bunte Listen etc. wieder verschärft werden: *„Wir müssen ihnen gegenüber zweifellos politisch wesentlich offensiver als bisher auftreten, vor allem feindliche Ideologien wesentlich schärfer als bisher entlarven und zurückweisen"*.

4. Der Grund für die derzeitige Kurswende der KPD/ML:

Die zaghafte Abkehr von den alten sektiererischen „Prinzipien" hatte zu Einbrüchen und Aufweichungserscheinungen in der KPD/ML geführt. „Einige Genossen" beispielsweise seien nicht mehr bereit gewesen, in der Gewerkschaft *„die Politik der Partei zu propagieren"*. Es gebe ein *„gewisses Zurückweichen im eigenständigen Auftreten der Partei"*. Es gebe gar ein *„Nachlassen der Einhaltung von Beschlüssen, der Parteidisziplin bei einigen Genossen"*; *„manche, vor allem kleinbürgerliche Genossen ... begegnen den Beschlüssen der Leitungen bis zum ZK mit Mißtrauen und neigen zur Disziplinlosigkeit"*. Es habe zudem *„in letzter Zeit einige Austritte von vor allem kleinbürgerlich intellektuellen Genossen aus der Partei gegeben"*. Das seien *„kleinbürgerliche Nörgler, Kritikaster und Schwätzer"*.

Die KPD/ML ist also mit den allgemeinen Krisen-Erscheinungen der Linken konfrontiert – und sie reagiert, indem sie erneut die Isolierung der „Partei" von den Ansteckungsherden anordnet, d.h. von den „kleinbürgerlichen Bewegungen", die derzeit immer noch die wichtigsten politischen Bewegungen hierzulande sind. Stattdessen gibt es wieder albanische Filmabende, Volkslieder, Trachtentänze, Familien-Treffen, Kulturabende und ähnliche Aktivitäten, bei denen „die Partei" garantiert unter sich ist und der kleinbürgerliche Krisen-Bazillus keine Chance hat.

Die Scham ist vorbei [Fortsetzung]

Im AK 156 wurden zwei Artikel Göttinger Genossen, Ha. und Kl., veröffentlicht, in denen sie sich aus ihrer Sicht mit einigen Problemen des Widerspruchs zwischen ‚Persönlichem' und ‚Politischem' auseinandersetzten. In AK 157 folgte eine Reihe von Antworten auf diese Artikel, bis auf eine vorwiegend kritisch. – Inzwischen liegt von Ha. und Kl. ein zweiter Artikel vor, in dem sie zwar einige Formulierungen zurücknehmen, in der Sache selbst aber ihre Positionen verteidigen. Ihrer Ansicht nach beruht die Kritik an ihren Artikeln vor allem auf Mißverständnissen. Die Kritik bleibe *„jeden Beweis ... schuldig"*. **„In der Tat: man kann jeden einzelnen Leserbrief durchgehen – es wird nicht e i n e i n z i g e s Zitat aus unseren Beiträgen als Beleg für die schweren Anschuldigungen angeführt".** (Zitate aus dem neuen Artikel). *„In allen Kontra-Leserbriefen werde eine bewußte Verfälschung betrieben, außer in dem von Su./Ffm."* (Kl. laut Protokoll auf einer Göttinger MV). Oder, wie es ein anderer Göttinger Genosse noch etwas schärfer formulierte: *„Der Verweis auf S. Knittel, die Behauptung, den Frauen würde die Schuld für die Krise zugeschoben und der Vorwurf, sie wollten ‚Macht das Private öffentlich' liquidieren – dies sind alles falsche, unverschämte Behauptungen, von denen sich die Schreiberinnen der Kontra-Leserbriefe distanzieren müßten".* (ebenfalls auf der MV, laut Protokoll).
Die Anschuldigung der „bewußten Verfälschung" könnte der erhitzten Stimmung der MV zu verdanken sein. Es bleibt aber die Behauptung von Ha. und Kl., falsch interpretiert worden zu sein. Wir halten es nicht für vorwärtstreibend, diese B e h a u p t u n g einseitig und unkommentiert stehen zu lassen, sondern wollen den Göttinger Genossinnen und der AG Frauen Gelegenheit zu einer parallelen Stellungnahme geben. Der zweite Artikel von Ha. und Kl. erscheint also erst im AK 159, zusammen mit den Antworten der Genossinnen.
Es liegen uns derzeit noch mehrere kritische Leserbriefe zu den Artikeln von Ha. und Kl. vor. Wir bitten die Schreiberinnen um Verständnis, daß wir diese aus Platzgründen nicht abdrucken. Wir beschränken uns diesmal auf zwei neue Diskussionsbeiträge – einer, der die Position von Ha. und Kl. verteidigt und ein anderer, der die Frage etwas umfassender anzugehen versucht (kritisch gegenüber Ha. und Kl.).

AG Frauen und AK Redaktion

Noch einmal zu den Göttinger Artikeln

In der Tat ist es so, daß gerade die Krisendebatte a u f z e i g t, wie wenig grundsätzlich sich mit wichtigen Fragen auseinandergesetzt wird, wie blutleer und wenig engagiert die Diskussionen oft verlaufen. Schon lange v o r der Krisen d e b a t t e gab es die Erscheinungen, bei erneuten größeren Schweinereien der Bourgeoisie resigniert mit den Schultern zu zucken: „So ist es halt mal wieder ein Beweis für die Faschisierung, das ist der Lauf der Dinge". Wie ein Schauspiel, was man sich aus der Ferne ansieht, man fühlt sich anscheinend nicht mehr selber betroffen. Die Erfahrung mit der Debatte um die Faschismus-Frage kann ich anreichern. Da schreibt ein Genosse ein Papier, in dem er begründet, warum er eine Schulung zur Frauenfrage verlassen hat und in dem heißt es u.a.: **„Als wir auf dem Seminar über die allgemeine und die spezielle Frauenunterdrückung geredet haben, kam es mir echt hoch. Die ganze Phrasendrescherei von Sensibilität, Selbstständigkeit und Unterstützung von Frauen hängt mir echt zum Hals raus...."** (siehe auch AK 154). Reaktion der VV: Schweigen. Einzeln befragt, kamen Positionen wie: „Gut, daß da mal jemand gegen den Strom schwimmt". Danach folgen ähnliche Prozeduren mit Berichten.

Ein Seminar zur Frauenfrage muß bei Null anfangen und ist eine „Erstagitation", um überhaupt erstmal wieder Bewußtsein darüber zu schaffen, daß es eine doppelte Unterdrückung der Frauen ü b e r h a u p t g i b t!

Ich denke, daß das Bejammern dieses Zustandes nur moralisierend wirkt und uns keinen Schritt weiterhilft. Hier ist die A g i t a t i o n der e i g e n e n R e i h e n notwendig (leider of t auf niedrigstem Niveau).

Eure Schlußfolgerung allerdings, Kl. und Ha. – da habe ich den Leserbriefen aus AK 157 nichts hinzuzufügen – die propagiert letztlich die Liquidierung der Frauenpolitik und zeigt, auf welch niedrigem Niveau eine Diskussion der Frauenfrage I h r bitter nötig habt.

Frauenfrage eine Frage des „Überbaus"?

Ha. schreibt, daß in revolutionären Situationen sich die Menschen verändern, scheinbare Grundeigenschaften wie Eifersucht und Konkurrenz treten zurück hinter dem Ziel, für das alle begeistert sind.

Ich möchte das mal krasser ausdrücken: Es hat etliche Revolutionen und revolutionäre Situationen gegeben, in denen die Frauenfrage, die nunmal sehr eng verknüpft ist mit: Familie, Kinder, Beziehungen zurückgetreten ist oder gar nicht erst auf der Tagesordnung stand.

In der Kultur spiegelt sich das deutlich wider. Untersucht doch mal revolutionäre Romane aus den 20-ger/30-ger Jahren auf die Frauenfrage hin! Oder ich denke an ein Lied, wo „sie" am Fenster steht und „ihrem" Rotgardisten nachwinkt, der zum Kampf hinauszieht! Wollen wir dahin zurück?

Es gibt aber auch entgegengesetzte Beispiele.

So ist von der palästinensischen Revolution berichtet worden, daß sie das Private öffentlich macht. Durch die Einbeziehung der Frauen in den Kampf (bzw. oft gelingt diese gar nicht erst) haben sich die Widersprüche in den Familien enorm verschärft, die Frauen haben Unterdrückungs- und Behinderungsmechanismen ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt.

Oder ich denke an einen Film von einer Fabrikbesetzung von Arbeiterinnen in Paris, wo die Männer plötzlich Haushalt und Kinder allein versorgen mußten. In dieser Besetzerzeit haben die Frauen sehr intensiv auch über ihre Situation mit ihren Männern diskutiert und haben Dinge, die bisher unter der muffigen Bettdecke des Privaten schlummerten, öffentlich gemacht. (Igitt, wie unpolitisch!)

Sagt lieber, daß ihr es gar nicht seht, daß die Frauenfrage e i n Bein kommunistischer Politik ist, ich denke, Ihr würdet sie lieber als eine Frage des „Überbaus" betrachten.



Viele Genossen werden ein großes Interesse daran haben, daß das „Private" auch schön privat bleibt. Denn hier geht es a u c h um den eigenen Kragen, um die eigenen Privilegien.

Umso wachsamer müssen wir Frauen sein, daß die Frauenfrage nicht hinter anderen sehr wichtigen Fragen zurücktritt.

In der Tat gibt es bei etlichen Genossen den Trend, sich ins „Private" zurückzuziehen, obwohl dieser Trend inzwischen auch wieder etwas rückläufig ist.

Über die Ursachen ist schon häufig geschrieben worden (z.B. Resignation). Oft betrifft das gerade die Genossen, die jahrelang gerödelt haben, eine Verzichtsideologie propagiert oder zumindest draufgehabt hatten. Sperrmüll bestimmte die Wohnungseinrichtung; „Frei"zeit machte man eventuell mal mit, um nicht ein totaler Sektierer zu sein, aber ansonsten war es „verlorene Zeit".

Alle Kräfte verausgabt, keine Reserven mehr, gesundheitliche Beeinträchtigung, als stände die Revolution kurz vor der Tür. Dies hat öfter zu totalen Pendelschlägen geführt. Aber ich denke, daß dies bei denjenigen Genossen, die sich entscheiden werden, weiter für den Sozialismus zu kämpfen, auch wider „einpendeln" wird. Dies sehe ich auch sehr in Verbindung mit der o.g. Agitation in die eigenen Reihen (an den unterschiedlichsten Fragen).

Das Private öffentlich machen, ist aber ein ganz anderer Punkt. Als mit den großen § 218-Kampagnen die Frauenfrage insgesamt im KB Gewicht bekam, wurde plötzlich vieles was bisher als privat galt, sehr öffentlich diskutiert.

In Beziehungen las der Herr Genosse den AK, während die Genossin sich um den Haushalt kümmerte. Selbst da, wo der Genosse sich daran beteiligte, lag die meiste Last von Hausarbeit (und eventuell Kindern) bei den Frauen. Sexuelle Probleme wurden unter den Genossinnen diskutiert, Ansprüche in Beziehungen eingebracht. Zur Unterstützung von Beziehungsfragen wurden Frauengruppen herangeholt. In einigen Fällen, in denen sich ein Mann im „Privaten" besonders übel verhielt, wurde von Seiten der Frauen auch militanter vorgegangen.

Es war die hohe Zeit der „Beziehungsdebatten", der „Abtreibungsdebatten", der Diskussion über die allseitige„ besondere Unterdrückung der Frau überhaupt und es war die hohe Zeit, in der unzählige Frauengruppen entstanden. Die eigene Betroffenheit machte es möglich, um sich viele andere Frauen zu scharen und mit ihnen gemeinsam die Lage der Frauen zu erkennen und anzufangen, sie zu verändern.

Ich denke, daß nach anfänglichem Widerstand („Nur Mut Jungs") viele Genossen ihr oft überhebliches und arrogantes Verhalten gegenüber Frauen ablegten. Die Frauen wurden mehr für voll genommen. Das fand seinen Niederschlag sowohl innerhalb der Organisation als auch in den „Beziehungen". Mann ging doch etwas fairer an Beziehungen heran, versuchte sich mit den Problemen, die die Frauen aufwarfen, auseinanderzusetzen etc. Mit dem Abschwung der Frauenbewegung und dem Niedergang der Frauenpolitik im KB wurden a u c h diese Fragen vernachlässigt, und wer wagte es auch noch um so'n nervigen „Piß"-kram wie Hausarbeit Kämpfe zu führen. Schon aufgegebene Privilegien der männlichen Genossen wurden zurückerobert.

Probleme in Beziehungen wurden kaum noch angegangen, schon gar nicht mehr unter dem Vorzeichen der Frauenfrage. Widersprüche wurden „gelöst", indem man von einer Beziehung in die andere hopste, in der sich meist – nachdem das anfänglich „Neue" und „Spannende" vorbei war – die gleiche Scheiße einstellte. Bei den Genossinnen hat sich viel aufgestaut (an heruntergeschluckter Unterdrückung)!

Im Rahmen der Krisen d e b a t t e wagen es nun einige Genossinnen an dieser Front wieder etwas selbstbewußter aufzutreten, hier Diskussionen in Gang zu bringen und auch ihre eigene Position als Frau und Genossin zu problematisieren. Und da haben einige dann nichts eiligeres zu tun, als mit dem dicken Hammer drauf'zuhauen.

Ich kann nur hoffen, daß wir uns nicht wieder einschüchtern lassen. Drum: „Bolzen wir zurück!"

Schaffen wir wieder Bewußtsein von der allseitigen Unterdrückung der Frauen.

Ma. (Frauenzelle, Hamburg/Barmbek)



„....nicht der kleinste Ansatz für eine vorantreibende Diskussion....."??

Viele Kritiker von Ha. und Kl. machen es sich so einfach, um diese Artikel vom Tisch zu wischen, wie man an obigem Zitat von ul. sehen kann. Der Verriß geht so weit, daß z.B. eine Genossin der AG Frauen die Beiträge der Göttinger als „Hammer" darstellt und in eine Reihe setzt mit dem „Knittel im KB" aus AK 154. Das ist die Forderung nach Ausschluß von Ha. und Kl. ! Wo sind wir eigentlich hier? Die meisten Beiträge im letzten AK (157) greifen sich die frauenfeindlichen Seiten der Göttinger raus und lassen alles andere weg. Einige andere heben andeutungsweise hervor, daß Ha. und Kl. auch die Tendenz zur Entpolitisierung im KB aufgezeigt haben, aber nur um gleich hinzuzufügen, das sei eh ein alter Hut (*„in vielen Zusammenhängen bereits gefallen"*, ul.).

Hier möchte ich einhaken: Ich halte es für ein Verdienst der beiden Göttinger, zum ersten Mal die Entpolitisierungstendenz im KB klar benannt zu haben! Mit dieser Deutlichkeit hat das noch niemand formuliert. Auf der anderen Seite ist es natürlich übel, daß die beiden zum Beleg dieser These praktisch nur auf der Frauenpolitik herumgeritten haben, anstatt da bei sich selbst (bzw. den Männern allgemein im KB) anzufangen.

Ich habe die Kritik der beiden auch auf mich persönlich bezogen, vielleicht fand ich deshalb die Artikel spontan Klasse und bemerkte erst nach Lesen des AK 157 auch die negativen Seiten: Vor einiger Zeit habe ich nach einigem persönlichen Clinch (gekoppelt an eine Beziehungsgeschichte) beschlossen, die hiesige KB-Gruppe zu verlassen, weil das Klima aufgrund dieser Vorfälle unerträglich war. Der Artikel von Ha. und Kl. war für mich der entscheidende Grund, diese Sache neu zu überdenken. Ich kam dabei zu dem Schluß, daß es absolute Scheiße ist, das Persönliche so in den Vordergrund zu stellen, sich von persönlichem Kram zu politischen Entscheidungen bringen zu lassen. Deshalb mache ich jetzt wieder in der KB-Gruppe mit und versuche auch, den damaligen Clinch aufzuarbeiten.

Eine Tendenz, die ich aufgrund der Artikel im AK 156 auch bei mir festgestellt habe, ist es, in dieser politischen Frust-Zeit hauptsächlich das persönliche Glück zu suchen, anstatt die politischen Ursachen des politischen Frustes zu beheben. Diese Tendenz ist so weitverbreitet wie schädlich. Lediglich eine N e b e n seite davon ist es, daß zum ersten Mal (seit ich im KB bin) auch offensiver über persönliche Dinge, Sexualität, Beziehungen etc. diskutiert wird. Mir geht es nämlich darum, daß die Diskussionen in einem richtigen Verhältnis stehen.

Ich habe nichts dagegen, den ursprünglichen „Die Scham ist vorbei" abzudrucken. Aber warum so priviligiert auf der Innenseite des Mittelteils?

Ich habe nichts gegen die SM-Diskussion, aber wieso kann man die nach einer Ausgabe nicht in eine Broschüre auslagern (PP Zahls 4. Artikel ist auch nicht abgedruckt worden; wir sind ja kein Fortsetzungsroman).

Ich habe auch nichts gegen die jetzige Diskussion. Wo ich aber was dagegen habe, ist, daß auf 6 Seiten im AK darüber debattiert wird, während **gleichzeitig** die Diskussion mit der „Fraktion" (bei der es ja anscheinend um die Spaltung der Organisation geht!) **in den UW** ausgelagert wird. Wieso hat die „Scham"-Diskussion nicht (wie in AK 156) auf 2 Seiten beschränkt werden können (der Rest im UW)? Ich habe an die AK-Redaktion die Anforderung, daß sie – ohne die persönlichen Artikel zu zensieren – dafür sorgt, daß politische Kontroversen im AK stärker zum Zug kommen.

Konkret: Wieso erscheinen die Göttinger antifa-Papiere nicht im AK (statt im UW), wo da doch ein zentraler Eckpfeiler des KB als Organisation hinterfragt wird? Wieso erscheinen die Internationalismus-Kontroversen um die Rolle der sowjetischen Atomwaffen nicht im AK, geht es dabei doch auch darum, in der gesamten Internationalismus-Frage besser Position beziehen zu können?

Mein Anliegen ist es, die politische Diskussion vorrangig anzuheizen, weil wir ohne politische Vereinheitlichung und lebendige politische Diskussion auf der Grundlage von Klarheit im Grundsätzlichen als Organisation dichtmachen können.

Mein Anliegen ist es n i c h t , die persönliche Diskussion zu verbieten oder vom Tisch zu wischen.

Auf die Gewichtung kommt's mir an. Und damit glaube ich mich sowohl mit ha. und kl. als auch mit den Kritikerinnen aus AK 157 einig.

Laßt uns darüber sprechen.

Jü., Freiburg 19.7.79

P.S. Auch dieser Beitrag muß nicht unbedingt im AK abgedruckt werden, ich bin auch mit dem UW-Abdruck zufrieden.

Ein Blick in die Giftküche der DKP

Die DKP hat ihre zentrale Stellung im politischen Feld links von der SPD verloren. Zunehmend sieht sich die DKP gezwungen, auf Bewegungen und Aktionen zu reagieren, an denen sie entweder keinen Anteil hat (weil ihr deren bündnispolitisches Spektrum nicht genehm ist), oder die sich inhaltlich direkt gegen Bestandteile der DKP-Politik richten (Kritik am „realen Sozialismus"). Auf solche Bewegungen und Aktionen reagiert die DKP lediglich diffamatorisch. Ihr einziges Interesse richtet sich auf den Nachweis, daß solche Bewegungen und Aktionen „antikommunistisch" seien, d.h. sich gegen die DKP richten. Daher ist die DKP vorerst gar nicht daran interessiert, in ihrer Presse die D i f f e r e n z i e r u n g e n innerhalb derartiger Bewegungen und Aktionsbündnisse herauszuarbeiten und daraus eine k o n s t r u k t i v e Kritik zu entwikkeln. Sie zielt im Gegenteil auf eine undifferenzierte Verteufelung dieser Bewegungen und Aktionen, da ihr Hauptziel nicht im Einwirken auf diese, sondern im Zusammenhalten der „eigenen Reihen", der Ausrichtung der Partei auf ein einheitliches Feindbild liegt.

Die Methodik der DKP soll hier beispielhaft an zwei Artikeln gezeigt werden: **„Richtiger Rock geht nur gegen rechts"** („UZ", 6.7.79) und **„Bahro als einigendes Band für Antikommunisten aller Art"** („UZ", 7.7.79).

„Rock gegen Rechts"

Die Taktik der DKP gegenüber dem Frankfurter Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts" kann als bekannt vorausgesetzt werden – Nichtbeteiligung am Bündnis ohne politische Begründung. In der „UZ" wurde „Rock gegen Rechts" in der Berichterstattung zu den Frankfurter Aktivitäten ein einziges Mal kurz erwähnt, ansonsten war nur von Protesten des DGB die Rede. In dieser einmaligen Erwähnung („UZ", 20.6.) war zu erfahren, daß RgR **„teilweise von maoistischen, trotzkistischen, antikommunistischen Kräften initiert wurde"**; trotzdem zeuge *„die Teilnahme zahlreicher Jugendlicher auch an dieser Veranstaltung ... von dem großen antifaschistischen Potential unter der Jugend"*.

In der „UZ" vom 6.7. folgte dann der große Abwasch. Der Untertitel (**„Wie eine Bewegung gegen alte und neue Nazis entstand und zum Antikommunismus mißbraucht werden sollte"**) gibt bereits die Richtung an. „Rock gegen Rechts" sei eigentlich von „elan" (Zeitschrift der DKP-Jugendorganisation SDAJ) erfunden worden. Dann aber seien *„vornehmlich maoistische Gruppierungen"* gekommen, um *„mit ‚Rock gegen Rechts' ihr egoistisches Süppchen zu kochen, und statt Antifaschismus Antikommunismus zu betreiben"*. Die „Initiative Rock gegen Rechts" wolle *„die Bewegung samt Namen*

Die „Initiative Rock gegen Rechts" wolle „die Bewegung samt Namen

vor ihren antikommunistischen Karren spannen". Als Beweis werden schnarrende Phrasen der vaterländischen „KPD" zitiert – die allerdings mit Rock gegen Rechts so wenig zu tun hat wie die Kuh mit dem Fliegen. Als Beweis wird auch total aus dem Zusammenhang gerissen ein Satz aus einer Erklärung des KB zitiert: *„ ... Dies gilt freilich nicht für die ganz harten Sektierer von der DKP"*. Die „UZ" stellt es so dar, als beinhalte dieser Satz eine Ausgrenzung der DKP aus dem Aktionsbündnis, während er in Wirklichkeit gerade eine Kritik am selbstgewählten Fernbleiben der DKP von dem Bündnis formulierte.

Mit einem perfiden Gemisch von Zitaten aus der „KPD"-Publizistik, aus der bürgerlichen Musikzeitschrift „sounds" und Wortfetzen aus einer Erklärung der „Initiative Rock gegen Rechts" wird stimmungsmäßig ein Bild zusammengeschustert, dem schließlich als krönende Schlußfolgerung aufgesetzt werden kann: **„Nicht Kampf gegen rechts, sondern Angriffe auf den Sozialismus schweben den Drahtziehern vor"**.

Die Schwierigkeit ist nur, daß die DKP diese diffamatorische Behauptung weder am Verlauf der Frankfurter Aktionen noch an den Vorbereitungen dazu beweisen kann. Sie versucht das auch gar nicht erst. Die DKP, die für den Erfolg von „Rock gegen Rechts" in Frankfurt absolut nichts getan hat, möchte nämlich nachträglich durchaus an diesem Erfolg teilhaben. Und so fährt die „UZ" nach ihrer Entlarvung der heimtückischen Absichten der „Drahtzieher" von RgR fort: *„Aber bereits im Vorfeld der Frankfurter Veranstaltung ‚Rock gegen Rechts' hatten sich auch viele Kräfte in die Vorbereitungen eingeschaltet, die nicht an antikommunistischen, anarchistischen Aktionen interessiert waren und mehr der Zielrichtung Rock gegen Rechts Geltung verschaffen wollten"*. Die Veranstaltungsteilnehmer (!) hätten schließlich die **„antikommunistischen Pläne"** der Veranstalter von RgR durchkreuzt! *„Ein breites politisches Spektrum der antifaschistischen Demokraten ... prägte auch die Frankfurter Aktion. Das ließ die antikommunistischen Treiber mit ihren Sprüchen gar nicht erst über die Lautsprecher kommen"*.

Hier wird die Realität in einer Weise vergewaltigt, die selbst in der bürgerlichen Presse eher die Ausnahme als die Regel ist. Man stelle sich das Weltbild von Leuten vor, die keinen Zugang zu korrigierenden Informationen anderer Medien hätten, sondern auf die „UZ" als Monopolblatt in der Art des „Neuen Deutschland" angewiesen wären. Eben diesen Unterschied zur Situation in der DDR scheinen viele Autoren der „UZ" zu übersehen. Nebenbei stellt sich die Frage: Wenn *„viele Kräfte"* es laut „UZ" durch ihre Beteiligung an den Vorbereitungen zu „Rock gegen Rechts" geschafft haben, die *„antikommunistischen Pläne"* der Initiatoren zu durchkreuzen, warum hat die DKP dann die ganze Arbeit diesen nicht näher benannten „Kräften" überlassen, statt sich s e l b s t positiv einzuschalten?

Der Artikel in der „UZ" vom 6.7. schließt mit der Bemerkung, daß das Leben weitergeht und daß *„weitere Konzerte ‚Rock gegen Rechts' "* bevorstehen. Gemeint ist, siehe Untertitel des Artikels, der *„ r i c h t i g e Rock"*, nämlich der von der DKP dominierte, ohne Maoisten, Trotzkisten, Anarchisten etc. pp. Damit der Rock „richtig" bleibt, hat die DKP nach den Frankfurter Aktionen eine e i g e n e Initiative ins Leben gerufen. **„Als Kontaktadresse fungiert das Jugendmagazin ‚elan' "** („UZ", 6.7.), also die Zeitschrift der SDAJ. Dann kann ja nichts mehr schiefgehen.

nichts mehr schiefgehen.

Bahro-Solidarität

„Bahro als einigendes Band für Antikommunisten aller Art" („UZ", 7.7.79) – die Überschrift ist schon der Inhalt: Für Bahro engagieren sich ausschließlich *„Antikommunisten aller Art"*. Nämlich *„Trotzkisten"* (wobei der SPD-Politiker v. Oertzen als Trotzkist eingeordnet wird!), *„einige Juso-Hochschulgruppen"*, *„bewährte Konterrevolutionäre"* (konkret genannt werden die Charta 77 aus der CSSR und die sozialdemokratische „Praxis"-Gruppe aus Jugoslawien), *„Maoisten"* (die vaterländische „KPD") sowie *„Anhänger der ‚Basisgruppenströmung' "*. Die weitere Linie des Artikels ergibt sich aus den Zwischenüberschriften: **„Von der Arbeitslosigkeit war nicht die Rede", „Ziel: Den Sozialismus unattraktiv machen", „Wem dabei nicht die CIA einfällt ..."**. Der Rest des Artikels besteht aus Ausschmükkungen dieser Zwischenüberschriften.

Zu Punkt 1: *„Begriffe wie Monopolkapital, CDU/CSU (von Arbeitslosigkeit, Ölmultis, Berufsverboten ganz zu schweigen) kannten die Diskussionsteilnehmer entweder nicht oder erwähnten sie nicht"* („UZ"). Oder, wie es die DKP-nahe „DVZ" formulierte (5.7.79): *„Sie trafen sich in der bedingungslosen Ablehnung der Politik der sozialistischen Länder und der DKP, für die politischen und sozialen Auseinandersetzungen in der BRD konnten sie keine vorwärtstreibenden Anstöße vermitteln."*.

Zwar war die Arbeitslosigkeit in der BRD auch gar nicht das Thema des Marburger Bahro-Kongresses, dem der Artikel in der „UZ" vom 7.7. gewidmet ist, aber was macht das schon?! Demnächst könnte man vielleicht einer Veranstaltung zur Solidarität mit dem Volk Nicaraguas vorwerfen, sie habe der Verharmlosung des westdeutschen Neonazismus gedient, weil kein Teilnehmer die NPD erwähnte? Das Schema des „UZ"-Autors ist denkbar einfach: Im ersten Zug unterstellt er den Initiatoren und Teilnehmern des Bahro-Kongresses p a u s c h a l, daß sie am Kampf gegen Arbeitslosigkeit, politische Unterdrückung etc. hierzulande gar nicht interessiert seien. Im zweiten Zug entlarvt er ebenso pauschal das w a h r e Ziel aller politischen Aktivitäten der Initiatoren und Teilnehmer des Kongresses: Sie wollen *„den Sozialismus unattraktiv machen"*. Ihr Ziel sei es, einerseits die Zustände im Kapitalismus zu beschönigen und zu verschleiern; andererseits *„den Sozialismus in den Augen derjenigen, die noch im Kapitalismus leben, unattraktiv zu machen"* und *„den Sozialismus als Ziel des Kampfes in der Bundesrepublik zu diskreditieren"*. Im dritten Zug wird ebenso pauschal die Bahro-Solidaritätsbewegung mit Bundesnachrichtendienst/BND und CIA in Verbindung gebracht – und wem das nocht nicht einleuchtet, der ist, laut „UZ", **„bestenfalls ein politischer Ignorant"**.

Ebenso wie beim Frankfurter Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts" wird in der DKP-Presse nicht einmal ansatzweise der Versuch unternommen, sachlich und differenziert zu informieren. Stattdessen werden die Initiatoren und Träger des Bahro-Kongresses ebenso wie von „Rock gegen Rechts" insgesamt als besonders geschickte Propagandisten des Kapitals diffamiert, die ihre ganze sonstige politische Aktivität nur zu dem einzigen Zwecke veranstalten, ihr w a h r e s Ziel, nämlich den Antikommunismus, abzutarnen. Überall sind Agenten und Verschwörer am Werk, die es nur darauf abgesehen haben, der DKP zu schaden.

Schlußfolgerungen

Schlußfolgerungen

Die zwei zitierten Artikel sind nicht als ‚Ausrutscher' mißzuverstehen. Sie stellen vielmehr den T y p u s der „ideologischen Auseinandersetzung" seitens der DKP dar. Daß solche Artikel nach a u ß e n positiv und überzeugend wirken, werden sich wohl auch die verwegensten DKP-Leute in ihren kühnsten Träumen nicht erhoffen. Die Stoßrichtung geht ganz klar nach i n n e n: Herstellung eines klaren, möglichst undifferenzierten Feindbildes; moralische Aufrüstung der eigenen Reihen gegen drohende politische Verführung durch eine insgesamt feindliche Umwelt. Im Wirken eines solchermaßen definierten Antikommunismus finden auch Stagnation und Mißerfolge der DKP (Wahlen!!) immer wieder ihre Erklärung.

Die Methode, mit der hier Zitate verdreht, „Beweise" gefälscht, Agenten aufgespürt werden, entspricht historischen Vorbildern, die ihren schaurigsten Ausdruck in den Hexenjagden in der Sowjetunion der 30er Jahre gefunden haben. Die Mentalität der „UZ"-Autoren entspricht genau derjenigen der Leute, die aus Bahro einen BRD-Agenten machten. Was ihnen zum Glück fehlt, ist die Macht zur Umwandlung ihrer diffamatorischen Artikel in Gerichtsurteile.

Eine große Verantwortung tragen die traditionellen Bündnispartner und die intellektuellen Unterstützer der DKP. Daß sie über die diffamatorischen „Auseinandersetzungen" in der DKP-Presse erfreut sind oder diese gar für politisch klug halten, ist kaum anzunehmen. Nötig ist aber, daß sie endlich ihr opportunistisches Schweigen brechen und eindeutig von der DKP andere Formen der Auseinandersetzung verlangen.

„Neue"-Mitarbeiter aus der DKP ausgeschlossen

Gegendarstellung

In der Ausgabe vom 11. Juli 1979 „der NEUEN" wurde behauptet, der ehemalige UZ-Redakteur Wolfgang Schröder werde „aus seiner Partei (der DKP) geschmissen - aus dem schlichten Grund, weil er zur NEUEN gegangen ist."

Diese Darstellung ist unwahr.

Richtig ist, daß die zuständige Bezirksschiedskommission des Bezirks Rheinland-Westfalen der DKP nach einer mündlichen Verhandlung am 28.4.79 in einem Parteiordnungsverfahren gemäß dem Statut und der Schiedsordnung der DKP beschlossen hat, W. Schröder wegen eines erheblichen Verstoßes gegen Programm und Statut der Partei aus der DKP auszuschließen.

Die Entscheidung der Bezirks-Schiedskommission hat nichts mit seiner jetzigen Tätigkeit bei „der NEUEN" zu tun, sondern beruht auf der Tatsache, daß W. Schröder einen schweren Vertrauensbruch beging. Er hat den von ihm freiwillig übernommenen Parteiauftrag im Stich gelassen und seine Kollegen in der UZ-Redaktion mehrere Wochen lang bewußt getäuscht und belogen. Dies hat W. Schröder selbst in der mündlichen Schiedsverhandlung zugegeben.

Gegen den Ausschluß hat W. Schröder Einspruch erhoben, über den die zentrale Schiedskommission der DKP noch zu entscheiden hat.

Eberhard Weber
Pressesprecher des Parteivorstands der DKP

Die Überreaktion des Pressesprechers des DKP-Parteivorstandes auf meine kurze Vorstellung als neuer Redakteur bei der NEUEN ist bedauerlich. Eine Konfrontation zwischen der UZ und der NEUEN dient nicht den Linken, sondern den Rechten in diesem Land. Die Vorwürfe „Parteischädigung" und „Unredlichkeit" bestehen darin, daß ich 1. bei der UZ nach zehnjähriger Tätigkeit fristgemäß kündigte und 2. den Parteivorstand und die UZ-Chefredaktion nicht über die von Ende Januar bis Mitte März 1979 laufenden Gespräche mit der Redaktion der NEUEN informierte. Erst als ich eine Zusage der NEUEN hatte, informierte ich die UZ-Chefredaktion. Darin besteht die „Unaufrichtigkeit". Bei der Bezirksschiedskommission Düsseldorf wog meine Kündigung bei der UZ schwerer als meine 32jährige Mitgliedschaft in der kommunistischen Bewegung. Ich empfand und empfinde das als Ungerechtigkeit, weil hier mit einem Maßstab gemessen wird, der nicht mehr verständlich ist. Ich legte Widerspruch ein und erklärte darin: „Es dürfte ein Novum in der Parteigeschichte sein, daß ein aktiver Kommunist, der in der DKP als seiner politischen Heimat bleiben möchte, aus Disziplingründen ausgeschlossen werden soll."

Es stimmt, daß in der Ausschlußbegründung der Bezirksschiedskommission meine Tätigkeit bei der NEUEN nicht als Grund für meinen Ausschluß angeführt wird. Allerdings erklärte der Vorsitzende der Bezirksschiedskommission Helmut Rössig auf der Remscheider Kreisdelegiertenkonferenz der DKP am 3.5. sinngemäß: Wenn Du Dein Verhalten wirklich bereust, dann hättest Du bei der NEUEN wieder gekündigt; dann wäre diese Kreisdelegiertenkonferenz nicht notwendig gewesen. – Das kann doch nur so ausgelegt werden, daß mein Parteiordnungsverfahren einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn ich am 1. Juli nicht bei der NEUEN als Redakteur angefangen hätte.

Wolfgang Schröder

aus ‚Neue', 14.7.79

Drastische Verschärfung des DDR-Strafrechts

Im 30. Jahre ihres Bestehens sieht sich die DDR nicht nur etlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die so gar nicht in das Propagandabild vom „krisenfreien Sozialismus" passen wollen, gegenüber zugenommen haben auch oppositionelle Bewegungen und Äußerungen (darunter vor allem auch erklärtermaßen demokratische und sozialistische) gegen unterdrückerische Praktiken des revisionistischen Machtapparats und auch die Verhältnisse insgesamt.

Unfähig, selbst solidarisch gemeinte Kritik aufzunehmen und sich mit begründeter Kritik überhaupt p o l i t i s c h auseinanderzusetzen, hat die Volkskammer (Parlament) der DDR am 28. Juni '79 ein Strafrechtsänderungsgesetz verabschiedet, das reinem Polizeistaatsdenken entspricht. Im einzelnen: § 219 stellt die *„ungesetzliche Verbindungsaufnahme"* unter Strafe: *„Wer zu Organisationen, Einrichtungen oder Personen, die sich eine gegen die staatliche Ordnung der DDR gerichtete Tätigkeit zum Ziel setzen, in Kenntnis ihrer Ziele oder Tätigkeit in Verbindung tritt"*, kann bis zu **5 Jahren in den Knast** geschickt werden. Das gilt ebenso für den, der *„als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Nachrichten, die geeignet sind, den Interessen der Deutschen Demokratischen Republik zu schaden, im Ausland verbreitet oder verbreiten läßt oder zu diesem Zweck Aufzeichnungen herstellt oder herstellen läßt"* (nicht nur Bahro, sondern auch Havemann, Heym, und andere

zeichnungen herstellt oder herstellen läßt" (nicht nur Bahro, sondern auch Havemann, Heym, und andere

in Zukunft in den Knast?!).

Der zweite Absatz des § 219 stellt offenbar die Reaktion der gegenwärtigen SED-Führung auf Havemann, Heym und andere oppositionelle DDR Schriftsteller dar: danach muß mit **bis zu 5 Jahren Knast** rechnen, *„wer Schriften, Manuskripte oder andere Materialien, die geeignet sind, den Interessen der Deutschen Demokratischen Republik zu schaden, unter Umgehung der Rechtsvorschriften an Organisationen, Einrichtungen oder Personen im Ausland übergibt oder übergeben läßt."* Auch der „Versuch" (!) solch verwerflichen Tuns gilt schon als strafbar...

§ 220 trägt die bezeichnende Überschrift „Öffentliche Herabwürdigung". Neben mehreren Straftatbeständen, die bisher schon im Strafrecht verankert waren, bedroht ein neuer Absatz denjenigen mit **bis zu 3 Jahren Knast**, der *„Schriften, Gegenstände oder Symbole, die geeignet sind, die staatliche Ordnung zu beeinträchtigen, das sozialistische Zusammenleben zu stören oder die staatliche oder gesellschaftliche Ordnung verächtlich zu machen, verbreitet oder in sonstiger Weise anderen zugänglich macht."* „Charta '77" und KOR haben offensichtlich Lernprozesse ausgelöst.

Nach den konkreten Erscheinungsformen der Kämpfe der polnischen Arbeiter auch nicht mehr kurios die Ergänzung des Paragraphen über den Hausfriedensbruch: *„Wer sich an einer Zusammenrottung von Personen beteiligt, die in öffentliche Gebäude gewaltsam eindringen oder unbefugt darin verweilen, wird mit* **Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren**, *Haftstrafe oder mit Geldstrafe bestraft."*

Da in der Gesellschaft des „realen Sozialismus" der Staat im Auftrag der Arbeiterklasse regiert wird, ist es offenbar nicht mehr notwendig, die Arbeiterklasse über wichtige Gesetzesänderungen zu informieren. Alle

Arbeiterklasse über wichtige Gesetzesänderungen zu informieren. Alle

Gesetzesänderungen, die die DDR-Volkskammer am 28.6. beschloß, wurden nicht in den DDR-Publikationsorganen veröffentlicht, sondern wurden erst durch die Westmedien in der DDR bekannt, sollen allerdings bereits am 1.8.1979 in Kraft treten und dann im DDR-Gesetzesblatt veröffentlicht werden.(FR, 30.6., FAZ, 2.7., TAZ, 2.7., Welt, 3.7., Zeit, 6.7.1979).

RGW Kommission

Texte der „Komitees für Demokratie und Sozialismus" erschienen

Unter dem Namen „Komitees für Demokratie und Sozialismus" formiert sich seit einigen Monaten vielerorts eine Sammlungsbewegung, der vor allem ehemalige KBWler angehören. Zu Ostern fand in Mannheim eine erste Konferenz dieser „Komitees" statt. Inzwischen ist eine Broschüre mit den Diskussionstexten dieser Konferenz sowie einigen ersten Stellungnahmen dazu erschienen. Die Broschüre kostet DM 3,50. Kontaktadresse: W.Maier, Neckarpromenade 15/252, 6800 Mannheim.

Am 8./9. September soll in Mannheim eine zweite zetrale Arbeitskonferenz der „Komitees" stattfinden. *„Alle sozialistischen und kommunistischen Genossen, Gruppen und Organisationen"* **sind aufgefordert, an der Arbeitskonferenz teilzunehmen. Der KB nimmt diese Einladung gerne an.**





Rock gegen Rechts und Jeder gegen Jeden?

Im Anschluß an das RGR-Festival vom 16./17. Juni in Frankfurt hat sich in der Musiker-Szene in linken Publikationen eine Konzeptionsdebatte um Rock gegen rechts und die weitere Arbeit entwickelt. Diese Diskussion ist eigentlich eine sehr spannende Sache. Was einen dabei aber wundert, ist die Ausschließlichkeit, mit der die eigenen Positionen formuliert und damit andere Standpunkte ausgeschlossen werden. Was einen (speziell als Frankfurter) zusätzlich ärgern kann, ist, daß jede Unzufriedenheit umgehend auf das Aktionsbündnis abgeladen wird, wobei nicht selten den Veranstaltern Böswilligkeit unterstellt wird. Die heftigste Kontroverse wird derzeit um das Verhältnis von Rockmusik zu deutschsprachigen, explizit politischen Texten ausgetragen. Gestritten wird auch um das Verhältnis zum Kommerz – also zum kapitalistischen Markt – und in diesem Zusammenhang um die Frage, ob Leute wie Udo Lindenberg „zur Bewegung gehören". Schließlich geht es noch um das Verhältnis zwischen den Musikern und den linken Gruppen bzw. Organisationen.

Oktober + Druckknöpfe: „Bloß keine unpolitische Scheiße!"

Die beiden Hamburger Politrock-Gruppen „Oktober" und „Druckknöpfe" haben in einer gemeinsamen Stellungnahme (abgedruckt in AK 157, Seite 57) ihre Kritik an dem Selbstverständnis der (Musiker-) Initiative „Rock gegen rechts e.V." formuliert. Der RGR-e.V. geht von einer Bedrohung der Rockmusik durch die Faschisierung und Rechtsentwicklung aus (siehe AK 151). Der Rock („Niggermusik") sei von seiner Entstehungsgeschichte her Auflehnung unterdrückter Minderheiten gegen den Imperialismus gewesen und habe diesen Charakter trotz aller Vermarktung nie ganz verloren. Ebenso wie die Nazis den Jazz verboten haben, sei heute der Rock durch die Faschisten bedroht. Diese These wird von Oktober und den Druckknöpfen energisch bestritten. *„Ein Verbot der Rockmusik widerspricht vollkommen den wirtschaftlichen Erfolgen, die mit ihr erzielt werden".* Außerdem würde die Rockmusik – durch die Vermarktung heute weitgehend entpolitisiert – *„keinerlei konkrete Gefahr für das Herrschaftssystem der BRD dar(stellen)"* Neue Musikstile seien nicht „an sich" fortschrittlich oder reaktionär, sondern der springende Punkt sei: *„Wie und zu welchem Zweck setze ich Musik ein?"*

Bis hierhin scheint diese Kritik

zu welchem Zweck setze ich Musik ein?"

Bis hierhin scheint diese Kritik

einzuleuchten. Aus der Rockmusik ist wahrlich keine revolutionäre Bewegung entstanden. Im Gegenteil: Der Kapitalismus hat sich bestens mit ihr arrangiert. Unpolitische, entpolitisierende oder gar offen reaktionäre Tendenzen beherrschen die Szene. Dennoch stellen sich leise Zweifel ein. Die Argumente des RGR-e.V. beziehen sich ja nicht auf die gegenwärtige Situation, sondern auf eine mögliche, noch schärfere Rechtsentwicklung in der Zukunft. Faschismus ist schließlich nicht mit „normalem" Kapitalismus gleichzusetzen. Kulturelle Formen müssen nicht revolutionär sein, um vom Faschismus als „entartet" angesehen und unterdrückt zu werden. Auf alle Fälle würde eine faschistische Entwicklung das Ende jeder kulturellen Vielfalt bedeuten und somit auch b ü r g e r l i c h e Kulturformen treffen. Gemessen an den Erfahrungen, die es mit dem Faschismus gibt, sollte man wohl eher davon ausgehen, daß die m e i s t e n kulturellen Richtungen davon bedroht sind, so sicher auch ihr Marktanteil im gegenwärtigen kapitalistischen System sein mag. Deshalb ist es berechtigt, auch einen stinknormalen Rockmusiker, der mit seiner Arbeit möglicherweise alles andere als einen „systemüberwindenden Anspruch" verbindet, darauf aufmerksam zu machen, daß seine Musik unter Strauß in vielleicht nicht allzu ferner Zeit einmal als „artfremd", „ausländisch", „künstlerisch minderwertig" o.ä. angesehen werden könnte.

Aus der Warnung vor einer Überbewertung der „Rockmusik an sich" entwickeln die beiden Politrock-Gruppen einen *„qualitativen politischen Unterschied"* zwischen Gruppen, *„die mit deutschen Texten arbeiten und solchen, die instrumental oder mit englischen Texten spielen. Politisch finden wir es besser, wenn auch Gruppen mit deutschen, antifaschistischen Texten in diesem Rahmen (RGR) auftreten".*

Auch diese Argumentation scheint im ersten Moment überzeugend zu sein. Man nehme z.B. einen Schlagzeuger, der im KB ist, und einen völlig unpolitischen Kollegen, lasse sie beide hintereinander spielen, und es dürfte sehr schwer werden, einen „politischen" Unterschied auszumachen, wenn man sonst nichts von den beiden weiß. Andererseits läuft dieses Kriterium darauf hinaus, daß die Politrock-Gruppen „qualitativ" bessere Antifaschisten – zumindest was ihre kulturelle Arbeit angeht – sind als z.B. die Instrumentalrocker bei RGR. So wichtig und notwendig wir die Arbeit der Politrock-Gruppen finden, so sektiererisch wäre dieses Kriterium, wenn es konsequent auf die „Rock gegen rechts"-Bewegung angewandt würde. Man würde die Musiker in „qualitativ unterschiedliche" Klassen einteilen; man würde je nach der Teilnahme von Politrock-Gruppen Konzerte als „politisch" oder „unpolitisch" bewerten; man käme in Teufels Küche bei der Beurteilung, welche Texte mehr politisch und welche eher persönlich etc. sein sollen. Daß Oktober und die Druckknöpfe offenbar durchaus zu solchen Auffassungen neigen, zeigt ihr recht selbstbewußter Anspruch, schon *„seit langer Zeit Rock gegen rechts mit Text und Musik (zu) praktizieren"* und ihre etwas herablassende „Freude" über das Entstehen dieser neuen Musikerinitiative. Rock gegen rechts soll schon etwas m e h r sein als das, was bisher unter der Bezeichnung „Polit-Rock" gelaufen ist.

Und es wäre halsbrecherisch für diese Bewegung, das Engagement und die Aktivität dieser Musiker je nach Stilrichtung oder Texten unterschiedlich zu bewerten.

Pflasterstrand: Richtiger Rock statt Pädagogenrock

Die exakte Gegenposition zu Oktober/Druckknöpfe wird in einem Artikel der Frankfurter Sponti-Zeitung „Pflasterstrand" vertreten. (Nr. 57). Der PS entdeckt *„zwei Fraktionen"* bei RGR: die „Rockmusiker" (Misty, Linksradikales Blasorchester, Straßenjungs, Udo L., Gebrüder Engel) und die *„Pädagogenmusiker"* (Schmetterlinge und Oktober). Die ersteren hätten das Frankfurter Konzert gerettet; die letzteren seien *„belehrend", „sterbenslangweilig", „peinlich"* und *„trivial"* gewesen.

Der Artikel bekennt sich uneingeschränkt zur Rockmusik, so wie sie

Der Artikel bekennt sich uneingeschränkt zur Rockmusik, so wie sie

ist: zu den linken wie auch rechten Tendenzen beim Rock, zum Rock als Ausdruck gesellschaftlicher Opposition, zum Rock als Herrschaftsinstrument, und ebenso zur Vermarktung der Rockmusik. *„Gerade diese z.T. wilde Mischung aus Poesie und Geld, von Rausch und kaltem Management macht ihre schillernde Attraktivität für Jugendliche (für mich übrigens auch Anm. des Verf. im PS) aus". „Jedes alte Dylan-Lied erscheint mir politisch brisanter als 1000 Platten und Konzerte von Degenhard, Wader, Schmetterlinge, Oktober und so weiter zusammen. Morrisons (bew. Julie Driscolls) Light my fire, die Beatles, die Stones, sie alle setzen mehr in unseren Köpfen Beinen und Bäuchen frei, als alle Polit-Barden zusammen".*

Ähnlich wird in einem zweiten PS-Artikel von einem Musiker des Mobilen EinsatzorKesters (MEK) argumentiert. Die Schmetterlinge seien mit dem *„hochgereckten Zeigefinger eines pathetisch-pädagogischen Antifaschismus"* aufgetreten; das setze *„nichts frei, das lähmt nur"* und sei der Versuch *„die Subkultur unter politisch sanktionierter Kontrolle zu halten".* Die Schmetterlinge und Oktober seien aber gewissermaßen die Musterschüler des Aktionsbündnisses gewesen. Den politischen Gruppen sei es nämlich darum gegangen, *„daß die antifaschistische Seriösität nicht durch womöglich tanzende Körper verächtlich gemacht wird"* (!). Zum Glück habe es noch die anderen Gruppen („Rockmusikerfraktion" – siehe oben) gegeben, die – *„von den Veranstaltern verschämt (!!) präsentiert, vom Publikum begeistert aufgenommen" – „authentische, unverbrauchte und originelle Musik"* gemacht hätten.

Hoffentlich wird dieser gehässige Stil, der nur darauf aus ist, dem „Gegner" (hier: Schmetterlinge, Oktober, Aktionsbündnis) eins auszuwischen, nicht prägend für die Auseinandersetzung. Es ist schlimm, daß hier zwar reichlich diffamiert, aber überhaupt nicht argumentiert und begründet wird. Die Kennzeichnung „Pädagogen-Rock" meint offenbar, daß es den Schmetterlingen und Oktober darum gegangen ist, mit ihrer Musik bestimmte politische Aussagen zu machen. Darin unterscheiden sie sich aber überhaupt nicht von denjenigen Gruppen, die der Pflasterstrand der angeblichen „anderen Fraktion" zurechnet. Man denke an das Anti-Nazi-Lied der Gebrüder Engel (*„so weit ist es schon"*) oder auch an das Schwulenlied von Udo L. (*„Na und"*). Vielleicht meinen die PS-Autoren, bei den Schmetterlingen sei der „pädagogisch"/politische Anspruch zu hoch, die Texte zu kompliziert und die Musik damit überfordert? Wie sieht es dann aber mit dem Neonazi-Stück des Linksradikalen Blasorchesters aus? (Es geht dabei um die Vertonung eines Kursbuch-Interviews mit einem Anführer einer rechtsradikalen Bande; durch unterschiedliches Hervorheben einzelner Textstücke soll offenbar die Denkweise jugendlicher Neonazis verdeutlicht werden). Da wir nicht annehmen, daß das Blasorchster damit Propaganda für die Hansa-Bande machen will, könnte man das als eine Art „Antipädagogik" bezeichnen. Jedenfalls ist dieses Stück gewiß kein unproblematisches Experiment, und die Frage ist sicherlich berechtigt, ob der Anspruch, den das Blasorchester damit verbindet, überhaupt mit musikalischen Mitteln zu verwirklichen ist.

Es wäre einmal interessant, mit dem „Pflasterstrand" über die Musik von Ton-Steine-Scherben zu diskutieren. Die Scherben müßten nach diesen Kriterien eine extrem „pädagogische" Gruppe sein, denn fast jedes ihrer alten Stücke ist „belehrend": daß man allein schwach, gemeinsam aber stark ist; daß man sich organisieren muß, um etwas zu erreichen; daß man militant kämpfen muß usw. Diese Platten gehören immerhin zum Inventar jeder anständigen Sponti-Wohngemeinschaft und zwar unter der Rubrik „richtiger Rock" („da geht die Post ab..."). Dabei handelt es sich doch um äußerst *„triviale"* Lehren – also *„sterbenslangweilig"*, oder....?

Von der Klassifizierung „Pädagogenrock"/„richtiger Rock" bleibt eigentlich nur übrig, daß es den einen Gruppen vielleicht besser gelingt, ihren Anspruch musikalisch umzusetzen als den anderen. Wenn die Pflasterständler diese Meinung auch mal begründen und erläutern würden, könnte daraus eine nützliche

Pflastersträndler diese Meinung auch mal begründen und erläutern würden, könnte daraus eine nützliche

Diskussion werden.

Kommen wir zu dem Argument: Doors, Beatles und Stones setzen mehr in uns frei als alle Polit-Barden zusammen. Warum denn überhaupt R o c k g e g e n R e c h t s? Unter dieser Prämisse könnten wir uns damit begnügen, von den Konzerta genturen zu verlangen, ihre Festivals etwas menschenfreundlicher und billiger („alternativer") zu gestalten und damit hätte sich die Sache. Offenbar erwartet aber auch der PS ein bißchen mehr von RGR. Deshalb ist auch kein Zufall, daß der PS-Autor nur den a l t e n Rock als Beispiel nennt, der so viel in uns „freigesetzt" haben soll. Dies beschreibt die alte Hoffnung der Apo-Zeit, der Rock sei „unsere Musik", von „unseren Leuten" gemacht, die „unsere" Wünsche, Gefühle und Bedürfnisse unverfälscht zum Ausdruck bringen.

Daß diese Hoffnung einen schweren Knacks bekommen hat, und daß die Stones etc. heute das alte „feeling" nicht mehr herstellen können, wird wohl kaum einer bestreiten können. Dies haben wir dem kapitalistischen Markt zu verdanken, der für manche vielleicht „faszinierend" sein mag, aber für jede „Kultur von unten" eben doch tödlich ist. Immerhin stellt der Pflasterstrand an anderer Stelle in seiner Berichterstattung über den 16./17. Juni unwillkürlich einen Bezug zu den alten Rockzeiten wieder her, indem das Wortspiel „Woodstock – Rebstock" verwandt wird (das Rebstockgelände war der Platz, auf dem das Frankfurter Festival stattfand). Warum eigentlich? **Doch wohl nur, weil es eine Einheit von Rockmusikern und linker Bewegung gab – eine Sache, die vom kapitalistischen Markt im letzten Jahrzehnt gründlich zerstört worden ist.**

Udo Lindenberg unerwünscht?

In einem AK-Interview (Nr. 157) kritisierte ein Musiker von Missus Beastly den Auftritt von Udo Lindenberg in Frankfurt. Dieser sei erst im letzten Moment aus Promotion-Gründen auf den fahrenden Zug aufgesprungen; andere Gruppen, die von Anfang an bei RGR mitgemacht hätten, hätten zugunsten von Leuten zurücktreten müssen, *„die mit beiden Beinen fest im Showbusiness stehen".*

Weitaus heftigere Vorwürfe finden sich auch in einigen Leserbriefen an die „TAZ".

Machen wir uns doch nichts vor: Es gab eine ganze Reihe von Gruppen, auch solche mit ausgesprochen „alternativem Anstrich", die aus mehr oder weniger egoistischen Gründen gern in Frankfurt aufgetreten wären. Dies nimmt ihnen auch keiner übel, weil wir wissen, wie schwer es für gute, aber unbekannte Rockgruppen ist, über die Runden zu kommen. Ist es dann aber fair, mit diesem Geschütz und zudem noch ohne handfeste Beweise gegen Udo Lindenberg zu schießen, während andere eher eigennützige Interessen „hochpolitisch" formuliert werden. Udo L. hat seine Teilnahme an Frankfurt zwar spät, aber immerhin gerade zu dem Zeitpunkt zugesagt, wo eine massive Hetze in den Medien gegen RGR lief, und die Polizei die größte Straßenschlacht aller Zeiten in Frankfurt androhte. Deswegen haben wir Udos Zusage als solidarisch empfunden.

Schließlich ist es auch keinem eingefallen, die Beastly's zu kritisieren, die ihre Teilnahme zwar zwei Wochen vor Udo L. zusagten, aber im Unterschied zu anderen Gruppen doch erst, nachdem Wallmann bekannt gegeben hatte, daß das Festival auf dem Rebstock genehmigt werden würde.

Die Teilnahme von Leuten wie Udo L. an Aktivitäten von Rock gegen rechts ist für uns ebenso wichtig, wie es auf der anderen Ebene die Bereitschaft des DGB Frankfurt zur Kooperation mit dem Aktionsbündnis war. Wenn wir ansonsten die politische Enthaltsamkeit dieser Leute kritisieren, ist es doch unsinnig, an ihnen herumzunörgeln, wenn sie sich tatsächlich einmal engagieren. Gerade angesichts der Schwäche der antifaschistischen Bewegung in der BRD können wir nur h e i l f r o h sein, wenn wir Unterstützung von Leuten wie Udo L. bekommen. Noch schlimmer wird es, wenn Musiker erst einmal einen alternativen TÜV durchlaufen müssen, bevor ein Auftritt genehmigt wird. Dann würden wir sehr schnell bei einer UVB-Praxis ankommen.

Scheißpolitiker?

Scheißpolitiker?

Hier und da wird auf das Frankfurter Aktionsbündnis und „die Politiker" schlechthin geschimpft, deren „organisatorische Arbeit" zwar dankend zur Kenntnis genommen wird, die aber die Musik *„als Mittel zum Zweck"* mißbraucht hätten. Am deutlichsten wird wieder der Freund vom MEK im „Pflasterstrand": *„Nach einem bestimmten ‚politischen' Verständnis von Kultur hat jene die Leute anzuziehen und zu mobilisieren, für Ziele allerdings, die von Politik und Strategie funktional bestimmt werden".* In Frankfurt habe es eine *„hierarchische Gliederung"* gegeben: *„oben Politik, unten Kultur".* „Bewiesen" wird diese Behauptung mit der schlichten Tatsache, daß Demonstration („Politik") und Festival („Kultur") am 16./17. Juni räumlich und zeitlich voneinander getrennt waren. Dies habe angeblich den Ordnungsvorstellungen des Aktionsbündnisses entsprochen: *„Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps".* In Wirklichkeit ist diese Trennung vom Aktionsbündnis nie beabsichtigt, sondern von Wallmanns Verbotsmaßnahmen erzwungen worden. Was das „funktionale Verhältnis" angeht, ist es zwar richtig, daß die Auswahl der Musikgruppen durch das Aktionsbündnis vorgenommen worden ist, aber auch in enger Zusammenarbeit mit der Hamburger RGR-Initiative, ohne die dieses Programm nicht zustande gekommen wäre. Aber auch diese Sruktur war eher aus der „Not der Stunde" geboren, da es in Frankfurt damals noch keine RGR-Initiative gab. Die Auswahl ist nicht nach „strategischen" Gesichtspunkten vorgenommen worden (etwa in dem Sinne, daß man den Musikern gesagt hätte: Hört mal her, wir erwarten von euch das und das, sonst nehmen wir andere), sondern rein pragmatisch. Es sollten möglichst viele Musikrichtungen vertreten sein, es sollten mehrere Frankfurter Gruppen dabei sein, es sollte ein Programm für ein Massenpublikum sein und nicht nur für eine kleine Kenner-Szene, und es sollten natürlich möglichst viele Leute durch das Programm angezogen werden. Was ist daran sündhaft? Es wird sich wohl kaum einer zu der Behauptung versteigen wollen, es hätte der Rock gegen Rechts-Bewegung und speziell dem Protest gegen die NPD m e h r genutzt, wenn das Festival k l e i n e r gewesen wäre! Ansonsten ist vom Aktionsbündnis weder eine Zensur noch eine „Richtlinienkompetenz" noch sonst was gegenüber den Musikern ausgeübt worden. Nicht umsonst haben diejenigen Musiker (von den Frankfurter Gruppen Octopus und Straßenjungs), die von Anfang an aktiv das Frankfurter Konzert mit vorbereitet haben, k e i n e solche Kritik am Aktionsbündnis geäußert.

Unser Kritiker vom MEK schreibt: *„Das politische Bündnis ‚Rock gegen rechts' wußte genau, daß ohne die kulturelle Aktivität des kulturellen Teils dieses Wochenendes vielleicht nur ein Hundertstel der Leute erschienen wäre".* Ein paar mehr wären es zwar sicherlich gewesen, aber trotzdem: Das wußten wir genau. Das ist allerdings auch nur die halbe Wahrheit. **Ohne den politischen Anlaß – Protest gegen das NPD-„Deutschlandtreffen" – mit dem sich die Leute voll identifiziert haben, wären es ebenfalls erheblich weniger gewesen, die zu einem RGR-Festival gekommen wären.** Ist es denn nicht aufgefallen, daß mehr als jeder zweite Festival-Teilnehmer (man kann wohl sagen: rund zwei Drittel) in der Stadt demonstrierte?! Dies ist angesichts der Einschüchterung durch das Verbot und die unwahrscheinliche Polizeimacht ein sehr hoher Anteil. **Es war eben genau die Verbindung zwischen antifaschistischer Politik und Kultur, die den Erfolg dieser Idee ausgemacht hat – ebenso wie übrigens in England bei Rock against Racism.**

Frankfurt muß nicht unbedingt Modell für alle zukünftigen Aktivitäten von RGR sein. Aber man sollte nicht vergessen: Da, wo tatsächlich die Musik „rein funktional" eingesetzt wird (etwa auf Parteiveranstaltungen der DKP unter dem Firmenschild RGR) – ebenso wie da, wo im Grunde genommen reine Musikkonzerte mit einem aufgesetzten Politikprogramm durchgeführt wurden (z. B. auch bei den beiden Hamburger RGR-Konzerten, was sicherlich auch in Startschwierigkeiten begründet ist),

auch bei den beiden Hamburger RGR-Konzerten, was sicherlich auch in Startschwierigkeiten begründet ist),

konnten nicht annähernd solche Erfolge wie in Frankfurt erzielt werden. Unter Erfolg verstehe ich dabei keineswegs nur die Zahl der Leute, sondern das, was sie nach dem Konzert mit nach Hause nehmen.

Kurz und gut: Die bisherigen Erfahrungen sprechen f ü r eine (solidarische) Zusammenarbeit zwischen den RGR-Musikern und den an dieser Bewegung interessierten politischen Gruppen und nicht dagegen. Es lohnt sich vielleicht sogar, einmal darüber nachzudenken, ob sich das Phänomen Woodstock nicht gerade durch ein Zusammentreffen von Vietnam-Protest, Bürgerrechtsbewegung, Studentenbewegung etc. mit der Rockmusik erklären läßt. Woodstock blieb in den USA ein einmaliges Ereignis. Es liegt nahe, die Erklärung dafür darin zu suchen, daß die politischen und kulturellen Bewegungen, die dort zusammentrafen, spontan waren und leider auch blieben und deshalb vom US-Imperialismus zerschlagen oder integriert werden konnten. Um der RGR-Bewegung hierzulande ein ähnlich kurzlebiges Schicksal zu ersparen, sollte man sich deshalb um ein organisiertes Zusammengehen von linker Kultur und Politik bemühen. Dies kann beiden nicht schaden. Dabei wird es sicher auch in Zukunft zu ärgerlichen Begleiterscheinungen kommen. Aber auch wenn Musiker unter sich sind, gibt es ja — wie wir unbedarften Politiker erfahren konnten — nicht nur eitel Sonnenschein. Vielleicht wird das Unternehmen einfacher, wenn a l l e sich vor Augen halten, daß gerade in der BRD in Sachen linker Kultur der Stein des Weisen noch (lange) nicht gefunden ist.

Ein Frankfurter Genosse

Leserbrief

zum Interview mit Friedemann von „Missus Beastly" (AK 157)



"Jetzt hat z.B. einer aus dem Ruhrgebiet bei RGR angerufen, er will RGR im Ruhrgebiet machen, am besten eine Riesenbühne wo auch wieder 50.000 Leute kommen, und dann lauter so Bands holen, die bekannt sind, U.L. (Udo Lindenberg) usw.. und dann läuft das schon. Was soll das, das ist genauso aufgesetzt, wie ein Popfestival" (Friedemann im AK)
Ich weiß nicht, ob sich da noch jemand gemeldet hat, aber wahrscheinlich sind wir gemeint.

Zunächst also die Richtigstellung: Zwei Leute vom Antifa-Arbeitskreis in Bielefeld haben sich Gedanken gemacht, ein RGR-Konzert im Ruhrgebiet zu initiieren, das von der „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus NRW" und bestehenden RGR-Initiativen und weiteren ausgehen könnte. Wir haben uns also überlegt, wie ein Programm aussehen könnte, die ganze Sache finanziell beleuchtet usw., damit in der Landeskonferenz auch an konkreten Vorschlägen und Überlegungen diskutiert werden kann. Gedacht hatten wir an die Dortmunder Westfalenhalle (10.000 Leute) und an Gruppen wie die Engel-Brüder, Schröders Roadshow, Lake, Oktopus, RAR-England. Momentan befindet sich das Ganze da, wo es hingehört, nämlich in der Diskussion bei den Antifa-Leuten der Landeskonferenz und RGR-Dortmund.

Wenn's also auch nicht 50.000 Leute und U.L. sind, wie gerüchtet wird, so hat Friedemann natürlich Recht, wenn er so etwas als größere Sache ansieht. Er hat auch Recht, daß sich jetzt in den Städten Initiativen bilden sollten, die sich gegen Unterdrückung jeglicher Art engagieren und sich gegenseitig helfen wollen. Nur schließt sich das überhaupt nicht aus.

Bei uns sieht es erstmal so aus, daß es nur in Dortmund eine sehr junge RGR-Initiative gibt. In Köln soll etwas entstanden sein und in Bielefeld gibt es Versuche, die Diskussion in Gang zu kriegen. Ansonsten wird RGR verbunden mit einem Elan-Konzert im Herbst '78 und dürren Zeitungsmeldungen über Frankfurt – wenn überhaupt etwas damit verbunden wird.

Wir (d.h. erstmal die beiden Genossen) verfolgen mit dem Konzert mehrere Absichten:

damit verbunden wird.

Wir (d.h. erstmal die beiden Genossen) verfolgen mit dem Konzert mehrere Absichten:

- **Wir wollen die Idee RGR bekannter machen. Damit meinen wir natürlich nicht die Idee größerer Veranstaltungen, auf die dann das Motto draufgeklatscht wird (wie bei Elan) sondern den Aufbau und Sinn von RGR-Initiativen.**
- **Wir wollen das Konzert mit einem weiteren politischen Anliegen begleiten. Z.B. bietet sich da die Prozeßwelle an, die von der NPD in NRW gegen Antifaschisten ausgelöst wird und zu Gefängnisstrafen führen kann.**
- **Wir wollen versuchen, ein finanzielles Plus zu machen, damit wir die Prozesse bezahlen können, evtl. einen Antifa-Bundeskongreß organisieren können und evtl. im nächsten Jahr ein "Festival der Kleinen" angehen können. Das alles können wir heute nämlich finanziell noch nicht.**

Das alles habe ich dem Genossen von RGR-Hamburg auch gesagt.

Von der Funktion größerer RGR-Konzerte habe ich aber auch eine andere Meinung als Friedemann. Wir haben in der BRD leider keine "englischen Verhältnisse", wo es eine riesige Basis von sozial-kritischen Bands gibt, die sehr eng mit ihrer Umgebung verbunden sind. Und selbst in England ist die richtige Power durch die richtige Mobilisierung zu Großveranstaltungen gekommen.

Bei uns sind die Bands zum grossen Teil von der "Masse" der Jugendlichen abgehoben, die Musiker etwas Exotisches. Der Jazz-Rock z.B. richtete sich an ein ziemlich eingeschränktes Publikum, es wird viel rein instrumental gespielt, englisch gesungen, und wenn's deutsch ist, dann oft sehr platt oder so kompliziert, daß es erst beim mehrmaligen Anhören (der Platten, natürlich) verständlich wird (z.B. bei "Oktober"). Eine eigenständige musikalische und vor allem sprachliche Tradition gibt es kaum.

Dazu kommt das Fehlen einer ausgeprägten Club-Szene, in denen kleine Gruppen ihr Publikum finden und etwas Geld verdienen könnten. Das verstärkt den finanziellen Druck sehr und ist für mich der Hauptgrund für die Isolation der Kleinen. Es gibt eine riesige Kluft zwischen isoliertten Kellerbands und Plattengruppen. In ganz großen Städten wie Hamburg mag's vielleicht besser aussehen.

In der Situation haben größere Konzerte als Motor für den Aufbau von lokalen RGR-Gruppen eine grosse Bedeutung: daß wir propagieren, daß es RGR gibt, wie man sowas selber machen könnte und daß es um die Leute geht, für die man spielt und nicht um die Inzucht musikalischer Kompliziertheit, oder politische Reinlichkeit oder die Kohle. Bei uns muß es genau andersrum laufen als in England. Alles andere ist für mich das Prinzip Hoffnung. Es ist ja auch bekannt, daß schon einige Versuche zum Aufbau von Musikergewerkschaften gescheitert sind.

Eine gewisse Ausnahme ist die "Schneeball"-Kooperative, früher "April", wo sich einige Bands zusammengetan haben, um den eigenen Plattenvertrieb, das Management und die Studioarbeit besser bzw. überhaupt leisten zu können. Es gibt halt kaum Luft neben der Industrie. Ein Teil der Startgruppen kamen aus Ostwestfalen (z.B. "Missus Beastly" selbst). Einen gewissen Zusammenhang hatte es also schon gegeben. Die Gründung von "April" hatte dann wohl hauptsächlich finanzielle Gründe.

Beim Stichwort Ostwestfalen sind sind wir dann auch schon bei "Umsonst & Draußen", dem Vlotho-Festival. Ich war bei den letzten drei da und werde auch dieses Jahr wieder "dabeisein". Ich war immer ganz begeistert. Das liegt nicht nur an den Gruppen. In Vlotho – oder sonst wo's grad ist – trifft sich halt die scene, und die Gruppen gehören dazu. Viele Gesichter kennt man. Auf die Theater-Gruppe kann man sich schon vorher freuen und jedes Jahr kommen mehr Action-Leute dazu und irgendwie machst du selber mit. Sowas geht wirklich nur, wenn's gewachsen ist, also auch ziemlich regel-

und irgendwie machst du selber mit. Sowas geht wirklich nur, wenn's gewachsen ist, also auch ziemlich regelmäßig stattfindet.

Aber es gibt zunehmend auch die andere Seite – die der Show und des Monströsen. Neue (größere) Gruppen wollen drauf. Da kommen jedes Jahr mehr Leute hin. Jedes Mal denke ich, das gibt's doch gar nicht und wie das wohl kommt. Und dann fällt mir ein, daß den Film, der vom letzten Jahr gedreht wurde, ja ziemlich viele gesehen und auch die mitgeschnittene Platte 'ne ganze Reihe von Leuten gehört haben. Und mittlerweile ist Vlotho nicht mehr das Treffen der Ostwestfalen-scene und es wird zum Woodstock der BRD.

"Schneeball" hängt in "Umsonst & Draußen" ja ziemlich drin (das ist bei den westfälischen Wurzeln ja auch ziemlich klar). Anders wäre das Ganze inzwischen wahrscheinlich auch nicht mehr finanzierbar. Und – das sage ich jetzt mal an Friedemann von "Missus Beastly", die "seit drei Jahren den 'Schneeball'-Vertrieb der Musiker machen" (AK 157) – so unlieb ist euch diese Entwicklung denn sicher nicht. Ihr fördert sie ja. Vlotho läßt wahrscheinlich jede PR-Abteilung etablierter Musikkonzerte vor Neid erblassen. Die Platte, der Film und das "Erlebnis Vlotho" macht sich bei eurem Plattenvertrieb wohl nicht unangenehm bemerkbar.

Ich mache das "Schneeball" nicht allzusehr zum Vorwurf. Mir gefällt Vlotho nach wie vor gut. Aber es zeigt doch, daß es auch bei "Umsonst & Draußen" eine "gewachsene" Tendenz zur Größe gibt. Und es hat schon was Komisches an sich, wenn einer von "Missus Beastly", die zu den führenden deutschen Gruppen gehören, was gegen RGR-Konzerte mit großen Gruppen sagt und dann auf das "Alternativ-Festival" Vlotho verweist.

der "eine aus dem Ruhrgebiet"

Meine Bücherkiste

Italien literarisch

Nicht nur zur Urlaubszeit interessiert mich, was denn die Genossen für Bücher lesen, was sie für Schallplatten hören. Ich erhoffe mir Tips, wie andersherum ich gefragt werde und meine „Leckerbissen" empfehle. Warum soll man seine Empfehlungen (oder Warnungen) nicht öffentlich machen? In diesem Sinne findet Ihr im folgenden einige Bücher besprochen, die ich (oder Ma.) in letzter Zeit gelesen haben. Es handelt sich ausnahmslos um Übersetzungen aus dem italienischen – und mit Italien beschäftigen sie sich alle. Einige sind bereits vor etlichen Jahren erschienen, andere frisch auf den Markt gekommen. Vielleicht fühlen sich nach der Lektüre auch andere Genossinnen und Genossen angesprochen, ihre Bücher- oder Schallplattenkiste ein wenig zu öffnen – mich jedenfalls würde es interessieren.

Die Macht und die Mächtigen ..

Mit diesem Thema beschäftigt sich der Schriftsteller Leonardo Sciascia vorzugsweise in seinen Büchern. Da sind jetzt zwei im Ullstein-Taschenbuchverlag erschienen, eines davon ist der Krimi „Todo Modo oder das Spiel um die Macht".

In einer Einsiedelei treffen sich wie jedes Jahr „Spitzenkräfte" von Kirche, Staat und Wirtschaft. Offiziell betreiben sie religiöse Exerzitien (Übungen, Anm. AK), es wird aber sehr schnell deutlich, daß es bei diesen meetings um handfeste Geschäfte geht und nebenbei für die Herren um eine „erholsame Woche" mit ihren einbestellten Nebenfrauen. Diesmal geht es aber anders ab als sonst – bei einer Exerzitien-Übung auf dem großen Platz vor dem Hotel wird einer dieser erlauchten Persönlichkeiten erschossen. Der Täter kann eigentlich nur aus dem Kreis seiner ebenso erlauchten Mitstreiter kommen. Wie nicht anders zu erwarten, gestaltet sich die Auflösung des Falles schwierig, der Staatsanwalt geht angesichts dieser heiklen Fahndungsaufgabe eher lustlos ans Werk. Dennoch kommt bald ans Tageslicht, daß es um Geld geht und eben auch um Frauen. Das ist aber fast schon alles. Das Gestrüpp von Intrigen, Schiebereien und Korruption, in das offensichtlich alle verstrickt sind, kann kaum gelichtet werden. Die Auflösung des Falles gestaltet sich sehr realistisch, wie ich meine. Am Ende ..., ach, das solltet ihr selbst lesen. Wenn mich auch streckenweise das philosophisch-religiöse Geschwätz, das Sciascia den feinen Herrschaften in den Mund legt, etwas nervt (ist aber wohl realistisch!), so hat mir das Buch doch gut gefallen.

Das Gleiche gilt auch für sein anderes Buch: „Die Macht und ihr Preis", von Sciascia vorsichtig eine „Parodie" genannt. Es führt mitten hinein in die politische Landschaft

Preis", von Sciascia vorsichtig eine „Parodie" genannt. Es führt mitten hinein in die politische Landschaft

Italien – am Anfang werden einige Richter umgelegt. Die Staatsanwaltschaft geht zuerst von einem Rachemotiv aus.

Doch beim Mord an Staatsanwalt Perro sind angeblich langhaarige Männer gesehen worden, die als Täter in Frage kommen. So beginnt die Jagd auf „Terroristen". Als „Beweise" müssen linke Schriften herhalten, auch die „internationale Revolutionspartei", nach Sciascia's Beschreibung kann das nur die PCI sein, drängt auf Terroristenfahndung.

Der mit der Fahndung beauftragte Inspektor Rogas, zusammen mit seinem Freund der einzige unbestechliche Staatsdiener im ganzen Buch, glaubt dieser Version nicht, ist aber gezwungen, den Anweisungen von oben zu folgen. Nebenbei geht er dennoch seiner eigenen Spur nach – und stößt auf interessante Dinge: So entdeckt er in einer streng abgeschirmten Villa, dem Haus des Oberstaatsanwalts, eine heimliche Zusammenkunft von Generälen, Hohen Richtern, Politikern und des Außenministers. Es riecht nach Komplott und Umsturz, die Parallele zu vielen Putschvorbereitungen früherer Jahre in Italien ist deutlich.

Derartige unerlaubte Nachforschungen bringen dem Inspektor natürlich prompt die Beschattung durch den eigenen Staatssicherheitsdienst ein, der dann auch am Ende dieses ganze Problem auf seine Art löst.

Sciascia schont in seinem Roman, der 1971 in Italien erschien, keine politische Gruppierung. Das hat ihm z.T. wütende Kritiken eingebracht, auch gerade die der Revisionisten, die ja allzu oft eine Kritik an ihrer konkreten Politik mit dem Etikett „reaktionär und antikommunistisch" versehen. Sciascia's Buch sei resignativ, es zeige keine Perspektive, aus dieser korrupten Gesellschaft herauszukommen. Tatsächlich beschreibt der Autor einen Zustand, auf das Aufzeigen einer Lösung, gar in Richtung auf Sozialismus, verzichtet er. Wahrscheinlich ist er gar nicht für den Sozialismus, bei den letzten Wahlen hat er für die Partido Radikale erfolgreich kandidiert. Aber wenn wir alle Bücher daran messen wollten, ob die sozialistische Perspektive drin ist ...

Politisch ist das Buch hochaktuell geblieben, gerade die jüngste Entwicklung, beispielsweise die Inhaftierung Negris und anderer, ist in diesem Roman fiktiv angelegt. Insoweit ist er eben doch keine Parodie. Und gut lesen läßt er sich außerdem: *„Der Chef der politischen Abteilung schaute den Minister mit den Augen eines Hasen an, der vom Licht des Leuchtturms erfaßt ist. Er dachte: Er ist doch kein Schwachkopf, unser Minister, selbst wenn er Dinge sagt, die er von anderen gehört hat."*

Was ist das Leben eines Anarchisten wert?

Um einen Untersuchungsbericht über einen wirklichen politischen Mord handelt es sich bei dem Buch von Carvado Stajano: „Der Staatsfeind. Leben und Tod des Anarchisten Franco Serantini."

Franco, geboren 1951, Vollwaise, aufgewachsen in Heimen, Politisierung durch die Studentenbewegung, wird am 5. Mai 1972 auf einer antifaschistischen Demonstration in Pisa von der Polizei so schwer zusammengeschlagen, daß er zwei Tage später stirbt.

„Aber Franco antwortete nur, er habe nichts zu verlieren und das Leben interessiere ihn nicht an und für sich, sondern nur als Möglichkeit, sich für seine Ideen einzusetzen". Offensichtlich sind diese Möglichkeiten begrenzt. Noch.

Stajana hat in einem leidenschaftslosen Bericht das Leben des Franco nachgezeichnet, hat Personen nach ihm befragt, denen er im Leben begegnet ist, im Leben eines italienischen Jungen aus proletarischen Verhältnissen.

Ein Tod, wie ihn Franco erlitt, könnte auch in der BRD passiert sein. Aber: eine erschütterte italienische Öffentlichkeit gibt sich mit den lapidaren, immer gleichlautenden Unschuldsformeln der Polizei nicht zufrieden. Sie fordert Aufklärung. Es ist spannend und ermunternd zu lesen, daß es in Intalien offensichtlich noch eine Presse, Beamte, Richter und Politiker gibt, die nicht jede Ermordung eines Anarchisten als positiven Beitrag praktizierten Staatsschutzes bejubeln. Selbst der Bürgermeister Pisas veröffentlicht eine Schrift mit dem wegweisenden Titel: „Gerechtigkeit für Serantini". Der Fall führt zu Auseinandersetzungen bis in die höchsten Gremien der Justiz

Titel: „Gerechtigkeit für Serantini". Der Fall führt zu Auseinandersetzungen bis in die höchsten Gremien der Justiz.

Freibeuter

Einen intellektuellen Leckerbissen hat der Wagenbachverlag mit den Buch „Freibeuterschriften" herausgebracht, das eine Sammlung von Aufsätzen Pier Paolo Pasolinis aus den letzten Jahren bis zu seiner Ermordung im Jahre 1975 enthält.

Pasolini leidet unter der Zerstörung der Kultur durch die Konsumgesellschaft. Er beklagt die Auflösung überschaubarer archaischer Strukturen und bäuerlicher Großfamilien, er beklagt die Angleichung der Klassen im Volke an die einzig herrschende Kultur von Fiat und Coca-Cola, so daß man heute junge Faschisten von Antifaschisten in ihrem Leben und ihrem Verhalten kaum noch unterscheiden könne.

Seine Texte sind ketzerisch, sie reizen zum Widerspruch. Er selbst hat mit Kritik an seiner Umwelt nie gespart, auch nicht an den alten und neuen Linken: „Und die alte, frühindustrielle Bourgeoisie macht sich auf, das Feld zu räumen für eine neue Bourgeoisie, die auch für die Arbeiterklasse immer mehr und tieferes Verständnis aufbringt, was schließlich zur Gleichsetzung der Bourgeoisie mit der ganzen Menschheit führt. Diese Lage der Dinge wird von der gesamten Linken akzeptiert".

Der Zentralismus der Konsumgesellschaft schaffe Strukturen, die die Einteilung der Gesellschaft in Klassen überholt scheinen lassen. Ein wichtiges Mittel der Herrschenden ist z.B. die Art der Beherrschung ihres Informationsapparates und darin wieder besonders des Fernsehens: „Es steht außer Zweifel, daß das Fernsehen autoritär und repressiv ist wie kein anderes Informationsmedium je zuvor. Demgegenüber sind die faschistischen Zeitungen und die Mussolini-Sprüche auf den Hauswänden zum Lachen. (...) Der Faschismus hat die Seele des italienischen Volkes nicht einmal angekratzt; der neue Faschismus hat sie mit allen seinen Informations- und Kommunikationsmitteln nicht nur angekratzt, er hat sie zerfetzt, geschändet, für alle Zeiten beschmutzt ..."

Nach meiner Meinung ist es wertvoll, wenn Pasolini sich und uns Fragen nach den Werten einer Gesellschaft stellt, die wir anstreben. Wir machen es uns dann einfach zu einfach, wenn wir nur nach einer gerechteren Verteilung der vorhandenen Güter rufen, nicht aber nach den sozialgesellschaftlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens fragen. Dieses Manko wird umso deutlicher, je mehr bei uns das erste Bedürfnis, nämlich ausreichend zu essen zu haben, einigermaßen gelöst ist. Das kann doch aber nicht alles sein, was wir von einer neuen Gesellschaft fordern ... .

Andererseits kann ich Pasolini da nicht folgen, wo er als positives Gegenbeispiel archaische Strukturen wählt, die nicht wieder zu erringen sein werden, und die auch eine gute Portion Unterdrückung für viele, denken wir nur an die Frauen, beinhalteten und von daher auch nicht wieder anzustreben sind.

Ja, wie man sieht, lädt Pasolini gleich zum Überlegen und Debattieren ein. Nebenbei bemerkt ist das Buch für den deutschen Leser hervorragend aufgearbeitet: Ein umfangreicher Anmerkungsteil ermöglicht es einem, noch die entlegensten Anspielungen in Pasolinis Texten zu entschlüsseln. Auch auf die Entgegnungen, die seine Artikel von anderen italienischen Intellektuellen erhielt, wird eingegangen.

Im Angesicht der Abbruzzen

Vor einigen Monaten starb ein italienischer Schriftsteller, der in seinen Büchern vornehmlich die Zeit des Faschismus und des antifaschistischen Widerstandes in Italien zugrundelegte: Ignazio Silone. Einer der Mitbegründer der KPI in den zwanziger Jahren, vollzog er in der Auseinandersetzung mit der Politik Stalins den Bruch zu ihr und verschrieb sich von da ab immer stärker religiösen Fragen. 1936 erschien im schweizerischen Exil zum ersten Mal sein Buch „Wein und Brot". Im Mittelpunkt steht der Revolutionär Pietro Spina, der, vom faschistischen Regime verfolgt, ins Exil flüchten muß, aber nach einigen Jahren heimlich nach Italien zurückkehrt. Zuerst geht er in die Nähe seiner früheren Heimat, einem kleinen Ort in den Abbruzzen. Aus Gründen der Konspiration hat er sich dort in den Priester „Don Paolo" umgewandelt und befindet sich nach eigenen An-

Abbruzzen. Aus Gründen der Konspiration hat er sich dort in den Priester „Don Paolo" umgewandelt und befindet sich nach eigenen Angaben in dem kleinen Dorfgasthof, wo er untergekommen ist, auf Kur.

Hier auf dem Lande erfährt er die Unterdrückung, die die Bauern durch ein Regime erleiden, das dem Großgrundbesitz hilft, sehr drastisch. Er muß aber auch in einem schmerzlichen Prozeß erkennen, wie schwer es den Bauern fällt, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Diese Erkenntnis läßt ihn Kontakte in die umliegenden Städte und bis nach Rom knüpfen. Er muß erfahren, daß viele der alten Widerstandsgruppen zerschlagen sind, ein Teil der Mitkämpfer von damals ihr Mäntelchen nach dem Wind gehängt haben und viele Bürger den Versprechungen des „Duce" nachlaufen. So breitet sich in seiner Umgebung nach der Kriegserklärung gegen Abessinien so etwas wie eine Kriegsbegeisterung aus. Viele melden sich freiwillig, wenn auch teilweise nur, weil es für sie als kleine Bauern keine andere Existenzmöglichkeit mehr gibt.

Pietro Spina, alias Don Paolo, hilft, eine neue Widerstandsgruppe aufzubauen, wird allerdings verraten, und ihm bleibt nur noch die Flucht über die verschneiten Berge ins Ungewisse, wo die heulenden Wölfe in den Abbruzzen auf Beute lauern ..

Mich hat das Buch sehr gefesselt. Im ersten Teil beschreibt der Autor sehr präzise, mit einfachen Worten – und vielleicht darum so eindringlich – das Leben der Landarbeiter im kleinen Dorf Pietrasecca. Ein Pfarrer in so einem Dorf, wie Don Paolo, auch wenn er offiziell nur „auf Kur" dort weilt, ist schon eine äußerst wichtige Persönlichkeit und steht bald im Mittelpunkt, zumal der zuständige Amtspfarrer hinter

den Bergen wohnt und sich um seine armen Schäfchen nicht kümmert. So kommt es immer wieder zu brenzlichen Situationen, der Revolutionär Don Paolo wird um Absolution, um die letzte Ölung und ähnliche Amtsgeschäfte angegangen, man munkelt sogar im Dorf, er sei Jesus persönlich. Dabei befindet sich Don Paolo natürlich immer in der Gefahr, als falscher Pfaffe erkannt zu werden, wenn sein Name über die Ortsgrenzen bekannt würde.

In dieser sehr beschränkten Welt hält er es nicht lange aus, zumal er dort nicht politisch arbeiten kann. Der zweite Teil des Buches ist die Beschreibung seiner Versuche, gegen die Tyrannei zu kämpfen. Dieser Kampf spitzt sich zum Ende hin immer dramatischer zu, gute Freunde werden verhaftet und getötet, eine Frau, die ihm viel bedeutet, kommt bei dem Versuch, ihn aus Lebensgefahr zu retten, um.

Das Buch endet sehr tragisch. Silone erwähnt in seinem Nachwort, daß er das Buch gleich nach der faschistischen Besetzung Abessiniens und während der großen von Stalin inszenierten Moskauer Prozesse schrieb: „Man kann sich kaum ein bedrückenderes Zusammentreffen unseliger Ereignisse vorstellen". Diese Niedergeschlagenheit merkt man seinem Buch an.

Doch hat die Weltgeschichte glücklicherweise einen anderen Verlauf genommen, ab 1941 hat sich in Italien der antifaschistische Widerstand erheblich verstärkt, und es sei darauf hingewiesen, daß es den Italienern zum Teil gelang, sich selbst von den deutschen Besatzern zu befreien. Das gilt unter anderem für so große Städte wie Neapel, Turin und Mailand, von den Landstrichen gar nicht zu sprechen. Insofern bedeutet dieses Buch für mich auch eher ein Andenken an die vielen Kämpfer, die ihren Kampf gegen die faschi-

tet dieses Buch für mich auch eher ein Andenken an die vielen Kämpfer, die ihren Kampf gegen die faschi-stische Barbarei mit dem Leben bezahlten.

Kampf ums Wasser

Silone ist in den Abbruzzen geboren und hat dort seine Kindheit verbracht unter armen Bauern. Das erklärt, warum es ihm so gut gelingen kann, selbst für uns durch seine Bücher das Leben in diesen Verhältnissen sinnlich erfahrbar zu machen. Das gilt in noch stärkerem Maß für ein zweites antifaschistisches Buch: „Fontamara", daß ich einst in der Bücherhalle nur entdeckte, weil es ein so ansprechendes Cover hatte, was wiederum beweist, wie wenig bekannt Silone bei uns doch ist.

Im Vorwort gibt uns Silone eine „Klarstellung" mit auf den Weg, die, wie ich meine, auch heute angesichts verklärter Bauernromantik, nicht an Bedeutung verloren hat: „Dieser Bericht wird dem ausländischen Leser, der ihn zum ersten Mal liest, als schreiender Kontrast zu dem malerischen Bild erscheinen, das die übliche Literatur von Süditalien zu malen liebt. In gewissen Büchern ist Süditalien, wie bekannt, ein wunderschönes Land, die Bauern gehen mit Freudenchören an ihre Arbeit, die Chöre der Landmädchen in bunten Trachten jauchzen die Antwort, und im nahen Gehölz schlagen die Nachtigallen. Leider haben sich solche Wunder in Fontamara nie ereignet."

Dafür aber andere „Wunder": Eines Tages (so um 1929/30), als die „Cafoni" -Kleinbauern, Pächter und Tagelöhner, auf entfernt vom Dorf liegenden Feldern arbeiten, wird der Bach, der ihre Felder kümmerlich bewässert, von einem reichen Großgrundbesitzer auf seine Felder abgeleitet. Daraufhin ziehen die Frauen zum Bürgermeister in die Kreisstadt, werden abgewiesen, sind empört, werfen die Scheiben des Rathauses ein ... da tritt der Notar, ein „Freund des Volkes" dazwischen und schlichtet. Sein Schiedsspruch: Dreiviertel des Wassers soll der Gutsbesitzer bekommen, dreiviertel die übrigen Fontamaresen. Die Frauen ziehen zunächst befriedigt ab, ohne den Schwindel zu durchschauen.

Die Regierung läßt im Nachbarort eine Versammlung abhalten, um ihre Bauernfreundlichkeit zu unterstreichen. Alle Bauern sollen die Nationalfahne mitbringen. Als die Bürger von Fontamara aber mit der Kirchenfahne des Ortsheiligen anrücken, knüppeln die Schwarzhemden sie nieder. Wenige Tage später überfallen die Schwarzhemden Mussolinis auch das Dorf Fontamara, zertrümmern den ärmlichen Hausrat, vergewaltigen die Frauen und mißhandeln die Kinder. Als die Männer nach der Arbeit ins Dorf zurückkehren, werden sie ebenfalls mißhandelt.

Nun geht es Schlag auf Schlag. Im Lande werden die Löhne, ohnehin unter dem Minimum liegend, staatlich gekürzt. Durch den Schwindel mit der Wasserableitung werden die Felder der kleinen Bauern von Fontamara nicht mehr bewässert und verkommen. Dermaßen in Existenznot getrieben, gewinnen die Fontamaresen Anschluß an die Widerstandsbewegung. Allerdings wird nicht viel später eine Flugblattaktion von ihnen entdeckt und die Faschisten unternehmen einen grausamen Vergeltungsanschlag gegen das Dorf, bei dem viele Fontamaresen umkommen.

Drei, die sich retten konnten, fliehen ins Ausland und erstatten Bericht über die Vorgänge, der dies Buch ausmacht. Am Ende stellen sie sich und uns die Frage: „Nach soviel Qualen und Kämpfen, nach soviel Wunden und Tränen, nach Blut und Haß, nach soviel Ungerechtigkeit und Verzweiflung – was sollen wir tun?" Heute, sozusagen aus der Rückschau und unter anderen politischen Bedingungen, könnte man das Buch als historisches Dokument und somit weniger aktuell ansehen. Aber: setzt man für „Italien" irgendein anderes Land, möglicherweise der dritten Welt, und macht man sich klar, daß der Schoß des Faschismus auch heute noch erschreckend fruchtbar ist, so wird unser Urteil anders ausfallen.

Der Fabrikaffe

Nach soviel Mord und Totschlag zum Schluß noch ein Buch, das etwas weniger bedrückend ist: „Der Fabrikaffe und die Bäume. Wut, Erinnerungen und Träume eines apulischen Bauern, der unter die Arbeiter fiel" von Tommaso di Caula.

Dazu eine kleine Vorbemerkung: Die Veränderung der Arbeitersituation vom Landarbeiter zum Anhängsel der Maschine in einer unüberschaubaren Großfabrik hat sich in Italien in nur etwa dreißig Jahren vollzogen – bei uns dauerte das immerhin über hundert. Und vielfach ist diese Entwicklung dort noch nicht abgeschlossen. Noch heute

immerhin über hundert. Und vielfach ist diese Entwicklung dort noch nicht abgeschlossen. Noch heutestoßen im Süden des Landes die Gegensätze schroff aufeinander, da werden in eine Landschaft karger Böden und Olivenhaine aus der Retorte Fabriken aufgestellt. Die Arbeiter dafür kommen aus dem bäuerlichen Umland, das ihnen schon lange keine ausreichende Existenzmöglichkeit mehr gewährt und sie nur vor die Frage stellt, entweder ganz auszuwandern oder in so eine Fabrik in der Nachbarschaft zu gehen, als ungelernte Arbeitskraft.

Einer von diesen, die einen Arbeitsplatz in einer Fabrik in ihrer Heimat fanden, ist Tommaso di Caula. Er teilt uns in seinem Buch seine Erfahrungen und Gedanken mit, er tut dies aus sehr persönlichem Blickwinkel und das ganze liest sich wie ein dickerer Brief eines guten Freundes.

Tommaso schreibt auf, was ihm in den Kopf kommt. Die zunehmende Umweltzerstörung, seine Kindheitserlebnisse, seine Verblödung als Wurmfortsatz der Maschine, seine Kritik an den Gewerkschaftsführern und dem „historischen Kompromiß", die beschissene und nur auf der Basis von Korruption funktionierende Gesundheitsversorgung, Nixons China-Reise, der Verfall der italienischen Lira und dergleichen mehr.

Im Zentrum stehen aber seine Gedanken über den Arbeitsplatz, die entfremdete Arbeit, seine Kollegen und Bosse. Dabei ist seine Schreibe sehr locker und spritzig. Über den Boss: „Zur Standpauke des Chefs, der sich über den Gewinn beklagt und immer nur den Arbeitern die Schuld gibt, fällt mir ein Sprichwort aus dem Volk ein: Der Arsch kriegt die Schläge, aber ins Bett gepinkelt hat der Pimmel". Über die Ärzte: „Ich bin Arbeiter, gibt man mir Stücke zum Drehen, muß ich alle gut bearbeiten und auch noch schnell. (...) Im alten China bekam der Arzt sein Geld nur, wenn es dem Patienten wieder gut ging: bei diesem Zahlungssystem würden unsere Kassenärzte glatt verhungern".

Die vielen Überlegungen, die manchmal ohne Übergänge einfach aneinandergereiht sind, formen im Ganzen ein sehr eindrucksvolles Bild von einem Fabrikarbeiter im südlichen Italien. Es gilt sicher ebenso uneingeschränkt für die vielen ausländischen Kollegen, die überall auf der Welt ihrer sozialen Umwelt entrissen sind, um an den Zentralstellen kapitalistischen Wirkens ihre Brötchen verdienen zu können und es gilt meines Erachtens mittelbar für jeden von uns, der eine entfremdete Arbeit sozusagen gegen die Natur verrichten muß.

Tommaso macht dazu einen bemerkenswerten Vorschlag: „Worauf warten wir noch, warum stellen wir keine Affen an die Maschinen. Das würde ich Agnelli (Fiat-Chef, Anm.) vorschlagen: Die Affen in die Fabrik und die Arbeiter auf die Bäume. Manchmal kommt es mir so vor, als wären wir noch blöder als die Affen". Könnten wir das verwirklichen, würde sich aber wahrscheinlich der Tierschutzverein einschalten!

Dieses Buch bietet ein Leseabenteuer, wie es eben ein ganz subjektiv verfaßter, mit heißer Feder geschriebener Brief tun kann. So ganz nebenbei erfährt man/frau sehr viel über die augenblicklichen Zustände in Italien - natürlich von unten gesehen.

Re./Ma. Hamburg



Die Bücher:

Leonardo Sciascia:
Todo Modo oder das Spiel um die Macht. Ullstein-Taschenbuch, Nr. 3560, 4,80 DM
Leonardo Sciascia:
Die Macht und ihr Preis
Ullstein-Taschenbuch, Nr. 3524, 4,80 DM
Corrado Stajano:
Der Staatsfeind, Wagenbach-Taschenbuch, WAT 26, 7,50 DM
Pier Paolo Pasolini:
Freibeuterschriften, Wagenbach-Verlag, Quarthefte Nr. 96,.14,00 DM.
Ignazio Silone:
Wein und Brot, dtv 1180, 6,80 DM
Ignazio Silone:
Fontamara, dtv, 5,80 DM
Tommaso di Caula:
Der Fabrikaffe und die Bäume, Wagenbach Taschenbuch, WAT 51, 9,50 DM

Es geht weiter, Italienfans!

Im April haben wir bereits berichtet, daß einige Sprachlehrer in Florenz einen alternativen Italienisch-Kurs abhalten. Nachdem in den Sommermonaten keine Kurse stattfanden, geht es im Herbst wieder los. Die nächsten Termine:
3. – 28. September
1. – 27. Oktober
5. – 30. November
3. – 28. Dezember

Aus den Erfahrungen der vorangegangenen Kurse lautet der Programmvorschlag:
- 4 Wochen Sprachkurse während dieser Zeit
- Informationskurs über die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und geschichtliche Situation Italiens
- Besuch von auszuwählenden Parteien und Gewerkschaften

Der Sprachkurs wird in der Sprachschule „Istituto Michelangelo" von diesen fortschrittlichen Lehrern durchgeführt.

Der Kurs kostet etwa 300 DM, für die Unterkunft müßt ihr nochmals mit 200 bis 300 DM rechnen (in Familien, Pensionen oder Studentenwohnungen).

Bitte schreibt, wenn Ihr Interesse habt, an: Valerio Parigi, Via D. Giannotti 45, 50126 Firenze, Italien. Telefonisch ist Valerio zu erreichen: 0039/55/6812530
Telefonnummer des Instituts: 0039/55/214242

Erfahrungsbericht zum AK-Verkauf

Angeregt durch den Leserbrief eines Freiburger Genossen zu seinen Erfahrungen mit dem AK-Verkauf möchte ich meine Erfahrungen hier einmal darstellen.

Ich habe anfangs überlegt, ob ich zu dieser Frage überhaupt etwas zu sagen „berechtigt bin", weil diverse „Vorbedingungen", die einen besseren Verkauf ermöglichen, bei mir oft nicht erfüllt sind. Als „Opfer" unserer sozialdemokratsichen Aufnahmepolitik fing ich überhaupt erst nach Eintritt in den Schüler-SSB an, den AK zu lesen und die Positionen des KB kennenzulernen. Dieses anfängliche Defizit hat sich durch mangelndes bis manchmal gar nicht stattfindendes AK-Lesen-und-darüber-Diskutieren verstärkt. Dieser Mißstand ist auch bis heute – trotz mehrfacher Bemühungen, meine politische Arbeit gemäß dem letzten Zwischenbilanzartikel zur Krisendebatte (Verbesserung des Arbeitsstils) zu gestalten – nicht behoben. So kommt es oft vor, daß ich nur mit grobem Überblick über den AK losziehe, mich unsicher fühle, Leute schlechter überzeugen kann. Dazu kommt noch, daß ich gerade erst wieder damit anfange, meinen Verkauf regelmäßiger durchzuführen, mir also Routine und Selbstsicherheit erstmal ziemlich abhanden gekommen sind.

Ich habe mich dann doch dazu entschlossen, meine Erfahrungen aufzuschreiben, weil ich weiß, daß eine ganze Reihe von Genoss(inn)en in einer ähnlichen Situation stecken. (....).

in einer ähnlichen Situation stecken. (....).

Ich habe früher und fange jetzt wieder damit an, in Uni-Kneipen und im Karolinenviertel in Hamburg verkauft. Im Gegensatz zu früher stelle ich heute fest, daß Desinteresse und (bis hin zu genervter) Ignoranz zugenommen haben. Obwohl ich nicht einfach stumm mit dem AK an den Tischen vorbeimaschiere, sondern Artikel anbiete und versuche, durch Fragen in Diskussionen zu kommen (z.B. Strauß: wie könne wir einen Kanzler Strauß verhindern? – SPD wählen oder Aufbau Alternativer Listen?), habe ich öfter als früher das Gefühl, ich könnte reden, was ich will – ich bin eh Luft für die Leute, sie bemerken mich nicht einmal. Oder ich werde angeraunzt, man wolle in Ruhe essen und nicht kämpfen u.ä. Noch schlimmer finde ich ein gewisses bewußtes „blöd stellen": „Strauß – hä, wasn das?"; plötzlich fangen Leute an, Blödsinn im bayerischen Dialekt loszubrabbeln – die halbe Kneipe macht sich dann über mich lustig. Oder es werden sogar „witzig" gemeinte reaktionäre Sprüche vom Stapel gelassen „Strauß – ist doch ein ausgezeichneter Mann"... und dabei werde ich dann frech provozierend angegrinst.

Einerseits erkläre ich mir diese veränderte Situation aus veränderten objektiven Gegebenheiten wie Kommunistenhetze und Verbreitung der Sponti-Szene in Hamburg. Dafür sprechen auch stark gesunkene Verkaufsergebnisse anderer Genoss(inn)en auf der gleichen Keipentour am gleichen Tag.

Andererseits habe ich in Vergleichen mit männlichen Partnern, mit denen ich ab und zu verkaufe, und aus Erzählungen von anderen Frauen den Eindruck, daß diese Maschen speziell gegenüber Frauen angewandt werden. Am „schwachen Geschlecht" kann man den „K-Gruppen-Haß" leichter austoben; es wird eine hilflose Reaktion erwartet, über die man dann mit Gelächter herziehen kann; die Fähigkeit, politisch denken und diskutieren zu können, wird mir in diesen Situationen immer wieder deutlich abgesprochen.

Obwohl ich das erkenne, reagiere ich so, wie es erwartet wird: ziehe mich zurück, statt offensiv zu werden, fühle mich hilflos und frage mich jedes Mal wieder, wo mein persönliches Versagen liegt, daß ich wieder so wenig AKs verkauft habe. Solche Erfahrungen führen dann zu einem noch größeren Horror beim nächsten Mal, der Verkauf wird dadurch zusätzlich beeinträchtigt und ich führe mich als noch größerer Versager – ein Teufelskreis!

Da ich da gern rauskommen möchte, würde mich interessieren, ob andere – auch gerade Genossinnen – ebenfalls solche Probleme haben und wie sie damit fertigwerden, um nicht mehr jedes Mal fast den Tränen nahe aus den Kneipen wieder rauszukommen.

Elke, SSB Hamburg

Stand der Abo-Kampagne

Neueingänge seit Beginn der Werbekampagne am 2. April '79 **584**

Damit haben wir derzeit insgesamt ARBEITERKAMPF-Abonnenten. **1320**

Von den Neuzugängen (bis zum 20.7.79) kommen aus (nach Postleitzahlen):

1000 Berlin/West	40
2000 Hamburg	181
2xxx	120
3xxx	34
4xxx	40
5xxx	18
6xxx	32
7xxx	43
8xxx	19

Soweit das überhaupt ermittelbar ist, kommen davon d i r e k t über KB-Bezirks/Bereichs/Orts- oder sonstige Gruppen:

Bezirk HH-Bergedorf	22	Flensburg	16
Bezirk HH-Wandsbek	13	Bremen	11
Bezirk HH-Mitte	8	Stade	5
Bezirk HH-Steilshoop	3	Bremerhaven	4
Bezirk HH-Eimsbüttel	1	Oldenburg	4
Bezirk HH-Barmbek	1	Freiburg	5
Chemie-Bereich (HH)	1	Isny	3
HBV-Bereich (HH)	1	Kiel	3
Jugend-Bereich (HH)	5	Lüneburg	2
SSB (HH)	10	Essen	2
AG Schwule (HH)	3	Schleswig-Holstein	2
Verlagszelle	5		

Interessant ist wiederum die Erfahrung, daß offenbar die seit Beginn der Werbekampagne verstärkt eingesetzten Abo-Karten am häufigsten (nämlich 280 mal) zum Bestellen genutzt werden. „Bezahlt" macht sich auch die Anzeige (mit Bestellvordruck) im ARBEITERKAMPF selbst (152 mal).



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

........................, den........................ ....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Appell für die „Charta '77"

Im Mai dieses Jahres wurden abermals Mitglieder der tschechoslowakischen Oppositionsgruppe „Charta '77" inhaftiert und von der Staatsanwaltschaft unter Anklage wegen „umstürzlerischer, gegen den Sozialismus gerichteter Tätigkeiten" gestellt. Da mit der Eröffnung des Prozesses gegen die verhafteten „Charta"-Mitglieder in allernächster Zeit und zudem mit mehrjährigen Haftstrafen gerechnet werden muß, hat das Westberliner „Sozialistische Osteuropa-Komitee" den nachfolgend im Wortlaut wiedergegebenen dringenden Appell verfaßt und im Rahmen einer Dokumentation veröffentlicht (Text und Unterzeichner-Liste aus „was tun", 12.7.79). Der Kommunistische Bund schließt sich (wie schon vorher zahlreiche Einzelpersonen und Organisationen) diesem Aufruf an.

Die Ende Mai 1979 erfolgte Festnahme von zehn Charta–77–Aktivisten kann nur als Versuch der tschechoslowakischen Behörden interpretiert werden, die gesamte Bürgerrechtsbewegung in der Tschechoslowakei zu liquidieren. Sie steht in Widerspruch zu den Prinzipien der überwältigenden Mehrheit von Sozialisten und Gewerkschaftern in ganz Westeuropa, und sie steht auch im Widerspruch zur Erklärung der tschechoslowakischen Regierung, daß keinerlei repressive Maßnahmen gegen die Teilnehmer der Bürgerrechtsbewegung unternommen werden.

Die Anzahl der Verhafteten und die schwerwiegenden Anklagepunkte machen die gegenwärtige Aktion zur ernsthaftesten Unterdrückungsmaßnahme in der Tschechoslowakei seit 1971, als tschechoslowakische Sozialisten, die am Prager Frühling aktiv Anteil hatten, verurteilt wurden.

Unter den Verhafteten befinden sich zwei der drei gegenwärtigen Sprecher der Charta 77, Jiri Dienstbier und Vaclav Benda, der Herausgeber des Informationsbulletins der Charta 77, Petr Uhl, und der bekannte Dramatiker und frühere Sprecher der Charta 77, Vaclav Havel.

Alle zehn verhafteten Chartisten sind Mitglieder des Komitees zur Verteidigung von zu Unrecht Verfolgten (VONS). *Dieses Komitee wurde im April 1978 gegründet und hat wertvolle Arbeit bei der Verteidigung der Bürgerrechte geleistet, indem es Verletzungen von gesetzlich festgelegten Rechten durch die tschechoslowakischen Behörden publik gemacht hat.*

Die Arbeit des Komitees zur Verteidigung von zu Unrecht Verfolgten" *basiert auf den Prinzipien von* amnesty international, *verletzt also nicht tschechoslowakische Gesetze. Es hat bisher über 100 Fälle veröffentlicht, in denen bei der Behandlung von politischen Fällen durch die Polizei und andere Behörden gesetzesmäßige Rechte verletzt worden sind.*

Infolge dieser Aktivitäten sind alle zehn Mitglieder dieses Komitees wegen „Subversion" angeklagt, was eine Höchststrafe von fünf Jahren Freiheitsentzug beinhaltet. Einer der zehn, Petr Uhl, war zunächst wegen „schwerer Subversion" angeklagt worden, weil er mehrere Mitteilungen des Komitees an die ausländische Presse weitergeleitet hatte. Dieser Tatbestand mit einer Strafandrohung von drei bis zehn Jahren Freiheitsentzug wird ihm nun nicht mehr angelastet. Zum Tatbestand der Subversion gehören „Handlungen, die das Vertrauen der tschechoslowakischen Bürger in die Staatsorgane untergraben". Ein derartiger Anklagepunkt ist gegen jeden Kritiker der Behörden zu verwenden. Seine Anwendung in diesem Fall ist ein Versuch, alle Aktivisten der Bürgerrechtsbewegung in der Tschechoslowakei einzuschüchtern.

Die Verhaftungen folgten der Verurteilung des früheren Sprechers der Charta 77, Jaroslav Sabata, Anfang des Jahres zu zwei Jahren und drei Monaten Freiheitsentzug, der Inhaftierung des Mitgliedes des Komitees zur Verteidigung von zu Unrecht Verfolgten, *Albert Cerny, und dem Ausschluß des couragierten Verteidigers Josef Danisz aus der Anwaltsvereinigung. In Erwartung der Verhaftung wurde der dritte offizielle Sprecher der Charta, Frau Zdena Tominova, durch eine nichtidentifizierte Person ernstlich verletzt, eine wohlbekannte Form der Einschüchterung in repressiven Regimes auf der ganzen Welt.*

Erst in diesem Frühling versicherte Präsident Husak dem österreichischen Präsidenten, daß keine repressiven Maßnahmen gegen Personen, die die Charta 77 unterstützen, ergriffen würden. Falls die tschechoslowakischen Behörden den Verhafteten den Prozeß machen sollten, erscheinen diese Worte Dr. Husaks als billiger Propagandatrick zur Beeinflussung der Meinungsbildung der Arbeiterbewegung im Westen.

Nicht für einen einzigen Moment glauben wir, daß die zehn verhafteten Chartisten in irgendeine Handlung verwickelt waren, die ihre Haft rechtfertigen könnte. Wir appellieren an Präsident Husak, zur Freilassung der zehn Inhaftierten zu intervenieren:

Otta Bednarova, Jarmila Belikova, Vaclav Benda, Jiri Dienstbier, Vaclav Havel, Ladislav Lis, Vaclav Maly, Dana Nemcova, Jiri Nemec, Petr Uhl.

Wir fordern die Freilassung von **Jaroslav Sabata, Albert Cerny** *und aller anderen, die die Charta 77 unterstützt haben.*

Wir fordern die Wiederzulassung von **Dr. Danisz** *als praktizierender Anwalt.*

Wir fordern von den tschechoslowakischen Behörden, daß das Komitee zur Verteidigung von zu Unrecht Verfolgten *seine Tätigkeit ohne Störungen fortsetzen kann.*

Falls irgendein Prozeß gegen die Charta–77-Aktivisten stattfinden sollte, fordern wir, daß es ein öffentlicher Prozeß ist und daß Vorbereitungen getroffen werden, um Repräsentanten von Organisationen der Arbeiterbewegung und humanitärer Organisationen aus dem Westen die Teilnahme als Prozeßbeobachter zu ermöglichen.

Dies alles fordern wir nicht als Feinde des Sozialismus, sondern als Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschafter verschiedener Länder Westeuropas.

Bertrand Russell Peace Foundation, Nottingham
Jitka Bidlasova (Charta–77–Unterzeichnerin), jetzt Uppsala
Wolf Biermann, ehemals DDR, jetzt Hamburg
Peter Brandt, Berlin West
Ivan Bystina, ehemals CSSR, jetzt Berlin West
Ken Coates (Bertrand Russell Peace Foundation), Nottingham
Comité du 1. Mai, Bruxelles
Comité du 5. Janvier, Paris
Committee to Defend the Czechoslovak Socialists, Gt. Britain
Committee to Defend Soviet Political Prisoners, Edmonton, Canada

Committee to Remember Prague 68, Holland
Kai Dieckmann, Berlin West
Ingeborg Drewitz (PEN-Zentrum der BRD), Berlin West
Eastern Europa Solidarity Campaign, Gt. Britain
Thomas Evler, ehemals DDR, jetzt Berlin West
Jürgen Fuchs, ehemals DDR, jetzt Berlin West
Sarah Haffner, Berlin West
Marianne Herzog, Berlin West
Wolfgang Hinkeldey, ehemals DDR, jetzt Berlin West
Gruppe „infomat" (Hrsg. der tschechoslowakischen Exilzeitschrift „informacni materialy")
Jan Kavan (ehemals CSSR) für Palach Press Ltd, London
Ludvik Kavin (Charta–77–Unterzeichner), jetzt Wien
Komitee für die Freilassung von Rudolf Bahro, Berlin West
Redaktionskollektiv von Labour Focus on Eastern Europe, London

Hartmut Lierow (Rechtsanwalt) Berlin West
Walfred Maier, ehemals DDR, jetzt Berlin West
Ernest Mandel (IV. Internationale), Bruxelles
META – A Left Wing Discussion Journal, Toronto, Canada
JakobMoneta (IGM), Frankfurt

Jiri Pallas (Charta–77–Unterzeichner), jetzt Uppsala
Jiri Pelikan (Hrsg. der tschechoslowakischen Exilzeitschrift „Listy", Mitglied des Europäischen Parlaments) ehemals CSSR, jetzt Roma

Rudolf Bahro Defense Committee, London
SDS-Arbeitskollektiv, Berlin West
Sozialistisches Osteuropakomitee, Berlin West, Hamburg, Dortmund etc.

Mihaly Vajda, Budapest, z.Zt. Bremen
Heike Watterkotte-Evler, Berlin West
Detlef Wittenberg (Rechtsanwalt), Berlin West

Spendenaufruf

Die in einigen Fällen kinderreichen Familien der zehn verhafteten Charta–77–Unterzeichner und Mitglieder des *Komitees für die Verteidigung von zu Unrecht Verfolgten* erwarten ernste finanzielle Schwierigkeiten; einige ihrer Familien sind ausschließlich auf Unterstützung ihrer Freunde angewiesen, andere verdienen nicht einmal das notwendige Minimum. Dafür sind nicht zuletzt die gegen sie verhängten Berufsverbote verantwortlich. Das *Sozialistische Osteuropakomitee* ruft deshalb zu einer Spendenaktion zugunsten der Familien der politisch Verfolgten auf. Bitte spendet auf das unten genannte Konto (mit dem Vermerk „Spende Charta 77") – das Geld wird den Betroffenen zugeleitet.

Sonderkonto Charta 77, Kto-Nr 3145559000, Berliner Bank (Berlin West).